HESTERBERG

ALLE MACHT DEN A. UND S. RÄTEN

Zur Erinnerung

an die Kampfzeit

in der nationalen

Jugend Westgau Posen.

H. Jeckel.

Lötzen, Juni 1937.

ALLE MACHT DEN A.- UND S.-RÄTEN

Alle Macht den A.- und S.-Räten

Kampf um Schlesien

Von

Ernst Hesterberg

Oberstleutnant a. D.

ehem. Chef des Generalstabes des VI. Armee-Korps

Wilh. Gottl. Korn / Verlag / Breslau

INHALT

VORWORT

Die Revolution des 9. November wurde die Schicksalsstunde des deutschen Offizierkorps, die härteste Prüfung seiner geistigen Kraft. Alle Ordnung war plötzlich zerrissen und verfehmt; alles, was dem Offizierkorps durch Tradition und lebendiges Bewußtsein heilig war, lag beschmutzt und zertreten von der Höhe herabgestürzt. Trotzdem galt es gerade jetzt für den Offizier, mit Hingabe aller Kraft und Opferfähigkeit, unter Zurückstellung jeder persönlichen Erbitterung, das Vaterland in diesem gefahrvollsten Geschehen seiner tausendjährigen Geschichte vor der endgültigen Vernichtung zu bewahren.

Zu den äußeren Feinden, die in diesen Tagen die Grenzen erreichten, erstand auch im Lande selbst ein offener Gegner, dessen Haß und Vernichtungswille sich erbittert gegen das Offizierkorps richtete: die Soldatenräte. Blindwütig verhetzt und hetzend, wollten sie aus politischen Gründen das aus tausend Wunden blutende Heer vollends zur Auflösung bringen, unterhöhlten deshalb seine letzten Stützen, den Gehorsam und das Vertrauen zu den Vorgesetzten.

Die vorliegende Arbeit befaßt sich hauptsächlich mit dem Werden und Wirken, mit der Überwindung dieses inneren Widersachers und schildert gleichzeitig den äußeren Kampf gegen die von allen Seiten anstürmenden Feinde. Tagebuchaufzeichnungen, die unmittelbar im Geschehen niedergeschrieben sind, gaben die Grundlage des Buches. Aus den Darstellungen dann Folgerungen, Vergleiche und Lehren zu ziehen, bleibt dem Leser selbst überlassen. Sicherlich werden die Archive noch manche Einzelheiten über jene Zeit bringen, doch wird es von der politischen Entwicklung abhängen, wann die Behörden glauben, dem Geschichtsschreiber Einblick in diese Unterlagen gewähren zu können. Hierauf zu warten, erschien schon deshalb unerwünscht, weil der Verfasser noch in der Gegenwart für seine Niederschrift eintreten will, und weil auch amtliche Ergänzungen die großen Züge des Bildes nicht mehr verschieben können, das Bild eines nach allen Seiten furchtbar ausgebrochenen Kampfes um die Deutsch-Erhaltung der Provinz Schlesien. Wenn auch die Geschehnisse in erster Linie im Bereich des General-Kommandos VI, das seit über hundert Jahren mit Schlesien verwurzelt war, spielen, so ist es trotzdem deutsche Geschichte, die in diesem Kampfe um ihre Bestimmung ringt. Schlesien ist in den trüben Revolutionstagen der Brennpunkt deutschen Schicksals gewesen. Es ging nicht allein um die Erhaltung eines großen Industriegebietes, die Frage deutschen Lebens stand auf dem Spiel!

Riesengroß war die Gefahr. Das Industriezentrum in Oberschlesien, das Gebiet um Waldenburg, Breslau, die drittgrößte Stadt Preußens, mit einer großen unruhigen Arbeiterschaft, waren Herde bolschewistischer Agitation, der zu wehren es keine Zivilbehörde mehr gab. Die Arbeitslast zum Schutze der Provinz gegen diesen inneren

Feind lag allein auf den Schultern der Militärbehörde, denn die Polizeigewalt war zertrümmert. Auch die Ernährung der Arbeiterschaft der ganzen Provinz war in Gefahr, und aus der Bedrohung durch kommunistisch-revolutionäre Erhebungen mußte der Weg gefunden werden. Aber hier an der Grenze des Reiches bargen Unruhen, wie sie keinem anderen Industriegebiete Deutschlands späterhin erspart blieben, die Gefahr eines feindlichen Einmarsches in sich. Wie ein spitzer Keil schob sich Schlesien mit über 500 Kilometer langen Grenzen zwischen Polen und die Tschechoslowakei. Beide Völker, erst durch Krieg und Revolution zu eigenen Staatsgebilden zusammengeschlossen, drängten im Rausch ihres ersten Erfolges zur Ausdehnung ihrer Macht und ihrer Landgebiete. Sie umlauerten die schlesische Grenze und wollten unter dem Schlagwort der Zeit „Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung" Deutschstämmige unter ihr Joch zwingen und ein reiches Land ausbeuten.

Gefährlich war die Polenfront in Oberschlesien, gefährlicher aber hier der Feind im Rücken. Denn hinter den Halden rechts der Oder, deren jede ein Fort, und in den Schächten, die Waffenläger bargen, war der Widerstand organisiert, den fanatische Parteigänger des weißen Adlers für den Fall des Rückschlages vorbereitet hatten. Hoffnungslos mußte dieser zwiefache Kampf werden in einer Zeit, in der gerade in Oberschlesien die Räte gegen die Trümmer deutscher Macht Sturm liefen. Vaterlandslos, parteiisch durchseucht, wurden ihnen Würde und Anstand feile Begriffe. Gleichzeitig umstellten die Truppen des jungen tschechischen Siegerstaates enger und enger die drei Seiten der Grafschaft, mit denen sie an ihr Land grenzte. Auch Waldenburg mit seinen Gruben war verloren, wenn nicht das Heer zum Gehorsam zurückkehrte und das revolutionäre Treiben der Arbeiter- und Soldatenräte niedergehalten werden konnte. An dieser Front tobten die Kämpfe mit den Neuerern im eigenen Lande besonders schwer, hing preußischer Besitz unmittelbar an dem Pflichtgefühl seines entrechteten Offizierkorps.

Doch nur der ist verloren, der sich selbst aufgibt. Und so haben die Reste der preußischen Armee, trotz der Soldatenräte, in erbittertem Kampf gegen die innere Zersetzung, unterstützt von Männern aller deutschen Gaue, Hand in Hand mit unseren Brüdern aus der österreichischen Wehrmacht, die auf schlesischem Boden eintrafen, die Provinz vor der Habgier der Feinde gerettet und die Grenzen gehalten. Was am 9. November unmöglich schien, ward gemeistert: Vaterlandsliebe, Wehrhaftigkeit, schlesischer Heimatwille und deutsche Opferfähigkeit bewährten sich im Osten in tiefster Not.

Beim Schreiben der Erinnerungen aus der Revolutionszeit gedachte ich stärker denn je wieder meiner Kameraden im VI. Armeekorps und der Freunde in der Provinz. Raummangel zwang zum Verzicht auf viele Einzelschilderungen. Nie aber soll vergessen werden, daß es die persönliche Tatkraft von Offizier, Mann und verantwortungsfreudigen Bürgern war, die es ermöglichte, Schlesien dem Reiche zu erhalten und das Werk zu vollbringen, das Ehre und Pflicht von uns verlangten.

1. KAPITEL

Die Entstehung der Soldatenräte in Heimat und Frontheer. Der Volksrat. Die Zersetzungsarbeit der Soldatenräte am Heer.

Das General-Kommando des VI. Armee-Korps wurde Anfang November 1918 aus Wenden in Livland nach Görlitz abtransportiert, um hier mit Formationen der Stellvertretenden General-Kommandos XII, XIX, V und VI ein Armee-Oberkommando gegen Ententetruppen zu bilden. Nach dem Zusammenbruch der Österreicher, Ende Oktober, lag die Gefahr nahe, daß der Feindbund über die Südgrenze unseres Vaterlandes eindringen würde.

Die Ersatzformationen dieser Stellvertretenden General-Kommandos liefen nach dem 9. November unter dem Einfluß ihrer Soldatenräte auseinander. Die gleichfalls bereitgestellte 53. Sächsische Division löste sich um Dresden auf; die 232. Preußische Infanterie-Division, durch die Oberste Heeresleitung nach Schweidnitz beordert, kam nicht. So erledigte sich die Aufgabe des General-Kommandos VI von selbst, und es kehrte am 16. November in seine Friedensgarnison Breslau zurück.

Hier führte das Stellvertretende General-Kommando der General der Infanterie Freiherr von Egloffstein; Chef des Stabes war Oberstleutnant v. Bernuth.

An der Spitze des aktiven General-Kommandos stand Generalleutnant v. Heineccius, Chef des Generalstabes war Oberstleutnant v. dem Hagen (Eberhard); ich war Erster Generalstabsoffizier. Generalleutnant v. Heineccius reichte am Revolutionstage den Abschied ein und tat keinen Dienst mehr. Oberstleutnant v. dem Hagen führte die Chefgeschäfte mit großen Unterbrechungen bis Februar 1919 und übernahm dann die Baltische Landeswehr; inzwischen hatte ich ihn vertreten und wurde alsdann sein Nachfolger.

In Breslau fand das General-Kommando einen Soldatenrat und einen Volksrat vor, die sich am 9. November gebildet hatten. Dieser Tag selbst hat die höchsten militärischen Behörden des Stellvertretenden General-Kommandos überrascht.

Als es in Frankreich zu Meutereien kam, wurden zur Wiederherstellung der Ordnung so viele Todesurteile vollstreckt, bis die treibenden defaitistischen Kräfte ihr Spiel verloren gaben; bei uns wählte man den Weg der Begnadigung. Wenn die Front gänzlich im unklaren darüber gelassen wurde, daß es hinter ihrem Rücken seit langem bereits übel aussah, so kann man dies immerhin verstehen. Aber das Kriegs-

ministerium scheint auch seine heimatlichen Exekutiven, die Stellvertretenden General-Kommandos, nur wenig unterrichtet zu haben. Der Stellvertretende Kommandierende General des VI. Armeekorps, General Freiherr v. Egloffstein, meldete über den 9. November, daß zwar die zahlreichen schweren Vergehen auf Transporten nach der Front gezeigt hätten, daß die Disziplin bei einer Anzahl von Ersatztruppenteilen, trotz der schärfsten hiergegen getroffenen Anordnungen, gelockert war; zu weiteren besonderen Maßnahmen habe jedoch deshalb noch kein Anlaß vorgelegen, weil das Stellvertretende General-Kommando über die allgemeine Lage im Innern dienstlich nicht orientiert worden sei und sich seine Kenntnis der Vorgänge lediglich auf die Zeitungsnachrichten beschränkt habe. Deshalb sei auch eine Bereitstellung zuverlässiger Kräfte unter diesen Umständen nicht erfolgt.

Ähnlich meldet der Chef des Stabes, Oberstleutnant v. Bernuth: es habe in Breslau Ruhe geherrscht, und auch aus der Provinz hätten keinerlei Nachrichten vorgelegen, die das Stellvertretende General-Kommando zu besonderen Maßnahmen hätten veranlassen können. Überhaupt seien irgendwelche Informationen aus Berlin nicht eingetroffen.

Man vergleiche dagegen den Bericht des Gewerkschaftssekretärs Voigt, alsbald Vorsitzender des Zentral-Soldatenrates: „Nach Bekanntwerden der revolutionären Vorgänge in den Hafenstädten traten am 5. November in Breslau die Vorstände des Sozialdemokratischen Vereins und die Gewerkschaftsführer zu einer internen Besprechung zusammen, in der über die zu gewärtigenden revolutionären Entwicklungen in Breslau beraten wurde. Hierbei wurde festgelegt, daß ich die Leitung der militärischen Fragen zu übernehmen hätte, Herrn Redakteur Löbe wurde die allgemeine politische Leitung übertragen."

Als dann der örtliche Zusammenbruch, beginnend mit der Revolte im Fliegerlager Brieg, da war, erkannten auch die militärischen Behörden in Breslau die Gefahr und berieten. Über diese Besprechungen hat das aktive General-Kommando, in Erkenntnis ihrer Wichtigkeit für die spätere Geschichtsforschung, sofort Bericht eingefordert. Der erste Bericht stammt von dem verantwortlichen Kommandanten der Festung Breslau, Generalleutnant Graf v. Pfeil; er ist vom 26. November 1918. Aus diesem Protokoll geht hervor, daß der Kommandant am 9. November nachmittags die Truppenkommandeure in der Kommandantur versammelt hat. Hierbei scheint zum Ausdruck gekommen zu sein, daß mit dem Thronverzicht Seiner Majestät des Kaisers auch das Offizierkorps seines Eides entbunden sei. Da die Truppen bereits unzuverlässig erschienen, hat sich dann wohl die Überzeugung Bahn gebrochen, daß mit Waffengewalt die Lage schon nicht mehr herzustellen sei.

Nach dem Zusammenbruch wurde in der Armee die Frage des Schießverbotes besprochen, heftige Vorwürfe gegen die heimatlichen Militärbehörden wurden allenthalben laut. Ich glaube persönlich nicht, daß es in der Heimat am 9. November noch möglich gewesen wäre, die Ersatzbataillone in ihrer Allgemeinheit zum Schießen zu veran-

lassen. Ob es — viel besprochen — in Berlin mit einem Offiziersbataillon denkbar war, die Bewegung niederzuschlagen, entzieht sich meiner Beurteilung. Allerdings habe ich kaum einen Offizier späterhin gesprochen, der sich nicht anheischig gemacht hätte, wenn er in einem Ersatzbataillon, anstatt an der Front, gewesen wäre, sein Bataillon mit sich gegen die Meuterer zu reißen. Hier aber ein Ausschnitt aus der Front:

In Spaa erging ein Schießverbot bereits am 9. November zwischen einhalb eins und ein Uhr mittags. Dort lag zum Schutz des Großen Hauptquartiers das beste Bataillon der Westfront, das Sturmbataillon Rohr. Sein ehemaliger Adjutant, Oberleutnant a. D. Graf v. Schwerin, berichtet darüber (vgl. Niemann: Revolution von oben, Umsturz von unten):

„Diese Sicherheit (Seiner Majestät des Kaisers) ist allein deswegen auf das schwerste gefährdet, weil das Bataillon den Befehl erhalten hat, von der Waffe nur noch Gebrauch zu machen im Falle eines tätlichen Angriffes auf die Person Seiner Majestät. In allen anderen Fällen ist gegen Angehörige des eigenen Volkes von der Waffe kein Gebrauch zu machen.“

Mit Rücksicht auf die Schießverbotsfrage ergänzten die inzwischen bereits verabschiedeten Offiziere des Stellvertretenden General-Kommandos VI, der frühere Stellvertretende Kommandierende General, der Chef des Stabes und der Kommandant, im August 1919 die Meldungen vom November 1918 nochmals ausführlich; ein klares Bild gerade über das Schießverbot erbrachten aber auch diese Nachträge nicht. Wollte man im Detail Breslauer revolutionäre Garnisongeschichte schreiben, müßte man mit dem Erscheinen von Fliegern aus Brieg beginnen: als der Redakteur Löbe am 9. November nachmittags in der Jahrhunderthalle mit seinen Genossen die Reden besprach, die man am nächsten Tage halten wollte, als vom Gewerkschaftshause aus die Flieger in Gandau und die Nachrichtenabteilung in Carlowitz zur Beteiligung an der Gehorsamsverweigerung aufgefordert wurden, als vor jenem kleinen Kreise auf der größten deutschen Orgel in der Jahrhunderthalle bereits die Marseillaise geprobt wurde, als eben jene sozialdemokratischen Führer vor den Kommandanten der Festung traten und ihm die Kontrollorgane aufnötigten. —

Die Wahl der Soldatenräte fand dann bei den meisten Ersatztruppenteilen ohne jedes Zutun irgendwelcher Vorgesetzten statt. Das russische Beispiel war allbekannt, es genügte, um die Soldatenratsgebilde zu konstituieren. Aus den gesamten Soldatenräten der Garnison Breslau bildete sich bereits am 10. ein Fünferausschuß, der sich alsbald zum „Zentral-Soldatenrat“ entwickelte und schließlich für alle Soldatenräte der Provinz Schlesien als letzte Instanz zuständig wurde. Diese soldatenrätliche Zentralgewalt hat dieser ehemalige Fünferausschuß, der schließlich bis auf gut 30 Sachverständige anschwoll, ziemlich bis zu seiner Auflösung Mai 1919 behalten, viel umstritten und bekämpft von seinen eigenen Genossen.

Mit diesem Breslauer Zentral-Soldatenrat bekam es alsbald das zurückkehrende

aktive General-Kommando zu tun, das mit ihm auch monatelang in demselben Haus, der ehemaligen Eisenbahndirektion, unterkam.

An die Spitze des Zentral-Soldatenrates trat alsdann (s. S. 10) der Sanitätssoldat Voigt, Gewerkschaftssekretär der Maurer; er ward damit der Gegenspieler des Generalkommandos, insbesondere des Generalstabchefs. Zwischen dem Chef und dem Ersten Generalstabsoffizier entstanden alsbald Unstimmigkeiten über ihre Stellung gegenüber dem Soldatenrat. Oberstleutnant v. dem Hagen wollte sich passiv verhalten, den Soldatenrat nach Möglichkeit ignorieren und Schwierigkeiten machen, wo immer es nur ging. Ich vertrat hingegen die Ansicht, daß als Außenstehende wir nur das hören würden, was jene für wünschenswert hielten; das General-Kommando gehöre in den Rat hinein und müsse mit ihm arbeiten.

Gemeinsam war uns der brennende Wunsch, diese Soldatenratsgebilde so bald wie möglich zu zertreten, war uns der erbitterte Haß gegen diese Aufrührer, deren Ziel nur die Unterjochung des Offizierkorps bildete. Damals hätten uns die unfreien Berliner Befehle, die Wahl und Anerkennung der Räte verlangten, in unserem Handeln keineswegs behindert. Hat sich doch z. B. das General-Kommando späterhin geweigert, den von der gesamten Reichsregierung gebilligten und vom Kriegsminister am 19. Januar 1919 herausgegebenen Ukas über Uniformänderungen und Wählbarkeit der Führer für Schlesien in Kraft zu setzen. In persönlicher Aussprache mit dem Kriegsminister Reinhardt (27. Januar 1919) haben wir auf diesem Ungehorsam im Interesse des Offizierkorps beharrt. In bezug auf die Soldatenräte aber erkannte das General-Kommando die Notwendigkeit an, zunächst den Versuch zu machen, mit ihnen auszukommen. Genau so dachte die Front. Denn vom Sturmbataillon Rohr schreibt sein Adjutant:

„Am Morgen des 11. November erhielt das Bataillon von der Obersten Heeresleitung den Befehl, Soldatenräte zu wählen, um nicht die Ruhe zu gefährden. Wir Offiziere sahen, daß gegen diese augenscheinlich in planmäßigen Bahnen verlaufende Entwicklung nicht anzugehen war und gehorchten. Es sollten Vertrauensleute gewählt werden."

Der Befehl zur Mitarbeit im Soldatenrat, das Odium, traf den Rittmeister Walther-Weisbeck, Zweiten Adjutanten des Korps. Er gehorchte; halbkrank über diese Zumutung gab er ein Beispiel treuester Pflichterfüllung. Kein Soldat hat vor dem Feinde einen schwereren Auftrag erhalten!

Erleichtert wurde der Entschluß zur Mitarbeit, der nunmehr richtunggebend blieb, durch die Person des Vorsitzenden des Zentralsoldatenrates, Voigt. Der Sanitätssoldat suchte nach Eintreffen des General-Kommandos dieses alsbald auf. Er erschien in Begleitung eines Pionierhauptmanns der Landwehr, Berg, im Zivilberuf Stadtbaurat von Breslau, der dazu ausersehen sein sollte, mich bei Rückführung des Heeres und bei den übrigen taktischen Maßnahmen nach dem Willen des Zentral-Soldatenrates zu überwachen. Berg hatte am 9. November eine führende Rolle gespielt und war in den Soldatenrat und Volksrat gewählt worden.

17. November 1918.

**) Hauptmann Berg erscheint, ein interessanter fanatischer Kopf, gut angezogen, rote Binde auf dem Ärmel. Das also ist mein Beirat. Wir haben uns nichts zu sagen. Er empfindet wohl selbst das Erstaunliche, in dieser Mission mit mir verhandeln zu sollen. Mit ihm der Sanitätssoldat Voigt, im offenen Mantel, eine brennende Zigarre in der Hand. Völlig im Gegensatz zu dem Pack, das sich mit roter Binde auf dem Flur herumtreibt, frech und aufgeregt ist, wirkt dieser Mann wohltuend durch seine Ruhe und Sachlichkeit; offenes Gesicht, kluge, nicht unschöne Augen, eine gewisse Energie in der Sprache, roter Spitzbart, Anfang der Dreißig. Er beginnt ein Gespräch über die bedrohte Provinz Posen, über den Grenzschutz und die Wege, diesen wieder zusammenzubringen. Durchaus vernünftig und sachlich. Ich hatte erwartet, daß er so wie seine Kollegen auf die ‚Herren Offiziere, die auch Opfer zu bringen hätten', zu sprechen käme, nichts davon. Den Volksrat erkennt Voigt als ihm vorgesetzt an, was für uns sehr wertvoll, da darin auch Bürgerliche sitzen.*

Voigt hatte sehr bald erkannt, mit welcher Soldatenratsgesellschaft er umgeben war, und versuchte, sich von ihr zu trennen. So hat er sich nicht widersetzt, als nach und nach den Soldatenräten ein Stein nach dem andern aus dem babylonischen Turm in Schlesien gebrochen wurde. Selbstredend blieb er Mehrheitssozialist und sah durch die rote Brille. Trotzdem stand er dem Offizierkorps persönlich weder mißtrauisch noch verärgert gegenüber und verschloß sich nicht den taktischen Interessen der ringsum bedrohten Provinz. Ebenso lehnte er die stets von seinen radikalen Kollegen vorgebrachte Forderung auf Gegenzeichnung taktischer Befehle als groben Unfug ab. Natürlich hat er oftmals laviert und blieb bei kleineren Dingen nicht bei der Stange; das kalkulierten wir schon ein, um Größeres zu erreichen. Als Voigt schließlich Polizeipräsident in Breslau wurde, war der persönliche Groll gegen ihn wohl bei all den Offizieren verraucht, die mit ihm zu tun gehabt hatten. Dieser Mann war von Anfang bis Ende taktvoll, er war einer der wenigen mir bekannt gewordenen Soldatenräte (s. S. 180), der seine Stellung selbstlos versah, und der in dieser ganzen Zeit auch versuchte, dem Offizierkorps gerecht zu werden. Nach dem Kapp-Putsch wurde Voigt von der sozialistischen Regierung beseitigt; er war ihr inzwischen zu gemäßigt geworden. Neben dem Zentral-Soldatenrat entstand alsdann gleichzeitig der Volksrat. Schlesien ist die einzige Provinz Preußens und Breslau wohl seine einzige Großstadt geblieben, in denen unmittelbar mit dem Beginn der Revolution ein Ausschuß von Angehörigen aller Parteien zusammentrat; er sollte sich für Erhaltung von Ruhe und Ordnung bei dem beginnenden Durcheinander einsetzen. Wo überall sonst in Deutschland sich Räte bildeten, wie der Rat der Volksbeauftragten, umfaßten sie nur Sozial-

*) Tagebuchaufzeichnungen und Zusätze sind durch verschiedenen Druck kenntlich gemacht.

demokraten und noch mehr links stehende Parteileute. In Breslau setzte sich der Volksrat aber aus zwei Dritteln Sozialdemokraten und einem Drittel Bürgerlichen zusammen; Mitglieder der Fortschrittspartei, des Zentrums, der Nationalliberalen und der Konservativen haben ihm bis zu seiner Auflösung angehört!

Das General-Kommando hat es in der Zusammenarbeit mit dem Volksrat als besonders angenehm empfunden, daß an seiner Spitze gemäßigte und einsichtige Leute standen, denen Nebensächlichkeiten ebenso als Zeitverlust erschienen wie uns. Während allerdings in den Vollversammlungen des Volksrates vielfach Parteigezänk im Vordergrund stand, kamen wir in den Vorstands- oder Kommissionssitzungen, zu denen das General-Kommando bei militärischen Belangen zugezogen wurde, stets ein gutes Stück weiter. Der erste Vorsitzende, Gewerkschaftssekretär Philipp, später Oberpräsident von Schlesien, ließ sich fast dauernd durch den zweiten Vorsitzenden, den Stadtrat Prescher, vertreten. Prescher war ein kluger Mann, von erstaunlichem Organisationstalent, ein besonders gewandter Verhandlungsleiter und politisch durchaus geschult. Uns Militärs kam er mit Unvoreingenommenheit, wenn auch nicht ohne die Hemmungen des Fortschrittlers, entgegen. Später als Kommissarischer Regierungspräsident von Breslau opferte Prescher diese Stellung seiner Überzeugung. Alle Sitzungen waren sorgfältig vorbereitet und stellten an die Arbeitskraft des Einberufers große Anforderungen. Dieser Stadtrat ist, ebenso wie Philipp und Voigt, ein typisches Beispiel dafür, wie rasch die Parteien die Verdienste ihrer Exponenten in schwierigster Zeit hernach vergessen. Alle drei Politiker haben damals in aufgeregtester Zeit den Ihren ganz besonders genutzt; als aber Ruhe eingetreten war, bedurfte man ihrer nicht mehr.

Preschers rechte Hand war der Assessor Dr. Ollendorff, der bei der Stadt bisher im Fürsorgedezernat gearbeitet hatte. Ollendorff wurde dann der Vermittler zwischen Volksrat und uns. Mit einem begeisterungsfähigen Herzen ergab er sich der neuen Zeit und versuchte — nicht ohne Geschick — auch uns für diese zu erwärmen. In seinem Beginnen unterstützte ihn wirkungsvoll die Art, wie er die deutsche Sprache meisterte. Seine Mission litt unter seiner Vorsicht: Schwierigkeiten wollte er nicht überwinden, sondern „abbiegen".

Zum Leiter der Amtsstelle des Volksrates wurde der Assessor Dr. Menzel ernannt, die Pressestelle übernahm der Redakteur Petzold, und in das Amt des Schriftführers teilten sich der Magistrats-Assessor Dr. Fuchs und Dr. Ollendorff.

Auf Antrag des Redakteurs Löbe erklärte sich der Volksrat von Breslau alsdann zum Zentral-Volksrat von Schlesien und legte sich entscheidende anstatt der bisher beratenden Vollmacht bei.

Es ist viel praktische Arbeit im Volksrat geleistet worden unter der Voraussetzung, daß der Umsturz des 9. November geschehen war und in irgendeiner Weise gehandelt werden mußte. Je ruhiger dann späterhin die Zeiten wurden und je mehr Bürgerliche sich zu den politischen Arbeiten an der Erhaltung Schlesiens wieder meldeten, desto

stärker setzte die Kritik am Volksrat ein. Einer der Hauptvorwürfe war, daß der Volksrat gerade oberschlesische Belange, die späterhin naturgemäß vollkommen im Vordergrund standen, nur durch liberale Breslauer Stadtpolitiker habe bearbeiten lassen. In gewissem Sinne ist das auch richtig gewesen, ergab sich aber zunächst aus den Verhältnissen. Es fehlten zu Beginn die Männer, die mitmachten; wir, die wir uns zwangen, unter den veränderten Verhältnissen gleichermaßen wie bisher zu arbeiten, konnten am besten beurteilen, wie vollkommen tatenlos das Bürgertum erst beiseite stand. Die Rechtsparteien schalteten sich selbst aus. Graf Seidlitz-Sandreczky, der konservative Führer, sagte mir zu Beginn des Jahres 1919, daß er sich am Volksrat und ähnlichen revolutionären Institutionen nicht beteilige, da ein Sichdurchsetzen unmöglich sei. Damit sprach er die Auffassung wohl der meisten seiner politischen Freunde und Standesgenossen aus. Die Bürgerlichen hielten Versammlungen ab, in denen im Kreise zumeist Gleichgesinnter die Lage besprochen und Wünsche zur Besserung vorgebracht wurden. Das verhallte ungehört und konnte nicht annähernd so wirksam sein, wie der unmittelbare Kampf an der Verordnungen erlassenden Zentrale. Im Volksrat aber versuchten Sozialdemokraten und Demokraten, späterhin auch das Zentrum, politisch das für sich zu erreichen, was ihnen nun beinahe widerspruchslos zufiel: sie besetzten ohne Ausnahme sämtliche hohe Posten in Schlesien bis auf den des Landeshauptmanns! Einige wenige tapfere Männer haben hingegen von Anfang an dem General-Kommando treulich mit Rat und Tat zur Seite gestanden und wertvolle Hilfe geleistet. Es seien nur genannt: der Landeshauptmann Dr. v. Thaer, Graf Magnis-Eckersdorf, der Rektor der Universität Geheimrat Dr. Koch, der Prorektor Professor Dr. Schott, der Rektor der Technischen Hochschule Geheimrat Dr. Semmler, Generaldirektor Dr. Eichberg, Graf Garnier-Turawa, Geheimrat Dr. Williger, Fürst Pleß, Herr v. Eichborn, Rechnungsrat Jochmann, Herr von Heydebrand-Nassadel, Dr. Wagner von der „Schlesischen Zeitung“ und die Studentenausschüsse der beiden Hochschulen. Von den politischen Parteien nahmen das Zentrum durch Geheimrat Porsch, die Demokraten durch Geheimrat Dr. Heilberg mit uns Fühlung auf; die Rechtsparteien kamen nicht. Wir haben sie gewiß nicht nötig gehabt, empfanden aber ihr Abseitsstehen als das, was es war, als eine Ablehnung der Einstellung der obersten Militärbehörde. Diese war und blieb genau so konservativ wie die ihre; es genügte aber, das General-Kommando für liberal zu halten, um es zu meiden!

Das Ende des Zentral-Volksrates war nicht anders, wie zu erwarten war. In der Zeit des ärgsten Durcheinanders war er aufgestellt; er verschwand, als alles in geordnetere Bahnen lenkte, als den Stellen, die vorher überall behindert waren, selbständige Arbeit wieder möglich wurde.

Sicher hat der Volksrat besonders vermittelnd zwischen Behörden und den örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten zu wirken versucht, als diese Raubritter auch die Zivilgewalt vollkommen an sich zu reißen suchten.

Daß allerseits viele und berechtigte Klagen auch über Eingriffe des Zentral-Volksrates laut wurden, der Institutionen beseitigte, die sich bewährt hatten, eben nur deshalb, weil sie angeblich reaktionär waren, ist eine Tatsache, die sich vollkommen dem Zeitbild, wie wir es ja auch jetzt noch haben, anpaßte. Diese Vorkommnisse hätten sich nur dadurch mildern lassen, daß das Bürgertum in den beschließenden und beratenden Stellen ganz anders mitgewirkt hätte. Gesagt sei nochmals, daß das General-Kommando jedenfalls nicht in der Lage gewesen wäre, ohne die Hilfe des Volksrates mancherlei militärpolitische Dinge durchzusetzen, die schließlich im Interesse der Provinz dann verwirklicht worden sind.

Am Tage seines Eintreffens in Breslau, am 16. November 1918, stand das General-Kommando vor einem militärischen Nichts. Es hatte nur seine Offiziere, die Schreiber und die Fernsprechabteilung — bei der sich am Revolutionstage besonders die Fahrer übel gebärdet hatten — mit aus dem Felde gebracht. Dabei begann sich unmittelbar nach dem Zusammenbruch der äußere Feind zu rühren; schon gingen alarmierende Nachrichten von den Grenzen ein. Ringsum, auf 500 Kilometer Breite, war Schlesien bedroht, Tschechen und Polen schickten sich an, dem Adler die letzten Federn aus den Schwingen zu reißen.

Die tschechische Grenze schien am meisten bedroht, denn in Polen standen noch deutsche Formationen. So sollte zunächst die Südwestgrenze von Hirschberg bis zur Oder gesichert werden. Es wurde auf die Brigaden zur besonderen Verwendung 5 und 6 zurückgegriffen, die auf Befehl des Kriegsministeriums vom 30. Oktober 1918 alsdann am 12. November bereit sein sollten, die Reichsgrenze (s. S. 9) zu sichern. Verfolgen wir hier nur die Entwicklung der Brigade zur besonderen Verwendung 5, die vom Stellvertretenden General-Kommando V (Posen) im Warthelager zusammengestellt wurde, als typisches Beispiel dafür, wie der 9. November sich auf die Truppe auswirkte.

Die Mannschaften — 2400 Mann — waren aus den einzelnen Ersatz-Bataillonen der Provinz Posen gerade im Warthelager eingetroffen, als vom Stellvertretenden General-Kommando aus Posen am 10. November der Befehl erging, Vertrauensmänner zu wählen. Offiziere waren zunächt noch wenige da; doch war der Geist der Truppe bis dahin mit ganz geringen Ausnahmen gut, von revolutionärer Erregung noch nichts zu merken. Nach der Vertrauensmännerwahl aber änderte sich das Bild, zumal ein Vizefeldwebel, Arbeitersekretär, im Anschluß an die Wahl die üblichen „aufklärenden Reden“ hielt, d. h. er wies zunächst darauf hin, daß Ruhe und Ordnung zu wahren seien, unterstrich aber alsdann in der bekannten Weise, daß das Vorgesetztenverhältnis aufgehört habe, daß der freie Soldat aus freier Pflicht und ohne Vorgesetzte nunmehr handele und daß die Vorgesetzten ihrer Befehlsgewalt entkleidet seien. Der Vizefeldwebel ließ die Worte: „Soldatenrat“ fallen, und am Nachmittag wurde aus den Vertrauensmännern der Soldatenrat gewählt; er wurde dessen Obmann. Zu Ausschreitungen kam es an diesem Tage nur im Offizierkasino, wo zwei

Offiziere von einem zum Soldatenrat übergetretenen Leutnant verhaftet wurden. Der Kommandant des Warthelagers war Generalleutnant Glahn, der bisher Kommandeur der 18. Reserve-Infanterie-Brigade gewesen war. Es wurde nun am 10. November das Gerücht verbreitet, Generalleutnant Glahn habe das Lager verlassen, um „antirevolutionäre" Truppen herbeizuholen. Die Stimmung verschlechterte sich wesentlich, die Ehrenbezeugungen hörten zum großen Teil auf, und ein Teil der Soldaten bemühte sich, durch flegelhaftes Betragen den Offizieren ihre neue Machtstellung zu beweisen. Dienst konnte bereits an diesem Tage nicht mehr abgehalten werden. Die Soldaten trieben sich im Lager herum, verbreiteten und glaubten die irrsinnigsten Gerüchte. Das Offizierkasino sollte mit Maschinengewehren gespickt sein; in der Kommandantur seien Geschütze gegen das Lager gerichtet, Fronttruppen im Anmarsch. Selbstverständlich war der Soldatenrat nicht in der Lage, die Soldaten ohne ihre Offiziere wieder in die Hand zu bekommen; er beschränkte sich darauf, die Munition den Truppen abzunehmen und ihnen zu versichern, daß sie nicht nach dem Kriegsschauplatz abtransportiert, sondern nur im Grenzschutz verwendet werden würden.

In der Nacht vom 11. zum 12. November wurden die Kommandeure der Truppen zu einer Besprechung auf der Kommandantur zusammengerufen. Hier wurde ihnen mitgeteilt, daß Nachrichten eingetroffen seien, die besagten, daß die Polen, verstärkt durch freigelassene Kriegsgefangene, auf Posen anrückten. Auch das Warthelager sei gefährdet. Dieses Gerücht veranlaßte den Kommandanten, anzuordnen, daß die Truppe marschbereit gemacht wurde, und daß sie eventuell am 12. mittags geschlossen in westlicher Richtung den Platz verlassen sollte, um zum Schutz der Festung Posen bereit zu stehen. Im Lager brach eine Panik aus, die sich in der übelsten Weise auswirkte. Jeder dachte nur an Flucht und daran, wie er sich noch möglichst schadlos halten könnte. Pferde wurden angeschirrt, angespannt und gesattelt, Wagen mit gestohlenen Decken, Stiefeln und Lebensmitteln beladen, und alles ergriff sinnlos die Flucht in Richtung Chludowo. Generalleutnant Glahn und das Offizierkorps der Brigade bemühten sich persönlich, diesem schamlosen Treiben Einhalt zu gebieten. Auch der Soldatenrat, in den auch einige vernünftige ältere Leute eingetreten waren, versuchte, die Mannschaft in Ordnung zu bringen. Vergeblich! Die Saat des vergangenen Tages ging bereits auf, und der Vizefeldwebel, Soldatenratsobmann, bekannte, daß die Truppe noch nicht reif sei für die hohen Ziele der Revolution.

Aber auch ein Teil der jüngeren Offiziere wurde mit in die Disziplinlosigkeit hineingerissen und hat den Platz verlassen. Der Leutnant-Soldatenrat, der die Schutzhaft im Kasino verhängt hatte, soll auf einem Kahn geflohen sein. Selbstredend fand sich auch sofort die plündernde Zivilbevölkerung ein und schleppte fort, was sie mit den Händen erfassen und auf Handwagen davonfahren konnte.

Generalleutnant Glahn, der überall selbst eingegriffen und versucht hatte, der Unordnung zu steuern, meldete dem Stellvertretenden General-Kommando V nach Posen

die Vorgänge. Der Chef des Stabes in Posen, Generalleutnant v. Schimmelpfennig, gab zuversichtliche Nachrichten, auch, daß die Grenze nach wie vor völlig in deutscher Hand sei. Schließlich trat auch unter den im Warthelager verbliebenen Truppen eine gewisse Beruhigung ein. Man versammelte sich am Wasserturm des Platzes, und die Offiziere gewannen wieder einen größeren Einfluß auf die Truppen. Von den beiden Regimentern fanden sich dann 600 Mann, also knapp ein Viertel der Gesamtstärke, bereit, sich in den Grenzschutz abtransportieren zu lassen. Unter dem Befehl des Majors Hellmich verließ am Abend der Transport mit der Eisenbahn das Warthelager mit dem Ziele Lauban. In der Frühe des 13. kamen von den abgefahrenen 600 Mann noch 295 in Lauban an. Die Hälfte war vorher ausgestiegen. Auf dem Bahnhof Lauban wurde diesen Trümmern einer Brigade vollends der Rest gegeben. Zu ihrem Empfang stand der Laubaner Arbeiter- und Soldatenrat bereit, größtenteils junge, in Uniform gekleidete Burschen und Zivilisten, alle schwer mit Gewehren behängt. Diese drangen sogleich auf die Truppe ein und redeten ihr zu, die Gewehre abzugeben und in die Heimat zu fahren. Der Widerspruch der Offiziere, die sich in einer höchst üblen Lage befanden, verhallte ungehört. Auf dem Bahnhofsplatz warf man die Gewehre zusammen. Nur etwa 80 Mann, fast alle aus Lauban selbst, sollten zusammenbleiben. Die anderen wurden in die Heimat nach Greiffenberg und Hirschberg beurlaubt. Am nächsten Tage, dem 14., suchten sich die Laubaner ihre Waffen auf dem Bahnhofsplatz wieder. Hierbei wurde festgestellt, daß die Gewehrriemen abgeschnitten, ein großer Teil der Waffen beschädigt war.

General von Kessel, der diese Brigade führen sollte und gerade aus dem Westen eintraf, mußte mitgeteilt werden, daß in Lauban, anstatt zweier Regimenter von zusammen 2400 Mann, von der gesamten Brigade nur noch 80 Mann übrig geblieben wären, waffenlos, verhetzt durch Soldatenräte, sich weigernd Dienst zu tun. Es gehörte die ganze Frische und Energie dieses Generals dazu, um nicht einen Augenblick zu verzagen. Unterstützt durch seinen Adjutanten, den Hauptmann der Reserve Hartmann (der den Bericht, dem wir hier zumeist folgten, in Erkennung seines hohen geschichtlichen Wertes bereits am 14. November 1918 niederschrieb), machte sich der Brigade-Kommandeur alsbald ans Werk, seine Truppe völlig neu aufzustellen. General v. Kessel suchte sich Freiwillige zusammen, denen man einen Löhnungszuschuß von vier Mark versprach. Hiermit wurde der Weg des Söldnersystems das erstemal — und mit all seinen Nachteilen — beschritten. Wenige kamen aus Patriotismus, die meisten aus Verdienstrücksichten; schließlich waren gewisse Verpflegungsstärken, aber auch nur diese, erreicht. Denn in der Brigade 5 haben sich noch bis Mitte 1919 Szenen abgespielt, die jedenfalls in Schlesien einzig dastanden. Auf sie wird noch zurückzukommen sein (s. S. 47 bis S. 50).

Bei der Brigade zur besonderen Verwendung 6, mit den Infanterie-Ersatz-Regimentern 3 und 4, sah es zunächst auch nicht viel besser aus als bei der Brigade zur besonderen Verwendung 5. Die Brigade 6 war im Bereiche des VI. Korps aufgestellt und

trat unter den Befehl des Generals Freiherrn v. Brandenstein, der seinen Stab späterhin in Halbendorf bei Oppeln zusammenstellte.

Über die Aufstellung des Regiments 3 dieser Brigade hat ein ganz junger Leutnant, v. Zawadzky, vom Grenadierregiment 11 mit außerordentlichem Geschick eine Schilderung damals zusammengestellt. Sie zeigt chronologisch die Entwicklung der Soldatenratswirtschaft: wie diese Soldaten immer radikaler sich gebärden und sich schließlich gegen ihren Abbau bis aufs äußerste sträuben. Leutnant von Zawadzky war Adjutant des ersten Bataillons Regiment 3, das in Schweidnitz aufgestellt wurde, erlebte dort, wie die Garnisonsoldatenräte die 10. Grenadiere zur Meuterei aufforderten (s. S. 22), und verstand es dann doch, den Soldatenrat seines Bataillons ziemlich in Ordnung zu halten. Obwohl Zawadzky die Vorarbeiten in der sozialdemokratischen Parteileitung am 5. November in Breslau nicht kennen kann (s. S. 10), schreibt er, daß sich bei seinem Regiment, den 11. Grenadieren, plötzlich zwei ältere Leute als Soldatenräte etabliert hätten, und fährt dann fort: „Zweifellos ist von der sozialdemokratischen Parteileitung von vornherein bis in die kleinsten Einzelheiten festgelegt gewesen, an welche Stelle ein jedes Parteimitglied zu treten hatte. Wie kamen sonst diese Leute dazu, auf einmal zu erklären: Wir sind der Soldatenrat. Gewählt war keiner, aber sie waren die Wortführer.“ Übrigens auch Rittmeister v. Koschützki, Führer der Ersatz-Eskadron des Leibkürassier-Regiments in Breslau, berichtete, daß am Revolutionstage ein Unteroffizier Werner vom Dragoner-Regiment 8, kommandiert zur Inspektion der Ersatz-Eskadrons, sich zum Soldatenrat des Kürassier-Regiments aufgeworfen hätte; dieser Unteroffizier wäre höchstwahrscheinlich schon vorher in alles eingeweiht gewesen. Als Werner dann aufs General-Kommando lief, um sich dort vom Soldatenrat in seiner neuen Würde bestätigen zu lassen, benutzte der Leutnant v. Dittrich die Gelegenheit, von der Ersatz-Eskadron zwei vernünftige ältere Vizewachtmeister und einen Gefreiten wählen zu lassen. Werner war hier also nicht durchgedrungen und tauchte späterhin bei der Inspektion der Ersatz-Eskadrons als Obmann auf, wo selbstredend sein direktes Betätigungsfeld wesentlich eingeschränkter war.

Leutnant v. Zawadzki schildert dann weiter, wie bei der Brigade zur besonderen Verwendung 6, der wie gesagt das Regiment 3 unterstand, der Offizierstellvertreter Weiß Obmann wurde. Zawadzki erschien eines Tages mit ihm auch auf dem General-Kommando. Bei dieser Gelegenheit machte Weiß einen sehr militärischen Eindruck, und der Leutnant war mit mir der Ansicht, hier einen guten Griff getan zu haben. Wie sich dann aber aus den geheimen Sitzungsberichten der Brigadesoldatenräte ergab, war Weiß hinter dem Rücken des Offizierkorps später einer der schlimmsten Hetzer. Die Soldatenräte hetzten sich gegenseitig immer mehr gegen die Vorgesetzten auf und glaubten, nur so den Beifall der Soldaten zu finden, durch die sie sich zu halten gedachten. Wie hier, so ist auch der Werdegang manches erst ganz vernünftigen Soldatenrats zu erklären: je radikaler, um so größer und beliebter bei der urteilslosen

Masse! Schließlich suchte dieser Brigadeobmann sich noch persönlich zu bereichern und nahm ein übles Ende. Er wandelte damit nur den Weg mancher Mitglieder der Soldatenratsinstitution, und nicht nur der subalternsten.

Beide Brigaden wurden alsbald an die Tschechenfront zwischen Hirschberg und Landeck geschoben, wo wir ihnen noch begegnen werden. —

Wenden wir uns nun zu den im Anrollen begriffenen Felddivisionen, über deren Gefechtswert zunächst im General-Kommando ein klares Bild nicht zu erhalten war. Im Korpsbereich hatten im Frieden 11. und 12. Infanterie-Division gestanden. Neu aufgestellt war die 117. Infanterie-Division. Als Verstärkungen für den Grenzschutz trafen ferner ein: 2. Garde-Division, 10. Infanterie-Division, 9. Reserve-Division, 7. Kavallerie-Schützen-Division und zuletzt die Ostsee-Division. Die Fahrt quer durch ganz Deutschland hatte den bis zum Rhein noch fest in der Hand ihrer Vorgesetzten stehenden Divisionen schwer zugesetzt. Auf allen Verpflegungsstationen, bei allen sonstigen Aufenthalten waren die Garnisonsoldatenräte zur Begrüßung erschienen. Sie, die unmittelbar aus der Meuterei hervorgegangen waren, hatten nur das eine Interesse: auch die Fronttruppen zu sich herüberzuziehen. Nach anfänglichem Widerstand, nachdem einzelne die Schwätzer von den Bahnhöfen herunterwarfen, verfiel auch das Feldheer schon während der Fahrt der Zersetzung. Beim General-Kommando riefen die Eisenbahnlinien-Kommandanturen an, meldeten Unbotmäßigkeiten und Weigerung der Feldtransporte, weiter zu fahren. Mag die eine oder andere Division sich besser gehalten haben, nach Schlesien kam nichts mehr, was noch voll diszipliniert war. Es wurden von Breslau Offiziere entgegengesandt, um mit den ankommenden Formationen zu sprechen, ihnen zu sagen, daß der Osten schwer gefährdet sei, daß ihre Hilfe von der Bevölkerung erwartet würde. Wenig half es. Die Abgesandten wurden bedroht, Offiziere ältester preußischer Regimenter mußten ihre Mannschaften ohne Achselstücke und Ehrenzeichen begleiten; von Breslau aus wurden Bataillone nach Neuhammer abgedreht, um dort aufgelöst zu werden, da sie für Schlesien eine Gefahr bedeuteten. Und wo während der Fahrt die Disziplin noch nicht vollends ruiniert war, gab ihr ein kurzer Aufenthalt in der Garnison den letzten Rest.

Blindlings wütete man auch hier gegen alles, was Achtung, Gehorsam und Vorgesetzter hieß. Deputationen des neuen Regimes überbrachten den Ankommenden Dank und Willkommen des Vaterlandes, unterhielten sich mit dem Offizierkorps und lobten sein Ausharren in schwerster Zeit. Gleichzeitig aber war der Pfeil bereits auf den Bogen gelegt, um ihm den Rest zu geben. Am 3. Dezember trifft z. B. das 3. Bataillon Infanterie-Regiments 51 in seiner alten Garnisonstadt Breslau ein, großer Empfang auf dem Bahnhof. Wir sehen Herrn Löbe, den Redakteur der Breslauer Volkswacht, unter jenen, die die 51er in einer Ansprache willkommen heißen. Drei Tage darauf erscheint in seinem Blatt, mit großer Überschrift quer auf der ersten Seite, ein Leitartikel: „Offizier und Soldat“, der an Verhetzung nicht mehr zu über-

bieten ist: „Die Offiziersehre muß weg; zur höheren Ehre des Offiziers verwandelt der Dienst hunderttausend junge Leute aus Bürgern in Sklaven. Das Dienstreglement, diese Zuchthausordnung für taugliche Jünglinge . . ., erfordert, 20- bis 30mal sich in den Straßendreck werfen zu müssen wegen übler Verdauung und schlechter Laune der Herren Offiziere. Menschen ohne jedes Anrecht auf Ehre! Hat der goldgestirnte Knabe gegenüber einer Sklavenherde der Betagten die Zunge gewahrt? Aufrecht konnten sich diese Sklavenverhältnisse nur dadurch halten, daß es im Frieden junge Leute traf. Mit diesen Erinnerungen kehren Tausende von Fronttruppen zurück, das neue Deutschland wird ihnen die Gewähr geben, daß ihre Erniedrigung zu Sklaven ein für allemal zu Ende ist, daß sie nicht wiederkehrt und daß sich auch die Herren Offiziere darein zu schicken haben.“ Können solche Zeitungen, ihre Redakteure und Hintermänner, sich jetzt rühmen, nur das geringste zum Wiederaufbau in jener Zeit getan zu haben? Hetzten und geiferten sie nicht nur, um das Heer völlig zu zerbrechen, damit sie selbst sich oben halten konnten?

Trotz einer vom General-Kommando sofort einberufenen Presse-Konferenz folgten in dem Organ des Herrn Löbe weitere derartige Sudeleien; es blieb dabei: das Offizierkorps wurde den Genossen zum Fraß vorgeworfen!

Folgen wir nun unseren heimatlichen Friedensdivisionen, der 11. und 12., um festzustellen, welcher Empfang ihnen nach dem Verlassen der Ausladebahnhöfe bereitet wurde. Der Divisionsstab der 11. Infanterie-Division und die 10. Grenadiere trafen Anfang Dezember in Schweidnitz ein. Die beiden Vorsitzenden des Garnisonsoldatenrates waren seit langem in der Heimat. Das erste Opfer dieses Garnisonsoldatenrates wurde der Generalleutnant v. Kleinschmit, Kommandant der Garnison, ein besonders wohlwollender und ruhiger Vorgesetzter. Der Soldatenrat schreibt am 10. November über diesen General an den Zentral-Soldatenrat in Breslau:

„Da Generalleutnant v. Kleinschmit sich nicht nur durch unerbittliche Strenge während seiner Amtstätigkeit bei allen Angehörigen der Garnison äußerst unbeliebt gemacht hat, sondern auch in weiten Kreisen der Zivilbevölkerung Anlaß zu Mißtrauen gegeben hat, ist die Sicherheit seiner Person in Frage gestellt. Es werden Ausschreitungen gegen ihn seitens der aus dem Felde zurückkehrenden Angehörigen des Grenadier-Regiments 10 befürchtet. Im übrigen sucht Kleinschmit die uns zustehenden Befugnisse eigenmächtig zu beschneiden und unsere Tätigkeit zu erschweren. Um unangenehmen Vorfällen vorzubeugen, beantragen wir die sofortige Absetzung. Knaak.“

Das Stellvertretende General-Kommando widersetzte sich durch seinen Adjutanten, Major Hoefer, aufs heftigste diesen und ähnlichen Eingriffen der Soldatenräte, die, da sie alle Garnisonsoldaten waren, zunächst nur an Garnisonkommandanten, Bezirkskommandeuren und Ersatzbataillonsführern ihr Mütchen zu kühlen versuchten. In Brieg zum Beispiel beantragte der dortige Soldatenrat gleich die Absetzung aller

vier Offiziere des Bezirkskommandos und schlug als Ersatz einen Leutnant Tilgner Mitglied des Soldatenrates, zum Kommandeur vor.

Da die Arbeitsleistungen dieses Bezirkskommandos alsbald so zurückgingen, daß ein ganzes Zimmer voll unerledigter Briefe sich vorfand, sandte das General-Kommando den Oberstleutnant Guhr nach Brieg. Der Oberstleutnant, bekannt durch Tatkraft und Humor, war lange Jahre Adjutant eines Bezirkskommandos gewesen, er wußte, worauf es ankam und was zu leisten war. Leutnant Tilgner wurde wegen Krankheit beurlaubt, der Diensteifer gehoben, und alsbald arbeitete das Bezirkskommando unter dem Offizier der alten Schule genau wie vor dem Kriege. Als der mißtrauische Soldatenrat sich sogleich erkundigte, wie der neue Kommandeur sich zur Anzugfrage stellte, erwiderte dieser: „Wer im Sommer einen Pelz wünscht, mag ihn sich anziehen, wem es im Winter zu heiß, soll nackt kommen, wer sich besondere Verdienste zubilligt, soll sich eine Pfauenfeder dahin stecken, wo er glaubt, daß sie ihn am besten kleide. Hauptsache, es wird gearbeitet!“

Derartige Vorgesetzte paßten in die Revolution, sie vergaben sich nichts und erreichten alles.

Doch wieder zurück nach Schweidnitz!

Der Empfang des Füsilier-Bataillons der 10. Grenadiere am 5. Dezember — nach Berichten aus jener Zeit, denen wir auch hier die des Füsilier-Regiments 38 und der 12. Infanterie-Division folgen lassen — spielte sich in der Weise ab, daß der Regimentsführer, Major Brecher, dem Kommandeur vom Füsilier-Bataillon 10, Hauptmann Groetschel, befahl, einige Leute, die gegen den Major hatten tätlich werden wollen, festzunehmen. Hauptmann Groetschel ließ das Bataillon halten, eine Kompagnie pflanzte das Seitengewehr auf, die drei anderen luden und sicherten. Jetzt traten einige Leute des Garnisonsoldatenrates auf und versuchten, hinter Fahrzeugen versteckt, die Kompagnie zu bereden, den Befehl nicht auszuführen. „Nicht schießen, wir sind doch alle Kameraden; ihr werdet doch eure Kameraden nicht ins Unglück stürzen.“ Dann sprachen sie von goldener Freiheit, Beseitigung des Militarismus, des Kadavergehorsams, der Grußpflicht, des Vorgesetztenverhältnisses. Auf Befehl des gerade erscheinenden Garnisonältesten, Oberst v. Dewall, rückte dann das Bataillon in tadelloser Ordnung in die Kaserne. Hier verfiel es alsbald der Auflösung durch die Garnisonsoldatenräte, die durch Kleinarbeit an jedem einzelnen Disziplin und Moral sofort untergruben. Der Empfang des ruhmreich aus dem Kriege zurückkehrenden Regiments 10 in Schweidnitz ist ein Schulbeispiel, wie die Soldatenräte ihre Pflichten auffaßten.

Hin und her überlegten die Vorgesetzten, wie es möglich wäre, die Verseuchung der Fronttruppen durch diese radikalen Leute zu verhindern. Am nächstliegenden war, die ankommenden Divisionen nicht in ihre Garnisonen, sondern auf das Land zu bringen, und sie dadurch gegen ihre Ersatzbataillone abzusperren. Dafür sprach viel. Dagegen sprachen aber andererseits wieder so gewichtige Gründe, daß das General-

Kommando doch bei der vorgesehenen Demobilisierung in den Garnisonen bleiben mußte. Die ganzen Entlassungsformalitäten erledigten sich reibungsloser in den Kasernen und in der Garnison. Auch drängte die Truppe jetzt nach dem langen Kriege darauf, endlich wieder in die Heimat zurückzukehren, die Verheirateten erst recht wollten mit der Familie in der Garnison vereint sein. Es kam aber gerade jetzt darauf an, die Stimmung zu erhalten, und das erreichten wir nicht, wenn wir nicht versuchten, der Truppe all die Bequemlichkeiten zu bieten, über die sie doch letzten Endes nur in ihren Garnisonen verfügte. Schließlich aber verblieb die Verbindung mit dem Ersatzbataillon auch außerhalb der Garnison bestehen, einmal durch dienstliche Handlungen und dann durch Beurlaubung. Der Empfang des anderen Regiments der 11. Infanterie-Division, der Moltke-Füsiliere, spielte sich wie folgt ab: In Glatz erscheint zum Empfang des Regiments 38 der Landsturmmann Faust am Bahnhof, der Vorsitzender des Garnisonsoldatenrates war. Anzug: Mantel, nicht umgeschnallt, Mütze mit roter Kokarde, großes Halstuch, Hände in den Manteltaschen. Faust beruft sofort eine Soldatenratsversammlung ein, an der auch der zweite Vorsitzende, Kraftfahrer Winter, und vom Zentralsoldatenrat Breslau Knittel teilnehmen. Das Thema über Kadavergehorsam, Gleichberechtigung, Aufhebung des Zapfenstreiches ventiliert Herr Winter, während Faust in der gemeinsten Weise über das Offizierkorps herfällt. Das Mitglied des Breslauer Soldatenrates Knittel will nicht zurückstehen und benutzt den Ausdruck: „So ein Leutnant, so ein dummer Junge". Er freue sich, daß auch Offiziere in der Versammlung wären, damit sie sich diese Bergpredigt anhören könnten. Faust, hierüber von Leutnant Friebe des Regiments 38 zur Rede gestellt, sagt: „Die Hetzereien gegen die Offiziere gehören zur Agitation." Diese kurzen Andeutungen nur zum Empfang der beiden bewährten Regimenter der 11. Division.

Die 12. Division kam in ihren Friedensquartieren um Neisse unter; das 1. Bataillon Infanterie-Regiment 23 und das Pionier-Bataillon 6 trafen am 29. November in ihrem alten Standort ein: Kommandeur des I. R. 23 Major Wagner, Kommandeur I/23 Rittmeister Sengenwald. In Neisse regierte seit dem 9. November der gefährlichste Mann, den Schlesien als Soldatenrat wohl gesehen hat, der Feldwebelleutnant Roetscher. Am Abend des 9. November durchzogen Horden von Soldaten die Stadt und forderten dem Kommandanten den Degen ab, befreiten die Gefangenen, plünderten die Garnisonbäckerei, zerschlugen im Kasino des Infanterie-Regiments 23 sämtliche Bilder, Spiegel, Möbel, stahlen Silberzeug, Wäsche, Geschirr, kurz alles, was sich abtransportieren ließ. Am nächsten Tage plünderte man die Kammern, die man scheinbar vergessen hatte, und an diesem Tage trat das erstemal der Feldwebelleutnant Roetscher auf. Er gehörte der 2. Ersatz-Maschinengewehr-Kompagnie an, die er, ebenso wie das Ersatz-Bataillon Pionier 6, vollkommen in der Hand hatte. Diese beiden Truppenteile soll Roetscher schon lange vor der Revolution verhetzt haben. Auf dem Wilhelmsplatz hielt Roetscher eine Ansprache, in der er unter anderem er-

klärte: „Herunter mit den alten Klamotten, jeder hat Anspruch auf einen neuen Anzug, jeder Anspruch wird befriedigt, Zapfenstreich gibt es nicht mehr, die Löhnung wird erhöht, ich werde für eine blendende Verpflegung sorgen, ich weiß, wo die Speckseiten hängen, und werde sie herausholen. Auch die Einwohner werden hiervon erhalten, Wochenmarktpreise werden jetzt nur noch vom Garnisonsoldatenrat festgesetzt, Landrat und Bürgermeister werden gezwungen, sich dem Soldatenrat zu fügen. Versorgungsakten werden nicht gebraucht, es gibt überhaupt nichts Geschriebenes mehr, ein jeder erhält, was er verlangt.“
Gleichzeitig forderte er auf, sich weiterer Plünderungen zu enthalten und gestohlenes Gut zurückzutragen. Keiner werde bestraft. Schließlich stellt Roetscher noch seinen Burschen vor, der ihm bezeugen muß, wie freundschaftlich und kameradschaftlich der Herr Feldwebelleutnant ihn stets behandelt habe.
Der Empfang des 1. Bataillons spielte sich auf dem Bahnhof nun so ab, daß Roetscher, wie er verlangt hatte, als erster vor dem Bürgermeister eine Rede hielt. Vom Bataillons-Kommandeur, Rittmeister Sengenwald, verlangte Roetscher, daß das Bataillon am nächsten Tage die Waffen abgebe. Als der Bataillons-Adjutant den Feldwebelleutnant auffordert, die Hände aus den Taschen zu ziehen, erwidert er: „Was wollen Sie, Sie sind doch mein Untergebener!“, drückt sich dann aber, als die Mannschaften Stellung gegen ihn nehmen. Tags darauf führte Roetscher aus: „Ihr habt vier Jahre lang im Schützengraben gesessen, nun sollt ihr tanzen. Ihr braucht nicht mehr zu grüßen, Dienst gibt es nicht mehr für den freien Mann. Eure Orden reißt Euch herunter, wie ich mir meine Achselstücke heruntergerissen habe. Wenn ich erst an höherer Stelle sein werde, will ich noch mehr für euch sorgen, vor allem für meine braven Pioniere. Die Köpfe der Offiziere werden rollen, und ich werde mich nicht scheuen, die in dem Graben von Neisse an die Wand zu stellen, die euch eure Freiheit nehmen wollen.“
Von Offizieren arbeiteten in diesem Soldatenrat noch mit der Hauptmann Freiherr v. Welczek, der bereits vor dem Kriege verabschiedet war, und Leutnant Beck vom Pionier-Bataillon 6, letzterer später Polizeipräsident von Gleiwitz. Oberst Kersten, Kommandeur der 23. Infanterie-Brigade, schließt seinen Bericht über jene Tage mit den Worten: „Die Erinnerung an das Wirken des Neisser Soldatenrates ist eines der traurigsten Kapitel des Niedergangs der preußischen Armee.“

II. KAPITEL

Der Verlust der Provinz Posen und der Zentral-Grenzschutz Ost (Zegrost)

Zur einheitlichen Führung der Sicherung unserer östlichen Landesgrenze war das Armee-Oberkommando Heimatschutz Ost aufgestellt worden. Während es zunächst hieß, General v. Schöler übernähme das Armee-Oberkommando, war später nicht mehr davon die Rede. Zum Chef des Generalstabes dieses Armee-Oberkommandos wurde Major Freiherr v. Willisen ernannt. Diese Behörde war somit Vorgesetzter des General-Kommandos VI. Mit Major v. Willisen ließ sich vorzüglich arbeiten; er war völlig frei von allen kleinlichen Bedenken, stellte in allem und jedem die Sache über die Person, half, wo er konnte, und entsprach jeder Bitte und Anregung.

4. Dezember.

Zegrost arbeitet in zwei Zimmern; aufeinander gepfercht dort ein Dutzend Offiziere. Major v. Willisen, der Chef, verhandelt gerade mit Leuten des Grenzschutzes Skalmierzyce, die Geld haben wollen, und bietet mir eineAnzahl allerdings recht verdächtig aussehender Kavaliere für Schlesien an. Die Taktik betreibt der Hauptmann im Generalstab Graf Bethusy, früher 1. Garde-Ulan. Seine Tätigkeit für uns besteht darin, daß er Divisionen, die noch im Westen auf den Abtransport warten, deren Stärke kein Mensch kennt, dem General-Kommando zur Verwendung anbietet. Sind diese Truppen nicht zu sehr verseucht, nehmen wir sie Bethusy ab und geben ihm den Zielpunkt an. Dieser Zielpunkt wird dann durch Bethusy mit einem Rotstift in eine Karte eingetragen, die scheinbar aus einem Eisenbahnfahrplan stammt, und das Gespräch über den Fall ist erledigt.

Leider wurde dieses Armee-Oberkommando sofort in den politischen Streit gezogen. Als erstes stießen sich die Volksbeauftragten an dem Namen Armee-Oberkommando. Das roch ja nach neuem Krieg, Krieg gegen Polen! Hatte man nicht gerade mit ihm sich darüber geeinigt, daß es entsprechend dem Waffenstillstand die Reichsgrenze vom 1. August 1914 respektiere? So wandelte man das „Armee-Oberkommando" in „Zentralgrenzschutz Ost" um. In allen Verfügungen des Kriegsministeriums wurde nunmehr unterstrichen, daß dieser Grenzschutz vom Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates „kontrolliert" würde und an ebensolche „kontrollierten" General-

Kommandos seine wirtschaftlichen und militärischen Direktiven doch nur weitergeben könnte. Nur von wirtschaftlichen und militärpolizeilichen Fragen wurde dann auch in den Erlassen des Kriegsministeriums gesprochen: daß die Reichsgrenze gegen lichtscheues Gesindel zu schützen sei, daß Etappenkommandanturen, Verpflegungsstationen und ähnliches zu errichten wären. Denn „nach allen bisher vorliegenden offiziellen Erklärungen beabsichtigen weder Polen noch Deutschland feindselige Handlungen."

In der Provinz Posen löste der Waffenstillstand sofort die durch die Soldatenräte organisierte und durchgeführte Erhebung der Polen aus. Die Saat des Jahres 1916, als unsere Regierungen Polen die Selbständigkeit zusicherten, als sich schon Thronprätendenten einfanden, reifte heran. Als erstes schob man das Stellvertretende General-Kommando V in Posen völlig beiseite, richtete dann in sämtlichen Städten, in denen keine Garnisonen gelegen hatten, und in fast allen Dörfern Schutzwachen ein, die militärisch eingekleidet und bewaffnet wurden. Während Polens Stern aufging, sank der Deutschlands dahin, und im selben Verhältnis stiegen und schwanden Begeisterung und Kampfesmut. Einige brave Truppen, wie die 6. Grenadiere, Artillerie, Nachrichtentruppen und die Flieger-Ersatzabteilung Posen-Lavica, haben versucht, die preußische Ehre zu retten. Sie kämpften mit den polnischen Aufrührern in der Festung Posen und der übrigen Provinz. Die sonst über die Provinz verteilten Ersatzbataillone aber erlagen zum größten Teil sang- und klanglos den polnischen Soldatenräten.

Für die Felddivisionen, die aus der Provinz Posen stammten, aber dort nicht demobil machten, war befohlen worden, sie dürften in die Provinz Posen nur ohne Waffen wieder zurückkehren. Die Waffen waren noch im Preußischen abzugeben. Hingegen wies das Kriegsministerium noch im Dezember auf eine Freiwilligentruppe hin, die man im Posenschen aufstellen könnte. Mit ihrer Hilfe sollte es möglich sein, die deutschen Behörden wieder einzusetzen. Man erkennt den Zwiespalt der Gefühle, will dem Verdacht des Militarismus aus dem Wege gehen und empfindet selbstredend das Schmachvolle des tatenlosen Verlorengehens der Provinz. Eine Zeitlang haben sich, wie gesagt, das Deutschtum und die Soldaten allein noch gewehrt. Aber um die Jahreswende, als der polnische Teillandtag in Posen den Widerstand — übrigens auch in Oberschlesien — im Großen aufzog, als es klar war, daß der Feindbund völlig auf seiten der Polen stand, verließen die letzten Trümmer deutscher Truppen auf Geheiß der polnischen Soldaten- und Volksräte die Provinz. Von einer Wiedereinnahme Posens war nicht mehr die Rede; in den Monaten bis zum Friedensschluß galt der Kampf an der Grenze der Provinz nur noch der Abwehr der auf die Oder- und Weichselniederung abzielenden polnischen Gelüste. Die Reichsregierung nannte dies „die Ziele des polnischen Imperialismus", gegen die sie die „republikanischen Wehrmänner" (s. S. 109—113) aufrief.

Gleich nach Rückkehr des General-Kommandos nach Breslau mehrten sich schon

die alarmierenden Nachrichten über die Zustände in der Provinz Posen, auch unmittelbar an der schlesischen Grenze.

Breslau, 19. November.

Um Mitternacht werde ich im Nordhotel von einer Abordnung des Zentralsoldatenrates aus dem Bett geholt. Ich soll sofort im Soldatenrat erscheinen, hochpolitische Vorgänge in der Provinz Posen.

Eine stark belebte Szenerie empfängt mich: Zivilisten und Soldaten, die sich zum Teil in großer Erregung befinden, zusammen etwa 15 Menschen. Es handelt sich kurz um folgendes: In Ostrowo hat der polnisch gesinnte Soldatenrat die Deutschen entwaffnet. Ein Soldat, Sohn eines Lehrers, hat sich nun nach hier aufgemacht und wünscht, daß wir die Sache in Ostrowo wieder in Ordnung bringen. Einmal macht mir die Sache ganz besondere Freude deshalb, weil ich mit einem energischen Kerl zu verhandeln habe, und weil dieser Mann so durch und durch deutsch fühlt; auf der anderen Seite aber soll ich mein Unvermögen eingestehen, daß ich gar nicht in der Lage bin, in Ostrowo irgend etwas Durchgreifendes zu veranlassen. Ich kann dem Mann doch nicht sagen, daß wir aller Befehlsbefugnisse entkleidet sind, daß das, was wir auch immer anordneten, nicht ausgeführt würde. So verschanze ich mich zunächst dahinter, daß ich sage, das Generalkomando VI wäre leider für Ostrowo nicht zuständig, es läge im Gebiet des V. Korps. Es erfolgt die Antwort: „Bürokratismus!"

Nach vielem Hin und Her verständigten wir uns mit dem Garnisonkommando in Oels, das angeblich 50 Jäger mit Lastkraftwagen nach Ostrowo senden will. Diese Lastkraftwagen werden durch Matrosen verliehen, die durch die Revolution dorthin verschlagen sind und nunmehr ein schwunghaftes Geschäft dort etabliert haben sollen.

In diesem Zimmer sehe ich auch den Jüngling wieder, der der Sprecher war und mich aus dem Bett holte. Es ist ein Studiosus Schaltenbrand, Sohn eines Generaldirektors aus Oberschlesien, jedenfalls sagte das nachher Dr. Ollendorff vom Volksrat, der sich als Delegierter zum Zentralsoldatenrat bekanntgibt.

Der Zentralgrenzschutz Ost, der vom General-Kommando dauernd über die Zustände in Posen auf dem laufenden gehalten wurde, unterstellte alsbald den Teil der Provinz Posen südlich der Linie Pleschen—Lissa dem schlesischen General-Kommando, das beschloß, Posen bis zu dieser Linie sofort zu besetzen. Hierzu sollte die 7. Kavallerie-Schützen-Division, die unter dem Generalleutnant von Heuduck von Westen her gerade im Anrollen war, verwendet werden. Als wir infolgedessen mit der Militär-Eisenbahnbehörde in Posen (Eisenbahn-Linien-Kommandantur 3), die für die Gegend nördlich Breslau zuständig war, über die Weiterleitung der Transporte in die Gegend nach nördlich Militsch sprachen, erhielten wir die erstaunliche Antwort: sie habe den Befehl, keine Transporte vom General-Kommando VI zu übernehmen, und zur selben Zeit traf das folgende Telegramm ein:

An den Kriegsminister Scheüch, Berlin.

Posen, 20. November 1918.

Gegenüber angeordneter Heranziehung von Fronttruppen für hiesigen Grenzschutz sehe ich mich veranlaßt, wiederholt zu betonen, daß Ausfuhr von Lebensmitteln zweifellos aufhören würde. Bei Fernbleiben fremder Truppen halte ich Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung für wahrscheinlich, habe daher zunächst angeordnet, daß Transportbewegungen über Glogau nicht fortgesetzt werden.

gez.: v. Bock,
Stellvertretender Kommandierender General.

Jetzt war die Lage eindeutig klar; das posensche General-Kommando war nicht mehr frei in seinen Entschlüssen, posensche Soldaten- und Volksräte standen bereits im großpolnischen Lager.

Kurz nach diesem Telegramm rief dann auch noch der Zentralgrenzschutz Ost aus Berlin an (Hauptmann Graf Bethusy) und befahl, den Einmarsch in die Provinz Posen durch die 7. Kavallerie-Schützen-Division einzustellen. Auf meine erstaunte Frage, welches der Grund zu einem derartigen Befehl sei, jetzt, wo alle Vorbereitungen getroffen wären, und unsere Truppen die befohlenen Marschziele im Posenschen noch unschwer erreichen würden, antwortete der Offizier: „Ebert und Scheidemann wünschen nicht, daß wir die Polen reizen!“ Die Disziplin im Offizierkorps war — kaum zwei Wochen nach dem 9. November — noch so undurchbrochen, daß es dem Befehl der Vorgesetzten bedingungslos gehorchte!

Dieser Stellungnahme der Volksbeauftragten war ein Empfang des Posener Arbeiter- und Soldatenrates im Kriegsministerium in Berlin am 18. November vorausgegangen, der natürlich das brennendste Interesse daran hatte, nicht mit den gefürchteten Fronttruppen in Berührung zu kommen. Das Kriegsministerium gab den Posener Wünschen insofern nach, als es sich bereit erklärte, gemeinsam mit dem Arbeiter- und Soldatenrat den Schutz der Provinz und seiner Bevölkerung zu regeln. Zu diesen Verhandlungen wurde am 19. November der Unterstaatssekretär v. Gerlach nach Posen geschickt. Am 23. November konnte dieser dort die Erklärung abgeben, daß Truppeneinmärsche in die Provinz auf Befehl der deutschen Regierung unterblieben. Dieser Unterhändler der Regierung, Herr v. Gerlach, stellte sich alsbald auf den Standpunkt, daß die Posensche Frage eine internationale geworden sei. Nur durch Frieden würde sie gelöst. Dem Gedanken des preußisch-deutschen Rechtes an die Provinz, das mit Gewalt durchzusetzen sei, gab der bekannte Pazifist selbstredend keinen Raum. Auch die alarmierenden Nachrichten aus Posen stellte Herr v. Gerlach als übertrieben hin. Als die Provinz um die Jahreswende alsdann endgültig verloren war, sagte sich die Berliner Räteregierung von ihrem bisherigen Vermittler los, dem sie seine Berichterstattung nunmehr vorwarf.

Diese aber will uns völlig nebensächlich erscheinen bei dem eigenen Verhalten und Versagen der Berliner Behörden. Denn sie waren im Grunde ihres Herzens genau so pazifistisch eingestellt wie ihr Sündenbock, den sie nun in die Wüste schickten. Ihrer Denkart lief jede Anwendung von Waffengewalt zuwider. Von Anbeginn verhandelten sie statt dessen und erwachten aus ihrer Ideologie erst wieder, als in Posen die polnischen Maschinengewehre arbeiteten, denen die Deutschen dann erlagen.

Wie weit ein anderer Freund der Volksbeauftragten, Ledebour, sich in Utopien und vollkommenster Unterschätzung der Gefahr in Posen verstieg, zeigt seine Veröffentlichung über jene Sitzung vom 23. November, an der er teilnahm, und in der vereinbart wurde, daß keine Truppen mehr herangerollt würden. Ledebour schreibt: „Sie dient dem Zweck, die Verständigung zwischen Deutschland und Polen zu fördern. Sie liefert gleichzeitig den Beweis, wie heilsam das Eingreifen der Soldatenräte im Interesse des Friedens ist, und wie nutzbringend die Soldaten ihre an Ort und Stelle gewonnenen Erfahrungen für das Gemeinwohl zu verwerten wissen.“

Über dem Hin und Her zwischen Posen und Berlin wurde es schließlich Anfang Dezember, bis der Zentralgrenzschutz Ost dem General-Kommando VI auf dessen Drängen den Einmarsch in die Provinz Posen erneut befahl. Diese Zeit aber hatten die Soldatenräte der Kavallerie-Schützen-Division benutzt, um „aufklärend“ zu wirken. Zwar trat die Kavallerie-Schützen-Division an, erreichte auch die befohlene Linie Ostrowo—Krotoschin, wich aber, nachdem auch Verhandlungen mit den polnischen Soldatenräten geführt waren, wieder ganz auf schlesisches Gebiet zurück.

Auch gegen diesen Besetzungsversuch hatte sich das Stellvertretende General-Kommando V aus Posen über Zegrost mit dem nachfolgenden Telegramm gewehrt:

> „Chef des Stabes (Stellvertretendes V. Armeekorps) bittet auf Grund einer Meldung des VI. Armeekorps, daß am 3. Dezember die Orte Kempen, Schildberg, Ostrowo und Pleschen von der 7. Kavallerie-Schützen-Division auf Befehl des Zegrost besetzt werden sollen, von dieser Besetzung für die nächsten Tage Abstand zu nehmen, da am 3. Dezember der polnische Teilgebietslandtag*) tagt und die getroffenen Maßnahmen zu erheblichen Mißverständnissen führen könnten.“

Um die Jahreswende rückten dann in dem Raum östlich Oels und Militsch die ersten Freikorps ein: Kühme, Paulssen, Lierau. Sie faßten an der posenschen Grenze gleich fest zu, hatten erhebliche Verluste und konnten wegen ihrer geringen Stärke zunächst noch nicht daran denken, in Posen tiefer einzurücken. Jetzt trat auch schon Artillerie von jenseits der Provinzgrenze in Tätigkeit. Kempen in der Provinz Posen wurde zwar von den Freikorps bis zuletzt gehalten und ebenso von der 11. Infanterie-Division die Stadt Zduny südlich Krotoschin. Die dann durch die Entente gezogene

*) Dieser Teilgebietslandtag wurde am 3. 12. 18 in Posen mit Huldigungstelegrammen an Clemenceau, Lloyd George und Foch eröffnet!

Demarkationslinie — die Provinzgrenze (s. 16. Februar 1919) — die also alles außer Kempen und Zduny den Polen zusprach, machte alle Hoffnungen in dem Augenblick zunichte, als das Heer wieder in die Hand seiner Führer kam.

Persönlich glaube ich, daß eine bis zum Schluß von deutschen Truppen gehaltene Provinz Posen ihr Schicksal vielleicht gemildert, doch nicht gewandelt hätte. Vielleicht aber hätte sich eine Volksabstimmung auch in der Provinz Posen und in Pommerellen erreichen lassen. Doch diesen Gedanken hat die Regierung wohl überhaupt nicht durchzudrücken versucht. Der maßlose Haß, der in den Verhandlungen allein schon über die Demarkationslinie von seiten der Franzosen und auch Italiener gegen uns zum spontanen Ausbruch kam (s. S. 120—124 v. 16. Februar 1919 Bericht Hauptmann Prinz Reuß), wies bereits den Weg, auf dem sich der Friedensvertrag vollziehen würde.

Zegrost wurde im Januar 1919 nach Aufstellung von Armee-Oberkommando Nord und Süd seine wichtigste Funktion, die Bereitstellung von Truppen für die Ostfront, genommen; er bildete beinahe nur noch eine Orientierungsstelle für den Kriegsminister. Jeder aber, der das schnelle Arbeiten und das volle Verständnis für unsere Nöte durch den Zentralgrenzschutz miterlebte, kam zu der Überzeugung, daß hier die richtigen Männer an der richtigen Stelle gestanden haben.

III. KAPITEL

Die Taktik des General-Kommandos gegenüber den Soldatenräten. Schwierigkeiten in Oberschlesien. Der Rat der geistigen Arbeiter. Agitationsstelle bei der Handelskammer in Oppeln. Die sozialdemokratische Führerschaft und Militärpolitik.

Neben der Sorge um das Geschick Posens ging ebenso dringlich die Abwehr des inneren militärischen Feindes, der Garnisonsoldatenräte. Von einem offenen Kampf gegen sie konnte 1918 noch keine Rede sein, denn wir sahen an den zurückgekehrten Felddivisionen, wie auch sie, auf die wir unsere Hoffnungen gesetzt hatten, der Zersetzung alsbald erlagen. So mußte die Taktik gegenüber dem Zentralsoldatenrat und den Garnisonsoldatenräten zunächst dahin gehen, zu beobachten, wohin sie steuerten, um dann ihre guten Elemente für uns zu gewinnen und einen Keil zwischen die ganze Gesellschaft zu treiben. Das Fertigwerden mit den Truppensoldatenräten mußte das General-Kommando der Feldtruppe zunächst selbst überlassen. Unsere Aufgabe konnte für diese nur darin bestehen, sie der direkten Einwirkung des Breslauer Zentralsoldatenrates zu entziehen. Selbstredend war das ganze Augenmerk der Breslauer umgekehrt darauf gerichtet, außer den Ersatzbataillonen gerade auch die Schlesischen Felddivisionen durch deren Soldatenräte in die Hand zu bekommen. Es war ein ungleicher Kampf, den wir zu Beginn führen mußten, denn Tschechen, Polen, Berlin und die Breslauer Volksratspolitik erforderten ebenso unsere vollste Aufmerksamkeit.

15. November.

Von allen Seiten Notschreie. Gegen Kattowitz mehrere tausend Mann im Anmarsch. Bei Czenstochau unsere Truppen zurückgegangen auf unsere Grenze. Die Ersatzbataillone weigern sich, hinzurücken, und der Beuthener Soldaten- und Arbeiterrat erklärt, er hätte kein Interesse an der Sache. Und doch ist es jetzt der günstigste Augenblick für die Großpolen, in Oberschlesien einzufallen. Ein von Breslau abgegangenes Bataillon der Brigade zur besonderen Verwendung 6 hatte sich bereit erklärt, bei Beuthen die Grenze zu verteidigen, aber bei Ankunft soll es sich sofort aufgelöst haben. Es bestand fast ganz aus Oberschlesiern. So wird es mit allen Truppen gehen. Der Obersten Heeresleitung haben wir entsprechend telegrafiert. Auch mit Krall, Mobilmachungsabteilung des Kriegsministeriums, sprach ich telefonisch. Er sagt, es sei aussichtslos, jetzt Truppen zu bekommen, kein Mensch sei bereit, zu marschieren. Es

liegen also unsere wertvollsten Industriebezirke vollkommen offen da. Krall meint weiter, es sei höchst zweifelhaft, ob uns überhaupt noch Gehalt gezahlt würde. Im Augenblick wolle man die Offiziere des Kriegsministeriums zwingen, rote Kokarden anzulegen, wogegen sie sich energisch sträubten.

An der Süddeutschen Front sieht es momentan nicht so aus, als ob die Entente von dort einrückte, obwohl in Wien bereits Ententeoffiziere rollendes Material requirieren. Agentennachrichten aus Böhmen besagen, daß in der Tschechei Truppen gegen die Grafschaft zusammengezogen würden; doch liegt dazwischen erst das völlig deutschböhmische Gebiet. Was auch im Augenblick ihnen entgegenstellen, wo auch die Feldtruppe bereits zerfällt?

Regierungspräsident-Oppeln ist verzweifelt wegen der eventuell von Polen nach Deutschland hineinflüchtenden Juden, wünscht, daß sie durch Bereitschaftszüge nach Innerdeutschland abgeschoben würden. Wem sie aber dort willkommen, das verrät er nicht.

Der Waffenstillstand ist inzwischen erklärt, kaum beachtet — die Glocken hätten geläutet. Daß ich am Tage des Waffenstillstandes Truppen zusammenkratzen muß, um Oberschlesien zu verteidigen, hätte ich mir auch nicht träumen lassen. Was eigentlich steht nicht auf dem Kopf?

20. November — Buß- und Bettag.

Die Auflösung der Truppe nimmt immer schlimmere Dimensionen an. Auch die Schreiber des Stellvertretenden General-Kommandos verlangen nunmehr Bürostunden. Wie wundervoll hingegen benehmen sich unsere eigenen Schreiber. Sie sind gänzlich unberührt von jeglicher Indisziplin, arbeiten weiter, als ob nichts passiert sei. Der Unterstab, Trainkutscher und dergleichen, wünschte nunmehr in Bürgerquartieren in den Betten der Herren Offiziere zu schlafen, die eisernen Bettstellen in der Schule, in der die Mannschaft in Massenquartieren untergebracht ist, täten es nicht mehr. Es handelt sich um alte Landsturmmänner, die zum Teil gewerkschaftlich organisiert sind. Der Bahnhofskommandant ruft an, die Waggons für die Garnison Breslau, die Kartoffeln enthielten, stünden zum Ausladen bereit, kein Mensch käme, die Kartoffeln verfaulten.

21. November.

Am Dienstag, den 15., tagten hier beim Zentralsoldatenrat Deputationen der Soldatenräte aus ganz Schlesien. Man stolperte auf Treppen und Gängen über diese Leute und konnte so recht feststellen, daß zum Teil das frechste und unverschämteste Pack gewählt worden war. Hände in den Manteltaschen, rote Lappen um die Ärmel, ohne Kokarden! Kein Mensch grüßt, auch wenn sie sich noch so nahe auf der Treppe durchquetschen. Aktive Truppen sind selbstverständlich nicht vertreten, alles nur Ersatzformationen. In der Versammlung war es dem Vorsitzenden

Voigt wohl selbst aufgefallen, daß die ihn umgebende Garde teilweise stark anrüchig war; er hat versucht, ordnungsmäßige Neuwahlen für die Soldatenräte durchzudrücken. Der Vorsitzende vom Garnisonsoldatenrat und Obmann bei der Kommandantur Breslau, Gefreiter Frey vom Ersatzbataillon Grenadier-Regiment 11, hat sich dagegen gewandt mit der Begründung, die Neuwahlen würden hochgradige Erregung unter den Kameraden und unter der Zivilbevölkerung hervorrufen. Sollte die Zivilbevölkerung erregt werden, dann wahrscheinlich nur angenehm in Erwartung durchgreifender Abhilfe gegen die Wahlen vom 9. November.

Folgen wir hierzu getrost dem Bericht des Breslauer Zentralsoldatenratmitgliedes Piorkowski, der mit einem Volksratmitglied, namens Senk, nach Oppeln zum Ersatz-Bataillon 63 geschickt wurde, von wo bewegliche Klagen kamen. Die Meldung des Soldatenrates Piorkowski an den Breslauer Zentralsoldatenrat lautete: „Im ersten Taumel war alles drüber und drunter gegangen, die Gefangenen waren befreit, und Mitglied des Soldatenrates konnte nur werden, wer mindestens mit fünf Jahren Gefängnis vorbestraft war.“ Die in Oppeln angeordnete moralische Abhilfe scheint nicht übermäßig wirksam gewesen zu sein, denn späterhin taten sich die dortigen Soldatenräte zu einer geschlossenen Front zusammen, bekämpften das General-Kommando auf das erbittertste, verlangten in einer in den Zeitungen veröffentlichten Resolution die Absetzung von Reichswehrminister Noske, Voigt und selbstverständlich der Breslauer Militärbehörde.

Gestern (20. 11.) fand im Konzerthaus die Gründungsversammlung des „Rates der geistigen Arbeiter“ statt. Hauptmann Krüger von uns war dort. Die „Volkswacht“ hatte für den Gedanken starke Propaganda gemacht. Die Versammlung war überaus stark besucht, da man unter einem Teil der geistigen Arbeiter geglaubt hat, in der beabsichtigten Gründung ein Gegengewicht gegen die Räte der Handarbeiter zu errichten. Auch ein Teil des Lehrkörpers der Universität scheint sich nach Berliner Muster sehr für die Idee eingesetzt zu haben. Ein Professor soll erklärt haben, daß er auf seinen Geheimratstitel verzichte, wertvoll seien nur noch Räte wie Soldaten- und Arbeiterräte. Professor Dr. Obst lehnt hingegen den ganzen Rat als völlig überflüssig ab. Das, was erreicht werden solle, das Hand-in-Hand-gehen von geistigen Arbeitern mit den werktätigen, würde gerade ins Gegenteil ausschlagen, lediglich eine Trennungswand errichte man.
Ob es zu den beantragten Parlamenten der Geister kommen wird, steht dahin.

22. November.

Besprechung im Volksrat. Unsere Nachrichten über die zunehmende polnische Agitation in Oberschlesien, zu welchen noch ganz erhebliches Material durch die Landräte hinzukommt, geben ein klares Bild darüber, daß die Gefahr bereits recht groß ist. Bis auf die Herren, die sich uns neulich im General-Kommando vorstellten, Prescher,

Ollendorff, Seibold, mir alles fremde Gesichter. Ein Herr macht sich bekannt, Bergrat Gothein, von dem man vorher schon als Abgeordneter hörte. Gothein steht naturgemäß völlig zur Revolution, und als ich ihn frage, mit welchem Recht zum Beispiel sich diese Breslauer Institution hier beschließende Macht für ganz Schlesien zugelegt habe, erwiderte er mir: „Mit dem Recht der Tatsache". Sollten wir aber demnächst diese jetzige Tatsache wieder in ihr Gegenteil wenden, so wird sich der Herr Bergrat hoffentlich ebenso prompt damit abfinden.

Es werden in dieser Versammlung auch sonst nur Tatsachen angeführt, deren Ursachen aber verschwiegen. Fest steht, daß in Oberschlesien wild für Polen agitiert wird, und daß ein großer Teil der katholischen Geistlichkeit die Agitation unterstützt. Warum geschieht das aber durch die Geistlichkeit? Da liegt der Hase im Pfeffer: weil die Berliner sozialistische Regierung als erstes die Trennung von Staat und Kirche durchführen will, und weil jedes Kind weiß, daß die Sozialdemokratie in der Geistlichkeit von jeher ihren erbittertsten Feind sieht. Ob die Trennung von Staat und Kirche demnächst auch in Polen kommen wird, weiß man nicht. Im Augenblick genügt für die polnische Agitation, daß sie weiß, wie es in Berlin getrieben wird, und daß sie dies verwendet, Polen im hellen Licht erstrahlen zu lassen. Da die Oberschlesier, besonders die Frauen, zum großen Teil leichtgläubig und streng kirchlich sind, spielt der Klerus dort eine entsprechende Rolle; dies bedeutet im anderen Lager daher eine sehr ernst zu nehmende Gefahr. Das wirksamste Agitationsmittel für die Polen aber und auch das plausibelste bilden die Kriegskosten. Polen wird kaum zu zahlen brauchen. Also los von Deutschland! So wie der weibliche Teil in Angst um sein Seelenheil, so die Männer aus Furcht um metallische Abgaben auf der Gegenseite! Stadtrat Hauptmann Berg, den ich schon als Beirat wieder los bin — ich sah ihn außer auf der Treppe im General-Kommando seit jenem ersten Besuch überhaupt nicht mehr — zieht über den oberschlesischen Großgrundbesitz her, er müsse aufgeteilt und verteilt werden.

Bei der Handelskammer in Oppeln ist schon seit Beginn des Monats eine Agitationsstelle zur Erhaltung Oberschlesiens aufgezogen worden, die der Handelskammer-Syndikus Dr. v. Stoephasius leitet. Der Volksrat will durch eine Kommission Richtlinien zur Unterstützung dieser großzügigen Propaganda herausgeben.

Ich soll dann in dieser Versammlung Stellung nehmen zur militärischen Propaganda. Man merkt unter den Anwesenden das Interesse an dem, was nun von dem Vertreter unserer übelbeleumdeten Kaste vorgebracht wird: es könne sich nur darum handeln, durch disziplinierte Truppen das Zutrauen von Bürgern und Arbeitern zu Deutschland wieder zu stärken. Unter den Anwesenden bestünde wohl kein Zweifel darüber, daß die Soldatenräte jede Autorität unter den Soldaten gewaltsam zerstört hätten; das Breslauer Straßenbild genüge. In Oppeln, an der Einbruchspforte nach Oberschlesien, übe der dortige Soldatenrat einen völligen Terror aus, so zum Beispiel habe er die Leute der Militär-Entlausungsanstalt, der wichtigsten und größten im

Osten, entlassen. Die Anlage stünde still, und was die Armeen, die vom Balkan und Südrußland demnächst zurückkehren, uns auch nach Breslau an Krankheiten hineinschleppen werden, könne sich jeder selbst ausmalen. Der Soldatenrat Königshütte habe das General-Kommando in unverschämtestem Tone angerufen, er wünsche keinen Grenzschutz und würde sich ihm gewaltsam widersetzen. In Oberschlesien herrsche unter dem Kommando der Volkswehr vollkommene Anarchie. Das hieße mit Gewalt auch die ankommenden schlesischen Frontdivisionen vollkommen zersetzen, wenn wir sie ohne Offiziere mit Kommando- und Strafgewalt in jenen Hexenkessel schickten. Wir sind uns darüber klar, daß einstweilen keine Rede davon sein kann, irgendwelche dieser Forderungen durchzudrücken. Gerade um das Niederreißen von Kommando und Strafgewalt geht es ja. Der Taumel ist zu groß, der Machtkitzel zu süß. Die Zeit muß es bringen und unsere Arbeit.

Nach der Sitzung spreche ich mit Assessor Ollendorff. Einer Stellungnahme zu meinen Ausführungen weicht er aus. Es ist selbstverständlich, daß er viel zu klug ist, um nicht erkannt zu haben, daß uns nur eiserne Disziplin wieder auf die Beine bringt. Vom Rat der geistigen Arbeiter erzählt er, daß der Senat der Universität von sich aus große Schwierigkeiten gemacht habe. Der Rektor, Geheimrat Dr. Koch, und Professor Dr. Schott seien in einer Ausschußsitzung des Volksrates erschienen und hätten den geistigen Arbeiterrat als ebenso verwirrend wie völlig überflüssig bezeichnet. Die Seele der ganzen Agitation sei allerdings der Rektor selbst, der Reaktionär und mit größter Vorsicht zu genießen sei.

Gut, daß wir so die Anklammerungspunkte für das General-Kommando innerhalb der Universität zwar unfreiwillig, aber völlig zuverlässig erfahren, kennen wir doch keinen der maßgebenden Herren dort. Auch Professor Kühnemann kommt nach Ollendorffs Schilderungen für uns in Frage. Jedenfalls werde ich mich jetzt zunächst mal zu Geheimrat Koch aufmachen.

Von den in höheren Stellungen befindlichen Herren des aktiven General-Kommandos war keiner Schlesier. Nur Hauptmann Büchs, später Korpsadjutant, war im VI. Korps groß geworden, was uns bei den Personalien dann sehr zugute kam. So war alsbald bei der Obersten Heeresleitung beantragt worden, den Hauptmann im Generalstabe des XV. Armeekorps Graf Karl Friedrich Pückler zu überweisen. Pückler, geborener Schlesier, Großgrundbesitzer, war mir von der 5. Kavallerie-Division her befreundet, wir waren mit ihr ins Feld gerückt. Ich wußte, daß Pückler für das General-Kommando VI der richtige Mann war, um die Interessen seiner gefährdeten Heimat zu vertreten. Rückblickend muß ich bekennen, daß dieser treue, zähe, politisch feinfühlende Offizier mit die schwerste Last unter uns trug. Denn seine Tätigkeit lag zumeist in den Verhandlungen mit dem Volksrat. Ging es hier um Belange der Garnison, so standen fast ausnahmslos die Vertreter der Garnisonsoldatenräte gegen uns und sparten nicht mit ihren üblen Unterstellungen. Voigt war auch Soldatenrat, und

seine allgemeine Bildung war nicht größer als die seiner Kollegen. Trotzdem hat er zumeist innerlich auf unserer Seite gestanden und wohl nur widerwillig den Phrasen und üblen Anwürfen zugehört, die sein Anhang stets bereit hielt. Die sozialdemokratische Führerschaft — und in diesem Stadium der Revolution müssen wir auch noch die Soldatenräte dazu rechnen — zerfiel leicht erkennbar in zwei Teile: kluge, auf weite Sicht operierende Leute und machthungrige, schmalstirnige Schreier. Freunde von uns waren beide nicht, aber die erstere Kategorie erwog wenigstens unsere Vorschläge ohne den Haß, der aus allen Erwiderungen sprach, mit denen die zweite Garnitur unsere Arbeit zu durchkreuzen suchte. Keiner der aktiven Offiziere — und nur sie waren fast ausschließlich die handelnden Persönlichkeiten innerhalb des General-Kommandos — hatte sich bis zum 9. November 1918 jemals mit Politik befaßt. Wir standen vor einem Novum, konnten uns erst vorsichtig in die neue Umgebung und Tätigkeit hineinfühlen. Wer aber so an die Gegenseite heranging, mußte sehr bald den klugen Menschenverstand erkennen, den die Natur der ersten Garnitur der linken Führer, trotz ihrer mangelhaften Schulbildung, mit auf den Weg gab. Gewiß, sie lieferten sich schwere Gefechte mit dem mir und mich. Die Äußerung eines ihrer höchsten Funktionäre: „Das läuft an mich runter wie das Wasser an mein Mantel“ wurde eine viel bei uns im General-Kommando gebrauchte Redewendung. Was in der Zeit nach der Revolution als Witz kolportiert wurde, hörten wir ständig. Man sprach von Terrór, Politíkern: „Sie sollen runterkommen, unten steht eine Karona von sechs Mann, die Ihnen sprechen will“; „Wir wollen wissen, was das ist mit die Maschinengewehre und das Proletariat“; „Ärgern Sie sich nicht, die sind wieder aus die Pantinen gerollt“, und in Oberschlesien: „Die Anatomie kommt nicht in Frage“ . . . — alles das hinderte uns nicht, den Gegner richtig einzuschätzen und ihm innerlich die Anerkennung zu zollen, die einem vernünftigen Menschen jede kluge, wenn auch höchlichst unbequeme Beweisführung abringen muß.

Zwängte sich nun die sozialdemokratische Hierarchie der Gewerkschaftssekretäre in jedes politische Gebiet hinein, gab es keine Posten mehr, die zu meistern sie sich nicht berufen fühlte, so schreckte sie doch vor dem Eindringen in unseren rein militärischen Kreis aus zwei Gründen zurück. Erstlich waren hier Fachkenntnisse nötig, die nicht ohne lange Praxis anwendbar wurden. Jede falsche Anordnung, besonders während der Demobilmachung eines Zehnmillionenheeres, rächte sich auf der Stelle, subalterne Berater taten es hier nicht. So ließ man freiwillig die Hände davon. Aber man mußte es auch unfreiwillig tun. Denn in die Front des deutschen Offizierkorps ließ sich keine Bresche legen. Weit über die Hälfte des preußischen und erhebliche Teile des übrigen deutschen Offizierkorps, das während der Revolutionsjahre noch im Heere Dienst tat, hat dem General-Kommando VI unterstanden. Es ist mir aber nur ein einziger Fall bekannt geworden, daß einer von ihnen seine Kameraden verraten hat. Auf die Frage des Kommandierenden Generals, Exzellenz v. Friedeburg: „Haben Sie, Herr General, dem Oberpräsidenten von Sachsen, Herrn Hörsing, das Material zu

seiner Beschwerde über mich an den Reichswehr-Minister Noske geliefert?“ mußte jener mit „Jawohl, so ähnlich“ antworten.

Aber wie gesagt, der vorstehende Vorgang blieb der einzige in Schlesien, bei dem ein aktiver Friedensoffizier aus unseren Reihen sprang. Hier lag der Riegel, der den Genossen verwehrte, sich — neben ihrer Unzulänglichkeit — in Stellen einzunisten, von denen aus sie alsdann „Militärpolitik“ betreiben und befruchtend hätten wirken können. Da das also von oben nicht ging, hetzten und wühlten sie von unten durch ihre Soldatenratsfunktionäre.

Das General-Kommando hat sich deshalb schon nicht nach Politik gedrängt, weil, wie ich schon anführte, es gänzlich unpolitisch war. In Schlesien wurde es zunächst höchst unfreiwillig mit in sie hineingezogen. Denn jede Politik ist nur möglich mit einer Macht hinter sich. Und so kam es, daß alle die Fragen, die für die dazu berufenen Behörden eine innere oder äußere Kraftentfaltung nach sich ziehen konnten, zunächst mit dem General-Kommando besprochen wurden. Ob es sich um den Breslauer Arbeitgeberverband, die Haltung des Volksrates gegenüber den Unabhängigen oder dem Arbeitslosenrat, ob es sich um das Ausbrechen des Streiks in Oberschlesien, um die Abwehr des großpolnischen Angriffes oder die Selbständigmachung unserer Provinz handelte: das General-Kommando wurde gehört. Es ist dies den höchsten Zivilbehörden gewiß nicht lieb gewesen, so die Militärs zu allem heranzuziehen und sich vielfach nach ihnen richten zu müssen; was aber blieb ihnen anderes übrig? Manche Stellungnahme hingegen ist uns verteufelt schwer geworden, denn bei fast allem trugen wir unsere Haut allein zu Markte. Gab es Tote in Oberschlesien, Breslau oder Waldenburg, zogen wir hart vor Versailles unsere Truppen zusammen, verhandelten wir mit den Tschechen in Königgrätz, setzten wir in Kempen Geiseln fest, oder hoben das Büro des polnischen Volksrates aus: zuletzt stand das General-Kommando stets allein! Die Absichten wurden zwar besprochen und gebilligt. Die Ausführung an Ort und Stelle jedoch belastete nur uns. Auch was heutzutage Schupo und Polizei ausführen könnten, erwartete man von der Militärbehörde, denn es war niemand da, diese Arbeit zu besorgen. Erschwert wurde uns manches durch Berater, die „endlich einmal Energie“ verlangten. Die letzte Stelle aber nur kann übersehen, was tragbar, was zweifelhaft, was undurchführbar ist. Läßt sie sich hinreißen, dann verliert sie auch alsbald meistens die Führung und erst recht den kühlen Kopf. Schwerer war es für uns, das heiße Herz zu zähmen, auf das leichtere „in Ehren untergehen“ zu verzichten. Denn auch in unseren Adern kreiste Blut, auch wir waren in der Umwelt der alten Armee groß geworden. Auch wir wurden darin erzogen, in der Sozialdemokratie — und mit Recht — den erbittertsten und persönlichen Feind unseres Standes zu erblicken. Trotzdem mußten wir das „Verhandeln“ mit jenen Neueren dem „Untergehen“ vorziehen. Es kam auf den Enderfolg an. Es stand mehr auf dem Spiel, als unsere Epaulettes zu verteidigen, es ging um die Sache unseres ganzen Volkes, um unser Vaterland. Ein Mißerfolg im großen, und das Heer zersetzte

sich vollends. Mit dem Bollwerk gegen Osten war es vorbei, die rote Welle von der Wolga her überspülte alles und endgültig. Im Jahre 1920 zwar konnten sich in Schlesien die Männer den Kapputsch leisten, die ihn dort organisiert, seit dem 9. November 1918 aber abseits des Wiederaufbaues gegrollt hatten, denn sie standen nunmehr auf unseren Schultern. Es war unsere Arbeit, die diesen Stoß vertrug, die sie beschädigen, aber nicht mehr vernichten konnten. Sie sagten mir, von jetzt ab regiere „die Tat" im General-Kommando VI. Als aber in wenigen Tagen das Ende ihrer primitiven Kunst sichtbar wurde, hofften unsere Nachfolger wenigstens noch das „Verhandeln" zu meistern. Aber auch hier hat es dann nicht gelangt, trotzdem Würde und Haltung bedenklich hoch belastet wurden. Es wird schon so gewesen sein, wie der bekannteste schlesische Freikorpsführer, Oberleutnant von Aulock, dem in jenen Tagen allenthalben das Hosianna entgegenschallte, mir Jahre hernach sagte: „Hätten wir damals doch die politische Einsicht des alten General-Kommandos gehabt!"

IV. KAPITEL

Die 2. Garde-Division. Die „Beiräte“ bei den Zivilbehörden. „Aufklärung“. Im Kriegsministerium. Die Verweigerung des Ersatzes durch die Garnison-Soldatenräte. Die Tschechengefahr und der meuternde Grenzschutz.

23. November.

Soldatenrat Brieg telegraphiert hierher: Zehn Fliegerleutnants der Fliegerschule Brieg seien auf Befehl des General-Kommandos VI zur Infanterie kommandiert, um bei den Bataillonen im Grenzschutz verwendet zu werden. Er verbittet sich das. Die Offiziere seien zu ihren Ersatztruppenteilen zu entlassen. Nur keine Vorgesetzten mehr, auch nicht an den ungedeckten Grenzen.

Soldatenrat des Kürassier-Regiments 5 (7. Kavallerie-Schützen-Division) will einen Generalstabsoffizier des General-Kommandos telefonisch von unterwegs sprechen: „Wir wollen wissen, wohin wir gefahren werden? Der Soldatenrat hat beschlossen, zunächst den Zug nicht weiterfahren zu lassen. Was bekommen wir für Zulagen? Werden wir dann sofort entlassen?“ „Ihr sollt Schlesien schützen“ usw. „Die Schlesier sollen ihre Grenzen selber schützen, wir fahren nicht weiter.“
Es bleibt nichts anderes übrig, als vom hiesigen Soldatenrat Genossen entgegenzusenden und zu versuchen, den Transport zur Weiterfahrt zu bewegen.

Armeeoberkommando Heimatschutz ruft an: „2. Garde-Division weigert sich weiterzufahren. Truppen durch Soldatenrat belehren lassen, sonst auf Übungsplatz fahren und demobilisieren.“ „Über welche Linie kommt die Garde und welcher Truppenübungsplatz wäre dann in der Nähe?“ „Neuhammer!“ „Bitte Kommandantur Neuhammer, Adjutant.“

„Hier Vermittlung Neuhammer. Der Adjutant ist nicht mehr auf dem Büro, der Arbeiter- und Soldatenrat hat verboten, noch nach drei Uhr zu arbeiten.“
Wie nun in Neuhammer die Einquartierung vorbereiten? Jetzt hier den Soldatenrat auf die Beine bringen und mit Hauptmann Büchs nach Tschecheln (Kr. Sorau) schicken, um die eintreffenden Züge zur Weiterfahrt zu veranlassen.

Fliegerleutnant . . . steht in meinem Zimmer: „Ich habe mein Flugzeug von Braunschweig nach Gandau geflogen, soll mich nun beim Kommandeur der Flieger melden.“ Er drückt sich noch herum und sagt dann: „Ich bin gänzlich ohne Geld, an welcher Stelle kann ich mein Gehalt bekommen? In Braunschweig gab's nichts mehr.“

Es konnte vorgestern keine Löhnung an den Stab bezahlt werden, weil kein Kleingeld vorhanden, ein Ereignis, das mein Bursche mit der Bemerkung quittiert, das sei das erstemal passiert, solange er Soldat wäre.

Soldatenrat Königshütte lehnt Belegung mit Grenzschutztruppen ab, erhebt flammenden Protest in seitenlangem Telegramm.

Eine Soldatenratsdeputation fährt unter Umgehung des hiesigen Zentralsoldatenrats nach Berlin zum Armeeoberkommando Heimatschutz und wünscht eine andere taktische Gliederung des Grenzschutzes. Die Südfront müßte in einer Hand sein. Was aus der Ostfront, Oberschlesien, würde, sei gleichgültig.

Exzellenz v. Heuduck, Kommandeur der 7. Kavallerie-Schützen-Division, frischer aussehend denn je, erscheint mit seinem Generalstabsoffizier Hauptmann v. Reichenau. Auch Exzellenz v. Friedeburg, Kommandeur der 2. Garde-Division, meldet sich mit Major v. Vethacke; ich vermute in Exzellenz v. Friedeburg unseren zukünftigen Kommandierenden General. Bisher vertritt immer noch Exzellenz v. Egloffstein, der mir gestern sagte, wir wollten nachts die Fahnen und Standarten des Korps auf den Boden des General-Kommando-Gebäudes tragen. Schließlich sah Seine Exzellenz davon ab, da dies nicht verborgen bleiben kann und dann Aufsehen erregt, was erst recht üble Folgen haben würde. Kein Mensch achtet jetzt auf die verhüllten Feldzeichen im Fahnenzimmer.

Ich erinnere mich nicht, einen gleich deprimierenden Tag seit langem durchgemacht zu haben, und gehe um zwei Uhr recht verzweifelt zu Bett. Wie war eine derartige Auflösung nur möglich, noch sind keine vierzehn Tage ins Land gegangen, und alles ist schon aus den Fugen.

24. November.

Zwei Bataillone Franz kommen an. Unterwegs alles ausgestiegen, so daß nur noch 80 Mann übrig sein sollen. Um die Pferde nicht verhungern zu lassen, sollen sie versteigert werden. Ein Bataillon Alexander wird auf Neuhammer abgedreht, da es sich weigert, hierher zu kommen. Welche Wandlung zwischen der ausgesuchten Bedeckungs-Division für das Große Hauptquartier und die Oberste Heeresleitung in Spaa und dem heutigen Bilde! Es soll der Fehler gemacht worden sein, daß man Teile der Division über Berlin geschickt hat und andererseits auch nicht verhindern konnte, daß die Soldatenräte der Berliner Ersatzbataillone ihren Regimentern Aufklärer während der Fahrt schon entgegensandten. Auf den Verpflegungsstationen in Deutschland, beim Halten der Transporte, haben dann die Garnisonsoldatenräte die kaum ausgebildeten Mannschaften entsprechend bearbeitet.

Die 2. Garde-Division hatte sich bis zum Schluß an der Westfront hervorragend geschlagen und sollte in den ersten Novembertagen nach Berlin abtransportiert werden zur Verfügung des Oberkommandos in den Marken.

Während der Divisionskommandeur, Generalleutnant v. Friedeburg, mit seinem Stab und einigen Kolonnen schon auf Zossen zurollte, war die Division, um Herbesthal liegend, nicht mehr auf direktem Wege nach Deutschland abzubefördern. Es entstand ein Aufenthalt von mehreren Tagen. Aber gerade Herbesthal, an der Grenze zwischen Deutschland und Belgien, war der Sammelpunkt des anrüchigsten militärischen Gesindels, der Zufluchtsort der Fahnenflüchtigen, die hier abwarteten, was werden würde. Diese Abtrünnigen machten sich sofort an die Gardedivision heran. Bei der Garde, die in den letzten Kämpfen schwer gelitten hatte, waren gerade Ersatzmannschaften eingetroffen, die noch nicht gefestigt waren und den Einflüsterungen der Soldateska erlagen. Als dann die Division sah, daß sie von Herbesthal mit der Bahn nicht nach Deutschland verladen werden konnte, trat sie den Fußmarsch nach Wahn an, der sich durchaus noch in Ordnung vollzog. Von Wahn fuhr dann die Truppe nach Schlesien. Kaum ein Schlesier aber stand in ihr, und jetzt nun transportierte man die naturgemäß nach Hause drängenden Soldaten quer durch ganz Deutschland, an der Heimat vorbei, bis beinahe an die Ostgrenze. War es anders zu erwarten, als daß es unter der Wirkung der Aufklärung durch die Garnisonsoldatenräte während der langen Fahrt auf den Haltestellen der Züge zu Unbotmäßigkeiten kam? Auch leiteten die mit Soldatenräten besetzten Linien-Kommandanturen teilweise die Transporte bewußt falsch. Das 2. Garde-Feldartillerie-Regiment wurde zum Beispiel gegen die Bestimmung in Potsdam ausgeladen mit dem Erfolg, daß es späterhin fast ohne Mannschaft in Oberschlesien eintraf.

Das General-Kommando, vom Armeeoberkommando — Zentral-Grenzschutz Ost — über den Zustand der heranrollenden Division verständigt, sandte ihr den Hauptmann Büchs, Adjutanten des Korps, nach Tschecheln in der Mark entgegen, um auf die Truppe einzuwirken. Er berichtete alsdann über den trostlosen Zustand der einzelnen Formationen, die unter anderem auch vor seinen Augen ihre Wolldecken an die Bevölkerung verkauft, teilweise die Transporte verlassen hätten und mit Personenzügen zurückgefahren wären. Büchs erklärte übrigens bei seiner Rückkehr, daß er sich nicht gewachsen fühle, nochmals einen derartigen Auftrag zu übernehmen. Das Offizierkorps verließ auch jetzt noch nicht seine Truppenteile, obwohl es bereits teilweise in Tschecheln dem Korpsadjutanten erklärt hatte, es reiche sofort den Abschied ein, wenn die Truppe an Ort und Stelle eingetroffen und untergebracht sei. Trotz übelster Auftritte mit den Garnisonsoldaten auf den Bahnhöfen taten die Offiziere auch in diesen Tagen des völligen Zusammenbruchs ihre Pflicht weiter, gerade jetzt: semper talis!

Schließlich trafen in Oberschlesien vom Regiment Franz und Alexander je 250 bis 300 Mann ein, Augusta hatte sich besser gehalten und war etwas stärker. Man kann aber wohl sagen, daß von Herbesthal bis nach Oppeln sich das unterwegs verloren hatte, was mit der Garde nie etwas zu tun gehabt hatte. Der Beweis ward durch die Schlagfertigkeit erbracht, die alsbald in Oberschlesien die 2. Garde-Division in ihren

Trümmern wieder erlangte. Trotz der Verhältnisse in den Berliner Ersatzbataillonen (s. Telegramm des Feldmarschall v. Hindenburg, S. 47) waren die Garde-Regimenter im Frühjahr wieder soweit, in München an der Bekämpfung des revolutionären Aufstandes an vorderster Stelle mitzuwirken.

Die Soldatenräte in Oberschlesien machen sich als Soldatenrat Oberschlesien selbständig und telegraphieren dem Kriegsministerium, daß in Polen alles ruhig sei. Unsere Meldungen besagen genau das Gegenteil. Diese Leute aber wünschen nicht den Nachschub aktiver Truppenteile, denen der Ruf vorausgeht, sie seien diszipliniert und hätten keine Soldatenräte. Entstanden ist diese gute Meinung durch Zeitungsartikel, die das Herunterreißen von roten Lappen zum Beispiel in Kreuznach und Remscheid durch das zurückgehende Frontheer melden. Als die Rückbewegung aber an der neutralen Zone endete, ist es mit dem Einfluß des Offizierkorps zumeist vorbei. Sonntag (24. November) war Orgelkonzert in der Jahrhunderthalle zur Begrüßung der zurückkehrenden Feldgrauen. Der Organist Lilge schloß mit der Internationale: jeder hilft, so gut er kann!

26. November.

Am Freitag (22. November) wurden nachher im Volksrat noch einige Einzelheiten über das Benehmen der Chefs der hiesigen hohen Zivilbehörden zum besten gegeben, als ihnen vom Volksrat die Kontrollorgane, Beiräte, beigegeben wurden. Beim Oberpräsidenten v. Guenther installierten sich der ehemalige Gewerkschaftssekretär Zimmer und ein Rechtsanwalt Dr. Bandmann. Beim Regierungspräsidenten von Jagow, der scheinbar am verhaßtesten ist bei den Sozis, hat es allerhand Schwierigkeiten gesetzt, bis er die Genossen Dietrich, Senk und den Stadtrat Grund annahm. Beim Polizeipräsidenten Lewald erschien Genosse Timm, Gauleiter des Metallarbeiterverbandes, stellte sich als Kontrollorgan vor und erbat zu seiner Beratung wiederum einen Sachverständigen in der Person des Dr. Thiemann. Landeshauptmann v. Thaer hat die Kontrollorgane überhaupt nicht anerkannt und schriftlich zu Protokoll gegeben, daß er bei Zulassung der Leute lediglich der Gewalt weiche.

27. November.

Der Nachrichtenoffizier meldet recht ernst zu nehmende Truppenverschiebungen gegen Schlesien. Tschechen und Polen bekommen jetzt in Italien und Frankreich so viele Divisionen frei, daß Wallenbergs Nachrichten schon stimmen können. Dabei an unserer niederschlesischen Front nur die verseuchten Brigaden zur besonderen Verwendung 5 und 6.

Der Volksbeauftragte Haase hat es in Gleiwitz für richtig gehalten, auf die Trennung von Staat und Kirche hinzuweisen, in Gleiwitz, im katholischen Ober-

schlesien! Und im Volksrat in Breslau vertun wir Tage und Stunden mit Beratungen zur Erhaltung von Oberschlesien beim Deutschen Reich.

29. November.

Recht mühselig waren die Verhandlungen mit Voigt zur Durchdrückung des Aufrufes: Freiwillige vor zur Verstärkung des Grenzschutzes!

30. November.

Ein Reserve-Infanterie-Regiment, von der Armee Mackensen aus Rumänien kommend, soll in Oppeln ausladen; einschließlich Regimentskommandeur wünscht alles weiter zu fahren.
Eine Etappen-Kommandantur, ebenfalls aus Rumänien, soll nach Göttingen weiter, wünscht hier zu bleiben.
Truppen-Kommandeure klagen beweglich über die Aufklärung durch die Garnison-Soldatenräte und Volksratsmitglieder auf den Bahnhöfen.

Aufklärung!

(Der Verfasser dieses Berichtes an den Zentral-Soldatenrat ist dessen Mitglied Sergeant Kretschmer, ein immerhin noch gemäßigter Mann, der späterhin oftmals Gutes gewirkt hat.) Im Auszug:

„Es war meine Aufgabe, mich dort (Neuhammer) über die Verhältnisse zu orientieren und Fühlung mit den am 15. Dezember angekommenen Fronttruppen zu nehmen. Die Spannung derselben war entstanden durch die Ungewißheit der Fronttruppen, die von ihren Offizieren im alten Bann gehalten wurden. Die Truppen wurden von mir im Namen des Soldatenrates in der Heimat willkommen geheißen. Streifte kurz die Errungenschaften der Revolution, führte den Kameraden vor Augen, daß die sozialdemokratische Partei diejenige war, welche stets für das Wohl der Soldaten, eintrat, beleuchtete die Feigheit der alten Regierung sowie das Flüchten der maßgebenden Männer. Klärte die Kameraden über Rechte und Pflichten der Soldaten, auch über das Zusammenarbeiten mit ihren Offizieren auf. Ebenso, wie sie sich bei den kommenden Wahlen zu verhalten haben und es ihre Sache sein wird, die Früchte der Revolution zu ernten. Dauer des Vortrages $1^1/_4$ Stunden. Alsdann hielt Genosse Seibold vom Volksrat einen nahezu 1½stündigen Vortrag und klärte die Massen politisch auf. Die Soldaten verließen befriedigt den Versammlungsraum. Es wäre von großer Wichtigkeit, daß von Zeit zu Zeit auf die neuankommenden Truppen aufklärend eingewirkt wird, um Mißverständnisse auszuschalten."

1. Dezember.

Sonntag nachmittag. Im Schweiße meines Angesichtes schreibe ich, der Rheinländer, Berichte an das Kriegsministerium, lege zahlenmäßig den Wert Oberschlesiens dar

an Hand von Unterlagen, die ich mir von Berghauptmann Schmeißer erbeten habe, bitte um Truppen so viel und stark wie möglich. Hinter roten Fahnen und Musik-Chors zieht der Breslauer Soldatenrat auf den Palaisplatz, auf den meine Bürofenster gehen. Er fordert 3000 Soldaten auf, die Errungenschaften der Revolution zu feiern. Schlesiens Gruben werden uns wahrscheinlich nicht mehr lange gehören. Sisyphus' Arbeit war nichts gegen das, was man uns aufbürdete.
Diese Demostration war für heute mittag in die Festhalle eingeladen unter der Firma „Begrüßung der heimkehrenden Krieger."

2. Dezember.

Die Nachrichten über tschechische Truppenzusammenziehungen in dem nördlichen Teil Böhmens verstärken sich. Die Wahrscheinlichkeit spricht auch dafür, weil diese rein deutschen Gebiete zunächst einmal tschechisch durchseucht werden müssen, man nennt das „die Bevölkerung beruhigen". Die Gefahr für uns von der Tschechoslowakei schätze ich deswegen viel höher als von der polnischen Seite, weil erstere ein viel ordentlicheres Staatsgebilde darstellt mit besseren Soldaten als Polen. Wir werden die 11. Division vorerst um Schweidnitz versammeln und dann sehen, wie es weiter geht. Wie stark die Ostsee-Division ist, die von Finnland herankommt, steht noch nicht fest, sie soll zunächst nach Niederschlesien.
Besprechung mit Flotow, die Zeitungen mehr noch als bisher mit authentischen Meldungen über die Größe der Gefahr zu versorgen.
Die Erbitterung gegen Berlin ist im Steigen, selbst unter den Sozialdemokraten fehlt es nicht an starken Ausfällen gegen den Kultusminister Adolf Hoffmann, der bereits viel Schaden angerichtet hat. Die Meldungen der schlesischen Zeitungen über die Selbständigkeitsbestrebungen in Schlesien, mit denen das Volksratsmitglied Löbe in Berlin auf der sozialdemokratischen Parteikonferenz gedroht haben soll, werden nicht dementiert. Uns hingegen ist der Gedanke, sich von dem Wasserkopf Berlin so lange zu trennen, bis die roten Brüder von alter und unabhängiger Sozialdemokratie sich gegenseitig aufgefressen haben, durchaus nicht unsympathisch. Graf Pückler trifft ein, von Kassel bis hierher brauchte er 60 Stunden.

3. Dezember.

Assessor Dr. Ollendorff bei mir. Er ist außerordentlich besorgt über die Zustände in Berlin. Die Nachrichten über eine Selbständigkeitserklärung Schlesiens seien durch einen Vorstoß veranlaßt worden, den Löbe in Berlin unternommen habe, um die beschleunigte Wahl zur Nationalversammlung zu erreichen. Ollendorff bleibt bis ½2 nachts auf meinem Zimmer und kommt auch noch auf den Wunsch des Volksrates zurück, unmittelbar beim Kriegsministerium um einen Oberbefehlshaber für Schlesien zu bitten. Wenn, dann kommt für mich nur Exzellenz von Gallwitz in Frage. Ollendorff faßt den ganzen Umsturz von der idealen Seite auf, das heißt, er sieht nun

eine wunderbare Zeit kommen. Ihm kann man keinesfalls unlautere Motive unterschieben, daß er für sich etwa persönliche Vorteile erhofft. Ich habe den Eindruck, als ob Ollendorff die Hoffnung immer noch nicht aufgegeben hätte, uns für die neuen Ideen zu begeistern.

4. Dezember.

Da wir den Volksrat nicht daran hindern können, seine Wünsche persönlich in Berlin auf Herbeorderung eines Oberbefehlshabers für Schlesien vorzutragen, so müssen wir wenigstens das Prävenire spielen, und ich fahre zum Kriegsminister. Es war hin eine ganz leidliche Fahrt. Berlin sah recht still aus, nur auf den Bahnhöfen stand übles Gesindel mit nach unten umgehängten Gewehren. Die Linden und Wilhelmstraße reich beflaggt, keine roten, aber viele preußische Fahnen mit dem preußischen Adler. Nur auf des Volksbeauftragten Ebert Haus — was mag Bismarck dazu sagen, der das Sozialistengesetz nach dem Attentat Nobilings durchbrachte — eine rote Flagge, und vor dem Hause Matrosen mit Maschinengewehren.
Aber wie sah das Kriegsministerium aus, in dem auch der Grenzschutz Ost liegt! Auf allen Treppen Soldaten mit roten Binden, mit und ohne Waffen, dazwischen Zivilisten, Pöbel, alles so flegelhaft, unmilitärisch wie möglich. Das ganze Haus total beschmutzt und unaufgeräumt. Zunächst bespreche ich mit Major v. Willisen die Angelegenheit Gallwitz, daß er für uns als Kommandierender General in Frage kommt, zumal der Stellvertretende Kommandierende General, der bis jetzt führt, Freiherr v. Egloffstein, zum 15. d. Mts. geht. Willisen führt mich zunächst zum General v. Wrisberg, der entsetzlich eingefallen aussieht; an Personalien scheint er kein Interesse zu haben. Dann zum Kriegsminister, Exzellenz Scheüch. Mein erstes Zusammentreffen mit einem preußischen Kriegsminister . . . und wir sind beide in Zivil! Nachdem ich die Gründe auseinandergesetzt habe, bitte ich schlankweg um General v. Gallwitz. Exzellenz Scheüch macht einen sehr schwierigen und unliebenswürdigen Eindruck, erwidert sehr ungnädig, General v. Gallwitz käme nicht in Frage, er habe den Abschied eingereicht und würde an und für sich diese Stelle überhaupt nicht angenommen haben, würde auch jetzt nicht mehr kommen. Da ich anderer Ansicht bin, entgegne ich dem Kriegsminister, daß ich über ein Jahr lang unter General v. Gallwitz gearbeitet hätte, und daß ich glaube, daß er sich keinesfalls unserer Bitte verschließen würde, den Befehl über das General-Kommando VI zu übernehmen, wenn man ihn dieserhalb anginge. Der Kriegsminister hat nicht die geringste Lust zu einem derartigen Schritt, lehnt meine Bitte ab; auch könne er ohne Ebert keinen Kommandierenden General ernennen, die Reichsregierung würde sonst sofort Verrat wittern.
Es war ein trauriger Eindruck, den ich von Minister und Ministerium mit fortnahm, alles Offiziere, die unter noch unfreieren Verhältnissen arbeiten als wir; die Räte mischen sich in alles ein, versuchen zu befehlen und alles anzuordnen.

Die Rückfahrt war besser als ich gedacht; auch nur ordentliche Soldaten im Abteil. Komisch war ein Schaffner, der — ich saß als Zivilist ruhig in meiner Ecke — die Soldaten immer wieder hinausbeförderte, denn meistens waren es zehn Mann, die sich auf den Berliner Bahnhöfen auf einmal hereindrängten. Auch kamen sie aus den Wagen III. Klasse stets von neuem die Gänge entlang und setzten sich zu mir herein. Als er wieder eine ganze Anzahl hinaustat, sagte er: „Den Soldaten möchte ich sehen, den ich als preußischer Schaffner nicht aus dem Abteil beförderte." So kurz nach dem 9. November will das allerdings allerhand bedeuten. Schließlich blieben noch zwei drin, Leibgrenadiere, brave, offene, strahlende Gesichter. So eben auf dem Rand des Polsters saßen sie, behangen mit allerhand Gepäck und im Netz noch schwere Tornister. Sie sprachen nicht viel. Kurz vor Frankfurt sagte der eine: „Mensch, nun ist Schluß, schreib mal!" Dann wurde mühsam der Affe aufgeschnallt, und schließlich war es so weit. Da gaben sich die beiden die Hand mit den Fingerspitzen, und dann kam der eine ins Abteil zurück. Ich fragte ihn: „Wie lange wart ihr denn an der Front zusammen?" „Seit 15." Die Revolution war ihnen etwas vollkommen Fremdes, Uninteressantes. Sie hatten nichts mit ihr zu tun, hatten sich aber auch nicht gegen den Umsturz gewehrt, das mußten andere tun, sie trieb es nur nach Hause.

Die Ersatzverhältnisse bei der in Oberschlesien um Rosenberg—Kreuzburg liegenden 2. Garde-Division wurden immer schwieriger. Die in Berlin stehenden Ersatzbataillone der Division verweigerten ihr jeglichen Mannschaftsnachschub. Aber es bestand ein regelrechter Kurierdienst zwischen den Ersatzbataillonen und den Regimentern der Division in Oberschlesien. Die üblen Elemente in den Ersatzbataillonen versuchten auf die Angehörigen an der Front in Oberschlesien in aufreizendem Sinne zu wirken, da sie gehört hatten, daß die Division wieder gehorsam wurde. Die Fahrten Berlin—Oberschlesien entzogen sich gänzlich der Kontrolle der vorgesetzten Dienststellen. Jeder Soldatenrat konnte Urlaubsscheine mit Fahrtberechtigung ausstellen, es bestand Telegramm- und Fernsprechgebührenfreiheit. Man kann, was die Freifahrten auf den Eisenbahnen anbelangt, ruhig behaupten, daß ein guter Teil des Heeres ständig auf der Eisenbahn hin und her wogte. War man in dieser Zeit gezwungen zu fahren, so stellte man fest, daß alle Züge von Soldaten überfüllt waren, die Fahrtrichtung war gleichgültig. Daher kam es, daß auch jeder Soldatenrat, dem irgend etwas nicht paßte, ohne weiteres „nach Berlin" fuhr; konnte er doch sicher sein, bei der Behörde dort irgend einen Gewerkschaftsfreund zu finden, der versuchte, ihn einzuführen. Der Erfolg derartiger unerwünschter Besuche blieb allerdings zumeist aus, denn schließlich kam der Antrag doch vor irgend einen Offizierbearbeiter.

Auf die Meldung der 2. Garde-Division über die Ersatzverweigerung durch ihre Ersatzbataillone antwortete die Oberste Heeresleitung:

An das Kriegsministerium Berlin.

Alle Nachrichten besagen, daß die Tschechen beabsichtigen, Teile Schlesiens dem Deutschen Reiche zu entreißen. Ich halte es für selbstverständlich, daß von seiten der deutschen Regierung und des deutschen Volkes alles geschieht, um diese nationale Gefahr zu beseitigen und uns diese Schande zu ersparen. Wie mir gemeldet wird, ist die unbedingt notwendige Auffüllung der 2. Garde-Division durch die noch bei den Ersatztruppen befindlichen Jahrgänge 96—99 nicht zu erreichen, da angeblich Soldatenräte dagegen Einspruch erheben. Ich bitte, auch in meinem Namen die Reichsregierung in ernsthafter Weise zu ersuchen, Abhilfe gegen solche Widerstände zu schaffen.

Hindenburg.

2. Dezember 1919.

Trotzdem gelang es nur ganz allmählich, die Berliner Ersatzbataillone in Ordnung zu bringen und der Garde zu vernünftigem Ersatz zu verhelfen.
An der Tschechenfront stand die Brigade zur besonderen Verwendung 5 nach wie vor um Hirschberg (s. S. 16); auf dem Riesengebirgskamm ihr gegenüber der Tscheche, der seine eben entlassenen Jahrgänge bis zum 36. Lebensjahre wieder einzog. Genau um die Zeit, als das Telegramm des Feldmarschalls das General-Kommando erreichte, am 3. Dezember 1918, befahl der Brigadekommandeur, General v. Kessel, daß das 2. Bataillon des Regiments Nr. 2 seiner Brigade 5 von Liebau nach Landeshut verlegt werden sollte. Der Soldatenrat dieses Bataillons, ein 22jähriger Jäger Sengen aus dem Rheinland, aber antwortet am 4. Dezember dem Kommandeur des Bataillons:

„Gegen diesen Beschluß, das 2. Bataillon nach Landeshut zurückzuziehen, legen wir energisch Protest ein. Die Leute, die sich freiwillig beim 2. Bataillon gemeldet haben, sind fast alle in Liebau und Umgebung beheimatet, sie wollen nicht nach Landeshut zurück. Der Soldatenrat Liebau hat für geeignete Quartiere gesorgt, in denen sich die Leute wohlfühlen. Außerdem haben wir eine große Menge Untersuchungen eingeleitet, so daß durch diese Verlegung des Bataillons große Störungen im Geschäftsbetrieb hervorgerufen werden. Der Soldatenrat: Sengen."

Ein Wort zunächst über die eingeleiteten „Untersuchungen" deshalb, weil sie Schulbeispiele sind, wie sie „kraft revolutionären Rechts" aus ähnlicher Veranlassung allenthalben vorkamen. Es handelte sich bei Sengen um fünf Verfahren, die sich als schwerste Eingriffe in schwebende Gerichtsverfahren herausstellten. Sengen lag in Quartier bei dem Fleischermeister Wehner. Wehner führte vor dem Amtsgericht einen Zivilprozeß gegen den Fleischermeister Strecker, dessen Verteidigung nur in der Vorlegung seiner Geschäftsbücher bestehen konnte. Der Soldatenrat Sengen ließ die Bücher dem Strecker abnehmen, verweigerte auch dem Amtsgericht die Herausgabe und gab sie erst wieder frei, als der Prozeß zugunsten des Wehner entschieden war.

Ferner eröffnete der Soldatenrat dem Fleischermeister Strecker, er habe sich verbotener Schlachtungen schuldig gemacht, durch Zahlung von 1000 Mark an die Kasse des Soldatenrates könne er einer Strafe entgehen. Nunmehr wandte sich Strecker an den stellvertretenden Amtsrichter, Assessor Walther, und hiermit war Sengen vor die richtige Schmiede gekommen. Auf den Rat des Assessors hin unterließ Strecker jegliche Verhandlung und erstattete Anzeige wegen versuchter Erpressung. Der Assessor brachte auch in einer öffentlichen Versammlung diese Vorgänge zur Sprache und forderte die Einwohner auf, sich wegen Abhilfe von Straftaten und Mißständen an die berufenen gesetzlichen Organe zu wenden.
Auch den Kaufleuten Fichte und Pietsch versuchte Sengen eine Geldbuße von je 500 Mark für Preissteigerungen von Tabakwaren aufzuerlegen und nahm sich eines wegen Geistesschwäche entmündigten Sattlermeisters Kriebel in der Weise an, daß er eine Anzahl von Personen vernahm, um die längst ergangenen Entscheidungen beim Justizminister in Berlin direkt anfechten zu können. In Schömberg, wo eine Kompagnie des 2. Bataillons lag, setzte der Soldatenrat den Hauptlehrer ab und drohte, die Druckerei der dortigen Zeitung zu schließen, falls sie den Hauptlehrer eine Entgegnung bringen ließ. Das Rathaus beschlagnahmte diese Soldateska zu ihren Zwecken. Die „sämtlichen okkupierten Räume, die Treppen, Flure usw. sind in unbeschreiblicher, ekelerregender Weise verunreinigt, so daß man meinen kann, in einem Un-Rathause zu sein“ . . . urteilt der gequälte Bürgermeister über die Trabanten ihres Herrn und Meisters Sengen.
Auf seinen „Protest“ gegen Verlegung des Bataillons erwiderte der Brigadekommandeur, General v. Kessel, aus Hirschberg am 6. Dezember:

> „Dem Soldatenrat des Bataillons ist zu eröffnen, worüber die militärischen Dienststellen zu entscheiden haben. Zur Einmischung in solche rein militärische Angelegenheiten ist der Truppensoldatenrat nicht zuständig. Über diese Grundsätze ist der Soldatenrat aufzuklären und darauf hinzuweisen, daß Ablösungen und Umgruppierungen im Grenzschutz als taktische und rein militärische Anordnungen von der allgemeinen Lage, der Stärke der Truppen und der Breite des Sicherungsstreifens abhängen und nicht vor den einzelnen Soldatenräten der Brigade begründet werden können.
>
> gez.: v. Kessel.“

Hierauf Herr Sengen:

„Liebau, den 7. Dezember 1918.

> Wir bringen der Brigade hiermit zur Kenntnis, daß der Soldatenrat eine maßgebende Behörde ist. Wenn wir uns persönlich mit der Brigade wegen Zurückverlegung des Bataillons in Verbindung setzen, so wollen wir auch direkte Antwort haben (nicht durch das Regiment).

> Den Ton: ‚zur Einmischung in solche rein militärischen Angelegenheiten ist der Truppensoldatenrat nicht zuständig' verbitten wir uns auf das entschiedenste.
> Wir bringen der Brigade nunmehr zur Kenntnis, daß das 2. Bataillon nicht abgelöst wird, sondern in Liebau verbleibt. gez.: Sengen."

Doch nicht genug hiermit. Sengen erschien mit einigen Mann im Quartier des Brigadekommandeurs in Hirschberg im Hotel „Preußischer Hof" und ließ die Ausgänge durch Posten besetzen. Diese Freiheitsberaubung dauerte mehrere Stunden. Der Soldatenrat verlangte von dem Brigadekommandeur eine schriftliche Erklärung, daß der bisherige Bataillonskommandeur, der das skandalöse Schreiben einfach weitergereicht hatte, nicht abgesetzt würde. Diese Erklärung wurde in kategorischer Form von General v. Kessel abgelehnt, und schließlich zog Sengen ab.
Am übernächsten Tage erschienen je ein Vertreter des General-Kommandos und des Zentralsoldatenrates und sprachen dem General v. Kessel Entschuldigungen wegen der Freiheitsberaubung aus und versuchten, Sengen in einer anberaumten Soldatenratssitzung in seine Schranken zurückzuweisen. Das Bataillon aber wurde nicht abtransportiert, sondern verblieb in Liebau, irgendwelche Bestrafungen wurden nicht ausgesprochen.
Ein leuchtendes Beispiel für die treue Pflichterfüllung preußischer Offiziere in dieser Zeit ist es, daß auf die Bitten des General-Kommandos hin General v. Kessel nach dieser schamlosen Behandlung sich noch bestimmen ließ, sein Gesuch auf Enthebung von der Stellung und Versetzung zu den Offizieren der Armee so lange in der Schwebe zu lassen, bis er selbst Ordnung geschafft hätte.
Da die Klagen immer stärker wurden, die Landräte von Götz-Waldenburg und von Weiler-Landeshut, auch der Landgerichtspräsident von Hirschberg und die Bevölkerung sich über die Zuchtlosigkeit der Truppe beschwerten (Meldung eines Gendarmeriewachtmeisters aus Liebau: „In Nieder-Blasdorf wurde mir von glaubwürdigen Leuten erzählt, daß die dort einquartierten Soldaten im Orte mit scharfen Patronen nach Krähen und sonstigen Gegenständen geschossen hätten, wodurch sich die Bevölkerung bedroht fühlt und sich empört."), wurde erneut versucht, das Bataillon nach Neuhammer abzutransportieren, um es dort aufzulösen. Auf den entsprechenden Befehl hin antwortete Sengen am 24. Januar 1919:

> „Die Kommandogewalt ruht vom Moment der Bekanntgabe dieses Befehls ab nur in den Händen der Soldatenräte, sämtliche Vorbereitungen zum Abtransport werden eingestellt."

Am 24. Januar schrieb das General-Kommando darauf an den Zentralsoldatenrat:

> Ich bitte die Sache nun durch Ablösung der ungeeigneten Elemente des Soldatenrates II/2 zu beenden und den Abtransport durchzusetzen. Es ist schlech-

terdings unmöglich, daß ein untergeordneter Soldatenrat derartig sich benimmt, unbotmäßig und gänzlich gesetzeswidrig eine derartige Machtbefugnis an sich reißt. Es ist jetzt so weit, daß die Offiziere ihren Dienst nicht mehr wahrzunehmen vermögen, und daß ein im Grenzschutz eingesetztes Bataillon auf Veranlassung seines Soldatenrates den Gehorsam verweigert und gänzlich seinen Aufgaben entzogen wird. Hesterberg.

Die lakonische Antwort lautete:

Zentralsoldatenrat beim General-Kommando VI.

Zurück nach Kenntnisnahme mit 23 Anlagen. Widera.

Es erfolgte nichts, und unser Latein war zu Ende. Sengen machte die übliche Reise nach Berlin zum Zentralrat, und auch der Regiments- und Brigadesoldatenrat weigerte sich inzwischen einzugreifen, da Sengen eine „Entscheidung der Reichsregierung angerufen hätte".

Das Offizierkorps lehnte nunmehr ab, in diesem meuternden Bataillon noch Dienst zu tun; Sengen war nach vielem Hin und Her bereit, „um Verzeihung auch in den Zeitungen" zu bitten. Daraufhin blieb ein Teil der Offiziere, der Kommandeur aber und die meisten anderen Offiziere ließen sich versetzen.

Das Regiment zur besonderen Verwendung 2 trat alsbald durch neue Abschnittseinteilung zum V. Armeekorps über, und der Jäger Sengen wurde dort in den Korpssoldatenrat gewählt.

Zur Vervollständigung dieses Bildes sei noch angeführt, daß in der 7. Kompagnie des 2. Bataillons fünf Leute bereit waren, dem Befehl der Brigade zu gehorchen und sich abtransportieren zu lassen. Darunter ein Fähnrich und der Bursche des Kompagniechefs, Hauptmanns v. Amann. Am nächsten Tage meldeten sie ihrem Hauptmann, daß sie vom Soldatenrat mit dem Vermerk „zum Grenzschutz ungeeignet" entlassen worden waren.

Den Soldatenrat Sengen ereilte erst im Juni sein Geschick. Wegen jener versuchten Erpressung (s. S. 48) mußte er sich auf längere Zeit unfreiwillig zurückziehen. Nicht die Militärs, sondern der Assessor Walther hatte ihm das Genick gebrochen.

Es konnte selbstverständlich nicht dabei bleiben, die Tschechenfront nur mit den verseuchten Brigaden 5 und 6 besetzt zu halten. Von der Obersten Heeresleitung war dem General-Kommando die Ostseedivision, jene berühmte Finnlandtruppe, zugesagt worden. Diese nun sollte im Vertrauen auf ihre Zuverlässigkeit an unsere Südfront geschoben werden. Am ersten Weihnachtsfeiertag traf das General-Kommando 68, Ostseedivision, unter den Grafen v. d. Goltz mit dem Generalstabshauptmann v. Falkenhorst in Schweidnitz ein und bezog Quartier in Kreisau. Die Division erhielt dort sofort den Besuch des Garnison-Soldaten-Rates aus Schweidnitz (s. S. 22), der sich die „lächerliche Behörde" ansehen wollte, bei der noch „alte Disziplin"

herrschen solle; es müßte schnellstens „aufgeklärt“ werden. Die Südwestfront wurde alsbald als Gruppe West unter dem Kommando des Grafen v. d. Goltz zusammengefaßt und ihr die beiden Brigaden 5 und 6 unterstellt. Der rechte Flügel des Abschnittes stand bei Hirschberg, der linke bei Landeck (s. S. 16); von da bis zur Oder stand die 12. Infanterie-Division. Rückwärts, zur Verfügung des General-Kommandos, um Schweidnitz stand die 11. Infanterie-Division, ebenfalls vorgesehen gegen die Tschechenfront. Die 11. Division konnten wir nicht ganz hier lassen, da in Oberschlesien Streikunruhen ausbrachen; das Regiment 51 der Division wurde deshalb bald in die Gegend Gleiwitz verlegt. Von der Ostsee-Division griffen wir für Oberschlesien noch auf die Gebirgs-Maschinengewehr-Abteilung 229 zurück und schoben sie nach südlich Königshütte.

Hier tritt zum ersten Male diese Gebirgs-Maschinengewehr-Abteilung in Erscheinung, die später als Freikorps Paulssen die treueste Freiwilligentruppe des General-Kommandos VI geworden ist.

Beruhigend um die Tschechenfront wirkte die große Zahl tschechischer Überläufer, die Disziplin also konnte auch drüben nicht groß sein. Aber wir gaben uns keinem Zweifel hin, daß mit dem Eintreffen der Feldtruppen jenseits der Grenze sehr bald dort ein anderer Geist einziehen würde. Noch aber waren die tschechischen Divisionen in Frankreich und Rußland.

V. KAPITEL

Der Kampf zwischen dem General-Kommando und dem Volkswehr-Bataillon Breslau. Die Freiwilligen der Universität und Technischen Hochschule. Die Freikorps.

5. Dezember.

„*Gazeta Ludowa (Kattowitz) bringt einen Artikel, Oberschlesien sei ein von Beginn an polnisches Land gewesen und kehre zu Polen zurück, ob das nun Deutschland gefiele oder nicht. Ich rufe den Soldatenrat in Ostrowo an, da beunruhigende Nachrichten vorliegen über einen Einbruch der Großpolen von Skalmierzyce her. Es meldet sich der Vorsitzende Fricke, der mir in der unverschämtesten Weise sagt, die Taktik in Ostrowo betriebe er, ich sollte mich um das kümmern, was mich anginge.*“

Gefreiter Fricke und Ostrowo! Ein Schulbeispiel, wie im Posenschen eine Stadt nach der andern verloren ging. Lehrer Fricke aus Hamburg war voller Vertrauen in die Loyalität der Polen. Er gestattete ihnen, aus polnischen jüngeren Leuten eine eigene Truppenabteilung zu bilden, der er in freundschaftlichem Entgegenkommen die alte Kaserne in der Kasernenstraße zuwies. Dort wurde brav exerziert und ausgebildet. Auf der Straße patrouillierten paritätisch, wie es der modernen Zeit entsprach, je zwei deutsche mit zwei polnischen Soldaten.
Die Deutschen warnten Fricke, den Vorsitzenden des Soldatenrates; er allein hätte noch helfen können. Aber er wußte „Polen wartet den Friedensvertrag ab.“
Die Silversternacht 1918/19 kam. In der Stadthalle feierte die Garnison das Fest froher Hoffnungen. Derweil erscheinen an allen Straßenecken Plakate: „Hiermit wird bekannt gemacht, daß die öffentliche Gewalt in Stadt und Kreis Ostrowo von heute ab vom polnischen Volksrat übernommen ist“, erscheinen polnische Soldaten in der Stadthalle und beenden den Tanz. Der frühe Neujahrsmorgen sah die letzten deutschen Soldaten über die posensche Grenze geschoben. Fricke betrieb nun keine Taktik mehr.

7. Dezember.

Der Kommandant General Graf Pfeil wird zum 15. den Abschied einreichen. Auf der Kommandantur ist Obmann des Soldatenrates ein Gefreiter Frey, Vorsitzender auch des Garnisonsoldatenrates, Gewerbetreibender aus Breslau, unterstützt von einem Grenadier Widera, früherem Angestellten der Breslauer Krankenkasse; beide

Leute sind vom hiesigen Ersatzbataillon 11. Bei der Kommandantur hat sich ein Volkswehrbataillon Breslau aufgetan, bei dessen Aufstellung ganz bestimmt der Sanitätssoldat Voigt seine Hand mit im Spiele gehabt hat. Es vollzog sich die Aufstellung dieses Bataillons so, daß in erster Linie eingeschriebene Sozialdemokraten in ihm Aufnahme fanden. Im übrigen handelt es sich lediglich um Mannschaften aus den hiesigen Ersatzbataillonen. Was man so sieht, sind zumeist ältere Leute, die nach Möglichkeit in Haltung und Anzug betonen, daß sich alle Bande militärischer Zucht und militärischen Gehorsams gelöst haben. Kein Mensch grüßt, das Gewehr wird umgehängt getragen, Mündung nach unten, Hände tief in den Manteltaschen.

Vom Eintreffen des General-Kommandos an bestand ein stiller, aber um so erbitterterer Kampf zwischen diesem und dem Garnisonsoldatenrat. Es ging um die Macht in Breslau. Wir saßen dort zunächst wie die Maus in der Falle. Herrn Freys Soldaten bewachten uns, wo immer wir waren; sie standen im General-Kommando Posten, sie lagen im Schloß, hatten im Zimmer neben dem Offizierskasino ein Maschinengewehr aufgebaut zum Schutze der Kommandantur, begrüßten uns, wenn wir dort aßen, mit dem Worte: „Mahlzeit" und fragten nach unseren Ausweisen.
Es war klar, daß dieser Zustand ebenso gefährlich wie unerträglich war und uns am meisten bedrückte. Ebenso erkannte Frey, daß seine und der Seinen Herrlichkeit ein Ende hätte, wenn das General-Kommando mit eigener Wachttruppe in Breslau festen Fuß faßte. Man muß es dem Gefreiten lassen, er hatte sein Bataillon gut organisiert. Jede Vorstellung des Führers unterstützte es mit entsprechenden Resolutionen und Protesten, an jeder Demonstration beteiligte es sich. Jedweden „Übergriff" des General-Kommandos brachte es durch seinen Soldatenrat zur Sprache und nötigte uns uferlose Besprechungen auf.
Und doch. Am 12. März 1919 gewann das General-Kommando den erst so aussichtslosen Kampf. Seit diesem Tage hatte Breslau ständig wieder eine Kompagnie, die zu uns hielt. Ja, zu uns hielt, muß man sagen, denn darum hat es sich gehandelt. Sie kam vom Freikorps Kühme, ihr Führer war der Leutnant v. I. R. 347 Walter. Dieserart junge Offiziere haben die Schlachten gewonnen und die Schützengräben gehalten, fielen 1914 weit vor ihren Zügen und krallten sich November 1918 mit den letzten Getreuen im feindlichen Boden fest. Blickte man ihnen in die funkelnden Augen, hörte man die kurze militärische Sprache, sah man die Handgranate am Koppel, so wußte man, hier gab es keine Mißverständnisse. Von Walter und seinen Freiwilligen ging eine Stärke aus, die uns alle in unseren Arbeiten hob, uns freier machte und den Kampf gegen die Meuterer zäher führen ließ. Erst die Nachkriegszeit hat versucht, diesen Tapferen, denen ihr eigenes Leben nichts wog, den verschwommenen Mantel des Pazifismus umzuhängen; ihnen mit süßlichen Worten späte Einsicht anzudichten. Daß auch sie nun erkannt hätten, niemals in den vier

Kriegsjahren auf der Höhe ihres Lebens gewandelt zu haben. Zerrt nur am Nationalismus unserer Jugend, knebelt und knechtet sie und dieses Wort, wo immer Ihr könnt, verhandelt gegen unseren Willen, verschachert unser letztes Gut und Ansehen, eins aber bleibt: der Geist und der Schwung der Seele, den die Männer der Front, die den Krieg euretwegen nicht gewinnen konnten, ihren Söhnen hinterlassen haben. An diesem Leutnant Walter scheiterte Frey. Die freiwilligen Jäger mit dem Preußenstern auf dem Ärmel lösten die gewerkschaftlich Organisierten ab. Der Breslauer Handelsmann unterlag dem Soldatenkind.

8. Dezember.

Der neue Ordonnanzoffizier vom Regiment 68, Jolasse, findet sich ein. Er war Adjutant einer Fliegerabteilung im Spätherbst 1916, als wir mit der 9. Reserve-Division im Pierre-Vaast-Wald saßen. Ein frischer vergnügter Leutnant, ich muß lachen, wie ich ihn sehe. Er erscheint in einem eleganten Cut. Alles andere mit den Koffern hat er auf der Reise, die von Frankfurt bis Marburg allein 36 Stunden gedauert hat, verloren. Jolasse soll bei uns zunächst nun den Empfangschef abgeben, einmal wegen seines Exterieurs und dann, weil eine solche Stelle nötig ist, um die vielen Menschen zurechtzuweisen, die sich hilfesuchend im General-Kommando einfinden.

9. Dezember.

Der alte August Thyssen und sein Sohn Fritz und der junge Stinnes sind von dem Soldatenrat in Mühlheim verhaftet und wegen Landesverrat nach Münster geschleppt worden. Solche Dinge wären zweifellos hier nicht mehr möglich.

10. Dezember.

Gerade, als ich in das Tor des General-Kommandos eintrete, wird ein Offizier im Mantel, über dem Arm eine Decke, an einer Handkette angeschlossen, vorbeigeführt. Er entpuppt sich als Hochstapler, ist in Wirklichkeit gemeiner Soldat; trotzdem schändet solches Bild unseren Stand.

Eben war der Kommandeur der 9. Reserve-Division mit seinem Ersten Generalstabsoffizier hier. Mir bekannt ist nur noch der Divisionsarzt, Oberstabsarzt Dr. Eggel. Die Division sollte eigentlich aufgelöst werden, doch wollen wir sie als Gefangenen-Bewachungs-Division noch leben lassen. Sie stürmte Vaux, dies ist ihr Ende!

Ein Mann erscheint auf unserem Freiwilligen-Werbebüro, entpuppt sich dann als Oberleutnant, besteht aber darauf, als Mann eingestellt zu werden, was auch geschieht. Nach einigen Tagen schickt ihn die Kompagnie zurück, da er seine Kameraden total bolschewistisch verseucht. Hier bekommt er zwei Ohrfeigen.

Die sächsische mobile Hafenkommandantur 523 kommt im wohnlich hergerichteten Transportzug von Rumänien nach Oppeln, zum erstenmal Empfang auf deutschem

Boden! Zu Herzen gehende Begrüßungsansprache durch den Vizefeldwebel vom Soldatenrat und Aufforderung, den Zug zur Entlausung zu räumen bis auf . . . die Lebensmittel, die für die Lazarette beschlagnahmt würden. Fünf Stunden Entlausung, — Zug verschwunden.

Die also Bewillkommneten fanden einen Teil ihrer Lebensmittel im Soldatenratszimmer wieder und wollen auch gesehen haben, daß von den beschlagnahmten guten Sachen ein Teil an die Bevölkerung verkauft wurde. Zugegeben wird von den Soldatenräten nur „ein Kübel Butter, der durch eindringende Soldaten im Soldatenratszimmer geleert" worden sei.

Wie dem auch sei; als die Sachsen abfahren, erscheint gerade noch zur rechten Zeit der Vizefeldwebel vom Soldatenrat mit einem anderen „Kamerad"; beide erhalten ihre verdiente Portion Prügel.

Die Freiwilligen-Werbungen und die Freikorps.

Die Oberste Heeresleitung befahl schon im November das Herausziehen von Freiwilligen aus dem Feldheer, das hinter dem Rhein des Abtransportes in die Heimat harrte. Der Erfolg dieser Maßnahme war gering. Auf einer Urlaubsreise stellte ich dieses leider fest:

23. Dezember.

In Wetzlar gehe ich zunächst zum Oberkommando der 3. Armee, wo ich mit dem Chef, Oberstleutnant v. Klüber, über die Freiwilligen spreche, die sich nach dem Aufruf der Obersten Heeresleitung für den Grenzschutz in Schlesien bereitgestellt haben sollen. Der Chef sagt mir, es hätten sich in der 3. Armee bisher nur sieben Leute gemeldet, die schleunigst nach ihrer Heimat in Schlesien hätten abtransportiert werden wollen. Leute aus anderen Provinzen dächten nicht daran, sich zu melden. Ein Teil seiner Tätigkeit bestünde überhaupt darin, beruhigend auf die Formationen zu wirken, die wegen Eisenbahnschwierigkeiten nicht sofort an ihre Demobilmachungsorte geschafft werden können.

Neben der Obersten Heeresleitung erging auch von der Reichsregierung alsbald der Aufruf zur freiwilligen Meldung für den Grenzschutz. Aber als auch er ungehört verhallte, erschien unser eigener Aufruf am 7. Januar 1919 in allen Zeitungen der Provinz. Unterschrieben war dieser Notschrei vom Zentralsoldatenrat, Volksrat und General-Kommando.

Freiwillige vor! Zum Schutze Schlesiens!
Zur Wiedergewinnung der deutschen Provinz Posen!

In fanatischer Machtgier reißen die Polen in der Provinz Posen die Gewalt an sich, unternehmen es, die Provinz vom Deutschen Reiche loszulösen und zu Polen zu schlagen.

Nicht nur der Großpole ist in unser Land eingefallen, auch Volksgenossen, die noch vor wenigen Monaten mit ihrem Blut im Osten und Westen deutsches Vaterland vor dem gemeinsamen Feinde verteidigten, sind zu erbärmlichen Landesverrätern geworden!
Von Haus und Hof vertrieben, kommen unsere deutschen Brüder aus der Provinz Posen in Scharen zu uns nach Schlesien geflüchtet, soweit sie den polnischen Banden entgehen konnten.
In Krotoschin wurde alle deutsche Habe geplündert, deutsche Soldaten wurden erschossen! Uns steht gleiches bevor!
Nie ist in schamloserer Weise Verrat geübt worden! Nie lag großpolnische Hinterlist offener vor aller Welt Augen!
Gierig strecken die Polen bereits ihre Finger nach rein deutschem Lande aus, nähern sich Freyhan, Rawitsch, Lissa und Fraustadt, klopfen auch schon an Schlesiens Tür!
Erhebt Euch, Schlesier, strömt zu den Waffen, Schlesien ist in Gefahr! Kommt zu uns, Ihr Deutschen, die Ihr von den Polen von eigener Scholle vertrieben seid! Wir wollen Euch zu Eurem Rechte verhelfen!
Schlesier, die Ihr 1813 Preußens Wiedergeburt erzwanget, zeigt Deutschland, das mit sich selbst genug zu tun hat, auch diesmal, was Ihr allein könnt!
Der Ruf ergeht nach hundert Jahren wieder an Euch! Jung und alt, was waffenfähig ist, komme sofort nach Oels, Militsch, Breslau, Lissa oder Glogau zu den Garnisonkommandos; dort stellen wir unsere Freiwilligenkorps auf, und dort erreichen Euch unsere Befehle!
Es kommt weniger auf die Kopfzahl an; sondern wir wollen eine schlagfertige gute Truppe errichten.
Wir können nur solche Kameraden gebrauchen, die voll auf dem Boden unseres Aufrufes stehen, ihren Dienst nicht als Gelderwerbsquelle betrachten, sondern mit ihrer ganzen Person sich für die Erreichung unserer Ziele einsetzen.
Natürlich wird das Freiwilligenkorps wie alle anderen Truppen seine Soldatenräte haben, die alle das Wohl und Wehe der Mannschaften betreffenden Angelegenheiten gemeinsam mit dem Führer beraten.
Dabei bildet aber die Disziplin der neu aufzustellenden Truppe die Grundlage aller Erfolge!
Die sich Meldenden werden zunächst lediglich in eine Liste eingetragen. Sie werden dann durch Postkarte benachrichtigt, ob sie angenommen sind, und wo und wann sie sich zum Dienstantritt zu melden haben.
Die Unterschrift eines Verpflichtungsscheines, der zur Einsichtnahme beim Werbebüro ausliegt, ist Bedingung für die Annahme. Er wird erst, nachdem dem Bewerber mitgeteilt, daß er angenommen ist, am Gestellungsorte unterschrieben. Ein Duplikat wird jedem Angenommenen zugestellt.
Löhnung: Monatlich 30 Mark Grundlöhnung, tägliche Zulage von 5 Mark vom Tage der Einstellung ab. In Breslau wollen sich die Bewerber vom 8. Januar ab täglich

von neun bis zwei Uhr in der Getreidemarkthalle, Junkernstraße am Christophoriplatz, melden. (Militärpapiere und Zivilausweise sind mitzubringen.)

Breslau, den 6. Januar 1919.

Der Zentralsoldatenrat. Volksrat zu Breslau.
General-Kommando VI. Armeekorps. Zentralrat für die Provinz Schlesien.

Dieser Aufruf sollte einen gewaltigen Fortschritt bedeuten und war bitter erkämpft worden. Gehorsam und Ordnung sollten nun wieder im Grenzschutz einziehen; der gute Geist der akademischen Jugend, mit der wir am stärksten jetzt rechneten, würde ihn durchsetzen. Dann aber bedeutete er den Anfang vom Ende der Soldatenratsherrschaft. Das erkannten selbstverständlich diese Räte gleich uns, und darin lagen die Widerstände, über deren Gründe nicht gesprochen wurde; jeder fühlte sie und handelte nach ihnen.

Gleichzeitig mit den Vorarbeiten für diesen Aufruf entstand der Gedanke, eine der Felddivisionen in ein Freiwilligenkorps umzuwandeln und besonders zur Aufnahme der sich Meldenden vorzubereiten. Die 9. Infanterie-Division wurde hierzu ausersehen; in der zweiten Hälfte des Dezember war sie um Glogau eingetroffen. Ihr Kommandeur war Generalmajor Weber, Erster Generalstabsoffizier Major Schmidt (später Infanterieführer V in Stuttgart). Die 9. Infanterie-Division gehörte zum V. (Posenschen) Korps. Die unzuverlässigen Elemente sollte sie abstoßen, nur die Kadres sollten bleiben. War der obige Aufruf veröffentlicht, mußte auch die 9. Infanterie-Division fertig umformiert sein; von jetzt ab führte sie den Namen „Freiwilligenkorps Schlesien“. Mitte Januar 1919 war die Umorganisation beendet, nicht ohne mancherlei Ärger. Denn die aus der 9. Infanterie-Division an andere Formationen abzugebenden Mannschaften weigerten sich, dort hinzugehen, und fuhren in der Welt herum. Was als Ersatz von unsern Werbebüros (s. Aufruf) zugeschoben wurde, erwies sich auch nicht alles als erstklassig. Generalmajor Weber aber half sich und legte in Schweidnitz ein Rekrutendepot an. Hier sonderte Major Hoffmann die Spreu vom Weizen, das Depot hat sich sehr bewährt. Wir atmeten auf, hatten nun eine ganze Division ohne jeglichen posen-polnischen Ersatz, verwendungsbereit, wie es im Aufruf hieß, gegen die Polen; zusammengesetzt aus vorzüglichen Leuten, unter denen die Soldatenräte lediglich Vertrauensmänner im guten Sinne sein würden.

Doch „Kamerad Ziehm“ aus Glogau erscheint. Er zeigt einen Zettel vor vom Zentralsoldatenrat des V. Korps. Er sei als „Kontrollorgan“ für das Freiwilligenkorps Schlesien delegiert. „Kontrollorgan“ steht wörtlich in der Zuschrift jener Leute an den General. An den Ikarusflügeln sollte schon vorm Aufstieg das Bleigewicht befestigt werden. Aber es gelang, den Mann abzuschütteln; das Freiwilligenkorps Schlesien trat unter die Fittiche des VI. Korps, wählte dann den vorzüglichen Wachtmeister Hunold, der viel Gutes gewirkt hat, zum Obmann der Vertrauensleute.

Unseren Aufruf nun verbreiteten wir in allen Städten; in allen Dörfern und Flecken Schlesiens hing er aus, und doch hatte er nur wenig Erfolg. Die Kriegsmüdigkeit war zu groß, — die andern würden es schon machen. Es kamen manche Elemente, die unerwünscht waren. Unser Werbebüro in der Getreidebörse konnte sie trotz eifrigster Arbeit der Hauptleute Land und Hildebrand, Zollrat und Studienrat, nicht genügend aussieben. Manche lockte nur der Entlassungsanzug, sie verschwanden entweder gleich damit wieder oder nachdem sie sich ihn rechtmäßig erdient hatten. Es fehlte das wichtigste: die glühende Begeisterung!

Diese aber suchten wir bei dem Besten, über das Deutschland noch verfügte: wir hofften auf die Brüder der Kämpfer von Langemark, wir rechneten auf Schlesiens akademische Jugend. Gingen zur Universität, zur Technischen Hochschule und . . . stießen auf Ablehnung. Es konnte kaum anders sein! Stand nicht in dem Aufruf das Wort „natürlich“? „Natürlich wird das Freiwilligenkorps seine Soldatenräte haben.“ Dieser Passus war nachträglich in die Zeilen ohne Wissen des General-Kommandos eingeschoben worden. Erst in der Zeitung lasen wir ihn. Ebenso, daß die höchste militärische Stelle hinter Soldatenrat und Volksrat rangierte. Tiefe Erbitterung stieg in uns auf. Sollten wir jetzt nicht alles hinwerfen, verzichten, alles laufen lassen? War nicht durch dieses entsetzliche „natürlich“ alle Arbeit vertan, bekamen wir nicht nur wieder jene Leute zum Grenzschutz, die sich willenlos den Soldatenräten beugten?

Aber in diesen sich überschlagenden Tagen blieb keine Zeit zum Nachdenken. Wir unterdrückten diese Gefühle und schritten unseren harten Weg weiter, dessen Ziel dasselbe blieb: Schutz der Heimat und Wiederaufrichtung des Heeres. Die folgenden vorausgenommenen Tagebuchaufzeichnungen zeigen unsere Werbungen bei der akademischen Jugend:

15. Januar 1919.

Besprechung mit Geheimrat Dr. Koch, Rektor der Universität, wegen Eintritts der Studenten in das Freikorps Schlesien. Veranlassung für mich war die wieder vom Soldatenrat hinter unserem Rücken einberufene Studentenversammlung im Konzerthaus, die selbstverständlich völlig resultatlos verlief. Es ist auch dem Volksrat nicht beizubringen, oder er will es nicht hören, daß der Soldatenrat die Finger von unserer Jugend lassen soll. Schon das Erscheinen dieser Leute, wie Voigt als Redner mit roter Binde, bedeutet einen Faustschlag ins Gesicht für die vielen Offiziere, die jetzt als Studenten wieder in Breslau sind. Anstatt irgendwelchen Erfolg zu erreichen, tritt man die Soldatenratssache möglichst breit und macht die Jugend auf der Stelle bockbeinig.

Verabredung mit dem Rektor, daß ich in den nächsten Tagen in der Universität sprechen soll. Die Zwischensemesterfrage ist nun so gelöst, daß es verlegt wird. Die in die Freikorps eintretenden Studenten werden jedenfalls nicht geschädigt. Geheimrat

Koch betont wiederholt, in welch exponierter Stellung er sich selber befände, und daß er dem Volksrat außerordentlich verdächtig sei. Nach der Art, wie er spricht, kann ich das allerdings voll und ganz verstehen. Ein vortrefflicher Mann, der uns unterstützt, wo immer er kann.“

Frohen Sinnes betrat ich die bis auf den letzten Platz besetzte Aula Leopoldina, empfangen vom Rektor und Professor Dr. Schott. Hier Auge in Auge mit der Jugend konnte ich alle Zweifel klären. Konnte ich sie bitten, gerade deshalb zu kommen, weil sie die den Grenzschutz zersetzenden Elemente mit dem Geiste des Wehrwillens erfüllen sollte. Traute meinen Augen nicht, standen da neben dem Rednerpult nicht das Zentralsoldatenratsmitglied Piorkowsky und Dr. Ollendorff vom Volksrat? Leuchtete nicht das rote Tuch dort auf dem Unterarme des Soldaten? Kontrollorgane! Ja, so bezeichnete sie doch das Kriegsministerium selbst. . . . „Prophete rechts, Prophete links, das Weltkind in der Mitten.“
So verlief auch diese so sorgfältig vorbereitete und mit Hoffnungen umgebene Versammlung ohne sonderlichen Erfolg. Politische Strömungen machten sich durch Scharren und Trampeln bemerkbar, es zeigte sich der Beginn jener Spaltung, die heutzutage längst vor aller Augen frei daliegt.

20. Januar 1919.

Die Vollversammlung der Studierenden der Technischen Hochschule hat beschlossen, für alle Felddienstfähigen die Technische Hochschule bis zum 1. Mai zu schließen. Die Universität macht zunächst noch Schwierigkeiten und vertagt nicht. Königsberg hat längst geschlossen. Aber eine sozialdemokratische Gruppe hat sich aufgetan, um ihre politischen Interessen an der Universität zu vertreten.

Bei den vielen Verhandlungen auch mit den Studentenausschüssen verblieben wir jetzt schließlich dabei, daß die Studenten wohl in Studentenkompagnien sich formieren ließen und geschlossen in den Grenzschutz gingen. Nicht aber wollten die Studierenden sich einzeln in die Truppe einreihen lassen. Damit aber scheiterte unser Wunsch, der gerade auf das Letztere stets hinausgelaufen war. Denn ein einzelner ordentlicher Kerl und Patriot kann einen ganzen Haufen mit seiner Gesinnung durchtränken.
Der Gedanke an Studentenkompagnien war innerhalb des General-Kommandos als nächstliegender aufgetaucht; er war aber zu völliger Hoffnungslosigkeit verdammt. In der Besorgnis vor derartigen Gebilden einte sich vom Volksrat über den Soldatenrat, von Philipp bis Voigt, alles, was Politik betrieb. Tauchte auch nur im entferntesten die Möglichkeit der Aufstellung derartiger Kompagnien auf, dann geriet auch der gesamte Garnisonsoldatenrat, einschließlich der Breslauer Sicherheitswehr, in Bewegung. Es kamen sofort die üblichen Proteste. Anfangs Dezember 1918 erschien auch ein Graf Schulenburg mit einem Studenten auf dem General-Kommando und

regte an, mit Hilfe der Universität den ganzen Soldatenrat und seinen Anhang davonzujagen. Die gutgemeinte Anregung mußte aber nur eine solche bleiben, weil Schulenburg und sein Begleiter etwas Positives nicht zur Verfügung stellen konnten.

So kam es denn schließlich auf Zeitfreiwilligen-Formationen heraus, argwöhnisch noch beobachtet von allem, was links dachte. Die Studenten aber hielten, was sie versprachen. Am Abend der ersten Besetzung Breslaus gegen spartakistische Machtgelüste, am 13. März 1919, rief Major v. Aulock, Kommandeur der Leibkürassiere, an, daß sich bereits 300 Studenten völlig ungerufen in der Kaserne eingefunden hätten. Abends sahen uns ihre begeisterten Gesichter aus Mannschaftsröcken an. Kapitänleutnant Koerner hatte alsbald die Aufstellung und Durcharbeitung der Zeitfreiwilligen-Organisationen übernommen. Aus ihnen entstanden später die Einwohnerwehren. Gegenliebe aber seitens der neuen Leute haben auch sie nicht gefunden.

Gleichzeitig mit dem Generalkommando erließ die „Freie Vereinigung zum Schutze Oberschlesiens“ (s. 23. 11. 18) in den Zeitungen einen ähnlichen Aufruf zur Verstärkung des Grenzschutzes. Das 2. Bataillon der 11. Grenadiere, das um Schoppinitz lag, erbot sich unmittelbar am Schluß dieses Aufrufes, etwaige Freiwillige sofort einzustellen. Dieses Bataillon eröffnete damit den Werbefeldzug in den Zeitungen, an dem sich schließlich ausnahmslos sämtliche in Schlesien stehende Formationen beteiligt haben.

Aber was auf diese Weise freiwillig zu den Waffen kam, war nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Gefahr des Poleneinfalles wuchs immer mehr, und in der Mitte des März rechneten wir stündlich auch mit dem Einbruch der Tschechen in die Grafschaft. Die großen Lazarette in den Heilbädern unter der Heuscheuer und dem Schneeberg wurden geräumt. Eulengebirge und die Paßhöhen bei Glatz waren besetzt, Fesselballons stiegen auf, alle Bahnverbindungen nach Süden waren unterbrochen, vier Fliegerabteilungen standen dort zur Verfügung. Konnten wir dieses schöne Land, das so friedlich hinter seinen Bergen ruhte, nicht halten, dann war auch Oberschlesien verloren.

So gingen wir die Kirche um Hilfe an. Versuchten dort, unsere Werbelisten nach dem Gottesdienste am Ausgang auslegen zu lassen und riefen von der Kanzel die Freiwilligen auf. Der Generalsuperintendent Nottebohm entsprach der Bitte des Generalkommandos, der fürstbischöfliche Stuhl aber verschloß sich uns, da er auch Diözesanen jenseits der Landesgrenze habe.

Alles half nichts, das heilige Feuer war erloschen, das Volk saß zu tief in eigener persönlicher Not. Schlesiens General-Kommando, das seit hundert Jahren mit der Provinz verwachsen war, griff zu seiner Verteidigung zum äußersten, es bereitete die Aushebung von fünfzehn Jahrgängen vor. Der Schlesier Philipp, Oberpräsident und auch noch immer Vorsitzender des Volksrates, widersetzte sich nicht dieser verhaßten Maßnahme. Und in Weimar verhandelte Hauptmann Graf Pückler mit Noske, Rein-

hardt und Ebert. Kam mit deren Zustimmung zurück, da wir zum Letzten entschlossen waren. Schließlich enthob uns Versailles der bitteren Kraftprobe.

Aber was das Volk uns in seiner Gesamtheit versagte, das gab uns wieder ein einzelner: der deutsche Offizier, der Leutnant. Er fand, daß die Aufrufe zur Bildung von Freiwilligenformationen gerade ihm auf den Leib geschnitten seien, und ging an die Arbeit. In Schlesien wurden am bekanntesten die Freikorps* Aulock, Paulssen und Kühme, und zwar deshalb, weil sie zuerst in Schlesien erschienen und am häufigsten an den Brennpunkten der Ereignisse eingesetzt wurden. Der Werdegang der Freikorps war im allgemeinen der, daß ein energischer Vorgesetzter innerhalb seiner Truppe sich an seine Leute wandte und ihnen die Idee des Freikorps nahebrachte. Die Jugend unter den Offizieren war es, die am meisten naturgemäß mit dem Musketier zusammengekommen war. Nun verpflichtete sie ihn sich. So waren es nicht die Freiwilligen aus dem ganzen Heere, die sich zusammenfanden, sondern die Stämme kamen aus der Division, der der Führer angehörte. Trotzdem war in Schlesien der erste Führer, der mit einem Freikorps erschien, ein Stabsoffizier, Major Humbert. Er stellte bei der 25. Landwehr-Division in Lörrach drei Kompagnien und eine Eskadron zusammen. Als der Major dann nördlich Breslau die Truppe siebte, blieb nur noch eine schwache Kompagnie übrig. Mit ihr hielt Major Humbert dann treue Wacht gegen die Polen bei Kempen, bis er persönlich wegen einer Verletzung ausscheiden mußte.

Aber auch sudetenländische Freiwilligen-Formationen standen auf schlesischem Boden. Um dem Druck durch die tschechischen Sokols zu entgehen, traten viele Deutsch-Böhmen über die nahe Grenze und formierten sich Anfang 1919 in zwei Bataillone. Das Bataillon Böhmerland stellte sich im Anschluß an das preußische Regiment 395 im Waldenburgischen auf, das Bataillon Sudetenland gliederte sich dem Regiment 23 um Neustadt OS. an. Ein Bericht über die „Österreicher" besagte: „Gegenüber den undisziplinierten, revolutionären, arbeits- und dienstscheuen reichsdeutschen Leuten bildeten die sogenannten Österreicher einen kleinen Stamm absolut zuverlässiger, pflichttreuer, guter Soldaten." Reichsdeutsche Soldatenräte machten sich später auch an diese Truppen heran und beschrieben hiermit ein neues Blatt in ihrer schandbaren Geschichte. Etwa 60 deutsch-österreichische Offiziere und 2600 Unteroffiziere und Mannschaften haben treue Wacht an unserer bedrohten Südwestgrenze gehalten (s. 18. Juni).

Die Freikorps nahmen bis zur Aufstellung der vorläufigen Reichswehr eine Sonderstellung im Heere ein, die zu einer gewissen Rivalität mit den Fronttruppen führte.

---

*) Es war beabsichtigt, diesem Buch eine Geschichte der Freikorps und der österreichisch-sudetenländischen Formationen, die 1918/20 in Schlesien gestanden haben, mit auf den Weg zu geben. Die bereits fertige Zusammenstellung aber muß leider einer besonderen Veröffentlichung vorbehalten bleiben, der Raummangel zwingt hierzu. S. auch Schwantes, Von Mollwitz bis Annaberg.

Denn die Felddivisionen hatten es ungleich schwerer, in Ordnung zu kommen, als diese Freiwilligenformationen, weil in den Divisionen von der Front her neben guten auch verseuchte und verseuchende Elemente mit nach Schlesien zurückgekehrt waren. Der Schilderung all dieser Schwierigkeiten innerhalb der 2. Garde-Division, der 11., 12. und 117. Infanterie-Division ist in diesen Blättern breiter Raum gewährt worden. Auf sie haben diese ältesten preußischen Truppenteile ein Anrecht, weil er ihr langsames Wiedererstarken erklärt und die Gründe würdigt.
Trotzdem aber verschiebt sich hierdurch nicht das Bild, welches die Taten der Freikorps so stark in den Vordergrund treten läßt. Die Freikorps bestanden fast ausschließlich aus jungen Leuten, die aus Liebe zum Waffenhandwerk und aus Vaterlandsliebe sich um ihre Führer scharten. In ihnen war für jene üblen Elemente, von denen soeben die Rede, natürlich kein Platz, sie hatten es also leichter. Daß das General-Kommando sich deshalb in erster Linie auf die Freikorps stützte, sein Augenmerk hauptsächlich auf deren Erstarkung auch an Zahl richtete, ergaben die Umstände von selbst. Als dann die Divisionen wieder schlagfertig geworden waren, blieb es trotzdem vielfach bei der Verwendung der Freiwilligenverbände an exponierten Stellen. Denn diese kleinen Detachements waren schnell marschfertig und als gemischte Detachements eingespielt und verwendungsbereit. Auf ihnen lag die Hauptlast bei den schwierigen, undankbaren innerpolitischen Zuständen.
Bei der Aufstellung der Reichswehr war zunächst daran gedacht worden, die Freikorps in je eine geschlossene Kompagnie zusammenzulegen und sie so zu erhalten. Für ihre Führer hat sich das General-Kommando besonders eingesetzt. Es erschien nicht richtig, sie ihrem bisherigen Leutnants- usw. Rang nach im neuen Heere einzuordnen, sie, die bisher ganze Detachements zusammengebracht und befehligt hatten. Der Reichswehrminister Noske hat sich dem Wunsche des General-Kommandos, ihm vorgeschlagene jüngere Offiziere in höheren Stellungen zu verwenden, nicht verschlossen. Die Durchführung scheiterte aber dann an der Rolle, die späterhin einige Freikorps bei ihrer Auflösung gespielt haben. Man warf nunmehr alles in einen Topf und kam damit auch der Auffassung entgegen, die sich innerhalb der regulären Truppenteile von der Erhaltung der Freikorps und der Sonderbehandlung ihrer Führer breit machte. Es wurde — nicht ohne mancherlei Berechtigung — gesagt, man könne nicht deshalb junge Offiziere nunmehr vorpatentieren, weil sie zufällig das Glück gehabt hätten, Freikorps um sich zu versammeln, die nur durch die Zeitverhältnisse besonders stark geworden seien. Trotzdem: Glück hat eben zumeist nur der Tüchtige, und Tüchtigkeit konnte diesen Männern niemand bestreiten. Der März des Jahres 1920 aber machte alle Aussichten, etwas für die Freikorps und ihre Offiziere zu tun, zuschanden. Gerade in diesen Tagen spielten die drei genannten Korps Kühme, Aulock und Paulssen die Haupt- und nicht immer glückliche Rolle. Hier hat ihnen zweifellos die Jugend ihrer Führer geschadet. Sie standen nunmehr nicht mehr über den politischen Verhältnissen, sondern stürzten sich in sie hinein und gingen in ihnen

unter. Nur das Freikorps Paulssen versuchte, sich außerhalb der politischen Ereignisse zu halten. Trotzdem fiel es der allgemeinen Stimmung, die nunmehr auf Auflösung dieser Verbände und Entlassung seiner Offiziere drängte, zum Opfer. Das General-Kommando selbst, jedenfalls soweit es die Person des Chefs anging, wurde von der Haltung der Freikorps Kühme und Aulock während der Kapptage überrascht. Während angenommen wurde, daß die Korps sich eng mit dem General-Kommando verbunden fühlten, wandten sie sich sofort gegen dieses und beraubten sich hierdurch ihres treuesten Freundes. Keiner der Führer dieser Korps ist in das neue Heer übernommen worden!

VI. KAPITEL

Wilson-Note wegen der Tschechei. Selbständiges Schlesien? Soldatenratswahl in Posen. Oberschlesienreise. Auflösung der Divisionen? Weihnachtsurlaub und sorgenvoller Jahresschluß.

12. Dezember 1918.

Am Dienstag (10. Dezember) war der Landrat v. Götz aus Waldenburg bei mir, um sich seinerseits über den Grenzschutz zu beschweren. Er äußert auch den Wunsch, daß nicht allzuviele Truppen an die Grenze geschickt würden. Diese Anregung wird mir dadurch verständlich, daß die Arbeiterschaft zusehen muß, wie die Soldaten für Herumlungern hoch bezahlt werden. Eine unmittelbare militärische Gefahr, soweit sie von Prag aus gegen uns bestünde, betrachtet der Landrat nicht als vorliegend, kann aber auch nicht bestreiten, daß einzelne Kommandierende tschechische Generäle auf eigene Faust handeln könnten. Die Soldatenratswirtschaft hat uns drüben militärisch außerordentlich geschadet, aber auch insofern genützt, als es heißt, wir seien vollkommen dem Bolschewismus verfallen. Mit den Berliner Zuständen zusammengehalten, ergibt sich ein Bild, das es allerdings den Tschechen im Augenblick unerwünscht erscheinen läßt, die Teile Schlesiens jetzt gewaltsam zu nehmen, die ihnen revolutionäre Bestrebungen ins eigene Land hineinschleppen würden. Der Landrat meint, daß auch aus diesem Grunde die Deutschböhmen im Augenblick nicht zu Schlesien wollten. Die Mitteilung vom Zegrost (Zentralgrenzschutz Ost), daß Wilson in einer Note vom 31. Oktober den Tschechen die Grafschaft und das Waldenburgische zugesprochen hätte, ist Herrn v. Götz bekannt. Er glaubt auch, daß derartige Abmachungen bestehen. Hauptgrund hierzu sind die reichen Kohlenschätze Waldenburgs gegenüber Tschechiens Kohlenarmut. Die ehemalige Zugehörigkeit der Grafschaft zu Böhmen soll keine ausschlaggebende Rolle spielen. Überdies bestünden drüben ganz übertriebene Ansichten von unseren Truppenmassen an der Grenze. Herrn v. Götz ist im Landratsamt in den ersten Novembertagen übel mitgespielt worden, und auch jetzt scheint er ziemlich im Hexenkessel zu sitzen.

Wohin man hört, wird jetzt die Frage der Selbständigmachung von Schlesien besprochen. Während man erst nur an ein autonomes Oberschlesien dachte, eventuell mit einer selbständigen kirchlichen Verwaltung, einem eigenen Bistum, will man jetzt einen ganzen Freistaat Schlesien gründen, um von Berlin loszukommen. Am meisten Unterstützung findet der Gedanke durch das Toben von Adolf Hoffmann und durch die Unsicherheit, die über die Wahlen zur Nationalversammlung besteht.

Dabei bedenken die Politiker nicht, welche Schwierigkeiten uns Militärs entstünden. Gegen Kohlen lassen sich wohl Lebensmittel eintauschen, aber Waffen und Munition für ein großes schlesisches Volksheer sind nicht so ohne weiteres aus dem Boden gestampft. Die Truppen an sich bestehen auch nur zum kleinen Teil aus Schlesiern. Ob die anderen in einem selbständigen Schlesien noch weiter Dienst tun wollen, ist vollkommen fraglich. Ein Teil des Offizierkorps wird wohl bleiben aus Erbitterung gegen Berlin.

Dem Gedanken eines selbständigen Schlesien lagen zwei Gründe unter: ein innerpolitischer und ein außenpolitischer. Der erstere zielte ganz allein auf Berlin ab. In der Hauptstadt war es bereits zu einer weithin sichtbaren Spannung zwischen den sechs Volksbeauftragten gekommen, die schließlich zum Ausscheiden der drei Unabhängigen führte. Die immer stärker um sich greifende revolutionäre Bewegung, die sich alsbald in Kämpfen auf dem Berliner Pflaster austobte, ließ die Sozialdemokratie mit immer größerem Verlust ihres eigenen Anhanges rechnen; in den trüben Wässern ihrer Revolution sah sie nun die Felle fortschwimmen. Wurde aber jetzt sogleich gewählt, konnte noch stärkste Wahlbeeinflussung und Stimmenfang im Heere betrieben werden, so war damit zu rechnen, daß die alte Sozialdemokratie in der neuen gesetzgebenden Versammlung von ausschlaggebendem Einfluß sein würde. Die vorgeschobenen idealen Motive der Volksbefragung, wie sie wohl der Volksbeauftragte Ebert vertrat, sind sicherlich bei dem größten Teil der revolutionären Gewalthaber hinter krassesten Parteiinteressen zurückgetreten; und zur Erreichung eines baldigen Entschlusses der Regierung, die Wahlen festzusetzen, erschien auch die Drohung mit dem selbständigen Schlesien erwünscht.

Wie dann die Soldatenräte den an sich reinen und edlen Gedanken der freien Wahl in sein Gegenteil verkehrten, wie sie lediglich der Sozialdemokratie zu Sitz und Stimme verhalfen, werden wir an anderer Stelle (4. Januar 1919) sehen.

Aber auch sonst reagierte innerpolitisch Schlesien besonders auf Berlin, das jetzt Preußen bedeutete. Wenn Adolf Hoffmann zum preußischen Bevollmächtigten zum Bundesrat ernannt wurde, wenn er als preußischer Kultusminister für die „gradlinige Ausbreitung der Kulturinteressen sorgen“ sollte, auf die Trennung von Staat und Kirche hindrängte, wenn Ledebour in Gleiwitz ebenso nur dieses Thema behandelte, dann fand der Lostrennungsgedanke auch in katholischen und gerade oberschlesischen Kreisen stets neue Nahrung. Man erinnere sich, daß die katholische Geistlichkeit, der Zeiten Wandel zum Trotz, in Oberschlesien immer eine ganz besondere Rolle gespielt hat. An ihr achtlos vorbeizugehen, konnte sich erst recht die unabhängige sozialdemokratische schwache Revolutionsregierung nicht leisten.

Außenpolitisch brachte den Gedanken der Selbständigmachung Schlesiens am schärfsten der erste Friedensvertragsentwurf Mai 1919 wieder aufs Tapet. In ihm war Oberschlesien völlig ohne jegliche Abstimmung den Polen zugesprochen worden. Die

Parolen: Oststaat — Bundesstaat — Republik Schlesien — Freistaat Oberschlesien — Kohlenstaat Oberschlesien — Oberschlesien den Oberschlesiern — Provinzial-Autonomie — wechselten je nach der politischen Lage, den jeweiligen Möglichkeiten und auch den persönlichen Vorteilen, die sich die einzelnen von solchen Staatsgebilden versprachen. Bei der eigenen militärischen Schwäche glaubte man auch das oft in bedrohliche Nähe gerückte Verschlucktwerden Schlesiens am ehesten durch ein Selbständigmachen zu verhindern. Zum Glück für uns alle ist Schlesien bei Preußen geblieben, wenn auch — als kleineres Übel (s. 2. 7. 1919) — in zwei Provinzen geteilt.

13.Dezember.

Der Stadtrat Dr. Wagner wird einstimmig zum Oberbürgermeister gewählt, vorher war er schon zweiter Bürgermeister von Jena, ist aber seit gut zehn Jahren schon hier Stadtrat. Ein frischer Mann, mit der nötigen Energie, mit dem ich sicher gut auskommen werde.

Das Arbeiten auf dem Büro ist zur Aussichtslosigkeit verdammt. Das Pflichtgefühl hält einen bei der Stange, viel heraus kommt dabei nicht. Wird irgend etwas befohlen, dann suchen es die Soldatenräte außer Kraft zu setzen, und das Feilschen beginnt. Der Soldat streicht im Grenzschutz fast nur sein Geld ein und damit Holla. Kaum einer rührt sich oder tut was. Die Monturen und Waffen werden verkauft und dann als gestohlen neu angefordert; es ist geradezu viehisch.

Die Oberste Heeresleitung teilt mit, daß das Militärkabinett von jetzt ab den Namen Personalamt trüge.

14. Dezember.

Rechter Spektakel in Oels. Dort sind die 6. Jäger wieder eingezogen, Leutnant von Heydebreck holt die rote Fahne vom Bahnhof, die dort die Soldatenräte aufgesteckt haben. Jetzt drohen die Eisenbahnwerkstätten, die Arbeit niederzulegen, und der Gefreite Eggers hier vom Soldatenrat legt der Sache großen Wert bei. Ich kann ihm nur sagen, daß tatsächlich das General-Kommando sich nicht in derartige örtliche Angelegenheiten mischen könne; vermutlich hätte man sich an Ort und Stelle bereits längstens geeinigt; wir wollen abwarten, ob wir noch mehr davon hören.

Die Polen in der Provinz Posen werden immer dreister und beginnen bereits als Druckmittel mit der Verweigerung der Lebensmittelzufuhr nach Berlin. Als Grund für die Erregung wird die Aufstellung des Zentralgrenzschutzes Ost (Zegrost) angeführt. Man erkennt deutlich die Richtung, in der sich die Angelegenheit bewegt. Zum angeblichen Schutz der Provinz will man keine anderen als einheimische Truppen dulden, um so die Militärgewalt vollkommen in eigene, polnische Hände zu bringen. Inzwischen hat sich in Posen ein deutscher Provinzialrat gebildet, der dort im Zoologischen Garten tagt. In den nächsten Tagen wird in Posen eine Sitzung der Sol-

datenräte des aktiven V. Korps stattfinden, von der sich der hiesige Soldatenrat einen Umschwung zugunsten des Deutschtums verspricht.

Dieser Umschwung trat nicht ein; im Gegenteil, der Zentralsoldatenrat für den Bereich des V. Armee-Korps wurde am 15. Dezember in Posen völlig paritätisch, deutsch-polnisch, gewählt. Es waren über 200 Soldaten und Arbeiter erschienen, und bald schon wurde klar, daß die Gewalt an die Polen überging. Denn als zunächst ein Antrag eingebracht wurde, daß in dem Zentralsoldatenrat 8 Deutsche und 7 Polen sitzen sollten, drohten die Polen, den Saal zu verlassen, „wir Polen lassen uns nicht majorisieren!"; darauf fielen die Deutschen um, und der Rat setzte sich aus 16 Mitgliedern zusammen.
Hier auch unterlagen die Deutschen mit ihren Phrasen dem Nationalismus der Polen. Der Vertreter der 47er rief erregt aus: „Wir polnischen Sozialisten bleiben immer Polen!" Die Deutschen erwiderten: „Ob Polen oder Preußen, für uns alle hat der Grundsatz Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit zu gelten!" Über diesen Grundsatz wurden wir alsbald die deutsche Provinz Posen los.
Die Entwicklung der Soldatenräte in der Provinz Posen war alsbald die, daß die deutschen Truppen immer mehr aus der Provinz Posen verschwanden, und dadurch die Deutschen ihre Parität sehr bald völlig einbüßten. Auch zeigte sich bereits in der Gründungsversammlung das geschickte Vorgehen der Polen. Sie wählten Offiziere und gebildete Leute in die Räte, die selbstverständlich den preußischen Phrasendrescher und Nur-Revolutionär an die Wand quetschten.

15. Dezember.

Aus Sosnowice läuft eine Beschwerde der dortigen Kreisverwaltung ein, daß fortwährend Durchzüge von russischen Kriegsgefangenen stattfinden, die ohne Stiefel, ohne jede Mittel und ohne ausreichende Bekleidung aus deutschen Gefangenenlagern entlaufen sind. Bei uns kommt nur Lamsdorf in Frage, in dem etwa 10—12 000 Russen interniert sind. Unsere Truppen sympathisieren zweifellos mit ihnen und lassen sie ungehindert ihre Straße ziehen.
Mit dem größeren Freiwerden der tschechischen Truppen wächst auch die Gefahr einer gewaltsamen Lostrennung der Grafschaft. Bis zum 20. können zwei tschechische Divisionen aus Italien um Prag versammelt sein. Seit dem 6. d. Mts. fahren 60 Züge zu je 80 Achsen über die Linie Toblach—Villach—Gaisbach—Budweis. Alles in voller Ausrüstung und Bewaffnung, begleitet von italienischen Offizieren. Die Regimenter sind 31 und 34, das wäre die 6. Division.
Unsere 12. Division, in der es sich der Soldatenrat Roetscher aus Neisse nach wie vor angelegen sein läßt, aufklärend zu wirken — obwohl er lediglich Garnisonsoldatenrat ist — wollen wir nun nach Ottmachau—Ziegenhals—Neustadt verlegen. Sie steht dann an dem Einsatzpunkt der Grafschaft, und wir rechnen damit, daß, wenn der Tscheche versuchen wird, die Zange einzusetzen und die Grafschaft abzukneifen

5*

er es selbstverständlich an diesem Punkte tun wird. Dann steht hier wenigstens etwas bereit. Vor den anderen Teil der Zange ist die Brigade zur besonderen Verwendung 5 bei Liebau aufgestellt, bereit, im ersten Augenblick davonzulaufen. Ein einzelner Mann wie dieser Sengen ist imstande, durch seine Meutereien tatsächlich ganze Landesteile zu gefährden. (s. S. 47.)

Die Lage in Oberschlesien ist nach Polen hin jetzt weniger bedrohlich, da die Kongreßpolen noch genug mit sich selbst zu tun haben. Dagegen sieht es in Oberschlesien im Innern übel aus. Garnisonsoldatenräte, Volkswehrbataillone, Arbeiter- und Volksräte regieren durcheinander und erschweren der 117. Division sehr, sich wieder in Ordnung zu bringen.

Gestern wurde endgültig auch das Stellvertretende General-Kommando übernommen. Dem Stellvertretenden Kommandierenden General, Freiherrn v. Egloffstein, kam ich erst sehr allmählich näher; die Trennung von ihm ist mir dann doch recht schwer geworden.

18. Dezember.

Fahrt über Ohlau—Brieg nach Halbendorf bei Oppeln. In Brieg werden wir an der Brücke in lümmelhafter Weise im Auto von zwei Unteroffizieren, die ihr Gewehr verkehrt umgehängt haben, auf unsere Ausweise kontrolliert. Diese Hüter der Revolution haben die Hände in den Manteltaschen stecken, erweisen nicht die geringste Ehrenbezeugung. Auch unterwegs hat uns kein Mensch gegrüßt, hingegen gab es genug feindliche Blicke, auch vom Zivil.

In Halbendorf besuchen wir General Freiherrn v. Brandenstein, Kommandeur der Brigade zur besonderen Verwendung 6, der hier mit seinem Generalstabsoffizier, Hauptmann v. Wietersheim, liegt. Die Besitzerin des Gutes, Fräulein v. Eynern, fragt mich, ob ich glaube, daß eine Möglichkeit bestünde, daß ihr vermißter Bruder, Rittmeister bei den 1. Gardedragonern, noch zurückkäme. Wietersheim hatte mir schon gesagt, wie furchtbar die Schwester unter der Ungewißheit litte.

Das Thema beim Stabe: was mit einer Truppe anfangen, die nicht gehorcht?

Dann zur 2. Garde-Division, Abschnitt Ost, nach Oppeln. Kommandeur, Generalleutnant v. Friedeburg, Generalstabsoffizier Major von Vethacke, klagen über Indisziplin innerhalb der Regimenter, die von den Berliner Ersatzbataillonen besonders verseucht würden. Regiment Alexander soll in drei Kompagnien und eine Maschinengewehr-Kompagnie umformiert werden.

In Gleiwitz zur 117. Infanterie-Division, die General Hoefer kommandiert, ein besonders energisch aussehender General mit nur einem Arm. Einer der vier Regimentskommandeure des deutschen Heeres, die das Eichenlaub zum Pour le mérite erhielten. Die Besprechung findet im Lichtspielhaus statt, zugegen ist auch General Stockmann, Kommandeur der Stellvertretenden 23. Infanteriebrigade, der zunächst allein die Soldatenratswirtschaft bei den Ersatzbataillonen in Oberschlesien auszubaden hatte. Überlegung mit General Hoefer, die aktiven Divisionen vollkommen aufzulösen,

nur das Offizierkorps zurückzubehalten und durch freiwillige Werbung vollkommen neue Formationen aufzustellen. So viel Einleuchtendes dieser Gedanke hat, so scheitert seine Ausführung an manchen Unmöglichkeiten.

Bei der Fliegerabteilung B spreche ich den Rittmeister Dernen von Ulanen 14, der die Abteilung führt. Er sagt mir, von den 100 Mannschaften wären allerhöchstens 40 bereit, Dienst zu tun; alle übrigen seien lediglich Gehaltsempfänger, trieben sich in der Stadt herum und lehnten jede Art Dienst ab.

Sämtliche Fliegerformationen bereiteten zu Beginn der Revolution ganz besonders große Schwierigkeiten. Bei dem Polenaufstand August 1919 aber machten sie ihrem Kriegsruhm wieder die alte Ehre und leisteten Hervorragendes in der Aufklärung.

19. Dezember. — Gleiwitz.

In der Schlesischen Zeitung lese ich, daß der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin, der jetzt gerade tagt, den Offizier abgeschafft hat. Es gibt nur noch „Führer". Rangabzeichen, Säbel, Orden, Adel fallen fort. Es läuft alles darauf hinaus, daß man glaubt, uns jetzt nach Durchführung der Demobilmachung entbehren zu können. Ein Volksheer mit selbstgewählten Führern denkt man also tatsächlich schlagfertig aufstellen zu können; 6 Stunden soll gehorcht, 18 Stunden geduzt werden. Kampflos aber werden wir vor den Berliner Hassern und ihren Verfügungen hier in Schlesien nicht das Feld räumen.

Nach Rybnik zum Landratsamt. Dort fungiert jetzt der bisherige Bürgermeister Lukaschek. Dann über Loslau, Sorau, Tichau, Kattowitz, Beuthen nach Königshütte. Auf dieser Reise ergibt sich klar und eindeutig, daß sich in Oberschlesien bolschewistische Umtriebe vorbereiten, und wir auf einem Vulkan tanzen. Besonders die Besprechungen bei der Berginspektion in Königshütte und mit dem Bürgermeister in Beuthen gaben ein trauriges Bild über die Zustände auch innerhalb der Bevölkerung. Die Soldateska der Volkswehr- und Ersatzbataillone ist jederzeit bereit, mit dem Bolschewismus gemeinsame Sache zu machen. Das wird für die Tschechen und Polen der Augenblick sein, bei uns einzufallen, um uns das wichtigste Kohlenrevier zu entreißen. Was das heißt, wissen nur die Fachleute und die Deutschen in Oberschlesien, und ich fürchte, bald tritt dieser Zeitpunkt ein.

In Kattowitz hat der Berg- und Hüttenmännische Verein in den ersten Revolutionstagen dem Ersatzbataillon 51, dessen Soldatenrat dort erschien, 50 000 Mark „für den Grenzschutz" zur Verfügung gestellt. Das Bataillon führt ein „Soldatenrats-Leutnant".

20. Dezember.

Über Tarnowitz nach Lublinitz. Überall dieselben Klagen der hier liegenden Garde über die Berliner Ersatzbataillone und ihre Soldatenräte, die dauernd von Berlin aus in Verbindung nach hier stehen.

Weiter von Lublinitz nach Rosenberg. Eine wundervolle Fahrt durch den verschneiten Tannenwald! Ganz still die Chaussee, auf der uns in diesen unruhigen Zeiten kein Mensch begegnet. In Kreuzburg der Kommandeur von Augusta, Major Freiherr v. Schleinitz; er sagt, daß an Exerzieren überhaupt nicht zu denken sei, evtl. erst Mitte Januar wieder. Augusta-Garde aber war doch unser Paradepferd von der Transportbewegung her, das einzige Regiment, das noch halbwegs in Ordnung war! Der Landrat Brauweiler, ein jugendlicher, sehr lebhafter Herr, meint, daß ein derartiger Zusammenbruch nicht möglich gewesen wäre, wenn das Offizierkorps sich dem energischer widersetzt hätte. Da mich diese Äußerung in Erstaunen setzt, frage ich ihn, was er denn davon gesehen hätte, und der Landrat schildert nun den Rückmarsch eines Teiles der Besatzungstruppen des General-Gouvernements Warschau durch seinen Kreis. Das Bild, das der Landrat entrollt, ist allerdings erschütternd. In Konstadt Besprechung mit Exzellenz von Friedeburg. Der General holt hier Major v. Vethacke ab, der uns bis dahin begleitet hat. Der Landrat des Kreises sieht die polnische Frage ruhig an; es ist eigentümlich, wie die alte Landesgrenze bei Siemianowice auch die Sprachgrenze bildet.
Über Namslau—Bernstadt—Oels nach Breslau zurück. Alles verschlafene Landstädtchen der 8. Dragoner, die jetzt genau so niederträchtig verseucht sind wie alle anderen.

21. Dezember.

Befehl vom Kriegsministerium, die über den Bereich des VI. Armee-Korps zurückkehrenden Truppen der Armee Mackensen, der Kaukasus-Armee, der Schwarzen-Meer-Flotte, die Truppen aus Mazedonien und Mesopotamien neu einzukleiden. Auch die 9. und 10. Division vom General-Kommando V Posen sollen in Schlesien demobil machen.

22. Dezember.

Assessor Dr. Ollendorff erweist sich als brauchbares Sprachrohr von uns zum Volksrat. Er erscheint mit dem Stadtrat Prescher; die Herren wollen über unsere Reiseeindrücke in Oberschlesien hören. Die Ersatzbataillone und die Volkswehren verseuchen die Grenzschutztruppen der 117. Division vollkommen. Die 117. Division kam noch verhältnismäßig gut in ihren Unterkunftsräumen um Cosel—Ratibor an. Seitdem sie um Gleiwitz liegt, hat sich ihre Disziplin genau so gelockert wie die der 2. Garde- und der 12. Infanterie-Division. General Hoefer sah infolgedessen die Lage in Oberschlesien für verzweifelt an. Es ist kein Gedanke daran, daß diese Divisionen auch nur einen nennenswerten Widerstand gegen einen polnischen Angriff leisten werden. In erster Linie muß die neue Bestimmung fallen, nach der Arbeitslose nicht entlassen werden dürfen. So drückt sich alles herum und denkt auch nicht daran, sich nach Arbeit umzutun; wir sind lediglich eine Versorgungsanstalt. Zum

15. Januar 1919 muß alles verschwinden, außer den Jahrgängen 96/99. Denn gerade unter den älteren Jahrgängen, bis zu den ältesten Landsturmmännern hinauf, ist die Zersetzung besonders weit vorgeschritten. Die ältesten Leute beeinflussen die jüngeren höchst übel im Sinne von Indisziplin. Der Soldatenrat des hiesigen Bekleidungsamtes telegraphierte dem Kriegsministerium: „Das General-Kommando beseitigt im Derbytempo die aktiven Revolutionäre, die Jahrgänge 1870/1895, die Hauptstützen der Revolutionsregierung".

Die Herren vom Volksrat sind schon orientiert über die Forderungen des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin. Der Stadtrat Prescher sowohl wie Assessor Dr. Ollendorff scheinen mir nicht gedient zu haben, doch haben sie selbstredend volles Verständnis dafür, daß kein ehrliebender Offizier diese schamlosen Forderungen des Kongresses annehmen kann. Prescher sagt zu, sich mit Ollendorff dafür einsetzen zu wollen, daß, falls Berlin unter dem Druck der Straße jene Punkte in Kraft setzt, sie durch eine Proklamation des Volksrates mit dem Zentralsoldatenrat für Schlesien für ungültig erklärt werden. Bei dem Einfluß, den die beiden Herren im Volksrat haben, ist es nicht zweifelhaft, daß die Forderung durchgeht. Die Herren sind sich darüber klar, daß ohne Offiziere der Grenzschutz nicht einen Tag möglich ist. Sie sind über die Zustände im Grenzschutz und besonders auch in Oberschlesien durch ihre Organe bereits gut orientiert; auch haben die Klagen des Landrats von Götz aus Waldenburg ihnen über die Tschechenfront die Augen geöffnet.

23. Dezember.

Urlaub nach Königswinter. Im Schneckentempo erreiche ich abends Kassel, wo aber keine fahrtbereite Lokomotive mehr vorhanden ist. Schließlich geht es dann in den ersten Morgenstunden über Marburg nach Wetzlar weiter.

24. Dezember.

In Wetzlar ging ich zunächst zu dem Armee-Oberkommando 3 (s. S. 55). Nachmittags fahre ich nach Eitdorf weiter, um dort zu Fuß über das Siebengebirge nach Königswinter zu gelangen. Der Zug ist überfüllt, und ohne Licht geht es langsam durch die verschneiten Täler, das Siegtal hinunter. In unserem Abteil bricht sich Weihnachtsstimmung durch, ein sehr musikalischer Soldat beginnt „Stille Nacht, heilige Nacht". Neben mir, gleich mir auf seinem Gepäck sitzend, weint ein alter Eisenbahnbeamter und sagt zu einem Soldaten: „Konntet Ihr denn nicht noch ein halbes Jahr aushalten?" Was alles liegt in dieser Frage! Wenn man die Soldaten hört so wie ich, der in Zivil mit ihnen zusammensitzt, dann müßte man alle Hoffnung aufgeben. Diese hier — Jahrgang 98/99 — erklären: „Wir sind bis zum 5. Januar 1919 beurlaubt, aber Dienst gibt es auch dann nicht mehr!" Alles ist rettungslos verseucht.

In Merten steige ich aus und erreiche gegen Mitternacht das Haus meines früheren

Burschen von 1897/98, Matthias Naas, bei Uckerath im Westerwald. Als ich eintrete, ist die Familie dabei, den Christbaum zu schmücken . . .
Ein denkwürdiger Heiliger Abend, der erste wieder nach vier Jahren auf deutschem Boden, wenngleich ich mir nicht träumen ließ, daß ich wie der Dieb in der Nacht über Land schleichen müßte, um unerlaubt die neutrale Zone auf dem rechten Rheinufer zu betreten. Hier traf ich in Königswinter im Hotel Mattern Frau und Kinder, die aus dem besetzten Gebiet herübergekommen waren.

28. Dezember.

Rückmarsch über das Siebengebirge bis zur Siegtalbahn, abends in Kassel, wo wieder keine Lokomotive zu haben ist. In Gießen fährt gerade ein Zug von Frankfurt ein. Ein merkwürdiges Bild, denn auf den Trittbrettern stehen die Soldaten; der Wind reißt an ihren Mänteln, so daß längs des ganzen Zuges ein Flattern ist. Auf Koblenz zu fährt ein endloser Zug mit nagelneuen Lastkraftwagen, die an die Entente abgeliefert werden müssen.
Auf der Weiterfahrt im Abteil, nur mit Soldaten, hört man vielerlei aus der letzten Vergangenheit und über die jetzigen Zustände. Von den älteren aktiven Offizieren wird gut gesprochen, über die Verpflegung ist man erbittert. Enorme Lügen werden erzählt, so handgreiflich, daß nur das deutsche kindliche Gemüt sie zu fassen vermag, sie werden geglaubt. Ein Soldat mit roter Binde „Revisor des Kriegsministeriums“ berichtet, daß in Sprottau noch 60 Leichen von Gefangenen herumgelegen hätten, er habe erst anordnen müssen, sie zu beerdigen. Ein Eisenbahner aus Belgien erzählt, sein Leutnant habe zwei Lokomotiven für 65 000 Mark an die Belgier verkauft, ein hoher Offizier habe an dem ihm unterstellten Verpflegungsdepot 20 Millionen verdient. Keiner der Zuhörer rechnet diese Summe nach oder beanstandet überhaupt den unmöglichen Vorgang im Feindesland. Dazwischen berichtet ein Krieger aus Oberschlesien freudestrahlend, daß die Eltern sechs Ferkel gezogen hätten, fürs Stück würden 135 Mark gezahlt; er dünkt sich nunmehr ein Krösus.
Meine Absicht über Berlin zu fahren, habe ich aufgegeben, da ich keine Möglichkeit sehe, von Kassel dorthin zu kommen. Der Grenzschutz West soll aufgehoben sein. Die Divisionen drängen nach Hause, daher die vollkommene Verstopfung der Bahnen.

29. Dezember. Breslau.

Der Volksbeauftragte Landsberg und der Preußische Minister Hirsch sind eingetroffen. Der Volksrat kann an den Autonomiebestrebungen Oberschlesiens nicht mehr vorbeigehen.

30. Dezember.

In Posen hat sich die Sache so entwickelt, wie wir es seit den letzten vier Wochen täglich dem Grenzschutz Ost gemeldet haben; daß die Provinz Posen sang- und klang-

los in den Besitz der Kongreßpolen übergehen würde. Gestern soll es zu Schießereien in der Festung Posen selbst gekommen sein, und diese sich nunmehr in polnischer Hand befinden. Die Würfel über diese preußische Provinz sind also nun endgültig gefallen. Wir können nach Scheitern des Besetzungsversuches durch die Kavallerie-Division Heuduck (s. S. 44) zunächst so lange nichts Offensives mehr unternehmen, bis wir die Truppen wieder in der Hand haben. Diese Vorgänge in der Division wird das General-Kommando im Volksrat zum Anlaß nehmen, um erneut auf die unterwühlende und zersetzende Tätigkeit der Soldatenräte hinzuweisen.

31. Dezember.

Gestern war Oberstleutnant von dem Hagen noch in eine Versammlung des Zentralsoldatenrates geholt worden, in der er sich dazu äußern sollte, wie wir Offiziere uns zu einer sozialistischen Republik Schlesien stellen würden. Das Wort führte der Gefreite Frey von der Kommandantur, hinter dem das Volkswehrbataillon Breslau in Stärke von einigen hundert Mann steht. Oberstleutnant von dem Hagen erklärte dem Gefreiten, daß es für uns nicht mit der Ausrufung einer sozialistischen Republik Schlesien getan sei, von der Frey gemeint habe, daß sie sehr bald nötig werden könnte. Für uns sprächen außer politischen in erster Linie militärische Fragen mit, nämlich der Nachschub an Munition, an Waffen und auch an Menschen. Erstaunliche Ansichten sind geäußert worden über die Verteidigung von Breslau gegen Spartakus. Ein Besetzungsplan existiert nicht, sondern alles soll improvisiert werden. Auf die Mitwirkung von Offizieren wird verzichtet.

Ich halte es immerhin für möglich, daß der Silvestertag dazu benutzt wird, in Breslau irgendwelche Saltos zu schlagen. Matrosen sieht man genügend herumlaufen, und Liebknecht und Barth werden erwartet.

Von dem aufzulösenden Breslauer Landwehr-Infanterieregiment 10 sollen vom 2. Bataillon 200 Mann der Jahrgänge 96/99 zur Brigade Brandenstein nach Glatz in Marsch gesetzt werden. Die Leute der 2. Kompagnie weigern sich schlankweg, trotz wiederholter Befehle, zu fahren, da sie erst Urlaub verlangen. Jetzt fragt das Bataillon bei uns an, wie es sich verhalten soll. Daß wir auf dem Abtransport bestehen, ist selbstverständlich, aber auch, daß die Leute nicht fahren.

Auf der Kommandantur Besprechung; die Herren des Garnison-Soldatenrates wollen mir für heute und morgen den Schutz der Stadt übertragen. Es sollen mehrere Züge mit je 50 Matrosen hier unbemerkt eingetroffen sein. Geplant ist selbstverständlich Besetzung des General-Kommandos, der Kommandantur, der Regierungsgebäude und des Soldatenrates. Ich bin der älteste Offizier des General-Kommandos, da der Kommandierende General, Exzellenz von dem Borne, mit dem Chef nach Gleiwitz gefahren ist, wo eine Besprechung mit dem Minister Hirsch, Gewerkschaftssekretären und Volksratsmitgliedern stattfinden soll. Nachdem gestern die Sicherheitswehr noch alles allein machen wollte, sollen wir sechs Stunden vor Toresschluß Anordnungen

treffen für Formationen, die Offiziere als Vorgesetzte nicht anerkennen. Auch unter der Zivilbevölkerung erhebliche Aufregung. Der Wirt Schuster des Monopolhotels ist in großer Sorge. Das vorausbestellte Essen zum Silvesterabend ist von den meisten wieder abgesagt worden. Soldatenrat ruft an, daß Liebknecht tatsächlich eingetroffen ist. Inzwischen beginnt es zu regnen, was lindernd auf die Betätigung etwaiger freiheitlicher Gefühle wirkt. Als ich um 2½ Uhr mein Büro verlasse, ist allerdings noch ziemlicher Lärm in der Stadt.

Ich höre, daß der Kriegsminister erklärt habe, es solle jeder, der könne, den Abschied nehmen. Auch empfiehlt das Ministerium den Offizieren, Zivil zu tragen, um nicht insultiert zu werden.

Die Volkswacht, das Blatt Löbes, deutet unter „Republik Schlesien" verschämt allerhand Möglichkeiten an, wie man vielleicht aus dem Berliner Tohuwabohu herauskommen könnte, das seine eigenen Genossen dort mit dem 9. November zusammengerührt haben. Minister Hirsch will sich für ein „Selbstbestimmungsrecht Schlesiens" einsetzen. Gegen Angriffe von außen soll Widerstand geleistet werden, den gerade die Volkswacht durch ihre Anwürfe gegen das Offizierkorps am nachdrücklichsten sabotiert.

VII. KAPITEL

Versprechungen an Oberschlesien. Der Meldekopf Kattowitz, unsere Todfeinde, die Soldatenräte vor unserem Wagen. Otto Hörsing. Die Wahl zur Nationalversammlung.

1919.

2. Januar.

Der Provinzialvolksausschuß, zu dem Hirsch und Landsberg anwesend waren, hat sich dann auch mit dem verstärkten militärischen Schutz von Schlesien befaßt. Die Breslauer wollten erneut die zuständige Stelle darauf hinweisen, daß mehr als bisher geschehen müsse. Was aber soll aus Berlin wohl noch Gutes kommen? Die Werbung unter den Offizieren ist nicht nötig, denn die gehen schon von selbst dorthin, wo man versucht, sie noch einigermaßen zu achten. Die Arbeitslosen aber, die man uns schickt, sind für den Grenzschutz gänzlich wertlos. Mit regulären Formationen ist noch nichts zu wollen, wir können nur auf die Freikorps hinaus kommen.

Provinzialpolitisch hat man den Oberschlesiern allerhand Mögliches versprochen, eine eigene Delegation des bischöflichen Stuhles in Oberschlesien, einen oberschlesischen Kommissar für oberschlesische Wünsche beim Oberpräsidenten von Guenther, Betonung der Unantastbarkeit der Kirche in religiöser, politischer und wirtschaftlicher Beziehung. Gegen eine Republik „Oberschlesien" oder Republik „Schlesien" hat man sich allgemein ausgesprochen.

3. Januar.

Der Kommandierende General, Exzellenz v. dem Borne, hat gestern im Volksrat mit den Herren dort Fühlung genommen. Schade, daß er die einzelnen Persönlichkeiten nicht kannte, mit denen er gesprochen hat. Außer Prescher, Voigt und Oberbürgermeister Dr. Wagner konnte er mir die Namen der versammelten Herren nicht nennen. Die Gesellschaft habe sich in zwei Teile geteilt: Ängstliche und solche, die mit ihm hatten gehen wollen; zu letzteren hatten Voigt und der Oberbürgermeister gehört. Im Wesentlichen habe man über die Fassung eines Aufrufes in der Provinz zur Heranziehung von Freiwilligen gesprochen. Auf der einen Seite habe man Bedenken gehabt, die Gefahr so zu schildern, wie sie sei, um nicht zu beunruhigen, während ganz besonders Wagner und Voigt sich der militärischen Ansicht angeschlossen hätten,

daß man die Schlesier endlich wecken solle. Ich frage den Kommandierenden, wie sich denn Voigt zur Werbung auf der Universität und zur Entlassung der alten Jahrgänge gestellt habe. Der Kommandierende General erwidert, daran habe Voigt nicht herangewollt. Voigt will organisierte Sozialdemokraten im Heere behalten und fürchtet die Begeisterungsfähigkeit der Jugend, die dem Offizierkorps alsbald wieder folgen würde.

Polizeipräsident Schwendy aus Kattowitz erscheint und erklärt, daß die innere Polengefahr in Oberschlesien bereits ganz erheblich sei. Das glauben wir schon lange, und so habe ich ja auch den Eindruck unserer Dezemberreise mit Voigt und Prescher besprochen. Der Polizeipräsident klagt entsetzlich über den Grenzschutz, der sich, was die beiden Divisionen anbelange (117. Infanterie-Division und 2. Garde-Division), durch die Ersatz- und Volkswehrbataillone völlig spartakistisch auflöse. Die Deutschen in Oberschlesien verlören allmählich den Kopf. Im hiesigen Volksrat will Schwendy den Eindruck gewonnen haben, daß Voigt für den Belagerungszustand zu haben sei, beeindruckt durch seine üblen Erlebnisse in Königshütte.

Hier waren die 11. Reservejäger des Hauptmanns v. Chappuis von bolschewistischen Elementen angefallen worden. Dies Bataillon hatte zur Erholung nach Palästina in Neuhammer gelegen und war dann nach Oberschlesien abtransportiert worden. Bei der Berginspektion hatte es Tote gegeben. Wenngleich die 117. Infanterie - Division (Gleiwitz) bereit war, von sich aus militärische Hilfe bei Unruhen sofort anzuordnen, so schien es doch geboten, derartige Maßnahmen mehr an sich herantreten zu lassen. Es entstand infolgedessen bei der 117. Infanterie-Division der durchaus berechtigte und begreifliche Wunsch, in Oberschlesien einen Meldekopf einzurichten. An diesem sollten auch orientierte Gewerkschaftler teilnehmen; durch diesen Meldekopf würde dann nach gemeinschaftlicher Beratung die militärische Hilfe von Fall zu Fall angefordert werden. Auch zwischen den militärischen Stellen bestanden keinerlei Meinungsverschiedenheiten über das Zweckmäßige einer derartigen vorgeschobenen Instanz. Durch sie wurde vermieden, daß jede Art selbständigen, militärischen Zugreifens als „reaktionär, monarchisch oder arbeiterfeindlich“ verschrien und zur Verhetzung der Arbeiter benutzt wurde. Gewiß gab es auf jeder Zeche und Hütte Arbeiterräte, die für die Ruhe auf ihren Betrieben verantwortlich waren, und die also bei den Tumulten und täglichen Mißhandlungen von Beamten militärischen Schutz hätten heranziehen können. Das Widerliche in der ganzen Bewegung jener Zeit aber war, daß sowohl Arbeiter- wie Soldatenräte als Einzelpersonen nie irgendeine Verantwortung auf sich nehmen wollten. Sie standen auch ausnahmslos stets auf seiten ihrer Wähler, und selbst in den krassesten Fällen häuften sie die Schuld auf den Unternehmer und den angeblich hinter ihm stehenden Grenzschutz. In einer Soldatenratsversammlung gerade in diesen ersten Januartagen erklärten die oberschlesischen Soldatenrats-

vertreter in Breslau, es sei das reaktionäre Offizierkorps, das die Arbeiterschaft in die Arme des Bolschewismus triebe. Von solchen Leuten war also außer Wahnsinn nichts zu erwarten. Hatten sie sich aber einmal irgendwo festnageln lassen und wurde eingegriffen, dann war es keiner von ihnen gewesen, und das Wort „Mißverständnis“ stellte sich zur rechten Zeit ein. Die wenigen Leute aus diesen Kreisen, die sich mit ihrer Person in den Lohnkämpfen in Schlesien eingesetzt haben, sind zu zählen; es waren die Gewerkschaftssekretäre Philipp, Voigt, Hörsing, Loeffler und späterhin Noske. War es uns zu verdenken, wenn wir mit ihnen gemeinsam ein Stück Weges gingen, sie zur Erhaltung der Provinz heranzogen? Noch höre ich im Herbst des Jahres 1919 den Reichswehrminister Noske im Berg- und Hüttenmännischen Verein in Kattowitz vor den aufhorchenden Werksdirektoren sprechen: „Ich habe in den staatlichen Betrieben 30 000 Leute, die nicht arbeiten wollten, auf die Straße gesetzt; worauf warten Sie hier in Oberschlesien noch?“ Kein Zweifel, diese Männer haben uns in ihrer brutalen Auffassung damals nahe gestanden, und wer will uns schelten, daß wir sie vor unseren Wagen spannten? Dabei hat kein Offizier innerhalb des Generalkommandos bei dieser Zusammenarbeit je vergessen, daß die Sozialdemokratie im Reichstag das Offizierkorps nur mit Schmutz und Unrat überhäufte, jeden Wehretat umfeilschte, bis das Aufbäumen des ganzen Volkes 1914 sie belehrte, daß ihre Partei zertreten werden würde, wenn sie jetzt noch wegen der Kredite schacherte. Von Deutschtum, von Wehrwillen war nie die Rede, sondern wie in allem und jedem nur von der Partei und internationaler Verbrüderung. Das „Vorwärts“-Wort von vor vier Wochen vor dem 9. November „wir wollen, daß das Heer mit eingerollten Fahnen in die Heimat zurückkehrt“ (Vorwärts vom 20. Oktober 1918: „Deutschland soll — das ist unser fester Wille als Sozialisten — seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie das letzte Mal siegreich heimgebracht zu haben“), war unser Leitstern für die Beurteilung unserer zeitlichen Gehilfen. Und ebensowenig auch waren wir Offiziere darüber im Zweifel, daß die Sozialdemokratie als erstes versuchen würde, gerade das in seinen Ansichten so geschlossene preußische Offizierkorps zu durchsetzen und es nach Möglichkeit seines berechtigten Stolzes auf Vergangenheit und Taten zu berauben, aus dem es noch stets Kraft in schwerster Lage geschöpft hatte. War die Karre wieder auf dem Geleise, wollte die Sozialdemokratie sie wieder allein lenken. Aber bis dahin wollten wir gerade nach unserem Willen ihre Gewerkschaftler dazu benützen, dem verhaßten Offizier die Untergebenen wieder in die Hand zu bringen. Daß es ihr nicht ein zweites Mal gelingen würde, die Armee durch die Soldatenräte wie am 9. November gegen die Vorgesetzten aufzuwiegeln, das würde alsdann unsere Sorge, und zwar ohne ihre Funktionäre, sein.

Ich weise es nicht von der Hand, daß ich den Soldaten Hörsing und Voigt, ebenso wie dem Gewerkschaftssekretär und späteren Oberpräsidenten Philipp in vielen Dingen meine Achtung nicht versagen konnte und als gerechter Mensch auch nicht versagen werde. Ebenso wie die meisten meiner Kameraden mit mir dem Reichs-

wehrminister Noske Anerkennung zollten, wenn er, wie seine schlesischen Genossen, ohne Parteistandpunkt, rein militärisch-sachlich handelte. Das war dann der persönliche Mut, der Reiz an der Tat, der den Offizier mit den Handlungen dieser Männer einte. Wenn Hörsing mich bei den Aktionen, die zu seinem Fortgang aus Schlesien führten, beteiligt wußte und dies mir verübelte, so habe ich hierbei nicht den Hörsing des Belagerungszustandes treffen wollen, sondern den Hörsing, der mit derben Parteifäusten versuchte, das Bürgertum an die Wand zu quetschen. Wohin wir mit ihm als Abstimmungskommissar oder Propagandaleiter — worauf er hinsteuerte — am 20. März 1921, dem Abstimmungstag in Oberschlesien, gekommen wären, das sich auszudenken, bedarf nicht allzu großen Weitblickes.

So hat also unser Vorgehen damals mit Rechts oder Links, mit monarchisch oder republikanisch nie etwas zu tun gehabt, sondern allein mit dem Gebot der Stunde. Gerade aber die Errichtung des Zentral-Arbeiter- und Soldatenrates, eben des vorher besprochenen Meldekopfes, ist ein Schulbeispiel für die Mittel, die zum Überwinden der entstandenen Schwierigkeiten angewendet wurden. Die 117. Division, General Hoefer, beantragt hier selbst die Errichtung eines neuen Revolutionsgebildes, nutzt es so lange auch aus, bis er durch den Belagerungszustand Handlungsfreiheit bekommt und seine Schutzmaßnahmen für Oberschlesien, seine Bevölkerung und seine Betriebe so treffen kann, wie er es jetzt allein wieder für richtig hält. Mit Gewaltandrohung — unter erbittertstem Protest der Soldatenräte — wird nach sechs Wochen schon dieses Mittel zum Zweck wieder beseitigt. Wir haben die Hilfstruppen da genommen, wo wir sie fanden, wir sind nicht wählerisch gewesen, haben sozialdemokratische Gewerkschaftssekretäre und unseren Todfeind, die Soldatenräte, vor unseren Wagen gespannt. Aber wir haben uns mit dem Geiste des alten Heeres eins gewußt: wir haben gehandelt!

Am 6. Januar 1919 wurde zum Vorsitzenden dieses neuen Zentralrates der bisherige Vorsitzende des Kattowitzer Soldaten- und Arbeiterrates, Otto Hörsing, auf Vorschlag seines Gewerkschaftskollegen Loeffler gewählt. Die 117. Infanterie-Division sandte als militärischen Berater in diesen Meldekopf den Hauptmann Rangen. Dieser Offizier gehörte zu den Persönlichkeiten in der schweren Revolutionszeit, die gerade da außerordentlich brauchbar waren, wo andere leicht versagen. So werden wir Rangen späterhin noch als Kommandeur eines Volkswehr-Bataillons wiederfinden, ein Kommando, bei dem es eher möglich war, zu scheitern als Lorbeeren zu ernten. Bis dahin arbeitete der Hauptmann in Kattowitz beim Meldekopf zusammen mit dem ehemaligen Feldwebel und Gewerkschaftssekretär.

Otto Hörsing

Ende des Jahres 1918 wurde aus der Armee Mackensen auf Bitte des Volksrates über das General-Kommando VI ein Feldwebel Hörsing entlassen. Vor dem Kriege Gewerkschaftssekretär in Schlesien, war er nach Ansicht des Volksrates die geeignete Per-

sönlichkeit, um bei den in Oberschlesien herrschenden schwierigen Verhältnissen ordnend einzugreifen. Hörsing soll bereits in Rumänien Soldatenratsobmann der 301. Division gewesen sein. Dies wußte das General-Kommando, als es die Bitte des Volksrates weiterleitete, natürlich nicht. Weihnachten 1918 erschien dann der Feldwebel in Kattowitz, wo er sogleich Vorsitzender des dortigen Garnison-Soldatenrates wurde. Auf dem Soldatenratsweg erfolgte also der Aufstieg Hörsings, der inzwischen auch Vorsitzender des Zentral-Arbeiter- und Soldatenrates für ganz Oberschlesien geworden war. Das General-Kommando hörte zum ersten Male von Hörsing bei den Verhandlungen mit den Aufständischen in Königshütte (s. S. 85). Hier hatte sich Hörsing auf das entschiedenste für die Forderungen der Truppen eingesetzt und war von der 117. Division als eine besonders energische, für unsere Zwecke durchaus brauchbare Persönlichkeit geschildert worden. Das ist Hörsing für militärische Belange auch bis zum Schluß geblieben! Würde aber das Licht, das infolgedessen in diesen Blättern auf Hörsing fällt, zu dem Schluß verleiten, daß der ehemalige Feldwebel damals auch innerlich erheblich anders zum Militär gestanden hätte als heute, so wäre dies falsch. Aber es einte uns die gemeinsame Feindschaft zu den Polen, die er, wie die ganze Sozialdemokratie, auf das erbittertste bekämpft hat.

Hierin fand er also in uns seinen kräftigsten und treuesten Bundesgenossen, und nur deshalb verteidigte und unterstrich er alle Forderungen der Militärs mit derselben Konsequenz, mit der er sie als Reichsbannerführer heute in Grund und Boden verdammt. Sich auch innerlich mit der Einstellung des Offiziers, in seinem Bekenntnis zum Wehrwillen, zu befreunden, daran hinderte Hörsing die Erziehung in der Partei, der er von Jugend an zugehörte; der Pazifist war wohl nur getarnt. Denn die Sozialdemokratie hat damals nichts anderes gelehrt als heute! Wohl hat der ganze Krieg insofern auf Hörsing beruhigend gewirkt, als er wahrscheinlich dabei manchem Offizier näher kam und ihn menschlich schätzen lernte. Das bloße Hörensagen als Grundlage der Urteile über die Anschauungen unseres Standes wird bei diesem aufgeweckten Manne sehr bald durch die persönliche Berührung mit dem Offizierkorps eine Korrektur erfahren haben. Von seinen damaligen Vorgesetzten wurde im übrigen das korrekte Benehmen und die militärisch guten Formen ihres Untergebenen besonders gelobt und geschätzt. Wegen seiner Kriegsverdienste und seiner Tätigkeit als Polizeiinspektor in Medgidgia in der Dobrudscha wurde Hörsing dort das Eiserne Kreuz zweiter Klasse verliehen. Das General-Kommando aber hat späterhin Hörsings Tätigkeit in Schlesien durch Verleihung des Schlesischen Adlerordens anerkannt. Hörsing wollte nicht mehr vorstellen, als er war, und über seinen Umgangston haben wir uns im General-Kommando nie zu beklagen gehabt. Wenn der ehemalige Reichs- und Staatskommissar von Schlesien und Westposen späterhin als Oberpräsident der Provinz Sachsen in dieser Hinsicht sich gewandelt hat, so konnte jedenfalls bei uns von Entgleisungen keine Rede sein. Gewiß sprach Hörsing in der eindeutigen burschi-

kosen Art des ehemaligen Nietenschlägers, die aber in diesen aufgeregten Zeiten durchaus angebracht war und mir persönlich oft viel Freude machte. Manchmal regte er sich auch über Bagatellen auf, wie Tragen von Friedensuniformen, Kaisersgeburtstagsreden und ähnliches. Aber das gehört schließlich zum Handwerkszeug des Gewerkschaftssekretärs. Schwerer schon wogen die Dinge wie z. B. eine Eingabe an den Reichswehrminister Noske, den Generalstabsoffizieren die roten Hosen zu nehmen — nur der Chef sollte sie behalten — und dergleichen mehr. Das waren Warnungen, nicht allzu vertrauensselig zu werden, und sie blieben es uns auch.

Hörsing war ein geschickter und gewandter Redner, der den Nagel auf den Kopf traf, dem ich oftmals mit Staunen zuhörte, wie er auch ihm völlig fernliegende Dinge behandelte. Selbstredend blieb er auch hier nur Sozialdemokrat, und in dieser Hinsicht hat er seiner eigenen Partei — so sehr er den Militärs genützt hat — geschadet. Er litt als Marxist an der typischen Verständnislosigkeit für geistige, insbesondere religiöse Anschauungen. Selbst unkirchlich, unterschätzte er infolgedessen als Materialist die religiösen und kirchlichen Bedürfnisse gerade der oberschlesischen Bevölkerung. Während er diese auf dem Wege zum Sozialismus und Atheismus wähnte, mußte seine Partei zu spät erkennen, daß die religiösen und kirchlichen Bindungen, die Stellung des Klerus in Oberschlesien, weit stärker waren, als sie ihr Vertrauensmann Hörsing geschildert hatte. Hörsing teilte in dieser Einstellung damit lediglich das Schicksal vieler Energien, die im Erkennen an einer gewissen Beschränktheit leiden müssen. Wie umgekehrt der Intelligente die Schwierigkeiten und Hindernisse stärker zu erfassen und deshalb einzuschätzen pflegt, sich aber in seinem Handeln dann eher beeinträchtigen läßt.

Hörsing war ein anhänglicher und hilfsbereiter Mann. Auch mich hat er, als ich ihn zehn Jahre nach seinem Fortgang aus Schlesien mir völlig überraschend im Angeordnetenhause wiedersah, als erstes gefragt: „Womit kann ich Ihnen helfen?“ In Schlesien aber schoß der Staatskommissar aus Mangel an Menschenkenntnis in seiner Anhänglichkeit weit übers Ziel. Er zog einen Schwarm von Leuten nur deshalb hinter sich her, weil er glaubte, daß diese sich bei irgendeiner Gelegenheit für ihn eingesetzt hätten. Diese meist jüngeren Mitarbeiter in handelnden Stellungen belasteten dann durch mangelnde Sachkenntnis und Fehlgriffe ihren Herrn selbst. Auch bei seinen eigenen Genossen schon vorbelastet mit dem Eintreten für die Gemeinderatswahlen (s. 2. September 1919), scheiterte Hörsing schließlich an dem Amt des Propagandaleiters für die oberschlesische Abstimmung. Einen Grund mit dazu bildeten jene Hilfskräfte!

So sah sich Hörsing alsbald nach einem anderen Posten um. Es tauchte, wie er mir sagte, die Version auf, ihn als Gesandten nach Bukarest zu schicken, weil er dort durch den Krieg Land und Leute kenne. Schließlich wurde er Ende 1919 Oberpräsident der Provinz Sachsen und siedelte nach Magdeburg über.

Man hat dann auch versucht, Hörsing insofern unlautere Motive unterzuschieben, als man ihn verdächtigte, persönliche Vorteile mit seiner Stellung als Reichs- und Staatskommissar in Schlesien und Westposen zu verbinden. Alle derartigen Vorwürfe und Feststellungen mußten scheitern. Hörsing lebte jedenfalls in Schlesien sein anspruchsloses Familienleben weiter. Gewiß, er konnte den Humpen kräftig schwingen, aber die Arbeiten in jenen revolutionären Zeiten, wo man heute nicht wußte, was das Morgen bringen würde, erklärten manches.

Das General-Kommando hat dann Ende 1919 an der Beseitigung des Reichs- und Staatskommissars für Schlesien und Westposen in Breslau mitgewirkt; solange Hörsing als Staatskommissar in Kattowitz nur für Oberschlesien zuständig war, hat es ihn hingegen gestützt und gehalten (s. 3. Mai); denn hier beim Niederwerfen bolschewistischer Streiks und der Polenaufstände betätigte sich der Staatskommissar lediglich im Sinne des Militärs. Als aber das schwerere Werk getan, trat der Parteimann und Sozialdemokrat wieder völlig in den Vordergrund. In diesem Augenblick fand er uns auf der Gegenseite, denn erst die Provinz und dann die Partei.

Die Gerechtigkeit aber, auf die Hörsing wie jeder andere Anspruch hat — obwohl sein späteres Wirken außerhalb Schlesiens auch in meiner Erinnerung das Bild dieses Mannes trüben mußte — verlangt die Betonung, daß in seiner oberschlesischen Zeit der Regierungsfunktionär unserer „militaristischen“ Einstellung in nichts nachgestanden hat.

4. Januar 1919.

Es tagt eine Delegiertenversammlung sämtlicher Garnison-Soldatenräte des Korps, zu der auch die Soldatenräte aus Oberschlesien und die der Divisionen eingeladen sind. Besprechung der kommenden Wahlen zur Nationalversammlung.

Inhalt und Folgen dieser Soldatenratssitzung mögen hier kurz zusammengestellt sein. Die Tagesordnung enthielt unter anderem die Punkte „Unsere Beteiligung an der Wahl zur Nationalversammlung“, Referent Kamerad Voigt, und „Die Wahltechnik“, Referent Kamerad Piorkowski. Über „die Beteiligung der Soldatenräte an der Wahl am 19. Januar“ führte Voigt aus, daß es die erste Pflicht der Soldatenratsmitglieder sei, nunmehr für die Erhaltung des Staatswesens zu wirken, und dieses erreiche man durch rücksichtsloses Eintreten für die sozialdemokratische Partei, die Liste Bauer — Löbe. Sämtliche Mittel, die den Soldatenräten zur Verfügung ständen, seien ohne weiteres heranzuziehen. Nur das eine gelte, die Errungenschaften des 9. November zu sichern.

Voigt selbst ging bei Heranziehung aller erreichbaren Mittel mit gutem Beispiel voran. In der Nummer 6 des „Soldatenrat“ erschien ein entsprechender Aufruf, für die sozialdemokratische Partei zu agitieren. Die Zeitung „Der Soldatenrat“ war das dienstliche Nachrichtenblatt des Zentral-Soldatenrates für Schlesien und wurde

kostenlos an alle Formationen des Korps verteilt. Da im Gegensatz zum Korpsverordnungsblatt diese Mitteilungen außerordentlich rasch bis zu den letzten Stellen gelangten, hatte das General-Kommando auch eigene und Verfügungen des Kriegsministeriums in dieser Schrift veröffentlicht. Als der „Soldatenrat“ jetzt an bevorzugter Stelle in großer Schrift für den sozialdemokratischen Stimmzettel warb, „mit ganzer Energie die notwendige Werbearbeit zu leisten und die sozialdemokratische Kandidatenliste auf das kräftigste zu unterstützen“, Propagandaredner, Flugschriften anbot, regnete es Proteste von Offizieren und Mannschaften an die Adresse des General-Kommandos.

Das Referat des Unteroffiziers Piorkowski vom Zentral-Soldatenrat handelte alsdann von der Wahltechnik. Der Redner empfahl, gesinnungstüchtige Soldaten heranzuziehen — keine Offiziere seien zuzulassen —, die als Aufsichtspersonal in den Wahllokalen tätig sein sollten, um zu verhindern, daß bei der Wahlhandlung irgendwelche Beeinflussung stattfände. Die Richtlinien für diese Beaufsichtigung überließ der Sprecher den Garnison-Soldatenräten selbst.

Die Belehrungen der beiden Redner fanden vor dem Forum der Soldatengenossen vollstes Verständnis. Man verteilte sich schleunigst über die Truppenteile des Armeekorps, um „Wahlfreiheit und Unparteilichkeit“ sicherzustellen.

Folgen wir nunmehr zwei Leuten, die an der Besprechung in Breslau teilnahmen, in ihre Garnison, um zu sehen, wie die Praxis aussah, wie die Saat aufging, die in Breslau gesät wurde. Und zwar greifen wir die Soldatenräte Faust und Winter heraus, Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden des Garnison-Soldatenrates der Festung Glatz (s. S. 23). Faust berief unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Breslau eine Versammlung seiner Soldatenräte in Glatz ein und führte aus, daß das hohe Amt, in das die Kameraden sie, die Soldatenräte, eingesetzt hätten, nunmehr erfordere, sich energisch in agitatorischem Sinne für die rote Partei zu betätigen. Dies hätte zu geschehen durch Berufung örtlicher Soldatenversammlungen und durch Überwachung der Wahlhandlungen am Wahltage selbst. Gerade am 19. Januar müßte durch besondere Redner nochmals vor den Wahllokalen auf die Masse der Wähler eingewirkt werden. Das Aufsichtsverfahren solle sich so abspielen, daß besonders auf dem Lande in den Wahllokalen Aufsichtspersonal stationiert würde, das mit Ausweisen vom Zentral-Soldatenrat in Breslau ausgestattet würde. Jede Propagandaart, jedes Mitwirken der Soldatenräte innerhalb ihres Wirkungskreises sei auf alle Fälle zu begrüßen, amtliche Räume und Beförderungsmittel könnten herangezogen werden. Diesen Richtlinien kam man dann auch kräftig nach, d. h. die Truppen-Soldatenräte verhetzten die damals zur ersten Nationalversammlung noch wahlberechtigten Soldaten in besonderen Versammlungen, bearbeiteten sie einzeln in den Kasernen und beteiligten sich auch durch Gegenpropaganda bei Wahlversammlungen anderer Parteien. Der Bericht, den der Garnison-Soldatenrat Glatz über seine Tätigkeit in dieser Hinsicht an die Breslauer Volkswacht sandte, lautete:

„Glatz, den 9. Januar 1919.

An die Redaktion der Breslauer Volkswacht, Breslau.

Am Mittwoch, den 8. d. Mts. hat die Deutschnationale Volkspartei in Glatz zu einer Heerschau eingeladen. Tausende waren dem Ruf gefolgt, und viele mußten unverrichteter Sache wieder umkehren. In gleisnerischen Ausführungen mußten sich die Redner der National-Volkspartei mit dem Gegenstand der Tagesordnung abfinden, wohlbewußt, daß es nur möglich war, die alte frühere Macht des Konservatismus mit dem Mantel schlecht gemeinter Sozialpolitik zu verdecken. Es kam aus diesem Grunde schon während der Ausführung der Redner zu tumultartigen Szenen, die ihren Höhepunkt erreichten, als der Referent des Abends die Revolutionshelden als mit englischem Geld bestochen erwähnte.

In der Diskussion sprach zuerst der Stadtverordnete Wolf aus Breslau für die demokratische Partei und wies entrüstet gemeinsames Arbeiten mit der Nationalpartei ab. Reicher Beifall wurde ihm zuteil. Hierauf ergriff Genosse Faust von der Galerie des Saales das Wort.

In flammenden Worten wies derselbe die Versammlung auf den Charakter der Nationalvolkspartei hin und brandmarkte dieselbe als die Rotte derselben, die das Volk bisher als Ausbeutungsobjekt und Kugelfang ansahen. Er wies jede Gemeinschaft mit diesen Volksverrätern ab; der gewaltige Beifall der Zuhörer bewies, daß er das Richtige getroffen. Nach seinen Ausführungen war es der Nationalen Volkspartei nicht mehr möglich, sich Gehör zu verschaffen, und ein allgemein aufgenommenes Hoch auf die Sozialdemokratie war der Enderfolg der Versammlung."

Weniger intim als mit der sozialdemokratischen Breslauer Volkswacht stand man mit dem Glatzer „Gebirgsboten", dem Zentrumsblatt der Grafschaft. Diese Zeitung hatte am 17. Januar von der Wahlagitation des Soldatenrates gesprochen, daß er mit dem staatlichen Auto herumfahre, Offizierskutschen benutze und dergleichen mehr. Kurzer Hand drang der Soldatenrat mit neun bewaffneten Soldaten in die Redaktion ein, hielt sie sieben Stunden lang besetzt, während derer der Betrieb stockte und Wahlzettel nicht gedruckt werden konnten. Die Freigabe erfolgte erst nach langen Verhandlungen und Protesten. Zwei Tage vor der Wahl war auch dieser Auftritt ganz geschickt arrangiert worden.

Wie diese Soldatenräte auch sonst gute Organisatoren waren! Sie wußten, daß Stimmung ein wesentlicher Faktor zum guten Wahlausfall bedeutet, und spannten die Regimentsmusik des Füsilierregiments 38 vor. Diese sollte am 18. zu einem politischen Umzug durch die Stadt spielen, den der Soldatenrat veranstaltete. Der Regimentsstab, der in Militsch lag, verbot die Beteiligung; der Soldatenrat aber erzwang sie durch Druck auf die Musiker. Die Musik spielte, allerdings ohne den Musikmeister Schmidt.

Neben diesen Kleinigkeiten verloren die Glatzer Herren aber keineswegs die größeren Gesichtspunkte aus dem Auge. Sie fuhren in die nähere Umgebung von Glatz,

überall wurden Wahlreden gehalten und die Bevölkerung entsprechend „aufgeklärt“. In der Zeit vom 17. bis 20. Januar liquidierte Faust für Dienstreisen 20 Mark; Winter ebenfalls 20 Mark. Vom 11. bis zum 16. Januar waren von den beiden für Fahrten bereits 55 Mark vereinnahmt worden. Die Kosten für den Aufenthalt der „Wahlkontrolleure“ betrug für die Wahl zur Nationalversammlung 199 Mark, für die Preußenwahl am 26. Januar 1919 194 Mark. Alles in Allem also kosteten diese Art unparteiischer Wahlen den Staat und uns rund 500 Mark.

Daß der Kraftwagen der Kommandantur für Faust und Winter am 19. Januar von 8,30 vormittags bis 7,30 nachmittags für Wahlzwecke und mit Wahlzetteln unterwegs war, daß das Geschäftszimmer Wahllokal, und daß hier die Wahlergebnisse telephonisch abgenommen wurden . . ., wem erscheint das noch erwähnenswert? Denn wie hatte doch Faust den Vorsitzenden des Zentral-Soldatenrates in Breslau, Herrn Voigt, 14 Tage vor der Wahl verstanden? Jede Propaganda-Art, jedes Mitwirken der Soldatenräte innerhalb ihres Wirkungskreises ist auf alle Fälle zu begrüßen, auch steht dem nichts im Wege, daß die amtlichen Räume und Beförderungsmittel zu diesen Propagandazwecken herangezogen werden.

Das Bild des sozialdemokratischen Agitators aber würde nicht vollständig sein, wenn wir zu erwähnen vergäßen, daß der die „Nationalvolkspartei, als die Rotte derselben, die das Volk als Ausbeutungsobjekt und Kugelfang ansahen, brandmarkende“ Herr Faust späterhin seine Tätigkeit längere Monate unfreiwillig einstellen mußte. Er hatte gerade diese „Objekte“ in der übelsten Weise geprellt.

Ein kurzer Blick in derselben Richtung noch auf die Vorgänge bei der Ersatz-Maschinengewehr-Abteilung 4 in Silberberg. Vollversammlung der Abteilung. Wahl von Vertrauensleuten für den 19. Januar. Deren Amt: Überwachung der Wahlhandlung, Zettelverteilung und Aufklärung der Bevölkerung. Keiner meldet sich. Appell vom Soldatenrat an das „Ehrgefühl der Kameraden zur Verbreitung der Sozialdemokratie!“ 25 Leute können nun entsprechend instruiert werden. Der Obmann des Soldatenrates, Kamerad Brinkmann, Leutnant der Reserve, unterstreicht noch die „Ziele der Sozialdemokratie“ und die „Machenschaften des Zentrums“. Ein Hoch auf die rote Partei beendet die Sitzung, bei der von den Soldaten zwischendurch noch 68 Mark für die „sozialdemokratische Parteikasse“ eingesammelt wurden. Bewußt und gewollt waren so die Soldatenräte die Handlanger für die Sozialdemokratie im Kampf um die Sitze in Weimar. Der amtliche „Soldatenrat“ schrieb noch fünf Tage vor der Wahl, am 14. Januar 1919: „Nach Lage der Dinge kann für die politische Tätigkeit der Soldatenräte nur ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratischen Partei in Frage kommen. Wir müssen, soll die von uns angezettelte Revolution nicht wie das Hornberger Schießen enden, der Sozialdemokratischen Partei unsere Stimme leihen.“ So also kamen unter den Soldaten im VI. Armeekorps die Resultate der Liste Bauer-Löbe für jene erste Nationalversammlung zustande, die dann in Weimar die Gesetze genehmigte, die grundlegend für unsere ganze Zukunft wurden.

VIII. KAPITEL

Schwierigkeiten in Oberschlesien. Die Anfänge des Selbstschutzes. Berliner Revolutionsbilder. Hindenburg als Oberbefehlshaber für Schlesien abgelehnt. Annäherung an die Tschechen. Erster Schlesischer Heeresbericht. Parteiführerversammlung im General-Kommando. Generalstreik in Oberschlesien. Zunehmende Zersetzung der Truppen. Das Außerkraftsetzen einer Regierungverfügung durch das General-Kommando. Im Kriegsministerium.

5. Januar.

Besprechung mit Stadtrat Prescher über Selbstschutz. Gall ruft aus Kattowitz an aus der Versammlung des Bergarbeiterverbandes, in dem die Wellen über die Vorgänge in Königshütte noch hoch gehen. Voigt sowohl wie Hörsing und Löffler hätten sich heute in der Versammlung tadellos benommen und erklärt, daß es Schuld des Gesindels in Königshütte gewesen wäre, wenn Blut geflossen sei. Das Jägerbataillon Chappuis sei spätestens gestern abend abgerückt, wenn man nicht die wahnsinnige Forderung der Entwaffnung gestellt hätte. General Hoefer habe eventuell noch I/51 und Aulock mit 150 Mann zur Verfügung gestellt. Das Generalkommando wird noch Paulssen beordern, zumal die Landräte außerordentlich beunruhigt sind, daß aus Königshütte, wenn wir dort nachgeben, der Anfang vom Ende kommen könnte. Liebknecht hat seine Hand im Spiel, und auch Rechtsanwalt Kobilinski wühlt. Dieser hat erklärt, daß Wilson Oberschlesien ganz zweifellos den Polen zugesprochen hätte, sie hätten es nicht eilig und wählten schon gar nicht mehr mit, Deutschland ginge sie nichts mehr an. Im übrigen soll der Belagerungszustand über Oberschlesien ausgesprochen und eine Hilfspolizei gegründet werden. Voigt hat in einer Unterhaltung mit dem Oberbürgermeister Pohlmann-Kattowitz von 2000 Mann gesprochen, die man auf die Beine bringen wolle. Anweisung an Gall, da energisch entgegenzuarbeiten. Der einzige Gesichtspunkt ist der: das Generalkommando muß den ganzen Schutz völlig einheitlich in die Hand bekommen. Derartige zivilistische Formationen sind Halbheiten und bilden bald den Tummelplatz roter Parteiagitation.

Belagerungszustand über Königshütte, Schwientochlowitz, Lipine und Schlesiengrube verhängt; der Bergrat Drescher ist dort halbtot geschlagen worden, als er als mutiger Mann in eine Versammlung seiner Grubenarbeiter ging.

Wie es auf den Zechen aussieht, beweist erschütternd der freiwillige Tod des Bergrates Jockisch in den Borsigwerken, der Frau und Kinder hinterläßt und in einem Brief schreibt: „Ich opfere Euch mein Leben, um Euch darüber zu belehren, daß Ihr Unmögliches fordert. Mißhandelt und vertreibt Eure Beamten nicht.“

Der Tod dieses Bergrates, den im General-Kommando an sich niemand kennt, geht uns sehr nahe. Einmal wegen der Gesinnung, die aus dieser Selbstaufopferung spricht, dann aber auch, weil wir uns schließlich mitverantwortlich fühlen für diese Zustände, die zu dem verzweifelten Schritt führten. Denn an uns lag es letzten Endes, in Oberschlesien Ordnung zu schaffen, der Staatsgewalt zu ihrem Recht zu verhelfen. Wo aber ist in dieser Zeit die Möglichkeit hierzu?

Vom Volksrat wird der Fabrikant Rawitsch für das Freiwilligenwerbebüro in der Getreidebörse zur Verfügung gestellt. Er ist ein patriotischer Mann, mit dem wir im Interesse der Sache ein gutes Stück vorwärts kommen werden. Vom General-Kommando übernehmen Hauptmann Hildebrand und Land die Leitung. Also kommt die Sache in Schwung, nachdem der Werbeaufruf (s. S. 55) so oft abgeändert worden ist, daß nicht mehr viel Gutes daran ist.

7. Januar.

Der Landrat von Namslau telegraphiert: „Im Kraftwagen eingetroffene Bewaffnete, Beauftragte des Soldatenrates Brieg, haben heute vormittag gegen 11 Uhr in Nassadel den Rittmeister von Heydebrand und den Amtsvorsteher Niklaus verhaftet, angeblich, weil sie am Sonntag die Abhaltung einer sozialdemokratischen Versammlung im Gasthaus durch unzulässige Einwirkung auf den Gasthauspächter verhindert hätten. Auf mein Eintreten hin sind die Verhafteten wieder freigelassen worden. Bitte um Entscheidung, ob Vorgehen des Brieger Soldatenrates zulässig, und um Anweisung, wie ich mich in künftigen Fällen gegenüber solchen Eingriffen in das bestehende Recht zu verhalten habe.“ Heydebrand war beim Vormarsch einer unserer besten Patrouillenoffiziere, unermüdlich, ein nicht klein zu kriegender Mann. Er scheint mir den Herren in Brieg weniger durch jenen Vorgang unbequem geworden zu sein als dadurch, daß sie längst Wind davon haben, daß Heydebrand im Kreise Namslau und auf seinem eigenen Besitz einen Selbstschutz aufgestellt hat, in dem die Roten allerdings nicht erwünscht sind.

Dieselbe Sache betreibt der Hauptmann Moser im Kreise Trebnitz. Er spricht häufig bei uns vor und hat in diesem Kreise schon 300 Mann zusammengebracht. Heydebrand und Moser sind ähnliche Naturen; sie gerade kann man jetzt brauchen. Sie fragen nicht viel, haben keines Menschen Hilfe nötig und handeln auf eigene Faust.

Feldwebel Hörsing hat in Beuthen im Landgerichtsgebäude gesprochen und sich dort als Bewerber für die Nationalversammlung vorgestellt. Heute wird ein Unteroffizier hierher gebracht, der in der Sophienschule eine Sammelstelle für Freiwillige für den Etappenschutz Litauen-Süd errichtet hat. Der hat uns gerade noch gefehlt, wo wir selber ausgerechnet heute mit unserem Aufruf herausgekommen sind.

Gestern in Berlin. Am Schlesischen Bahnhof sah ich das erste Revolutionsbild. Zivilisten mit Ballonmützen und Gewehren, Spartakus, der den Bahnhof besetzt hielt. Die Stadtbahn fuhr nicht. Am Zoo alles voller Wachen und an der Untergrund-

bahn, auf dem Geländer stehend, Redner, die merkwürdigerweise für die Offiziere Stellung nahmen. Ein Lümmel schrie: Nieder mit den Offizieren, worauf es einen großen Tumult gab. Leider war das Publikum — wie stets — so, daß es anständige Reden nicht nötig hatte. Am Kurfürstendamm dasselbe Bild. Hier warben Redner für die Berliner Bürgerwehr, auch eine Frau. Ein Bürger schrie, er wolle sich die Knochen nicht kaput schießen lassen, worauf die vielen Weiber heftig über den Feigling herfielen, so daß er sich nur durch die Flucht retten konnte. Merkwürdig waren in der Tat die vielen lebhaft politisierenden weiblichen Zuhörer. In Moabit war in der 2. Garde-Ulanen-Kaserne ein sogenanntes regierungstreues Regiment. Ich kam gerade daran vorbei, als drei Spartakus-Autos mit Maschinengewehren anrollten. Das ganze Regiment verschwand von den Fenstern, kein Mensch unternahm etwas. Vor dem Gerichtsgebäude Moabit ordnete sich derweilen ein Zug, dem Tafeln vorausgetragen wurden: „Wir manifestieren für den Anschluß der U. S. P. D. an die Spartakusgruppe." Gekreuzt wurde dieser Zug durch einen anderen der Berliner Straßenbahnangestellten, darunter auch etwa 700 Frauen. Sie beanspruchen festes Gehalt, für höhere Schaffnerinnen bis zu 600 Mark. Das wären also Majorsbezüge. Am Zoo wieder Politiker, diesmal ein Spartakusmann; er hielt entsetzliche Brandreden. Als er über den Unsinn in die Enge getrieben wurde, sagte er, „man hat es mir aber so gesagt", worauf ihm entgegnet wurde „Du Stimmvieh!"

Als ich zum Bahnhof ging, auf dem Kurfürstendamm Plünderungen des Pöbels. Unter dem Vorwand, daß in den Lokalen „keine Herrschaften" sitzen dürften, während „unsere Verwundeten nichts zu fressen" hätten, drang der Mob in die großen Lokale ein. Ich hörte gerade den Krach einer zersplitternden großen Spiegelscheibe. Sechs Einbeinige, die man wohl unter anderen Voraussetzungen mitgeschleppt hatte, trollten sich, als ihnen Gefahr drohte, durch das Gedränge umgerissen zu werden. Das Gerücht, daß Spartakus die Wasserleitung abgeschnitten, und daß das Gas nun folge, erhöhte die panikartige Stimmung.

Heimfahrt unter dem Feuer der Maschinengewehre vom Reichstagsgebäude her; man sah das Mündungsfeuer vom Lehrter Bahnhof aus. Am Alexanderplatz eine richtige Schlacht. Es stob aus den Gebäuden der Kalk vom Einschlag der Handgranaten, ein ohrenbetäubender Lärm; daneben, als ob nichts passiert, rollt unser Zug. Als er auf dem Schlesischen Bahnhof hielt, kamen Leute herein, die Zigaretten und dergleichen unverschämt aufdrangen. Auch in Berlin selbst auf allen Straßen Trödler und dergleichen.

9. Januar.

Im Volksrat interessante Schilderungen von Philipp über die Zustände in Rawitsch, wo er gestern war. Man habe dort jetzt einen ordentlichen Grenzschutz zusammen und vier Geschütze. Die Polen hätten ein 24stündiges Ultimatum überreicht, sie seien aber schlecht bewaffnet. Die Stimmung unter den Deutschen in der Stadt

sei nicht gut gewesen, sie habe sich aber gehoben, als er mitteilen konnte, daß von Breslau Truppen im Anmarsch seien.
Goldschmidt trägt über Tschechengefahr vor. Masaryk habe zwar in Berlin erklären lassen, er dächte nicht an gewaltsame Besetzung, aber Kramarsch sei unzuverlässig. Überdies ist Zegrost über Masaryk und Kramarsch entgegengesetzter Ansicht. In Brünn, sagt Goldschmidt weiter, stünde jetzt ein selbständiges Armee-Oberkommando, das sich um Masaryk nicht kümmere und wahrscheinlich Ende Januar in die Grafschaft einrücke. Sollte die Verpflegungslage sich im Waldenburgischen verschlimmern, so würde sich die Gefahr des Einrückens noch verschärfen, da kaum ernstlicher Widerstand auf unserer Seite zu erwarten wäre. Man rechne mit der Tatsache, daß die Arbeiterschaft im Waldenburgischen nach Öffnung der Grenze in Böhmen alles vorfinden würde, was sie bis jetzt entbehrt hätte; dies würde sie einem tschechischen Einmarsch geneigter machen.
Goldschmidt ist Handelsrichter und Vertrauensmann des Landrats von Götz in Waldenburg; in Charlottenbrunn betreibt er eine Fabrik und unterhält hierdurch mancherlei Beziehungen nach Prag. Im allgemeinen ist Goldschmidt gut unterrichtet und steht auch in Verbindung mit dem Generalkonsul Freiherrn v. Gebsattel-Prag. Goldschmidt regt dann Austausch von wirtschaftlichen Produkten an, Maschinen, Chemikalien, und meint sicherlich mit Recht, daß auf diesem Wege etwas zu erreichen sei. Der Gewerkschaftssekretär Seibold sagt, keinesfalls dürfe man in Prag ohne Berlin verhandeln, worauf ihm der Stadtrat Prescher erwidert, daß er in Berlin neulich lediglich den Eindruck von Untätigkeit und Ratlosigkeit gehabt hätte. Man kann den Ausführungen von Goldschmidt nur beipflichten; aber wie sollen wir Waldenburg helfen? In Oberschlesien können wir uns kaum halten und haben dort gerade den Belagerungszustand erklären müssen. Der Posener Pole hat sich vom Reich bereits losgesagt, tatsächlich halten wir uns mühsam mit einzelnen Kompagnien zwischen Kempen und Zduny. Alles ist durch die Agitation der Soldatenräte unterhöhlt und unterminiert. Fällt das Wort „Kommandogewalt" und „Gehorsam", so erscheint die geschlossene Phalanx auch hier gegen uns und sagt: nur freiwilliger Gehorsam und keine Vorgesetzten außer Dienst! Aber selbst wenn noch nach Waldenburg Truppen zu verschieben wären, würden die Zustände dort ganz unerträglich. Bereits täglich gehen Stöße von Klagen und Petitionen beim General-Kommando ein, die verlangen, daß der zügellose Grenzschutz verschwindet; eben noch war der Landrat von Götz aus Waldenburg deshalb hier.
Dann Antrag, den Feldmarschall als Oberbefehlshaber nach Schlesien zu berufen. Sein Name wird uns aus dem ganzen Reich den Freiwilligen-Zulauf sichern. Trotz wärmster Begründung, obwohl all unsere Grenzen bedroht sind, obwohl wir offen unsere entsetzliche Notlage schildern. . . Ablehnung auch dieses Gebotes der ernsten Stunde. Der Redakteur Löbe widerspricht. Die Berufung Hindenburgs bedeute für Oberschlesien und die Berliner Regierung den Beginn der Militärdiktatur und Gegen-

revolution, der Generalstreik sei nicht von der Hand zu weisen. Der Demokrat Prescher gibt Löbe die einzig richtige Antwort: es handelte sich nicht um Berlin oder Teile der Provinz, sondern um ganz Schlesien. Wenn das General-Kommando in Hindenburgs Namen die Rettung für den Osten sähe, so hätten alle diese mehr oder minder parteipolitischen Gründe zu schweigen. Daß der Genosse Frey Herrn Löbe beispringt mit der „großen Aufregung unter den Kameraden", ist selbstverständlich. Stadtrat Grund, Demokrat und Rittmeister der Reserve Husaren-Regiment 6, sieht gerade in dieser Berufung einen konservativ-parteipolitischen Vorgang und spricht gleich Löbe gegen Hindenburg. Anwürfe noch wegen Kommandogewalt, die keinesfalls wiederkommen dürfe (Frey), Führer nur wählbar (Piorkowski) und schließlich, daß an dem ganzen erbärmlichen Grenzschutz nur die rechts gerichtete Presse schuld sei. Heraus kommt bei der ganzen Sache nur ein vernünftiger Vorschlag des Handelsrichters Goldschmidt, ein namhaftes Einsetzen Preschers für Hindenburg, und alles andere war totgeschlagene Zeit.

10. Januar.

Besprechung mit Rechnungsrat Jochmann. Er erschien bereits Ende Dezember mit einem anderen mir nicht bekannten Herrn, stellte sich als deutschnational vor und entwickelte Vorschläge zur Bekämpfung der Polengefahr. Jochmann hat einen Schutzbund „Schlesische Notwehr" aufgestellt oder hinter sich, veröffentlichte gestern einen Aufruf zum Eintritt in unser schlesisches Freiwilligenkorps. Er ist von einem heiligen Eifer beseelt, und wir werden ihn unterstützen, so unbequem er ist durch seine vielen Anträge.

11. Januar.

Unser Soldatenrat Voigt soll Nachfolger des Unterstaatssekretärs Göhre werden. Der Kriegsminister Scheüch ist zurückgetreten und sein Nachfolger der Oberst Reinhardt geworden. Ich sage Willisen, daß ich hier unter den schwierigen Verhältnissen auf keinen Fall auf Voigt verzichten kann. Er hat den Vorzug des persönlichen Mutes und der Ehrlichkeit, würde lieber heute als morgen dem ganzen Soldatenratsgesindel den Hals abdrehen. Daß er ab und zu aus den Pantinen rollt, wie er selbst sagt, ist selbstverständlich. Doch wahrt er stets anständige Formen. Natürlich wird über ihn geschimpft, aber nicht nur in Offizierskreisen, die ihn zumeist gar nicht kennen, sondern viel mehr unter den Soldatenräten.
Ollendorff berichtet über eine Studentenversammlung durch Voigt im Konzerthaus, von der wir keine Kenntnis erhielten. Die Sache scheint schief gegangen zu sein, und man kann nur gleichermaßen den Eifer und die Urteilslosigkeit bewundern, mit der diese Soldatenräte um die Seele der Studenten werben.
Nach der widerwärtigen Sitzung am 9. Januar hatte ich noch mit Goldschmidt dessen Annäherungsvorschlag an die Tschechen besprochen. Wir müssen die rechte Flanke

frei bekommen, und die wirtschaftliche Annäherung schien die durchführbarste. Nur will mir dünken, als ob Goldschmidt in Prag zunächst gescheitert sei. Die Tschechen, sagt er, seien überzeugt, daß bei uns der Bolschewismus herrsche, von dem sie Ansteckung befürchten. In Oberschlesien würde nur noch sechs Stunden gearbeitet, hingegen verlange jeder Arbeiter eine einmalige Abfindung von 1500 Mark.

12. Januar.

Besprechung mit dem Volksrat, dem ich sage, daß das General-Kommando kaum in der Lage sein wird, Oberschlesien zu halten gegen Aufstände im Innern und die selbstverständlich gleichzeitig einsetzende äußere Bedrohung. Der Hintergrund bei all diesen Besprechungen ist lediglich die Wiederherstellung der Kommandogewalt, zu der Voigt bereit ist; aber seine Stellung ist nicht so gefestigt, als daß er allein seine Wünsche durchsetzen könnte.

In Neisse tobt die Soldateska des Feldwebelleutnants Roetscher schlimmer denn je. Das Garnison-Kommando meldet, daß Soldaten die Geschäftsräume der Neisser Zeitung besetzt und gesperrt hätten und die Zeitung nicht mehr erscheinen könne.

13. Januar.

Alles arbeitet gegeneinander, die Arbeiter- und Soldatenräte von Chemnitz, Leipzig und Dresden telegraphieren, sie verbäten sich Werbungen in Sachsen zum Grenzschutz, und sie ließen auch keine Transporte durch. Das General-Kommando veranlaßt, daß der Volksrat der sächsischen Regierung mitteilt, wir unsererseits sperrten als Antwort Lebensmittel- und Kohlenzuschub für Sachsen, vielleicht nehmen sie dann dort Vernunft an.

14. Januar.

Heute erscheint unser erster schlesischer Heeresbericht. Wir haben uns nicht leicht zu seiner Herausgabe entschlossen, erstlich weil vom Krieg her genau bekannt ist, wie schwierig seine Redaktion, und zweitens, weil wir kein Interesse daran haben, alle Augen auf uns zu ziehen. Denn wenn von irgendwoher auf die Berliner Regierung gedrückt wird, haben wir hier deren Bedenken auszubaden. Es hilft aber nichts, wir können es der Truppe nicht zumuten, daß ihre tapferen Taten verschwiegen werden, auch versprechen wir uns von diesem Heeresbericht einen erhöhten Erfolg der Werbung.

Den äußeren Anstoß zum Heeresbericht aber gaben die sehr großen Verluste vom Freikorps Kühme, das aus dem Westen kommend in den Kreis Groß Wartenberg verlegt war. Bei Erkundung gegen die polnische Grenze büßte das Freikorps 30 Mann ein, die erschlagen und erschossen wurden, wie überhaupt Mitte Januar die Polen aktiver wurden, nachdem keine deutschen Truppen mehr in der Provinz standen.

In der gestrigen Offiziersversammlung im Kammermusiksaal, die der Soldatenrat, um uns aufzuklären, dorthin einberufen hatte, sollte noch der Leutnant Schäffer sprechen, der Verfasser eines üblen Artikels in der Volkswacht, der sich mit seinen Untergebenen außer Dienst duzt. Das Trio, Stadtschulrat Hacks, Hauptmann Berg, Schäffer, war also ein durchaus politisch ebenbürtiges; entsprechend auch das Niveau der Darbietungen. Die ganze Sache war eine maßlose Taktlosigkeit gegen uns. Es gab einen derartigen Skandal, daß der Gefreite Frey schließlich ein Auto von seiner Sicherheitswehr heranfahren ließ. Ehe wir uns den Rüpeleien dieser Leute aussetzten, verließen wir Offiziere das Lokal. Der Soldatenrat wird wohl erkannt haben, daß wir seine Belehrungen nicht nötig haben, sondern er es sich an November-Sozialisten wie Hacks und Berg genug sein lassen muß.

15. Januar.

Die Berliner Regierung hat sich nun doch entschlossen, noch vor den Wahlen in Oberschlesien mit den Arbeitern zu verhandeln, was sie zunächst bis nach den Wahlen herausschieben wollte. Minister Hirsch ist mit einigen Herren vom Volksrat nach Kattowitz zu Geheimrat Williger weiter gefahren. Inzwischen ist auch der Belagerungszustand über Kattowitz verhängt worden. Stadtrat Prescher forderte mich auf, mitzukommen, was ich ablehnte, da ich mich wegen der Unruhen, die jetzt auch an der polnischen Nordfront eintreten, nicht aus Breslau herausrühren kann. Die 9. Infanterie-Division, das neue Freikorps Schlesien, verlegen wir bereits nach Oels, da gestern dort erhebliche Zusammenstöße in der Gegend von Kempen bei Ligota mit den Truppen des Freikorps Kühme stattgefunden haben. Die Ausbildung des Ersatzes bei der 9. Infanterie-Division wird vollkommen systematisch wieder betrieben. Sie läßt ein Rekrutendepot in Schweidnitz zurück. Die 117. Division meldet über die schamlosen Auftritte auf der Dubenskogrube, bei denen der Direktor mißhandelt wurde. Solche Zustände werden wir unter keinen Umständen dulden, die Grube ist bereits militärisch besetzt.

16. Januar.

Hauptmann v. Flotows Lieblingsgedanke, alle Parteiführer bei uns zu versammeln, um ihre Namen geschlossen unter einen Aufruf zum Beitritt in die Freiwilligenverbände zu bringen, soll nun am Tage vor der Wahl verwirklicht werden. Wer vom Volksrat daran teilnimmt, steht dahin, da die Herren in Oberschlesien mit Hirsch zu tun haben. In Oberschlesien kracht es an allen Ecken, das Beispiel auf der Dubenskogrube hat bereits auf der Schlesiengrube Nachahmung gefunden.
Handelsrichter Goldschmidt aus Charlottenbrunn hat nach dem ersten Fehlschlag erneut seine Fühler nach Prag ausgestreckt, und dort ist man geneigt, mit Schlesien allein zu verhandeln.

Die englische Regierung hat eine unverschämte Note nach Berlin gerichtet, in der sie ersucht, alle Provokationen der polnischen Bevölkerung in der Provinz Posen und in Schlesien zu unterlassen. Sie stellt die Tatsachen völlig auf den Kopf.

18. Januar.

Flotow fuhr gestern mit Minister Hirsch und Anhang nach Kattowitz, wo der Generalstreik behoben werden sollte durch Verhandlungen mit den Vertretern sämtlicher Gruben und Betriebe. Man hatte diese Besprechung bis nach den Wahlen verschieben wollen, fürchtete aber, daß dann die Polen die wirtschaftlichen Verhältnisse in Oberschlesien als Agitationsmittel benutzen würden. An und für sich hätte sich der Volksrat die Besprechung wohl überhaupt gern geschenkt, bei der außer „Unvorhergesehenem" nicht viel herauskommen konnte. Minister Hirsch hat man sich als Aushängeschild der preußischen Regierung verschrieben, die dadurch ihr Interesse vom Parteistandpunkt dokumentieren will. Flotow berichtet, tatsächlich sei die Sache nicht angenehm und er froh gewesen, als er wieder draußen war. Da Geheimrat Williger, Bergrat Geisenheimer und Direktor Werner in der Vormittagssitzung mit Hirsch und den Berliner Kommissaren alles abgelehnt hätten, so sei man zu der Nachmittagssitzung mit den Arbeitervertretern mit völlig leeren Händen gekommen. Geheimrat Williger sah ich das erstemal kurz vor Weihnachten in Kattowitz, er machte den Eindruck eines ebenso tapferen wie entschlossenen Mannes. Er dächte nicht daran, zu verschwinden, obwohl die meisten Direktoren schon fort und sie alle bedroht wären. Mit unserer militärischen Hilfe rechnet er allerdings zu optimistisch, doch habe ich ihn dabei gelassen, da der Gedanke ihn zweifellos stützt. Der Geheimrat hat dem Minister erklärt, die Frauen hätten es schon satt, daß die Männer streikten. Er meinte, Generalstreik gäbe es nicht, man müsse nur festbleiben. Übereinstimmend habe bei den anwesenden Direktoren die Ansicht bestanden, daß weitere geldliche Belastung nicht mehr tragbar: bei einer um 50 Prozent zurückgegangenen Förderung und bei einem Wagenmangel von über 50 Prozent auf diese verringerte Förderung.

Eine ordentliche Leitung der Versammlung sei nachmittags nicht möglich gewesen. Unter großem Geschrei wäre die Sozialisierung sofort aufs Tapet gekommen, und schließlich habe man diese groß aufgezogene Versammlung unter Tumult verlassen. Entschlüsse seien überhaupt keine gefaßt worden.

Unsere Parteiführersitzung gestern endete mit einem üblen Mißklang, das heißt, sie fing schon wenig erfolgversprechend an. Das Debut war, daß die sozialdemokratischen Abgesandten erklärten, die ganze Verhetzung in Oberschlesien käme durch die Agitation der polnischen Geistlichkeit. Hierauf erfolgte von seiten der Zentrumsvertreter die Antwort: Adolf Hoffmann, der Vertrauensmann, Minister der jetzigen Regierung, brauche nur zu verschwinden, dann würde man besser weiter kommen. Als der Tumult immer größer wurde, rief der Kdr. General wiederholt, es handele sich nicht um Politik, wie er ja auch selbst während seiner 45jährigen Dienstzeit keine Politik ge-

trieben hätte. Das Ende vom Liede war, daß es zu keiner Resolution gekommen ist, daß der Aufruf zum Eintritt in die schlesischen Freiwilligenkorps nicht unterschrieben wurde, und daß alles in großer Erregung auseinanderlief.

Im Volksrat, wo Ministerpräsident Hirsch Arbeitslose empfängt, Besprechung über unsere militärische Lage. Es kommt sofort wieder der wunde Punkt zur Sprache: die Herstellung der Disziplin. Gestern ist schon in Oberschlesien mit den Vertretern der 117. Division auch hierüber verhandelt worden. Voigt wandte sich mit großer Schärfe gegen den Kommandierenden General, der die gestrige Versammlung selbst gesprengt hätte dadurch, daß er zu erkennen gegeben, daß er die neue Zeit nicht anerkenne und der Politik völlig fernstehe. Der Soldatenratsvorsitzende führt dann noch aus, man müsse großzügig in bezug auf den Gehorsam sein. Ich erwidere ihm, daß die Grundlage zum Gehorsam in den ernstesten Lagen, wie der, in der wir uns jetzt vor Polen und Tschechen befänden, in den kleinsten Mitteln der Disziplin läge, wie tadellosem Gruß, korrektem Mützensitz usw. Mit solchen Dingen stoße ich in diesen Kreisen auf völlige Verständnislosigkeit.

Menzel erzählt mir noch über die vorhergegangene Sitzung mit Hirsch und seinen Personalreferenten, von denen ich Geheimrat Kutscher noch guten Tag sage. Wahrscheinlich würde Prescher Regierungspräsident, und ein katholischer Oberschlesier käme nach Oppeln, wahrscheinlich Bitta, obwohl er reichlich alt und mit der Schwerindustrie als ehemaliger Generaldirektor des Fürsten Henckel v. Donnersmarck vorbelastet wäre. Bürgermeister Lukaschek sollte ursprünglich in Oppeln Präsident werden, ist aber gerade Landrat in Rybnik geworden, wo er jetzt auch bleiben wolle. Oberregierungsrat Dr. Kley, der Vertreter des Regierungspräsidenten von Miquel, soll durch den Stadtrat Piontek in Oppeln, Regierungspräsident Ukert in Liegnitz durch den Landrat Freiherrn von Kottwitz ersetzt werden.

Es ist erstaunlich, wie großzügig die neuen Machthaber in Breslau mit den höchsten Staatsstellen in der Provinz jonglieren, und wie sie tatsächlich auch alles erreichen. Was wird aus den Weggeschickten, z. B. dem Polizeipräsidenten und dem Regierungspräsidenten von Jagow, der seit Wochen untätig im Monopol-Hotel herumsitzen muß?

19. Januar.

Gewählt: der Zettel liegt auf meinem Tisch, er wurde mir beim Ausgang aus der Minoritenschule überreicht. Hier in Breslau war nur Dr. Semmler zu wählen. Im Wahllokal großes Gedränge. Eine Frau gab erst den Umschlag ab, dann den Wahlzettel, beides ungültig. Eine andere Frau überreichte den Umschlag und sagte „Zentrum“. Da nach den Auftritten hier bei unserer Parteiführerversammlung und den Erklärungen von Voigt im Volksrat der Kommandierende General nicht mehr zu halten ist, bespreche ich die ganze Angelegenheit mit Seiner Exzellenz selbst. Nach einiger Zeit ruft mich der Zentralgrenzschutz Ost, Major v. Willisen an, Exzellenz v. dem Borne

würde Oberbefehlshaber vom Armeeoberkommando Süd, er bliebe auch Kommandierender General vom VI. Korps, ginge aber von Breslau fort nach Sagan. Ich müsse dann die Geschäfte allein führen. Oberstleutnant v. dem Hagen bliebe im Baltikum.

Von Januar bis etwa zum Mai war die Stelle des Kommandierenden Generals verwaist. Gerichtliche und wichtige persönliche Angelegenheiten, über die der Chef nicht selber entscheiden konnte, unterlagen dem Vollzug durch einen der Divisionskommandeure innerhalb des Korpsbereiches. Am längsten hat in dieser Weise Generalleutnant von Friedeburg als Kommandeur der 2. Garde-Division das Korps geführt, bis Seine Exzellenz nach Rückkehr mit der Division aus Bayern alsbald nach Breslau übersiedelte und dann im Juni endgültig mit der Führung des VI. Armeekorps betraut wurde (s. 17. 5. 19).

Voigt mischt sich auf Veranlassung des Zentral-Soldatenrates wieder in die nunmehr geordnete Oberbefehlshabersache ein. Der Soldatenrat wünsche überhaupt keinen Kommandierenden General mehr. Zu der Zeit, als Exzellenz v. Heineccius (s. S. 9) beurlaubt gewesen wäre, sei es doch auch so gegangen. Ich lehne es ab, in die Sache hineingezogen zu werden, und der Soldatenrat telegraphiert von sich aus an Hindenburg.

20. Januar.

In Oberschlesien flaut der Streik nunmehr ab. Im Verfolg der Besprechungen mit Minister Hirsch ist dort eine Kommission zusammengetreten, die über die Sozialisierung der Bergwerke beraten soll. Von Unternehmerseite ist Geheimrat Hilger ernannt worden. Bei ihm kommen die Neuerer ganz besonders vor die richtige Schmiede. Die Zustände bei den republikanischen Volkswehrbataillonen in Oberschlesien, die nach wie vor fast jeden Offizier ablehnen, werden immer grotesker. Die 117. Infanterie-Division meldet, in dem Grafen Keller, dem Kommandeur der Stellvertretenden 23. Infanterie-Brigade in Gleiwitz, eine geeignete Persönlichkeit gefunden zu haben, um diese Leute unter eine militärische Leitung zu bringen. Dieser Gesellschaft ist aber meines Erachtens nur durch Auflösung beizukommen.
Auch die Lage an der tschechischen Front verschärft sich. Vor der Brigade Brandenstein finden Truppentransporte statt. Die Orte am Reichensteiner Gebirge werden stärker belegt. Wir rechnen mit einem Vormarsch von Ziegenhals auf Camenz. In diesem Abschnitt steht das Regiment zur besonderen Verwendung 4, das wenigstens wieder eine, wenn auch bescheidene, Gefechtskraft hat. Schwierigkeiten zwar auch hier.
Vernichtend wieder ein Bericht aus Kreisau über Disziplinlosigkeit, eigenmächtige Requisitionen und den militärischen Wert der Truppen der Brigade zur besonderen Verwendung 5. Die Landräte von Waldenburg und Landeshut sind übereinstimmend

durch die ihnen unterstellten Bürgermeister z. B. von Friedland, Charlottenbrunn, Liebau dahin informiert, daß der Grenzschutz im Falle eines tschechischen Angriffes nur eine Gefahr für die eigene Bevölkerung bilde. Er liefe sofort davon, allenthalben hätten die Soldaten erklärt, sie dächten nicht daran, sich von den Tschechen totschlagen zu lassen. Die Kreise wünschen jetzt wieder auf den früheren Zustand zurückzukommen, aus der Bevölkerung eigene Leute in Patrouillen zusammenzufassen und diese an der Grenze patrouillieren zu lassen.
Auch die Ernährungsfrage kommt zur Sprache, wie sich insonderheit gerade im Kreise Glatz und Habelschwerdt, sogenannten Überschußkreisen, die ländliche Bevölkerung immer mehr weigert, Milch und Futter abzuliefern. In der Woche vor der Revolution wurden im ganzen Regierungsbezirk Breslau rund 2 300 000 Liter Milch, zu Beginn dieses Monats nur 1 900 000 Liter abgeliefert. Man sieht, wie sich die Fettversorgung verschlechtert. Dies wird nur auf das Eingreifen der Soldatenräte in die sie überhaupt nichts angehenden Wirtschaftsausschüsse zurückgeführt. Denn „sie saugen nur das Land aus unter Bezahlung der erstaunlichsten Preise.“

Der Soldatenrat in Glatz, einem der wichtigsten Kreise für die Fettablieferung, denkt anders. Er schreibt an den Landrat von Habelschwerdt Mitte Dezember 1918: „Die Bildung der Wirtschaftsausschüsse ohne unsere Mitwirkung scheint nicht richtig zu erfolgen. Ich bitte um Mitteilung, an welchen Orten Wirtschaftsausschüsse zu bilden sind, damit wir Vertreter nach dort senden können.“ Der Landrat v. Saldern verbittet sich die Einmischung, trotzdem hält der Soldatenrat Versammlungen zwecks Bildung von Wirtschaftsausschüssen in allen größeren Orten der Grafschaft ab und liquidiert für seine Reisen rund 100 Mark. Der Landrat von Glatz bezahlt hierauf Vorschüsse aus der Kreiskommunalkasse, der Landrat von Habelschwerdt aber weigert sich und stellt die Zahlungen den Gemeindevorstehern anheim. Der Gemeindevorsteher bzw. der Versorgungsausschuß von Seitenberg schreibt: „Die Bezahlung von 10 Mark an den Soldatenrat Winter wird abgelehnt, da Winter an diesem Tage in seiner Rede nur Propaganda für seine — sozialdemokratische — Partei gemacht hat. Winter war übrigens gar nicht beauftragt, bei der Bildung von Wirtschaftsausschüssen mitzuwirken.“ Als sich schließlich die Bezirksfettstelle die Eingriffe des Soldatenrates Glatz verbittet, antwortet dieser: „Für die Zukunft müssen wir deshalb jede Verantwortung für gegebenenfalls aus den Umständen heraus entstehende Beunruhigung ablehnen. Von den Zivilbehörden ist ein verständnisvolles Erkennen der sozialen Schäden nicht beabsichtigt.“
Trotzdem wurde im März durch den Glatzer Soldatenrat in Seitenberg der von den gesamten Gemeindemitgliedern früher gewählte Wirtschaftsausschuß einfach abgesetzt, dann aber durch den Volksrat Breslau wieder reaktiviert.
Durchsuchungen nach Lebensmitteln und Fettbeständen, besonders auf dem Lande, waren an der Tagesordnung. Die Soldatenräte kühlten so ihr Mütchen an dem nicht

beliebten Teil der Bevölkerung, glaubten ihre Macht zu zeigen, besonders wenn sie — was gerne geschah — gegen Amtspersonen auftraten. Ab und zu fiel auch für die Herren persönlich etwas dabei ab. Wenn der machtlose Breslauer Zentralsoldatenrat von Übergriffen erfuhr, legte er sich aufs Bitten und telegraphierte z. B. an den Kattowitzer Soldatenrat: „Wir haben in Erfahrung gebracht, daß Ihr 71 Zentner Speck beschlagnahmt habt; wir möchten doch bitten, den Speck im Sinne der Gerechtigkeit zu verteilen. Und es sind uns die Klagen zugegangen, daß sowohl die Arbeiterschaft als auch der Grenzschutz nichts erhalten hat."

Denunziationen war Tür und Tor geöffnet. Es genügte, wenn z. B. der Arbeiterrat aus Tarnau „Verdacht schöpfte". Es war dies ein Rat, von dessen drei Mitgliedern zwei wegen schweren Diebstahls bzw. Amtsvergehens erheblich vorbestraft waren. Der Oppelner Soldatenrat, nunmehr als „Vollzugsrat, in dessen Händen die oberste Kommandogewalt liegt", wie dessen Vorsitzender Mayer schreibt, schickte einen Matrosen und einen Beauftragten nach Tarnau und suchte bei dem Denunzierten, dem Amtsvorsteher, nach. Ergebnis: nicht das geringste fand sich außer tadelloser Ordnung. Die schwer in ihrer Ehre gekränkte Frau des Amtsvorstehers aber legte die Verwaltung der Säuglingsfürsorgestelle Tarnau nieder. „Dies der soziale Erfolg", wie der Landrat Lücke des Kreises Oppeln bemerkte. Der denunzierende Arbeiterrat Tarnau hatte sich natürlich an dem Fest beteiligen wollen. Der Matrose aus Oppeln dagegen meinte: „Von meinem Standpunkt aus kann doch nicht jeder ohne irgendeine Bescheinigung mit solchen Leuten, die dazu beauftragt sind, mitgehen und dann Haussuchungen mitmachen helfen."

Auch Bäder und Sanatorien wurden durch Erhebungen beunruhigt. Gerade im Glatzer Bergland fand man die gesuchtesten Objekte: Reinerz, Altheide, Kudowa. Auch das Sanatorium Wölfelsgrund des Sanitätsrats Dr. Jaenisch sollte aufgesucht werden. Da man aber von der energischen Persönlichkeit des Sanitätsrates allerhand Unfreundliches befürchtete, beauftragten die Glatzer, ohne den zuständigen Landrat in Habelschwerdt vorher zu befragen, den Gendarmen Maywald mit dem Gang nach Wölfelsgrund. Der Gendarm ist allerdings niemals eingetroffen. In Reinerz wollte derartige Durchsuchungen ein mehrfach mit Gefängnis vorbestraftes Individuum des Glatzer Soldatenrates ausführen. Stieß hier aber auf den Bürgermeister Dr. Goebel, der dem ganzen Spuk ein schnelles Ende bereitete.

21. Januar.

Tschechen und Polen geraten sich nun in die Haare, so daß wir hoffentlich der tertius gaudens werden. Bei Mährisch-Ostrau geht es um die dortigen Kohlengruben, bei Teschen soll bereits gekämpft worden sein. Besprechung mit Zentralgrenzschutz Ost, der nunmehr meint, außer dem Freikorps Hasse könne er uns nichts mehr schicken, das soll aber sofort kommen.

Major Solger erscheint, bittet um Verwendung. Er bekam aus unserem Jahrgang den Kaisersäbel auf der Kriegsakademie, kommt mir wie gerufen, den bisherigen Kommandeur des 2. Bataillons Regiments 2 in Liebau, in dem Sengen Soldatenrat ist, zu ersetzen. Als Solger mich doch sehr gedrückt über den furchtbaren Soldatenratsspektakel findet, sagt er: „Sie werden auch darüber noch einstens lachen.“ Ich kann mir vieles, aber nicht das vorstellen!

22. Januar.

Vertreter der Grafschaft wenden sich direkt an Wilson und weisen darauf hin, daß sie seit annähernd 200 Jahren zu Deutschland gehören. Geographisch und wirtschaftlich hingen sie vollkommen mit Deutschland zusammen, und sie wollten deutsch bleiben. Allenthalben Protestversammlungen.
In Oberschlesien hat sich in Beuthen ein polnisches Unterkommissariat des „Obersten Polnischen Volksrates der ehemaligen polnischen Landesteile“ gebildet, das ein Justizrat Czapla leitet. Wie bekannt wird, soll von hier aus eine Delegation aus drei Personen über Krakau nach Lausanne und von da nach Paris zum Pariser National-Comité gefahren sein, um darauf zu dringen, daß Oberschlesien demnächst zu Kongreßpolen geschlagen wird. Der Vorsitzende der Delegation soll aus Beuthen sein. Wenn wir auch dieser Landesverräter nicht mehr habhaft werden können, soll doch wenigstens Czapla verhaftet werden. Dieser hat die Dreistigkeit gehabt, an den Volksrat hier zu telegraphieren und zu verlangen, daß die paar Landesverräter, die noch festgesetzt werden konnten, wieder enthaftet würden . . .

23. Januar.

Wir kommen mit den Freiwilligenwerbungen nur schlecht weiter. Besonders auch im Freiwilligenkorps Schlesien fehlt uns der Studentenzulauf. Die Zeitungspolemiken, die Zuschriften von ehemaligen Frontkämpfern und dergleichen machen die Sache nicht besser. Diese Leute wollen alle nur dann kommen, wenn im Freikorps Schlesien kein Soldatenrat besteht. Es hilft nichts, daß General Weber (Kommandeur des Freikorps Schlesien), und daß wir uns alle persönlich in den Dienst der Sache stellen, in Versammlungen an der Universität, der Technischen Hochschule sprechen, es wird immer nur dieser eine Punkt herausgezerrt: „Wir kommen nicht, wenn Soldatenräte in der Truppe was zu sagen haben!“

Nach einer Studentenversammlung, in der ich wieder persönlich zum Eintritt in das Freikorps geworben hatte, hieß es in den Zeitungen: „Es kann von uns niemand verlangen, daß wir unsere ganze Existenz für eine vollständig aussichtslose Sache — und das ist das Freiwilligenkorps in seiner heutigen Gestalt zweifellos — noch einmal aufs Spiel setzen.“ Ein Leutnant der Reserve schreibt: „Meint der Herr,

daß wir jetzt bereit sind, in Abhängigkeit von der Gnade dieser Leute den Offizier spielen zu dürfen? Wenn die Gründung von Truppen ohne jeden Rat, sei es Vertrauens- oder Soldatenrat, an gewissen Widerständen scheitert, warum wird für kein Offiziersbataillon geworben?“ Ein anderer bezieht sich auf die vorstehende Veröffentlichung und erweitert sie dahin, daß mit ihr die Stimmung treffend wiedergegeben sei. Weiten Kreisen des Offizierkorps sei hier aus der Seele gesprochen. Schließlich beklagt sich ein kriegsverwundeter Offizier, daß ihm obendrein in der Heimat noch die Achselstücke abgerissen worden wären. Kein Mensch könne verlangen, daß Offiziere in solchen Haufen noch Dienst täten, ehe „man“ nicht für Ordnung gesorgt hätte. „Man“ war im übrigen nicht näher bezeichnet.

Von Anfang an aber hat sich die Zweigstelle des Deutschen Offizier-Bundes unter ihrem Vorsitzenden, dem Generalleutnant von Paczensky, rückhaltlos für das Eintreten der ehemaligen aktiven und Reserveoffiziere in den Grenzschutz eingesetzt und somit neben den oftmals schon genannten Verbänden dem General-Kommando seine Aufgabe wesentlich erleichtern helfen. Der Deutsche Offizier-Bund Schlesien schrieb: „Wir haben jetzt unsere persönliche Ehre hintenanzusetzen“ und stellte sich damit völlig auf die Seite des General-Kommandos.
Und nur weil der weitaus größte Teil des Offizierkorps blieb und mitarbeitete, er nicht abseits stand und abwartete, bis irgendein Unbekannter freie Bahn geschaffen hätte, nur deshalb ist es nicht so gekommen, wie jene Herren in den Zeitungen voraussagten. Die Schicksalsstunde zwischen altem und neuem Heere hat im deutschen Offizierkorps kein schwaches Geschlecht gefunden!

Einen Lichtblick bedeutete auch die Regsamkeit der Verbände. Im Fürstensaal des Breslauer Rathauses hatte das General-Kommando z. B. die Arbeitgeberverbände, Vertreter der Behörden und einzelne Persönlichkeiten eingeladen. Die Schilderung, wie es in Wirklichkeit an der Polen- und Tschechenfront aussieht, hatte doch wohl die Versammlung stutzig gemacht.

Jetzt ruft schon der Verband schlesischer Metallindustrieller zum Beitritt in die Freikorps auf, garantiert einen Sonderzuschuß von 3 beziehungsweise 2 Mark jedem Freiwilligen und hält ihm seine Stelle bis zum 1. Mai offen. Auch der Berg- und Hüttenmännische Verein in Kattowitz rührt sich. Er will Grubenangestellte und zuverlässige Leute zur Verfügung stellen, um drei Bataillone: Beuthen, Kattowitz und Gleiwitz auf die Beine zu bringen. Die Beamten und Arbeiter, die sich aus seinem Bereich melden, sollen einen Teil ihrer bisherigen Löhnung weiter beziehen. Über diese Details für Oberschlesien können wir uns in Breslau nicht kümmern, die 117. Division betreibt sie allein.

Hier entstanden am 10. Januar 1919 die Stämme des Oberschlesischen Freiwilligenkorps, das späterhin sich in Oberschlesien so vorzüglich bewährte.

Generalmajor Graf v. d. Goltz wird Stellvertretender Gouverneur von Libau-Kurland. Er geht wohl nicht ungern aus Schlesien fort, weil das General-Kommando ihn nicht genügend unterstützen konnte. Aber bei allen Beschwerden ist es so, daß die unterstellten Formationen diese schließlich nach Breslau richten und hier Abhilfe verlangen. Das General-Kommando, als letzte entscheidende Instanz, kann wiederum nur der Truppe befehlen, so oder so zu handeln. Diese antwortet dann, sie verfüge selbst über keinerlei Machtmittel. Die Spannung bleibt zurück, und das Odium von Schlappheit und bösem Willen hängt Breslau nach.

24. Januar.

Major v. Heydekampf vom Kriegsministerium sucht mich über die Oberste Heeresleitung auf Befehl von General Groener auf und berichtet über die Verhandlungen Voigt-Oberste Heeresleitung wegen des Auftrittes mit dem General v. dem Borne. Heydekampf möchte wissen, ob die Lösung, daß Oberstleutnant v. dem Hagen — von der baltischen Landeswehr zurückgeholt — zum Kommandierenden General ernannt und ich Chef würde, tragbar sei. Ich erwidere, daß dieser Ausweg überhaupt nicht in Frage käme, da er schließlich doch nur darauf hinausgehe, daß wir beide uns hier als Chef betätigten. Dies führe nur zu Unzuträglichkeiten. Sowohl General v. Loßberg als auch Zegrost betonen immer, daß hier in Schlesien beim General-Kommando erreicht worden wäre, was zu erreichen sei. Wir hätten die Sachen besser im Stande als alle anderen General-Kommandos, mit denen es nichts als Schwierigkeiten gäbe. Trotzdem scheitert die endgültige Beleihung mit der Chefstelle an meinem Patent, nach dem ich selbstredend viel zu jung bin, zumal so viel ältere, fast auch alle ehemaligen Armee-Chefs ohne Verwendung sind. Wer gern diesen Posten übernähme, ahnt nicht, wie dornenvoll dieser Sessel und wie groß der Nervenverbrauch. Heydekampf kommt dann auf Befehl der Obersten Heeresleitung auf die Verfügung der Reichsregierung und des Kriegsministeriums vom 19. Januar zu sprechen). Im Bereich des Korps ist aber die Kommandogewalt bereits eindeutig für die Vorgesetzten geregelt. Ich bitte Heydekampf, dem Minister Reinhardt zu melden, daß ich nicht willens sei, seine Verfügung für Schlesien in Kraft zu setzen. Bestätigung der Offiziere durch ihre Untergebenen, Fortfall der Rangabzeichen, gegenseitige Grußpflicht, das alles sind Dinge, die für uns gänzlich untragbar sind und einen schweren Rückschritt bedeuten würden.*

26. Januar.

Preußen — Wahltag! Ich wähle einen deutschnationalen Schornsteinfegermeister. Entwurf zu einem Geburtstagswunsch an unseren Kaiser, nur von uns vier Breslauer Generalstabsoffizieren unterschrieben.

---

*) Vgl. Deutscher Offizier-Bund Nr. 12 v. 25. 4. 1930 „Der Streit um die Kommando-Gewalt beim VI. A. K. in Schlesien".

Betrachtungen, wie die Eisenbahnbrücke östlich Ostrowo zu zerstören ist, über die als einzigen Zubringer die Kohle für die Provinz Posen aus Bendzin rollt. 7. Kavallerie-Schützendivision soll Weisung erhalten, die Sprengung durchzuführen.

27. Januar.

Ich traf früh, nachdem ich acht Stunden im Flur des D-Zugwagens gestanden hatte, auf Bahnhof Friedrichstraße ein. Der Kriegsminister hat mich bestellt wegen Außerkraftsetzens der Verfügung vom 19. Januar. An Kaisers Geburtstag, welch miserables Bild! Wo sonst alles in Flaggen, in festlicher Stimmung, wo wir im Paradeanzug, da heute Zivilisten mit umgedrehten Gewehren, Gesindel und Arbeitsscheue. Unter den Linden rote Lappen auf den Regierungsgebäuden. Im Schloß Bellevue bei Zegrost und dann zum Kriegsminister. Dieser trägt keine Achselstücke mehr, dafür aber einen blauen Ärmelstreifen, ebenso Oberst von Pawelsz, der im Kriegsministerium Abteilungschef ist. Ich bin in Zivil. Oberst Reinhardt spricht zunächst allgemein über Schlesien und kommt dann auf die Verfügung über die Kommandogewalt vom 19. Januar zu sprechen, die ich außer Kraft gesetzt hätte. Major von Heydekampf habe ihm die Gründe bereits mündlich mitgeteilt. Als der Minister von Schwierigkeiten spricht, die ich ihm mache, erwidere ich, daß Schwierigkeiten zu machen mir persönlich völlig fern läge. Aber in Schlesien seien wir weiter als im übrigen Deutschland. Auch sei die Bedrohung der Provinz so stark, sowohl von außen wie von innen, daß in allererster Linie auf das Offizierkorps Rücksicht genommen werden müsse, das für eine schlagfertige Truppe verantwortlich sei. Oberst Reinhardt unterbricht mich. Alle Welt beanstande jedwede Verfügung des Kriegsministeriums, entweder nach der einen oder anderen Seite hin. Es sei doch gänzlich unmöglich, daß für das General-Kommando VI ein derart wichtiger Erlaß des Kriegsministeriums und der gesamten Reichsregierung nunmehr nicht gelten solle. Ich weise den Minister nochmals auf den Rückschritt hin, den dieser Ukas in Schlesien bedeute; es sei ein undurchführbares Verlangen, daß das General-Kommando zu dieser Verschlechterung die Hand reichen solle. Seien wir bereits weiter als andere, so müsse dem Rechnung getragen werden. Überdies sei doch dieser Erlaß von ihm, dem Kriegsminister, selbst nur als Behelfsmaßnahme bezeichnet worden. Der Kriegsminister beendet das unmilitärische Gespräch mit den Worten: „So doch nicht!" und sagt dann: „Kommen Sie mit zu dem Ministerium des Innern. Hier soll über die Bedingungen verhandelt werden, die den polnischen Unterhändlern vorzulegen sind, wenn sie hierher kommen, was aber noch ganz zweifelhaft ist" (s. 3. Februar 1919). Da die Minister Hirsch und Ernst keine Referenten mitgebracht haben, werde auch ich abgelehnt und bin — wenn auch nicht direkt in Gnaden — so doch entlassen.

IX. KAPITEL

Vorbereitung der Aushebung. Besetzung der Schlesischen Zeitung. „Vorzensur". Schwierigkeiten im General-Kommando wegen des Gefreiten Bochinski. Bolschewistische Soldatenräte in Oberschlesien. Wie die Räte sich dort bildeten. Ultimatum General Hoefers. Republikanische Volkswehr-Bataillone. Die Unabhängigen in Lamsdorf. Graf Pückler in Weimar wegen der Aushebung. Aufruf General Feldmarschall v. Hindenburg. Dienstansetzen durch Soldatenräte.

General v. Loßberg teilt mir mit, daß er den Knoten durchgehauen und bei der Obersten Heeresleitung durchgesetzt habe, daß ich nun definitiv mit der Chefstelle beliehen worden sei, die ich so lange schon provisorisch bekleidet habe. Unruh, der daneben steht und solange schon Chef war, beglückwünscht mich in seiner herzlichen Art. Mir ist diese neue Regelung nicht so ganz angenehm, da ich jetzt als Chef nicht ohne weiteres mehr fort kann und meine Familie im besetzten Gebiet allein weiß.

31. Januar.

Voigt kommt recht erschlagen von einer Soldatenratssitzung zu mir, er ist seinen Kameraden zu gemäßigt. Auch gegen seinen Vertreter Eggers, obwohl der mir schon aufgeregt genug ist, wendet sich die Wut. Wortführer sei der Gefreite Frey gewesen, Vorsitzender des Garnison-Soldatenrates. Man wolle Widera in den Zentralsoldatenrat schieben, um Eggers zu ersetzen. Für mich, wenn ich mich an der Persönlichkeit des Grenadiers an und für sich nicht stoßen würde, viel bequemer, da Eggers weit klüger ist. Mein Hinweis gestern im Volksrat, daß nur die absolute, ganz selbstverständliche Kommandogewalt uns helfen kann, habe ihm seine Stellung nicht gerade erleichtert.

Mit General v. Loßberg zur Vorstandssitzung des Volksrates im Fürstensaal des Rathauses. Der General wird als Chef des Generalstabes des Armee-Ober-Kommandos Süd begrüßt. Viele geladene Zivilisten, die ich nicht kenne. Das Referat von Stadtrat Prescher bewegt sich in den Bahnen, daß die Tschechen, wenn die Pariser Zusicherung vom 3. Oktober 1918 stimme, uns Waldenburg und die Grafschaft nehmen wollen. Es sei klar, daß wir gegen 200 000 Tschechen nichts ausrichten könnten bei den Zuständen im Grenzschutz. Prescher kommt dann auf die angesponnenen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Tschechei und Schlesien zu sprechen. Die Tschechen seien bereit, diese unter der Hand mit uns weiter auszubauen, nicht aber mit Deutschland als solchem, da sie mit diesem im Kriegszustand. Handelsrichter

Goldschmidt, Charlottenbrunn, unterstreicht das und behauptet zu wissen, daß die Tschechen von Braunau auf Kamenz wollten, um so diesen Zipfel der Grafschaft in die Hand zu bekommen. In Mährisch-Ostrau sei eine Ententekommission, die sich nach einem Einmarsch in die Grafschaft mit dieser Tatsache bestimmt abfinden werde. Goldschmidt streift die Verhaftung des Generals v. Kessel in Hirschberg (s. S. 49), die drüben bekannt sei und naturgemäß für unseren Bolschewismus spräche. Klagen gegen Berlin, das langsam und bürokratisch arbeite und scheinbar nicht erkenne, daß die wichtigste Provinz des Reiches in schwerster Notlage ist. Giesches Erben hätten Kohlen ausführen wollen, um dafür Zink und Blei zu bekommen; Berlin habe es abgelehnt. Ich kann zu all diesen Klagen nur folgendermaßen Stellung nehmen: Von militärischer Seite ist geschehen, was geschehen konnte. Das Freikorps Hasse wurde uns zugeschoben, und damit hat jedenfalls der Zentral-Grenzschutz Ost sein Versprechen eingelöst, daß wir nach den Wahlen zur Nationalversammlung auf Truppen rechnen könnten (s. 11. Januar). In Oberschlesien ist ja eben erst wieder ein Streik niedergerungen worden; dort steht trotzdem noch alles auf des Messers Schneide. An der tschechischen Front nun Streik der Soldaten. Wenn die Tschechen, nach den erstaunlichen Mitteilungen des Handelsrichters Goldschmidt, tatsächlich so genau unterrichtet sind und uns nun einfach überrennen, so ist das lediglich die Schuld jener erbärmlichen Aufwiegler unter dem Grenzschutz. Vereinte man aber alle Gewalt und damit auch wieder alle Verantwortung bei dem Offizierkorps, dann wäre Schlesien zu schützen, sonst nicht. Auch mit den halben Maßregeln der Freiwilligen-Anwerbungen kommt man nicht aus. Graf Pückler berichtet darüber eingehend. Nur mit einer regelrechten Aushebung von einzelnen Jahrgängen, die man vorbereiten müsse, sei Widerstand zu leisten. Trotzdem die maßgebenden Stellen des General-Kommandos tagtäglich in Versammlungen gesprochen und geworben hätten, sei der Zulauf zu dem Freiwilligenkorps Schlesien gering. Die ländlichen, guten Elemente kämen nicht, weil der Nachbar nicht ginge. Wie bereits angedeutet, sei der Erfolg nur durch eine Aushebung bestimmter Jahrgänge sicherzustellen. Man müsse noch mehr auf die Presse einwirken, unsere entsetzliche Lage schildern und sich nicht scheuen zu sagen, daß wir an Aushebungen herangingen. Die Pressestelle des Redakteurs Petzold beim Volksrat müsse in jeder Weise anerkannt werden, aber die Anstrengungen seien noch zu verdoppeln. Der Vorsitzende Philipp steht dem Gedanken der Aushebung wenigstens nicht ablehnend gegenüber. In solchen Momenten bedauert man, daß zu diesen Volksratssitzungen nicht auch ein größerer Teil jüngerer Offiziere geladen werden kann, damit sie sehen könnten, wie wir doch allmählich mit Ruhe ein Stück vorwärts schreiten. Hätten wir durch grobes Zufassen diese Sozialdemokraten hier von Anfang an vor den Kopf gestoßen, würden sie jetzt nicht so ohne weiteres gerade diesen Forderungen des General-Kommandos zustimmen. Die Versammlung steht auf einem hohen Niveau, und man erkennt an allem, daß diese Schlesier an ihrem Teil mitarbeiten wollen.

Schließlich stellt der Garnison-Soldatenrat durch Widera das Verlangen, die Verfügung vom 19. Januar über die Kommandogewalt für Tage außer Kraft zu setzen, weil die Kommandogewalt der Herren Offiziere — Herren sagen sie immer — die Truppe dem Bolschewismus ausliefere. Eine Deputation des Soldatenrates wolle deshalb nach Berlin. Da ich Kaisers Geburtstag dem Kriegsminister erklärte, die Verfügung käme für das General-Kommando VI keinesfalls in Frage, so wird dem Garnison-Soldatenrat dieser Knochen vorgeworfen, den er, trotzdem er bereits abgenagt ist, triumphierend seinen Genossen vorzeigen wird.

Als ich nachher den Handelsrichter Goldschmidt frage, welches seine Nachrichtenquellen seien, sagt er, so weit sie die Wirtschaftsfragen beträfen, stammten sie vom tschechischen Handelsminister selbst, mit dem er befreundet. Die militärischen Unterlagen kämen bei ihm an der Grenze zusammen. Was Goldschmidt von der militärischen Bedrohung sagt, stimmt mit dem überein, was auch unser Nachrichten-Offizier durch seine Agenten neuerdings meldet. Entsprechende Verschiebungen sind durchgeführt, so beim Regiment zur besonderen Verwendung 4, dem auch das Freikorps Pavel unterstellt wird.

2. Februar.

In Breslau sollen 13 000 Arbeitslose sein. Die Versammlung gestern im Lokal Friebeberg, zu der Gruschwitz, ihr Obmann, diese Unglücklichen eingeladen hatte, endete auf der Straße. Die Türen der Druckerei der Schlesischen Zeitung wurden eingetreten, und ebenso skandalierte man vor der Schlesischen Tagespost. Die Schlesische Zeitung war durch einen Posten der Sicherheitswehr des Herrn Frey besetzt. Selbstredend verlangten die Demonstranten zunächst Abzug dieser Wache, dann wollten sie nach Hause gehen. Herr Frey ließ sich auf den Kuhhandel ein, seine Sicherheitswehr verließ das Haus durch eine Hintertür, und befriedigt zogen auch die Widersacher nach getaner Arbeit davon. Der Vorgang eröffnet eine reizvolle Perspektive.

Überdies hat der Gefreite es vor 14 Tagen für nötig gehalten, den Grafen Seidlitz-Sandreczky anzurufen, um ihm zu sagen, daß der deutschnationale Provinzialverein für Schlesien ein aufreizendes Flugblatt „Plünderung der Speisekammern" herausgebracht habe. Er, Frey, lehne es ab, Parteibüros, die solche Flugblätter druckten, zu schützen.

4. Februar.

Vorzensur über das Striegauer Tageblatt wegen eines Artikels „Soldatenräte und Regierung", der den Nagel auf den Kopf trifft und weiteste Verbreitung verdient.

Der Vorgang dieser Vorzensur, „damit künftighin solch gemeines verleumderisches und beleidigendes Geschreibsel nicht mehr in die Öffentlichkeit kommt", spielte sich

so ab, daß der Redakteur des Striegauer Tageblattes, Alfred Schmidt, zum Arbeiter- und Soldatenrat geholt wurde, der im Gasthause zum Bären tagte. Hier befand sich auch der sozialdemokratische Parteisekretär Daubenthaler, alsbald Nachfolger des Freiherrn v. Richthofen als Landrat des Kreises Striegau. Da Schmidt sich voll und ganz mit dem Artikel einverstanden erklärte, wurde von diesem Gremium die Vorzensur verhängt. Diese wollte der Rat selber vornehmen. Da er aber beizeiten Feierabend machte, die Zeitung jedoch erst um 7 Uhr erschien, blieb beinah alles beim alten. Auch setzte sich der Pressechef Petzold beim Volksrat alsbald energisch für die Aufhebung dieser „Vorzensur“ ein.

Der Arbeiterrat der Donnersmarckhütte ersucht telegraphisch um Zurückziehung des Grenzschutzes. Das Bild in Oberschlesien ist, soweit es die Streiks angeht, wesentlich ruhiger geworden. Hingegen nimmt die polnische Wühlarbeit auf bolschewistischer Grundlage immer üblere Dimensionen an. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß man auch die Volkswehrbataillone mit Erfolg verseucht und glaubt, durch sie Stoßtrupps in die Hand zu bekommen. General Hoefer macht Vorschläge zur Organisierung dieser üblen Formationen; zunächst ist einmal der Weg der Unterstellung unter die 23. stellvertretende Infanterie-Brigade gewählt.

Besprechung im General-Kommando, ob es möglich ist, ganze Jahrgänge in Schlesien auszuheben, wenn die Freiwilligenmeldungen weiter so gering einlaufen wie bisher. Assessor Dr. Ollendorff erscheint bei mir und möchte, daß ich persönlich mit nach Weimar fahre, wo mit der Regierung und dem Kriegsministerium die Aushebung in Schlesien besprochen und die Genehmigung hierzu eingeholt werden soll. Der Gedanke der Aushebung ist selbstverständlich allen linksstehenden Leuten durchaus unsympathisch. Doch hat sich besonders auch Philipp vor einigen Tagen bei der Besprechung im Volksrat darauf festgelegt. Ollendorff sage ich, daß diese ultima ratio nur unsere vollkommene Machtlosigkeit gegenüber den innerhalb der Garnisonen und erst recht im Grenzschutz eingerissenen Soldatenratszuständen dokumentiere. Voigt habe längst selbst erkannt, daß die Soldatenräte lediglich vom tollsten Machtkitzel befallen seien, die Disziplin bewußt niederrissen und politisch immer mehr zu den Unabhängigen herüber glitten. Ohne Soldatenräte genüge die Hälfte der jetzt in Schlesien vorhandenen Truppen, um die Grenze zu sichern. Es stehen jetzt insgesamt in Schlesien etwa 2000 Offiziere und 38 000 Mann unter den Waffen. Hierzu rechnen nicht die Ersatzbataillone. Es ist aber deshalb Ollendorff und den Seinen inbezug auf Soldatenräte nicht beizukommen, weil sie das Offizierkorps nicht kennen. Mir glauben sie und halten mich auch nicht für bösartig, aber was hinter mir steht, meinen sie, denkt nur an die Zurückberufung des Kaisers. Im übrigen sage ich Ollendorff, daß ich für Weimar nicht in Frage käme, Graf Pückler soll an meiner Stelle gehen, um mit den schlesischen Abgeordneten zu verhandeln; der Graf kenne sie teilweise persönlich und wirke auf diese Schlesier naturgemäß stärker als ich.

Wölfelsgrund, den 8. Februar.

Eben bin ich vor zwei Tagen nach hier gefahren, da Oberstleutnant v. dem Hagen zurück ist, als ich ein Telegramm erhalte: „Bitte sofort zurückkommen.“

Beim General-Kommando bestand eine Zentralabteilung. Sie war die persönliche Registratur des Chefs des Generalstabes, ihr stand der Feldwebelleutnant Much vor. Much hat am 7. Februar das Unterpersonal des Generalkommandos auf pünktlichen Arbeitsbeginn kontrolliert, da in dem großen Betriebe Unpünktlichkeit eingerissen war. Unteroffiziere und Mannschaften, die zu spät kamen, sind notiert worden. Der Obmann des Soldatenrates im General-Kommando, der Gefreite Bochinsky, hat, als er beim Eintritt in das General-Kommando diese Kontrolle sah, sich aufgestellt, die Offiziere kontrolliert, die zu spät kommenden angehalten und seinerseits aufgeschrieben. Der Dienstbetrieb im General-Kommando war so geregelt, daß von den Schreibern acht Stunden gearbeitet wurde, die Offiziere saßen hingegen bis tief in die Nacht hinein. Oberstleutnant v. dem Hagen verlangte nun sofort vom Zentral-Soldatenrat die Absetzung des Bochinsky, und zwar sollte bis elf Uhr mittags das Veranlaßte mitgeteilt sein, andernfalls würden die Offiziere nicht weiter arbeiten. Um halb zwölf Uhr antwortete der Zentral-Soldatenrat, er sei nicht zuständig, sondern es käme der Garnison-Soldatenrat in Frage, den man nicht vor fünf Uhr nachmittags zusammenkriegen könne. Das Offizierkorps verließ darauf das General-Kommando bis auf die mit der Taktik und dem Grenzschutz beschäftigten Herren. Truppen der Sicherheitskompagnie besetzten alsdann den Ausgang des General-Kommandos, um der Fortführung von wichtigen Akten, von der die Rede war, vorzubeugen. Im Laufe des Nachmittags fand eine nochmalige Besprechung zwischen den Offizieren des General-Kommandos, Mitgliedern des Volksrates und des Soldatenrates statt mit dem Ergebnis, daß das Offizierkorps um fünf Uhr nachmittags in das General-Kommando zurückkehrte unter der Voraussetzung, daß Bochinsky sofort vom Dienst suspendiert würde. Der Garnison-Soldatenrat trat alsdann zusammen und nahm einstimmig eine Resolution an, die beide Teile, den Obmann Bochinsky als auch den Oberstleutnant v. dem Hagen, der die Revision durch Much angeordnet hatte, für schuldig erachtete, infolgedessen die Suspendierung des Bochinsky ablehnte. In dieser nun völlig verfahrenen Angelegenheit vermittelte erneut der Volksrat. Es kam zu einer Besprechung im Volksrat, an der teilnahmen der Chef des Generalstabes des Armee-Oberkommandos Süd, General v. Loßberg, Oberbürgermeister Dr. Wagner, Mitglieder des Volksrates Stadtrat Prescher, Dr. Ollendorff, Vertreter des Garnison-Soldatenrates und des Zentral-Soldatenrates. Nur die schwere Not der Provinz Schlesien konnte das Offizierkorps des General-Kommandos veranlassen, die nachfolgende Resolution zu unterschreiben:

1. Herr Oberstleutnant v. dem Hagen: Meine Offiziere und ich sind heute früh davon ausgegangen, daß der Zentral-Soldatenrat eine Verschleppung der An-

gelegenheit Bochinsky beabsichtige. Nachdem wir uns überzeugt haben, daß eine solche Verschleppung nicht beabsichtigt war, nehme ich von der Einstellung der Tätigkeit Abstand und werde in diesem Sinne auch meine Offiziere beeinflussen.

2. Herr Widera erklärte: Wir bedauern die Anordnung des Herrn Bochinsky; wir werden dafür Sorge tragen, daß sich ein solcher Fall nicht wiederholt. Auf der anderen Seite erwarten wir, daß auch Feldwebelleutnant Much nachdrücklich auf die Grenzen seiner Befugnisse hingewiesen wird. Dies sagt Oberstleutnant v. dem Hagen zu.
3. Mit diesen Erklärungen wird in Anbetracht der gegenwärtigen schweren Situation die Angelegenheit beiderseitig als erledigt erklärt. (Mitteilung der Pressestelle des Volksrates.)

Dieses Vorkommnis ist für uns entsetzlicher, als ich sagen kann. Wir sind auf der ganzen Linie gegen einen Mann wie Bochinsky unterlegen. In der Volksratssitzung soll sich Dr. Wagner völlig auf die Seite des Offizierkorps gestellt haben. General v. Loßberg hat verlangt, daß Bochinsky zurückträte, und die Resolution hat wie stets Ollendorff entworfen, unterschrieben wurde sie von allen Beteiligten.

Stadtrat Prescher behauptet, Oberstleutnant v. dem Hagen, der inzwischen nun endgültig abgereist ist und mir dieses Erbe überläßt, habe falsch gehandelt. Aus der Erbitterung heraus, die wir alle vom ältesten bis zum jüngsten Offizier gegen diese widerlichen Kontrollorgane haben, kann ich mir nicht denken, daß ich anders gehandelt hätte; auch ich würde höchstwahrscheinlich den Laden sofort geschlossen haben, hätte wohl aber zunächst Voigt kommen lassen und nicht gleich die Sache an die große Glocke gehängt. Man hätte, sollte ich meinen, den Soldatenrat Bochinsky völlig beseitigen können, ohne soviel auf die Brücke zu setzen, daß sie zum Schaden des Offizierkorps restlos zusammenpurzelte.

9. Februar.

Sehr interessant ist die Eröffnungsrede von Ebert in Weimar. Ebert schiebt den Waffenstillstand der Kaiserlichen Regierung in die Schuhe: „Es war die Kaiserliche Regierung des Prinzen Max von Baden, die den Waffenstillstand einleitete, der uns wehrlos machte.“ Bei den Verhandlungen mit den Posener Polen unter Korfanty in Berlin ist nichts herausgekommen. Unsererseits war die Niederlegung der Waffen durch die Bewohner der Provinz verlangt worden, weil sie zum Reich gehört. Die Polen lehnen dies ab.

Heute abend fährt Graf Pückler nach Weimar, nachdem wir alles durchgesprochen; Voigt als Abgeordneter ist schon dort.

In Oberschlesien jetzt vollendeter Bolschewismus. Wir sind uns seiner Größe nur noch nicht bewußt. Zwar auch in Hamburg, Braunschweig, Düsseldorf völlige Anarchie, aber bei uns erst recht. Der Zentralsoldatenrat von Oberschlesien hat am

6. Februar selbständig eine dreigliedrige Gerichtskommission gewählt, vor der sich General Hoefer und sein Generalstabsoffizier Hauptmann Gall verantworten sollen. Nach Berlin geht ein Telegramm dieser Leute ab, welches „die Überordnung der Soldatenräte über die Kommandobehörden — eine Berliner Resolution — begrüßt und dadurch dem Sozialismus zum vollen Erfolge verhilft.“

Vieles hatten wir von den Soldatenräten Oberschlesiens schon hinnehmen müssen, daß sie aber jegliche Scham beiseite werfen und uns mit dem frechen Gesicht des Bolschewismus offen angrinsen würden, das hatte kein Mensch für möglich gehalten. Dazu gerade vergriff sich der Oberschlesische Zentralsoldatenrat an dem Soldaten Oberschlesiens, dessen Person für uns alle ein wahrhaft geheiligter Schimmer umgab: an General Hoefer. Wer diesen einarmigen, mit dem Pour le mérite mit Eichenlaub und dem goldenen Verwundetenabzeichen geschmückten Offizier kennt, empfindet es jetzt noch nach, was es bedeutete, daß eine dreigliedrige Soldatenkommission gewählt wurde, vor der der General in einer Gerichtssitzung erscheinen und diese Soldatenräte dort als Richter anerkennen sollte. Gerade die Wortführer dieses Kattowitzer Zentralsoldatenrates sind späterhin wegen gemeinster Unterschlagungen schwer bestraft worden, und ausgerechnet vor ihnen sollte die wundervolle Gestalt des alten preußischen Generals sich „verantworten“. Ihm sei hier nochmals gedankt für das, was er uns auf dem General-Kommando gewesen ist. Wenn wir vollends nicht mehr ein noch aus wußten, wenn wir unter den bodenlosen Zumutungen der Soldatenräte den Dienst verlassen wollten: Immer wieder wies General Hoefer darauf hin, daß wir wegen unserer Kameraden und wegen der Provinz aushalten sollten, daß gerade in den schwersten Tagen die Treue zum alten Berufe sich am hellsten bewähren müsse. Neben ihm war sein Erster Generalstabsoffizier, Hauptmann Gall, vorgeladen. Auch er trug sein gerütteltes Maß an Last, liefen doch selbstredend der konzentrierteste Soldatenrats-Dreck, die Anwürfe bolschewistischer Arbeiterräte bei ihm zusammen, dem man all die Maßnahmen zuschob, die — dem Gesindel unwillkommen — zur Durchführung der Ordnung veranlaßt wurden. Es war ausgeschlossen, wie ich schon vorher betonte, von Breslau aus nur einigermaßen sichere Entschlüsse für Oberschlesien zu fassen, weil es größtenteils sich um Details, Truppenverschiebungen, Zechenbesetzung, Verhaftung einzelner Persönlichkeiten usw. handelte. Obgleich Oberschlesien der gefährlichste Punkt Schlesiens schon deshalb war, weil die Innenpolitik hier an vorderster Stelle stand, hielt der Divis.-Kdr. alles das von uns fern, was er selbst nur eben entscheiden konnte. Als die 117. Division dann am 31. Januar 1920 beim Einrücken der Entente-Besatzungstruppen Oberschlesien verließ, gab General Hoefer von Schlesien einen Landesteil ab, in dem die Bevölkerung in Ordnung und Ruhe der kommenden Zeit entgegensah.

Es sei hier zunächst auf die Garnison-Soldatenräte und ihre Entstehung in Oberschlesien eingegangen jene Gebilde also, die jetzt über einen hohen Offizier zu Gericht sitzen wollten. Weit vom Schuß des stellvertretenden General-Kommandos, ein-

geschachtelt zwischen zusammenliegenden Industrien, großen Zechenkomplexen mit ihren Häufungen von Arbeitern, hatten sich in den Tagen der Revolution auch bei den kleinsten militärischen Formationen Räte gebildet, allen voran bei den Ersatzbataillonen. Wo keine Ersatzbataillone lagen, taten sich Volkswehrbataillone auf, selbstverständlich auch mit Soldatenräten.

Die Arbeiterschaft stand der Bildung dieser Räte zunächst vollkommen indifferent gegenüber. Die Bewegung der Ratsbildung war, entsprechend russischem Muster, zunächst eine rein militärische; auch waren die Mitglieder dieser Soldatenräte in den allerseltensten Fällen Schlesier. Sie waren vielmehr zumeist völlig landfremde Elemente, die der Krieg in die Ersatzbataillone oder Lazarette nach Oberschlesien verschlagen hatte. So bestand z. B. der Soldatenrat in Cosel aus einem gewissen Neuländer, der vor dem Krieg in Paris gelebt hatte, einem Matrosen Wilke aus Hamburg, einem Manne namens Kiessel aus Münster im Taunus, einem kaum zwanzigjährigen Kriegsfreiwilligen Mundhenke, Herkunft unbekannt, und einem gewissen Fraschka aus Borislawitz. Der Vorsitzende des Garnisonsoldatenrates Gleiwitz stammte aus Köln, der von Königshütte aus Aachen. Ihre Eignung zu dem neuen Amt hatten die meisten dieser Herren durch ihre rhetorischen Leistungen am 9. November 1918 bewiesen. Erst nach und nach bildeten sich auch Arbeiterräte, die sich mit den Soldatenräten zusammentaten und späterhin dann als „Soldaten- und Arbeiterräte“ auftraten. Da das militärische Element aber dauernd in diesen gemischten Räten überwog, so trennten sich schließlich die Arbeiter wieder von ihren Mitarbeitern. Die Soldatenräte, nunmehr allein, hat diese Trennung aber nicht gehindert, sich getrost Soldaten- und Arbeiterräte weiter zu nennen, auch diesen Stempel haben sie meist bis zuletzt geführt.

Um diese Garnison-Soldatenräte los zu werden, lag nichts näher, als zunächst die Ersatzformationen aufzulösen, was auch den Weisungen des Demobilmachungsplanes entsprach. Denn deren Aufgaben konnten jetzt durch aktive Truppen übernommen werden. Mit dem Eintreffen der 117. Division wurde also im Dezember 1918 befohlen, die Ersatzbataillone eingehen zu lassen. Ließ sich diese Maßnahme auch nicht von einem zum anderen Tage durchführen, so verschwanden doch die Bataillone alsbald — nicht so ihre Soldatenräte. Diese wechselten am Tage des Aufhebens der Ersatzbataillone lediglich ihren Namen und nannten sich nunmehr Garnisonsoldatenräte, hinter denen aber keine Truppe mehr stand. Die Garnisonsoldatenräte regierten nun in der Weise, daß sie vorgaben, für das „Wohl und Wehe“ der in ihren Garnisonen zufällig untergebrachten oder dort nur vorübergehend hinverlegten Grenzschutztruppen sorgen zu müssen, also auch für die aktiven, die ja bekanntlich ihre eigenen Soldatenräte hatten. So also konnten sie auch weiterhin ihre verseuchende Tätigkeit ausüben.

Nach Bekanntwerden des Beschlusses, über den Divisions-Kommandeur zu Gericht zu sitzen, fand zunächst eine Besprechung statt zwischen dem Divisions-Kommandeur

und dem General-Kommando, deren Resultat ein am 8. Februar durch den Divisions-Kommandeur dem General-Kommando überreichtes, auf den 12. Februar befristetes Ultimatum war. Es verlangte Neuwahl der Garnison-Soldatenräte, Auflösung des Zentral-Soldatenrates für Oberschlesien und wurde vom General-Kommando auf Unterstellung der Volkswehrbataillone unter Offiziere der 117. Infanterie-Division erweitert. Mit Wissen, wenn nicht direkt auf Drängen, also von Breslau entstand dieses Schriftstück. Mit ihm in der Hand besaß das General-Kommando eine Waffe, die es nicht willens war, ungenutzt zur Seite zu legen. Zwar im Augenblick konnte nichts geschehen, als General Hoefer zu bitten, die Entscheidung einer Sitzung hier in Breslau abzuwarten, an der Hörsing und Voigt aus Weimar teilnehmen sollten. Beide waren im Augenblick noch in der Nationalversammlung. Der General ließ sich herbei, bis zum 15. seine Forderungen zurückzustellen. Dem Volksrat wurde von dem Ultimatum Kenntnis gegeben, ebenso, daß das General-Kommando den Standpunkt der 117. Infanterie-Division teile und sie aus Oberschlesien herausziehen würde. Die Garnison-Soldatenräte könnten dann mit den Volkswehren die Provinz schützen. Der Erfolg des Ultimatums war im Augenblick gerade für das General-Kommando und auch für die an der Spitze der 117. Division stehenden Offiziere vollkommen ungewiß. Denn die Neuordnung der Volkswehrbataillone und ihrer verhetzten Soldatenräte mit ihren Mitläufern unter der Arbeiterschaft war, um es rund heraus zu sagen, ein Wagnis. Restlos erfüllt wurde dann das Ultimatum des Generals Hoefer erst am 26. Februar, da es schwer war, die Beteiligten aus Weimar, Breslau und Kattowitz auch örtlich unter einen Hut zu bringen. Als die Auflösung des Zentralsoldatenrates in Oberschlesien, der wilden Kompagnien und deren Räte dann aber durchgeführt war, haben auch wohl der Kommandeur und mit ihm die Offiziere seiner 117. Infanterie-Division erleichtert aufgeatmet. Ein besonders gefährlicher Stein war jedenfalls zunächst einmal aus dem Wege geräumt, ein Anklammerungspunkt auch bei kommenden Streiks für Spartakus und die Polen endgültig beseitigt worden!

Außer den Ersatzbataillonen lagen in den verschiedenen Orten Oberschlesiens sogenannte republikanische Volkswehr- bzw. Sicherheitskompagnien oder Volkswehrbataillone. Diese Formationen hatten sich am 9. November aufgetan, vielleicht zunächst aus dem Wunsch heraus, den Orten Schutz gegen die allgemein einsetzende Willkür zu bieten, und um für die Soldatenräte eine Truppe zur Hand zu haben, die bereit war, gegenrevolutionäre Putsche — wenn sie kommen sollten — zu unterdrücken. Sie standen in keinerlei Zusammenhang mit den Formationen des Reichsheeres, wurden vereinzelt auch wohl durch Offiziere geführt, die aber, als sich Geist und Ersatz dieser Bataillone immer mehr nach links orientierten, zumeist bald wieder ausschieden. So kamen diese Gebilde allmählich in die Hand von Leuten, die, ohne jegliche Autorität, sich nur nach dem Wunsche ihrer Untergebenen zu richten hatten. Da aber, wo ehrgeizige, politische Männer an der Spitze eines Volkswehrbataillons

standen, wurden derartige Formationen eine Gefahr. Denn da die Regierung die Bataillone allmählich auflösen wollte, so sahen diese auch in ihr den Feind und benahmen sich entsprechend. Von 19 Formationen dieser Art rechts der Oder galten 4, die in der Hand von Offizieren geblieben waren, als halbwegs brauchbar. Die Frage der Löhnung spielte innerhalb der republikanischen Volkswehren selbstverständlich die erste Rolle. Arbeitslose, ehemalige Lazarettinsassen, entlassene Soldaten fanden sich ein, die Unterkunft und bequemes Leben suchten. Der Volkswehrmann bekam fünf bis zehn Mark Zulage, war kaserniert und verpflegt. Kommunen und Zechen steuerten erhebliche Geldmittel bei, angeblich, um sich die wertvollen Dienste dieser Gebilde zu sichern. Sprach man aber unter vier Augen mit den Bürgermeistern und den Direktoren, so hieß es nur: „Fort mit diesen Formationen, die vollkommen überflüssig sind und die Arbeiterschaft auf das ungünstigste beeinflussen!“ Ein Soldat berichtet über seine Erlebnisse:

„. . . Es lag nun nahe, mein Glück in der Königshütter Volkswehr zu versuchen. Der Soldatenrat dort hatte seine Büros im ‚Parkhotel‘. Zu meinen Dienstobliegenheiten gehörte es, vor diesem Hotel Wache zu stehen. Wozu, war mir nie klar. Es konnte ja jeder ein- und ausgehen. Außerdem gab es nie Wachtinstruktionen. Dieser Posten diente wohl nur dekorativen Zwecken. Deshalb zog es mancher Posten vor, sich nachts in das Bett eines leeren Hotelzimmers zu legen; es kam auf das gleiche heraus. Die Ablösung, wenn überhaupt eine solche stattfand, was nicht immer der Fall war, geschah von Hause, nicht vom Wachtlokal aus. Die Disziplin war also sehr schlecht, wenigstens im Anfang. Ich erinnere mich der Empörung, als gewünscht wurde, wegen des ‚besseren Eindrucks‘ beim Marsch durch die Stadt (etwa zum Wachtlokal) einheitlich gekleidet zu erscheinen! Ein Anschlag in der Kaserne, einer Volksschule, befaßte sich mit der Frage der Disziplin und ermahnte zu dieser auf dem Wege der Selbstdisziplin. Dem Soldatenrat gehörte auch ein blutjunger Marineleutnant mit Namen Sonsalla an; er schied jedoch bald aus, was meiner Ansicht nach mit der in der Kompagnie gegen ihn gerichteten Stimmung zusammenhing.“

Als im Verfolg des Ultimatums des Generals Hoefer diese Volkswehrbataillone und Kompagnien im März 1919 in den Grenzschutz eingegliedert und alsbald durch die 117. Infanterie-Division Offizieren unterstellt wurden, schrumpfte die Löhnung auf die üblichen vier Mark Grenzschutzzulage zusammen — und entsprechend auch schrumpften die Bataillone. Schließlich kam auch Ordnung in diese Formationen, die dann allmählich ganz abgebaut wurden.

Die Zustände im Volkswehrbataillon Kattowitz schildert Hauptmann Rangen, den die 117. Division zum Kommandeur des Bataillons ernannt hatte. Rangen war einer der Offiziere, die gerade unter den schweren Revolutionsverhältnissen besonders brauchbar waren und deshalb zu Missionen verwendet wurden, die nicht jeder gerne übernahm. Der Hauptmann berichtet über seine neue Tätigkeit:

„Das Bataillon bestand aus vier Kompagnien, von denen drei in Kattowitz, eine halbe in Nikolai und die andere Hälfte in Myslowitz standen. Die Mannschaften stammten zum überwiegenden Teil aus jenen Orten und weigerten sich grundsätzlich, ihren Standort zu verlassen. An eine Verlegung je nach Bedarf war also vorerst nicht zu denken. Obwohl die Mannschaften kaserniert waren, schliefen sie größtenteils zu Haus. Das Bataillon wurde bis dahin von einem Offizierstellvertreter, einem ehemaligen aktiven Unteroffizier des Füsilier-Regiments 38, befehligt. Als ich am 21. März die Kaserne betrat, standen die Mannschaften des Bataillons auf dem Kasernenhof und berieten in überlauter Weise mit dem Führer, der stark angetrunken war, über den Dienst und allerhand Tagesfragen. Ich begab mich darauf auf das Bataillonsgeschäftszimmer, in welchem mehrere Unteroffiziere saßen; in ihrer Mitte der Soldatenrat, dieser gab seine Befehle. Naturgemäß wurde ich mit sehr mißtrauischen Augen empfangen, obwohl dem Bataillon meine Ankunft mitgeteilt worden war. Zunächst war ich der einzige Offizier. Da ich es für taktisch unrichtig hielt, sofort den eisernen Besen anzusetzen, griff ich zunächst vorsichtig und ruhig durch. Vernünftige, aber feste Behandlung der Leute wirkte Wunder. Als ich soweit Boden gewonnen hatte, begann ich geordnete und geregelte Verhältnisse einzuführen. Meine Bitte bei der Division, mir einige ältere Offiziere zur Unterstützung zu überweisen, wurde dahingehend beschieden, daß Offiziere nicht vorhanden seien, daß ich aber ermächtigt werde, selbst geeignete Offiziere anzuwerben und einzustellen. Ich schrieb darauf sofort an mir von früher und vom Felde her bekannte Herren, die mir fähig erschienen, mich durch Verständnis für dieses Chaos und für richtige Behandlung der Mannschaften zu unterstützen. Ich fand die richtigen Herren und ging nun mit Hochdruck an die Säuberungsaktion. Es ist mir in verhältnismäßig kurzer Zeit gelungen, durch rücksichtsloses Entfernen ungeeigneter Elemente, die in dem Bataillon ein Asyl für Obdachlose gefunden zu haben glaubten, aus dem Rest eine brauchbare Truppe zusammenzustellen, die wiederholt bei späteren Besichtigungen die Anerkennung höchster Vorgesetzter gefunden hat.

Mit welchen Schwierigkeiten ich anfangs zu kämpfen hatte, geht unter anderem daraus hervor, daß z. B. bei einer nächtlichen Revision der Stuben 67 Prozent der kasernierten Mannschaften ohne Erlaubnis auswärts waren, außerdem dreizehn Dirnen in den Betten vorgefunden wurden. Nächtliche Revision der Wachen ergab, daß unzählige Male die Posten nicht aufgezogen, sondern nach Hause gegangen waren, um zu schlafen, und ähnliche Dinge mehr.

Der Zustand in der an sich sehr schönen Kaserne spottete jeder Beschreibung. Aller Unrat wurde einfach auf Hof und Straße geworfen und blieb dort monatelang liegen. Die Waschkauen dienten zum Teil als Klosettanlagen. Tag und Nacht ist gearbeitet worden, sowohl an der äußeren wie namentlich an der inneren Reinigung. Als an einem regnerischen Morgen die wachtfreien Mannschaften, 123 an der Zahl, zum Exerzieren antreten sollten, wurde mir vom Soldatenrat bedeutet, daß die Segnung

der Revolution unter anderem auch darin bestehe, daß Exerzieren im allgemeinen, bei Regen im besonderen, stets ausfalle. Ich habe es daraufhin durchgesetzt, trotz des Einspruches des Soldatenrates, daß diese 123 Mannschaften sofort am gleichen Morgen nach Abnahme der Waffen usw. wegen Ungehorsam entlassen wurden. Diese Maßnahme wirkte. Allmählich zog Ordnung ein."

Außer den 19 Formationen rechts der Oder hatte der 9. November auch auf der anderen Oderseite republikanische Volkswehren entstehen lassen. In Cosel betrug die republikanische Soldatenwehr 180 Köpfe. Das Unteroffizierkorps sollte an und für sich nicht schlecht sein, die Wehr hörte aber nur auf den Befehl des Soldatenrates. Mit dieser bewaffneten Macht hinter sich gelang es dem Soldatenrat alsdann, den im November 1918 gewählten Arbeiterrat völlig an die Wand zu quetschen. Der Soldatenrat, mit dem geschäftstüchtigen Kleinhändler Neuländer an der Spitze, erledigte dann gänzlich allein auch alle wirtschaftlichen Fragen des Kreises Cosel. Die unverfälschte Personalunion war erreicht. Als späterhin der Soldatenrat aufgelöst wurde, fanden sich bei ihm kommunistische Schriften und Korrespondenzen mit der kommunistischen Zentrale in Breslau.

Auf dem Lager Lamsdorf beherrschte der Unteroffizier Ziegler als Vorsitzender den dortigen Soldatenrat, der je nach Bedarf sich auch Vollzugsrat nannte. Im Lager waren bis zu zehntausend russische Kriegsgefangene untergebracht. Die Zustände auf dem Platz spotteten jeder Beschreibung. Bereits Ende Januar 1919 machten sich deshalb vom Volksrat der Stadtverordnete Seibold und vom Zentralsoldatenrat der Sergeant Klippel nach Lamsdorf auf, um festzustellen, was an den Nachrichten über Ziegler und die Seinen wahr sei. Die Abgesandten meldeten nach Breslau, daß das Wachtbataillon aus achthundert Mann bestände — undiszipliniert selbstverständlich — daß aber Ziegler sich noch zweihundert Freiwillige „die alle seiner Parteirichtung angehören sollten" angeworben hätte. Sie sollten ihn und seinen Soldatenrat schützen! Ziegler aber war Unabhängiger! Unserer Wissenschaft kommt klar und eindeutig der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins zu Hilfe. Nach dem Besuch von Seibold und Klippel hatte sich Ziegler sogleich an diesen Rat gewandt, der zwar die Volksbeauftragten ernannt hatte, aber alsbald ins Unabhängige Lager abgewandert war. Richard Müller, der Vorsitzende dieses Rates also, schrieb: „Der Soldatenrat Lamsdorf setzt sich zusammen aus Mitgliedern der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und ist der Meinung, daß er nur dieserhalb beseitigt werden soll, und zwar greift der Zentralsoldatenrat Schlesien zu dieser unerhörten Maßregel, weil er sich nur aus Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zusammensetzt." Ob dies die tieferen Gründe waren, die den Breslauer Zentralsoldatenrat so gegen Ziegler auf die Seite des General-Kommandos brachten, wissen wir nicht, obwohl es nicht von der Hand zu weisen ist, daß rein politische Erwägungen dieser Inspizierung zugrunde lagen. Jedenfalls nutzte das General-Kommando diese ihm selbstverständlich nicht unbekannt gebliebenen politischen

Spannungen nach Kräften aus und hatte den Zentralsoldatenrat hinter sich, als es gegen Lamsdorf vorging. Monteur Willy Ziegler, als Unabhängiger in das Preußen-Parlament gewählt, wurde Ende März beurlaubt und verschwand. Die weiteren Feststellungen der Breslauer hatten übrigens noch dahin gelautet, daß das Wachtbataillon deshalb so undiszipliniert wäre, weil aus „politischen" Gründen nicht bestraft würde; die Posten hätten sich im Schilderhaus Sitzgelegenheiten angebracht, oft sei überhaupt nur der Wachthabende auf Wache, zum Teil wären Posten mit Masken vom letzten Maskenfest aufgezogen, kurz und gut, es entrollte sich das eindeutige Bild des Wachtbataillons unter Soldatenräten.

Sehr bitter muß auch für die Breslauer mehrheitssozialistischen Abgesandten die Feststellung gewesen sein, daß der Unabhängige Ziegler auf dem Lager ein „politisches Büro" unterhielt. Der Zahlmeister habe ernste Bedenken geäußert, daß der Angestellte dort 450 Mark erhielt.

Nachdem das General-Kommando vorher schon den Hauptmann Graf Pückler nach Lamsdorf geschickt hatte, schrieb Ziegler nach Breslau, daß, falls sich nochmals ein Offizier aus Breslau in Lamsdorf einfände, er mit Waffengewalt vom Platze getrieben würde. Die 12. Infanterie-Division, vom General-Kommando dazu bestimmt, Ordnung auf dem Lager zu schaffen, lehnte dies ab, da ihre eigenen Truppen noch zu verseucht wären. Das Freikorps Aulock (s. 8. und 9. Mai) führte dann die Entwaffnung des Bataillons überraschend durch. Sein Bericht deckte sich vollkommen mit dem der Breslauer Abgesandten im Januar, setzte nur durch die Erwähnung des Damenflors, den man in den Baracken bei den Herren gefunden hatte, noch einige Lichter auf.

Anfangs April unterstellte das General-Kommando alsdann die noch vorhandenen neun Sicherheitswehren den betreffenden Garnisonkommandos, „da sie unverhältnismäßig stark und Elemente in ihnen, an deren Zuverlässigkeit gezweifelt werden muß."

10. Februar.

Bei Zduny, nördlich Oels, zeichnet sich das Regiment 51 aus, der erste Lichtblick in einer der schlesischen Divisionen.

Ein Jägeroffizier bringt ein Detachement von Bromberg nach hier. Er und seine Truppen haben gemeutert, d. h. sie fahren einfach ohne Befehl in der Welt herum. Abschub nach Rawitsch.

Im nördlichen Teil der Provinz zwischen Groß-Wartenberg und Militsch lag die 11. Division. Sie war dorthin gezogen worden, nachdem sie bis Mitte Januar 1919 als Korpsreserve um Frankenstein—Glatz versammelt war; die Verhältnisse an der Polenfront schienen im Augenblick bedrohlicher als die an der Tschechenfront.

Von der 11. Division hörte das General-Kommando verhältnismäßig wenig. Hier kommandierte General Freiherr v. Schmidtseck, sein Generalstabsoffizier war Major Beckmann. Beckmann ging aus dem Westen schon der Ruf voraus, überall dorthin versetzt zu werden, wo energische Offiziere notwendig wurden. Wenn dieser

Offizier aufs General-Kommando kam, trug er seine Wünsche in aller Ruhe unter Benutzung eines engbeschriebenen Zettels vor. Rat holte er sich nicht, auch hatte er — im Gegensatz zu den meisten Besuchern — niemals Alarmierendes zu melden. Beckmann war eine vollkommen selbständige Natur; man konnte sicher sein, dort, wo die 11. Infanterie-Division stand, keine üblen Überraschungen zu erleben. Mir persönlich ist dieser unbeeinflußbare Charakter eine feste Stütze und mein Vertreter als Chef in ernster Zeit gewesen, einer der treuesten Freunde nach dem Ausscheiden geblieben.

An der Spitze des Soldatenrates der Division stand der Unteroffizier Wenzel vom Grenadier-Regiment 10. Wenzel, der bereits früher Gewerkschaftssekretär gewesen war, hatte einen großen Teil seiner Dienstzeit in der Etappe in der Dobrudscha zugebracht; er stammte aus Frankfurt am Main. Als Soldatenrat ließ er es sich angelegen sein, soviel Schwierigkeiten zu machen, wie nur in seiner Macht stand; auf seine Veranlassung mußten sich die Soldatenräte am 1. Mai 1919 geschlossen an dem Umzug des sozialdemokratischen Vereins in Militsch beteiligen. Trotz der großen Schwierigkeiten durch diesen Soldatenrat war die Disziplin in der Division bereits zu Beginn des Februar wieder so, daß z. B. das Regiment 51 offensiv gegen die Polen eingesetzt werden konnte, manche Verluste an Toten willig ertrug und seinem alten ruhmreichen Namen wieder Ehre machte.

11. Februar.

Graf Pückler ist aus Weimar zurück, wo er wegen unserer Aushebungen war. Er berichtet darüber folgendes:

Gleich am Ankunftstage habe im Parlamentsgebäude eine Besprechung mit unseren schlesischen Abgeordneten stattgefunden. Dort seien auch bereits Philipp und Eggers gewesen, ebenso Voigt und Hörsing als Abgeordnete. Pückler meint, bei den Abgeordneten volles Verständnis dafür gefunden zu haben, daß wir mit dieser Art freiwilliger Rekrutierung nicht weiterkommen, während der Zwang zur Gestellung, bei dem die Nachteile auf alle gleichmäßig verteilt sind, von den in Frage kommenden Jahrgängen willig auf sich genommen würden. Zunächst wollen wir nur die Jahrgänge 86/96 einberufen, und zwar vorerst nur aus den Kreisen, in denen die Gefahr des tschechisch-polnischen Einmarsches akut ist. Unsere Feststellungen bei den Bezirks-Kommandos haben ergeben, daß, wenn auch kein Mensch sich zurückgemeldet hat, es doch mit dem noch vorhandenen Personal möglich sein wird, die Gestellungspflichtigen heranzuziehen. Jetzt macht sich bereits in der schärfsten Weise bemerkbar, was Major Hoefer, Adjutant des Stellvertretenden General-Kommandos, damals dem Zentral-Soldatenrat geschrieben hatte, nämlich, daß mit der Beseitigung des alten Bezirkskommando-Offizierkorps und der Verjagung der vorzüglichen alten Feldwebel der Apparat mit einem Ruck stehen bliebe. Wie gesagt, soll bei den Abgeordneten, auch bei den schlesischen sozialdemokratischen, volle Übereinstimmung bestehen, daß ver-

sucht werden muß, die Aushebung bei der Reichsregierung durchzudrücken. Nachher hat die schlesische Deputation mit dem Volksbeauftragten Ebert im Fürstenkeller gesessen, Assessor Menzel habe für die militärische Aufklärung des Volksbeauftragten gesorgt. Ebert habe auf den Wunsch, die Aushebung betreffend, ausweichend geantwortet. Übrigens hätten die Mitglieder des Breslauer Volksrates nebenher eine erhebliche Tätigkeit auf politischem Gebiet entfaltet. So bemühe man sich um ein Staatskommissariat für Oberschlesien, mit dem Hörsing beliehen werden solle. Der Grund sei, daß in Oberschlesien viele revolutionäre Behörden versuchten, sich von Breslau loszulösen, und daß man hoffe, den Staatskommissar enger an den Zentralrat für Schlesien binden zu können. Der Abgeordnete Pfarrer Ulitzka hat Erzberger gesprochen, der seinerseits angeblich mit der Entente in Fühlung stehe. Ulitzka meint, daß wir die teilweise Mobilmachung wagen könnten. Es wurde eine Kommission ernannt, der Ulitzka, Schmidthals, Voigt und Warmuth angehören, und die einen Antrag an die Regierung zur Genehmigung unserer Mobilmachung entworfen hat. Am 10. war Besprechung mit dem Minister Reinhardt, dem Pückler nochmals die ganze Lage geschildert hat, und der im übrigen von unserer Mobilisierungsabsicht unterrichtet war. Der Minister ist mit der Aushebung der Jahrgänge in den betreffenden Bezirken einverstanden. Ebenso sollen sofort alle Kriegs- und Garnisonverwendungsfähigen aus den Ersatzbataillonen herausgenommen und in den Regimentern im Grenzschutz eingesetzt werden.

12. Februar.

Auf der Straße Schießerei im Anschluß an die Arbeitslosenversammlung im Zirkus Busch. Abends Volksratssitzung, an der Pückler teilnimmt. Reserve-Jäger 11, Kühme und das Detachement Paulssen werden für den Fall eines Belagerungszustandes über Breslau bereitgehalten. Die ganze Besprechung der Angelegenheit endet damit, daß man dem Reichsgericht Vorwürfe macht, es arbeite zu langsam in der Entschließung über Haftentlassungsanträge. Denn die Schießerei hat vor dem Landgericht stattgefunden, wo zwei Landesverräter saßen, die durch Reden auf der Straße die Freiwilligenwerbungen sabotierten. Auf Antrag von Dr. Menzel wird eine Kommission ernannt, die dafür sorgen soll, daß in Fällen politischer Verhaftungen ein möglichst schnelles Verfahren angewendet wird. Zuzugeben ist, daß auch im Militärgerichtsgefängnis unerwünschte Zustände eingerissen sind; lange Zeit sitzen dort Leute, die noch nicht oder kaum verhört wurden. Die Kriegsgerichtsräte sind im Nebenamt zum großen Teil Rechtsanwälte und kommen naturgemäß jetzt, wo ihre Praxis wieder beginnt, erst in zweiter Linie an die Vernehmungen der Soldaten. Die verwaiste Polizeipräsidentenstelle, über deren Besetzung man sich nicht einigen kann, hat übrigens bei der Polizei böse Verhältnisse einreißen lassen.
Vorgestern war ich beim Regiment 51 bei Zduny, es war wie ein Friedensregiment. Vorposten an der Zuckerfabrik. Unter den Freiwilligen befinden sich auch einige

Bayern. Besprechung mit Major Muther, dann nach Kraschnitz zum Kommandeur der 11. Division. Die Division ist in diesem Abschnitt gut untergebracht, die Stellung natürlich verstärkt durch die großen Fischteiche des Grafen Recke. Bei den 5. Kürassieren wird gerade ein Mann (Pole) eingebracht, der übergelaufen war. Zur 7. Kavallerie-Schützen-Division Heuduck nach Groß-Wartenberg. An dem Besitz des Grafen Reichenbach-Goschütz vorbei, Vater des Sohnes, der damals im November 1914 bei Tureck zu uns zur 5. Kavallerie-Division kam. Als ich dort durch unsere Küche ging, saß da ein Freiwilliger von den Leibkürassieren. Es war ein zartes unentwickeltes Kind. Da der Kriegsfreiwillige überhaupt kein Unterkommen hatte, sondern in der Küche auf dem Stuhl schlafen wollte, fragte ich meinen Burschen, wo ich untergebracht sei. Er erwiderte: im Stall im Schweinetrog. Als ich ihm sage, er solle diesen jungen Kriegsfreiwilligen für mich dahin legen, war es ihm nicht recht. Der junge Mensch war für ihn auch nur „gewöhnlicher Soldat" und ich Rittmeister. Drei Söhne Reichenbach— auch dieser — fielen, und der letzte ist in Frankreich gefangen, der Vater seit langem ohne Nachricht. Alle hatten sich freiwillig bei den Leibkürassieren gemeldet.

13. Februar.

Unruh berichtet, daß die Amerikaner Offiziere suchen. 4000 Mark zur Überfahrt, 48 000 Mark drüben bei der Landung, fünf Jahre Verpflichtung.

14. Februar.

Der Leutnant Paulssen, Kommandeur der Gebirgs-Maschinengewehr-Abteilung 229, holt persönlich den deutschen Zollbeamten, der mit seiner Familie in Domanin in der Provinz Posen, 7 Kilometer nördlich Kempen, auf polnischem Gebiete saß, über die Grenze nach Kempen. Das Unternehmen war verraten worden. Paulssen wurde gleich beim Aussteigen aus dem Transportwagen unter Feuer genommen. Trotzdem gelang es ihm, den Beamten mit Hab und Gut auf deutsches Gebiet zu bringen. In diesem Beispiel liegt die ganze Kunst des Führers. Wenn er, wie Paulssen, an der Spitze vorweg sein Leben in die Schanze schlägt, bei allen Unternehmungen mit dabei ist, dann gibt es keine Schwierigkeiten.

Es hat den Anschein, als ob die Entente uns tatsächlich verbieten will, die Provinz Posen wieder zu nehmen. Im Volk regt sich nunmehr eine namenlose Erbitterung gegen die Franzosen, leider aber wieder nur in den oberen Schichten. Die breite Masse sichert die Errungenschaften der Revolution durch Nichtstun und Gleichgültigkeit. Für morgen ist in dem Stadtverordnetensitzungssaal eine Konferenz der Obleute der Soldatenräte der Provinz einberufen. Sie wollen sich mit der Kommandogewalt und der Organisation des Grenzschutzes befassen.

15. Februar.

Der Aufruf Hindenburgs für den Grenzschutz erscheint: „Wenn ich heute nochmals nach dem Osten zurückkehre . . . Welcher Partei Ihr angehört, wir sind alle Deutsche,

vergeßt, was uns trennen könnte, findet Euch wieder zusammen in der Liebe zur Heimat, in Selbstzucht und Disziplin und Vertrauen zu Euren Führern.“
Die Herren Löbe, Frey und Grund wird dieser Aufruf sicherlich interessieren, da sie mir neulich die Herbeirufung des Feldmarschalls zur Organisation unserer schlesischen Grenzschutztruppen ablehnten.
Gestern und heute uferlose Beratungen über das Dienstansetzen, das die Soldaten mitbestimmen wollen, und über Truppenverschiebungen, die sie auch genehmigen möchten! Die Herren Widera und Wurm erscheinen als Sachverständige dieserhalb bei mir. Sie beknien mich nach Kräften. Ich denke nicht daran, einen Schritt nachzugeben, weil in dieser Sache längstens das letzte Wort gesprochen ist.
General v. Loßberg, Chef des Armee-Oberkommandos Süd, war an der Front. Im Norden wollen wir mit dem 5. Armeekorps gemeinsam Krotoschin—Kröben—Lissa erreichen. Eile tut not, da die Entente angeblich verboten hat, daß wir noch weiterkämpfen.
Das Soldatenratsmitglied aus Kattowitz, Herr Hörsing, erscheint. Inzwischen ist er Mitglied der Nationalversammlung geworden. Er berichtet über die heute hier tagende Sitzung der Garnison-Soldatenräte, die über die Kommandogewalt der Offiziere beraten. Deshalb auch der Besuch der beiden Leute Widera und Wurm gestern und heute bei mir. Nachdem ich nun seit dem 9. November nichts tue, als mit Soldatenräten verhandeln, müßte ich eigentlich ruhiger über diesen Unsinn der Unmündigen geworden sein. Aber ich zittere vor Erregung jetzt schon, wenn ich auf der Straße die roten Binden an den Ärmeln der Leute sehe, die uns das ganze Vaterland ruiniert haben. Des großen Königs Werk, unser aller Lebensarbeit versuchen diese Demagogen, Größenwahnsinnigen und Schreihälse unter ihre Füße zu treten. Gewiß gibt es unter den Soldatenräten Leute, wie Voigt und Eggers, die es ehrlich meinen und die darauf hinauswollen, daß die Unabhängigen und Spartakisten nicht die Überhand gewinnen. Aber sie gaben längst zu, daß ihre Mission erledigt sei. Hörsing kommt gerade aus der Sitzung, die im Rathause tagt. Erstaunlich, sagt er, sei es gewesen, diese unreifen, jungen Burschen vom 9. November hier ihre Lehren vortragen zu hören, an die er sich mit 23jähriger parteipolitischer Vorbildung noch nicht gewagt hätte. Es sei ein wüstes Geschimpfe auf die Offiziere gewesen. Ich wollte in meiner Erregung hin. Doch riet mir Hörsing ab: „Herr Major, man würde Ihnen nur Ihre Achselstücke beschmutzen.“ Ich erkläre Hörsing: „Entweder die 117. Infanterie-Division wird aus Oberschlesien herausgezogen, oder die republikanischen Volkswehren verschwinden, und damit lösen sich deren bolschewistische Soldatenräte auf, deren Schamlosigkeiten sich hier über uns ergießen. Selbstredend wird es dabei nicht ohne schwere Erschütterungen abgehen, die in Kauf zu nehmen sind.“ Der Generalstreik, der dann möglicherweise kommt, macht mir im Augenblick Sorgen wegen der wirtschaftlichen Folgen für das übrige Deutschland.

X. KAPITEL

Das A. O. K. Süd. Die Kasseler S.-Ratskommission. Bericht Prinz Reuß.
Linkssabotage unserer Aushebung.

Das A. O. K. Süd.

Mitte Januar war das Armee-Oberkommando Süd in Breslau eingetroffen. Es sollte die gegen Tchechen und die Provinz Posen unter dem V., VI. und XXI. Korps manövrierenden Truppen einheitlich führen. Oberbefehlshaber wurde der General der Infanterie von dem Borne (s. 19. 1. 19), Chef des Generalstabes General v. Loßberg und Erster Generalstabsoffizier Major von Unruh. Als dann Major von Unruh, mein alter treuer Freund aus der Berliner Zeit, ausschied — Unruh wurde Chef in Münster —, entstanden alsbald Schwierigkeiten zwischen dem Armee-Oberkommando Süd und dem General-Kommando. Vielfach taktischer Natur, griffen sie aber allmählich auch auf das politische Gebiet hinüber und wurden so besonders unangenehm und persönlich. Es kam schließlich soweit, daß ich dem General v. Loßberg zunächst mündlich und dann auch schriftlich Kenntnis gab von Äußerungen ihm unterstellter Offiziere, deren Namen ich dem General nannte. Diese Äußerungen liefen im wesentlichen darauf hinaus, daß das General-Kommando, und besonders ich als sein Chef, links und rot eingestellt seien. Derartige Unterstellungen waren in der Revolutionszeit leider ein häufig angewandtes Mittel, um irgendwelche Maßnahmen einer Behörde zu kritisieren. Richtig war nur, daß das General-Kommando VI sich in der Revolutionszeit auf einer mittleren Linie — wenn auch oft schweren Herzens — bewegt hat und auch nur bewegen konnte. Daß es ablehnte, über die Grenzen zu treten, hinter denen es nur noch mit dem Zufall rechnen konnte. Denn geschichtliche Vergleiche und berühmte Worte halfen nicht über die Tatsache hinweg, daß ein schwerkranker Körper Zeit haben wollte, um auch nur zu einer geringen Leistung wieder befähigt zu sein.

Ich selbst aber hatte niemals aus meiner ablehnenden Auffassung gegenüber der herrschenden Staatsform ein Hehl gemacht und opferte ihr völlig freiwillig meinen Beruf. Infolgedessen habe ich mich seinerzeit noch von dem Eid auf die neue Verfassung entbinden lassen und mich nicht bereit erklärt, in die endgültige Reichswehr überführt zu werden. Zwar habe ich noch sechs Wochen im Übergangsheer vom

1. April bis 18. Mai 1920 als Chef des Generalstabes der 2. Kavallerie-Division (Breslau) Dienst getan. Am 18. Mai 1895 war ich in die Armee eingetreten, an demselben Tage 25 Jahre später wollte ich auch in ihr meinen letzten Dienst tun. Das Reichswehrministerium war längst vorher schriftlich von meinem Ausscheiden an diesem Tage unterrichtet worden, wenngleich es mich, vom Reichswehrminister beginnend, schriftlich und mündlich bat, zu bleiben und es meinen Schritt nicht gebilligt hat. Nach der Annahme des Versailler Vertrages kam das Armee-Oberkommando Süd dann alsbald zur Auflösung. Über den persönlichen Schwierigkeiten aber haben für uns alle stets die hohe Verehrung und Achtung gestanden, auf die der Oberbefehlshaber und sein Chef durch ihre entscheidende Tätigkeit im Weltkriege Anspruch hatten.

16. Februar 1919.

Kriegsministerium überweist Soldatenräte vom General-Kommando XI — Kassel.

Diese sogenannte Kasseler Kommission stellte zweifellos den nicht uninteressanten Versuch dar, das Rätesystem auch unter den Soldatenräten der einzelnen Korps über das ganze Reich hin fester als bisher zusammenzuknüpfen. Durch den Zufall, daß die Leute bei ihrer Rückkehr über Breslau bei einer Behörde ein Notizbuch liegen ließen, das ein Ordonnanzoffizier abschrieb, wurde uns ihre Einstellung klar vor Augen geführt.

Im übrigen gelangten wir auch in den Besitz einer Erklärung, die diese Kommission vor den Soldatenräten der Brigade Brandenstein und der Garnison Glatz abgegeben hatte und die sich im wesentlichen mit dem Inhalt des Notizbuches deckte. Zunächst beschwerte die Kommission sich darüber, daß die Brigade Brandenstein (s. S. 68) in Kamenz ihr eine üble Aufnahme bereitet habe. Der Generalstabsoffizier, Hauptmann v. Wietersheim, habe es abgelehnt, sie persönlich zu empfangen, und auch nicht mal ein Auto an den Bahnhof geschickt. Ebenso sei im Schloß kein Quartier vorbereitet worden, sondern die drei Soldatenräte hätten in einem Gasthaus übernachten müssen! Hauptmann v. Wietersheim sei ihnen zwar gänzlich gleichgültig, jedoch hätten sie durch das Vorgehen dieses Generalstabsoffiziers gegen sie alsbald festgestellt, daß die Brigade nicht von der Wichtigkeit des Grenzschutzes durchdrungen sei, sondern ihre Stelle als eine Versorgungsstelle auffasse. Die Kommission begründete das auch noch damit, daß nach neun Uhr abends keine telefonische Verbindung von der Brigade zu den unterstellten Truppen herzustellen sei, was natürlich ein faustdicker Schwindel war! . . . Auf Grund der also gemachten Erfahrungen sähe sich die Kommission genötigt, die Beziehungen zum Brigadestab abzubrechen und nur mit dem Soldatenrat der Brigade zu verkehren. Von dem Garnison-Soldatenrat in Glatz, Faust und Winter, hätte die Kommission einen vorzüglichen Eindruck bekommen. Von der Wichtigkeit des Grenzschutzes sei er bedeutend mehr durchdrungen, als der Brigadestab Brandenstein, dessen Absetzung nunmehr einmütig

verlangt wurde. Über den Grenzschutz sind die Kasseler der Ansicht, daß nur ältere Leute in ihm verwendet werden sollen, welche die „Fronen der alten Ordnung an ihrem eigenen Körper verspürt haben", nicht junge Rekruten, denen das Verständnis für die mühsam errungene Freiheit fehle, und die sich leicht durch Offiziere beeinflussen ließen. Der Garnison-Soldatenrat Glatz habe den Kameraden aus Kassel im Gegensatz zu der Brigade großzügig ein Auto gestellt, mit dem man nach Wünschelburg usw. gefahren sei. „Mit Freuden" habe man festgestellt, daß bei der 5. Kompagnie des Regiments 3 die Posten auf ihren Plätzen gewesen seien, und ist zu der Ansicht gekommen, daß hier genügend Truppen vorhanden sind.
In dieser Tonart ging der Bericht weiter und gab für das Generalkommando lediglich den Anlaß, über das Armee-Oberkommando Süd das Kriegsministerium zu bitten, von der Übersendung derartiger Gäste weiterhin Abstand nehmen zu wollen. Das Kriegsministerium hat späterhin selbst noch Ärger mit dem Soldatenrat des XI. Korps gehabt. Dieser gab ungeniert Ende April Sonderbestimmungen über Gliederung und Wahl von Soldatenräten im Friedensheere heraus und veröffentlichte diese. Durch eine besondere Verfügung des Kriegsministeriums mußte dem Unfug erst gesteuert werden.

Heute wollten die Arbeitslosen das Schloß zur Unterkunft stürmen, doch waren wir auf unserer Hut.
Die Gerüchte bewahrheiten sich nicht, nach denen die Verlängerung des Waffenstillstandes an eine Demarkationslinie gebunden sei, die uns weite von uns besetzt gehaltene Teile Oberschlesiens nimmt. Ollendorff ruft mich an und sagt, die Demarkationslinie sei gleichzeitig die Provinzgrenze. Über Kempen und Zduny ist er nicht orientiert, wir werden es aber freiwillig nicht hergeben. Die Polen dürfen wir angeblich nicht mehr angreifen. Der Waffenstillstand soll nur auf kurze Zeit geschlossen sein und wäre in Stunden wieder aufkündbar.
Dadurch verbietet sich für uns tatsächlich, die Provinz Posen wieder zu nehmen. Lierau ruft mich an und macht darauf aufmerksam, daß wahrscheinlich in Kempen deshalb unter seinen Truppen und unter den Freikorps im Nordosten der Provinz Schwierigkeiten entstehen würden, da der Haß gegen die Polen, unter denen sie die bekannten Verluste erlitten, außerordentlich sei. Ich versuche ihn zu beruhigen und weise darauf hin, daß Kempen, trotzdem es zur Provinz Posen gehöre, diesseits der Demarkationslinie läge. Lierau solle seinen Leuten sagen, dies sei allein ihr Verdienst.

Obwohl an der Demarkationslinie alle Feindseligkeiten eingestellt werden sollten, setzten sich die Gefechte an der Grenze fort. Um hier endgültigen Wandel zu schaffen, trat eine Waffenstillstandskommission im Posenschen zusammen, zu der das Generalkommando den Hauptmann Prinz Heinrich Reuß XXXIV. entsandte.
Prinz Reuß war bisher im Generalstab der Obersten Heeresleitung gewesen und stellte sich dann dem Generalkommando VI zur Verfügung; sein Bericht, der das Hin und

Her in den Anordnungen und die Unstimmigkeiten zwischen der Reichsregierung und der Obersten Heeresleitung erkennen läßt, folgt hier im Auszug:

„Am 6. März erhielt ich vom General-Kommando den Befehl, mich als Vertreter bei der Interalliierten Waffenstillstands-Kommission in Bromberg zu melden. Bei meinem Eintreffen fand ich die Kommission, die nach Posen abgereist war, nicht mehr vor. Ich rief die Oberste Heeresleitung an und erhielt den Befehl, nach Kreuz zu fahren. Hier bekam ich die telephonische Weisung der Obersten Heeresleitung, unter keinen Umständen nach Posen zu fahren und diesen Befehl auch anderen anwesenden Offizieren zu übermitteln. General v. Dommes, der die Militärmission führte, kam am 9. früh im Extrazug von Posen nach Kreuz und nahm von hier Verbindung mit der Obersten Heeresleitung und dem Reichsminister Erzberger auf. Der General fuhr dann nach Posen zurück. Ich sollte in Kreuz bleiben, da die Verhandlungen abgebrochen würden und die Kommission am nächsten Tage von Posen wieder abreise. Am 10. früh erhielt ich den telephonischen Befehl von der Militärmission, nach Posen zu kommen. Die Oberste Heeresleitung verbot mir die Fahrt; die Militärmission habe die Verhandlungen abzubrechen. Diese traf dann auch am Nachmittag in Kreuz ein. General v. Dommes fuhr nach Kolberg zur Obersten Heeresleitung, kehrte von dort am 12. mit der Weisung zurück, die Kommission solle wieder nach Posen gehen. Dort wurde dann vom 13. bis 19. verhandelt.

Auf deutscher Seite führte die Waffenstillstands-Kommission Exzellenz v. Rechenberg. Außer Staatsminister Drews waren noch Vertreter des Auswärtigen Amtes, des Oberpräsidenten von Ostpreußen usw. anwesend. Der Militärmission unter General v. Dommes war als Chef Major v. Falkenhausen, ferner Major Böhm und Hauptmann Schumacher beigegeben.

Sehr nachteilig trat in Erscheinung, daß die Kommission ohne ausreichende Instruktionen abgeschickt worden war. Weder war ein Ziel angegeben, das erreicht werden sollte, noch ein Mindestmaß an Forderungen festgelegt, unter das nicht heruntergegangen werden durfte. Instruktionen wurden infolgedessen von Fall zu Fall eingeholt, Weisungen von verschiedenen Stellen erbeten, die dann oftmals völlig auseinander gingen. Vor der feindlichen Kommission trat dieser Mangel offen in Erscheinung. Besonders schädlich aber wirkte der Umstand, daß unseren Verhandlungsgegnern die Spannung zwischen der Obersten Heeresleitung und der Reichsleitung nicht verborgen blieb. Die nachgiebigere Ansicht der Reichsleitung blieb fast stets ausschlaggebend, und infolgedessen wurden die militärischen Proteste nicht mehr ernst genommen.

Auf Seiten der Alliierten führte die Kommission der Botschafter Noulens. Sehr gewandt, zielsicher, sachlich, von unverhohlener kalter Rücksichtslosigkeit des Siegers. General Niessel führte die militärische Unterkommission. Brutal, unter Verletzung jeglicher Form, kehrte er im Affekt den Sieger heraus, der nur zu diktieren hatte. Auf englischer Seite spielte der Botschafter Howard eine bedeutende Rolle. Tadellose

Formen, fraglos von hervorragender Intelligenz; zwar Polenfreund, dämpfte er trotzdem mehrfach den französischen Chauvinismus.

Italien war durch den Botschafter Montagna und General Romil vertreten. Während der Botschafter kleinliche Schwierigkeiten und Verschärfungen in die Verhandlungen hineinzubringen suchte, sekundierte General Romil seinem französischen Kollegen in dessen rücksichtsloser Verhandlungsführung, ohne indessen in den oft beleidigenden Ton des Franzosen zu verfallen.

Kurz nach dem ersten Zusammentreffen der beiderseitigen Kommissionen in Kreuz gab der Botschafter Noulens bereits die Erklärung ab, man sei nicht gekommen, um zu verhandeln, sondern zu regeln. Auch erklärte sich Exzellenz v. Rechenberg damit einverstanden, daß in französischer Sprache verhandelt würde, die aber die meisten deutschen Herren nur unvollkommen beherrschten. Als Dolmetscher fungierte auf unserer Seite Herr v. Hentig vom Auswärtigen Amt. Als Exzellenz Drews eine längere Ausführung auf deutsch machte, gab Noulens Herrn v. Hentig über den Tisch hinweg den Auftrag zu übersetzen. Herr v. Hentig wandte sich an Exzellenz v. Rechenberg mit der Erklärung, es sei üblich, daß die Partei dolmetsche, die nicht verstanden habe. Noulens, dem diese Äußerung von General Niessel übersetzt wurde, erteilte Herrn v. Hentig in schroffer Form eine Rüge, worauf dieser antwortete: „Je n'accepte pas de telles remarques de votre part, monsieur l'ambassadeur!“ Noulens und mit ihm die gesamte Alliierte Kommission sprang in größter Erregung auf und weigerte sich, länger mit Herrn v. Hentig an einem Tisch zu sitzen. General Niessel rief einem französischen Marineoffizier zu, er solle eine Ordonnanz rufen, um den jungen Mann herauswerfen zu lassen. Darauf verließen unsererseits sämtliche Offiziere und im Anschluß die übrige Kommission den Sitzungssaal. Bei einer längeren Beratung wurde von Exzellenz v. Rechenberg und Minister Drews beschlossen, Herrn v. Hentig fallen zu lassen.

Zwar protestierte Exzellenz v. Rechenberg gegen die Äußerung des Generals Niessel, doch dieser bestritt etwas derartiges gesagt zu haben; sämtliche anwesenden Herren aber hatten die Äußerung gehört. Wir Offiziere weigerten uns den Sitzungssaal nochmals zu betreten, Die Zivilkommission war also bei Abgabe der Rechenbergschen Erklärung, in der Herr von Hentig desavouiert wurde, allein anwesend.

In der militärischen Unterkommission in Posen wurde nun zunächst über die Demarkationslinie verhandelt. Man einigte sich dahin, daß diese entsprechend den augenblicklichen beiderseitigen Stellungen verlaufen sollte. Ferner wurde eine etwa zwei Kilometer breite, neutrale Zone vorgesehen; der wirtschaftliche Verkehr durfte hingegen nicht behindert werden. Dann verlangte die Entente, daß auf beiden Seiten eine 20 Kilometer breite Zone gezogen würde, innerhalb derer nur Vorposten stehen dürften. Die Besatzungsstärke pro Kilometer sollte nur 50 Mann betragen. Die ebenfalls geforderte Zurückziehung der Artillerie hinter die 20-km-Zone wurde deutscherseits abgelehnt. General Niessel machte daraufhin „gegen seine Instruk-

tionen, um den Geist, in dem die Verhandlungen von General v. Dommes geführt würden, anzuerkennen", den Vorschlag, die Feldartillerie nur auf 10 km zurückzunehmen. General v. Dommes wollte erst die Oberste Heeresleitung befragen, worauf General Niessel in sehr schroffer Form erwiderte, er verlange Antwort bis zwölf Uhr abends, sonst gelte der erste Vorschlag mit 20 km unwiderruflich. Die Schwäche unserer Verhandlungsführung war erkannt.

Während unsererseits zur Besetzung der deutschen Front 70 Feldbatterien für erforderlich gehalten wurden, hielt Niessel hier zehn Batterien für ausreichend. Dabei wurde noch eine lächerliche Komödie aufgeführt. General Romil war nämlich während dieser Besprechungen herausgegangen. Als er wieder eintrat, bat Noulens ihn, seinerseits die Batteriestärke, über die soeben gesprochen worden wäre, festsetzen zu wollen. Als Unterlage bekam der Italiener von Oberst de Montmarin — Chef bei Niessel — ein Blatt Papier, angeblich mit der Frontlänge usw. Nach längerem angestrengten Rechnen kam das Ergebnis: 10 bis 12 Batterien!

Zur Überwachung der richtigen Ausführung etwaiger getroffener Vereinbarungen hatten die Franzosen eine Oberkommission in Posen unter Vorsitz eines Ententemitgliedes vorgesehen. General v. Dommes lehnte ein Ententemitglied als Vorsitzenden ab, schlug hingegen vor, den Vorsitzenden durch den Papst oder durch die Schweizer Bundesregierung ernennen zu lassen. Niessel erwiderte, die Entente regele auf Ansuchen der befreundeten Polen den Waffenstillstand, und somit wäre sie auch allein dazu berufen, über seine Durchführung zu wachen.

Als die Unterkommissionen dann an einem der folgenden Tage zu einer Vollsitzung zusammentraten, fragte der französische Vorsitzende als erstes den General v. Dommes, ob der Vorschlag der 10-Kilometer-Zone angenommen würde. Der General antwortete: Nein! Exzellenz v. Rechenberg erklärte daraufhin, er stimme der Bedingung im Namen der Reichsregierung zu. Auf die Frage der Entente, ob Deutschland die Sicherheit etwaiger in Danzig zu landender polnischer Truppen garantiere, hatte General v. Dommes selbstverständlich eine Stellungnahme abgelehnt, weil dieses nicht zu seiner Kompetenz gehöre, sondern in Spa erfolgen würde.

Da diese strittigen Punkte nicht geklärt werden konnten, wurde am 19. früh den Deutschen eine Note überreicht, in der der Abbruch der Verhandlung mitgeteilt und hinzugefügt wurde, Marschall Foch sei gebeten worden, das weitere zu veranlassen.

Am letzten Verhandlungstage hatte der französische Botschafter übrigens die Sitzung für eine Zeitlang unterbrechen wollen, um einer Demonstration von 15 000 polnischen Schulkindern im Hofe des Schlosses — im Schloß wurde verhandelt — beiwohnen zu können. Es erschienen aber nur 400 bis 500 Kinder. Die deutsche Kommission entzog sich der unwürdigen Zumutung des Wartens dann dadurch, daß sie das Schloß verließ und auch nicht wieder zurückkehrte.

Unter der Motivierung, mich nach einem in der Provinz Posen gelegenen Besitz meines Vaters zu erkundigen, war ich dann noch bei Korfanty. Dieser sprach sehr

optimistisch über die polnischen Aussichten auf der Friedenskonferenz und stand offensichtlich unter dem Eindruck der jetzigen Posener Verhandlungen. Ich sagte ihm, um ihn zu sondieren, die jetzige Demarkationslinie präjudiziere keinesfalls die spätere Grenzziehung, worauf er mir ein Originaltelegramm von Cambon — dem Vorsitzenden des polnischen Ausschusses in Paris — zeigte, in dem die Grenze des zukünftigen polnischen Staates angegeben war. Die Linie läuft: westlich Danzig—Konitz—Schneidemühl—Birnbaum—Bentschen— südlich Lissa—Rawitsch—Krotoschin—, dann einschließlich der Kreise Namslau und Groß-Wartenberg—Oppeln. Die Abgrenzung gegen den tschechischen Staat ist noch nicht geklärt.

18. Februar.

Zu Hörsing nach Kattowitz. Es macht nicht den Eindruck, als ob sein Zentral-Soldatenrat und Arbeiterrat eine vielbeschäftigte Behörde sei. Die Leute, die ich dort sehe, lungern unbeschäftigt herum. Es ist jetzt so weit, daß Hörsing die ganze Soldatenratswirtschaft gefressen hat. Vom oberschlesischen Zentral-Soldatenrat, dessen Vorsitzender er doch tatsächlich ist, sagt er: „Ich segne den Tag, an dem ich diese Gesellschaft vom Leibe habe." Naturgemäß überschaut auch er die Schwierigkeiten einer Auflösung dieser Räte. Die ganze Frage ist für ihn nur, wie weit die aktive Truppe jetzt schon hält. Als ich ihm zur Beruhigung sage, daß ich sämtliche Freikorps zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Durchdrückung unserer Auflösungsbefehle nach Oberschlesien verlegen würde, habe ich danebengegriffen. Er sieht mich von der Seite an und meint: „Hoffentlich geht's auch ohne die!" Hierbei tauchte ihm wohl der Gedanke an Königshütte auf, wo die Freikorps das erstemal dazwischen schlugen, und wo Hörsing einige unruhige Stunden in einer Küche zugebracht haben soll!
Auf der Heimfahrt bespreche ich mit Pückler nochmals den ganzen Fragenkomplex — Demarkationslinie, Volkswehren, Garnisonsoldatenräte. Was wird, wenn der Grenzschutz bei Kempen von sich aus weiter nach Posen hineingeht, wenn die Volkswehren in Oberschlesien ihren bolschewistischen Anhang durch Streik auf die Beine bringen, wenn dann Hörsing und Voigt wegen der Auflösung wieder umfallen, und wenn der Tscheche uns anpackt? Wir können dann nur von einem auf den andern Tag kapitulieren. Graf Pückler ist gerade der richtige Mann für uns in dieser Zeit. Er hat das politische Fingerspitzengefühl, die Leute zu behandeln. Auch muß ich manchmal innerlich lachen, wenn er genau da den Nagel einschlägt, wo ich meine, daß er sitzen müßte. Wir brauchen uns niemals vorher zu verständigen, wie eine Besprechung weiter zu führen ist, wenn sie beginnt, schwierig zu werden. Der Gedanke, daß Pückler mich verläßt, wird mir menschlich nach unserer langen Kriegsfreundschaft schwer und ist mir im Interesse unserer militärischen Politik außerordentlich unerwünscht. Zwar verstehe ich vollkommen sein Drängen, seinen Besitz zu übernehmen. Doch wen nehmen, der so ganz Soldat und zugleich Schlesier ist? Um halb zwei Uhr sind wir wieder in Breslau. Pückler kennt die ganze Gegend,

die wir durchfahren haben, er erzählt sehr interessant von schlesischen Familien und Besitz.

19. Februar.

General Groener wird von der Obersten Heeresleitung für den 22. angesagt. In Breslau sollen wir eine Besprechung der Zivilbehörden und prominenter Leute arrangieren und ebenso in Kattowitz.

20. Februar.

Es unterliegt jetzt keinem Zweifel mehr, daß die Gefahr eines tschechischen Einmarsches in die Grafschaft unmittelbar bevorsteht. In Prag ist eine französische Militärmission, aus Generalstabsoffizieren bestehend, eingetroffen. An der Spitze steht der General Pellé, bisheriger Chef des Stabes von Foch und ehemaliger Militärattaché in Berlin. Um Königgrätz—Pardubitz scheint sich das Gros zu sammeln; aber auch unmittelbar an der Grenze in Reichenberg, Hohenelbe und Troppau werden reguläre Formationen vom Regiment 15, 74 und 94 festgestellt. In Mährisch-Ostrau wird ein Artilleriepark zusammengezogen, der von den Skodawerken aus aufgestellt wird.

Heute abend sprach ich im Börsensaal, um nochmals zum Eintritt in das Freikorps Schlesien aufzufordern. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Es fehlen dem Freikorps Schlesien, um das es sich handelt, etwa 200 Unteroffiziere, und ebenso muß wieder die Angst vor der Soldatenratsherrschaft beseitigt werden. Alte gediente Leute glauben nicht eintreten zu können, wenn sie unter Soldatenräten stehen; sie übersehen, daß, wenn sie nicht kommen, sie auf jede Mitarbeit vollends verzichten. Tatsächlich haben sich bisher in der Provinz nur 5000 Freiwillige gemeldet, obwohl es an Rührigkeit in allen Kreisen nicht fehlt. Den Schülern ist von der Regierung zugesagt worden, daß ihnen die Dienstzeit in den Freikorps angerechnet wird. Solchen, die regulär nach Unterprima versetzt sind, will man das Abitur schenken. Auch der Breslauer Haus- und Grundbesitzerverein ruft seine Angehörigen zu den Waffen auf, und der Werkmeisterverband schickt eine Deputation mit der Bitte, daß ich auch vor ihm reden solle.

Nachdem gerade heute die Ausführungsbestimmungen über die Führung der Demarkationslinie eintrafen, sehe ich selbst in bezug auf die Grafschaft ernst. Sind schon die polnischen Erwartungen übertroffen, so wird die Entente sich einem so starken Freunde, wie dem Tschechen, auch nicht widersetzen, wenn er sich etwas bereichern möchte. Heute schieben wir das Freikorps Schlesien in die Grafschaft und haben damit wenigstens so viel zur Hand, um den ersten Stoß aushalten zu können. Graf Magnis-Eckersdorf in recht gedrückter Stimmung bei mir, ich sage ihm nur, daß ich die Lage für die Grafschaft nicht allzu günstig beurteile.

21. Februar.

Kommandeur des Feldartillerieregiments 21 läßt sich melden, sagt, wir kennen uns doch aus Mainz? Dann fragt er: „Führen Sie noch Tagebuch?" Als ich ihn erstaunt ansehe, sagt er:

11,08 Uhr — Befehl zum Vormarsch,
11,12 „ — Befehl zum Rückmarsch,
11,15 „ — 4 Hus. 13. ratlos,
11,20 „ — 4 Hus. 13. immer noch ratlos.

Wie ein Märchen aus uralter Zeit klang es, und zwar hatte es folgende Bewandtnis: Schon seit meinem Dienstantritt führte ich im Manöver ein Tagebuch in dem vorstehenden Stil. Es ging über die Vorgesetzten her und machte sich, zeitlich gruppiert, über alles Mögliche lustig. Im Jahre 1901 verlor ich dieses Tagebuch aus meiner glatten Gummimanteltasche. Es wurde gefunden, abends in Fulda dem Divisionskommandeur, Exzellenz v. Deines, vorgelesen. Am nächsten Tage wurde es bei der Kritik herumgesprochen und viel belacht. Ich habe mich damals zu dem Tagebuch bekannt, obwohl es mir recht peinlich war. Unannehmlichkeiten habe ich nicht gehabt, da auch alles wohl nur recht harmlos.

22. Februar.

General Groener, Erster General-Quartiermeister, traf heute bei uns ein. Sämtliche Spitzen der Provinz sind eingeladen, die sich lebhaft an der Besprechung beteiligen. Der General-Quartiermeister hebt zunächst den scharfen Gegensatz hervor, der zwischen Foch und den Amerikanern bestünde. Zweifellos möchten die Amerikaner uns helfen, während die Franzosen uns vernichten wollten. England halte sich im Augenblick beiseite, da es erreicht habe, was es wollte, nämlich die Vernichtung des bisher stärksten kontinentalen Gegners. Es beobachte die Entwicklung Frankreichs von nun an wie uns ehedem und würde sich später entsprechend gegen Frankreich wenden. Infolgedessen suche Frankreich Anlehnung an Polen und an die Tschechen, um auf diese Weise sich sichere Bundesgenossen für alle Fälle zu schaffen. Interessant an den Ausführungen des Generals ist, daß die Franzosen zweifellos das linke Rheinufer verlangt hätten, und daß dies an Wilsons Einspruch gescheitert sein soll. Dafür sollen die Franzosen durch die Saargruben entschädigt sein. Die polnische Gefahr beurteilt er wie wir; mit anderen Worten, man wolle in der Provinz Posen und wahrscheinlich auch in Oberschlesien ein fait accompli schaffen und damit auch die zweifellos kommende Abstimmung beeinflussen. Dann kommt der General auf den Grenzschutz zu sprechen und meint, wir sollten an alle uns bekannten Militärs im nicht bedrohten Vaterland schreiben, daß sie nach Schlesien kämen. Von uns aus werden wir noch mal auf die Kommandeure drücken, daß dies den Mannschaften mitgeteilt wird, etwas nutzt es vielleicht doch. Auch mit unserer Aushebung erklärt

der General sich einverstanden und sagt, er spräche auch im Sinne von Noske. Er warnt davor, sich auf die Demarkationslinie zu verlassen. Die Entente habe, so schandbar es sei, und so zweifellos trotz des Waffenstillstandes die Provinz Posen nach wie vor zum deutschen Reich gehöre, den Posener Polen doch nicht auferlegt, die Waffen niederzulegen.

In diesem großen Kreise freuen wir Soldaten uns besonders dieser Richtlinien, die der Vertreter der Obersten Heeresleitung hier herausgibt, denn sie unterstreichen alles das, was wir täglich predigen. Mir wäre ein Hinweis auf die Tschechen und auf die Soldatenräte noch lieber gewesen. Über beide aber schweigt sich der General-Quartiermeister aus.

Oberpräsident von Guenther schneidet seinerseits die tschechische Frage an und vertritt damit unsere Meinung, daß die polnischen Erfolge in der Provinz Posen und die Demarkationslinie die Tschechen reizen könnten, sich der Grafschaft zu bemächtigen. General Groener ist das Eintreffen von Pellé bekannt. Er meint aber, der Einmarsch hinge nur von den Zuständen ab, wie sie in Deutschland herrschten. Berghauptmann Schmeißer, der mir schon im November das statistische Material für Oberschlesien ausgearbeitet hat, weist darauf hin, daß beim Verlust von Oberschlesien, Waldenburg und vom Saargebiet etwa 40 Prozent der Kohlenschätze Deutschlands ausfielen. Landeshauptmann v. Thaer kommt wie stets auf das Militärische beim Grenzschutz und seine Indisziplin zu sprechen und wünscht, daß die Werbungen und Aushebungen nunmehr durchgeführt werden. Seit November ist der Landeshauptmann in dieser Angelegenheit für die Provinz unermüdlich tätig. Er ist für alles zu haben und hilft, wo er nur kann. Der General-Quartiermeister fragt mich zu Beginn der Sitzung nach Voigt. Ich erwidere dem General, daß ich gut mit Voigt auskäme, daß er ein klarer Kopf sei, dem ganz gewiß die Soldatenratsfrage längst zuwider. In einer Erwiderung an den Landeshauptmann kommt Voigt auf die unglückliche antideutsche Zusammensetzung des Posener Garnisonsoldatenrates zurück, der damals im Zoologischen Garten (Posen) (s. S. 67) mit polnisch-deutscher Parität gewählt worden ist. Mit mehr Geschick, meint Voigt, hätte man den Soldatenrat dort anders zusammensetzen können, denn er hätte das doch auch in Schlesien fertiggebracht. Das Ultimatum von General Hoefer spielt in seine Ausführungen hinein, als er sagt, er würde sich nicht scheuen, ganze Soldatenräte aufzulösen, die unbotmäßig und verhetzt wären. Das werden wir ja jetzt nun sehen, wenn wir morgen zusammen nach Oberschlesien fahren, wo dieser gordische Knoten so oder so durchgehauen wird, selbst auf die Gefahr hin, daß ich mich von Voigt trennen muß. Der Generalquartiermeister bittet noch, der Obersten Heeresleitung statistisches Material über Bevölkerung und dergleichen zur Verfügung zu stellen, und regt an, daß auch die Universität sich hieran beteilige. Zweifellos würde dies besonderen Eindruck auf Universitätsprofessor Wilson machen. Am interessantesten an den Ausführungen des Generalquartiermeisters war mir, daß die Oberste Heeresleitung sich gesträubt hat,

die neuen Waffenstillstandsbedingungen in Trier anzunehmen. Die Reichsregierung habe aber Erzberger Weisungen gegeben, die Bedingungen zu unterschreiben. Ebert hingegen schiebt alles auf die Kaiserliche Regierung (s. 9. Februar). Das in Trier Erreichte wird am besten durch die einfachen Ziffern klar, daß die Entente sich großmütig bereit erklärt, von 800 000 Kriegsgefangenen 4000 Krüppel herauszugeben. Genau so sieht alles andere aus. Mit anderen Worten, wir sind ihr vollkommen auf Gnade und Ungnade ausgeliefert, was für uns hier heißt: hilf dir selbst!

Abends stellt Stadtrat Prescher noch drei Amerikaner vor, die angeblich uns wohlwollen und sich über unsere wirtschaftliche Lage zu orientieren suchen. Wenn Wilson nicht mehr für unsere Gefangenen erreicht, werden diese Leute wahrscheinlich auch nichts Bedeutendes ausrichten.

Fahrt alsdann mit dem General-Quartiermeister und dem Obersten von Tieschowitz im alten Salonwagen der Obersten Heeresleitung zur Besprechung nach Oberschlesien. Die alten Generalstabsoffiziere der Obersten Heeresleitung sprechen nur mit größter Achtung von Ludendorff, der immer diesen Wagen benutzt hat. Es fällt kein Wort über den Vorgänger Groeners, aus dem nicht hohe Verehrung spräche. Sein Ausscheiden aus der Obersten Heeresleitung war für sie alle gleichbedeutend mit Aufgabe des Widerstandes und mit dem endgültigen Zusammenbruch.

An der Demarkationslinie fängt es im übrigen schon munter an. Die 51er (Oberstleutnant v. Sommerfeld) überschreiten sie bei Zduny, bringen den Polen nördlich der Linie erhebliche Verluste bei. Meldung: Vergeltung für ein Patrouillenunternehmen, das die Polen gestern in Freyhan ausführten. So wird es bestimmt nicht lange auf sich warten lassen, bis Lierau bei Kempen ähnliche Unternehmungen macht, denn er war vorgestern bereits außerordentlich erregt.

An der Tschechenfront werden wir den Unterabschnitt Lauban los und damit auch das Regiment zur besonderen Verwendung 2 und den Gefreiten Sengen. Das Erbe tritt das General-Kommando V an, das Regiment 2 tritt zur Brigade Stockhausen über. Hierdurch kommt für uns die scheußlichste Episode, die wir bisher mit Truppenteilen erlebt haben, zum Abschluß.

23. Februar.

Die in Kattowitz mit Hilfe des Berg- und Hüttenmännischen Vereins einberufene Sitzung mit dem General-Quartiermeister verlief in der Besprechung ähnlich wie bei uns in Breslau. In Kattowitz höre ich Hörsing das erstemal öffentlich reden. Er ist nun glücklich Mitglied der Weimarer Nationalversammlung. Als Geheimrat Williger vom Berg- und Hüttenmännischen Verein sagt, daß der streikende oberschlesische Bergmann sich durch seine Vorgesetzten ohne die Hilfe der Gewerkschaftssekretäre stets habe zur Raison bringen lassen, daß man nur nicht allzu zimperlich sein dürfe, erwidert Hörsing übel ausfallend. Er behauptet, daß in Oppeln bei der Handelskammer eine Art Spitzel- und Provokationszentrale eingerichtet worden sei, die ledig-

lich von dem Gelde der Schwerindustrie lebe. Die Arbeiter würden durch sie beunruhigt und die Verhetzung gefördert. In die bisher sachlichen Erörterungen kommt nun ein scharfer Ton, und alles wird auf das politische Gebiet gezogen. Gemeint hat Hörsing die freie Vereinigung zum Schutze Oberschlesiens, die hier durch den Syndikus von Stoephasius vertreten ist).*

Mit Voigt und Hörsing verhandle ich im Anschluß an diese Besprechung über die Auflösung des oberschlesischen Soldatenrates und der Garnisonsoldatenräte. Nachdem General Hoefer mit Gall die Versicherung gegeben hat, daß sie dafür eintreten könnten, etwaige entstehende Unruhen bei den republikanischen Volkswehren im Keime zu ersticken, besteht nunmehr allseitige Übereinstimmung, daß die 117. Infanterie-Division den entsprechenden Befehl ausarbeitet, und daß er dann durch das General-Kommando herausgegeben wird. Damit ist das Ultimatum des Generals Hoefer also endgültig erledigt, und wir bekommen zunächst in Oberschlesien gegen diese Schreihälse freie Hand. Das letzte Opus der Zentralstelle der Soldatenräte für den oberschlesischen Industriebezirk wäre dann das gewesen, daß dieser Rat ohne Wissen der militärischen Vorgesetzten allen oberschlesischen Soldatenräten mitgeteilt hat, er habe für das militärische Büropersonal persönlich den Acht-Stundentag eingeführt, Überstunden müßten besonders bezahlt werden.

In Ratibor ist der bisherige Garnison-Soldatenrat durch Selbsthilfe der aktiven Truppen aufgelöst worden. Das erste Bataillon Infanterie-Regiments 62, Husaren-Regiment 6 und das Bezirks-Kommando haben Neuwahlen durchgeführt, Angehörige nur aus sich gewählt und die bisherigen vier Leute an die Luft gesetzt. Die treibende Kraft ist der etatsmäßige Bezirksfeldwebel Strybny, hinter dem dessen Kommandeur, Oberstleutnant Meinardus, steht. Die Wut der Verstoßenen ist groß, sie betonen, daß sie sozialdemokratischer Gesinnung. Sie sind arbeitslos und interessierten sich bisher auch für alle die Dinge, die einen Soldatenrat nichts angingen. Übrigens hat sich früher schon ein Obmann dieses Soldatenrates zurückziehen müssen, es hatte nicht alles gestimmt.

24. Februar.

Die Oberste Heeresleitung teilt mit, der Feldmarschall sei bereit, zur Begrüßung des Grenzschutzes Mitte März nach Schlesien zu kommen. Das General-Kommando hatte um diese Reise gebeten, um die Augen ganz Deutschlands auf unsere bedrängte Lage zu lenken. Auf dem Breslauer Bahnhof soll ein Empfang stattfinden. Der Oberbefehlshaber Süd läßt mir sagen, es sei ebenso unnötig wie unerwünscht, daß an diesem Empfang der Volksrat teilnähme.

Selbst wenn ich es verhindern könnte, daß der Volksrat von den Empfangsvorbereitungen erfährt, so würde ich doch niemals meine Hände zu einem derartigen Augenblickserfolg reichen. Diesen Volksrat soll ich jetzt derartig vor den Kopf

*) Die Vorgängerin der Vereinigten Verbände Heimattreuer Oberschlesier.

stoßen, der eben noch sich dafür eingesetzt hat, daß in Schlesien zehn Jahrgänge ausgehoben werden, der diese „anrüchige" Maßnahme des Militarismus persönlich vor Ebert und Reinhardt in Weimar vertreten hat. Wie würden Löbe und Grund, geschweige denn die Garnisonsoldatenräte, triumphieren, die sich gegen Hindenburgs Herkunft aussprachen, wenn wir jetzt auch die gutwilligen Mitglieder wie Philipp, Prescher und Wagner derartig ignorierten und absichtlich verletzten? Würde ich überhaupt noch einen einzigen Stützpunkt im Rathaus haben? Nein, die Berater des Armee-Oberkommando Süd müssen von allen guten Geistern verlassen sein!
Stadtrat Prescher verspricht sich viel von der amerikanischen Kommission, von der ich selbst deshalb keinen Eindruck haben kann, weil ich die Herren nur einen Augenblick begrüßte, als sie hier beim General-Kommando vorsprachen. Pückler und Krüger verhandelten dann weiter mit ihnen. Man hat wieder alle Breslauer Stellen von Industrie, Handel und Universität zusammengetrommelt und den Amerikanern in einer großen Sitzung beim Regierungspräsidenten die Notlage der Provinz vor Augen geführt. Die Lebensmittelfrage, die noch ewig andauernde, drückende, spielt selbstverständlich die wichtigste Rolle. Mit leerem Magen können wir auch mit Gewehren schließlich die Ordnung nicht mehr aufrecht erhalten.

25. Februar.

Fortwährend Sitzungen mit den Herren der Fortifikation. Die Festung Breslau soll desarmiert werden, man hofft, damit etwa 3000 Arbeitslose zu beschäftigen und so von der Straße wegzukriegen. Doch will mir scheinen, daß diese guten Absichten sich bald in ihr Gegenteil verwandeln werden. Denn obwohl die Löhne festgesetzt sind, werden wir, da auch der Schiffer Michalsky in den Arbeitsausschuß gewählt wird, nicht lange auf die entsprechenden Lohnbewegungen zu warten haben. Jedenfalls beneide ich nicht die Herren der Fortifikation, besonders nicht die, welche die Arbeiten an Ort und Stelle leiten werden. Vor einiger Zeit fuhr ich, als General v. dem Borne noch bei uns war, mit ihm die Befestigungen ab. Wir dachten damals wegen der Polengefahr an ihre Verstärkung und trafen auch Vorsorge, daß die Fortifikation alles in vorschriftsmäßiger Bereitschaft hielt. Die Frage der Desarmierung soll zunächst in der Schwebe bleiben, denn auf die Demarkationslinie gegen Polen ist so ohne weiteres kein Verlaß.
Die Tschechen haben die Grenze vollkommen gesperrt. Während sie Volks- und Geldzählung und Umstempelung vorschützten, werden sie in Ruhe ihren Aufmarsch vollenden. Das Freikorps Schlesien haben wir jetzt vollzählig im Raume um Reichenbach versammelt. Die beiden Feldluftschifferabteilungen steigen in der Grafschaft auf, die Paßstraßen, das Eulengebirge und der Paß bei Wartha sind in Verteidigungszustand gesetzt. Ein Zeichen der Zeit, daß sogar die aus Seide bestehenden Umhüllungen der beiden Ballons der Abteilungen verletzt, teilweise vom Gesindel gestohlen und veräußert wurden.

26. Februar.

Die linksstehende Presse bemächtigt sich unserer Absicht, einzelne Jahrgänge zur Verteidigung Schlesiens auszuheben. Durch Ungeschicklichkeit haben einige Bürgermeister, die davon Kenntnis erhalten haben, durch die Aushängekästen unsere vorbereitete Verfügung bekanntgegeben, nach der sich die Jahrgänge zur Stammrolle zu melden hätten. Vorgestern in der Sitzung des Garnison-Soldatenrates ist bereits abgeleugnet worden, daß der Zentral-Soldatenrat vorher von uns verständigt wurde und mit unserer Absicht einverstanden gewesen ist. Wenn die Masse drückt, fallen die Führer sofort um. Das wird mich nicht hindern, morgen im Landgericht die Justizbeamten aufzufordern, in den Grenzschutz zu treten oder, wer nicht selbst kann, seinen Sohn zu schicken. Mit dem Arrangement derartiger Sitzungen hat das General-Kommando sich überhaupt nicht zu befassen, das besorgt alles der Rechnungsrat Jochmann. Nur wünscht er nachher immer, daß ich persönlich rede, und ich kann ihm dann bei seiner Mühe auch schlecht die mir oft recht unbequeme Bitte abschlagen. Als Quittung nach derartigem Werbevortrag folgt eine Flut anonymer Drohbriefe. Die Roten fürchten, daß wir allmählich Ordnung auch in die Freiwilligenwerbung bringen, und daß dann das Abbautempo der Räte und ihres Anhangs entsprechend beschleunigt wird. Graf Pückler kommt aus Berlin zurück, er bringt die beabsichtigte Gliederung der neuen Armee mit. Es sollen Reichswehrbrigaden zu zwei Regimentern aufgestellt werden. Die in den Divisionen dabei überschießenden Regimenter bleiben als sogenannte stumme bestehen. Im General-Kommando VI stellen wir allein sechs solcher Brigaden mit entsprechend überzähligen Regimentern auf. Alle anderen General-Kommandos in Deutschland können nur sehr mühsam noch eine Reichswehrbrigade auf die Beine bringen. Dieses Söldnerheer soll angeblich nur bis 1920 bestehen, dann soll wieder eine reguläre Armee gebildet werden.

Protokoll aus einer Sitzung im Ministerium des Innern: „Zu Punkt 1 — Neubesetzung des Liegnitzer Regierungspräsidentenpostens — will Ministerialdirektor Staatssekretär Freund den sehr energischen Oberregierungsrat Bossart nach Liegnitz versetzen, damit dieser den Regierungspräsidenten Ukert, der bestimmt erklärt hat, er verlasse freiwillig seinen Posten nicht, wegärgere. Minister Hirsch meinte, daß diese Aktion durch die Parteigenossen in Liegnitz unterstützt werden müsse —“

Abends Sitzung im Volksrat. Studiosus Schottländer, der mit einem Studiosus Rothstein zusammen der Führer der hiesigen Unabhängigen ist, hält einen Vortrag über den Bolschewismus. Ein kleiner armseliger Mann, der leise und unsicher wirres Zeug vorbringt. Sympathisch an seinen Ausführungen ist, daß er betont, man könne nur mit Macht und Rücksichtslosigkeit regieren. Diese verlangt er selbstverständlich nur für das Proletariat, während wir einstweilen noch dafür sorgen wollen, daß sie von uns ausgehen. Würde er seine Ausführungen betonter vorgetragen haben, so würde das eine oder andere interessant gewesen sein. So aber muß er es sich gefallen lassen, daß in der folgenden Aussprache seine Darlegungen so zerpflückt werden, daß der

Mann noch mehr in sich zusammensinkt. Erst erwidert Herr v. Wolzogen von der antibolschewistischen Liga. Dann folgen unsere Sozis, denen Schottländer besonders dadurch weh getan hat, daß er ihnen das Paktieren mit dem Bürgertum in Weimar vorhält. Philipp kennt seine Pappenheimer und ehemaligen Genossen doch am besten. Denn er droht ihnen schließlich, man würde sie entsprechend behandeln, wenn sie in Breslau Gewalt anwenden würden. Dabei bin ich mir darüber klar, daß, sollte es so weit kommen, dies Behandeln wieder ganz allein auf der regulären Truppe hängen bleibt. Es scheint nun so, als ob der Vorsitzende des Volksrates, Philipp, Oberpräsident wird. Der Stadtverordnete Zimmer soll selbst stark auf diesen Posten ambitionieren. Er, der ja Beirat beim Oberpräsidenten ist, erklärt, daß Herr v. Guenther überhaupt nicht ersetzt zu werden brauche, es ließe sich vorzüglich mit ihm arbeiten. Wenn aber Zimmer doch noch Oberpräsident wird, soll der andere Beirat im Oberpräsidium, Rechtsanwalt Bandmann, dort Oberpräsidialrat werden. Dr. Thiemann, der bisher eine nachgeordnete Stelle bei der hiesigen Polizei versehen hat, soll Polizeipräsident werden. Doch wird er an seinen eigenen Genossen scheitern. Man kann nichts tun denn staunen über so viel bescheidensten Ehrgeiz. Die Fähigkeiten wird das Amt schon mit sich bringen.

27. Februar.

In Berlin im Kriegsministerium, um mit Oberstleutnant v. Pawelsz die neue Gliederung der Reichswehr zu besprechen. Die Divisionen haben wir so zusammengesetzt, daß sie wie zuletzt im Kriege eine völlige taktische Einheit bilden und dementsprechend verwendet werden können. Oberstleutnant v. Pawelsz, mein früherer Chef vom Armee-Oberkommando 5, läuft noch genau wie früher im Zimmer auf und ab, freut sich, daß ihm eine vollkommen ausgearbeitete Kriegsgliederung vorgelegt wird. Es bestätigt sich, daß alle anderen Stellen nur eine Reichswehrbrigade aufstellen, wir hingegen allein sechs. Diese ganzen Organisationsentwürfe macht Stülpnagel, der darin Fachmann geworden ist, und dessen Phantasie weitesten Spielraum findet, da die Unterlagen aus Berlin recht großzügig sind, und alles sich ständig noch obendrein ändert.

Bilder!

Im Vorzimmer von Oberstleutnant v. Pawelsz sitzt ein Unteroffizier. Da ich in Zivil bin, lege ich dem Manne meine Karte, auf der auch meine Dienstbezeichnung steht, auf den Tisch und sage: „Melden Sie mich bitte bei Oberstleutnant v. Pawelsz. „Der Unteroffizier studiert die Karte, bleibt ruhig sitzen und sagt: „Ich melde hier nicht an, sondern der Bote im anderen Zimmer.“ Das Zimmer nebenan ist leer, ich komme zurück, gebe dem Unteroffizier die Karte wieder und sage: „Das Zimmer ist leer, melden Sie mich!“ Der Mann nimmt meine Karte, studiert sie erneut, steckt sich eine Zigarette an und sagt: „Sie scheinen nicht zu wissen, wen Sie vor sich haben, aber

ausnahmsweise . . ." und will sich erheben. Ich drücke ihn auf die Schulter und sage: „Bleiben Sie ausnahmsweise ruhig sitzen" und trete unangemeldet bei meinem alten Chef ein. Nachher erzähle ich ihm den Vorgang und frage, was denn das für ein erstaunlicher Untergebener sei. Worauf ich höre, das sei der Vertrauensmann im Kriegsministerium, der angeblich 120000 Frontunteroffiziere beim Kriegsministerium verträte.

Im Versorgungsdepartement will ich den Personalreferenten sprechen, um zu bitten, daß der Korpsintendant Geheimrat Boethelt beim General-Kommando bzw. im neuen Heere als Intendant bleibt. Auf dem Flur renne ich mit einem einfachen Büroangestellten zusammen, der von einem Zimmer ins andere ein Paket Akten schleppt. Ich sage ihm: „Wohnt in dem Zimmer Herr Geheimrat Großcurth ?", worauf er mich wütend anschreit: „Gestatten Sie, Schulze ist mein Name." Ich verbitte mir den unverschämten Ton und höre nachher bei dem Geheimrat, daß es sich um einen untergeordneten Beamten handelt, der nunmehr Rechnungsrat geworden sei und glaube, auf dem verkehrten Bein Hurra rufen zu müssen.
Dann zum Personalamt, wo ich mir bei Major Schwarz, meinem alten Coblenzer Freund, 280 Offiziere für Schlesien besorgen will. Er bietet mir drei ganze Fußartillerie-Majore an. Schwarz sagt auch, er wüßte nicht, wohin sich das ganze Offizierkorps zerstreut hätte. Auf die Aufforderung des Personalamtes an alle ehemaligen Offiziere, auf Postkarte ihren Wohnsitz zu melden, habe kaum einer geantwortet. Mir aber ist mit drei Stabsoffizieren durchaus nicht geholfen.

1. März 1919.

In Weimar bei der Beratung des vorläufigen Reichswehrgesetzes hat sich allerhand getan, das nun bereits beginnt, Wellen zu schlagen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Schöpflin erklärt, Achselstücke und dergleichen seien Schneiderfragen. Das Offizierkorps solle sich nur nicht groß anstellen ob ihrer Abschaffung, es habe auch Opfer zu bringen. Der Abgeordnete Dr. Fleischer aus Glatz betont, der Grenzschutz der Grafschaft dürfe nicht in die Reichswehr aufgenommen werden, da er unbeliebt sei. Nachdem der oberschlesische Zentral-Soldatenrat mühsam beseitigt ist, mischt sich statt seiner der oberschlesische Arbeiterrat Kattowitz in Dinge, die ihn auch nicht das geringste angehen. Es ist wie bei der Hydra: tritt man einen Kopf ein, wachsen dafür zwei neue. Zunächst hat der Rat den beiden Vorsitzenden, Hörsing und Grella, sein Vertrauen ausgesprochen, in gleichem Atem aber einstimmig allein gegen Hörsing beschlossen, daß der Belagerungszustand über Oberschlesien aufgehoben werde. Selbstverständlich bleibt dieser Protest lediglich auf dem Papier stehen.

2. März.

Die Tschechengefahr macht wieder verstärkten Schutz der Grafschaft nötig. Die 11. Division wird von der Posenschen Grenze weggenommen und um Reichenbach

versammelt. Da der Posener Pole in der Provinz Posen alles erreicht hat, ist es unwahrscheinlich, daß er im Augenblick noch rein schlesisches Gebiet zu besetzen trachtet. Die polnische Armee beträgt etwa 150000 Mann, von denen 100000 Mann zumindest gegen die Sowjets stehen, die höllisch unbequem werden. Auch ist die Ausrüstung der Polen durchaus mangelhaft. Es muß an Artillerie fehlen, da sie diese uns gegenüber kaum verwenden. So können wir es schon riskieren, alles das nördlich Breslau wegzuziehen, was wir in der Grafschaft gebrauchen.

Zwischen der Reichsregierung Ebert-Scheidemann und dem Kriegsministerium einerseits scheinen mit der Obersten Heeresleitung auf der anderen Seite Meinungsverschiedenheiten zu bestehen über die erneute Wegnahme der Provinz Posen. Man merkt aus den Verfügungen, daß das Kriegsministerium zunächst gefragt sein will, um die Entscheidung der Reichsregierung herbeizuführen. Zwischendurch ist in Berlin zwischen Exzellenz v. Rechenberg, dem früheren Gouverneur von Ostafrika, Major v. *Willisen und dem General Dupont nochmals über die Demarkationslinie verhandelt worden. General Dupont hat vorgebracht, daß auf seiner Fahrt nach Warschau — er gehört der dortigen Interalliierten Kommission an — sein Zug bei Kalisch wegen deutscher Fliegerbedrohung mehrere Stunden festgelegen habe. Damit nun die angeblichen Grenzschießereien endgültig aufhören, sollen auf polnischer Seite, wo Offiziermangel, interalliierte Offiziere dafür sorgen, daß die Polen nichts unternehmen, während für uns die Regierung selbst diese Verpflichtung übernehmen will. Auch soll ein Geiselverzeichnis angelegt werden, damit wir wissen, wie viele brave Deutsche nach Sczypiorno verschleppt worden sind.*

Der allgemeine Studentenausschuß will mit dem General-Kommando die Errichtung der Zeitfreiwilligen-Organisationen besprechen. Es hat eine erregte Auseinandersetzung in der Universität gegeben, da der sozialistische Studentenbund unter Schottländer die Zurückziehung des Grenzschutzes verlangt hat. Als neulich Schottländer im Rathaus sprach, trat nur Professor Bruck von der Universität für ihn ein. Auch diesmal hat der Professor der Studentenversammlung erklärt, man könne den Bolschewismus nur durch das Christentum bekämpfen. Als gläubiger Mensch ist das in der Theorie auch mein Standpunkt, in schlesischer Praxis aber liegen mir andere Mittel näher. Übrigens tritt Professor Bruck trotzdem für die Beteiligung der Studenten im Grenzschutz ein. An und für sich bedeuten die Zeitfreiwilligen-Organisationen nur eine halbe Maßregel, sind schließlich aber besser als nichts. Kapitänleutnant Koerner soll sich deshalb mit dem cand. theol. Moor und dem Studiosus Zoerner in Verbindung setzen. Die Universität ist den Studenten nunmehr weitestgehend entgegengekommen. Trotzdem versagt der Zulauf vollkommen.

Sitzung im Rathaus wegen der wahrscheinlich auch in Breslau zu erwartenden Unruhen. Wir sind uns alle darüber klar, daß der Spektakel im Reich auch auf uns hier übergreifen wird, daß er uns aber nicht unvorbereitet treffen darf. Mit Pückler, Koerner und Krüger besprochen, daß vorgeschlagen wird, mit der Sicherheitswehr

zusammen in Breslau durch Fronttruppen ein Besatzungsregiment für die Stadt zu bilden; dann durchsetzen wir die Sicherheitswehr mit unseren guten Freiwilligen, und Frey nebst Anhang verplatzt, sobald wir Offiziere und Frontunteroffiziere zwischen jene einschieben. Auf die Polizei, die an und für sich zu schwach ist, ist nicht zu rechnen. Im Volksrat besteht wie stets die Absicht, zu verhandeln, und so hat man für heute abend eine Sitzung mit den Spartakisten anberaumt, um sie in Güte zu bewegen, von etwaigen Gewalttätigkeiten Abstand zu nehmen. Die Breslauer Sicherheitswehr wird übrigens vom Volksrat recht zweifelhaft beurteilt. Derartige Sitzungen dauern stundenlang, beschäftigen uns in der Vorbereitung erheblich, und heraus kommt doch nichts, weil man die Ereignisse nicht bannen kann und weil, wenn gehandelt werden muß, doch Mars allein die Stunde regiert.

In der Grafschaft aber wuchs die Beunruhigung ganz erheblich, besonders durch die seit dem 25. Februar eingetretenen Eisenbahnunterbrechungen seitens der Tschechen und durch den hermetischen Abschluß ihrer Grenze gegen Deutschland. Der Erfolg der Polen, die Demarkationslinie, sprach eine zu beredte Sprache. Die Agence Havas verbreitete eine unwidersprochene Nachricht, daß Kramarsch und Benesch in Paris von den Vertretern der fünf Großmächte Grenzberichtigungen bei Glatz und in Preußisch-Schlesien bei Ratibor verlangt hätten. In unserer schnellebigen Zeit hat man die uns damals drohenden Gefahren fast schon vergessen. Wer heute nach zehn Jahren noch daran erinnert, daß der Verlust von Teilen der Grafschaft unmittelbar bevorstand und daß nur die gemeinsamen Anstrengungen von Militär- und Zivilbehörden diese große Gefahr abwandten, der wird auch von dem Grafschaftler jetzt erstaunt angesehen. Ende Februar, Anfang März 1919 aber ist wohl kein Landrat der bedrohten Südwestgrenze nicht in Breslau beim General-Kommando gewesen, keiner der großen Standesherren hat gefehlt, und eine Vertreterorganisation löste die andere in der Schweidnitzer Straße ab. Sie alle hatten nicht mehr viel Hoffnungen, daß der Tscheche ruhig blieb.

Es sollen hier nur einzelne militärische Maßnahmen festgehalten werden, die damals an unserer südwestlichen Provinzgrenze getroffen wurden. Unter anderem hatte schon um die Jahreswende das Freikorps Pavel den Befehl erhalten, die Armierungsarbeiten im Vorgelände der Festung Glatz bis gegen die Heuscheuer hin auszuführen. Sie waren Ende Februar vollendet. Die rückwärts gelegenen Gebirgspässe im Eulengebirge und bei Wartha waren in Verteidigungszustand gesetzt worden. Sämtliche Kunstbauten konnten auf Befehl von Breslau gesprengt werden. An Formationen stand um die Grafschaft bis östlich Kamenz und Neisse alles das, was mit der letzten Verantwortung des General-Kommandos in dem übrigen Schlesien freigemacht werden konnte. Dabei streikten in Oberschlesien bereits wieder 17 Zechen und im Waldenburgischen schon zwei. Die Unruhen im Reich fanden bei uns wie stets ihren Wider-

hall. Selbst in Berlin hatte man das Standrecht erklären müssen. Der Aufruf der Roten Fahne „Wieder ist die Stunde gekommen, wieder stehen die Toten auf, wieder reiten die Niedergerittenen . . .“ war nicht ohne Folgen geblieben. Über 1000 Tote gab es allein in Berlin durch den Aufstand in den ersten Märztagen.

Aus dieser Zeit der Bedrohung der Grafschaft stammt auch die folgende Antwort der Stadt Neisse. Sie ist zwar an das General-Kommando VI gerichtet, das aber erst durch diese Antwort selbst von dem Vorgang Kenntnis erhielt. In Wirklichkeit handelt es sich um das Armee-Oberkommando Süd. Dieses hatte die Gestellung von Arbeitskräften für die notwendigen fortifikatorischen Arbeiten angeregt. Auch sollte ein Aufruf erfolgen, nach dem sich entlassene Soldaten zur Verteidigung dem Grenzschutz bei Neisse zur Verfügung stellen sollten.

Das Schreiben der Stadt Neisse an das General-Kommando des VI. Armee-Korps vom 5. März 1919 lautet im Auszug:

Gestern am 4. März 1919 erschien Herr Oberst v. Raumer, Bezirkskommandeur von Neisse, auf dem Magistratsbüro und teilte mit, daß der Herr Kommandierende General des VI. Armeekops den unterzeichneten Ersten Bürgermeister ersuchen lasse, die Bürgerschaft zur Verteidigung der Stadt gegen den unmittelbar bevorstehenden Einfall der Tschechen mobil zu machen und zu bewaffnen. Der Grenzschutz sei zu schwach, und es solle beim Zurückgehen des Grenzschutzes die Stadt Neisse als rückwärtige Stellung gehalten werden. Falls der südlich der Neisse gelegene Teil der Stadt verloren gehe, sei mindestens die Friedrichstadt zu halten . . . Ob aber der Grenzschutz, der nach den eigenen Angaben des Herrn Kommandierenden Generals unfähig ist, die Grenze zu halten, in moralischer und taktischer Hinsicht stark genug ist, die Stadt wirksam zu schützen, müssen wir bezweifeln . . . Wir sind der Ansicht, daß es eine der ersten und vornehmsten Pflichten des Staates ist, den Schutz von Leben und Gut seiner friedlichen Bürgerschaft gegen äußere Feinde zu gewährleisten, und daß ein Staat, der aus Gründen, wie sie jetzt vorliegen, zur Erfüllung dieser seiner vornehmsten Pflicht sich außer Stande gesetzt hat, auch das Recht verwirkt hat, von der Bürgerschaft zu verlangen, daß sie in die durch seine Unfähigkeit entstandene Bresche einspringe . . . Das geradezu unglaubliche Ansinnen, unter solchen Umständen die Bürgerschaft zu bewaffnen, müssen wir ganz entschieden zurückweisen. Wir müßten uns jeden Rest von Verantwortlichkeitsgefühl absprechen, wenn wir unsere Hand dazu böten, die friedliche Bürgerschaft in Franktireurbanden umzuwandeln . . . Zudem können wir uns auch nicht denken, daß die waffenunkundige Bürgerschaft als wirksamer Schutz gegen ein wohldiszipliniertes Heer irgendwie in Frage kommen kann. Das Ansinnen ist uns um so unverständlicher, als das General-Kommando uns vor wenigen Monaten, als wir zu unserem eigenen Schutz gegen Plünderungen eine Bürgerwehr ins Leben rufen wollten, uns Waffen für diesen Zweck verweigerte, und erst vor kurzem wiederum die völlige Entwaffnung der Bürgerschaft durch die Regierung durchgeführt worden ist . . .

Die einzige Möglichkeit zum wirksamen Schutz der Stadt und des Landes erblicken wir in einer sofortigen und erheblichen Verstärkung des Grenzschutzes durch gut ausgebildete und wohldisziplinierte Truppenteile . . .
Nicht ängstliche Sorge und Feigheit treiben uns zu diesem Protest, sondern lediglich die Pflicht, gegen ein Vorhaben Stellung zu nehmen, dessen Widersinnigkeit jedem ruhig Denkenden einleuchten muß . . .

Der Magistrat. gez.: Dr. Franke."

3. März.

In der Grafschaft sind in allen Badeorten schon seit langem große Hilfslazarette eingerichtet. Unweit liegt auch die große Lungenheilanstalt Görbersdorf. Das General-Kommando entschließt sich schweren Herzens, den Befehl zu geben, daß sämtliche Militärkranken aus der Grafschaft sofort abtransportiert werden. Der Tragweite dieses Befehls und der dadurch in der Bevölkerung hervorgerufenen Beunruhigung bin ich mir wohl bewußt. Nun gibt es nichts mehr zu verbergen; aber das ist auch gut so und dient als Warnung für drüben!
Besprechung mit Stadtrat Prescher, daß es in Oberschlesien so nicht weitergeht; es müssen dort größere innere Unruhen unter allen Umständen vermieden werden. Jetzt stehen unsere besten Truppen vor der Grafschaft. Sieht es auch nur einen Augenblick in Oberschlesien so aus, als ob wir in Bedrängnis kämen, haben wir sofort den polnischen Legionär mit den Spartakisten dort im eigenen Lande. Ziehen wir alsdann Truppen von südlich Breslau nach rechts der Oder, greift der Tscheche die Grafschaft an. Obgleich ich dem Stadtrat diese Binsenwahrheit noch durch den Hinweis auf die Besprechung mit dem General Groener unterstreiche, ist er schwer an den Belagerungszustand für ganz Oberschlesien heranzukriegen. Und trotzdem habe ich gerade Prescher zunächst für meinen Gedankengang nötig, dem er dann ohne mich den Weg bei seinen Kollegen vorbereitet. Mit Engelszungen muß man reden; denn wo keine Macht, ist auch kein Befehlen. Schließlich habe ich Prescher so weit, daß auch er für die Verhängung des Belagerungszustandes über ganz Oberschlesien rechts der Oder eintreten wird.
Zur Sitzung gestern war auch der Unteroffizier Ziegler vom Gefangenen-Bewachungsbataillon in Lamsdorf, jetzt Mitglied des Preußen-Parlaments eingeladen. Er habe in erster Linie die Auflösung des General-Kommandos und die Beseitigung seines Offizierkorps verlangt, ebenso selbstverständlich die der Freikorps.

4. März.

Sitzung bei uns mit sämtlichen Besitzern und Landräten Nordschlesiens wegen der endgültigen Führung der Demarkationslinie. Der Großgrundbesitz wird einfach aufgetrennt, ebenso Besitzungen der Städte und der Bürger, die sich nicht an die Provinzgrenze gehalten haben. Die Stimmung ist recht mutlos.

XI. KAPITEL

Wer wird Oberpräsident? Besetzung Breslaus. Höchste Tschechengefahr. Studentenbataillone oder Zeitfreiwillige? S.-Rat gegen Arbeiterschaft.

5. März.

An der Tschechenfront werden nunmehr unmittelbar an unserer Grenze Legionäre gemeldet. Ebenso soll von der polnischen Front um Teschen jetzt Abmarsch der tschechischen Legionäre nach Westen, also gegen uns, erfolgen. Freikorps Schlesien (9. Infanterie-Division) wird gegen Glatz verschoben, Stab nach Reichenbach. Die Gruppe West siedelt nach Saegen über.

Hörsing ist Staatskommissar für den Regierungsbezirk Oppeln geworden. Der Volksrat hat Sorge, daß er bei seiner gewalttätigen Natur zu selbständig wird. Über die Verteilung der hohen politischen Ämter ist noch großes Schachern. Daß sie unter Breslauern verteilt werden, ist selbstverständlich. Philipp hat den Oberpräsidentenposten nicht angenommen, um den Widerwärtigkeiten mit seinen Genossen aus dem Wege zu gehen. Dafür ist dann Zimmer vorgeschlagen worden, dessen Bestätigung durch die Regierung noch zu erwarten ist. Bandmann soll Polizeipräsident werden, da die Genossen Dr. Thiemann nicht unterstützt haben. Schulrat Hacks hat sich tatsächlich um eine Professur an der Universität bemüht, wogegen sich diese ganz energisch gewehrt hat. Jetzt soll er wenigstens Vorsitzender vom Provinzialschulkollegium werden. Wenn man irgendwelche Fühlung zu gebildeten demokratischen Kreisen außerhalb Breslaus hätte, wäre es interessant festzustellen, wie diese sich eigentlich zur Verteilung der hiesigen Ämter stellen. Ich kann mir nicht denken, daß Parteigrößen nur hier in Breslau zu finden sind, und daß nicht im übrigen Schlesien genau so ehrgeizige Leute sitzen, die sich ebenso berufen fühlen und nun von ihren hiesigen Kollegen vor die Schienbeine getreten werden.

Loyd George gibt in einer Rede in Wales zu, daß die Tschechen nunmehr Neigung zur Expansion zeigen; wir richten uns entsprechend auf sie ein.

6. März.

Landrat v. Götz aus Waldenburg ruft an, möchte, daß ich sofort hinkomme, um mit ihm die durch die Spartakisten immer bedrohlicher werdende Lage zu besprechen. Es ist uns bekannt, daß tatsächlich auch unter der Waldenburger Arbeiterschaft Waffen verteilt werden. Telefonische Zusage, daß von der jetzt in seiner Nähe lie-

genden 9. Division ein Regiment für alle Fälle unmittelbar an Waldenburg herangeschoben wird.

Der Landrat schlägt dann eine Sitzung mit den Herren vom Volksrat und uns vor. Götz ist damit einverstanden, daß Graf Pückler hinkommt, da ich wegen der Besprechung der Breslauer Vorgänge hier nicht mehr abkömmlich bin. In Oberschlesien sind gestern Maueranschläge erschienen, in denen zum Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann aufgefordert wird.

Auf den Zechen werden genau wie im Dezember wieder die Hüttenbeamten geschlagen. Die Verhängung des Belagerungszustandes erträgt keinen Aufschub mehr. Vorgestern ist das Freikorps Kühme, dem wir die Gebirgs-Maschinengewehr-Abteilung 229 (Freikorps Paulssen) taktisch unterstellt haben, aus dem Abschnitt Bralin—Groß Wartenberg herausgezogen und in die Gegend Sibyllenort transportiert worden. Kühme erhält Befehl, durch Breslau zu marschieren und in Gegend Kattern Unterkunft zu beziehen. Füsilier-Regiment 38 ist in die Gegend Trebnitz verlegt, ebenso das Leibkürassier-Regiment, so daß wir für den Augenblick um Breslau genügend Truppen haben. Besonders die beiden Freikorps sind ausgezeichnet.

Flotow bekommt Weisung, den Zeitungen mitzuteilen, in diesen Tagen rücke ein starkes Detachement durch Breslau, um an die Tschechenfront zu gelangen. Jeder, den es angeht, kann sich dann einen Vers darauf machen.

Oberstleutnant v. Klüber, der mit seinem Freikorps die Nationalversammlung in Weimar geschützt hat, wird in Halle a. d. Saale von Spartakisten in den Fluß geworfen, ihm beide Hände abgehackt, dann erschossen. Und dabei sehnte er sich so nach Ruhe und hat das Freikorps nur aus reinem Pflichtgefühl übernommen. Als ich ihn zu Weihnachten beim Armee-Oberkommando 3 in Wetzlar, dessen Chef er war, um Freiwillige für Schlesien anging, waren seine letzten Worte: „Wenn ich hier die Sache abgewickelt habe, komme ich zu Ihnen, wo es so schön ruhig sein soll.“

In Weimar erklärt Erzberger in der Polendebatte, daß 16 000 Mann mit 1000 Offizieren unserer Etappe im General-Gouvernement Warschau vor 800 Polen ausgerissen sind. Die Schilderungen, die uns hier besonders in Oberschlesien von dem Zurückfluten unserer Etappe gemacht wurden, waren allerdings im höchsten Grade erschütternd.

7. März.

Ich fahre nun doch zum Landrat von Götz nach Waldenburg wegen der Sitzung morgen, an der Pückler und Flotow teilnehmen sollen. Der Landrat ist tatsächlich in keiner beneidenswerten Lage. Besonders der Stadtrat Dikreiter, Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates, der in der Bergwacht entsprechend gegen uns hetzt, setzt Götz sehr zu. Regiment 58 soll auf Anfordern Truppen in die Stadt legen. Jedenfalls muß es völlig ausgeschlossen sein, daß im Waldenburgischen noch Unruhen entstehen, während wir in Oberschlesien schon den Belagerungszustand erklären.

9. März.

Vorgestern und gestern bin ich sämtliche Regimenter der Grafschaft abgefahren, habe alle Postierungen gesehen und mich überzeugt, wie dicht die tschechischen Posten uns gegenüberstehen. Diese Tschechen sind nagelneu ausgerüstet und machen einen vorzüglichen Eindruck. Am Wirtshaus oberhalb Landeck spreche ich einen Posten an. Er gibt bereitwillig Auskunft, ist über die Revolutionsvorgänge in Deutschland vollkommen unterrichtet und betont immer wieder, daß bei ihnen nichts passiert sei. Von dem Eintreffen französischer Offiziere in Prag weiß er nichts, sagt aber immer wieder „Franzosen - Freund".

In Waldenburg hat gestern dann die Sitzung stattgefunden. Von hier haben Philipp, Dr. Menzel und Widera an ihr teilgenommen. Widera habe wie üblich für eine Sicherheitswehr aus gewerkschaftlich organisierten Genossen plädiert, genau nach Breslauer Muster und Weisung. Es ist aber schließlich auf Veranlassung von Menzel und Philipp unser Standpunkt durchgedrungen, daß zunächst die Stadt Waldenburg militärisch — wenn auch nur schwach — besetzt und das Kommando vom Regiment 58 nach Waldenburg verlegt wird. Damit geht die Sicherheit und Verantwortung auf die 9. Division über, und Landrat v. Götz kann sich mit anderen Dingen beschäftigen. Hauptmann Krüger, der ebenfalls in Waldenburg war, weil wir eventuell den Belagerungszustand dort verhängen wollen, erzählte mir noch über die Vorgänge im Volksrat. Zimmer, der schon angenommen, hat als Oberpräsident nicht den Beifall seiner Genossen gefunden, und Philipp ist, obwohl er zunächst ablehnte, nun als Oberpräsident vorgeschlagen. Voigt soll hingegen Polizeipräsident werden, wodurch Herr Dr. Thiemann sich erübrigt.

Gestern konnte das General-Kommando endlich den Belagerungszustand über den Regierungsbezirk verhängen, einschließlich Oppeln, Cosel und Ratibor. Es war der letzte Augenblick, denn in Mikultschütz und Radzionkau haben die Truppen der 117. Division schon erheblichen Widerstand gefunden. Die Mißhandlungen der Beamten sind fortgesetzt worden, die Borsigwerke haben den Generalstreik verkündet. Viel Zuzug von spartakistischen Agitatoren aus Berlin; es soll versucht werden, sie schon in Sommerfeld aus den Zügen zu holen.

10. März.

Nun wird in den nächsten Tagen wahr werden, was wir seit Tagen erwartet: der Spartakistenputsch in Breslau. Es sind viel entlassene Soldaten angekommen. Gedacht ist die Sache so, daß sich die Spartakisten von den Wirtschaften hinter dem Bahnhof aus geschlossen in die Rote-Kreuz-Verpflegungsstationen des Bahnhofes begeben, um als angeblicher Transport verpflegt zu werden. Dann will man in der Stadt eine Schießerei inszenieren und hofft, daß die Sicherheitswehr anrückt. Währenddessen bemächtigt sich das Gesindel des Bahnhofes, besetzt das erste Stockwerk, da der Bahnhof unserem General-Kommando gegenüberliegt, und nimmt dann das Ge-

neral-Kommando unter Feuer. Ist der Putsch gelungen, soll das Schloß, Reichsbank usw. drankommen. Gegen das Schloß sollen auch Studenten angesetzt sein. In der hiesigen Universität existiert bereits eine spartakistische Gruppe mit dem Vorsitzenden Studiosus Schottländer. Auch Schröder, der von Berlin gesucht wird und auf den 3000 Mark ausgesetzt sind, ist seit gestern hier. Wir waren übrigens schon vor vierzehn Tagen vor dem 13./14. März gewarnt worden.

Als Gegenmaßnahme käme also zunächst die Sicherheitswehr der Kommandantur in Frage. Der spartakistische Bericht sagt, daß diese schließlich mit Spartakus gemeinsame Sache machen würde. Bei den Ärgereien, die ich täglich hier im Haus mit den Wachtmannschaften habe, die von Gehässigkeiten gegen uns Offiziere strotzen, scheint mir sehr wohl möglich, daß sich die Hoffnungen jener Leute erfüllen.

11. März.

In Oberschlesien sind jetzt 25 Schachtanlagen im Ausstand. Der Volksbeauftragte Barth will mich telefonisch aus Hindenburg sprechen. Ich melde mich, und er sagte „Hier der ehemalige Volksbeauftragte Barth. Man will mich hier unter dem Belagerungszustand daran hindern, in einer Versammlung zu reden.“ Ich unterbreche ihn: „Die 117. Division erhält Befehl, Sie zu verhaften, falls Sie nicht in sechs Stunden Schlesien verlassen haben.“ Barth hat die Stirn, noch zu sagen, er, ausgerechnet er sei erschienen, um beruhigend zu wirken. Eilker legt die Pläne für die Besetzung der Stadt durch Kühme, Aulock, Regiment 38 und Leibkürassiere vor. Die Kommandantur, die ja für die Festung Breslau verantwortlich ist, scheidet bei diesen Beratungen vollkommen aus.

Abends Besprechung auf dem Oberpräsidium, wo noch der Oberbürgermeister, der Stadtrat Dr. Fuchs, Dr. Menzel und Frey. Ich erläutere die mir gewordenen Nachrichten. Es herrscht allgemeine Übereinstimmung, daß die Stadt sofort zu besetzen ist. Entsprechend unserem Plan rücken die Truppen im Laufe des Abends zum nicht geringen Erstaunen der Bürgerschaft ein.

Gegen drei Uhr morgens erscheinen noch Dr. Menzel und Stadtrat Fuchs und überbringen die Bitte des Volksrates, den Belagerungszustand zu verhängen. Gall ruft dann noch aus Oberschlesien an; schließlich wird an diesem Morgen die Gazeta Ludowa, ein polnisches Hetzblatt, unterdrückt, und der ereignisreiche Tag ist beendet.

12. März.

Sitzung im Volksrat, die einen geradezu erstaunlichen Verlauf nimmt. Gestern habe ich auf dem General-Kommando in Gegenwart von Voigt und Frey den Besetzungsplan lang und breit besprochen. Besonders auch war der Gefreite Frey, der als Obmann der Kommandantur hinzugezogen war, durchaus damit einverstanden, daß die Truppe in die Stadt einrücke. Dasselbe habe ich ausführlich auf dem Oberpräsidium vorgetragen, und auch zu dieser Besprechung erschien der Gefreite. Hier wurde natur-

gemäß auch das Thema „Zuverlässigkeit der Breslauer Sicherheitswehr“ ventiliert. Da wir sie alle kennen, fragte der Oberbürgermeister den Gefreiten, wie es damit bestellt sei, wenn die Sicherheitswehr es mit den Spartakisten zu tun bekäme. Herr Frey zuckte die Achseln. Überrascht war zwar niemand von diesem Eingeständnis des Mannes, aber um so mehr mußten wir die Verantwortung für etwaige Vorgänge mit den regulären Truppen übernehmen. Nun ist heute morgen die Sicherheitswehr auf die Freiwilligen und Kürassiere gestoßen. Die Nebenbuhler sitzen also auf einmal in Breslau. Als Exponent dieser unangenehmen Überraschung erhebt nunmehr Herr Frey flammenden Protest. Der Gefreite weiß nichts davon, daß die Freikorps hätten einrücken, sie hätten doch draußen vor der Stadt lagern sollen. Alles habe er falsch verstanden. Die Bevölkerung sei außer sich. Man habe jede Rücksicht auf die Arbeiterschaft fallen lassen, die nun auf das äußerste gereizt sei. Genosse Philipp kenne im übrigen die Arbeiterschaft nicht, deren Vertrauen er in keiner Weise besäße, wie sie ja auch ihn keinesfalls zum Oberpräsidenten haben wolle. Die Herren des General-Kommandos schienen nervös geworden, die ganze Aktion lasse jede ruhige Überlegung vermissen.

Frey wendet sich nunmehr auch gegen eine Verhängung des Belagerungszustandes über Breslau. Tatsächlich begründet der Mann den Einspruch damit, daß dann sicherlich die General-Kommando-Truppen in der Stadt blieben, was für die ganze Bevölkerung völlig unerträglich sei! Vom Bürgermeister aber ging gerade der Antrag auf Verhängung des Belagerungszustandes aus, den das Stadtoberhaupt genau mit den gegenteiligen Argumenten dieses Soldatenrats begründete. Wie ich den Soldatenrat der Kommandantur vorgestern so vor mir sitzen sah, wußte ich, daß ich ihn in der Schlinge hatte. Im Moment, wo ich einmal reguläre Truppen in Breslau drinnen habe, werde ich nie mehr zugeben, daß sie die Stadt gänzlich wieder verlassen, d. h. daß das General-Kommando lediglich der sogenannten Breslauer Sicherheitswehr ausgeliefert ist. Deren Einstellung zum Offizierkorps lief stets in derselben Richtung der Gehässigkeit und Verachtung. Frey erkennt erst jetzt post festum, wohin wir mit ihm reisten. Wahrscheinlich haben es ihm heute morgen erst seine Leute beigebracht, und nun versucht er, sich von aller Verantwortung zu reinigen: Übergriffe des General-Kommandos, Brüskierung der Arbeiterschaft, wahrscheinlich Generalstreik. Wenn ich den Mann auch in seine Schranken zurückweise, so wirkt es doch erfrischend, wie der Oberbürgermeister Dr. Wagner und Dr. Menzel über ihn herfallen. Beide erklären ihm frisch und frank, man habe ihn nie im Zweifel darüber gelassen, daß die Truppe einrücken und nicht etwa vor der Stadt hätte lagern sollen, er sei mit allem einverstanden gewesen. Auch habe er es selbst zugegeben, daß keinerlei Verlaß auf die Truppen der Kommandantur. Eine wenig beneidenswerte Rolle, die dieser Generalfeldmarschall von Breslau hier vor dessen zivilem Oberhaupt zu spielen gezwungen wird! Während wir gerade über den Belagerungszustand debattieren, der natürlich für Breslau wünschenswert und für den Oberbürgermeister Dr. Wagner sich besonders

einsetzt — ich selbst halte ihn im Augenblick für undurchführbar —, erscheint Herr Schley vom Soldatenrat, derselbe Mann, der am Rätekongreß in Berlin teilnahm und dort für die sieben Hamburger Punkte eintrat. Er wünscht Erklärungen, wo die Verhafteten wären. Ehe es aber zu weiteren Auseinandersetzungen kommt, weist ihm der Oberbürgermeister erregt die Tür, indem er ihn fragt, wer ihn herbestellt hätte und wie er dazu käme, sich für Verbrecher einzusetzen. Denselben Weg wandert der Arbeitslose Gruschwitz, der gleichfalls Erklärungen abzugeben wünscht.

Der Kommandeur Regiments 38, Oberstleutnant Burchardi, dessen Truppe das Rathaus besetzt hat, bittet mich nach der Sitzung, das Regiment möglichst bald wieder aus der Stadt herauszulegen. Er fürchtet die Verseuchung durch revolutionäre Elemente. Ich muß sagen, daß mir diese Bitte außerordentlich ungelegen kommt. Kein Mensch weiß, wie die Sache sich weiter entwickeln wird, und schon werden derartige Wünsche laut.

Im Rathaus und auf der Straße ein schönes militärisches Bild, die starken Postierungen und die gut aussehenden Leute der Glatzer Füsiliere.

Nachmittags tagt der Garnison-Soldatenrat. Es sind dort Ausdrücke gefallen, wie: verbrecherische Maßnahmen, die Offiziere solle man festsetzen, nicht die Spartakisten. Frey bestreitet, von der Besetzung der Stadt etwas gewußt zu haben.

In jenen Tagen ist auch dem General-Kommando nicht verborgen geblieben, daß nach dem Diktator gerufen wurde, der nunmehr endlich Schluß mit den herrschenden Zuständen zunächst in Breslau, dann in Schlesien und dadurch auch in Berlin machen würde. Nach Ansicht der sich in diesem Augenblick für einen neuen Umsturz begeisternden Offiziere und Mannschaften fehlte es in Breslau beim General-Kommando nur an der zündenden Persönlichkeit. Kein Zweifel, daß Breslau am 11. März abends vollkommen in der Hand des Militärs war. Was hieß das? Man hätte die Soldatenräte wegjagen können, sie wären aber wahrscheinlich schon rechtzeitig in einigen unterirdischen Kanälen verschwunden. Auch den Volksrat hätte man lahmlegen können, und wenn die Truppe es gewünscht, wäre sie selbstverständlich in der Lage gewesen, den ihr genehm scheinenden Mann ins General-Kommando zu bringen. Damit aber wäre das Unternehmen mit vollkommener Sicherheit zum Stillstand gekommen. Außerdem wären ganz zweifellos Oberschlesien und Waldenburg mit ihrer beunruhigten Arbeiterschaft im selben Augenblick auf die Beine und zum Generalstreik gebracht worden. In Oberschlesien herrschte schon der Belagerungszustand. Trotzdem kostete es Mühe genug, Herr der Situation zu bleiben, da nur ganz vereinzelte Truppenteile erst wieder zuverlässig und zur Erzwingung der Bestimmungen aus dem Belagerungszustand zu verwenden waren. Ein innerer Aufruhr aber hätte die außenpolitische Gefahr, die etwa um den 15. März sowieso ihren Höhepunkt erreichte, sofort akut werden lassen. Auch hätte eine zunächst rein militärische Erhebung niemals breite Unterstützung aus der Bevölkerung gefunden,

auf die sie angewiesen war. Denn noch herrschte die Blockade in Deutschland und mit ihr der Hunger. Er war der Feind, der alsbald noch die Reihen der Gegner verstärkt hätte und der nicht mit dem Bajonett zu bekämpfen war. Nicht an der Persönlichkeit hat es gefehlt, sondern an dem Nährboden, aus dem jede Umwälzung schließlich ihre Kräfte ziehen muß. Nahe liegt heute der Vergleich zwischen diesem Jahrestag des Einmarsches regulärer Truppen in Breslau, also dem 12. März 1919, und dem Kapp-putsch am 12. März 1920. Die Erhebung des Jahres 1920 ist wohl etwas vorbereitet worden und hatte an sich viel günstigere Bedingungen. Die Truppe war seit beinahe einem Jahr wieder ohne Soldatenräte, gehorsam. Eine Gefahr durch Polen und Tschechen bestand nicht mehr. Trotzdem ist auch dieser Putsch gescheitert zum nachhaltigen Schaden des deutschen Offizierkorps.

13. März.

Ein unruhiger Tag. Es sollen die Truppen wieder aus der Stadt verlegt werden. Allerhand Bittsteller erscheinen. Als letzter beklagt sich noch der Kastellan des Schlosses, daß ihm nachts die Kürassierpferde den Schloßgarten zertrampelt hätten. Das Personalamt teilt mit, daß wegen des großen Abbaues beim Heere zur zwangsweisen Pensionierung eines großen Teils des Offizierkorps geschritten werden müsse, wenn nicht entsprechend viele Offiziere, die in pekuniär guter Lage seien, freiwillig gingen. Ich stelle mich für die Herren zur Verfügung, die von sich aus den Abschied erbitten, da ich keinesfalls länger mehr bleiben will als eben nötig. Major Lehmann, Chef der 1. Reitenden Batterie des Feld-Artillerie-Regiments 5, der doch wahrlich mit uns bei der 5. Kavallerie-Division viel durchgemacht hat, spricht bei mir vor und sagt, die letzten Monate bedeuteten auch für ihn die nervenaufreibendste Zeit des ganzen Krieges. Rittmeister Weyrauch, der alte Kriegsschulfreund, kommt und soll nach Kempen, wo er schon seinen Hörsaalkameraden Lierau vorfindet. Dort wird Weyrauch ein selbständiges Ulanenregiment Weyrauch aufstellen. Witzleben, mein Gehilfe von der 9. Reserve-Division, geht als Generalstabsoffizier nach Nieder-Eisersdorf zur dortigen Brigade. In dieser Zeit erinnert man sich schnell an tüchtige Leute, mit denen man eingearbeitet ist und versucht sie herzubringen.

14. März.

Der versammelte Volksrat tagt im Stadtverordnetensitzungssaal des Rathauses, auch die Zuhörerlogen sind überfüllt. Gestern war ich gebeten worden, vor dieser Versammlung das Referat über die Vorgänge und über die Besetzung der Stadt zu halten. Jetzt tritt Voigt auf mich zu und sagt, er wolle doch lieber das Referat halten, da es sich um eine rein zivile Versammlung handele, und möglicherweise meine Auseinandersetzungen Anstoß erregen könnten. So berichtet Voigt denn selbst; danach spricht das Stadtoberhaupt dem General-Kommando die vollste Anerkennung der gesamten Bevölkerung der Stadt aus dafür, daß es sie vor Schaden bewahrt hätte. Das General-

Kommando besitze das vollste Vertrauen der Bürgerschaft. Wagner meint, die Sicherheitswehr sei zu schwach, solle verstärkt werden. Innerlich ist der Oberbürgermeister selbstverständlich davon überzeugt, daß nur das reguläre Militär es machen kann. So wie er das General-Kommando kennt, weiß er auch, daß dies es einfach wegen der innerpolitischen Verhältnisse im übrigen Schlesien nicht zulassen kann, daß hier in Breslau irgend etwas passiert. Wir werden gewiß nicht erst warten, bis die republikanische Garde darüber abgestimmt hat, was geschehen soll. Das Eindringen des Schley in unsere vorgestrige Sitzung, in der er mit Generalstreik drohte, wirft noch seinen Schatten nach, indem Wagner auf die Gefahr hinweist, die durch das Spielen mit dem Feuer entstehen könne. Der Belagerungszustand ist natürlich nicht zu verhängen, schon deshalb nicht, weil effektiv in den Tagen nichts passierte.

Wir befürchten jetzt jeden Augenblick den Tschecheneinfall, die 9. Infanterie-Division — Freikorps Schlesien — wird noch mehr zusammengezogen.

Bei der Beerdigung des unglücklichen Oberstleutnant v. Klüber hat der Vizepräsident der Nationalversammlung, die ja gerade Klüber mit seinen Truppen geschützt, eine sehr eindrucksvolle, wohltuende Rede gehalten. Er führte aus, daß der Sarg einen Helden umschließe, den Deutschland nie vergessen werde, weil es nur durch ihn und seinesgleichen gerettet werden könne.

15. März.

Die Lage an der Tschechenfront wird jetzt so beurteilt, daß ein etwaiger Einmarsch sich eher gegen Ratibor richten wird, da stärkere Truppenansammlungen gegen Troppau und Mährisch-Ostrau gemeldet sind. Gegenüber der Grafschaft ist die Lage unverändert. Hingegen macht uns Waldenburg selbst Sorge, wo gestern in der Stadt Schießereien mit der Wache vom Regiment 58 vor einem Verpflegungsdepot stattfanden.

Seit gestern ist der ganze Truppenabschnitt an der Tschechenfront alarmbereit. An Artillerie und Verstärkungen ist zusammengekratzt, was nur zusammenzuholen war. Bis zu den Zwischenlandungsplätzen und den Flugabwurfstellen ist alles festgelegt und kenntlich gemacht. Wir können uns der Gewißheit hingeben, alles getan zu haben, was in unseren Kräften steht.

16. März.

Nachmittags kommt Assessor Ollendorff. Wir sprechen über die Mission der Herren vom Volksrat in Berlin in der vergangenen Woche. Der Empfang von Stadtrat Prescher und ihm bei dem Minister Hirsch sei nicht allzu freundlich gewesen. Hirsch habe den Herren vorgeworfen, daß der Volksrat sich allzu große Rechte anmaße. Dieser habe eine vollkommene Nebenregierung neben den bestehenden Behörden errichtet, während er doch lediglich als Kontrollorgan gedacht sei. Ferner kommt hinzu, daß der Volksrat die Vorschläge für die Besetzung der höchsten Provinzstellen

alle von sich aus machte und seine Wünsche bisher auch gegen Berlin durchgedrückt hat. Jetzt dreht es sich um Philipp. Hirsch habe Bedenken geäußert, auch erklärt, daß alle möglichen Leute jetzt wieder genannt würden. So für den Liegnitzer Regierungspräsidenten-Posten Oberbürgermeister Charbonnier, während durch den Volksrat der Landrat v. Kottwitz vorgeschlagen werden soll. Schließlich habe Hirsch gemeint, daß Philipp wohl ernannt werden würde, zumal die drei neuen Regierungspräsidenten den bürgerlichen Parteien angehörten. Dr. Thiemann kommt nach Ansicht von Hirsch für den Polizeipräsidenten keinesfalls in Frage. Ollendorff bitte ich, sich energisch im Volksrat für die Ernennung Voigts zum Polizeipräsidenten einzusetzen, da Frey für das General-Kommando unmöglich sei. Der Assessor meint, bis zum Freiwerden Voigts aus dem Soldatenrat solle der Rechtsanwalt Bandmann die Stelle des Polizeipräsidenten kommissarisch verwalten. Der Eindruck in Berlin und Weimar über die Energie der handelnden Leute ist nicht erheblich gewesen. Philipp Scheidemann habe sich bereits wieder für Amnestie der Aufrührer in dem Berliner Aufstand eingesetzt, obwohl in diesen Tagen erst die letzten Toten der Freikorps beerdigt werden. Mit solchen Sachen kommt man allerdings nicht weiter. Die Herren sind dann in Weimar gewesen und haben sich mit Erzberger über unsere Grenzfragen unterhalten. Nach wie vor steht das Auswärtige Amt auf dem Standpunkt, daß ein tschechischer Einmarsch nicht zu erwarten sei. Ich frage Ollendorff, was das Amt wohl dazu sagen würde, wenn der Tschescheneinmarsch ganz wider Erwarten Berlins erfolge? Letzten Endes führten ihn die Generäle aus! Ein Verzicht auf die Agitation zur Werbung von Freiwilligen zum Schutze der Grafschaft käme in keiner Weise in Frage. Die bitteren Erfahrungen seit 1914 mit der Wilhelmstraße hätten doch wahrlich auch den Harmlosesten stutzig gemacht. Dann ventiliere ich kurz noch den Gedanken der Selbständigmachung der Provinz. Diese löse sofort die Ernährungsfrage, und damit sei auch die Ruhe in Oberschlesien und Waldenburg gesichert. Doch ist als Vorbedingung nötig, daß erst in Prag sondiert wird, wie man sich zu einem derartigen Staatsgebilde stellt. Ollendorff sagt dann, daß man in Weimar mit Graf Brockdorff-Rantzau über die Republik Oberschlesien gesprochen habe für den Fall, daß man Oberschlesien nicht beim Reiche halten könne. Alle diese Fragen sind nicht ohne die Sozialdemokratie zu lösen. Diese verhält sich aber schon deshalb ablehnend, weil der Gedanke einer eventuellen Selbständigmachung, falls in Preußen der Bolschewismus die Oberhand gewinnt, hier von der Schwerindustrie propagiert wird.

Bilder!

In Berlin tut sich ein „Rat der Deserteure“ auf. Ersucht um Übersendung von Urlaubsscheinen für Fahnenflüchtige. General-Kommando fragt bei der Kommandantur Berlin an, ob tatsächlich dieser „Gipfel der Schamlosigkeit“ bestünde.

An der Kuhhalterversammlung der Gemeinde Friedersdorf beteiligt sich auch der Arbeiter- und Soldatenrat Lauban. Beim Betreten des Versammlungslokals werden die Räte sofort aufgefordert, an der Türe Platz zu nehmen, damit sie rascher herausgeworfen werden können. So geschah es denn auch. Jetzt sollen wir noch zwischen den Geprügelten und den Kuhhaltern schlichten.

Der Soldatenrat des 3. Bataillons Infanterie-Regiments 23 erkennt den General-Kommandobefehl nicht an, daß um 12 Uhr Zapfenstreich ist. Das Bataillon sei mobil, und damit erledige sich jegliche Urlaubsbeschränkung.

Leutnant Herrmann, Adjutant des Regiments zur besonderen Verwendung 4, fährt in Zivil nach Breslau. Der Soldatenrat des Regiments, überdies noch Koch des Regimentsstabes, ersucht den Soldatenrat der Brigade, festzustellen, ob der Offizier berechtigt gewesen sei, in bürgerlicher Kleidung zu fahren. Dieser Koch wird kaum mit besonders viel Liebe das Essen für seine Offiziere bereiten.

Soldatenrat Neisse setzt eine Versammlung für die Behörden fest, die die Entlassungen von Mannschaften bearbeiten, und befiehlt „An dieser Versammlung haben die Kommandeure jeder in Frage kommenden Formation teilzunehmen."

Der Soldatenrat des 2. Bataillons Regiments zur besonderen Verwendung 2, der sich vor der Tschechenfront nicht verschieben lassen will (s. S. 47), organisiert dafür Tanzvergnügen:

Gasthof zum deutschen Rhein, Voigtsdorf bei Schömberg.
Sonnabend, 15. Februar 1919
Elite-Maskenball der 6. Grenzschutz-Kompagnie Schömberg,
wozu ergebenst einladet
Der Soldatenrat. Das Komitee.

Die schönste und ulkigste Maske wird prämiiert!
Maskenkarten bei Oberjäger Stöckel, Niedergasse 134.

Soldatenrat Brieg:

> Die Angelegenheit der Beschlagnahme bei dem Gutsbesitzer Türpitz in Groß Döbern ist vom Sicherheitsdienst des Soldatenrates auf Grund revolutionären Rechtes erfolgt. Der eventuellen richterlichen Entscheidung wird mit größter Ruhe entgegengesehen.
>
> Der Soldatenrat der Garnison Brieg
> gez.: Cyrus.

Mitteilungsblatt des Soldatenrats der 12. Infanterie-Division vom 6. Februar:

„Es erscheint sehr wichtig, Anordnungen, Befehle und Bestimmungen der Kommandeure, Kompagnieführer usw. zu kopieren und dem Divisionsobmann zu unterbreiten.

Derselbe muß einen Überblick über die Tätigkeit der Offiziere der Division gewinnen, um eventuellen Übergriffen vorzubeugen."
Beim stellvertretenden Landrat des Kreises Falkenberg (Oberschlesien), dem Regierungsrat Wackerzapp, spricht der Hauptmann Hildebrand vom General-Kommando vor. Es sollen die Werbestellen für das Freiwilligenkorps Schlesien eingerichtet werden, hier wie bei allen anderen Landratsämtern. Regierungsrat Wackerzapp ist nicht allein. Ein Vollzugsrat, Ableger des benachbarten Lamsdorfer Arbeiter- und Soldatenrates des Unabhängigen Unteroffizier Ziegler (s. S. 112), unterstützt den Regierungsvertreter in den Geschäften der Kreisverwaltung. Lubinski und Simon waren Dauereinlieger im Landratsamt geworden; sie bat jetzt der Regierungsrat telefonisch zu sich herüber. Antwort: „Eine Besprechung hat keinen Zweck; eine Verstärkung des Grenzschutzes ist nicht erforderlich; eine Tschechengefahr besteht nicht; an einer Werbetätigkeit für das Freiwilligenkorps Schlesien beteiligen wir uns nicht." Der Landrat darauf an das General-Kommando: „Ich brach das Gespräch damit ab, daß ich feststellte, daß der Soldatenrat es ablehnt, der schwerbedrohten Provinz Schlesien diejenigen Verteidigungsmittel zu schaffen, deren sie zu ihrem Schutze dringend bedarf."
An einer kleinen Haltestelle bei Schweidnitz sitzt einsam ein Bayer, das Gewehr zwischen den Knien. Befragt, was er hier mache, antwortet der Krieger: „Ich lauere auf Spakiste!"

17. März.

Nach Rücksprache mit Zentralgrenzschutz Ost wird nun Generalleutnant v. Friedeburg das Korps führen, ein ruhiger vornehmer Mann, der viel Arbeit vorfinden wird. Gegenüber dem Kampf mit den Soldatenräten ist alles andere bisher zu kurz gekommen. Es kann keine Rede davon sein, daß auch nur ein Vorgang nach der ersten Erledigung sachgemäß noch weiter verfolgt wird. Der Tag hat eben nur 24 Stunden. Ich komme mir vor wie ein Mann, der am Steuer eines Schiffes steht und es mit Mühe und Not einigermaßen in der Richtung hält. Die Wellenberge, die hinter ihm liegen, sind überwunden und damit holla. Diese Zeit lebt so schnell, daß heute bereits veraltet, was uns gestern noch so wichtig erschien, daß es mit aller Kraft umkämpft wurde. Unsere sorgfältige militärische Gewöhnung an treue Arbeit und Zuverlässigkeit auch im kleinen, kann uns jetzt nur insofern helfen, als wir versuchen, von einem Tag zum anderen weiter zu kapitulieren. Von tieferem Eingehen auf irgend einen Vorgang kann gar keine Rede mehr sein.
Major Lierau kommt aus Kempen mit einem großen Wunschzettel für sein Detachement. Auf der Hörsaalbank als mein Nebenmann in der Akademie war er der friedlichste Mann. Jetzt verfolgt er alle Welt mit seinem Zorn. Er hat mit seinem Detachement, dank uns, eine vollkommen selbständige Stellung zwischen 11. Division und 2. Garde-Division. Beide wollen ihn schlucken, was im Interesse der Einheitlichkeit

auch erklärlich ist. Doch liegen die Verhältnisse in Kempen deshalb so schwierig, weil es die einzige posensche Stadt ist, die wir noch außer Zduny halten. Es muß also gerade hier ein besonderes Vertrauensverhältnis zwischen der Bevölkerung und dem Abschnittskommandeur bestehen, der auch sämtliche Entscheidungen als endgültig sofort ohne Rückfragen treffen kann. Das scheint mir nicht gewährleistet, wenn die direkte Unterstellung unter das General-Kommando aufgehoben wird. Aber Lierau ist konsequent. Er wünscht zu wissen, welche Stellung denn der Rittmeister Weyrauch bei ihm einnähme, der ein Freiwilligen-Ulanen-Regiment Weyrauch aufstellen will. Zunächst soll Weyrauch Lierau unterstellt werden. Im Hörsaal saßen sie doch auch nebeneinander, und ich denke, daß sie sich auch diesmal miteinander vertragen. Wenn wir in dieser Zeit den Freikorpsführern ihre Selbständigkeit nehmen, berauben wir uns ihrer Initiative und ihres Ehrgeizes. Es besteht schon eine Spannung zwischen Kühme und Paulssen, von der nur taktischen Unterstellung von Paulssen unter Kühme in Breslau herrührend. Darunter leidet dann die Arbeitsfreudigkeit des Jüngeren. Solange aber die Divisionen nicht voll kampffähig sind — und daß sie das nicht sind, bestätigen sie selbst — können die Klagen über die Selbstherrlichkeit der Freikorps jedenfalls mit nichts begründet werden. Kühme und Paulssen haben sich vorgestern in Breslau über nichts beklagt, während die 38er und Leibkürassiere durch ihre Kommandeure sofort wieder auf Abzug drängten wegen der Verseuchungsgefahr. Dafür aber sind die 38er mit dem Preußenmarsch und Heil Dir im Siegerkranz aus der Stadt verschwunden. Die Volkswacht schrieb von der „Wonnegans" auf dem Palaisplatz, und ich habe wieder den Ärger mit den Leuten vom hiesigen Zentralsoldatenrat. Vielleicht kann ich es selbst nicht mehr beurteilen, wie man der Truppe am besten gerecht wird. Ob dadurch, daß man sie sich gänzlich über die Zeit hinwegsetzen läßt oder dadurch, daß man vermeidet, Stacheln zu zeigen, wo sie nicht nötig. Für mich persönlich bleibt es nur bitter, jetzt zu wissen, daß ich in dem Hexenkessel auch weiter schmore und die Truppe wegen Verseuchungsgefahr aufs Land gerückt ist. Ein Herr Volbehr aus Berlin erscheint und überreicht mir einen Scheck über 30 000 Mark im Auftrage des Vereins für den Ostschutz. Ich nehme das Geld an. Herr Volbehr sagt, es sei ausdrücklich zur Verwendung für die Freikorps, eine Rechnungslegung würde nicht verlangt. Es stamme von großen Wirtschaftsverbänden aus Berlin.

18. März.

Besprechung mit dem Universitätsrektor Geheimrat Dr. Koch über die Beteiligung der Studenten entweder in Studentenbataillonen oder als Zeitfreiwillige. Das Zwischensemester der Universität schließt bereits Ende März, das Hauptsemester soll im Mai wieder beginnen und im Herbst dann wieder ein Zwischensemester folgen. Das General-Kommando hatte dem Preußischen Ministerium für Kunst und Wissenschaft entsprechende Vorschläge gemacht, die den Studenten ihre Entschließungen erleichtern sollten. Es soll nun morgen der ganze Fragenkomplex nochmals im Volksrat be-

sprochen werden. Es liegt mir daran, da ich an der Sitzung selbst nicht teilnehmen kann, mich zunächst mit dem Rektor zu einigen.

Der Gedanke der Studentenbataillone lag damals sehr nahe. Schon Anfang Dezember erschien, wie bereits erwähnt, ein Graf Schulenburg mit einem mir unbekannten Studiosus im Generalkommando und erzählte mir, er habe die ganze Universität hinter sich gebracht, und man könne damit die ganze Berliner Regierung zum Teufel jagen (s. S. 59).

Studentenbataillone bedeuten nach wie vor ein rotes Tuch für den Soldatenrat und seinen Anhang. Wir werden uns morgen infolgedessen nicht auf sie versteifen, sondern uns auf Zeitfreiwillige beschränken, die von Fall zu Fall dann an der Universität mobilisiert werden. Wie mir der Kommandeur der Leibkürassiere jetzt bei der Besetzung der Stadt erzählte, ist sowieso schon ein ganzer Trupp Studenten in der Kaserne erschienen.

19. März.

Die im Augenblick jetzt besonders unerwünschten Auftritte in Waldenburg rühren lediglich von den Verpflegungsschwierigkeiten her. Bezeichnend gerade vor einigen Tagen der Sturm in Waldenburg auf das Lebensmitteldepot. Infolgedessen heute Besprechung in Landeshut mit Bürgermeistern und Arbeitern. Auch die Soldatenräte der Grenzschutztruppen sind hinzugezogen worden, um ihre belangreiche Ansicht zu äußern. Man hat sie nicht umgehen können, weil sie, unbefragt, sofort aus reinem Größenwahnsinn gegen etwaige Beschlüsse Widerstand leisten würden. Ich bin derselben Auffassung wie diese Arbeiter, daß es ein Unding ist, wenn an demselben Ort Bergarbeiter 100 Gramm Fleisch, die nichtstuenden Grenzschutzsoldaten 200 Gramm nebst vielen Zutaten erhalten. Meine Versuche, auf die erschienenen Soldatenräte der Truppe zu drücken, um von ihrer mobilen Verpflegung etwas für die schwer arbeitende Bevölkerung zu bekommen, die teilweise weite Anmärsche zu ihren Gruben zurücklegen muß, scheitern. Die Gesinnung dieser Grenzschutzsoldatenräte ist bereits so gesunken, daß ich gänzlich tauben Ohren predige. Hier geht die Saat des Sengen und seinesgleichen auf. Die versammelten Vertrauensleute z. B. des Regiments 395 lehnen es bis auf eine Maschinengewehr-Kompagnie geschlossen ab, etwas abzugeben. Nur diese erklärt sich bereit, ihrer Gemeinde ab und zu etwas zu überlassen. So sieht in ihrer Nacktheit die Gleichheit und Brüderlichkeit aus, die diese Propheten einer paradiesischen Zukunft verkünden. Das General-Kommando wird dadurch helfen, daß es die Marketenderwaren für März nicht an die Truppe, der sie zustehen, sondern an die hungernde Bevölkerung ausgibt, was natürlich verboten, mir aber gleich ist. Dann können 18000 hungernde Arbeiter zwölf Tage lang je 250 Gramm Fleischkonserven und 125 Gramm Gemüsekonserven empfangen.

Weiter stand die Frage der Geschlechtskrankheiten auf dem Programm. Haarsträubende Bilder trägt der Kreisarzt vor. Die übertrieben oft stattfindenden Tanz-

vergnügen sind schuld an diesen Erscheinungen. Die Soldatenräte des Grenzschutzes setzen sich rücksichtslos über die Polizeiverordnungen hinweg und verlängern nach Gutdünken die Polizeistunde. Aber auch das Zivil überbietet sich an Lustbarkeiten. Als neulich der Zentrumsabgeordnete von Glatz, Dr. Fleischer, in Weimar den Grenzschutz als im höchsten Grade verlottert und vergnügungssüchtig hinstellte, hielten es die Faust und Winter für nötig, gegen den Abgeordneten einzuschreiten.
Später komme ich allein mit Oberstleutnant v. Kuczkowski auf die Besprechung im Bürgermeisteramt zurück. Er sagt, daß er sich dafür einsetze, daß sein Regiment 395 den notwendigen Teil von Lebensmitteln für die Bevölkerung abgebe. Er hätte in dieser Sitzung nur nicht gleich dazwischen schlagen wollen.
Abends in Glatz, wohin Major Solger als Generalstabsoffizier versetzt wurde, um diese alte Festung zu armieren. Er armiert auf dem Papier Glatz genau so, als ob er im Hörsaal A der Akademie säße.

20. März.

Früh mit Solger auf dem Schäferberg und Donjon, den alten Glatzer Befestigungen. Es erinnert alles an Koblenz. Während in der Stadt sich die Sicherheitswehr entsprechend ergeht, aufgeknöpfter Mantel, Hände in den Taschen, umgedrehtes Gewehr, merkt man hier noch nichts von Revolution. Die alte Feste Friedrichs des Großen atmet noch den Geist der Ordnung wie ehedem. Die Schilder an Kasematten und Munitionsräumen machen deren Verwendung namhaft. An der Munitionsanstalt hängen die gefüllten Wassereimer bereit. Drei alte Frauen arbeiten hier für 25 Mark die Woche; der Feuerwerker meldet: „Der 9. November 1918 hat bis hier seine schmutzigen Wellen noch nicht geschlagen.“
Glatz soll mit zwölf Zehnzentimeter- und vier schweren Feldhaubitzen bestückt werden, die Bedienung angeblich die Volkswehr stellen! Als Besatzung der Feste kommt sonst nur die Freiwilligen-Abteilung von Pavel in Frage, die mit ihren beiden Kompagnien das Vorgelände der Festung besetzen soll. Für die Festung selbst bleiben von dem Freiwilligenverband dann kaum mehr als 30 Mann und 4 Maschinengewehre übrig. Leider ist Schneetreiben, so daß wir keine Fernsicht haben.
In Eisersdorf bei der Brigade 5 waren Witzleben und Oster. Die Klagen über den Soldatenrat Weiß dauern an; nie wäre es so weit mit ihm gekommen, wenn die Brigade von Anfang an unmittelbar mit ihm in Fühlung geblieben wäre und ihn so unter Aufsicht gehalten hätte. Vorbildlich sind Major Beckmann und Hauptmann Brüll, 11. und 12. Infanterie-Division, die besonders hetzende Divisionsobmänner haben und sich täglich mit den Leuten herumschlagen müssen, sie aber nicht aus den Klauen lassen. Wir betreiben es in Breslau genau so und stecken dafür noch oft den Vorwurf ein, wir gäben ihnen zu viel nach. Der Erfolg des Abbaues und des Wasserabgrabens der ganzen Gesellschaft aber spricht für uns. So und nicht anders muß der Kampf durchgeführt werden.

Weiter nach Kamenz zur 18. Infanterie-Brigade, Generalmajor Graf Waldersee. Besprechung dort mit dem Ersten Generalstabsoffizier der 12. Infanterie-Division wegen der Zustände in Neisse. Ich habe nicht den Eindruck, daß dort mit den Soldatenräten so verfahren ist, wie es den Ansichten des General-Kommandos entspricht. In der ersten Zeit sind wir in Neisse in einem Kampf um einen Offizier gegen den Soldatenrat unterlegen; es bleibt das ein wunder Punkt in der Geschichte des General-Kommandos VI. Trotzdem: Offiziere, die aus irgendwelchen Hemmungen heraus den Kampf mit den Soldatenräten ablehnen, passen nicht in diese Zeit. Die Anforderungen des vergangenen Krieges waren ein Kinderspiel gegenüber den Zumutungen, die uns jetzt gestellt, und den Selbstentsagungen, die von uns verlangt werden. Bis zum 9. November galten unsere Befehle, und es gab keinen Widerspruch. Heute aber unterliegt alles der Kritik und der Unterhöhlung durch Untergebene, die mit verschwindend kleinen Ausnahmen bewußt ihren alten Vorgesetzten Schwierigkeiten machen wollen. Man staunt immer wieder von neuem, wie es möglich war, daß unsere guten Soldaten sich als Leute ihres Vertrauens meistens die Ungeeignetsten, die widerlichsten Drückeberger, die mit den Strafverzeichnissen, aussuchten. Es hilft aber nichts, wir müssen mit ihnen rechnen und abrechnen. Wer das nicht kann, soll seine Stelle zur Verfügung stellen, wie so viele es ja auch getan haben.

Wir besprechen alsdann noch den Ausbau der Stellungen längs der Neisse, die ich mir noch ansehen werde. Meldung beim Prinzen Friedrich Heinrich v. Preußen, der Offiziere und Mannschaften des Stabes, die im Schloß liegen, in der vornehmsten Weise bei sich beherbergt. Orientierung bei Patschkau—Ottmachau wegen Verteiteidigungsmöglichkeiten, und dann nach Frankenstein zur 9. Infanterie-Division Freikorps Schlesien. Die Herren sind nicht wenig erstaunt, uns noch so spät abends bei sich zu sehen. General Weber und sein Erster Generalstabsoffizier, Major Schmidt, sind wunschlos. Beides Offiziere, die sich gegen die Indiziplin gestemmt haben und jetzt bereits in Ruhe über der Zeit stehen. Trotzdem mir Breslau, je näher ich dahin zurückkomme, auf der Seele liegt, muß ich doch lachen, als mich der General mit den Worten verabschiedet: „Ich beneide Sie auch nicht!"

Ist man dann nach solcher Fahrt nachts zurück, so sprechen die Soldatenräte von den „angenehmen Autofahrten der Herren Offiziere".

21. März.

Was nach solcher Fahrt alles liegen bleibt, ist mehr als genug. Während die Kleinigkeiten und taktischen Sachen sauber weggearbeitet werden, bleiben alle üblen Entscheidungen bis zur Rückkehr. In Breslau soll der Eisenbahnerstreik wieder ausbrechen, die Straßenbahner haben bereits wegen Lohnstreitigkeiten die Arbeit eingestellt. Herr Bochinsky, der Soldatenrat des General-Kommandos, wünscht Neuwahlen von Vertrauenmännern der Abteilungen, resp. es sollen die alten bestätigt werden. Wie wenig Interesse aber im General-Kommando selber für diese Über-

flüssigkeiten besteht, ergibt sich aus den Klagen dieses Mannes, denn bis jetzt hat keine der Abteilungen die Namen der bisherigen Vertrauensmänner überhaupt gemeldet.

Besprechung mit Hauptmann v. Flotow und Graf Pückler über die gestrige Volksratssitzung, die wir sehr vorsichtig vorbereitet hatten. Von der Universität haben teilgenommen der Rektor Geheimrat Dr. Koch, der Prorektor Professor Dr. Schott und die Vertreter der Studentenschaft. Vorausgegangen sind Besprechungen zwischen der Universität, dem General-Kommando und dem Studentenausschuß. Selbstverständlich hat sich der Zentralsoldatenrat auch in die Angelegenheit gemischt. Der Kampf in der Sitzung sei um „Studentenbataillone" oder „Angliederung von Zeitfreiwilligen an bestehende Formationen" oder „Eintritt in den Grenzschutz" gegangen. Den letzteren Standpunkt sollten Pückler und Kapitänleutnant Körner vertreten. Geheimrat Koch habe sich zunächst beklagt, daß der Zentralsoldatenrat die Studenten überhaupt ablehne, Prof. Schott dem Gefreiten Frey vorgehalten, daß er keinen Unterschied machen könne zwischen reaktionärer Gesinnung und Bereitwilligkeit, die Interessen des Volkes und der Stadt zu vertreten. Der geschlossene Eintritt in den Grenzschutz ist wieder nicht zu erreichen gewesen. Dabei hat die Berliner Regierung von neuem auf persönlichen Druck von uns hin erklärt, daß die Studenten durch Dienst beim Grenzschutz keinerlei Schaden erleiden sollen. Bei den verschiedenen Besprechungen in der Universität und mit dem Studentenausschuß zeigt es sich, wie erbittert politisch an der Universität gekämpft wird.

Schließlich, da das General-Kommando allein auf weiter Flur stand, hat man sich gestern im Volksrat geeinigt, dahingehend, daß bei den bestehenden Formationen Zeitfreiwillige von Fall zu Fall eingezogen, und daß über sie Listen angelegt werden. Das betrieben aber Major von Wulffen und Kapitänleutnant Körner bisher schon. Gerade beim Leibkürassier-Regiment am Schloß, das dort die Sicherung übernommen hatte, war es bereits auffallend, wie viele intelligente Gesichter jetzt auf einmal aus den Mannschaftsröcken herausschauten. Ein ganz beträchtlicher Teil ehemaliger Offiziere und Studierender war in Reih und Glied als Kürassiere eingestellt worden. So wertvoll auch dieser momentane Zulauf, so sehr ging es uns doch um dauernde Verstärkung der Front. Denn wir ringen hier nicht um den Zuwachs an Gewehren, sondern um Seele und Geist. Es müßte doch mit komischen Dingen zugehen, wenn ein patriotischer Studiosus nicht ein Dutzend einfacher Soldaten zu seiner Gesinnung herüberziehen könnte. Welch dankbare Arbeit für einen gebildeten, begeisterungsfähigen jungen Menschen, hier gerade an unseren bedrohten Grenzen helfen zu können!

XII. KAPITEL

Demonstration für den Verbleib Schlesiens beim Reich. In Neisse. Entspannung an der Tschechenfront. Englische Kommission in Breslau. Voigt Polizeipräsident. Die 6. Batterie Feldartillerie 21. Vollzugsrat gegen Volksrat. Das neutrale Volkswehrbataillon Breslau. Die Soldatenräte unter sich. Der Schlesische Adler. Bund der Vereinigung aktiver Unteroffiziere.

22. März.

Volksratssitzung mit den schlesischen Abgeordneten und Vertretern der Regierung aus Berlin. Morgen wollen wir für die Zugehörigkeit Schlesiens zum Reich manifestieren. Zunächst beginnt die Sitzung mit einer Rede des Stadtrates Dikreiter aus Waldenburg, Redakteur der sozialdemokratischen Bergwacht. Dickreiter verlangt, daß der Grenzschutz abgebaut wird, und Landrat v. Götz unterstützt ihn aus bekannten Gründen. Landrat v. Jerin, Glatz, schlägt tatsächlich vor, man solle die Teile der Grafschaft bei Tscherbeney, in denen böhmisch gesprochen wird, den Tschechen zum Umtausch gegen das deutschsprechende Braunauer Ländchen anbieten. Ich wende mich daraufhin zunächst energisch gegen einen derartigen Vorschlag. Dann muß Hauptmann Eilker nochmals unsere bedrohte Lage an der Tschechen- und Polenfront schildern. Schließlich lavieren wir uns bis zu der Annahme einer Resolution zur Verstärkung des Grenzschutzes durch. Doch hierzu mußten wir uns stundenlang mit den Sachverständigen herumschlagen, die den Antrag gestellt hatten, die Truppen abzubauen. Von den Berliner Regierungsvertretern war, wie im Volksrat pikiert konstatiert werden konnte, nur die zweite Garnitur erschienen; den Eindruck hatte ich auch.

Im Provinziallandtag hat Pückler gleichzeitig einigen Herren einen militärpolitischen Vortrag gehalten. Das Resultat ist eine Kundgebung dieser Versammlung, in der an alle waffenfähigen Söhne Schlesiens die Aufforderung ergeht, sich dem Vaterland zur Verfügung zu stellen. Hingegen verweigert Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen, Landrat in Frankenstein, dem Osteuropa-Institut des Professor Dr. Schott den Zuschuß des Provinziallandtages, „weil er nichts mit Rußland zu tun haben will.“

23. März.

Morgen geht es im Volksrat weiter. Diesmal soll eine Resolution vorbereitet werden, die heute nachmittag im Zirkus Busch anzunehmen ist. Auf der einen Seite spricht

sie zunächst von der 700jährigen Zugehörigkeit Oberschlesiens zu Deutschland, sagt dann aber, daß die Grafschaft deutsch bleiben wolle, obwohl sie 1742 noch zu Böhmen gehört habe. Auf meinen Einspruch hin wird die böhmische Sache ganz aus der Resolution herausgelassen. Von bedrohten Rechten in der Grafschaft reden, heißt schon sie in Zweifel ziehen. Vorher war ein Aufruf an die oberschlesischen Polen, der ihnen die üblichen Dinge, wie Gewissensfreiheit usw. versprach, unter den Tisch gefallen. Im Zirkus Busch eröffnet Oberpräsident Philipp die Versammlung und Herr Hörsing, Staatskommissar für Oberschlesien, folgt. Beide reden an sich ganz vernünftig, wenn es auch hier wieder nicht an parteipolitischer Ausschlachtung fehlt. Darauf hält Herr Dikreiter eine Propagandarede für die Verstärkung des Grenzschutzes; tags zuvor beantragte er seinen Abbau.

Mit dem Kommandierenden Herrn General nach Neisse. Dort ist jetzt der Hauptmann im Generalstab Syffert in der Kommandantur, sodaß das General-Kommando eine unmittelbare zuverlässige Verbindung dorthin hat. Gerade in Neisse — wie auch sonst im ganzen Korpsbezirk —, liegt der Verdacht nahe, daß die Soldatenräte versuchen, die Post zu kontrollieren. Neisse ist der Pestherd der Indisziplin. Roetscher sind wir zwar inzwischen dadurch losgeworden, daß wir ihn von seiner Behörde anfordern ließen; der Mann soll Kanzleiassistent gewesen sein. Doch sein Erbe, aufgebaut auf Haß gegen das Offizierkorps, bedacht auf Zersetzung der Garnisontruppen, lebt im Augenblick noch weiter. Zunächst handelt es sich darum, hier in Neisse die Ersatz-Bataillone aufzulösen, da dadurch dann die Soldatenräte von selbst beseitigt werden. Die Ersatz-Bataillone des Infanterie-Regiments 23, Feldartillerie-Regiments 21, Pionier-Bataillons 6 und Fußartillerie-Regiments 6 werden den aktiven Regimentern angeschlossen. Roetscher hatte eine Wache von 520 Mann und 5 Maschinengewehren. Der jetzige Vorsitzende des Soldatenrates, Reinheimer, hat sofort die Maschinengewehre abzugeben und behält nur noch 250 Mann. In der übel aussehenden Kaserne frage ich ihn — er macht keinen schlechten Eindruck — wozu denn eigentlich dieses Wachtbataillon nötig gewesen wäre. Reinheimer erwidert: „Zur Ruhe und Ordnung für die Stadt!" Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß unter energischen Vorgesetzten die Verhältnisse in der kleinen Stadt keineswegs hätten so weit zu kommen brauchen. Aber auch der Generalstabsoffizier der 12. Infanterie-Division hat mir vor einigen Tagen erklärt, daß er Roetscher nie gesehen habe; daraus hat dieser den entsprechenden Nutzen gezogen.

25. März.

Der drohende Eisenbahnerstreik, mit dessen Ausbruch in diesen Tagen zu rechnen war, ist nicht eingetreten. Die Kunstbauten der Eisenbahn waren besetzt, doch wird die Besatzung heute zurückgezogen. Die 117. Division hat jetzt die Kraftwagen eingezogen, die die Garnison-Soldatenräte in Oberschlesien fuhren. Woher sie überhaupt stammen, ließ sich nicht mehr feststellen; dagegen war aus den Wagen herausgestohlen,

was nicht niet- und nagelfest war. Die 11. Division will den Obmann des Divisionssoldatenrates, den Unteroffizier Wentzel, ablösen, er wirkt in immer steigerndem Maße verhetzend gegen das Offizierskorps der Division. Mit dem Einsetzen des Füsilierregiments 38 am 11. März in Breslau war Wentzel nicht einverstanden, auch stände das Regiment in seiner Gesinnung zu weit rechts. Interessant ist, daß dieser Soldatenrat Wentzel auch aus dem Ersatzbataillon des Grenadier-Regiments 10 in Schweidnitz stammt und erst nach der Revolution ins aktive Regiment übertrat. Als er sich über das Dienstansetzen im I. Bataillon 51 beschwerte, erwiderte ihm dessen Adjutant, Leutnant Pohl, daß der Regimentskommandeur, Oberstlt. v. Sommerfeld, dem Bataillon verboten habe, mit ihm, Wentzel, zu verhandeln. Darauf antwortete dieser Mann: „Da werden wir mal mit dem Regiment gründlich aufräumen müssen."

Vor Oberschlesien zieht der Pole stärkere Truppen zusammen. Es ist aber auch möglich, daß dies sich gegen die Tschechen richtet, südlich Teschen, was uns nur recht sein kann.

Beim Kommandeur unserer Flieger, Hauptmann Zühlke, einer rein taktischen Behörde, will sich jetzt auch ein Soldatenrat niederlassen. Während bisher alle Grenzschutztruppen gemeinsam nur einen Delegierten beim hiesigen Soldatenrat haben, wollen sie jetzt von jeder Gruppe, Ost, West und Nord und den selbständigen Brigaden 5 und 6 einen Sachverständigen nach hier entsenden. Statt kleiner wird diese Gesellschaft also immer größer. Hingegen haben sich die drei Breslauer Gruppen, die Liga zum Schutz der deutschen Kultur, Schutzbund schlesische Notwehr und Verein Kriegerhilfe Ost zu einem Verein „Schlesienhilfe" zusammengetan.

26. März.

Vor einigen Tagen hat hier in Breslau eine Sitzung der Soldatenräte der sogenannten Grenzschutztruppen links der Oder stattgefunden. In ihr hat man den Soldatenrat Weiß von der Brigade Brandenstein zum Obmann der Gruppe West gewählt. Die Geschäfte dort besorgte bisher der Divisionsobmann Eggidi, ein durchaus brauchbarer Mann. Diese Wahl kennzeichnet die Soldatenratsverhältnisse bei den Grenzschutztruppen gerade in der Grafschaft Glatz: wählt nicht Eggidi, sondern Weiß!

Ein starker Stein des Anstoßes ist die außer Kraft gesetzte Verfügung vom 19. Januar über die Neuregelung des Vorgesetzten-Verhältnisses. Von dieser Verfügung ließen wir den Teil bestehen, der die Gebührnisse für die wertvollen Sonderleistungen der Räte einschränkte. Die Soldatenräte wollen nunmehr den Unterzahlmeister Prinz nach Berlin schicken, um dort ihre geldlichen Interessen, um die es sich natürlich nur handelt, zu vertreten. Diesmal wird dem General-Kommando der Umstand zugute kommen, daß in Berlin, was die Intendantur angeht, besonders vorsichtig gearbeitet wird. Eine derartige Entscheidung des Kriegs-Ministeriums dauert Monate. Wenn also die Soldatenratsgebühren im Bereich des VI. Korps nicht richtig bezahlt sind, so

trifft zweifellos die Antwort erst ein, wenn die ganze Gesellschaft längstens verplatzt ist.

Ein Freikorpsführer legt mich ziemlich herein. Er erklärt dem Zentralsoldatenrat, ich wüßte, daß er keinen Soldatenrat hätte, denn er sei ja nur für den inneren Feind bestimmt. Gerade aber der Begriff „innerer Feind" wirkt auf die Genossen aus der Vorkriegszeit wie ein rotes Tuch. Bei Kühme liegen überdies die Verhältnisse genau so. Dort wehren sich selbstverständlich die Offiziere — aber auch die Mannschaften — gegen die Einsetzung von Soldatenräten oder Vertrauensleuten. Voigt schreibt mir hierüber, daß dies nur Anlaß zur Kritik gäbe und „die betreffenden Truppen bei der Bevölkerung und den übrigen Soldaten in Mißkredit" brächte. Die Wahl von Weiß für die Gruppe West bringt natürlich deren Chef, Major Frantz, sofort auf die Beine. Er zieht einen Haufen von Bestimmungen heraus, die für und wider die Wahl sprechen. Derartige Anfragen sind stets Reibungspunkte zwischen Breslau und den unterstellten Formationen.

Als Oberquartiermeister soll jetzt Major Henning zum General-Kommando kommen. Dann werde ich also meine militärische Laufbahn mit dem Offizier beenden, mit dem ich sie im Kriege bei der 5. Kavallerie-Division begann. Einen vorzüglicheren Sachverständigen für die Oberquartiermeister-Angelegenheiten konnte die Zentralabteilung nicht herschicken.

27. März.

Die Lage gegenüber der Tschechenfront entspannt sich merklich. Die Tschechen geraten sich mit den Ungarn in die Haare, und die Truppen aus Troppau und Oderberg, die für uns recht bedrohlich dort standen, werden gegen die Ungarn abtransportiert. Auch die Agentennachrichten verstummen, die von Angriffsabsichten auf uns sprechen.

Vor einigen Tagen hielt der Staatssekretär Admiral a. D. v. Hintze, der jetzt bei Glatz wohnt, einen Vortrag, dem ich leider nicht beiwohnen konnte, weil ich die Soldatenratswirtschaft in Neisse erledigen mußte. Flotow ging statt meiner und berichtete, daß sich der Staatssekretär vollkommen auf den Standpunkt des General-Kommandos gestellt habe.

Die Bedrohung der Grafschaft durch die Tschechen sei eine latente. Es sei durchaus nicht nötig, daß ein sofortiger Einmarsch erfolge, denn weniger Masaryk als Kramarsch erhoffe und verlange von Clemenceau die Rückgabe der Grafschaft an das ehemalige Königreich Böhmen. Der Admiral hat sich weiter darüber beklagt, daß in der Grafschaft große Teile der Bevölkerung bereits wieder einschliefen. Nicht nur das, sondern selbst Staats- und städtische Beamte verlangten die Zurückziehung des Grenzschutzes. Wie solle sich die Bevölkerung bedroht fühlen, wenn sie sehe, daß die militärischen Stellen den Schutz verringern, sie könne das doch nicht anders deuten, als daß die Gefahr vorüber sei. So arbeite alles gegeneinander.

Handelsrichter Goldschmidt, Charlottenbrunn, ist wieder sehr energisch für die Verstärkung des Grenzschutzes eingetreten. Er ist deshalb so wertvoll für uns, weil er eine außerordentliche Sach- und Personalkenntnis für die Tschechoslowakei besitzt. Während der Schulrat Hacks gegen Wegnahme der Grafschaft an den gesunden Menschenverstand appelliert hat, war Goldschmidt der Ansicht, daß rein wirtschaftliche Erwägungen die Tschechen zur Besetzung der Grafschaft reizten. Auch unsere militärischen Maßnahmen werden letzten Endes durch die wirtschaftlichen Vorgänge auf der Gegenseite bestimmt. Wenn sich die Polen südlich Oderberg mit den Tschechen um das Karwiner Kohlenbecken in die Haare kriegen, fühlen wir vor Waldenburg bereits eine merkliche Entlastung. Je nach Entscheiden dieser Kohlenfrage wird die Begehrlichkeit auf Waldenburg und die Grafschaft wieder steigen. Goldschmidt machte noch interessante Ausführungen über die Mittel, mit denen die Tschechen arbeiten. Den nördlichen Teil Böhmens haben sie reichlich mit Baumwolle versorgt; sie wollen so die Baumwollindustrie fördern, um den Schlesiern die hohe Blüte der tschechischen Industrie vorzuführen. Es sind dieselben Mittel, die die Polen gegen Oberschlesien anwenden: beide spielen ihr reiches Land gegen das arme Deutschland aus.

Drei Engländer stellen sich vor. Der Zweck ihrer Reise soll sein, sich über die Lebensmittellage bei uns zu orientieren. Ich verhandle zwei Stunden mit ihnen im Interesse unserer Bevölkerung, deren teilweise feindselige Einstellung gegen den Grenzschutz nur aus dem leeren Magen kommt. Zeitungen, wie die Bergwacht, stiften dann natürlich unendlichen Schaden, wenn sie alles verallgemeinern und gegen uns hetzen. In vielem sind die Klagen berechtigt, wie ich das ja auch den Arbeitern in Landeshut zugegeben habe. Ich verabrede mit den Engländern, daß sie ein Lebensmittelschiff nach Danzig schicken, von dort werden wir es abholen lassen. Mit Capitain Bell unterhalte ich mich eingehend; er sagt, die Engländer seien durchaus falsch über uns orientiert. Die Angst vor uns spricht deutlich aus jedem seiner Worte.

28. März.

Beunruhigende Nachrichten aus Neumittelwalde und Groß Wartenberg. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß jedesmal der Pole an unserer Nordgrenze aktiver wird, wenn aus Oberschlesien Nachrichten über Unruhen kommen. Der Pole rechnet damit, daß, wenn er einen größeren Vorstoß auf Oels macht, der Bolschewismus in Oberschlesien und hinter ihm die großpolnische Bevölkerung gleichzeitig zur Revolte schreiten, die dann „aus Ordnungsgründen" zur Besetzung Oberschlesiens seitens der polnischen Legion führen würde.

Prinz Schaumburg legt einen Entwurf über Zeitfreiwilligenwehren des Leibkürassier-Regiments vor. Mir liegt im Augenblick die Aufstellung einer Freiwilligen-Landeswehr Schlesien noch mehr am Herzen. In Breslau genügt immerhin auch für

Tumulte großen Ausmaßes das, was die Freikorps an Leuten zur Verfügung stellen können. Die Reise vor einigen Tagen in der Grafschaft, besonders auch die geradezu jämmerliche Verteidigung des Vorgeländes der Festungen Glatz und Neisse, zeigte, wie dürftig unsere Abwehrmaßnahmen allein mit Hilfe des zur Verfügung stehenden Grenzschutzes sind.

29. März.

Zur 11. Infanterie-Division nach Kraschnitz, Generalmajor Freiherr v. Schmidtseck, und dann zum Kürassier-Regiment 5, Major Raabe. Man bringt gerade einen polnischen Überläufer, einen erbärmlich aussehenden Kerl, ein. Der Mann wird in meiner Gegenwart ausgefragt, macht aber einen vollkommen idiotischen Eindruck. In der Stadt Bralin sehe ich die Eskadron Krieg an vom Reiterregiment Weyrauch. In Kempen hat Major Lierau das ganze Detachement aufgebaut: Dernen, Dragonerregiment 4, Bataillon Kühme. Die Dragoner stehen mit angefaßter Lanze, alles tadellos ausgerichtet, die Pferde in leidlicher Verfassung; ein Bild wie im Frieden. Die Bevölkerung der ganzen Umgegend ist zusammengeströmt. Dann Vorbeimarsch. Die Kompagnie Koch und die vierte Kompagnie Fulda sehe ich noch auf der Fahrt nach Wilhelmsbrück. Sie sind seit November bei uns und haben sich große Verdienste dadurch erworben, daß sie diese Nordost-Ecke der Provinz vor polnischer Besetzung retteten. Abends saß ich gemütlich bis 1 Uhr früh bei Lierau.

30. März.

Nochmals bin ich mit den Engländern zusammen. Einige Lebensmitteltransporte sollen in die deutschen Häfen zugelassen werden, unseren Engländern soll das tatsächlich zu verdanken sein. Ihre Einladung zum gestrigen Abend schlug ich selbstverständlich ab. Diese Kommission hat hier in Breslau wohl schon sehr viel von etwaigen Selbständigkeitsbestrebungen gehört. Die Herren wollen nun von mir wissen, ob sie nach Prag reisen und dort für uns verhandeln sollen. Ich lehne das ab. Zu denken gibt, daß also die Engländer mit diesem Gedanken sympathisieren. Mir liegt nur an ihrer Unterstützung gegen den Bolschewismus durch Verbesserung der Ernährungslage, besonders für unsere Arbeiterschaft. Die drei erklären, tatsächlich keine Ahnung gehabt zu haben, was Bolschewismus sei. Nach dem aber, was sie hier gesehen und gehört, ist ihre Zuversicht, daß er nach uns nicht auch sie erreiche, doch merkwürdig geschwunden. Den englischen Major, der glaubt, wir seien hier indisziplinierte Horden, schicke ich zum Detachement Kühme.

Morgen lasse ich die Engländer durch die Grafschaft fahren, damit sie sehen, daß sie vollkommen deutsch ist. Sie wollen auch nach Tscherbeney, das ihnen in Waldenburg als Sprachgrenze namhaft gemacht wurde. Bei so viel Unorientiertheit ist es gefährlich, einzelne, völlig vereinzelte, fremdsprachliche Enklaven zu zeigen. Wird im Ausland so etwas berichtet, ist Mißdeutungen und bösem Willen Tür und Tor geöffnet.

Ollendorff orientiert. Der Volksrat möchte gerne eine ständige Nachrichtenstelle vom Auswärtigen Amt bei sich errichtet sehen und hat deshalb vorgestern mit einem Legationsrat, der von Berlin gekommen war, hier verhandelt. Ich bin nicht der Ansicht, daß das Auswärtige Amt eine Behörde ist, die uns jetzt besonders helfen kann. Infolgedessen sage ich Ollendorff, er und Stadtrat Prescher seien doch oft genug in Berlin gewesen und hätten mir immer mit demselben Lamento erzählt, wie sie gerade im Auswärtigen Amt erkannt hätten, daß wir in Schlesien nur auf uns selbst gestellt seien. Das Auswärtige Amt arbeite langsam und sei erstaunlich unorientiert. Jetzt höre ich auch, daß jener Legationsrat von den bolschewistischen Vorgängen in Ungarn keine Ahnung gehabt hätte. Er habe zugesagt, sich telephonisch mit Berlin in Verbindung setzen zu wollen, und gestern auf Befragen im Volksrat erklärt, es sei ihm nicht möglich gewesen, innerhalb von 24 Stunden seine Behörde von hier aus telephonisch zu erreichen. Gewiß ist durch die Vorgänge in Ungarn die bolschewistische Gefahr groß und akut geworden. Um diese Gefahr gemeinsam mit den Tschechen zu bekämpfen, brauchen wir aber nicht das Auswärtige Amt. In Wirklichkeit liegen die Verhältnisse so, daß die Sozialdemokraten im Volksrat jede selbständige Verhandlung von Schlesien aus, ohne Berlin, aus rein parteipolitischen Gründen zu hintertreiben versuchen. Etwas allein zu tragen, was die großen Brüder nicht sanktioniert haben, überschreitet die Verantwortungsbereitschaft der hiesigen kleinen.

Voigt wird Polizeipräsident.

1. April.

Die 6. Batterie Feld-Artillerie-Regiment 21 richtete durch den Vizewachtmeister Wanjura eine Kundgebung, unterschrieben von 106 Mannschaften, an ihren Chef, den Hauptmann Roßdeutscher, in der sie um Abschaffung der Soldatenräte bat. Sie begründete das damit, daß die Bevormundung von Offizieren aufzuhören habe. „Daß für den Fall einer Verwerfung obiger Kundgebung die 6. Batterie fest entschlossen ist, den Soldatenrat innerhalb der Batterie abzuschaffen."

Interessant ist die verschiedene Auffassung der weiteren Vorgesetzten über diesen Fall. Die I. Abteilung hält die gänzliche Beseitigung des Obmannes 6/21 nicht für angängig; gegen den Obmann wäre auch nichts einzuwenden, da er seine Tätigkeit lediglich im Rahmen der gegebenen Bestimmungen ausübe. Das Regiment schreibt, daß es nicht beabsichtige, dem Wunsch der Leute entgegenzutreten. Die Feldartillerie-Brigade meint, die Masse der Mannschaften sei heute noch nicht so weit in ihren Ansichten geklärt, als daß aus obiger Kundgebung eine grundsätzliche Änderung der bestehenden Befehle und Abschaffung der Soldatenräte gerechtfertigt wäre. Sie empfiehlt, den anderen Truppenteilen der Division in entsprechender Form von der Eingabe der 6/21 Mitteilung zu machen. Die 12. Division fragt nunmehr beim General-Kommando an, ob der Antrag der Batterie zugelassen werden

kann. Sie lehnt eine Bekanntgabe der Kundgebung der 6. Batterie, wie diese sie ausdrücklich gewünscht hat, an die anderen Truppenteile der Division ab, „weil dies alsdann als eine Beeinflussung der Untergebenen durch die Vorgesetzten gegen eine dienstlich angeordnete Einrichtung anzusehen ist. Die Ausführung muß daher unbedingt unterbleiben.“ Das nunmehr befragte General-Kommando ist zu „seinem Bedauern“ durch die Ziffer 4 des neuen Merkblattes gebunden, die ausdrücklich bei allen Formationen Vertrauensleute vorsieht. „Dem Wunsche der Batterie kann deshalb nicht entsprochen werden.“ Wenn die Abteilung, die erste vorgesetzte Stelle also, der Batterie das eine Wort „Einverstanden“ zurückgeschrieben hätte, dann würde kein Hahn mehr nach diesem Vorgang gekräht haben. So aber zieht der Antrag den ganzen Instanzenweg entlang. Mit erheblicher Wichtigkeit umgeben, endet er schließlich in Breslau. Die Entscheidung hier aber diskreditiert wiederum die Oberste Kommandobehörde. Denn die Truppe nebst allen Zwischeninstanzen spricht selbstverständlich nur noch von der „Generalkommando-Entscheidung“. Das General-Kommando ärgert sich, durchaus verständlich, über die vermeidbare Anfrage und schreibt schließlich: „Der Antrag war ungeeignet zur Vorlage.“

2. April.

Der Redakteur Petzold, Chef der Pressestelle des Volksrates, verabschiedet sich, sein Nachfolger wird Redakteur Schneeweiß. Mir tut es leid, daß Petzold weggeht, da er stets sehr sachlich berichtet hat und mit dem General-Kommando auf durchaus freundschaftlichem Fuß verkehrte. Der Vorsitzende Philipp sagt, daß Petzold kaum zu ersetzen sei. Ich habe ihn nicht beneidet, wenn ihm bei den Volksratssitzungen kurzerhand oft recht weit umgrenzte politische Anregungen zugeschoben wurden. Der Pressechef legte sie dann am nächsten Tage wieder vor, sauber formuliert in einem entsprechenden Antrag für Berlin.

5. April.

Hauptmann Kühlein vom Ersatzbataillon 63 schickt mir einen Leutnant Luckau, um mitzuteilen, daß der Zentral-Soldatenrat am Montag von Oppeln aus gestürzt werden soll. Tatsächlich ladet der Soldatenrat der 117. Division, Harms, die sämtlichen Grenzschutz- und auch Garnison-Soldatenräte auf Montag, den 7. April, nach Oppeln ein: Stellungnahme zum neuen Reichswehrgesetz. Er fügt hinzu, „einem etwaigen Unterbindungsversuch von seiten des Zentral-Soldatenrates ist nicht Folge zu leisten.“ Das General-Kommando wird diese Sitzung sofort verbieten.

In Breslau kam es jetzt auch zu einem Ruck nach links, und zwar lediglich unter dem Druck der Straße. Am 30. März hatte sich aus Unabhängigen und Kommunisten ein radikaler Arbeiterrat gebildet, der einen Zwanziger-Ausschuß gewählt hatte, um an Stelle des Volksrates die Gewalt zu übernehmen. Die Radikalen,

meist Arbeitslose, gingen auf die Straße, demonstrierten und setzten innerhalb von vier Tagen durch, daß der Volksrat beschloß, sich für Breslau — nicht die Provinz — aufzulösen und Wahlen zu einem Arbeiterrat auszuschreiben. Es war dann ganz allein das General-Kommando, das die Ausführung dieses Beschlusses verhinderte.

6. April.

Demonstration gegen den Volksrat auf dem Palaisplatz. Etwa 3000 Spartakisten, 1000 Mitläufer. Der Einberufer und die Redner alle keine Unbekannten. Horaczeck, Hirsch, Müller, Larisch. Auch mit der Wahl Philipps zum Oberpräsidenten sind diese Leute nicht einverstanden. Er würde demnächst noch ins Schloß einziehen. Der Haufen ist dann vor das Rathaus gezogen, wo es auch zu den üblichen Demonstrationen kommt. Voigt hat versucht, die Leute zu beruhigen, es ist ihm aber nicht gelungen. Er wäre beinah totgeschlagen worden und hat dann, völlig gebrochen, die Hände vorm Gesicht, oben gesessen. Ein Teil der Demonstranten ist in das Rathaus eingedrungen und hat erreicht, was er erreichen wollte.

Ich höre erst zu spät, heute Sonntag nachmittag, von den Vorgängen. Als ich ins Rathaus gerufen werde, finde ich nur noch den Stadtrat Prescher, Dr. Menzel, Seibold, Dr. Ollendorff und Stadtrat Fuchs vor, alle stark deprimiert und ziemlich ratlos. Auf dem Tisch im Remter liegt ein Schriftstück mit der stattlichen Unterschrift „Löbe", nach dem sich der Volksrat tatsächlich auflöst. Dafür aber erkennt der Volksrat nunmehr den Arbeiterrat an und arbeitet mit ihm bis zur Neuwahl zusammen im Rathaus. Es ist kein Wort darüber zu verlieren, daß diese Verfügung unrechtmäßig zustande gekommen ist und nicht in der Presse erscheinen darf. Infolgedessen schlage ich den hier Versammelten vor, sofort an die Presse die Nachricht zu geben, daß einige zufällig auf dem Rathaus anwesende Herren mit dem Zwanziger-Ausschuß unverbindlich verhandelt hätten. Damit ist der Verbeugung Löbes vor der Straße die Spitze abgebrochen). Nachts noch läßt dieser Zwanziger-Ausschuß ein Flugblatt mit dem Erfolg des Tages drucken; es wird noch rechtzeitig beschlagnahmt. Die Schlesische Zeitung und das Rathaus werden nachts besetzt — nicht schon am Tage — da die Garnisontruppen nicht zuverlässig genug seien, wie der Obmann Wentzel erklärt. Später besuchen mich General v. Gersdorff und Herr von Heydebrand und als letzter um 2½ Uhr noch Leutnant Petter, der meldet, daß gestern in der Soldatenratssitzung in Oppeln wir mal alle wieder abgesetzt wurden.*

* Die Tragödie vom 6. April erklärt sich dadurch, daß die Sozialdemokraten befürchteten, von der neuen radikalen Bewegung überrannt zu werden, wenn sie ihr nicht nachgeben würden und die neuen Elemente nicht mitarbeiten ließen. Bei den Verhandlungen mit dem sogenannten Zwanziger-Ausschuß saß dann Löbe vor und war sehr weich. Vorher hatte er die Bürgerlichen, wie Prescher und Ollendorff, die an der Sitzung teilnahmen, gebeten, sich zurückzuhalten. Das Ergebnis war, daß die Mehrheitssozialisten nachgaben gegenüber den Forderungen der Menge, den Volksrat aufzulösen. Die Angst, die Masse zu verlieren, beherrschte Löbe sichtlich. Als wieder Ruhe eingekehrt war, schien er bereits sein Zugeständnis zu bereuen.

7. April.

Sitzung im Volksrat, die Stimmung ist gedrückt. Die Herren des Volksrates sehen jetzt, was aus dem gestrigen unmöglichen Zugeständnis für Folgen entstehen müssen. Ich erkläre, es ginge zwar ohne Belagerungszustand in Breslau; aber nach den gestrigen Vorgängen fühlte ich mich schon deshalb für die Stadt Breslau und ihre Ruhe verantwortlich, weil das Beispiel des Tobens der hiesigen Unabhängigen und Kommunisten auf Oberschlesien verhängnisvoll wirken könne. Der Beauftragte bei der Kommandantur, Herr Frey, verkündet, es handele sich hier nicht um einen Aufruhr, sondern um rein wirtschaftliche Fragen, die Sicherheitswehr der Kommandantur bliebe infolgedessen neutral. In größter Erregung springt der Oberbürgermeister Dr. Wagner auf und ruft: „Das lohne Ihnen der Teufel!" Für mich ist das ganze ein gefundenes Fressen, weil das General-Kommando nun endgültig auch für die Sicherheit der Stadt das Heft in die Hand bekommt und die Beseitigung des Garnison-Soldatenrates mit seinen Truppen die Folge sein wird.
Gestern mittag erst hat jener Vollzugsrat auf dem Palaisplatz die sofortige Freilassung der Spartakisten Fröhlich, Schlisch und Michalsky verlangt, und schon entspricht der Mehrheitssozialist Frey diesem Ansinnen höchst persönlich. Er fährt noch am Abend im Dienstauto der Kommandantur nach Wohlau und bringt die drei nach Breslau zurück. Morgen bereits wird man hier wieder von ihnen hören.
Eben ziehen die bei Linke-Hofmann Streikenden mit Musik am Rathaus vorbei. Nachmittags ruft der Feldwebel von Paulssen aus dem Schloß an, es würden Handzettel verteilt, die Proletarier sollten um 6 Uhr vors Rathaus ziehen. Dort tage der Volksrat, jetzt wolle man dort den „Rat der Zwanziger" bestätigen lassen. Der Hauptschreier ist der Studiosus Hirsch. Gestern noch sollte er in Oberschlesien unter dem Belagerungszustand verhaftet werden, war aber schon hier. Spartakus steht hier in Breslau unmittelbar davor, das zu erreichen, woran er nie geglaubt, nämlich im Rathaus die Führung zu bekommen. Die Wirkung auf Oberschlesien bleibt nicht aus. Auf einen Einwurf des Stadtrats Grund hin erwidert Voigt: „Von einem anständigen Offizier wie dem Major Hesterberg kann man nicht verlangen, daß er Sozialdemokrat ist."

8. April.

Mit Hörsing Besprechung der durch den Umfall des Volksrates in Breslau geschaffenen Lage. Es ist unter allen Umständen zu vermeiden, daß es hier in der Stadt zu irgend welchen größeren Ausschreitungen kommt, da die Auswirkung auf Oberschlesien nicht ausbleiben wird. Wir sind uns über die hiesige Volkswehr und ihren Wert völlig einig und auch darüber, daß nur das General-Kommando für die Ordnung in der Stadt zu sorgen hat. Niemals hat mir der Gefreite Frey so in die Hände gearbeitet wie gestern, er ist ein toter Mann, über den sich unsere Akten ein für allemal geschlossen haben.

Im Zimmer des zweiten Bürgermeisters dann: Hörsing, Bitta und ich. Ein Ingenieur Slesina aus Oberschlesien — Deputierter des Volksrates für politische Angelegenheiten in Oberschlesien — wird einen Bericht vorlegen darüber, welche Landräte Oberschlesiens geeignet sind und welche verabschiedet werden sollen. Derartige Sachverständige urteilen jetzt also über verdiente Beamte und werden angehört.

In Oberschlesien ist es unter dem Belagerungszustand einstweilen ruhig geworden. Im Reich dagegen sieht es übel aus; in Bayern die Rätediktatur. Im Ruhr-Revier streiken 300 000 Arbeiter).*

Im Verfolg der Unruhen erscheinen abends noch Landeshauptmann v. Thaer, Oberstleutnant v. Reichenau, Artillerie-Offizier vom Platz, wegen der Aufstellung der Bürgerwehren. Die Breslauer Verhältnisse dringen auf Sicherung. Erfreulich, daß die Bürger sich nun selber um das Schicksal ihrer Stadt kümmern wollen, von dem sie scheinbar bisher nicht wußten, wie zweifelhaft es ist. Voigt teilt mit, daß Frey als Obmann der Kommandantur ginge, Widera würde sein Nachfolger, gänzlich uninteressant!

9. April.

Im Volksrat starke Erregung. Der Rat der Zwanziger hat gestern unter Protest den Saal verlassen. Es werden ihm auf meinen Druck hin Schwierigkeiten gemacht mit der Durchführung des Anerkenntnisses des Herrn Löbe vom vergangenen Sonntagnachmittag. Heute abend um 5½ Uhr will der Zwanziger-Rat erneut vor dem Rathaus erscheinen. Prescher, Menzel, Ollendorff und Fuchs wollen wissen, was zu tun. Ich erkläre den Herren, daß von 4 Uhr nachmittags an die General-Kommando-Truppen alarmbereit stehen werden und nach ihrem Einrücken in die Stadt die Verantwortung für die Sicherheit an sie überginge.

Hauptmann Kühme wird ins General-Kommando gerufen, er erscheint mit seinem Offizierkorps in Mannschaftsuniform. Die Herren sehen tadellos aus, strahlend vor Freude, daß in der Zeit der Not auf sie jetzt zurückgegriffen wird. Bei der Einteilung bekommt Kühme diesmal das Rathaus zugewiesen, während Füsilier-Regiment 38 vor der Stadt warten soll. Ich kann mich nicht noch einmal dem aussetzen, daß das Regiment nach kurzer Zeit schon wieder auf Ablösung drängt. Alles ist von 4 Uhr ab alarmbereit. Major v. Aulock, Kommandeur der Leibkürassiere, erscheint und fragt, was mit seinen 800 Studenten-Zeitfreiwilligen geschehen soll. Sie sollen bei ihm in der Kaserne warten, da ja im Augenblick noch nichts anderes zu machen ist. Alles bleibt ruhig, es regnet in Strömen.

Da die Masse zu Hause bleibt, tagt der Volksrat mit dem Zwanziger-Ausschuß, der jetzt schon ganz unverschämte Forderungen erhebt, allein. Es sollen den vier Vorstandsmitgliedern des Volksrates vier Vertreter des Zwanziger-Ausschusses gegenüberstehen.

---

*) Vergl. Oberst a. D. Jochim „Wer rettete das Vaterland“ im Deutschen Offizier-Bund Nr. 25 v. 5. 9. 1931 und folgende.

Dabei sagte gestern noch der Regierungspräsident Prescher), der Zwanziger-Ausschuß sei lediglich eine private Vereinigung. Aber, wie gesagt, unter Leitung des Professors Holzmann, Vorsitzenden des jetzt plötzlich wieder in Erscheinung tretenden „Rates der geistigen Arbeiter", einigt man sich. Studiosus Hirsch, dessen Haftbefehl in Gleiwitz liegt, hat erklärt, hinter ihm stünden 180 000 Breslauer — im Höchstfalle sind es 3000. Hörsing hatte recht, als er mir sagte: „Schade, daß der Junge mir aus Oberschlesien entkommen ist." Das Typische an der ganzen Bewegung ist, daß sie von einzelnen geleitet wird, die durch Zielsicherheit und Energie, aber auch durch ihren suggestiven Einfluß auf die Massen, die sie dann in Bewegung setzen, außerordentlich gefährlich werden. Hier sieht man das Anschwellen einer Bewegung aus kleinen Anfängen, die von tatkräftigen Leuten vorwärts gestoßen wird. Vor 14 Tagen noch wäre so etwas von Frechheit der Forderungen in Breslau im hohen Volksrat ins Lächerliche gezogen worden. Heute wackelt bereits diese ganze Institution und zieht sich auf den Altenteil als Provinzverwalter zurück. Der Zwanziger-Ausschuß wird aber auch hierhin bald folgen.*

Es ist gewiß nicht jedermanns Sache, als einzelner schutzlos unter dem Druck einer johlenden, aufgewiegelten Menge zu verhandeln, und deswegen wird man den Herren im Rathaus keinen Vorwurf machen können. Dagegen rächte es sich, daß der Volksrat sich ausschließlich auf die Breslauer Sicherheitswehr gestützt hatte und nie den Ausführungen des General-Kommandos gefolgt war. Dieses hatte in mancherlei internen Besprechungen oft genug auf den parteipolitischen, militärisch vollkommen unbrauchbaren Charakter dieser Wehr aufmerksam gemacht. Jetzt, wo es hart auf hart ging, erklärte der Führer seine Soldaten für neutral. Alle hatten es kommen sehen, doch man schwankte zwischen den angeblichen zwei Übeln — republikanischer Wehr und Freikorps — hin und her. Nun drängten die Verhältnisse, und es gab keine Wahl mehr.

Hochinteressant ist die gestrige Sitzung des Garnison-Soldatenrates und der Sicherheitstruppen verlaufen. Der Gefreite Frey, schon radikal genug, hat sein Amt niedergelegt. Widera, von dem Frey, der es ja wissen muß, behauptet, er stehe noch weiter links als er selber, ist als Vorsitzender des Garnison-Soldatenrates und als Obmann der Kommandantur sein Nachfolger geworden. Den Anlaß zum Rücktritt gaben für den Gefreiten die Worte des Oberbürgermeisters am 7., vorgestern. Mit Recht sieht das Stadtoberhaupt die Stadt und das wundervolle Rathaus durch diesen Tumult auf das schwerste gefährdet und hört nun von dem wackeren Kämpen, Herrn Frey, er und seine Leute blieben neutral. Die Verhandlungen in dieser für mich so interessanten Sitzung sind also der Anlaß gewesen, daß der Mann nun von der Bildfläche verschwindet. Die Tätigkeit des Gefreiten wurde in dieser Sitzung als das, was sie war, nämlich als elendes Fiasko bezeichnet. In bezug auf die Stellung des

*) Stadtrat Prescher war kommissarischer Regierungspräsident in Breslau.

Kommandeurs der Schutzpolizei sind ihm auch alle Felle davongeschwommen. Er ist nicht gewählt worden, so hat er also allen Anlaß, sich bitterlich über nicht belohnte Verdienste zu beklagen. Natürlich tobten sich auch in dieser Soldatenrats-Versammlung nach Herzenslust die Spannungen zwischen dem Garnison-Soldatenrat, dem Zentral-Soldatenrat und dessen Vorsitzendem Voigt aus. Voigt hat sich noch gegen den Vorwurf „der Reaktion und des Hausknechtes des General-Kommandos und der Offizierskamarilla" zu verteidigen. Man kann dem Garnison-Soldatenrat nur sagen: si tacuisses! Denn Voigt erwidert ihm, nur deshalb habe er sich gegen die Soldatenräte gewandt, weil in ihnen eine ganze Anzahl ausgemachter Strolche gesessen hätte. Sie hätten sich zu Vagabunden entwickelt, gestohlen, verschoben und „hinter die Schweinereien dieser Strolche habe er lediglich hinter geleuchtet!" Mit dem „Vagabunden", von dem er spricht, meint Voigt den Offizierstellvertreter Weiß von der unglückseligen Brigade zur besonderen Verwendung 6, jetzt Obmann der Gruppe West. Aus dem Regimentsstall des Regiments 3 stahl er Pferde, ersetzte sie durch minderwertige und strich den Erlös ein. Da die Leute unter sich sind, so muß es ja wohl stimmen, was sie sich hier erzählen. Endlich hat sich eine Opposition gegen die Sozialdemokratie gebildet. Die Soldatenräte gehören ihr vielfach nicht mehr an, sondern sind zu den Unabhängigen gerutscht.

Direktor Eichberg von Linke-Hofmann teilt mit, daß Streikposten mit Gewalt die Arbeitswilligen hindern. Morgens Besprechung mit Pückler über die politische Lage der Stadt. Auch wir müssen auf die Straße am nächsten Sonntag, und zwar mit dem Motto: „Nieder mit dem Terror!" oder ähnlichem. Pückler soll versuchen, die Parteien auf dem Rathaus zu einer gemeinsamen Sache zu vereinigen, doch werden, wie stets, die Bürgerlichen den Sozis verdächtig sein.

Welch eigenartiger Wandel der Dinge! In seiner Not über das, was ihm heute bevorsteht, ruft der Volksrat durch Seibold den Oberpräsidenten Philipp, ehemaligen sozialdemokratischen Gewerkschaftssekretär der Metallarbeiter, der gerade in Berlin ist, an. Philipp antwortet: „Vertraut auf Hesterberg." Also sind die Genossen wieder bei einem der viel gelästerten konservativen Offiziere gelandet.

10. April.

Besprechung mit Hauptmann Gall, der die Lage in Oberschlesien recht skeptisch ansieht, wohl auch beeindruckt durch die Vorgänge in Breslau. Mich stimmen die Ausführungen von Gall recht bedenklich, da er ein mutiger Mann und ausgesprochener Optimist ist. Das Abkommen mit dem General Haller lautet nun dahin, daß 35 000 Mann in die Provinz gefahren werden, angeblich um gegen die Sowjets Verwendung zu finden. Es wird nicht lange dauern, bis sie vor uns auftauchen. Auch hat Foch in keiner Weise auf das Landungsrecht in Danzig verzichtet, sondern es sich ausdrücklich vorbehalten. In dieser erbärmlichen Zeit ist die Umlenkung dieses Transportes das einzige, was unsere Kommissionen erreicht haben. Die Nachricht, daß der

„Rat der Vier" (Wilson, Lloyd George, Clemenceau, Orlando) Oberschlesien, die Grafschaft und Teile von Waldenburg den Polen zugesprochen, wird dementiert. Als Oberquartiermeister ist anstatt Henning, der sich bedankt hat, Major Beckert dem General-Kommando überwiesen. Die Zeitschrift „Der Kommunist" nennt den Volksrat eine „quabblige Wasserlaus". Nun sitzen die Herren des Volksrats mit dem Verfasser dieser schmückenden Bezeichnung in trautem Verein auf dem Rathaus und beraten die Neuordnung der Dinge. Satiram non scribere!

Im Volksrat, um zu erreichen, daß wir die Resolution am nächsten Sonntag unter der Devise „Nieder mit dem Terror!" manifestieren. De facto werden 600 000 Breslauer von 1000 Spartakisten dahin geschoben, wohin diese sie haben wollen.

Gestern war ein Wendepunkt zum Bösen in der Breslau-Schlesischen Geschichte. Es wird an uns liegen, dafür zu sorgen, daß die Vorgänge lokalisiert werden. Ganz ausgeschlossen ist es, daß hier sich Ereignisse abspielen wie beim General-Kommando IV in Magdeburg, das vollkommen ausgeschaltet zu sein scheint, und wohin Noske das Freikorps Maerker entsandt hat.

11. April.

Mittags eine Deputation der Garnison-Soldatenräte. Es ist ausgerechnet heute in die schwierigste Breslauer Lage hinein ein Erlaß des Reichswehrministeriums gekommen, die Löhne der Leute um die Hälfte zu verringern. Die Kommandantur meldet, daß die Pfleger in den Lazaretten, ebenso die Pferdepfleger der Garnison die Arbeit niedergelegt hätten. Seit dem 9. November steht der Verdienst ganz im Vordergrund — Pflichtgefühl, Dienst am Vaterland folgen noch lange nicht. Da die schnelle Unterbringung der Leute von heute auf morgen tatsächlich nicht möglich ist und sich schon genug Gesindel in der Stadt herumtreibt, dem sie sich bald genug anschließen würden, erklärte ich mich mit der Verlängerung der Gehaltszahlung bis zum 30. April einverstanden. Herr Widera und Genossen sind an sich in dieser Frage nicht schüchtern, sie meinen im Ernst, ob sie bis zum 21. Juni bleiben könnten. Als ob sie da freiwilliger gingen als am 30. April!

Beurteilung der Lage: Am 1. Mai Maifeier im großen, zu der jetzt schon geworben wird. Hörsing erbat unter dem Belagerungszustand die Tanzerlaubnis zu diesem Tage für Oberschlesien, die ich nicht abgeschlagen habe. Am selben Tage Auffliegen der Ersatzbataillone, Räumung der Kasernen und Aufhören der Zahlungen von Löhnen und Verpflegung. Infolgedessen Weigerung und Widerstand, unterstützt durch die Garnisonsoldatenräte, die mit Verschwinden der Garnisontruppen ebenso keine Existenzberechtigung mehr haben. Nachdem der Zentral-Soldatenrat in seiner gutgesinnten Führerschaft bereits seit geraumer Zeit allen Einfluß auf den Garnison-Soldatenrat verloren hat, muß dieser als absolut feindlich gegen uns und die Regierung betrachtet werden. Unsererseits Parole: festbleiben, durchhalten! Daß in Schlesien bisher nie eine Probe aufs Exempel mit Waffengewalt gemacht wurde, ist im vor-

liegenden Falle ungünstig. Wie die Vorgänge in Breslau zeigen, glaubt nunmehr alles, bei uns ginge es kampflos ab, und der Bürger verspricht sich davon Nutzen. Kampflos aber rollen wir nur dem Abgrund entgegen. Kampflos wurde der Rat der Zwanziger anerkannt. Deshalb Militär hier jetzt so stark wie möglich: Kühme, Leibkürassier-Regiment, Füsilier-Regiment 38, Paulssen, Reservejäger 11. Gewaltsame Räumung der Kasernen, offener Bruch mit den Garnisonen. Am 1. Mai entscheidet sich, ob Schlesien in Ordnung zu bringen ist, ob kaltes Durchgreifen mit ruhigem Abwägen den Sieg erringt gegen die Herrschaft des Soldatenratsterrors!

Anweisung an Hauptmann v. Stülpnagel, sämtliche Freiwilligen-Verbände für die vorläufige Reichswehr vorzuschlagen.

12. April.

In Oberschlesien Krach; Aulock soll von Friedenshütte, das er besetzt hält, wieder abrücken, wovon keine Rede sein kann. Die Beuthener Zeitung wieder freigegeben, die wir vor einiger Zeit verboten haben, was sehr viel Ärger bei dem Zentrum erregte. Auch Lierau in Kempen macht mir Sorge. Jetzt möchte er, daß der polnische Unterricht in der Schule verboten wird. Weyrauch ruft an, daß er für 150 Pferde kein Sattelzeug habe. Östlich Lublinitz polnische Ansammlung, doch scheint Besorgnis unnötig, da dort kaum rückwärtige Verbindungen, Straßen oder Eisenbahnen existieren und ebenso die Vormarschrichtung unwahrscheinlich ist. Anweisung an 2. Garde-Division, Truppenverschiebungen entsprechend vorzubereiten.

Goldschmidt-Charlottenbrunn orientiert uns, daß in Polen kein Bolschewismus, was sich mit der Aussage gefangener polnischer Offiziere deckt. Dieser geschäftige Mann, der doch viele Freunde im Volksrat hat, will diesen nun ausschalten, da er „ein totes Kind, das nichts mehr von sich gäbe"; recht hat er.

Abends dort Besprechung. Es bestehen ernste Bedenken, daß es morgen anläßlich unserer Demonstration wieder zu üblen Auftritten kommt. Im Schießwerder bei der Spartakistenversammlung hat man jedem, der es hören wollte, erzählt, man würde die Rednertribünen umlagern und die Genossen am Sprechen verhindern. Schließlich wünscht mich der neugebackene Garnisonsoldatenrats-Vorsitzende, Herr Widera, breitzuschlagen, seinen Lebensfaden und den der Ersatzformationen über den 30. April hinaus noch zu verlängern. Er zieht tödlich beleidigt ab.

In Oberschlesien entwickeln sich anscheinend wieder üble Dinge. In Zaborze hat es durch die 117. Division gestern Tote gegeben. Der Pfarrer dort ist halbtot geschlagen worden.

Professor v. Gosen legt mittags die Entwürfe zum Schlesischen Adler vor.

Die Stiftung des Schlesischen Adlers!

Die Taten, die nach dem 9. November 1918 in Schlesien an allen Grenzen der Provinz im Dienste von Heimat und Vaterland vollbracht wurden, konnten nicht

mehr mit dem Eisernen Kreuz belohnt werden; dies war nur für den Weltkrieg erneuert worden. Es lag daher der Gedanke nahe, ein provinzielles Ehrenzeichen zu schaffen. Graf Pückler wurde geholt und gab als Wappen der Provinz Schlesien den Adler an. Professor von Gosen von der Kunstakademie legte drei heraldische Adler in Wachs vor, der schönste wurde ausgewählt und dann von General d. Inf. v. dem Borne die Stiftungsurkunde vollzogen.

Mit dem Erlöschen des letzten General-Kommandos des VI. Armeekorps am 30. September 1919 — es wurde dann Befehlsstelle VI — sollte auch der Orden nicht mehr verliehen werden. Doch auch die Befehlsstelle ließ die Auszeichnung noch weiter leben, und selbst in den Kämpfen während der Abstimmungszeit ist der Schlesische Adler als Auszeichnung für Verdienste um die Provinz verliehen worden. Kein Orden innerhalb Deutschlands hat neben dem Eisernen Kreuz eine derartig große Verbreitung gefunden, weil in keinem anderen Landesteil des Reiches so lange gerungen wurde wie in Schlesien.

Sonntag, den 13. April.

Von halb neun Uhr ab strömt es dem Palaisplatz zu. Eine große Zahl Wagen steht aufgebaut als Kanzeln für die Redner. Spartakus hat an ihnen Schilder aufgehängt, auf denen er die Proletarier auffordert, zu ihm überzutreten. Es reden Horaczek, Hirsch, Ziegler aus Lamsdorf nebst drei anderen. Alle Reden triefen vom künftigen Glücksstaat, alle stehen auf demselben tiefen rednerischen Niveau. Ich taxiere, daß etwa 300 wirkliche Spartakusanhänger auf dem Platz sind, wir anderen sind nur Zuläufer und Gaffer. Pückler, dem ich begegne, hat sich einen Arbeiterschal umgetan und sieht ganz proletarierhaft aus. Um elf Uhr fängt die regierungssozialistische Demonstration an. Löbe redet von der Schloßterrasse herunter, Voigt von seinem Wagen in der Ecke nach dem Museum zu. Bei Voigt versammeln sich die Unabhängigen und Spartakisten und machen einen erheblichen Krach. Doch sind es nicht mehr als 50 bis 80. Das sieht man daran, weil wenige Hände hoch genommen werden, als es zur Gegenabstimmung gegen die Resolution kommt. Diese Resolution läuft auf das hinaus, was auch wir gewollt, nieder mit dem Terror! Um halb zwei Uhr schiebt sich alles, wohl 30 000 Mann, durch die Stadt. Vorweg Spartakisten mit ihrer schwarzen Fahne und die Unabhängigen. Alle drei Minuten wird gerufen: „Hoch die Unabhängige Partei!" Die Sozialdemokraten machen einen unorganisierten müden Eindruck, während jene gut geordnet und frisch einhermarschieren.

14. April.

Stadtrat Prescher hat den Befehl des Ministeriums des Innern zur Bewaffnung der Bevölkerung aus Bedenken gegen die Reaktion oder gegen etwaigen Widerstand der Landräte gegen Pflichtlieferungen nicht weitergegeben. Im Volksrat hat man sich erheblich über den Entwurf des General-Kommandos zur Bildung einer Landeswehr ereifert. Deshalb wohl Preschers Sorge vor Weitergabe des Waffenlieferung-Befehls.

Eilker wird jetzt die Waffen ausgeben ohne mein Wissen. Jedenfalls müssen wir die guten Elemente schützen.
Regiment Franz von der 2. Garde-Division soll über Görlitz nach Dresden, wo der neue Kriegsminister Neuring aus dem Ministerium herausgeholt, schon halbtot in die Elbe geworfen und dort erschossen wurde.

15. April.

Mit Oberleutnant v. Schack von Kürassieren 6 zur Gruppe West nach Saegen. Besprechung dort mit dem Chef Major Frantz. Major Frantz beklagt sich darüber, daß die Stimmung der Bevölkerung nunmehr besonders ablehnend gegen den Grenzschutz würde. Ich weise ihn auf die Waldenburger „Bergwacht" hin, er solle die Resolution lesen, die dort vom Soldaten- und Arbeiterrat aus Waldenburg veröffentlicht wird: Die ganze Bedrohung Waldenburgs sei von der Offizierskamarilla inszeniert, um zur reaktionären Gewalt zurückzugelangen. Auch die verschiedenen Badeverwaltungen schicken Prospekte herum „Keine Tschechengefahr!"
Weiter nach Glatz, wo Faust und Winter regieren. Ich lasse mir Faust in die Kommandantur kommen und eröffne ihm, daß seine Zeit abgelaufen sei. Er habe noch vier Wochen, seine Sicherheitswehr verschwände vom 15. Mai ab aus dem Etat. Der Mann ist bisher mit seinen Unverschämtheiten anscheinend überall durchgekommen, denn er ist außer sich vor Erregung, spricht von den Kameraden, die das nicht verständen, von seinen wertvollen Verdiensten um Ruhe und Ordnung. Dagegen das ganze Material, das man an Verhetzung, an Übergriffen, an Gewalttätigkeiten und Hetzereien von diesen Leuten hier in der Hand hat! Der Kommandant hält dann einen halbstündigen Vortrag über die Lage. Es wäre mir hier lieber gewesen, wenn ich etwas davon gehört hätte, daß die Kommandantur die Stadtwache des Faust rascher um die 250 Mann verringert hätte, die ich erst jetzt hier selbst wegschicken muß.

Das Ende des Soldatenratsobmanns Faust — Vorsitzender der mehrheitssozialistischen Partei in Glatz, wie er sich selbst bezeichnet — trat rascher ein, als ich gedacht. Seitdem die Festungs-Kommandanturen Breslau, Neisse und Glatz mit jungen Generalstabsoffizieren besetzt waren, bissen diese sich sogleich in den Garnison-Soldatenräten fest. Während in Breslau Rittmeister Weyrauch amtierte, in Neisse Syffert, geriet Faust in Glatz an Hauptmann Moser. Damit war der Landsturmmann an einen der besten Offiziere von Tatkraft und Zähigkeit gekommen, den das General-Kommando zu vergeben hatte. Eine Verfügung über die Beschränkung der Ersatz-Bataillone auf Friedensgebührnisse gab Herrn Faust Anlaß zur Einberufung einer seiner berüchtigten Versammlungen. Wenn seine Tüchtigkeit in bezug auf persönliche geldliche Vorteile auch hinreichend bekannt war, so schoß er doch in dieser Versammlung durch Aufreizung seiner Soldaten gegen das General-Kommando so handgreiflich übers Ziel, daß Hauptmann Moser ihn fassen konnte. Die vorgesetzte Stelle entließ Faust sofort.

Der Nachruf, den Faust sich selbst widmete, begann:

„Glatz, den 7. Mai 1919.

In der angenehmen Lage, meiner politischen Überzeugung stets nach dem Abtritt vom Pedal des Soldatenrates als Stadtverordneter von Glatz und Kreistagsabgeordneter nachkommen zu können . . .“

Dann nach Habelschwerdt zum Landrat von Saldern. Dieser legt mir Schriftstücke von Faust und Winter vor, die als Soldatenräte sich Übergriffe erlauben, die keine Grenzen haben. Der Volksrat in Breslau, um Hilfe angegangen, gibt die Vorgänge an den Zentral-Soldatenrat weiter, und der legt sie zu den Akten.

18. April — Wölfelsgrund!

Die „Schlesische Zeitung“ bringt einen Bericht über die Soldatenratssitzung in Oppeln, die Voigt stürzen will und eine Resolution gegen Noske losläßt. Meinen Vertreter angewiesen, sofort entsprechend an den Reichswehrminister Noske zu berichten, daß ich die ganze Gesellschaft zur Rechenschaft ziehen würde. Es handele sich um die bekannten Hetzer der Garnisonsoldatenräte. Natürlich hat Ziegler aus Lamsdorf mitgewirkt. Seibold, vom hiesigen Volksrat abgesandt, ist am Weiterreden verhindert worden, als er sich gegen Ziegler wandte, der die Mehrheitssozis übel mitnahm.

24. April.

Abschiedsessen für Exzellenz v. Friedeburg, den bisherigen Stellvertretenden Kommandierenden Herrn General; die 2. Garde-Division geht nach Erfurt-München wegen der dortigen spartakistischen Unruhen. Ich spreche einige Worte und wünsche, daß Seine Exzellenz demnächst als Kommandierender General hier einziehen möchte. Der General antwortet sehr warm und herzlich.
Eine unverschämte Zuschrift des hiesigen Garnison-Soldatenrates gestern an den Oberbefehlshaber des Armee-Oberkommandos Süd, Exzellenz v. dem Borne. Der Garnison-Soldatenrat verbietet dem General, auf dem Palaisplatz zu reiten, weil das „die Kameraden beunruhige“. Es ist höchste Zeit, daß diese Gesellschaft zerplatzt.

XIII. KAPITEL

Volkswehrbataillon Schweidnitz. Marketenderwaren für Waldenburg. Bilder. Soldatenrat Wohlgemuth. Severing in Oberschlesien. Die Neunerkommission. Betrachtungen über Soldatenräte im allgemeinen. Maifeier. Hörsing soll beseitigt werden. Lamsdorf wird aufgeräumt. Besprechung mit tschechischen Generalstabsoffizieren. Oberschlesien ganz an Polen? Oberschlesien den Oberschlesiern.

25. April.

Nach Schweidnitz zum Garnison-Kommando. Ich frage, wie stark die Sicherheitstruppe sei: 450 Mann. Was sie hier täte: Sie sorge für Ruhe und Ordnung in der Stadt! Ich gerate so in Wut, daß ich mich kaum beherrschen kann. Auf der Stelle sind 250 Mann zu entlassen. An diesen Zuständen muß ja der Staat und unser Stand völlig zugrunde gehen, denn diese Gebilde kosten enormes, aber auch ganz und gar überflüssiges Geld und verseuchen dann noch restlos die Truppe. Das Schlimmste aber ist, daß diese Wehren alle durch Unteroffiziere geführt werden und die Garnisonältesten nichts drein zu reden haben. In Breslau tritt zwar auch jetzt erst allmählich Wandel ein. Aber man kann Breslau nicht mit diesen kleinen Garnisonstädten und ihren Wehren vergleichen. Breslau hat 600 000 Einwohner, mit einer nicht in Frage kommenden Polizei, mit einer sehr unruhigen Arbeiterschaft. Seine sogenannte Sicherheitswehr wird unmittelbar geschützt durch den Volksrat und den Zentral-Soldatenrat: Hier in Schweidnitz aber, einer Stadt mit höchstens 30 000 Einwohnern, hat eine derartig starke Wehr auch nicht in irgend etwas eine Daseinsberechtigung.
Weiter zum Fürsten Pleß, einem vorbildlich aufmerksamen Gastgeber. Der Fürst führt mich stundenlang durch die Burg, an deren Erweiterung er seit acht Jahren baut. Drei blondköpfige Söhne. Der Prinz studiert schon und ist, wenn wo Unruhen, für das Korps Lüttwitz verpflichtet. Interessante politische Aussprache, da der Fürst über Prag, Wien, London und auch über die jetzigen Pariser Verhandlungen außerordentlich gut orientiert ist.
Oberstleutnant Schönwasser ist durch den General v. St. Ange als Kommandant von Breslau abgelöst worden.

26. April.

Es kommt die Stellenbesetzung für die Generalität, die in Schlesien steht, für die vorläufige Reichswehr heraus. Mittags Arbeiterdeputation aus Waldenburg, die das General-Kommando wegen des Grenzschutzes, soweit es die Ernährungsfrage angeht, angreift. Sie drohen mit Streik. Philipp, der neue Oberpräsident, der ihresgleichen

sei, habe sie vorher empfangen und übel behandelt. Er sei plötzlich stockkonservativ geworden. Ich finde, daß mit den Leuten auszukommen ist, und verspreche ihnen, am 4. Mai, Sonntags, in einer Arbeiterversammlung in Waldenburg zu sprechen. Den Arbeitern sichere ich von unseren Marketenderwaren 360 Zentner Fleischkonserven zu. Auch Landrat v. Götz und Handelsrichter Goldschmidt wohnen der Sitzung bei. Ollendorff orientiert: Der Volksrat sei mit Hörsing sehr unzufrieden, da er jetzt in das Fahrwasser der oberschlesischen Selbständigkeit gekommen sei. Die Schwerindustrie hätte ihn eingefangen. Ich vermute, daß er sich nur deshalb vom Volksrat freigemacht hat, weil dieser durch sein Verhalten vor 14 Tagen (s. 6. April) sehr an Einfluß verloren hat. In Konsequenz der Resolution Löbe habe man nun tagelang in der paritätischen Kommission mit den vier Unabhängigen und Kommunisten verhandelt. Das Wahlrecht zu dem Arbeiterrat, der demnächst den Volksrat ersetzen soll, hat man nun auf 18 Jahre festgesetzt.

Bilder!

Bei der Sanitätskompagnie 9 der 9. Reserve-Division — ich lag in Machault 1916 bei ihr im Lazarett — bringt der Chefarzt, Oberstabsarzt Dr. Schwalbe, es fertig, daß der Soldatenratsobmann sein Amt niederlegen muß. Ein Ereignis in dieser Zeit!
Auf dem Lande werden jetzt die Zugochsen für die Fleischversorgung der Bevölkerung beschlagnahmt. Der Gemeindevorsteher von Riemertsheide schlägt vor, daß die Militärbehörde für diese Ochsen den Bauern Militärpferde übereignet. Eine Angelegenheit, über die sich reden läßt. Der Landrat von Neiße reicht die Anregung lediglich dem dortigen Arbeiter- und Soldatenrat weiter. Dieser, hochgeehrt, schickt den Vorgang unmittelbar dem Kriegsministerium ein. Die militärischen Stellen hören erst auf dem Rücklauf von der ganzen Angelegenheit.
Der sozialdemokratische Parteisekretär von Breslau-Land, Srowig, ist der Ansicht, daß neben dem Rittmeister von Kleist vom Leibkürassier-Regiment auch die übrigen Truppen-Kommandeure wenig Wert auf die Beteiligung ihrer Soldaten an dem Maiumzug der Sozialdemokraten legen. Der Breslauer Zentral-Soldatenrat erläßt auf diese Mahnung hin auf dem „Soldatenratsdienstwege“ an sämtliche Soldatenräte des Korps eine Aufforderung „zwecks Begehung der Maifeier!“.
Soldatenrat der Jäger zu Pferde 11 (Tarnowitz) regt beim Zentral-Soldatenrat an, wegen der durch die Friedensbedingungen zunehmenden Polengefahr, die Familien und das Mobiliar der verheirateten Unteroffiziere abzutransportieren. Umzug auf Staatskosten. Und die Bevölkerung?

27. April.

Die Soldatenräte der aufgelösten Ersatzbataillone machen bereits Schwierigkeiten und wünschen noch zu bleiben, obwohl kein Mensch mehr im Bataillon ist. In Oppeln beim Ersatzbataillon 63 verlangen die ehemaligen Soldatenräte noch ihre Gelder, weil

ihnen angeblich der Zentral-Soldatenrat mitgeteilt hat, sie könnten noch bis zum 25. bestehen bleiben. Der ganze Haß dieser Leute richtet sich gegen den Bataillons-Kommandeur Hauptmann Kühlein, dessen Absetzung der Soldatenrat durch einen gewissen Puzig hier neulich schon verlangte. Auch die Sicherheitskompagnie in Oppeln verlangt von dem Führer, Hauptmann Thielebein, er solle zurücknehmen, daß er gesagt, Unterzahlmeister Meyer, Vorsitzender des Garnisonsoldatenrates, sei spartakistischer Gesinnung. Es ist erfrischend zu sehen, wie dieser Offizier mit dem Garnison-Soldatenrat abfährt und es ablehnt, irgend etwas an seiner Aussage zu ändern. Auch ist dieser Soldatenrat ergrimmt, daß der junge Hauptmann versucht, die sozialdemokratische Einstellung der Soldatenräte seiner Kompagnie zu beeinflussen. Beim General-Kommando wird nun die Ablösung des Hauptmanns Thielebein verlangt, andernfalls „wir für Ruhe und Ordnung in der Garnison Oppeln jede Verantwortung ablehnen."

28. April.

Die Unteroffiziere, die neulich dem Oberquartiermeister vor das General-Kommando gezogen sind, waren Trümmer einer Demonstration, die Festbesoldete auf dem Schloßplatz abhielten und die gegen den Zutritt der Arbeitslosen in den Volksrat protestiert haben.
Ein Mann des Kommandantur-Soldatenrates ruft an und fragt mich in dreister Weise, ob ich den Befehl zur Verringerung der Sicherheitswehr gegeben habe. Als ich ihm sage: „Selbstverständlich, sie verschwindet", sagt er mir: „Sie haben keine Ahnung, die Sicherheitswehr wird um 800 Mann vergrößert und in die Reichswehr aufgenommen, dafür werden wir schon sorgen."
Dann beanstandet er, daß die Kompagnie Walter des Freikorps Kühme noch im Schloß läge und dergleichen mehr. Als ich dem Mann sage: „Hoffentlich ist es jetzt klar, was mit der Sicherheitswehr geschieht, und daß die Kompagnie Walter als anständige und wohldisziplinierte Truppe in Breslau bleibt", antwortet er mir: „Sie haben scheinbar die Zeichen der Zeit noch nicht begriffen, mit Ihnen wird noch geredet werden." Der Herr Soldatenrat heißt Wohlgemuth!
Dr. Menzel vom Volksrat ruft mich an, er habe von den Armierungsarbeitern der Stadt gehört, ich solle abgesetzt und verhaftet werden. Eggers, der jetzt beim Volksrat arbeitet, stürzt aufgeregt herein, es sei heute abend um 8 Uhr eine Soldatenversammlung der ganzen Garnison einberufen, also etwa von 10 000 Mann, nach dem Zirkus Busch durch Garnisonbefehl. Einziger Punkt: Absetzung und Verhaftung des Majors Hesterberg und des Soldatenrats Voigt. Ich erwidere Eggers: „In demselben Augenblick, wo die Versammlung zu tagen beginnt, wird Breslau besetzt. Sie wissen ja, daß es nur einer Ordonnanz bedarf, um die Freikorps auf ihre angewiesenen Plätze in die Stadt zu beordern."
Vorgeschobener Grund zu dieser Meuterei: Eggers legt mir ein Blatt auf den Tisch, Umdruck oben links: General-Kommando VI, Stadtschutz Breslau. Dann folgt weiter:

es wäre eine Studentenwehr gebildet und „es sollten sich Herren melden mit mindestens Einjährigenbildung“. Keiner der Offiziere hier weiß, woher der Zettel stammt! Wie dem auch sei, es bleibt dabei, die Versammlung hat nicht stattzufinden, oder der ganze Soldatenrat sitzt wegen Meuterei. Voigt erscheint alsdann mit Kretschmer. Ihm werden dieselben Eröffnungen gemacht wie Eggers, und wenn er nicht mit mir ginge, handele ich allein. Voigt macht einen merkwürdig apathischen Eindruck und scheint diese widerlichen Soldatenratssachen nun mehr als satt zu haben. Abends verlautet, daß die Versammlung nicht stattfände. Ich überzeuge mich persönlich davon und auch, daß sie nicht im Garnisonbefehl steht.

In Oberschlesien beginnt wieder alles drunter und drüber zu gehen, so daß dort morgen Besprechungen mit der 117. Division nötig werden.

29. April.

Früh nach Gleiwitz, Hauptmann v. Flotow und Voigt fahren mit. In der Stadt und bei der 117. Division ziemliche Aufregung wegen der Zusammenstöße in der Wilhelmstraße. Es hat acht Tote gegeben. Aulock erläßt in den Zeitungen eine Erklärung, wie es zu dem Zusammenstoß gekommen ist: Die Lage habe sich so zugespitzt, daß er überrannt worden wäre, wenn er nicht schließlich zur Waffe hätte greifen lassen. Die Menge hat angeblich selbst Friedenspreise in den Geschäften festlegen wollen.

Die Elektrizitätswerke von Zaborze und Chorzow streiken, so daß es in Oberschlesien kein Licht gibt. Auch die Notstandsarbeiten werden verweigert. Dadurch erleiden die Gruben, bei denen von der Belegschaft überdies schon ein Zehntel streikt, erheblichen Schaden. Spartakus hetzt an allen Ecken und Enden mit Maueranschlägen und Handzetteln besonders auf den 1. Mai hin, wo zudem noch der Belagerungszustand für den Tag gemildert werden soll.

Dazu macht auch die äußere Lage, Armee Haller, stärkere Sorgen. Haller hat bereits in Krotoschin uns gegenüber, entgegen den Abmachungen, eine Hetzrede gehalten. Er, der angeblich nur gegen die Sowjets Verwendung finden durfte! Da die 117. Infanterie-Division sehr klagt, so wird Regiment 58 von Waldenburg her ihr zugeschoben, im Vertrauen darauf, daß in Waldenburg zunächst keine Unruhen ausbrechen, nachdem die Arbeiterführer vor einigen Tagen gerade befriedigt das General-Kommando verlassen haben. Dann weiter nach Kattowitz zum Staatskommissar Hörsing, wohin auch der Staatskommissar aus Münster in Westfalen, Severing, eingeladen wurde, den ich dort mit dem Arbeiterführer Löffler spreche. Ich frage zunächst Severing, wie es im Kreise Schwelm in Westfalen aussähe, worauf er mir sagt: „Da sieht es in Altenvoerde am schlimmsten aus.“ Als ich Severing erwidere, dort säße gerade meine ganze Verwandtschaft, zieht er ein Telegramm aus der Tasche und liest mir vor, daß ausgerechnet in Altenvoerde ein Fabrikant gezwungen worden sei, vor einem Zuge von Arbeitern her durch den Ort

die rote Fahne zu tragen. Bei meinem Schwiegervater hätten die Arbeiter die Schließung des Betriebes erzwungen. Auf meine Frage, wo denn das nächste Militär läge, erwidert Severing, in Iserlohn, das wolle er jetzt nach Altenvoerde verlegen. Die Stunden, bis dies eintrifft, werden dort und in Voerde nicht gerade die geruhsamsten sein; ich aber erlebe sie beinah täglich. Denn der Schuh drückt uns hier ganz gewaltig. Wir sind der Ansicht, daß Oberschlesien nur noch mit roher Gewalt zu halten ist. Severing berichtet hochinteressant von seinen Erfahrungen aus Westfalen. Dort wie hier herrsche reinster Bolschewismus und Terror gröbster Art. Hörsing soll dem General-Kommando den Arbeitszwang unterschreiben. Er erklärt, das richte sich gegen seine ganze sozialdemokratische Vergangenheit. Als sechzehnjähriger Junge sei er zum ersten Mal polizeilich bestraft worden, weil er Streikzettel ausgetragen habe. Severing und Löffler reden Hörsing zu, den General-Kommando-Befehl mit zu unterschreiben. Was damals passiert wäre, sei uninteressant, denn jetzt handele es sich lediglich darum, ob Oberschlesien zu halten sei oder nicht. Und Hörsing unterschreibt. Es ist im Augenblick derartig schlimm, daß an jeder Straßenecke öffentlich ein anderes Pamphlet gegen den Grenzschutz und die Berliner Regierung verteilt wird. Der Grenzschutz wird dabei am übelsten mitgenommen. Die Eltern werden durch Drohungen aufgefordert, ihre Söhne aus den Regimentern zurückzuziehen, ein Vater ist bereits bei einem derartigen Auftritt erschossen worden. Mit einem Staatskommissar wie Hörsing läßt sich in solchen Augenblicken gut militärisch arbeiten. Mühsam ist es zunächst nur, ihm seine politischen Bedenken auszureden.

30. April.

Die vorgestern unterbundene Versammlung der Garnison-Soldatenräte im Zirkus Busch soll heute nachmittag auf dem Palaisplatz erfolgen. Einziger Punkt des Referates, wie diese Leute das nennen, Absetzung des Chefs des General-Kommandos. Voigt und Kretschmer erscheinen; ich eröffne ihnen, daß das General-Kommando die Versammlung verbiete, und daß Breslau besetzt wird, wenn die Garnison-Soldatenräte versuchen, trotzdem auf dem Palaisplatz zu reden. Kretschmer erwidert, die Versammlung sei schon wieder abgebogen. Er stellt sich dabei durchaus auf unsern Standpunkt. Eben geht er durch die eine Tür hinaus, als Leutnant Petter durch die andere hereintritt und mir den Bericht über eine Sitzung bringt, die von Ausfällen Kretschmers gegen mich strotzt. In welchem Kreis von Leuten bewege ich mich! Erstaunlich allerdings, wie zuverlässig und schnell der Nachrichtenapparat von Amelung und Petter funktioniert. Voigt war recht betreten, als ich ihn ausschalte und erkläre, daß das General-Kommando von nun an allein handele. Seit dieser Aussprache, gegen die ich schon lange ansah, fühle ich mich von einem Druck befreit, der seit Monaten auf mir lastete; denn auch an solch anständigem Mann wie Voigt, mit dem ich schwere Stunden durchmachte, um wenigstens noch einiger-

maßen dem Offizierkorps gerecht werden zu können, auch an diesem Mann habe ich schwer getragen. Jetzt bin ich ganz allein und frei. Oberstleutnant Burchardi, Major v. Ploetz (Leibkürassiere), Hauptmann Kühme sind herbestellt und bekommen ihre Instruktionen für den Fall, daß das General-Kommando ausgeschaltet wird. Es sind sämtliche Maßnahmen ohne Rücksicht auf die Persönlichkeiten von uns durchzuführen.

Eine „Neuner-Kommission" meldet sich, Leute des Garnison-Soldatenrates, sie wollen mir ihre Forderungen überreichen. Im Anschluß an diese Sitzung soll ich dann, wie Eilker hört, verhaftet werden. Den Leuten wird gesagt, um 5½ Uhr nachmittags sollten sie wiederkommen, ich hätte keine Zeit, sie jetzt zu empfangen. Der junge Leutnant Walter, der mit seiner 1. Kompagnie nach wie vor im Schlosse liegt, übernimmt unseren persönlichen Schutz. Es werden zwei Gruppen als durchreisende Soldaten auf den Bahnhofsplatz, auf den meine Fenster gehen, gelegt, in den Tornistern haben die Leute ihre Handgranaten. Wenn es zu Auftritten in meinem Zimmer kommt, werden die Leute herüber beordert.

Um 3½ Uhr gehe ich mit Graf Pückler und Rittmeister Walther-Weisbeck auf das Büro, da dann die Sache auf dem Palaisplatz losgehen soll. Es waren dort, so weit ich schätzen konnte, bis jetzt etwa 150 Leute versammelt. In den Kasernen soll angeblich der Aufmarsch nach der Besprechung mit Voigt und Kretschmer abgesagt sein. Der Ordonnanzoffizier Oberleutnant v. Doering, Ulanen 16, ist in Zivil unter der Menge. Er berichtet zunächst telephonisch, daß ein Soldatenrat Müller im Auto erschienen sei und sofort unter großem Jubel meine Verhaftung verlangt habe. Außerdem habe er behauptet, es seien gerade Berliner Vertrauensleute von Noske auf dem General-Kommando, wir wären im Begriff, eine weiße Breslauer Garde aus Herren zu bilden. Die Sache mit den „Herren" bezieht sich auf den Zettel, den Eggers vorgestern in großer Erregung mir vorlegte wegen der Bildung der Einwohnerwehren. Wie sich herausstellt, sind diese Zettel durch einen Unteroffizier im General-Kommando gedruckt worden, ohne daß eine irgendwie verantwortliche Stelle davon gehört oder daran mitgewirkt hat. Der ganze Bestand ist dann vernichtet worden, als ein Offizier das Machwerk zu sehen bekam — bis auf das Exemplar, das angeblich ein Steindrucker beiseite brachte und das dann zu Herrn Widera, dem Vorsitzenden des Garnison-Soldatenrates, gelangte. Über das Offizierkorps geht es inzwischen auf dem Palaisplatz entsprechend her. Im Schlosse flösse bei unseren — übrigens mehr als bescheidenen — Abendessen der Sekt in Strömen, ich sei der Breslauer Bluthund, ließe Voigt an der Strippe tanzen. Schließlich sagt der Mann noch, ich sei ein Nero. Manches kann man mir vorwerfen, aber daß ich etwas mit Nero zu tun hätte, scheint mir doch ein wenig weit hergeholt.

Um 6 Uhr erscheint dann die „Neunerkommission". Zunächst verlangen die Leute den Namen des Agenten, der dem General-Kommando zum 12. März den Putsch angezeigt hat. Als ob sie das im geringsten etwas anginge! Ihre Wut gegen diesen

völlig nebensächlichen Mann ist verständlich, weil die erste Besetzung der Stadt dem General-Kommando seine Selbstsicherheit wiedergab, die nunmehr ihnen das Lebenslicht ausbläst. Besonders zwei Beamtenstellvertreter unter den „Neunern“ und ein kleiner Schwarzer tun sich hervor. Das Wort führt jener Müller vom Palaisplatz, mir von Ansehen von den Tumulten her bekannt. Von den Herren des General-Kommandos sind im Chefzimmer der Oberquartiermeister Major Beckert, Hauptmann Eilker und Rittmeister Walther-Weisbeck. Ich lehne alle Forderungen der Leute rundweg und ein für allemal ab. Es kommt mir außerordentlich gelegen, daß ich die eben gehaltene Rede des Müller schon im Stenogramm des Ordonnanzoffiziers vor mir liegen habe. Als ich den Mann frage, ob er Müller heiße, bejaht er lächelnd, geschmeichelt; er denkt wahrscheinlich, ich interessiere mich für ihn persönlich. Dann lese ich den Leuten das Stenogramm vor, und Müller muß gestehen, daß er alles so gesagt hat. Es ist mir ein gefundenes Fressen, über diesen Hetzer herfallen und den andern Herrschaften den Standpunkt klar machen zu können, daß jetzt in Breslau die Macht an das General-Kommando übergegangen ist, daß wir den Kampf nicht mehr scheuen, sondern ihn aufgenommen haben. Die „Neuner“-Leute, so wie sie vor mir sitzen, lasse ich nicht im Zweifel darüber, daß ich sie persönlich verantwortlich machen werde dafür, daß die Ersatzbataillone sich ruhig auflösen lassen, und daß morgen bei der Maifeier kein Unfug getrieben wird. Ich schlage fest mit der Faust auf den Tisch, die Wirkung bleibt nicht aus. Die Soldatenräte verstummen, und das General-Kommando hat unzweifelhaft gesiegt. Man erhob überdies wieder die alte Forderung, daß die Kompagnie Walter aus dem Schloß käme. Um sie geht schon seit ihrem Einrücken ein erbitterter Kampf. Keiner von den Garnisonsoldatenräten braucht geistig besonders rege zu sein, um zu erkennen, daß mit dieser Kompagnie des Freikorps Kühme das Machtmittel, das uns erlaubt, die bisherigen Frechheiten der Garnison hintanzuhalten, sich jetzt ständig in Breslau festgesetzt hat. Auch der Volksrat, wenn auch aus anderen Gründen, war bereits durch Ollendorff um Entfernung der Kompagnie aus dem Schloß vorstellig geworden; er hatte auf die Beschädigungen hingewiesen, die im Flötensaal, in dem die Kompagnie wohnt, durch die groben Landsknechte geschehen waren. Ich halte mich aber vergewissert, daß der Alte Fritz vollstes Verständnis dafür hat, daß in die Wände seines Flötensaales Nägel eingeschlagen wurden, an denen die Tornister der Mannschaften hängen, die nun berufen sind, dem eingerissenen Chaos in der Armee zu steuern, es zu beseitigen und die Nachfahren des Offizierkorps zu schützen, das seine Schöpfung war. Und wie habe ich mich gerade deshalb um diese Kompagnie gekümmert! Seit dem 12. März war ich immer wieder persönlich des Morgens im Schloß, redete auf die Kompagnie ein, sprach mit jedem einzelnen Mann und suchte das Selbstgefühl dieser Freiwilligen zu heben. Das Unteroffizierkorps, meist aktive Leute, macht einen vorzüglichen Eindruck. Die Mannschaft ist nicht gleichmäßig; einigen unter ihnen strahlt die Begeisterung aus den Augen, andere wiederum scheinen

notgedrungen nur noch Dienst zu tun. Aber der Geist ist absolut zuverlässig. Wenn ich nicht zu den Leuten gehen kann, geht Graf Pückler hin und zeigt ihnen, daß wir uns ihrer besonders annehmen, uns aber auch auf sie verlassen. Der Führer der Kompagnie, Leutnant Walter, ist Kriegsoffizier. So ganz besonders habe ich mich gefreut, als er mir sagte, er sei das Patenkind eines Hauptmanns, der Kompagniechef seines Vaters gewesen, als dieser dort Feldwebel. Das Herausziehen der Kompagnie aus Breslau wird selbstverständlich abgelehnt. Hingegen angeblich als besonderes Entgegenkommen zediert, daß 15 Mann aus dem Schloß verschwinden und ins General-Kommando verlegt werden. Keiner von diesen Sachverständigen merkt, welches Spiel mit ihnen getrieben wird, wie sehr sie meine Position stärken, mir in die Hände arbeiten. Denn bisher wurden wir Offiziere hier im General-Kommando gegenüber dem Hauptbahnhof noch immer durch die republikanische Sicherheitswehr weiland des Gefreiten Frey beobachtet. Jetzt stellt Walter auch hier die Wache mit seinen 15 Mann. Nachdem auch für uns hier ein Waffendepot errichtet wird, ist die alte Eisenbahndirektion sehr bequem so lange zu halten, bis die Stadt durch die Freikorps besetzt ist.

Auf Forderungen, daß verboten würde, schwarz-weiß-rote Fahnen durch die Freiwilligenverbände tragen zu lassen, antwortete ich überhaupt nicht mehr. Als diese Neuner sehr bescheiden und mit vollkommen leeren Händen wieder verschwunden sind, haben wir sämtlich den Eindruck eines großen Tages für Schlesien und uns. Die Breslauer Gefahr ist überwunden, und wenn Breslau ruhig bleibt, dann ist auch die Provinz zu halten. Lediglich vom Soldatenratsstandpunkt aus ist die spartakistisch-bolschewistische Frage zu beurteilen. Mögen sich noch so viele Vereine gebildet haben zur Bekämpfung von allerhand Gegnern: der Feind, der dem Offizierkorps und damit dem letzten, an das sich Deutschland in dieser Schicksalsstunde noch klammern konnte, den Stoß ins Herz versetzen wollte, waren die Garnison-Soldatenräte. Sie trugen die Revolution in die Armee, festigten sie, gewöhnten sich an die Macht, nutzten sie aus, versuchten sie zu weiten, wurden, um sich zu halten, linksradikal und zum größten Teil Spartakisten. Das mühsam gefestigte Feldheer, in dem an sich schon Schwierigkeiten durch vereinzelte Hetzer, würde bei einer Erklärung der unbeschränkten Gewalt der Garnison-Soldatenräte diesen unzweifelhaft mit seinem weit größeren Teil gefolgt sein. Der Zusammenbruch des Offizierkorps wäre nicht mehr aufzuhalten gewesen; „alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten" mußte folgen, das Ende trat ein.

Nur so aber habe ich stets die ganze Lage aufgefaßt, so gehandelt und so gekämpft. Da ich seit dem 9. November 1918 mich nur mit dieser brennenden Frage beschäftigte, so kann ich wohl ein Urteil fällen. Mit halben Maßregeln, mit lauem Herzen nur hat Berlin uns zu helfen versucht, als ihre Wegbereiter sich nunmehr gegen sie selber wandten. Von Anbeginn an haben wir allein gestanden, als wir uns daran gemacht haben, die Kontrollorgane, die als Fremdkörper in unserer Seite zu schwären

begannen, schonungslos zu entfernen. Schlesien mit seiner halben Million Arbeitern, mit seinen 75 000 Soldaten mußte auch für das übrige Reich den Beginn des Chaos bedeuten, wenn wir gescheitert wären. Männer, wie der Vorsitzende des Zentral-Soldatenrates Voigt und seine Mitarbeiter Eggers und Przelowski, haben uns geholfen. Der Obmann des Freikorps Schlesien, Hainold, wurde seinen Vorgesetzten eine zuverlässige Stütze, ebenso der Wachtmeister Thomas von der Maschinengewehr-Gruppe Strandes. Die Worte aber, mit denen die Revolutions-Regierung das gewaltsame Emporkommen ihrer Parteigenossen und beorderten Freunde sanktionieren wollte: „Wiederherstellung des Vertrauens zwischen Offizier und Mann" sind und bleiben ein Hohn auf die Feld- und Heimatarmee.

Es wird noch einige örtliche Kämpfe geben, Lamsdorf, Brieg, Neisse, Breslauer Sicherheitswehr; aber die Hauptarbeit ward heute getan. Freier können wir atmen, wir sind über den Berg. Bald kann ich hier abtreten und wirklich einmal ganz ohne Sorgen um das Kommende, um den nächsten Tag sein.

Diese aufregenden Stunden, in denen ich dankbar wieder die treue Kameradschaft der Herren des General-Kommandos empfand, von denen jeder einzelne mir helfen wollte, endeten mit einem besonderen Gefühl der Befriedigung. General v. Loßberg, der heute seinen 51. Geburtstag feierte und mich dazu einlud, sagte mir, daß ich wohl die schwerste Chefstelle habe, die je ein Generalstabsoffizier bekleidete; daß aber andererseits auch nur wenige mit solchen Nerven ausgestattet seien. Aus dem Munde gerade dieses Offiziers, der das Vorbild von Energie und Rücksichtslosigkeit für uns alle im Westen stets war, klang diese Äußerung mir besonders wohltuend. Und als der General um ein Uhr ging, saßen im Monopol noch an einem verlassenen Tisch Eilker und Stülpnagel vom General-Kommando, beide in vorgerückter Stimmung. Eilker, der mit seiner tiefen Stimme so besonders komisch wirken kann, sagte: „Ich muß Herrn Major umarmen!" Ich erkannte die Notwendigkeit durchaus an und fragte bescheiden nach dem Grunde. „Ja, wir haben Herrn Major viel abzubitten, denn ab und zu sagten wir, der Major muß energischer und rascher vorgehen. Heute abend sahen wir, was in all der Zeit wir für Stümper gewesen, und daß nur so, wie von Anfang an vom General-Kommando dieses Abschlachten betrieben wurde, der heutige Tag möglich geworden ist." Es war spät, als dieser Tag wirklich zu Ende ging.

1. Mai.

Ebert und Scheidemann haben befohlen, daß heute Festtag ist. Ich glaube mehr an eine Prügelei der Mehrheitsleute mit Unabhängigen und Spartakisten. Herrlicher Sonnenschein, leider. Früh acht Uhr Abmarsch der Garnison nach der Rennbahn, wo meine beiden Freunde Widera und Müller die Festreden halten. Währenddessen durchflutet Breslau ein nicht endenwollender Zug von Demonstranten. Hinter Musikkapellen, roten Fahnen, Schildern ziehen Männer, Frauen, Kinder, Vereine, Innungen, Klubs. Hier liest man: „Verein der Schornsteinfeger", „Klub der Athleten",

„Verein der Hotelangestellten“ — „Wir feiern den Achtstundentag!“, „Nieder mit den gelben Gewerkschaften!“ — „Verein Breslauer Tanzordner“ im Frack mit Zylinder, die Fäuste in weißen Glacés, — Schulen mit Transparenten: „Wir feiern die Einheitsschule!“, „Sozialdemokratische Jugend Deutschlands!“ . . . Tausende . . . Abertausende . . . Urteilslos laufen sie unter den Klängen der Marseillaise hinter ihren Führern her. Während die Glocken läuten, weil nach dem Willen der Regierung diese Maifeier unpolitisch sein, der Befreiung unserer Gefangenen gelten soll, empfinden diese Leute nicht, welchen Faustschlag ins Gesicht es bedeutet, daß ihnen die Internationale erst die Begeisterung zu ihrem Umzug verleihen muß. Man traut seinen Augen nicht, als man auch einige Postbeamte in voller Uniform in diesem Zuge sieht, preußische Beamte! Die Melodie des alten Soldatenliedes erklingt, die Worte sind andere:

„Rekrut, jetzt nimm du mein Gewehr,
Ein Reservist, er braucht's nicht mehr,
Hier hast du Säbel und auch Tasch',
Komm, reich mir die Reserveflasch'.“

Ich sang das Lied zum ersten Male im September 1895 im Manöver als Avantageur in Reih und Glied. Neben mir der lange Dissel und auf der anderen Seite mein Putzer Winands. Auch wie damals war mir heute das Herz schwer. Damals aus Kummer über die Trennung von jenen einfachen Leuten des Volkes, die am nächsten Tag den bunten Rock wieder auszogen. Heute traten mir Tränen in die Augen aus Wut über die Schmach, die uns angetan ist.
Dann zieht der Zug der Unabhängigen vorbei. Vorneweg die schwarze Fahne. „Nieder mit Ebert/Scheidemann“, „Freiheit für Hirsch und Fröhlich“ und ähnliche Tafeln werden in Mengen vorbeigetragen. Bei Hirsch und Fröhlich hatte ich nur den einen Gedanken: Gottlob, daß wir sie nicht hier in Breslau haben! Fröhlich wurde in Kandrzin geklappt, als er in der Eisenbahn Flugblätter verteilte.
Da die Menge sich seit heute früh auf dem Pflaster herumtreibt, ist sie abends müde, sitzt in den Lokalen, und die Straßen sind leer.

2. Mai.

Um 12 Uhr sollte im Zirkus Busch wieder gegen das General-Kommando gehetzt werden, nachdem in diesen Tagen schon spartakistische Flugblätter verteilt wurden. Sämtliche Offiziere seien festzusetzen, alle Macht hätte an die revolutionären Arbeiter- und Soldatenräte überzugehen. Nachdem die Neuner-Kommission hier gehört hat, daß bei etwaigen Unruhen sie als erste sitzt, wird die Resolution im Zirkus Busch, wenn überhaupt, höchst wahrscheinlich etwas bescheidener als beabsichtigt ausfallen. Im General-Kommando liegt als Erfolg ihres gestrigen Besuches jetzt eine Wache vom Freikorps Kühme von 15 Mann.

Die Haller-Armee macht bereits Sorge. Die Oberste Heeresleitung rechnet mit einem Vormarsch gegen den Netzedistrikt. Dabei bleibt es dann nicht, und wir werden in Oberschlesien und an unserer Nordgrenze alle Hände voll zu tun kriegen. Es wird nichts anderes übrig bleiben, als alle Truppen aus der Grafschaft und links der Oder fortzuziehen und an den bedrohten Nordostfronten zu versammeln. In Oberschlesien hat im Augenblick doch die Verordnung über den Arbeitszwang gewirkt.

3. Mai.

Gestern rief Hörsing aus Kattowitz an, er käme her, um sich vor dem Volksrat zu verantworten. Äußerer Anlaß ist angeblich ein Kartoffelgeschäft, das Hörsing mit den Polen ohne Wissen des Zentralvolksrates getätigt hat. Hörsing soll Kohlen nach drüben geschafft und dafür Kartoffeln für die Bevölkerung eingehandelt haben. Ich finde diesen Vorgang nur begrüßenswert, und ebenso berührt es mich sympathisch, daß der Mann handelt, ohne die vielen anderen Köche herbeizuziehen. Wir machen es jedenfalls ganz genau so. Das Kartoffelgeschäft scheint nur vorgeschoben, in Wirklichkeit schwimmen dem Zentralvolksrat für Schlesien die Felle fort. Denn Hörsing hat dieselben Verbindungen wie dieser nach Berlin und nutzt sie nach Kräften direkt aus.

Hörsing erschien dann heute morgen auf dem General-Kommando und war recht erbittert gegen die Breslauer. Doch scheint er selbst nicht sicher, ob er seine Stellung behaupten kann. Am meisten war er auf den Stadtrat Prescher geladen, der de facto ja auch die geistige Führung des Volksrates hat. Hörsing möchte sich vergewissern, welche Stellung das General-Kommando zu ihm einnimmt. Ich sage ihm, daß das General-Kommando in der Sitzung des Volksrates erklären würde, daß er sich als Staatskommissar bewährt habe, und damit wäre ja wohl die ganze Frage erledigt. Wir besprechen dann noch die bolschewistischen Vorgänge in Oberschlesien. Die Arbeiterdeputation, die in Berlin vorgesprochen, hat dort ein übles Fiasko erlebt. Ihre Hauptforderung ist gewesen: sofortige Beseitigung des Grenzschutzes. Wenn man den Schaden betrachtet, den die Plünderungen bis jetzt in Oberschlesien verursacht haben — sie wurden nur durch das Militär aufgehalten — so weiß man, wie es in diesem Hexenkessel aussehen würde, wenn das Militär verschwände. Die Lichtzentrale Zaborze ist durch die Zwangsarbeiten, entsprechend unserer Notverordnung, wieder in Schwung gesetzt worden. Dort soll ein besonders spartakistischer Arbeiterrat bestehen, während Chorzow überhaupt nicht an dem rein politisch aufgezogenen Streik hat teilnehmen wollen. Hörsing war sehr begeistert von dem Umzug der vielen Tausende am 1. Mai in Kattowitz; in Beuthen hat auch Justizrat Czapla einen Umzug, einen polnischen aber, inszeniert. So eigentlich war die Milderung des Belagerungszustandes denn doch nicht gedacht.

Beim AOK. Süd, da die OHL. mit der Möglichkeit rechnet, daß die Polen über die Netze angreifen. General Haller hat in Krotoschin (s. 29. April) noch darauf hin-

gewiesen, daß die Polen in der Provinz Schlesien der Befreiung harrten. Die erhöhte Patrouillentätigkeit bei Zduny und Schildberg ist das Echo.

Die Sitzung im Volksrat wegen Hörsing nahm einen recht erfrischenden Verlauf. Es regnete Vorwürfe, besonders von seiten Hörsings gegen Prescher, Ollendorff, Menzel und den Sachverständigen für oberschlesische Angelegenheiten seitens des Volksrates, bisher Zigarettenvertreter bei Halpaus, Herrn Piorkowsky. Es ist schon so, wie ich mit Hörsing besprach, das Kartoffelgeschäft ist vorgeschoben. In Wirklichkeit hat der Volksrat sich über den immer selbständiger werdenden Staatskommissar geärgert. Die Erklärung, daß das General-Kommando Hörsing in Oberschlesien nicht fallen ließe, kommt dem Volksrat scheinbar recht unbequem. Die Wahl zwischen den Breslauern, die in den vergangenen Wochen dem Druck der Straße einfach nachgaben, und dem Staatskommissar, der die Verfügung mitunterzeichnete (s. 29. April), nach der die Arbeiter mit Gewalt zu Notstandsarbeiten herangezogen werden können, und die die Bedrohung der Eltern der Grenzschutzsoldaten mit Strafe belegt, kann für das General-Kommando nicht zweifelhaft sein.

4. Mai.

Mit den Zuständen im Lager Lamsdorf muß jetzt endgültig aufgeräumt werden. Infolgedessen hatte das General-Kommando beim Personalamt um einen besonders geeigneten Offizier gebeten. Es meldet sich ein Oberst, den das Personalamt als einen Offizier bezeichnete, der langjährige Erfahrung in der Verwaltung von Truppenübungsplätzen hätte. Bei meiner Schilderung der Zustände auf diesem Lager, in dem Unteroffizier Ziegler (s. S. 112) sein Unwesen treibt, macht der Oberst ein bedenkliches Gesicht; es erhellt sich auch nicht, als ich ihm sage, das General-Kommando würde ihm zur Auflösung so viele zuverlässige Truppen zur Verfügung stellen, daß ein Fehlschlag ausgeschlossen sei. Auch trügen wir ganz allein die Verantwortung für das, was bei der Aufräumung in Lamsdorf vor sich ginge. Nur müsse mit Gewalt und Rücksichtslosigkeit durchgegriffen werden. Als der Offizier das Zimmer verläßt, bin ich mir darüber klar, daß er für die Durchführung dieser Operation keinesfalls in Frage kommt. Kurz darauf meldet der Oberst, daß er auf die Übernahme des Postens verzichtet. Das General-Kommando ernennt den Oberleutnant v. Aulock zum Kommandanten von Lamsdorf, der auf meine Frage, ob er den Auftrag zum Auseinanderjagen der Gesellschaft übernehmen wolle, erwidert: „So was machen wir gern!“

5. Mai.

Infolge der Aufstellung der vorläufigen Reichswehr haben die Werbungen für die einzelnen Freiwilligenverbände und die Regimenter des alten Heeres zu unterbleiben. Was sich jetzt noch meldet, soll vom General-Kommando aus den einzelnen Formationen je nach Bedarf zugeschoben werden.

Nach der allmählich an der Tschechenfront eintretenden Beruhigung versuchte das General-Kommando, eine direkte Verständigung mit den Tschechen herbeizuführen. Der vergangene Monat hatte gezeigt, daß Tschechen und Polen durchaus keine Freunde waren, eine Feststellung, die in schlesischem Interesse ausgenutzt werden konnte. Es schien sicher, daß es zwischen Deutschen und Polen einen Zusammenstoß geben würde. Ob zuerst vor der schlesischen Front oder im Netzedistrikt war gleichgültig, das General-Kommando VI hätte so oder so in die Kämpfe eingegriffen.

Deshalb war es für uns eine besonders brennende Frage: wie steht der Tscheche zum Polen, wird der Tscheche in Schlesien in die Grafschaft einrücken, wenn unsere Truppen im Nordteil der Provinz oder in Oberschlesien gefesselt sind? Das General-Kommando hat sich stets von dem Gedanken leiten lassen, daß ein Widerstand nach beiden Seiten, gegen Polen und Tschechei, aussichtslos sei. Daher wurde die Oberste Schlesische Militärbehörde auf den Verhandlungsweg gewiesen. Durch den Handelsrichter Goldschmidt erfuhr das General-Kommando Behörde und Namen der in Prag in Frage kommenden Stelle. Einmal mit ihr, dem Ministerium für Landesverteidigung, zusammengeführt, erweiterten wir sofort die Beziehungen und haben viele Vorteile hierdurch gehabt. Es haben drei Zusammenkünfte stattgefunden, zwei in Schlesien, eine in Königgrätz. Die erste Zusammenkunft war reich an Schwierigkeiten, da ein plausibler Grund gefunden werden mußte, der den Zweck dieses ungewöhnlichen Vorgangs rechtfertigte. Die erste Sitzung fand dann unter der Motivierung „gemeinsame Bekämpfung des Bolschewismus“ statt.

6. Mai.

Sitzung in Mittelwalde, unmittelbar an der Grenze, im Rathaussaal mit tschechischen Generalstabsoffizieren. Vom General-Kommando nehmen daran noch teil: Hptm. i.Gen.-Stab Graf Pückler, Hauptmann Krüger und Rittmeister Walther-Weisbeck. Ich hole die tschechischen Herren in Bobischau an der Grenze ab. Obwohl vorher den dort in Frage kommenden Stellen mitgeteilt wurde, wann die tschechischen Offiziere kämen, machen die an der Straße herumstehenden Truppen einen durchaus verlotterten Eindruck. Man schämt sich in Grund und Boden! Von den Tschechen erscheinen zwei Herren in Zivil. Der Grund der Besprechung ist für uns, festzustellen, wie die Tschechen uns gegenüber eingestellt sind, ob noch mit einem Angriff zu rechnen ist, und ob sie danach trachten, eventuell Teile der Provinz mit Gewalt zu besetzen. Auch ist für uns wertvoll, ihre Einstellung gegen die Polen zu erfahren. Beim Ministerium der tschechoslowakischen Landesverteidigung in Prag hatten wir schriftlich eine Besprechung angeregt. Begründet war unser Vorschlag mit Vermeidung von Grenzzwischenfällen und gemeinsamer Bekämpfung des Bolschewismus. Hauptmann Krüger hält einen entsprechenden Vortrag über Bolschewismus, und als er geendet, dankt der älteste der beiden Tschechen für die interessanten

Ausführungen, die sicherlich allgemeines Interesse hätten. Denn besondere tschechische Belange lägen durchaus nicht vor, da man dort keinen Bolschewismus kenne; er verstünde deshalb nicht recht, woher unsere Fürsorge für die Tschechoslowakei käme. Gegen diesen etwas peinlichen Einwurf retteten wir uns mit der Behauptung, daß das, was nicht wäre, noch kommen könnte. Denn die von Rußland und Berlin entsandten Aufwiegler hätten bereits wiederholt versucht, über die böhmische Grenze zu gelangen.

Dies Thema wird aber schleunigst verlassen und nunmehr zu den Grenzzwischenfällen übergegangen. Ein von drüben auf schlesischem Boden leider gerade erschossener Gendarm muß uns helfen, unsere Klagen, aber auch unsere Bitte um diese Besprechung plausibel zu machen. Naturgemäß bleibt es bei den Grenzzwischenfällen bei entsprechendem gegenseitigen Bedauern und bei Entschuldigungen.

Der älteste tschechische Offizier ist ein Major Hauswicz. Dieser war österreichischer Generalstabsoffizier, zuletzt bei der Etappeninspektion Lublin, der auch deutsche Verbände unterstanden. Hauswicz gibt sich durchaus kameradschaftlich, wenn auch mit der gebotenen Reserve. Als Resultat der Verhandlungen stellen wir fest, daß die Tschechen jedenfalls im Augenblick an der ungarischen Front genug zu tun haben und nicht gegen Waldenburg und die Grafschaft offensiv werden können. Auch ist an eine Verbindung mit den Polen nicht zu denken, gegen die eine gereizte Stimmung herrscht. Aber der Appetit kommt bekanntlich beim Essen.

Während der ganzen Verhandlungen verfolgt mich das klare Auge des Großen Königs, dessen ausgezeichnetes Bild, das sicherlich noch aus seiner Zeit stammt, in dem Rathaussaal hängt, in dem wir verhandeln. Unsere entsetzliche Ohnmacht wird durch nichts besser illustriert als dadurch, daß wir heute zu solchen Mitteln greifen müssen, um uns über das Schicksal seiner Grafschaft Glatz Gewißheit zu verschaffen.

Verabredung mit den tschechischen Offizieren, uns demnächst wieder zu treffen.

8. Mai.

Der Volksrat ruft um 4 Uhr früh an, daß von Leipzig die Mitteilung eingetroffen sei, Schlesien fiele zum größten Teil an Polen. Große Aufregung, als die Zeitungen ankommen. Die Friedensbedingungen sind das Schamloseste, was je einem Volk zugemutet wurde: Ganz Oberschlesien, Teile von Groß Wartenberg, Teile auf dem linken Ufer auch noch an Polen. Die Tschechen erhalten Teile südwestlich von Ratibor. Militärisch ist nichts zu veranlassen. Wir können jetzt nur schlesische Taktik treiben im Gegensatz zum AOK. Süd, das operative Strategie treiben will: Einmarsch in die Provinz Posen. Es geht nicht mehr, daß zwei Behörden hier in Schlesien befehlen. Nur der Schutz der Heimat darf jetzt für unsere Anordnungen bestimmend sein. Schon geht unter den jetzigen Umständen, wo es sich um die Loslösung von Oberschlesien handelt, kein Schlesier mehr nach Posen, wir können es noch gar nicht begreifen, was mit uns werden soll.

Um 4 Uhr Pressesitzung im Volksrat. Die Direktiven für die nächsten Tage werden besprochen: hinter der Regierung stehen, allen Hader lassen. Wenn die Regierung nicht durchdrückt, daß Oberschlesien beim Reich bleibt, dann soll die Selbständigmachung der Provinz durchgeführt werden. Denn so erhalten wir sie ungeteilt und deutsch. Diese Möglichkeit soll im Augenblick noch nicht ventiliert werden, sondern der Schwerpunkt liegt auf der Unteilbarkeit. Es wird das Für und Wider besprochen und dann Einigkeit dahin erzielt, daß nur ein unteilbares deutsches Schlesien beim Reich zu verlangen ist.

Für uns schwere militärische Fragen, wenn die Berliner Regierung die Abtretung zugibt und sich der Selbständigkeit der Provinz widersetzt. Als Soldaten sind wir der Reichsregierung verpflichtet. Machtmittel, die Provinz im äußersten Falle beim Reiche zu erhalten, hat das General-Kommando nicht, denn 9., 11., 12. und auch 117. Infanterie-Division sind jetzt fast wieder ganz rein schlesische Divisionen, deren Mannschaften zum überwiegenden Teile höchstwahrscheinlich hinter dem Autonomiestaat stehen würden.

5½ Uhr Sitzung im kleinsten Kreise. Prescher, Regierungspräsident Bitta, Assessor Dr. Menzel, Dr. Ollendorff und Goldschmidt. Ich referiere nochmals, daß der Entschluß der Selbständigmachung gegen die Reichsregierung gerade für uns Soldaten harter Landesverrat sei; wie stellt sich dann die Munitionserzeugung, wie die Versorgung? Käme man über die letztere vielleicht noch hinweg, so ist an die Herstellung besonders von Artillerie- und Minenwerfer-Munition doch kaum vor Monaten zu denken. Und die Löhnungsfrage? So gefestigt ist das Heer noch nicht, daß es auf Sicherstellung seiner Bezüge schon jetzt aus reiner Vaterlandsliebe verzichtet. Ein Hexenkessel voller Fragen.

Philipp, Hörsing und Voigt sind nach Berlin gefahren. Vom General-Kommando fährt an Stelle von Pückler, der die Finanzfragen regeln soll, Hauptmann v. Flotow dorthin. Minister Noske lasse ich Meldung machen, denn ich muß jetzt schon von Berlin eine klare Stellungnahme haben, weil im letzten Augenblick sich alles überstürzt. Dann werden sich alle Augen auf das General-Kommando richten, bei dem die letzte Durchführung des Gedankens ruht.

Das Auswärtige Amt zu orientieren, wollen die Herren vom Volksrat übernehmen und gleichzeitig dort mitteilen, daß Besprechungen unmittelbar mit der tschechischen Regierung aufgenommen würden, um zu erfahren, wie diese sich zu dem Gedanken der Selbständigmachung der Provinz stellt.

Handelsrichter Goldschmidt will nun gleich nach Prag. Er möchte, daß ein Vertreter des General-Kommandos mitfährt, was ich aber ablehne. Von Prag aus, behauptet Goldschmidt, seien bereits zu den Engländern und Amerikanern Fäden gesponnen damals, als wegen der Möglichkeit einer Berliner bolschewistischen Regierung schon der Gedanke eines selbständigen Schlesiens auftauchte. Während wir mit den Polen allein fertig werden, ist der Gedanke gleichzeitiger Verwicklung

mit den Tschechen nicht tragbar. Unsere Gefechtskraft beträgt 30 000 Mann, deren Artillerie-Munitionsverbrauch für höchstens eine Woche sichergestellt ist. Da die Version auftaucht, ich würde in Schlesien Kriegsminister, so erkläre ich, daß ich so lange hinter der Berliner Regierung stünde, als diese in freier Entschließung noch die letzten schlesischen Interessen berücksichtigen könne.

Das Lager Lamsdorf ist nun durch Aulock aufgelöst worden, noch nie hörte ich von einem Soldaten-Arbeiter-Vollzugsrat, der sich so eilends in alle Winde zerstreute.

9. Mai.

Morgens beim Oberpräsidialrat Dr. Schimmelpfennig, dem Vertreter des Oberpräsidenten. Philipp ist in Berlin beim Ministerpräsidenten Hirsch. Ich orientiere den Oberpräsidialrat über die gestrigen Besprechungen. Er schließt sich meinem Gedankengang durchaus an, daß die letzte Verantwortung für die Durchführung etwaiger Entschlüsse das General-Kommando trüge.

Minister Heine will wissen, wie der Erlaß über die Notstandsarbeiten in Oberschlesien gewirkt hat. Über 90 Prozent der Arbeiter sind in die Betriebe zurückgekehrt.

Der Kronprinz von Sachsen, der hier als Graf Wettin wohnt, bittet um eine Besprechung wegen der Lage.

10. Mai.

Mit Hauptmann Büchs zum Lager Lamsdorf. Die Krieger Aulocks, tadellos militärische Gestalten, stehen Posten und erweisen vorschriftsmäßige Ehrenbezeugungen. Das Bewachungsbataillon des Unabhängigen Ziegler lungert und liegt herum und muß erst aufgefordert werden, vorschriftsmäßige Haltung anzunehmen. Wenn Blicke töten könnten, wären wir längst erledigt. Ein sehr ordentlicher amerikanischer Major sorgt für die 13 000 gefangenen Russen, leider so, daß sie dick und fett sind und lieber im Lager liegen, als draußen arbeiten. Ich frage den Amerikaner, wie er dazu gekommen sei, mir seinerzeit zu schreiben, daß er ernsthafte Schwierigkeiten befürchte, falls man von Breslau aus versuchen wollte, das Lager mit Gewalt aufzulösen. Das war damals, als Hauptmann Graf Pückler hier erschien und den Zusammenstoß mit dem Soldatenrat hatte. Der Major erwidert, er hätte nach dem soldatischen Gesindel des Wachtbataillons nicht geglaubt, daß es eine so vortreffliche Truppe wie die vorgestern eingetroffene in ganz Schlesien überhaupt gäbe. Ein erfreuliches Urteil aus dem Munde dieses Ausländers. Der Dolmetscher des Amerikaners ist ein Deutscher und spricht beide Sprachen fließend, macht auf mich einen besonders sympathischen Eindruck. Er hat zweifellos stets den deutschen Standpunkt dem Amerikaner gegenüber vertreten. Die hier bisher herrschende Wirtschaft bezeichnet er übrigens als verächtlich.

Weiter nach Cosel in dem Auto des Amerikaners, da an unserem Auto, dem besten, das das General-Kommando hat, drei Reifen platzten. Wir fahren mit dem auf-

gekochten Kriegsgummi, der nicht viel aushält. In Cosel regiert Herr Neuländer (s. S. 203). Der Justizrat Büchs, ein tapferer Mann, der von Beginn des Umsturzes an sofort den Kampf mit diesem Soldatenrat aufnahm, und der katholische Geistliche bringen bittere Klagen vor. Neuländer zeichnet sich weniger durch Gewalttätigkeit gegen Offiziere und durch den Versuch, unseren Anordnungen Widerstand zu leisten, aus, als daß er sich gerade den Zivilbehörden gegenüber Rechte anmaßt, die für diese ganz unerträglich sind. Für das General-Kommando ist Cosel militärisch ein minder schwerer Fall. Die republikanische Wehr macht auch hier einen entsprechenden Eindruck, sie wird in Bälde durch die 117. Division aufgelöst.

In voller Blütenpracht liegt die schöne Oderniederung vor uns. Wir sehen uns den Annaberg an, das ganze Land soll nun polnisch werden. In Oppeln geraten wir bei der Rückfahrt in eine mächtige deutsche Demonstration, die ergreifend ist. Gerade spielt man „Ich bin ein Preuße". Auch die oberschlesischen Polen sind still geworden; denn vor der greifbaren Tatsache des Verlustes ihrer Zugehörigkeit zu Deutschland schrecken auch sie jetzt zurück.

XIV. KAPITEL

Feierliche Schlesierversammlung im Rathaus Breslau. Demonstration in Namslau. Auflösung der Fliegerabteilung Brieg. Protestversammlung in Kattowitz. Westpreußen oder Oberschlesien? Auseinandersetzung mit Minister Heine. Auflösung der Breslauer Sicherheitswehr. Interview. Besprechung mit Voigt. Generalleutnant v. Friedeburg. Armee-Oberkommando Süd — General-Kommando VI. Geldsorgen der Soldatenräte. Stellung der Kirche zur Aushebung. Die Versailler Forderungen. Klagen gegen die außerordentlichen Kriegsgerichte.

11. Mai.

Morgens Sitzung im Volksratsvorstand. Es sind die Oberschlesier vertreten, die „Oberschlesien den Oberschlesiern" propagieren. Rechtsanwalt Latacz, Führer dieser Bewegung, meint, man solle weder an bewaffneten Widerstand denken noch an die Selbständigmachung der Provinz, mit der die Entente sich nicht abfinden würde. Hingegen fände die Autonomie Oberschlesiens, die auch er für den einzigen Ausweg hält, bei der Entente volle Anerkenntnis. Der Rechtsanwalt führt dann die Unmöglichkeit des gewaltsamen Widerstandes auf die Unzuverlässigkeit der Grenzschutztruppen zurück, die er in der Kaserne in Beuthen beobachtet habe. Es handelt sich zweifellos um die dortige republikanische Volkswehr, die aber jetzt bereits durch Offiziere in Ordnung gebracht wird. Bei dieser Gelegenheit mache ich nochmals darauf aufmerksam, daß aus dem Gesichtswinkel lokaler Verteidigung die Frage eines Widerstandes überhaupt nicht betrachtet werden könne, sondern dazu sei der Nachschub des Reiches erforderlich. Zwar mit den Polen würden wir jetzt noch allein fertig werden, aber die Zeit arbeite bei der Entente mit absoluter Gewißheit gegen uns.

Der Syndikus der Oppelner Handelskammer Dr. v. Stoephasius propagiert die Bewaffnung der Arbeiterschaft, um sie in Arbeiterbataillone einzurangieren. Es tut mir leid, auch in diesem Falle ablehnen zu müssen. In dem Hexenkessel Oberschlesien bedeuten 200 000 bewaffnete Arbeiter, von denen Stoephasius spricht, eine außerordentliche Gefahr. In der Jetztzeit schwankt die politische Einstellung des einzelnen hin und her, so daß, wer sich heute gegen Polen wendet, nach einigen Rückschlägen und Enttäuschungen sich zum Bolschewisten entwickeln kann. Interessant ist die Bemerkung des Syndikus, daß das Zentrum sich geweigert habe, an der gestrigen großen Demonstration zur Erhaltung des Deutschtums in Oppeln, in die ich hineingeriet, durch Redner teilzunehmen. Auch habe die Regierung telegraphisch ersucht, von der Demonstration abzusehen. Man kann sich als einfacher Mensch mit gesun-

den fünf Sinnen nicht zusammenreimen, was in aller Welt Berlin dazu bringen kann, diese Begeisterung der Schlesier für die Erhaltung ihrer Provinz zu bremsen.
Überdies stellt sich bei meinem Zweifel gegenüber dem Wert von Arbeiterbataillonen der Landeshauptmann v. Thaer, der es wahrlich sonst nicht an dem Gedanken des Widerstandes hat fehlen lassen, durchaus auf meine Seite. Schließlich gibt es wieder eine Auseinandersetzung zwischen Hörsing und den Oberschlesiern. Seine Erbitterung, genau wie bei der Sitzung mit General Groener in Kattowitz, richtet sich gegen die Schwerindustrie und die Geistlichkeit. Er ist überrascht, von dem Handelskammersyndikus — der ihm an und für sich schon deshalb verdächtig, weil er der Spiritus rector der Freien Vereinigung zum Schutze Oberschlesiens ist — zu hören, daß die Schwerindustrie deutsch denke. Bisher habe er angenommen, sie sei da zu finden, wo ihr Profit! Und gegen den Rechtsanwalt Latacz wendet sich Hörsing mit den Worten, daß der katholische Klerus in Oberschlesien genau so dächte. Latacz muß zugeben, daß sich das Zentrum gestern in Oppeln bei der Demonstration nicht in die vorderste Linie habe stellen wollen, aus Gründen, die höchst fadenscheinig sind.
Philipp, der bei solchen Anlässen außerordentlich gewandt und konziliant ist, vermittelt, so daß sich schließlich die Wellen wieder ebnen. Es wird ein Ausschuß gebildet, der eine große Demonstration vorbereiten soll unter der Devise: Schlesien bleibt geeint beim Reich!
Eben sind wir mit unserer Sitzung fertig, als sich ein riesiger Demonstrationszug nähert, der vom Schloßplatz herkommt. Oberbürgermeister Dr. Wagner spricht hinreißend von der Rathausbude herunter zu der Menge, die den ganzen Rathausplatz füllt. Er packt seine Bürger da, wo sie am empfindlichsten, erwähnt die 140 000 Milchkühe, die wir abliefern sollen, das Fehlen dann der Milch für die Kinder, das Fehlen der Kohle aus Oberschlesien und damit das Erliegen der übrigen Industrie der Provinz. Diesem kleinen beweglichen, auf der Bude hin- und herspringenden Mann ist in besonderem Maße die Beherrschung des Wortes gegeben. Man kann verstehen, daß die Menge ihren Bürgermeister hoch leben läßt. Eigentlich war ja der Zweck der Demonstration ein anderer. „Deutschland, Deutschland über alles" beschließt dann die Kundgebung.
Nachmittags Vollsitzung im Rathaus, wozu Besitz, Industrie, sämtliche Provinz- und Stadtverwaltungen Oberschlesiens eingeladen sind. Oberpräsident Philipp kommt auf mich zu, als ich den Saal betrete, und sagt: „Bitte, sprechen Sie doch gleich nach Hörsing." Dabei liest er seine Eröffnungsrede ab, während ich überhaupt nichts vorbereitet habe. Philipps Rede hält sich an die Entschließung, auf die wir uns gestern im Volksrat geeinigt haben, „Schlesien ungeteilt beim Reich". Er spricht gut wie stets, und auch äußerlich kann man ihn durchaus für einen Mann des ancien régime halten, was man von Hörsing, der alsdann folgt, nicht direkt behaupten kann. Jeder von diesen Zivilpersonen kann lebhafte Töne anschlagen, Lichter aufsetzen, begeistern, was jetzt so einfach ist. Nur ich muß mich bescheiden, darf keine falschen Hoffnungen

erwecken. Stellte ich mich heute hier hin und suchte die nationale Begeisterung für einen allgemeinen Kampf mit den Waffen jetzt schon zu entflammen — ein Vorgang, der bei der Empörung der Schlesier gut möglich —, dann handelte ich gegen meine Überzeugung. Wohin sollte die Provinz kommen, wenn es dann plötzlich an Munition, Bekleidung, Nachschub mangelte? Noch sind es erst acht Wochen seit der Meldung der 12. Division, daß sie das Lager Lamsdorf nicht aufräumen könne, weil die Truppe das noch nicht ertrüge. Vorgestern erst wurde das General-Kommando des Bewachungsbataillons in Lamsdorf Herr, und das auch nur durch ein Freikorps. Erst morgen kann durch Paulssens Schützen das Fliegerlager Brieg auseinandergetrieben werden, beides Unternehmen, die noch so zweifelhaft, daß wir unruhige Stunden im General-Kommando erleben. Noch höre ich die Kommandeure in Breslau ihre Bitten vortragen, sie wieder aus der Stadt herauszulassen, ihre Truppen hielten der Verseuchung nicht stand. Noch bleibt es bei der Berechnung für die Hauptreserve von Glatz bei 4 Maschinengewehren und 30 Mann. Nein, es kann hier nur meine Aufgabe sein, darauf hinzuweisen, daß die Provinz das feste Zutrauen zur OHL. haben kann, daß diese, wenn es so weit ist, Schlesien bei einem bewaffneten Widerstand nicht allein lassen wird. Nur den Gedanken hebe ich kervor, daß wir uns freiwillig den schmachvollen Bedingungen nicht unterwerfen werden. Fügte ich hinzu: auch gegen Berlin!, dann hätte ich den größten Erfolg des heutigen Tages in dieser zivilen Versammlung. Doch der Erfolg unserer Truppen in der nackten Wirklichkeit sähe anders aus. Ich kann in diesem Augenblick, in dem noch nicht alle Möglichkeiten erschöpft sind, mich nicht dazu hergeben, gegen jede militärische, nüchterne Berechnung, aber auch gegen meine letzte alleinige Verantwortung zu verstoßen. Ich will alles vorbereiten, was denkbar ist, aber ich kann keine Hoffnungen wecken, die der graue Alltag zerreißen würde.

Sehr gut spricht der Archivarius des Fürsten Henckel, er erinnert an jenes stolze „civis romanus sum“; ebenso der Vertreter des Fürstbischofs. Ein Pastor aus Lissa schließt mit den begeistert aufgenommenen Worten: „Lieber deutsch sterben, als polnisch leben!“

Ein Major vom Regiment 58 vom V. Armeekorps, der mit den Lissaer Herren kam — Lissa ist dem Oberpräsidium hier unterstellt, da Posen ausfiel — sagte, wollten wir nicht bald losschlagen, dann würde sein Grenzschutz von selber antreten. Auf diese nicht besonders geschickten Worte erwidert Hörsing, daß ihn eine solche Undisziplin eines höheren Offiziers wundere, und schließlich, um es nicht ausgerechnet Hörsing zu überlassen, sich wieder an einem Offizier zu reiben, sage ich, man könne volles Verständnis für den gequälten und ewig zurückgehaltenen Grenzschutz haben. Für solch große Operation aber liefe die Übersicht doch nur bei der obersten Militärbehörde der Provinz zusammen, der man zielbewußtes Handeln bisher gewiß nicht hätte absprechen können. Sie fühle und wolle genau dasselbe wie der Grenzschutz, den sie doch schließlich aufgestellt und immer wieder aufgerichtet habe. — In einer

Resolution über Schlesiens unteilbare Zugehörigkeit zum Reich endet dieser Tag ohne Mißklang.

Trotzdem ist meine Stimmung gedrückt. Gewaltig heben sich beim Nachhauseweg am Palaisplatz die schweren Türme des Landgerichts im Mondenschein ab, Wahrzeichen deutscher Kraft und deutscher Stärke. Jetzt sollen alle diese fiskalischen Gebäude der Entente verpfändet, selbst tief im Innern des ehemals so geachteten Reiches soll alles Staatseigentum beschlagnahmt werden. Kann man unter solcher Schmach noch weiter leben?

12. Mai.

Hauptmann v. Flotow berichtet über den Empfang der schlesischen Deputation in Berlin am 10. d. Mts., als man über die Unabhängigkeit dort verhandeln wollte. Ministerpräsident Hirsch hat den Herren gesagt, warum sie gerade mit ihm über diese Frage debattierten, offiziell müsse er schlesische Lostrennungsbestrebungen doch als Landesverrat ansprechen. Dagegen läßt sich nichts einwenden. Überdies sagt Flotow, der Gesprächston sei wesentlich klarer gewesen als bei sonstigen preußischen Ministersitzungen, man habe sich „Du" genannt, und Hörsing habe zu dem preußischen Ministerpräsidenten gesagt: „Hirsch, du bist ein Esel."

Das General-Kommando will Truppen nach Oberschlesien schicken, da die Nachrichten über die Hallertruppen, östlich unserer Grenze, immer beunruhigender werden. Der Chef vom AOK. erklärt mir, das sei nicht nötig. Die OHL. hält an dem Gedanken des Vormarsches nach Posen hinein fest. Auch verlangt sie jetzt plötzlich energisch die Durchführung der Bestimmungen, die im Reichsgesetz in bezug auf Soldatenräte enthalten sind; notfalls sei mit Gewalt vorzugehen. Jetzt haben wir in Schlesien keine derartige, wenn auch sicherlich gut gemeinte Rückenstärkung mehr nötig. Man denkt unwillkürlich an die erstaunte Frage derselben OHL. vor fünf Wochen, ob es wahr sei, daß die Garnison-Soldatenräte in Oberschlesien bereits seit drei Wochen vom General-Kommando beseitigt worden wären. So allein möchten wir auch jetzt noch weiter handeln. Die Aufmunterung ist bestimmt nicht auf uns gemünzt; auf dem Verteiler steht aber auch: „General-Kommando VI".

In Namslau am 5. Mai Demonstrationszug aller Parteien für die Unteilbarkeit Schlesiens: mühsam auf die Beine gebracht durch den Landrat Sayur auf unpolitischer Basis, wie alle die Resolutionen in diesen Tagen, damit die Einmütigkeit auch nach außen hin erkennbar wird. Ein Offizier der dort liegenden Infanterie-Brigade tritt ungerufen als Redner auf und sagt, der 5. Mai sei nicht nötig gewesen, wenn die Sozialdemokraten den 9. November nicht gemacht hätten. Das ist selbstredend richtig und ganz meine Meinung. Erfolg, daß sich zwischen Soldaten und Sozis eine solenne Keilerei entspinnt und die Namslauer Genossen mit ihrem Anhang mir hier im General-Kommando den ganzen Tag die Tür einrennen. Auch werden für ähnliche Demonstrationen nunmehr die Linksparteien kaum noch heranzu-

kriegen sein. Derartige Augenblickserfolge, z. B. daß man in Namslau schließlich einige Genossen verprügelt, schlagen dann Wellen, die in diesem Augenblick im höchsten Grade Schaden anrichten und genau das Gegenteil von dem erreichen, was der Redner beabsichtigt. Man muß aber von einem älteren Offizier verlangen, daß er die Wirkung seiner Worte nicht nur auf den kleinen Teil seiner Zuhörerschaft einstellt, sondern daß er die Gesamtlage übersieht.

In den Zeitungen ruft heute schon das General-Kommando die wehrfähige Jugend erneut zu den Waffen auf. Er sieht überdies anders aus, dieser Aufruf, als die Veröffentlichungen der vergangenen Monate in ähnlichen Fällen in der Zeitung. Diesmal steht das General-Kommando des VI. Armeekorps unter dem Aufruf allein in großer Schrift, und dann folgen, getrennt davon, entsprechend kleiner der Zentral-Soldatenrat, der Volksrat usw.

Heute nacht wird das Fliegerlager Brieg durch das Freikorps Paulssen aufgelöst. Brieg und Lamsdorf haben dem General-Kommando den frechsten Widerstand geleistet. Der Kommandant von Brieg, General Praefcke, meint, es ginge nicht ohne Blutvergießen ab; ich glaube, sie bellen dort nur.

Das Kriegsministerium schickt heute folgendes Schreiben:

> *„Das Kriegsministerium ersucht um baldige Äußerung, wann, von wem und mit welchen Regierungsstellen eine Vereinbarung dahingehend getroffen worden ist, daß das VI. Armeekorps bzw. die Provinz Schlesien eine Sonderstellung gegenüber den übrigen Armeekorps einnehmen darf und deshalb die Verordnung vom 19. Januar 1919 keine Anwendung zu finden hat.“ ——— 19. Januar—12. Mai, allerhand!*

In einer Sitzung der Breslauer Sicherheitswehr, in der ihr mitgeteilt wurde, daß sie aufgelöst wird, ist es hoch hergegangen. Voigt ist mit Geschrei empfangen worden: „Hängt ihn am Kronleuchter auf, was will der Lump hier.“ Wie ein roter Faden sei durch alle Reden gegangen: „Laßt euch nicht auflösen!“ Hier vermute ich allerdings auch Schwierigkeiten. Es handelt sich, mit Lamsdorf und Brieg, um 2400 Arbeitslose, und das ist in Breslau auf einmal etwas viel. Ohne gewaltsame Entwaffnung, vermute ich, werden wir nicht durchkommen, und vor dem General-Kommando werden wir die Herren wohl auch noch mal haben. Aber — hic Rhodus, hic salta. Es wird das letzte ernsthafte Werk sein, das in Schlesien zur endgültigen Wiederherstellung der militärischen Ordnung getan werden muß.

14. Mai.

Frühmorgens nach Kattowitz, wohin Hörsing zu einer Protestversammlung gegen den Vernichtungswillen der Entente aufgefordert hat. Wie Hörsing mir sagt, soll außerdem Stellung genommen werden zu einem Telegramm des AOK. Süd, das Bildung von Volkswehren vorschlägt und sich damit vollkommen in Gegensatz stellt zu unserer Proklamation vom 13. Mai, die auch Schlesien zu den Waffen ruft, aber in die vor-

läufige Reichswehr. Ich bin vom AOK. nicht um Stellungnahme zu diesem Telegramm vor seiner Absendung an den Volksrat ersucht worden; sonst würde ich darauf hingewiesen haben, daß eine Aufstellung von Volkswehren, wie das AOK. Süd schreibt, gerade im bedrohten Oberschlesien grundsätzlich nicht in Frage kommt. Wie Volkswehren aussehen, hat das General-Kommando genügend hier in Breslau, in Lamsdorf und an den entsetzlichen Haufen in Oberschlesien am eigenen Leibe erfahren müssen. Und wenn selbst noch halbwegs militärische Gebilde — wie gerade die gestrige Sitzung der Breslauer Sicherheitswehr ergab — sich schon im höchsten Grade unbotmäßig erweisen und sich ihrer Auflösung widersetzen, so würden Arbeiterbataillone, und das wären Volkswehren in Oberschlesien, sehr bald die Macht vollends an sich reißen. In den ländlichen Bezirken haben wir bereits im Dezember, ohne jede Anregung oder fremde Hilfe, die Aufstellung der Einwohnerwehren betrieben, und Heydebrand machte von sich aus in Nassadel damit als erster in Schlesien den Anfang. Aber in Oberschlesien sind die Verhältnisse derartig, daß diese Frage dort nicht zu diskutieren ist. Das aber gerade ist es, was die Arbeit mit dem AOK. so erschwert, daß es sich nicht vorher mit dem General-Kommando verständigt.

Im Stadtverordneten-Sitzungssaal in Kattowitz sind sämtliche Landräte, die Oberbürgermeister und die Spitzen der Industrie versammelt. Es soll bei der Demonstration nicht von Oberschlesien die Rede sein, sondern von der unteilbaren Provinz Schlesien, die bei Deutschland bleiben soll. Die Bildung der Volkswehren steht auf der Tagesordnung, und eigentlich kein Mensch befürwortet sie. Ich muß mich ganz energisch gegen sie aussprechen, weise auf den gestrigen Aufruf des General-Kommandos hin und bitte, bei den Demonstrationszügen, um deren Organisation es sich hauptsächlich handelt, zum Eintritt in die Reichswehr oder den Grenzschutz aufzufordern. Merkwürdigerweise widerspricht mir Pfarrer Moering vom Volksrat in Breslau und sekundiert damit dem unabhängigen Stadtrat Speidel, der im übrigen mir in erstaunlich höflicher und liebenswürdiger Weise entgegentritt. Daß der Unabhängige den Gedanken dieser Volkswehren propagiert, spricht für deren Gefährlichkeit. Aber auch dieser Stadtrat hat schon betont, seine Partei sei gleichfalls für den energischen Protest gegen den Vernichtungswillen der Entente. Doch lehne sie es ab, sich mit den anderen Parteien an Umzügen zu beteiligen, diese würden sie von sich aus arrangieren. Interessant sind die Ausführungen, die Professor Ziekursch über die Wirkung von Kinderdemonstrationen — besonders auf die Amerikaner — macht, und sein Hinweis darauf, die ausländische neutrale Presse mehr als bisher zum Besuch von Oberschlesien einzuladen. Die Stimmung in Oberschlesien wird im Augenblick so beurteilt, daß sie sehr zugunsten des Deutschtums umgeschlagen ist. Jetzt, wo man erkannt hätte, daß die Friedensbedingungen Oberschlesien einfach den Polen zuspräche, wäre man sich auf einmal der Größe dieser Gefahr und ihrer Folgen bewußt und rücke nun von Polen weit ab. — Debatten über die Vornahme einer etwaigen Probeabstimmung, die ab-

gelehnt wird, zu der Hörsing im übrigen vernünftigerweise den Wahlzwang fordert. Der Landrat von Rybnik, Lukaschek, ist der Ansicht, in seinem polnischen Kreise wären 60 Prozent Deutsche, in Ratibor wären nur 25 Prozent Polen. Einstweilen aber wollen wir von einer Volksabstimmung überhaupt nicht reden.

Anschließend Sitzung: nur Hörsing, Hauptmann Gall, Assessor Menzel, Hauptmann Krüger. Beratung über die Verhaftung von Justizrat Czapla, dessen polnisches Unterkommissariat sich in Beuthen außerordentlich mausig macht und dessen Tätigkeit hier keinesfalls länger geduldet werden kann. Hörsing war bisher an die Verhaftung des Mannes nicht heranzukriegen. In diesem kleinen Kreis nun fragt mich Hörsing, ob das General-Kommando den Generalstreik aushalten könne, falls er wegen Czapla ausbräche. Ich bejahe dies, wenn auch nicht leichten Herzens. Schließlich nach vielem Hin und Her der Beschluß, gleichzeitig das Unterkommissariat für Oberschlesien und das Nachrichtenbüro des Justizrates sofort zu schließen, sein Wiederaufleben in irgend einer anderen Form unmöglich zu machen und Czapla zu verhaften. Im letzten Augenblick wird Hörsing wieder weich und will zunächst noch den Minister Heine benachrichtigen. Darin liegt jetzt schon der Umfall Hörsings, den ich aber nicht verhindern kann.

In Kattowitz wundervolle Demonstration, an der auch sämtliche Grenzschutzregimenter, die Volkswehr, Reserve-Jägerbataillon 11 und das oberschlesische Freiwilligenkorps (Regiment Hoffmann) teilnehmen. Flieger umkreisen die Stadt.

15. Mai.

Eben höre ich, daß der Minister des Innern, Heine, heute früh in Kattowitz eintraf. Den Verhaftbefehl für Czapla sandte ich frühzeitig im Flugzeug an die 117. Infanterie-Division.

Einladung zur Sitzung ins Landeshaus in Breslau, wo der Minister sprechen soll. Dort alles versammelt: Spitzen der Behörden, alle Parteien, selbst Lichtenstein, der Unabhängige aus Hindenburg. Auch den Schiffer Michalsky sehe ich. Diese Unabhängigen sind eingeladen, weil auch sie angeblich für „unannehmbar" sind. Hörsing tritt an mich heran und sagt, der Haftbefehl gegen Czapla sei nicht ausgeführt, man solle doch erst noch warten, ob er nicht gewarnt sei durch die Schließung seines polnischen Unterkommissariats für Oberschlesien. Ich konnte es mir schon denken, daß es so kam, als der Staatskommissar gestern erst wieder den Minister fragen wollte. Es bleibt stets bei halben Maßnahmen, und wir kommen doch nicht um die Sache herum, nur mit dem Unterschied, daß Czapla uns immer mehr schadet, und daß seine Verhaftung immer schwieriger wird. Auf alle Einwände heißt es dann, es sprächen höhere Dinge mit, die unser einfacher Menschenverstand nicht zu überblicken vermöchte. Wenn dann im letzten Augenblick schließlich vom militärischen Befehlshaber allein zugefaßt wird, hat der einfache Soldat schon längst den Schaden tragen müssen durch das lange Hinauszögern.

Freiherr v. Richthofen und Herr v. Kessel wollen mich wegen der Offensive gegen die Provinz Posen interpellieren. Ich sage Herrn v. Richthofen, von dem mir bekannt ist, daß er General v. Loßberg nahesteht, daß ich diese Operationen des AOK. Süd nicht billigen könnte. Heute früh war ich schon dieserhalb beim General v. Loßberg und eröffnete ihm meine ernsten Bedenken. Wir könnten nicht beides bewerkstelligen, angreifen, Posen, Westpreußen befreien und uns in Oberschlesien und der Grafschaft halten. Hierzu seien wir bei weitem zu schwach. Gerade gestern hätte ich Hörsing nicht ohne inneren Zweifel versichert, daß das General-Kommando den Generalstreik in Oberschlesien wohl aushalten könne. Würde aber Haller, der, wie die Transporte zeigten, wohl ausgerüstet und mit französischen Instrukteuren durchsetzt sei, uns in Oberschlesien angreifen, so würde die Lage dort bedenklich. Der General glaubt, die nationale Begeisterung über die Gewinnung Posens schlüge solche Wellen, daß späterhin Oberschlesien leicht zu befreien wäre. Darauf kann ich nur erwidern, daß wir Posen unschwer zurückerobern würden, und daß mein ganzes Herz hinter der Sache stünde. Mein Verstand aber sage mir, daß wir Oberschlesien und einen Teil der Grafschaft dann endgültig los würden. Es sei schließlich uns hier auf dem General-Kommando von General Groener, von der OHL. also selbst, gesagt worden, daß die Franzosen nur darauf aus seien, uns zugunsten der Begehrlichkeit von Tschechen und Polen vollends zu schwächen. Begännen wir jetzt die Offensive, so würde der Rat der Vier zweifellos die Tschechen nicht hindern, in Waldenburg und der Grafschaft einzurücken. Unsere Truppen dort an der Südwestgrenze der Provinz seien kaum nennenswert und nur von bedingter Gefechtskraft. Und auch mit Hilfe der AOK.-Truppen würde es späterhin nicht glücken, die Polen und Tschechen, die eingedrungen wären, im einsetzenden Stellungskrieg zwischen den Schächten und Industrien Oberschlesiens und Waldenburgs wieder herauszuwerfen. Wir liefen uns ganz sicher fest. Ganz abgesehen von dem Schaden, der entstehen würde, vor dem Deutschland bisher bewahrt geblieben wäre. Auch ein Teil der Arbeiterbevölkerung würde in skrupellosester Weise uns in den Rücken fallen. Denn gerade in Oberschlesien müßten wir trotz allem mit einer polnischen Bewegung rechnen. Jedes Inrechnungstellen einer Volkserhebung sei Trugschluß. Der General erwidert, es käme darauf an, was wichtiger sei: Oberschlesien oder Westpreußen. Die Unterhaltung schließt ziemlich gereizt, da der Chef auch noch die Truppen um Breslau fortziehen will.

Aus dem Landeshaus gehe ich fort, um einer Interpellation von Lichtenstein, Michalsky usw. aus dem Wege zu gehen. Minister Heines Rede zu Beginn höre ich noch an. Er spricht recht gut, wendet sich gegen die Novembersozialdemokraten, die kein erfreulicher Zuwachs wären und streicht die Beamten des alten Regimes heraus. Heines Vater war hier in Breslau Gymnasialdirektor.

Anschließend um 10½ Uhr abends noch eine Sitzung im kleinsten Kreise, einberufen durch Philipp. Anwesend der Minister, Prescher, Regierungspräsident Bitta, Polizeipräsident Voigt, Assessoren Dr. Menzel und Dr. Ollendorff, Staatskommissar

Hörsing, der Pressechef Gilles, Landeshauptmann von Thaer, Handelsrichter Goldschmidt, Flotow und ich. Der Regierungspräsident Prescher — ad hoc ist die Sitzung einberufen — geht den Gedanken nach, die dazu geführt haben, sich mit der Frage der Selbständigmachung Schlesiens zu beschäftigen. Prescher betont dabei stets den deutschen Gedanken und diese Selbständigmachung nur für den Fall, daß Oberschlesien uns durch die Entente weggenommen werden soll. Es sei undenkbar, die übrigbleibende schlesische Industrie rentabel zu erhalten, wenn ihr die oberschlesische Kohle fortgenommen werde. Die Tschechen würden zweifellos eine Republik Schlesien begünstigen, allein schon aus dem Gedanken heraus, alsdann einen weiteren Pufferstaat gegen den Bolschewismus zu haben. Der Handelsrichter Goldschmidt habe anläßlich seiner Verhandlungen über Lebensmittel in Prag dort gehört, daß auch der englische Generalkonsul der Frage eines Freistaates Schlesien interessiert gegenüberstände.

Zunächst war es mir bereits unverständlich, daß der Gedanke der Autonomie Schlesiens vor dem preußischen Minister des Innern verhandelt wurde, der jä gar nicht anders kann als dagegen sprechen. Aber wie er es tut, ist derartig unerhört, ausfallend im Ton, daß wir alle auf den Plan treten. Heine spricht von unserem Ehrgefühl als Schlesier, an das er uns erinnern müßte. Über den unglücklichen Goldschmidt fällt er als ersten her, will ihm verbieten, nochmals zu reisen, schlägt mit der Faust auf den Tisch und benimmt sich wie in einer Volksversammlung unter Proletariern. Der Regierungspräsident Prescher, gegen den sich die Anwürfe des Ministers hauptsächlich richten, erwidert sachlich gut, in der Form aber lange nicht scharf genug. Er stellt im übrigen sein Amt zur Verfügung. Darauf folgt Heines zweite Rede, die er schließt mit den Worten, daß er der ersten nichts hinzuzufügen habe. Mich reizt der Mann so, obwohl er sich nicht gegen mich direkt richtet, daß ich es mir verbitte, an unser Ehrgefühl zu appellieren. Es sei ihm in vollster Offenheit alles vorgetragen worden, und ebenso hätten vorher Hörsing sowohl wie der Oberpräsident Philipp mit dem Ministerpräsidenten Hirsch die Frage durchgesprochen. Es wirke befremdend, wenn auf die zweite, sehr ruhige und sachliche Ausführung des Regierungspräsidenten Prescher der Minister nichts anderes zu bemerken hätte als: er habe seinen ersten Worten nichts hinzuzufügen. Aufs höchste gereizt, wendet sich nun Heine gegen mich und erklärt, daß er meine Unterstellungen zurückweise, er habe nicht so gesprochen, wie ich es soeben dargelegt. Oberpräsident Philipp bricht nunmehr die Sitzung ab mit der Bemerkung, sie habe seit ihrem Beginn unter einem Unstern gestanden. Der Minister erklärt, in Berlin über ihren Verlauf berichten zu wollen. Der Sozialdemokrat und Polizeipräsident Voigt hatte zwischendurch eigentlich das Bemerkenswerteste gesagt, nämlich, daß durch die Ereignisse im Reich schließlich doch Verhältnisse eintreten könnten, die uns einfach vor keine andere Wahl als die der Selbständigmachung stellten. Worauf Heine, seine Sachen zusammenpackend und sich zum Abmarsch anschickend, nur erwidert,

wenn das Dach einfiele, seien alle Spatzen drunter tot. Und zu diesen Spatzen wollen wir gerade nicht gehören!

16. Mai.

Die Breslauer Sicherheitswehr wird nun endlich aufgelöst. Sie war die Garde der Herren Frey und Widera, der schwarze Mann für den Volksrat, vor dem er stets zusammenknickte, wenn er mit ihm bedroht wurde. Sie entsendet ihre Soldatenräte auf das General-Kommando. Forderungen: die Sicherheitswehr bleibt bis zur Ratifizierung des Friedens, und sie behält ihre bisherigen Führer. Was angeführt wird, ist immer dasselbe: es sei bisher so gegangen, die Leute seien alt, und die Arbeitsmöglichkeiten hätten sich inzwischen noch verschlechtert. Wenn es zum Krieg mit Polen käme, müßten sie die Stadt Breslau schützen. Hauptmann v. Stülpnagel, der die Reichswehr bearbeitet, führt nun aus, daß das General-Kommando bereit sei, ein Kader von 1000 Mann zur Verfügung zu stellen, in dem diese Leute der Reichswehr angegliedert würden. Daß Offiziere dieses Kader befehligen würden, in dem es keine Soldatenräte mehr gäbe, sei ja selbstverständlich. Tatsächlich haben wir für Schlesien 3000 Mann Volkswehr zugebilligt bekommen, von denen wir 2000 aber unter den Tisch fallen lassen wollen, weil wir an ihrer auch nur zeitweiligen Aufstellung nicht das geringste Interesse haben. Erinnern wir uns doch jenes Volkswehr-Soldatenrates, der an Ebert schrieb: Man begänne die treuesten Stützen der Revolution zu beseitigen. Der Polizeipräsident Voigt will seinerseits noch 600 Mann bei der Polizei unterbringen.

So recht eindringlich wird mir durch diese Sitzung nochmals klar, welch wahnsinnig große Gefahr in diesen machthungrigen, ungebildeten Garnison-Soldatenräten bestanden hat. Nur übelste Gesinnung, gemeinste Verdrehung, Herabwürdigung des Offiziersstandes befähigten den größten Teil von ihnen zur Bekleidung derartiger Soldatenratsstellungen. Sie sitzen vor mir wie Katzen, die man vom Baum ziehen will, in dessen Borke sie ihre Krallen einschlugen. Langsam löste ich hier in Schlesien eine Kralle nach der anderen, und ich könnte jetzt aufatmen, wenn nun nicht zentnerschwer die äußere Lage der Provinz auf mir lastete. Die Soldatenratsgefahr wäre überwunden, hätten wir Frieden gehabt. So kann sie wiederkommen, ehe sie endgültig vorüber ist. Der Gefreite Wohlgemut, der mir letzthin am Telephon die Flötentöne schon beibringen wollte, singt nunmehr ein bewegliches Klagelied über das mangelhafte Entgegenkommen von seiten des General-Kommandos und läßt seine Wut an Voigt aus. Man wünscht mit dem Minister Noske zu sprechen, und der Obmann, Gefreiter Widera, soll sich gleich dahin aufmachen. Ich schreibe sofort einen Brief an Major Fleck, meinen alten Akademiekameraden, der im Kriegsministerium rechte Hand des Kriegsministers Reinhardt ist, der Minister solle den Breslauer Leuten gegenüber ja nicht umfallen. Das General-Kommando sei stark genug, die Auflösung der Wehr durchzuführen, und würde sie schmerzlos beseitigen.

Der Fliegerhorst Brieg ist gestern verplatzt. Nachts war das Freikorps Paulssen mit zwei Kompagnien dorthin entsandt worden. Auch dieser Horst hatte sich nicht auflösen lassen wollen und mit Drohungen dem General-Kommando gegenüber nicht gespart. Es ging aber leichter als wir gedacht. Nur die Schreier und die Hetzer der Soldatenräte sind der Kitt, der diese Formationen zusammenhält, nur durch sie sind sie stark und gefährlich gewesen.

17. Mai.

Ein Amerikaner von den Chicago Daily News wünscht mich zu interviewen. Der Mann fragt einen geradezu hanebüchenen Unsinn. Er wünscht Antwort darauf, ob wir Monarchisten seien, worauf ich ihm erwidere, wer so lange nur Gutes von seinem Kaiser erfahren habe, der löse dieses innere Verhältnis zu dem Obersten Kriegsherrn nur mit dem Tode. Im Augenblick aber seien wichtigere Fragen zu erledigen, als wie die Monarchie noch in dem Hexenkessel der aufeinander platzenden politischen Meinungen vollends zu Tode zu brauen. Schließlich fragt der Reporter tatsächlich noch, ob ich ihm nicht das Datum angeben wolle, an dem wir im Westen wieder offensiv würden. Ich habe nicht den Eindruck, daß der Mann glaubt, Unsinn zu fragen; sondern ebenso wie die englische Kommission nimmt er an, daß wir durch die Friedensverhandlungen nur eine Atempause eintreten lassen wollen und dann in der Lage wären, mit ganzen Heeren wieder vorzugehen.
Abends erscheint der Polizeipräsident Voigt. Ich bespreche mit ihm in aller Offenheit die militärische Lage für den Fall, daß wir die Versailler Friedensvorschläge ablehnen. Von diesem Augenblick an ist der Kriegszustand wieder hergestellt, und wir müssen in Schlesien fechten und sterben, ob das Reich nun mitmacht oder nicht. Zu wiederholten Malen hat ja auch der Volksrat versucht, von den Berliner verantwortlichen Stellen klare Weisungen zu erhalten, was zu geschehen hätte, wenn es zum Abbruch der Verhandlungen käme. Daß die Oberste Heeresleitung selbstverständlich im Osten den äußersten Widerstand zu leisten bereit ist, darüber besteht kein Zweifel. Die Berliner Regierung aber schweigt sich aus und stellt uns mit anderen Worten selbst vor die Entscheidung. Voigt ist bereit, alsdann mit dem General-Kommando für die Provinz die Konsequenzen zu ziehen. Es wird ein Direktorium aufgestellt werden müssen, das die Entschlüsse für den Widerstand der Provinz faßt. In der nächsten Woche werde ich wieder mit den Tschechen verhandeln, werde sie fragen, ob eine Bindung mit Frankreich im Hinblick auf einen Angriff auf Schlesien besteht, oder ob sie uns in Ruhe lassen, wenn wir mit den Polen Krieg führen sollten. Deutschland kann nur wieder erstarken, wenn es geschlossen beieinander bleibt, d. h. wenn wir nicht kampflos auf das ganze rechte Oderufer verzichten. Fällt uns der Tscheche gleichzeitig an, dann ist das Spiel allerdings im Beginn bereits halb verloren. Tatenlos aber werden wir uns auch Waldenburg nicht entreißen lassen.

Exzellenz v. Friedeburg kommt aus Bayern zurück. Er will nach Oberschlesien weiter und von dort aus das Korps führen.

Alsbald aber siedelte

Generalleutnant von Friedeburg

dann ganz nach Breslau über, um im Juni endgültig mit der Stelle des Kommandierenden Generals des VI. Armee-Korps betraut zu werden.
An die Spitze des General-Kommandos trat jetzt der Führer, dessen das Korps besonders während der Wochen des Friedensschlusses und daran anschließend während der Aufstellung der endgültigen Reichswehr bedurfte. Es war ein gütiges Soldatengeschick, das uns gerade diesen ruhigen, sicheren und lebensklugen hohen Offizier nach Schlesien schickte. Wer, wie General von Friedeburg, als Flügeladjutant Seiner Majestät des Kaisers, als Kommandeur des Ersten Garde-Regiments zu Fuß und der 2. Garde-Division jahrzehntelang in den bevorzugtesten militärischen Stellungen der alten Armee gewesen ist, betrachtet das Leben von hoher Warte aus.
So änderte sich auch nichts im Getriebe des General-Kommandos, nachdem der neue Kommandierende General Einzug gehalten hatte. Von der Politik hielt sich Exzell. v. Friedeburg fern. Das Wichtigste hierüber wurde vorgetragen und, wenn nötig, darüber Entscheidung eingeholt. In der Vertretung im Volksrat und auch sonst nach außen hin blieb alles beim alten. Die Person des höchsten militärischen Vorgesetzten stand so zunächst außerhalb der politischen Streitigkeiten; dadurch wurde erreicht, daß nicht neuer Argwohn in die links gerichteten Kreise getragen wurde.
Der Schwerpunkt für die Arbeit des Korps lag von jetzt an mehr im Zusammenschweißen des Offizierkorps und im Festigen der Ausbildung der Truppe, als wie auf den Gebieten, die bisher wichtig gewesen waren. Die Soldatenräte waren beseitigt, und die Politik, soweit sie dem General-Kommando zugeschoben worden war, sollte für uns Militärs allmählich ad acta gelegt werden.
Trotz des Entschlusses, sich nicht mehr in das neue Heer übernehmen zu lassen, wurde der General jetzt der Berater des Offizierkorps während des Abbaus und der Exerziermeister im Wiederaufbau der neuen Truppe für die Reichswehr. Es ist das bleibende geschichtliche Verdienst des Generalleutnants v. Friedeburg, der tagein, tagaus bei den Regimentern unterwegs war, daß der weitaus größte Korpsbezirk, in dem sich Truppenteile und Offiziere ganz Preußens zusammengefunden hatten, schließlich völlig reibungslos in der Reichswehr aufging und der neuen Wehrmacht einen Bestandteil zuführte, der voll diszipliniert und kampfkräftig war.

18. Mai.

Besprechung mit dem Landeshauptmann von Thaer, ob er bereit ist, den Fürstbischof Dr. Bertram aufzusuchen und ihn zu veranlassen, daß er in den Kirchen zum Eintritt in die Einwohnerwehr oder in die Reichswehr auffordert und an den

Kirchentüren nach dem Gottesdienst zur Einzeichnung Listen auslegen läßt. Die Demonstrationen als solche helfen nicht genügend. Den Generalsuperintendenten wird das General-Kommando selbst bitten. Der Landeshauptmann übernimmt wie stets bereitwillig diese Mission, da das Volksaufgebot nunmehr dringend wird im Hinblick auf den ablaufenden Waffenstillstand.
Voigt kommt. Wir streifen kurz noch mal die schlesischen Verhandlungsfragen. Widera ruft an, drückt sich um allerhand herum, bis ich ihm sage, er soll doch mit der Sprache herauskommen. Natürlich Geld! Die Herren Soldatenräte möchten gerne noch bis zum 10. Juni bleiben, um bis dahin noch die Zulage zu bekommen, obwohl ihre Formationen längst verplatzt sind. Überall nur die Geldfrage, und diese nur aus dem kleinlichsten Gesichtswinkel heraus. Die Breslauer Sicherheitswehr ist nun der letzte Stein des Anstoßes. Das General-Kommando wird laufend ausgezeichnet über die Wehr unterrichtet. Einstweilen ist diese Frage so zu beurteilen, daß die Leute noch Schwierigkeiten machen wollen, doch wird keinesfalls genehmigt, daß sie vors General-Kommando kommen. Die Zeiten sind vorbei, wo die Herren das taten, wenn es ihnen paßte. An Minister Noske habe ich gestern noch durch Major Fleck geschrieben, daß er keinesfalls, wenn die Breslauer Deputation vor ihm erscheinen sollte, jenen einen größeren Etat bewilligt als die 1000 Mann, die das General-Kommando genehmigt hat. Denn sonst fehlt die Handhabe, die Hälfte der Leute loszuwerden. Ehrlich muß ich gestehen, daß das General-Kommando jetzt ein hohes Spiel in Breslau spielt. Die Lamsdorfer und Brieger sind selbstverständlich stellungslos geworden und drücken sich jetzt hier herum und lauern darauf, uns eins auszuwischen. Die „Arbeiterzeitung" hetzt auf die Rothosigen im General-Kommando in Phantasieuniformen (Achselstücke), die sich über alles hinwegsetzten, bereits Morgenluft witterten. Ihre Noskesöldner lägen um Breslau herum, meist ganz junge Burschen, deren Tätigkeit darin bestünde, die Gegend leer zu fressen und ihren Wolfshunger zu befriedigen. Die Landwirte würden aufatmen, wenn sie diese Landstreicher vom Halse hätten. Wenn man schlechter Stimmung ist, muß man diese Zeitung lesen, z. B. auch die Auflösung von Lamsdorf. Die Offensive dort sei von den Söldnerburschen der Aulocktruppe durchgeführt worden, der Führer der Bande sei der Aulock selber gewesen.

20. Mai.

Landeshauptmann von Thaer orientiert, daß der Fürstbischof die Werbung für den Eintritt in den Grenzschutz ablehnt. Er habe Rücksicht auf polnische und tschechische Untertanen zu nehmen und habe die Kirche bereits mehr exponiert als nötig. Im Volksrat meint Eggers, das Heranziehen der Kirche würde Ablehnung von seiten der Gewerkschaften erfahren. Ich erwidere ihm, es handele sich um einen vollkommen unpolitischen Vorgang. Man könne nicht eine machtvolle Institution wie die Kirche ausschalten, wenn es um etwas so Wichtiges gehe wie die Aufrüttelung der Provinz

im Interesse ihrer Verteidigung. Heute abend soll dann mit den Gewerkschaften die Bildung der Einwohnerwehren besprochen werden. Rittmeister Frhr. v. Durant und Kapitänleutnant Koerner werden daran teilnehmen. Wie gesagt, wir haben in dem Sinn selbständiger Volkswehren kein Interesse an diesen, sondern nur an ihrer Angliederung an die bestehenden Formationen der Reichswehr. Auf dem Palaisplatz soll nun dementsprechend die Garnison demonstrieren. Walther-Weisbeck meint, ich sollte dann die Rede halten, was ich gern tun will. Kempen ist beunruhigt, weil heute nacht die Polen einrücken könnten; denn der Waffenstillstand läuft ab. 2. Bataillon Grenadierregiments 7 wird deshalb in die Stadt verlegt, ich fahre mit Major vom Hofe dorthin. In Kempen passiert nichts, außer daß es ein sehr vergnügter Abend mit Weyrauch und Lierau wird.

21. Mai.

Oberst Fritsche vom Kriegsministerium, den ich noch von Metz her kenne, spricht vor, er will uns an Munition zuschieben, was er kann.

22. Mai.

Philipp mit Anhang ist noch in Berlin. Heine soll gesagt haben, er bedauere seine letzte Entgleisung hier in Breslau. Über die Annahme des Abschiedsgesuches des kommissarischen Regierungspräsidenten Prescher sei noch nicht entschieden. Widersprechende Gerüchte über die Möglichkeit einer Regierung der Unabhängigen, die den Frieden unterzeichnen will. Es muß nun bald Klarheit geschaffen werden, was die hiesige Regierung alsdann zu tun gedenkt. Dadurch, daß nur Parteipolitiker am Ruder, die nur nach Berlin schielen, wo ihre großen Genossen sitzen, ist überhaupt hier keine Entscheidung zu bekommen, auf der sich vorbereitende Arbeit schaffen läßt. Überlegungen über die Zusammensetzung des Ministeriums und des Direktoriums. Die sogenannte deutsche Demonstration der Breslauer Garnison hat mit einer kräftigen Keilerei geendet. Spartakisten sind von der Fahnenstange heruntergeholt und verprügelt worden, weil sie von dort oben sich auf ihre Weise an „Deutschland, Deutschland über alles" beteiligt haben. Hier in Breslau kämpfen die Spartakisten mit pekuniären Schwierigkeiten, die noch dadurch vergrößert sind, daß ihre Zeitung „Der Kommunist" in Oberschlesien verboten ist.

Herr Kretschmer, Vertreter von Voigt, erscheint, selbstredend Geldsorgen. Der Zentral-Soldatenrat verschwindet am 31. Mai. Doch soll noch ein Aufräumungskommando bestehen bleiben, um die Akten aufzuarbeiten, wobei selbstverständlich nichts herauskommt. Alles nur Arbeitslosenunterbringung, Groschenfragen. Kretschmer bekommt also dieses Pöstchen mit zwei anderen für 300 Mark monatlich zugesagt.

Nachmittags in Sibyllenort beim König von Sachsen. Der König sandte mir den Generaladjutanten General v. Müller, der mich bat, über die militärische und politische Lage Vortrag zu halten.

23. Mai.

Inzwischen ist die Frist für die Einreichung unserer Gegenvorschläge auf die Versailler Erpressungen hin bis zum 29. verlängert worden. Hörsing berichtet über die Einsetzung des Ostparlamentes; am 20. und 21. haben in Berlin die Abgeordneten des Ostens vom preußischen Landtag getagt, um der Regierung ihre Stellungnahme zu den unverschämten Forderungen der Entente auf Abtretung ganzer Provinzen und Provinzteile zu unterbreiten. Entsprechend der Gliederung der AOKs soll ein Nord- und ein Südparlament errichtet werden; das in Breslau besteht aus 15 Mitgliedern, 6 Sozialdemokraten und 9 Bürgerlichen; darüber, als Staatskommissar, Hörsing.
Mir ist diese Lösung sehr sympathisch. Zu Hörsing tritt als Generalstabsoffizier Graf Pückler. Wird gekämpft, so denke ich mir die Sache so, daß das General-Kommando nach Oberschlesien geht, ich in Breslau bleibe, denn die Militärpolitik bleibt ebenso wichtig wie die Taktik. Es muß verhindert werden, daß Hörsing und das Parlament umfallen, wenn wir uns zum Widerstand entschlossen haben. Hörsing berichtet noch, daß er den Minister Reinhardt, der an der Sitzung des Ostparlaments teilgenommen hat, entsprechend meinem Wunsch um einen Kommandierenden General für die Operationen gebeten hat.
So ganz nebenbei erfahre ich noch, daß Voigt in Berlin um den Gewerkschaftssekretär Hauk, einen Freund Hörsings, als Regierungsvertreter beim General-Kommando vorstellig geworden ist. Dieser geniale Gedanke soll dem Hirn des Herrn Widera entsprungen sein. Nur ist er so durchsichtig, daß schleunigst Hauptmann Land heute abend zu Major Fleck ins Kriegsministerium fährt, um diese Sache noch zu hintertreiben. Hier wäre dann beim General-Kommando ein sogenannter Regierungsvertreter, und unter diesen Umständen würde die alte Leier wieder losgehen. Die in der neuen Reichswehr vorgesehenen Vertrauensleute hätten einen Anklammerungspunkt, den der Gewerkschaftssekretär um so lieber abgeben würde, weil er ja sonst überhaupt nichts zu tun hätte. Ebenso muß schleunigst das General-Kommando bis zu seiner Auflösung und ebenso die Kommandantur der Reichswehr angegliedert werden. Denn sonst kommen wir in Breslau auf 1500 Mann des alten Heeres. Nach den letzten Bestimmungen ist in Garnisonen über 1500 Mann altes Heer aber noch ein Garnison-Soldatenrat zuständig. Die bisherigen Leute Widera, Wohlgemut, Müller hätten dann noch ein Betätigungsfeld, was selbstverständlich ebenso unerwünscht wie überflüssig wäre. Jetzt sind seit dem 21. keinerlei Soldatenräte mehr vorhanden, und dabei bleibt es in Schlesien. Da die beteiligten Sachverständigen nicht dichthalten, ist es bei ihrer Unbildung nicht schwer, ihren Ideengang zu erraten und Gegenmaßnahmen zu treffen.

24. Mai.

Wie die Zeiten sich wandeln! Der Soldatenrat Neuländer aus Cosel und der Matrose Wilke erscheinen und bitten um Schutz, da sie in Cosel verhaftet und verprügelt

werden sollen. Sie haben seit November dort übel gehaust, es geschieht ihnen ganz recht. Der Oberpräsident Philipp bittet mich zu einer Besprechung in dieser Sache zu sich. Ich lehne ab, da ich unorientiert sei. Es wäre besser, wenn auch der Oberpräsident für derartige Bagatellen keine Zeit hätte.

Auseinandersetzung mit Oberbürgermeister Dr. Wagner. Ich schrieb ihm, daß gerade ich es nicht um die Stadt verdient habe, wenn er in einer Volksratssitzung dem General-Kommando Interesselosigkeit vorwerfe. Es hat dort eine Besprechung stattgefunden über die Räumung der Schulen durch die Sicherheitswehr, die ganz allein die Kommandantur angeht. Man hat sich aber eben im Rathaus daran gewöhnt, daß das General-Kommando das Mädchen für alles geworden ist, und vergißt, daß die Stadt als Festung nur mittelbar ihm untersteht, während unmittelbar die Kommandantur zu befehlen hat.

27. Mai.

Die deutsche Bevölkerung beklagt sich, daß die außerordentlichen Kriegsgerichte sie in keiner Weise gegen den polnischen Terror in Schutz nehmen. Man wirft den Gerichten — ob mit Recht oder Unrecht — vor, daß sie damit den Polen den Rücken stärken, hingegen die Deutschen einschüchterten. Besprechung mit den Berichterstattern der außerordentlichen Kriegsgerichte, die nach Gleiwitz bestellt sind.

In dieser Besprechung bat ich, da ich de jure als Chef auch nicht anders konnte, sich der verängstigten Bevölkerung nachdrücklichst anzunehmen. Ich war, wie jeder Deutsche, von der Unantastbarkeit der Rechtsprechung überzeugt. Erst nach dieser Besprechung erfuhr ich, daß Mitglieder dieser außerordentlichen oberschlesischen Kriegsgerichte auf Schleichwegen versucht hatten, ihren eigenen Vorsitzenden parteiischer Urteilsbeeinflussung zugunsten rechtsstehender Angeschuldigter zu verdächtigen. Im Buch des neuen Deutschland wurde eine der widerwärtigsten Seiten aufgeschlagen!

28. Mai.

Umzug des General-Kommandos aus dem Gebäude der alten Eisenbahndirektion gegenüber dem Bahnhof in das Dienstgebäude des General-Kommandos in der Schweidnitzer Straße. Ich persönlich verschlechtere mich mit den Raumverhältnissen ganz erheblich. Aber doch welche Genugtuung! Denn Voigt sagte am 18. November 1918, als er die erste Soldatenratsversammlung sämtlicher Soldatenräte der damals im Korpsbereich vorhandenen Formationen — jener Formationen, die uns dem Abgrund zuführen wollten — in diesem selben General-Kommando eröffnete: „Der Saal hier im General-Kommando ist zu klein, um Euch alle zu fassen. Ich habe trotzdem diesen Ort gewählt, um dem Korps zu zeigen, daß die Soldatenräte die Zügel der militärischen Regierung in Schlesien ergriffen haben.“ Heute nun zieht das General-Kommando hier wieder ein als Zeichen, daß, wenn auch nach harten Kämpfen, die Ordnung wieder hergestellt ist.

Nachmittags bei Paulssen, der Gebirgs-Maschinen-Gewehr-Abteilung 229, der treuesten Stütze des General-Kommandos. Die Abteilung ist im Karree aufgestellt, ungefähr 400 Mann stark. Sie präsentiert, und die Musik spielt unseren alten Präsentiermarsch. Ein vollkommenes Friedensbild.

30. Mai.

Der Oberpräsident schießt sich mit dem Browning seines gefallenen Sohnes in den Leib, als er ihn entladen will. Ein Wechsel der Spitze der Zivilverwaltung der Provinz wäre in diesem Augenblick unerwünscht, da man den Nachfolger nicht kennt, der zweifellos wieder ein Sozialdemokrat sein würde.
Voigt auf dem General-Kommando. Besprechung mit ihm und Pückler über die durch das Ostparlament geschaffene Lage. Es soll ein Staatskommissar ernannt werden. Hörsing und Voigt stehen zur Wahl, ersterer ist dem Volksrat nicht mehr genehm, weil er seine Person allzu deutlich in den Vordergrund geschoben hat. In Breslau wird ein Aktionsausschuß gebildet, bestehend aus 26 Schlesiern, 7 Posenern und 3 Mitgliedern des Ostparlamentes. Darüber tritt ein Direktorium Voigt, Hörsing, Herschel, Grund und Griesel. Aufgabe: Propaganda, da Abstimmung für Oberschlesien scheinbar unvermeidlich und ungünstig. Der Regierung wird vorgeworfen, daß sie den Vorschlägen der Sachverständigen entgegen gehandelt habe. Für die Propaganda habe sie völlig unzulängliche Mittel zur Verfügung gestellt; wenn die Industrie nicht zwei Millionen gegeben hätte, dann wäre überhaupt nichts anzufangen. Die Resolution der Eröffnungssitzungen am 27./28. im Volksrat, an denen ich nicht teilnehme, verlangt, daß ganz Oberschlesien geschlossen abstimme. Wahlzwang, keine Entente-kommission. In der Sitzung wird auch einige Male von Selbsthilfe gesprochen. Der Oberpräsident wiegelt ab, man müsse auf dem Boden der realen Tatsachen bleiben. Dr. Latacz, Bund der Oberschlesier, verlangte Autonomie. Die Abstimmung sollte dahinlauten, ob deutsch, polnisch oder autonom. Hörsing und Loeffler widersprachen dem.
Jetzt mischt sich das Armee-Ober-Kommando auch in die Breslauer Zentral-Soldatenratsangelegenheit hinein, verlangt, das General-Kommando solle der Kommandantur das Soldatenratsauto abnehmen, was ich ablehne, da es am 31. Mai sowieso an das General-Kommando zurückfällt. Wegen des törichten Autos werde ich es nicht einen Tag vor der Auflösung noch auf einen Kampf in Breslau ankommen lassen, ganz abgesehen von dem Streik bei Linke-Hofmann. Der Chef erwidert mir tatsächlich, wenn ich es am 25. Mai nicht im guten hätte kriegen können, hätte ich die 38er und 51er einrücken lassen sollen.

31. Mai.

Es kommt die Besprechung, gegen die ich schon lange angesehen habe. Ich muß das Tischtuch zwischen Voigt und mir zerschneiden. Er erscheint mit seinem Stell-

vertreter Kretschmer und bittet, daß der Zentralsoldatenrat mit drei Mitgliedern weiter bestünde. Überdies ist er vollkommen im Recht, da das General-Kommando noch nicht der Reichswehr angegliedert ist und somit unter die Bestimmungen für das alte Heer fällt. Bei diesem sollen noch Soldatenräte sein. (s. 23. 5.). Nun weiß ich von Major Fleck unter der Hand, daß der Befehl über eine entsprechende Angliederung unterschrieben und unterwegs ist. Dies sage ich dann Voigt, der hierauf auch verschwindet, um auf die Sache zurückzukommen, wenn der Befehl da sei, während einstweilen also die Soldatenräte, sagen wir mal, sistiert sind. Gestern abend wurde nochmals ein Offizier nach Berlin gesandt, um bei Noske persönlich anzufragen, ob der Befehl nunmehr gegeben wäre. Daß das General-Kommando mit heute den Garnisonsoldatenrat aufgelöst hat, ist ohne Unterlagen geschehen und läßt sich gesetzlich kaum halten, denn in Breslau stehen noch über 1500 Mann. Aber es ist befohlen, und dabei bleibt es.

XV. KAPITEL

Ende aller Räte. Das Direktorium. Was die Soldatenräte kosteten! Verbindung mit dem Auswärtigen Amt. Landesverräter in Brieg. Hörsing Reichs- und Staatskommissar. Abstimmung in Oberschlesien. Schwierigkeiten in Breslau. Gegenvorschläge auf Versailles. Bataillon Sudetenland und Böhmenland. General-Kommando-Offizier zu Hörsing kommandiert. Verhandlung mit den Tschechen in Kudowa. Die letzten Tage vor Versailles.

1. Juni.

Heute gibt es im Bereich des VI. Korps keinen Zentral- oder Garnisonsoldatenrat, keine Truppensoldatenräte, keine republikanische Bürgerwehr mehr. Wir sind wohl das einzige Korps in Deutschland, das dies fertig brachte. Welcher Leidensweg aber war zu gehen, und welche Selbstentsagung hat die Arbeit der letzten sieben Monate gekostet! Aber wie herrlich auch, an leitender Stelle seinem Vaterlande in seiner größten Not helfen zu können. Mein ganzes Leben war ein Kinderspiel gegen die kurze Spanne Zeit zwischen dem 9. November 1918 und dem 31. Mai 1919.

2. Juni.

Sitzung des Direktoriums, zu der als Vertreter des Oberpräsidenten der Oberpräsidialrat Dr. Schimmelpfennig und auch Hörsing zugezogen sind. Grund zur Besprechung ist die unzweideutige Frage: Was sollen wir tun, wenn der Friedensvertrag nicht angenommen wird? Hierzu führe ich aus, daß das General-Kommando sich stark genug fühle, den Kampf nach einer Front hin aufzunehmen, nicht aber erfolgreich nach beiden Seiten, obwohl auch das selbstverständlich versucht werden würde. Mit einem erheblichen Nachschub von Truppen aus dem übrigen Deutschland sei nicht mehr zu rechnen, da die 100000 Mann, die im Innern noch zur Verfügung stünden, dort nötig seien, denn die Unabhängigen würden zweifellos die schwierige Lage der Regierung ausnützen. So käme es infolgedessen darauf an, sich den einen Feind, den Tschechen, und zwar jetzt schon durch Verhandlungen, vom Halse zu schaffen. Wolle die Berliner Regierung die Verhandlungen mit den Tschechen aufnehmen, so könnten wir in Schlesien alsdann zu den tschechischen Forderungen Stellung nehmen. Jedenfalls wollten wir nun endlich klar sehen, um welchen Preis wir gegen die Tschechen freie Hand bekämen. Dann müsse schon die Mobilmachung vorbereitet werden, für die zunächst auf die letzten zehn Jahrgänge zurückgegriffen werden solle. Jn dem allgemeinen Taumel hätten die Volksbeauftragten damals angeordnet, daß sich kein

Soldat beim Bezirks-Kommando zurückzumelden habe. Das räche sich jetzt. Die Bezirks-Kommandos seien zerschlagen, man müsse versuchen, in den Gemeinden die Listen wieder aufzustellen. Die sogenannten Arbeiterbataillone und Zeitfreiwilligen kämen nicht in Frage, es könne sich nur um eine reguläre Aushebung handeln.

Die drei Wünsche des General-Kommandos: Mobilmachung, Vorbereitung der Offizier- und Ärzteaushebung und Verhandlungen mit den Tschechen werden vom Direktorium genehmigt. Über die Art dieser Verhandlungen bestehen Meinungsverschiedenheiten wie immer, wenn eine Klarstellung mit großer Verantwortlichkeit herbeigeführt werden soll. Während Voigt, der Vorsitzender des Direktoriums ist, klar seine Stellung dahin präzisiert, daß Verhandlungen mit den Tschechen durch Berlin deshalb aussichtslos seien, weil die Berliner Regierung sie von vornherein ablehnen würde, und er sich deshalb für unmittelbare Verhandlungen durch das General-Kommando einsetzt, zieht Hörsing sich hinter Berlin zurück. Schließlich soll Berlin aufgefordert werden, in Prag festzustellen, wie man sich dort zu den Polen stellt, falls diese Oberschlesien besetzen wollen.

Bei dieser Sitzung scheiden sich die Geister innerhalb der Sozialdemokratie auch weiterhin. Zunächst kommt es zu einem Zusammenstoß zwischen Hörsing und Prescher über die Person des Ministers Heine. Da ich Prescher beispringe und ihm durchaus recht gebe, daß Heine damals in ganz ungehöriger Weise über uns hergefallen sei, reibt sich nun Hörsing auch an mir. Dann wendet er sich gegen die Vorschläge des Volksrates, der zu zwei Dritteln aus seinen Genossen besteht, hinsichtlich der Bewilligung der Kulturautonomie für Oberschlesien. Hier geht es wieder auf Kosten des Bürgertums und der Geistlichkeit. Als seinerzeit in der großen Sitzung am 30. Dezember 1918 beschlossen worden wäre, die Regierungsverfügungen in Oberschlesien mehrsprachig herauszugeben, hätten dies die Beamten des alten Regimes hintertrieben. Man hätte den Sozialdemokraten Studienrat Hacks nach Oppeln in die Regierung schicken sollen, dann brauche man sich jetzt nicht über neue Zentrumsleute bei der Regierung in Oppeln den Kopf zu zerbrechen. Während Philipp und Voigt in erster Linie versuchen, sich auch mit dem abzufinden, was vernünftige Nichtsozialisten im Interesse Schlesiens für erwünscht halten, kommt in allen Betrachtungen Hörsings der Haß gegen die Geistlichkeit und gegen das Bürgertum hervor. Für diese beiden aber ist ihm der Breslauer Volksrat der Exponent. Hörsing hängt eben vollkommen von Berlin ab, während wir Schlesier sind.

Schließlich kommt noch die Sache mit dem Fliegerleutnant aus Brieg zur Sprache. Das General-Kommando wußte schon längere Zeit, daß von Brieg aus mit der Eisenbahn Verschiebungen von Flugzeug-Heeresmaterial nach Polen erfolgten. Gestern nun wurde der Fliegerleutnant dabei gefaßt, als er ein Flugzeug nach Polen flog und ohne dieses über die Grenze zurückkehrte. Er führte eine Liste bei sich mit den Namen der Organisatoren für polnische Regimenter in Oberschlesien, die, wie uns bekannt, in den Stämmen bereits vollkommen bestehen. Der Leutnant war seinerzeit der Ab-

teilung als Adjutant aufgedrängt worden und arbeitete seitdem in schamlosester Weise dem Soldatenrat des Fliegerhorstes in die Hand. Jetzt beschuldigte er diese seine Freunde, der Beihilfe. Es ist selbstverständlich, daß waggonweise Verschiebungen nicht ein einzelner bewerkstelligen kann.

In der Sitzung war es interessant zu hören, wie Pfarrer Ulitzka und der Rechtsanwalt Herschel, beides Zentrumsmänner, die Lage in Oberschlesien beurteilen. An und für sich sei die Stimmung durch das Abtretungsdiktat in Oberschlesien auf dem Lande prodeutsch geworden.

Nachmittags stelle ich Exzellenz v. Friedeburg den Staatskommissar Hörsing vor. Der Staatskommissar hatte den Wunsch geäußert, sich bei dem Kommandierenden Herrn General zu melden, es liegt ihm viel daran, Reichskommissar für ganz Schlesien zu werden; bisher ist er nur für den Reg.-Bezirk Oppeln zuständig.

3. Juni.

Im Verfolg des gestrigen Beschlusses des Direktoriums, daß das General-Kommando VI und nicht das Armee-Ober-Kommando Süd die Verteidigung Schlesiens leitet, sucht mich der Polizeipräsident Voigt auf, um meine Stellungnahme zu dieser Absicht zu hören, die ich gestern vor diesem großen Forum nicht abgegeben hätte. Dem Polizeipräsidenten erkläre ich, daß Schwierigkeiten innerhalb der beiden Militärbehörden im Ernstfalle nicht eintreten würden.

Rheinische Französlinge rufen die Republik aus, in Wiesbaden ein Staatsanwalt Dorten, hoffentlich wird der Schuft bald verhaftet.

Herr Maczewski läßt sich melden, ehemaliges Soldatenratsmitglied vom aufgelösten Zentralsoldatenrat. Er solle die Geschichte des Zentralsoldatenrates nach Weisung angeblich von dessen ehemaligem Vorsitzenden schreiben. Nebenbei sei er an der Volkswacht beschäftigt worden. Natürlich will er die Soldatenratszulagen noch weiter haben, während nach dem 21. Mai bekanntlich nur noch ehrenamtlich gearbeitet werden darf. Maczewski verdächtigt jetzt seine ehemaligen Kollegen und Genossen der Schieberei, sie unternähmen mit Weibern große Autofahrten. Es mangele ihnen jegliche geistige Fähigkeit, die Akten aufzuarbeiten, und dergleichen Kameradschaftliches mehr. Interessant, diese Leute jetzt in ihrer ganzen Nacktheit vor sich zu haben. Für alles gibt es nur ein kaltes Nein!

General v. St. Ange, der neue Kommandant von Breslau, erbittet für den ehemaligen Vorsitzenden des Garnisonsoldatenrates, Obmann der Kommandantur, Gefreiten Widera, Urlaub mit Gehalt auf drei Wochen. Es ist mir, als ob ich aus dem ersten Rang eines Theaters den letzten Akt des Trauerspiels vor mir ablaufen sehe.

Der ehemalige Soldatenrat Kretschmer erscheint, bittet für seinen ehemaligen Kollegen Mies und den Vizefeldwebel Voigt noch um die Soldatenratszulage, sie müßten noch aufarbeiten. Als ich Kretschmer erkläre, daß Maczewski gerade dagewesen sei, regnet es Verwünschungen mit entsprechenden Werturteilen.

So endete die Soldatenratsbegebenheit, wie sie begonnen hatte — im Geldlichen! Denn als am 16. November 1918 von Berlin aus eine Verfügung über „Vergütungen" an die Soldatenräte herausgegeben wurde, hatte der Breslauer Zentral-Soldatenrat von sich aus zu dieser vordringlichen Angelegenheit bereits am 11. November das Wünschenswerte veranlaßt. Es wurden der entgangene Arbeitsverdienst, soweit die Soldatenräte über ihren Entlassungstag geblieben waren, und die Barauslagen ohne Beschränkung der Höhe bezahlt. Die Aufwandsentschädigung betrug täglich 5 bzw. 10 Mark.

Im Bereich des General-Kommandos VI haben nach den Zusammenstellungen der Korps-Intendantur die Soldatenräte vom 9. November 1918 bis 31. März 1919 gekostet:

a)	b)	c)
Kosten in den Grenzen der Bewilligung durch die Staatsregierung:	Mehrkosten durch Zahlung höherer Gebührnisse u. durch Ausgaben für Parteizwecke:	Verlust durch widerrechtliche Aneignung oder Verschleuderung von Heeresgut:
336 620 M	815 687 M	353 161 M

Eine unvollständige Berechnung der Regierung, in der mehrere Bundesstaaten wie Bayern, Sachsen, Braunschweig, ebenso wie die Marine ganz fehlten, ergab:

18 000 000 M	37 000 000 M	35 000 000 M

5. Juni.

Flotow ruft vom Auswärtigen Amt an, daß er beim Minister Naumann gehört habe, es träfen heute Mitglieder vom Zentral-Volksrat der Provinz in der Tschechenangelegenheit dort ein. Auf meine Frage erwidert Ollendorff, Prescher würde mit Goldschmidt hinfahren, auch Herren des Direktoriums nähmen an der Besprechung teil. Ollendorff gibt zu, daß die Stellung des Zentral-Volksrates auch Berlin gegenüber schwierig würde. Der Vertrauensmann der Regierung sei Hörsing, und man glaube sich nunmehr der Dienste des Zentral-Volksrates entledigen zu können, weil die Kastanien aus dem Feuer geholt seien. Man braucht nicht gerade an den wichtigsten Breslauer Sitzungen teilgenommen zu haben, um allein schon aus den Zeitungspolemiken zu erkennen, wie stark die Rivalität unter den einzelnen Behörden jetzt geworden ist. Mir würde es leid tun, wenn der ganze Zentral-Volksrat aufflöge, weil besonders durch die Besprechungen mit Prescher, Philipp, Voigt und Herschel sehr vieles rasch erledigt werden konnte.

Gerade in diesen Tagen soll der Student Hirsch aus Glatz entlassen werden. Das fehlte noch, daß in den kommenden Wochen ausgerechnet er wieder nach Breslau kommt; werden doch die Spartakisten sowieso allerhand Bocksprünge machen, da sie ja den Begriff Deutschland und Schlesien nicht kennen.

Hauptmann von Flotow kommt aus Berlin zurück. Der Minister Naumann ist ganz dafür, daß das General-Kommando versucht, mit den Tschechen private Verbindungen anzuknüpfen. Bei einer eventuellen Verhandlungsbereitschaft würde sich dann das Auswärtige Amt erst einschalten. Flotow gegenüber hat der Minister wieder die Unteilbarkeit und das Beibehalten Schlesiens beim Reich betont, Erwägungen, die selbstverständlich sind, da für uns niemals andere Gesichtspunkte mitgesprochen haben. Andererseits müssen wir in diesem Augenblick alle Wege beschreiten, die vorher noch möglich sind, um uns im Kampf zu entlasten. Dazu gehört auch, daß wir den Tschechen gegenüber klarsehen. Da ich keine Antwort auf mein Telegramm an das Tschechische Außenministerium wegen einer Generalstäbler-Zusammenkunft in Friedland erhalte, vermute ich, daß der Draht über Dresden nicht richtig funktioniert. Ich rufe den Fürsten Pleß an, ob er bereit ist, dem General-Kommando ein Telegramm nach Prag zu besorgen, was der Fürst bejaht. Infolgedessen sende ich über Fürstenstein eine entsprechende Aufforderung an das tschechische Landesverteidigungsministerium und bitte um Antwort über die Zollstation Bobischau.

Nachmittags beim Freikorps Kühme auf dem Ohlauer Exerzierplatz, wo das Freikorps vorzüglich turnt, und zwei sehr nette Rennen geritten werden. Die Rennbahn ist zum Totlachen angelegt, und um die Ecken segeln die Herren wie Kommerzienräte. General Haller hat die polnische Westfront übernommen; nach den ersten Abmachungen sollte seine Armee nur gegen die Bolschewiken bei Lemberg und südlich Verwendung finden. Gut, daß wir uns nicht darauf, sondern nur auf uns selbst verlassen haben.

7. Juni.

Vom Auswärtigen Amt kommt der Attaché Assessor Dr. Everling, eine frische, durch die Wilhelmstraße anscheinend noch nicht belastete jugendliche Erscheinung. Er bringt einen Schriftsatz aus Berlin mit, der vom Generalkommando nach Prag geleitet werden soll. Auf meine Frage, weshalb das Auswärtige Amt noch nicht von sich aus verhandelt habe, erwidert mir Everling, daß es solche Verbindungen bisher noch nicht gehabt hätte. Der Handelsrichter Goldschmidt aus Charlottenbrunn, Vertrauensmann in diesen Dingen, fährt nach Halbstadt, um dort den Schriftsatz zur Post zu geben. Wahrscheinlich werden wir Zurückziehung des beiderseitigen Grenzschutzes und Vereinbarung über strikte Neutralität verlangen, falls es mit den Polen zum Kampf kommt. Kompliziert wird die Angelegenheit, wenn die Tschechen die deutsch-böhmische Frage anschneiden und ihr Anrecht auf die Sudetenländer von uns anerkannt haben wollen.

Sämtliche Bezirks-Kommandeure versammelt, um die Vorbereitung für die Mobilmachung, wie im Direktorium vereinbart, zu besprechen. Ich komme mir ziemlich hilflos vor, da ich mit den Bezirkskommando-Angelegenheiten noch nie etwas zu tun hatte. Wir wollen 12 Jahrgänge ausheben, insgesamt 25 000 Mann, alles nur k. v., wollen weitestgehend Reklamationen berücksichtigen.

Nachmittags ruft Prag an, Major Hauswicz, mit dem ich neulich schon in Mittelwalde zusammenkam. Der Major schlägt vor, daß wir uns am nächsten Mittwoch in Friedland treffen.

Die Lissaer Deutschen haben die Bahn nach Polen zerstört. Infolgedessen sollen die Haller-Transporte über Breslau nach Posen hineinrollen, was unter allen Umständen vermieden werden muß. Im übrigen wird dieser Vorgang bereits mit einem Poleneinfall nach Schlesien zusammengebracht. Das Telefon geht den ganzen Tag. Reisende z. B. fragen, ob sie noch nach Oberschlesien hineinkönnten, da die Polen einmarschiert wären und die Bahn zerstört hätten.

9. Juni.

Bewegliche Klagen im Volksrat darüber, wie Hörsing Reichs- und Staatskommissar geworden ist. Weder der Oberpräsident Philipp noch der Zentral-Volksrat sind befragt worden. Staatssekretär Freund hat dem Regierungspräsidenten Prescher mitgeteilt, daß Hörsing der Regierung eine Äußerung von ihm hinterbracht habe, nach der den Berlinern die Fähigkeiten mangelten, die schlesische außenpolitische Lage richtig zu beurteilen. Bei derartiger Berichterstattung wird die Stellung Preschers naturgemäß erschwert. Er steht mir deshalb so nahe, weil ich jede treue Arbeit und jede ehrliche Absicht, Gutes zu wirken, schätze. Außerdem ist er in diesem Kampf gegen Berlin der wesentlich Schwächere. Denn je konsolidierter, und gerade durch seine Führung des Volksrates, hier in Schlesien die Verhältnisse werden, um so rascher gräbt der Stadtrat gegenüber der Sozialdemokratie sich sein eigenes Grab.

In Oberschlesien bei Kreuzburg Bahnsprengungen. Es ist ein Forsthaus unmittelbar an der Grenze durch etwa 100 Polen, die in deutschen Uniformen steckten, überfallen worden. Die Sprengungen an der Brücke bei Kreuzburg sind mißglückt. Auch ist versucht worden, Rosenberg vollkommen durch Abschneiden der Telefon- und Telegraphenleitungen zu isolieren. Gottlob sind wir imstande, diese Revolten zu unterdrücken.

10. Juni.

Hörsing erscheint, erklärt, seine Ernennung zum Reichs- und Staatskommissar im Bereich des AOK Süd habe mit dieser Behörde als solcher nichts zu tun. Er lehne es ab, mit dem AOK. Süd in militärischen Dingen zusammen zu arbeiten. Nach wie vor stütze er sich auf das General-Kommando VI. Mir kommt diese Stellungnahme Hörsings außerordentlich gelegen, da ich schon neue Schwierigkeiten mit dem AOK.

Süd befürchtete. Nachdem wir nun auch taktisch wieder verschiedener Ansicht sind, ob der Angriff auf die Provinz Posen mit dem Halten von Oberschlesien und der Grafschaft vereinbar, wären mir politische Zänkereien vollends untragbar geworden. Aus Hörsings Worten klingt immer von neuem sein Ärger über den Volksrat. Alles, was mit Breslau zusammenhängt, ist ihm stark verdächtig. Für uns Soldaten ist eine — sagen wir mal — derartig gewalttätige Person, besonders jetzt, wo es in Oberschlesien anscheinend wieder zu Revolten kommt, hingegen sehr bequem. Von hier will Hörsing zu Noske weiter, um für den Polizeipräsidenten Voigt zu erreichen, daß dieser sein Stellvertreter als Reichs- und Staatskommissar wird. „Man muß halt jedem einen Knochen hinschmeißen." Im übrigen gäbe es nun nichts mehr von Politik für den Volksrat. Dessen Experte für oberschlesische Angelegenheiten sei eilends ausgeschieden, wie sich einer von dessen Vorgängern auch bereits unauffällig zurückziehen mußte. Von wem eigentlich muß die Empfehlung dieser Sachverständigen für den Volksrat erfolgt sein, die auf die altpreußische Beamtenschaft Oberschlesiens losgelassen wurden?

Es verlautet, daß aus dem schamlosen Abtretungsdekret von Oberschlesien eine Volksabstimmung geworden ist. Die Stimmung für das Deutschtum ist im Augenblick in Oberschlesien besonders günstig. Aber neulich wies Pfarrer Ulitzka darauf hin, daß man uns keinesfalls eine unbehinderte Volksabstimmung zubilligen werde, sondern daß wir zu ihrer Durchführung mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben würden. Die Umfrage der OHL., wie das General-Kommando sich zur etwaigen Wiederaufnahme der Feindseligkeiten stelle, wie sich die Bevölkerung dazu verhielte, ist nicht an uns gelangt. Jetzt soll die OHL. sich der Reichsleitung gegenüber wegen dieses Telegramms verantworten. Die OHL. begründet das Telegramm damit, daß sie selbst hätte klar sehen und daß sie nötigenfalls Hitzköpfe hätte dämpfen wollen. Aus dem Bereich des Korps haben so ziemlich alle Formationen an das Kriegsministerium, die OHL. und den Reichswehrminister telegraphiert und die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zugesichert für den Fall, daß man Teile von Schlesien an die Polen gäbe. Antworten sind nur ganz vereinzelt eingetroffen, und sie ließen uns erkennen, daß wir vollkommen auf eigene Füße gestellt sind und unsere Vorbereitungen selbst treffen müssen. Keines der Antworttelegramme aus Berlin enthielt etwas anderes als wie: „Das Reichswehrministerium dankt für das Telegramm vom . . ."

11. Juni.

Mit Hauptmann Eilker, Rittmeister Walther-Weisbeck nach Waldenburg, wo wieder Schwierigkeiten auf einzelnen Zechen beginnen. Landrat von Götz aus Waldenburg wünscht amerikanischen Speck zu erhalten, wofür ich mich einsetzen will. Kommandeur Infanterie-Regiments zur besonderen Verwendung 1 meldet, daß das Regiment jetzt gut sei. Der ehemalige Soldatenrat Sengen soll im Augenblick gerade sitzen. Auf Zeche Melchior spreche ich den Betriebsrat, den ich aus der Grube holen ließ. Die

Leute stehen vor mir mit der Mütze in der Hand, ganz wie früher. Bei ihnen auch dreht es sich nur um Lebensmittel. Ich habe volles Verständnis für die katastrophale Lage der Belegschaften, sage den Leuten aber, daß wir mit Streiken doch nicht weiterkommen. Ich würde mich starkmachen dafür, daß das General-Kommando noch mal wieder Marketenderwaren ins Waldenburgische abgäbe. Aus der Abgabe vor einigen Monaten, nach dem Besuch des Landrates von Götz, (s. 26. April) hat das Kriegsministerium eine wichtige Staatsaktion gemacht. Wäre ich ein armer Schächer gewesen, dann hätte diese Selbstherrlichkeit mir höchstwahrscheinlich den Kragen gekostet. Wie weit mein guter Wille auf diesen Betriebsrat Eindruck macht, steht an sich dahin. Ich muß aber alles versuchen, gerade jetzt Waldenburg in Ruhe zu halten. So schildere ich diesen Arbeitern auch die momentane Lage in Oberschlesien. Der Pole hätte die Revolte in Rosenberg doch nur deshalb inszeniert, weil nun Abstimmung anstatt Abtretung von der Regierung erreicht sei; ob sie jetzt den Polen noch helfen wollten? Sie sollten doch in diesem Augenblick nicht mit wirtschaftlichen Forderungen hervortreten, die von Böswilligen nur auf das politische Gebiet übertragen würden. Das führe schließlich zu Auftritten, bei denen das General-Kommando nicht tatenlos zusehen würde. Eine Besserung käme nicht dabei heraus, nur großer Ärger. Ihren Kumpels also sollten sie nochmals sagen, daß die Militärbehörde in Breslau, wie sie doch wüßten, neulich schon ihr Wort eingelöst und dem Grenzschutz einfach seine Zulagen im Interesse der Arbeiter vorenthalten hätte. Auch diesmal würde wieder von Breslau aus gesorgt werden. Auf solch kleinen Kreis älterer, vernünftiger Leute läßt sich naturgemäß leicht einreden. In den großen Versammlungen ist selbst unter Leitung routinierter Gewerkschaftssekretäre die Sache manchmal nicht einfach. Immerhin wird durch derartige persönliche Besprechungen vermieden, daß, wie bei allen Unruhen, die Hetze gegen das General-Kommando unwidersprochen hingenommen wird. So kennt uns wenigstens der eine oder der andere und billigt uns auch rechtliches, soziales Denken zu.

Nach Charlottenbrunn zum Handelsrichter Goldschmidt, der wieder von der Unabhängigkeit Schlesiens beginnt. Er berichtet von seinen Besprechungen mit dem Assessor Dr. Everling, der ja der Vermittler für das Auswärtige Amt ist. Mit dem Amt kann sich dann Goldschmidt durch den Attaché weiter über seine Ideen, denen ich jetzt nicht mehr zu folgen vermag, auseinandersetzen. Die für heute von Prag telephonisch erbetene Zusammenkunft in Friedland habe ich gestern abgesagt. Denn ich kann doch nicht mit den Tschechen verhandeln, während in Oberschlesien gerade die Rosenberger Revolte ausbricht und in Waldenburg Streikschwierigkeiten sind. Von diesen üblen Vorgängen haben selbstredend die Prager längst Wind bekommen. Sie würden diesen Schwächezustand alsdann bei den Verhandlungen ausnutzen und weniger bereit zu Konzessionen sein. Am 15. jedoch stehen die Tschechen selbst vor Verwicklungen mit den Sudetenländern, die eine allgemeine Erhebung an diesem Tage planen. Nach dem 15. also ist der Rosenberger Putsch schon etwas

veraltet, die Unruhen in Deutschböhmen kommen hingegen uns zugute, ich werde sie leicht streifen, und unsere Waffen sind wieder gut und gleich.
In Glatz Besprechung mit Oberst Merkel und Hauptmann Moser. Die Einwohnerwehren hier zu formieren, stößt auf Bedenken, da sie u. U. als Franktireurs behandelt werden können. Das AOK. Süd ist der Ansicht, daß im Falle eines Angriffs keine Vorstellungen zu besetzen seien, sondern daß alles in der Festung konzentriert bliebe. An und für sich hat es überhaupt keinen Wert, Glatz zu armieren. Man marschiert in Ruhe daran vorbei, denn die 200 Mann und 13 Geschütze werden eine mehr denn klägliche Rolle spielen.

12. Juni.

Zum Ärger von Hauptmann Eilker fahren wir schon um 6 Uhr über Reinerz, Habelschwerdt, Landeck nach Kamenz. Eilker meint, halb neun Uhr früh wäre zeitig genug gewesen. Es ist dies die schönste Fahrt, die man im Bereich des VI. Armeekorps machen kann. In Kamenz Besprechung bei der 22. Brigade mit Oberst Heuck; Witzleben, Oster und nachher auch Exzellenz v. Eisenhart, Kommandeur der Gruppe West. Es ist zu vermeiden, daß die Sudetenbataillone, wie sie beabsichtigen, sich am 15. an den Erhebungen, die offensichtlich in Deutschböhmen gegen Tschechien bevorstehen, aktiv beteiligen. Weiter nach Neisse zu Hauptmann Syffert. Wir besprechen die Befestigung, und daß die Artillerie unzweifelhaft weit ins Gelände gehört, selbst auf die Gefahr hin, verloren zu gehen. Vorhanden sind zehn 10-cm-Kanonen und vier schwere Feldhaubitzen.
Zu den österreichischen Bataillonen Sudetenland und Bataillon Ludwig in Ziegenhals. Jedes Bataillon ist jetzt 1200 Sudentenländer stark unter Führung von österreichischen Offizieren. Die Bataillone machen durch Größe und Haltung einen guten Eindruck. Weiter nach Lamsdorf zum Regiment 395 und Freikorps Aulock. Aulock wird heute nach Breslau abtransportiert, um für alle Fälle dort bereitzustehen, falls die Unabhängigen und K.P.D. Schwierigkeiten bereiten. Die 51er sollen zur 11. Infanterie-Division zurücktreten.
Abends beim Grafen Pückler in Friedland, wo es reizend ist; ein wunderbarer Jagdabend, Mondschein — Rückfahrt.

13. Juni.

Gestern abend sprach ich während der Heimfahrt des längeren mit Hauptmann Eilker darüber, daß ich unruhig sei wegen Breslau; ich hätte das Gefühl, daß irgend etwas passiere. Da die Garde-Kavallerie-Schützendivision aus Berlin meldete, es seien Unruhen bei der Beerdigung Rosa Luxemburgs zu befürchten, war die Reise schon um den 13. und 14. abgekürzt. Wir haben uns tatsächlich kaum irgendwo richtig umsehen können. Als ich heute früh ins General-Kommando trete, höre ich die Bescherung: Linke-Hofmann treten in den Streik wegen der Besetzung einer

Eisenbahnbrücke, die von der Hauptbahn zu Linke-Hofmann hineinführt. Der Grund zur Besetzung waren die Eisenbahnattentate in Oberschlesien. Die Breslauer Linien-Kommandantur hatte dem General-Kommando gemeldet, es sei mit ähnlichen Versuchen um Breslau zu rechnen. So war auch der Viadukt in der Linke-Hofmann-Fabrik besetzt worden. Direktor Eichberg von Linke-Hofmann ruft mich an und bezweifelt, daß er die Arbeiter im Betrieb halten könne. Ich sage ihm, die Kommandantur habe Weisung erhalten, das Maschinengewehr mit dem Posten von dem Viadukt zu entfernen, da die Firma ihren Viadukt selber schützen müsse, wenn sie an seiner Erhaltung Interesse habe. Direktor Eichberg hofft nun, daß die Arbeiter bleiben.

Um zehn Uhr meldet die Kriminalpolizei, Tausende von Arbeitern von Linke-Hofmann seien im Anmarsch aufs General-Kommando. Schon naht der Zug mit roten Fahnen, mit Schildern: „Nieder mit der Militärkaste!“, „Nieder mit dem General-Kommando!“ und dergleichen. Die Leute nehmen vor dem General-Kommando Aufstellung, und kurz darauf habe ich schon die Deputation vor mir sitzen. Ordentliche Leute, darunter auch ein Matrose. Die üblichen Klagen werden vorgebracht, daß man sie nicht gehört habe, daß man das Maschinengewehr aufgebaut, was sich nicht nur gegen die Saboteure richte, sondern was von der Arbeiterschaft auch als eine Bedrohung gegen sie und das Proletariat aufgefaßt werde. Ich lasse die Leute ausreden. Dann frage ich sie, ob sie gedient hätten, und da sie dies bejahen, sage ich ihnen, sie hätten doch wohl in ihrer Dienstzeit spitz gekriegt, daß man ihren Regiments-Kommandeur nicht für den Unsinn eines Unteroffiziers hätte verantwortlich machen können, der irgendwo im Gelände etwas angeordnet habe, was nicht richtig gewesen wäre. Wieviel weniger könne man nun von mir hier, als der Spitze der Militärverwaltung der Provinz, verlangen, ich solle wissen, daß auf einem Viadukt in ihrer Fabrik ein Unteroffizier mit einem Maschinengewehr stünde, und sollte mich gar für diesen Hergang verantwortlich erklären. Die Leute sagen, was allerdings stimmt, bei allen militärischen Sachen in Breslau höre man nur immer vom General-Kommando. Das kann ich nun nicht bestreiten und tue es auch nicht, sage den Männern aber, es handele sich doch tatsächlich um eine richtige Bagatelle, und sie sollten ruhig ihren Arbeitskollegen berichten, daß sie sich wegen eines Vorganges hierher in Marsch gesetzt hätten, der, nachdem ich durch den Direktor Eichberg vor zwei Stunden von ihm Kenntnis erhalten, längst abgestellt worden wäre. Zwischendurch ein etwas turbulenter Zwischenakt. Es erscheint noch ein anderer Mann, der sich angeblich und absolut an dieser Unterhaltung beteiligen muß. Da ich keinen von den Versammelten kenne, ist es mir persönlich gleichgültig, ob noch einer mehr sich bei mir einfindet. Nicht so den bereits Versammelten, denn sie rutschen auf den Stühlen hin und her, und schließlich verlangt der Sprecher die Legitimation von dem eben erschienenen Mann und fragt ihn, wer er sei und was er wolle. Der Mann zieht ein ganzes Paket von Papieren aus der Tasche und wünscht sich als Beauftragter

sämtlicher Arbeiter Breslaus auszuweisen. Im Tone bereits der richtige Spartakist, der eben mit seinen Tiraden beginnen will. Er wird in hohem Bogen aus dem Zimmer geworfen. Dann meinten die Linke-Hofmann-Leute, ich solle doch zu den Arbeitern draußen sprechen, was sie zweifellos beruhigen würde. Doch lehne ich das ab, weil ich genau das Gegenteil davon erwarte. Sie erkennten doch an der schwarzen Fahne, daß die Unabhängigen und Kommunisten draußen die Sache bereits politisch aufgezogen hätten. Diese vernünftigen Leute sehen das ein. Schließlich sage ich ihnen, ich freue mich, mit ihnen persönlich gesprochen zu haben, und hoffe, daß sie noch zu der Überzeugung kämen, daß das, was sie auf ihren Schildern mitschleppten, „Nieder mit der Offizierskaste", doch wohl ganz unberechtigt wäre. Übrigens würde ich in einigen Tagen ihren Besuch bei Linke-Hofmann erwidern und fragen, ob nunmehr alles zu ihrer Zufriedenheit wieder im alten Geleise liefe. Diese Leute, der Betriebsrat von Linke-Hofmann, sind durchaus gemäßigt, und es spricht für die Belegschaft des großen Werkes, daß sie gerade solch ruhige Führer wählte. Die Deputation hielt dann noch Ansprachen an die inzwischen ziemlich angeschwollene Menge und führte sie vom General-Kommando auf den Palaisplatz. Hier weitere Reden der inzwischen erschienenen Herren Müller und Ziegler. Thema: „Traut nicht der Schmeißfliege Hesterberg, die auf euch festsitzt, es ist jetzt fünf Minuten vor zwölf Uhr usw." Jedenfalls hat das General-Kommando es diesmal verstanden, sich ins Unrecht zu setzen, die Besetzung dieses Viadukts im Werke Linke-Hofmann war nicht nötig. Nachmittags 6,30 Uhr Trauerversammlung für Rosa Luxemburg auf dem Palaisplatz. Man hat dafür Crispien von den Unabhängigen aus Berlin kommen lassen. Etwa 1000 Mann sind versammelt: Wir kämpfen für die Rechte des Proletariats! Ich sehe verwahrloste Männergestalten auf den Platz eilen, Megären mit nackten Füßen, Hefe des Volkes. Wie immer Abmarschbefehl zum Rathaus unter Anführung von Horaczek und Michalsky. Dort erwischen sie im Volksrat den Pfarrer Moering und Eggers. Alles ist die Folge der Anerkennung des 20er-Ausschusses, bzw. des Lavierens mit halben Maßregeln. Pfarrer Moering verteidigt die Beurlaubten — es hieß, der ganze Volksrat wäre stets unterwegs — auch Mitglieder des 20er-Ausschusses seien auf Reisen. Verlangt wird die Freilassung von Hirsch und Fröhlich. Morgen will der Zug im übrigen wieder vorm Volksrat erscheinen und fragen, was er wegen dieser Freilassung ausgerichtet hat. Heute früh ist nun gerade auf Befehl des Reichsgerichtes der Spartakist Hirsch entlassen worden. Denn Hirsch wurde durch den Militärbefehlshaber in Berlin verhaftet. Nach Oberschlesien gebracht, geriet er unter den Militärbefehlshaber des VI. Armeekorps, also in zwei verschieden verhängte Belagerungszustände. Deshalb mußte Hirsch hier wieder frei gegeben werden aus allgemein juristischen — uns übrigens nicht bekannten — Gründen. Jetzt sieht es so aus, als ob, wenn Hirsch morgen hier wieder erscheint, die Genossen ihn durch ihre Demonstration auf der Straße befreit hätten. Davon kann keine Rede sein. Hingegen halte ich einen Zusammenstoß morgen auf der Straße für denkbar.

In Oberschlesien übel, übel! Einem Kassenboten werden beinahe zwei Millionen Mark gestohlen. Bewaffnete großpolnische Banden nehmen überhand. Die Eisenbahnbrücke bei Czarnowanz an der Bahn Oppeln—Breslau, ebenso wie die bei Ratibor sind gesprengt, ganz abgesehen von dem Überfall auf Rosenberg. Es besteht kein Zweifel, daß hierdurch auf die Stimmung in Oberschlesien gedrückt werden soll, und daß die Polen sich nicht mit der Abstimmung in Oberschlesien zufrieden geben wollen. Ihre Schlagfertigkeit steht Gott sei Dank nicht im Verhältnis zu ihren Machtgelüsten, so daß es ihnen sauer werden wird, bei einem Angriff auf Oberschlesien militärische Erfolge zu erzielen. Dort steht jetzt alles, was in ganz Schlesien noch freigemacht werden konnte. Die Zeitungen werden bearbeitet, so gut wir es können und bringen auch getreulich alle Nachrichten. Die Beunruhigung aber wegen der Haller-Transporte scheint mir unberechtigt. Die Leer-Garnituren sind schon wieder zurückgeschickt worden, im ganzen sind nun etwa 40 000 Mann durch Deutschland gefahren mit auffallend viel schwerer Artillerie. Bei dem Rosenberger Putsch hat der Pfarrer Kutschka aus Wyssoka wieder die Hand im Spiel gehabt. Das General-Kommando hatte schon Ende des Jahres 1918 versucht, ihn durch den Fürstbischof versetzen zu lassen, was aber aus irgendwelchen kirchenrechtlichen Gründen wieder scheiterte. Jetzt ist der Mann selbstverständlich jenseits der Grenze, und die kirchenrechtlichen Gründe belasten ihn jedenfalls nicht mehr.

14. Juni.

Der Reichs- und Staatskommissar Herr Hörsing wünscht einen Generalstabsoffizier zu haben. Zwei Zivilreferenten hat er schon, Menzel und Gotthilf, und nun, meint er, sei es doch nötig, daß er sich auch einen militärischen Stab angliedere. Mir kann persönlich nichts Besseres passieren, als in dem Staatskommissariat einen sicheren Offizier zu haben, der das General-Kommando auf dem Laufenden hält. In erster Linie kommt Graf Pückler in Frage, der auch tatsächlich bereit ist, diese Stellung anzunehmen. Ob er sie antreten kann, ist noch ungewiß. Der Graf hat durch die neuen Verfügungen der Regierung, nach denen unter Umständen die Hälfte seines Besitzes an Kleinbauern, die jetzt von ihm Pachtungen haben, aufgeteilt wird, naturgemäß Sorgen und Arbeit, die sein Verbleiben im Dienst recht zweifelhaft erscheinen lassen. Zunächst aber soll er die Stelle bei Hörsing annehmen, der ihn überdies sehr schätzt. Schicke ich einen anderen Generalstabshauptmann hin, so wäre sehr bald dem Gerede des Korps wieder Tür und Tor geöffnet, daß dieser von Hörsing und seinem Anhang bald rötlich angefärbt würde, was bei dem schlesischen Magnaten hingegen kaum zu erwarten ist. Jedenfalls ist diese Bitte, von Hörsing geäußert, bereits erfüllt worden, die er im übrigen mit dem Hinweis begründet, daß „Severing in Münster auch einen solchen Mann" hätte. Bei Linke-Hofmann wird heute früh und teilweise seit gestern nachmittag schon wieder gearbeitet. Die Belegschaft hat gestern zweifellos nur dem Druck der Unabhängigen nachgegeben, die absolut eine Trauer-

feier für Rosa Luxemburg haben wollten. Das General-Kommando schlägt in Prag telegraphisch eine neue Unterredung mit den Generalstabsoffizieren des tschechischen Reichsverteidigungsministeriums vor. Kudowa wird namhaft gemacht, da es mit seiner wundervollen Aufmachung und der romantischen Umgebung die Stimmung günstiger beeinflußt als Liebau oder Mittelwalde.

Heute sollen dem Grafen Brockdorff-Rantzau die abgeänderten Friedensvorschläge, die auf unsere ersten Gegenvorschläge hin ausgearbeitet wurden, überreicht werden. Es ist kein Zweifel mehr, daß in Oberschlesien abgestimmt wird. Wieviel Tage Regierung und Nationalversammlung nun noch Zeit haben, diese Friedensvorschläge anzunehmen oder abzulehnen, ist noch nicht bekannt. Wir rechnen mit einer Woche, nach der sich dann das Geschick der Provinz Schlesien erfüllen wird. Die mannhafte Haltung der Regierung unmittelbar nach Überreichung der ersten Vorschläge in Versailles hat sich in ein erhebliches Schweigen verwandelt, das nichts Gutes in sich birgt. Wir wissen aber schon lange selbst, was wir zu tun haben und würden uns auch dann nicht mehr groß um Berlin mit seinen dankenswerten Ratschlägen kümmern. Die Polen haben Oberschlesien gegenüber im alten General-Gouvernement Warschau den Belagerungszustand im ganzen erklärt. In der Provinz Posen reicht der Belagerungszustand 20 Kilometer von der Demarkationslinie nördlich in die Provinz hinein. Mit anderen Worten, es sind alle Maßnahmen getroffen, um bei uns einrücken zu können. Die Eisenbahnsabotagen in Oberschlesien gehen weiter. Wir sind auch gar nicht in der Lage, sie abzustellen, da wir viel zu zerstreut liegen. Nach Rosenberg ist zur Verstärkung von I/62 noch ein Bataillon 154 gesandt. Hauptmann v. Reichenau kommt vom AOK. Nord zurück und bespricht auch beim AOK Süd mit dem General v. Loßberg seine Eindrücke. Unsere taktischen Begriffe, meint Reichenau, gingen allerdings reichlich auseinander.

17. Juni.

Im Auftrage von Minister Naumann erscheint Dr. Everling, Attaché im Auswärtigen Amt, und bittet mich, nicht eher mit den Tschechen zu verhandeln, als bis von Berlin aus Fäden angesponnen seien. Ich kann Everling nur erwidern, seit Beginn des Jahres sei das Auswärtige Amt über unsere Absichten orientiert worden, und er selber habe mir gerade vor 14 Tagen auf meine Frage, weshalb denn das Auswärtige Amt nicht längst mit den Tschechen Fühlung aufgenommen hätte, erklärt, daß das Auswärtige Amt leider nicht die guten Verbindungen hätte wie wir. Infolgedessen sei es jetzt zu spät, auf die Berliner Verhandlungen zu warten. Ich träfe schon am Mittwoch mit den tschechischen Generalstabsoffizieren in der Grafschaft zusammen. Das General-Kommando ginge seinen militärischen Belangen, wo es nötig sei, vollkommen selbständig nach. Ich habe den Eindruck, als ob der Abgesandte des Ministers, nachdem er gesehen, daß wir genau wissen, was wir wollen, nicht mehr so mit ganzem Herzen hinter seiner Behörde steht.

Besprechung mit dem Reichs- und Staatskommissar Hörsing, der heute nach Weimar zur Abstimmung über den Friedensvorschlag reist. Ich stelle ihm nochmals eindringlich vor, daß das Offizierkorps und die Truppen keinesfalls einen Friedensschluß hinnähmen, der uns Teile des Landes einfach entrisse. Wir sind hier in Schlesien nicht wehrlos, und diesen Standpunkt soll er in Weimar vertreten. Ich erinnere Hörsing daran, daß er stets mit uns darin übereingestimmt habe, daß Oberschlesien verloren ist, wenn so abgestimmt wird, wie die Entente das vorschlägt — unter Aufsicht von fremden Truppen. Der Staatskommissar habe doch immerhin bei uns den Eindruck gewonnen, daß wir mit Ruhe und Vernunft über den Verhältnissen gestanden hätten. Jetzt solle er dies in Weimar zum Ausdruck bringen und unsere Absicht, eigene Wege zu wandeln, wenn parteipolitische statt vaterländischer Dinge in diesen letzten ernsten Stunden in den Vordergrund geschoben würden. Aber auch diese Männer sind ja nur, was ihr Name sagt, Kommissare der jeweiligen Regierung.

Nach Kudowa, wo die Tschechen morgen eintreffen, mit Hauptmann v. Flotow, v. Stülpnagel und vom Hofe. Über Silberberg dorthin. In Eckersdorf beim Grafen Magnis Halt. Der Graf ist naturgemäß sehr in Sorge, wie alles wird. Der Braunauer Bezirkshauptmann bearbeitet den Grafen, er solle sich für einen Anschluß an die Tschechen erklären. Da der Bezirkshauptmann am 19. in Breslau sein wird, schreibe ich schleunigst von hier aus noch an Everling, mit ihm Fühlung zu nehmen. Der Kammerdiener von Graf Magnis bringt den Brief nach Breslau und orientiert Everling, wo er den Bezirkshauptmann findet. In Eckersdorf haben die Belegschaften aus den Gruben der Umgegend den 1. Mai im Schloßpark des Grafen gefeiert. Er ist der größte Besitzer des Kreises und ein ganz besonders wohltätiger und einfacher Mann. Wundervolle Fahrt über die Heuscheuer in der warmen Sommernacht nach Kudowa.

18. Juni. Kudowa.

Von den Tschechen erscheint Major Hauswicz vom Ministerium für Landesverteidigung in Begleitung eines Major John, der Abschnittskommandeur hier vor unserer Front ist. Es will mir, wie im übrigen auch das letztemal schon, dünken, als ob man Hauswicz, der ja lange österreichischer Generalstabsoffizier war, gewohnheitsmäßig einen Stock-Tschechen beizugeben pflegt. Wir verhandeln im Fürstenhof. Hauswicz geht sofort medias in res: unsere beiden Böhmenbataillone Sudetenland seien ein Stachel in den freundnachbarlichen Beziehungen. Sie bedeuteten, unmittelbar auf der Grenze stehend, eine deutliche Bedrohung. Es sei uns doch in Breslau auch bekannt, daß die Angehörigen dieser Bataillone in Deutschböhmen zum größten Teile angesessen seien, von den in Preußisch-Schlesien befindlichen Soldaten Besuch bekämen, aufgewiegelt würden und so eine ewige Unruhe in die Bevölkerung trügen. Im übrigen handele es sich bei diesen Leuten einfach um Landesverräter. Die Grenzauftritte sind mir natürlich nicht unbekannt geblieben; ich gebe sie zu, erkläre aber auch, daß sie dadurch entstanden, daß die tschechischen Legionäre einfach über die

Grenze ziehen, wie sie ja neulich in der Gegend von Ratibor kilometerweit mit Patrouillen in unser Land eingedrungen sind. Die Erregung des Regiments Sudetenland sei deshalb verständlich. Die Bezeichnung Landesverräter für die in unseren Diensten befindlichen Böhmen aber weise ich weit zurück. Die tschechische Regierung habe Deutschböhmen lediglich mit dem Recht des Stärkeren usurpiert, und jene Landeskinder hätten nicht anders gekonnt, als sich durch Übertritt auf deutschen Boden der Vergewaltigung durch die Sokols zu widersetzen. Hauswicz übergeht meinen Einwurf und schlägt eine Amnestie für die in unseren Diensten befindlichen Leute vor, wenn sie bis zu einem gewissen Zeitpunkt wieder in die Tschechei zurückgekehrt seien. Damit fällt eine große Sorge über die Zukunft dieser Stammesbrüder, die nun doch zunächst einmal fremde Landeskinder sind, von mir. Denn wohin mit ihnen nach Auflösung des Grenzschutzes? Aber trotzdem kann mir nichts daran liegen, in diesem Moment höchster Spannung mich hier in Kudowa auf diese Frage festzulegen, obwohl Hauswicz, anscheinend von Prag inspiriert, vorschlägt, daß er bei einem neuen Zusammentreffen eine von dem Minister Kramarsch vollzogene Urkunde vorlegen wolle, durch die eine Amnestie ausgesprochen würde. Schließlich einigen wir uns und besprechen dann noch das Zurückziehen der beiderseitigen Truppen hinter eine Demarkationslinie — 50 km-Zone. Zweifellos ist die Angst vor uns auf tschechischer Seite groß. Auch die tschechische Bevölkerung, soweit sie in dieser sonst deutschen Gegend in Frage kommt, fürchtet sich vor einem schlesischen Angriff. Wenn jeweils auf tschechischer Seite Ambitionen auf die Grafschaft bestanden hätten, meint Hauswicz, so bestünden sie jetzt keinesfalls mehr. Im übrigen aber sei der Gedanke der Angliederung der Grafschaft an Deutschböhmen nur von dessen Bewohnern gewünscht und propagiert worden, um dadurch größeren Einfluß in der Tschechei zu gewinnen und nötigenfalls eine Irridenta zu schaffen.

Meine Hauptsorge, ob die Tschechen mit Gewalt in die Grafschaft oder in das Hultschiner Ländchen einrücken werden, wenn wir mit den Polen wegen Oberschlesien die Feindseligkeiten von neuem beginnen, zerstreut Hauswicz durch die Mitteilung, zu der er offiziell durch Kramarsch ermächtigt ist, daß die Tschechen in keinem Fall ohne unseren Willen irgendeinen Teil schlesischen Bodens besetzen werden, den wir nicht freiwillig abtreten. Für das Waldenburgische und die Grafschaft, erwidere ich Hauswicz, läge auch keine Veranlassung vor, sich ihrer zu bemächtigen, da er mir ja soeben erklärt, die tschechische Regierung habe von Anfang an jeglichen Besetzungsabsichten vollkommen ferngestanden. Wie sie sich aber zu dem durch Versailles abzutretenden Zipfel von Hultschin (Ratibor) stellen würde? Auch hier gibt Hauswicz für die tschechische Regierung die Erklärung ab, daß die Tschechen dieses Gebiet ohne unseren Willen nicht besetzen würden. Aus dem, was Hauswicz nicht sagt, ist zu erkennen, daß dieser Landeszuwachs den Tschechen selbst ganz überraschend gekommen ist, sie gar nicht daran gedacht haben, daß ihnen Hultschin überhaupt zufallen könne. Nun, nach den Verhandlungen in Versailles, wird der Tscheche

nicht mehr auf Hultschin verzichten wollen. Aber es scheint mir tatsächlich möglich, daß auf dem Verhandlungswege jetzt das Braunauer Ländchen einzutauschen wäre.

Schließlich regt Hauswicz an, wir sollten ihnen schwere Artillerie gegen Lebensmittellieferungen eintauschen. Dieser Wunsch erklärt sich aus dem Vorsprung, den wir an schwerem Material gegenüber der Entente, die sonst den Tschechen das Geschütz liefert, haben. Ich verspreche Hauswicz, die Frage in Breslau zu prüfen, er wird dann hören, was wir austauschen können. Während der Generalstabsoffizier nichts sagt, was er nicht zu sagen wünscht, klagt uns der Frontmajor, daß er „Gelumpe" unter sich hätte, mit dem nichts anzufangen sei. Eine besonders erfreuliche Feststellung in diesem Augenblick, wenngleich unsere Truppen in Waldenburg und in der Grafschaft so wie so schon erheblich an Gefechtswert zugenommen haben.

Während wir alsdann in Kudowa durch den hübschen Kurpark gehen bis zu dem kleinen Teich, steht dort ein Soldat in der Uniform des Ersten Garde-Regiments zu Fuß, der die Kähne zum Rudern vermietet. Hauswicz redet ihn an, da ich ihm sage, er könne sich getrost selbst über die deutsche Stimmung hier orientieren. Die Antwort auf die Frage, wie man hier über das Böhmischwerden dächte, lautet: „Ich bin aus Tscherbeney, der Vorsteher hat abstimmen lassen, wer zu Böhmen wolle. Von 1800 Leuten haben zwei hinüber gewollt." Major John sagt darauf: „Ich habe es meinem Schwager, der Arzt in Trautenau ist, immer gesagt, er solle seine Agitation lassen, es wolle ja doch keiner tschechisch werden."

Gemeint sind zwei Versammlungen in Tscherbeney, die am 17. Januar und 8. Mai stattgefunden hatten. In der Versammlung am Sonntag, den 8. Mai, hatte der Hauptlehrer Rektor Nentwig, der bereits 25 Jahre in Tscherbeney wirkte, nach dem Gottesdienst auf dem Kirchplatz zu der Gemeinde gesprochen. Hier war es dann zu dem Treugelöbnis gekommen, von dem der Grenadier, Ernst Kubisch aus Tscherbeney, den tschechischen Offizieren erzählte. Da die Tschechen selbstverständlich all ihre Feststellungen sofort ihrer Regierung berichteten, hat gerade der Rektor seiner engeren Heimat einen nachhaltigen Dienst erwiesen. Bei beiden Versammlungen war überdies der Landrichter Herr v. Zastrow aus Glatz, Bruder des früheren Landrats und Vorsitzender des Grafschafter Heimatschutzes, zugezogen.

Um den ehemaligen Soldaten hat das General-Kommando sich späterhin noch gekümmert und ihm eine Stelle in Breslau verschafft.

Das eine oder andere scheint mir nun doch geklärt. Wir trennen uns von den tschechischen Herren mit der Überzeugung, daß sie uns jedenfalls nicht bewußt hinters Licht geführt haben. Im Augenblick ist, selbst bei einem Angriff der Polen auf Oberschlesien, für unsere rechte Flanke nichts, jedenfalls nicht in den ersten Tagen, zu befürchten. Wohin die Sache weitertreibt, wie weit die Entente durch den General Pellé auf Prag einen Druck wegen eines späteren Angriffes ausübt, steht dahin.

19. Juni.

Fronleichnam. Gestern schon rief das General-Kommando mich in Kudowa an, die Spartakisten wollten in Breslau auch mitfeiern. Larisch habe erklärt, sie würden eine eigene Gruppe in dem Fronleichnamszug darstellen, anschließend daran das General-Kommando aufsuchen.
Um sechs Uhr große Versammlung zur Begrüßung des freigelassenen Hirsch durch seine Genossen auf dem Palaisplatz. Leider beteiligen sich auch einige hundert Arbeiter von Linke-Hofmann daran, die in einem geschlossenen Zuge tadellos anmarschiert kommen. Nachdem hier genügend gehetzt, geht es zum Rathaus, wo aber niemand mehr ist.
Hier wird eine Mitteilung der Regierung, daß man angeblich mit 6,35 Mark pro Woche leben kann, maßlos ausgeschlachtet – es ist natürlich kein wahres Wort daran – und gegen das General-Kommando wütend gegeifert wegen der Wiederaufstellung der Kontrolle bei den Bezirkskommandos. „Der Kommunist" hat sich einer Verfügung bemächtigt, die der Amtsvorsteher von Deutsch Lissa unvorsichtig ausgehängt hat. Ich sitze in meinem Zimmer im Hotel, als der Unteroffizier Miersbach hereinstürzt, der Mob sei im Anmarsch, mich zu holen. Draußen aber zieht der Haufen, etwa 2000 Mann, johlend vorbei. Ich betrachte ihn mir, während er zum ehemaligen General-Kommando in die Gartenstraße zieht, wo ich vermutet werde. Wir wohnen aber schon längst wieder hier in der Schweidnitzer Straße. In der Gartenstraße, der alten Eisenbahndirektion, befindet sich nur ein Pförtner, keine Wache. Dort sind nur noch die Oberquartiermeisterbüros. Der Spaß, dort einzudringen, ist also billig. Vom Balkon herunter wird eine Hetzrede gehalten und eine rote Fahne enthüllt. Es lärmt dann noch etwas auf der Straße „Nieder, nieder, pfui, pfui!", und auch dies geht vorbei. Ein gemeines Bild boten barfuß einherlaufende Männer in Matrosenjacken.

20. Juni.

Politisch ist die Lage vollkommen ungeklärt, doch kann kein Zweifel darüber bestehen, daß unterzeichnet wird. Man wird noch einen Augenblick um die Ehrenpunkte feilschen, um die Auslieferung Seiner Majestät des Kaisers, der Heerführer, um das Schuldanerkenntnis und sich schließlich auch hier mit einem flammenden Protest begnügen, im übrigen aber prompt alles annehmen. Mit großer Geste ist zwar das Reichskabinett zurückgetreten, was jedoch nicht hindert, daß sich dieselben Parteien bereit erklären, die eben leer gewordenen Ministersessel wieder mit ihren Parteimännern, und wahrscheinlich mit denselben wie vorher, zu besetzen. Für uns in Schlesien ist erreicht, daß in Oberschlesien abgestimmt wird. Die Entente willigt in diese Abstimmung, obwohl das Verhältnis von Polen zu Deutschen zwei zu eins sei; genau das Gegenteil ist der Fall. Bis zur Abstimmung soll Oberschlesien von einer

unabhängigen Kommission verwaltet werden, die durch alliierte Truppen geschützt wird. Es besteht nicht mehr der geringste Zweifel, daß dies alles angenommen wird. Zwar im Augenblick ist man in Berlin für eine bedingte Annahme. Noch sind ja sieben Tage Zeit, um vollends umzufallen. Auch in der „Volkswacht" setzt prompt die Hetze gegen unseren Aufruf für Reservefreiwillige für die Reichswehr ein, die wir benötigen, wenn wir gegen den äußeren Feind wieder zu den Waffen greifen müssen. Es verlautet, daß die Oberste Heeres-Leitung zurücktreten will. Bestimmt soll es General Groener beabsichtigen; man will dann den Feldmarschall veranlassen, die Verteidigung des Ostens zu übernehmen.

Diese entsetzliche Situation hindert die hiesigen Spartakisten nicht, bei mir zu erscheinen, um Wünsche vorzutragen, die irgendwelche Verhaftungen außerhalb des Korpsbereiches angehen und zu bitten, daß ihre Zeitschrift „Der Kommunist" in O/S., wo sie unter dem Belagerungszustand verboten werden konnte, wieder erscheinen dürfe. Vor mir sitzen Larisch, Malinke, Krause, Müller und Wolf. Letztere beiden die mir wohlbekannten ehemaligen Soldatenräte, die also vollends die Maske fallen ließen. Müller, als ehemaliges Mitglied vom Garnisonsoldatenrat, übernahm stets die „Aufklärung" auf dem Palaisplatz, Wolf war der Vertrauensmann von 395, den ich vor Monaten noch selbst ermahnte, anständig zu bleiben. Damals erwischte ich ihn im Rathaus, als er gerade Voigt berichtete, daß das Offizierkorps seines Regiments 395 monarchistisch gesinnt sei. Voigt erzählte es mir. Als ich mir den Mann dann kommen ließ, stritt er natürlich alles ab. Schließlich entfernte ihn dann sein eigener Soldatenratsobmann Vizefeldwebel Thomas aus Amt und Heer. Larisch ist mir von Volksversammlungen her zur Genüge bekannt, ein Führer der Kommunisten mit ziemlichem Einfluß. Nachdem ich die Freigabe des „Kommunist" abgelehnt, frage ich die Leute, was sie denn gestern abend um zehn Uhr zu so später Stunde auf dem General-Kommando gewollt hätten? Ich hätte den Zug hier johlend die Schweidnitzer Straße heraufmarschieren sehen. Müller erwidert, er kenne meine Gewohnheiten, nachts noch lange auf dem Büro zu arbeiten, und deshalb habe er diese ruhige Stunde gewählt. Meine Ablehnung der Freigabe des „Kommunist" begründe ich mit seinem letzten Artikel, in dem er von dem verbrecherischen General-Kommando schreibt; darauf ist nicht viel zu erwidern. Das Blatt befindet sich übrigens schon jetzt in Notlage, denn es kostet bereits 20 Pfennig. Die Leute reden einen fabelhaften Unsinn, z. B. daß das General-Kommando bereit sei, die schlesische Armee nach Ungarn zu senden, um die Räteregierung niederzuschlagen; daß ich nur ihnen überhaupt verdanke, daß ich noch vor ihnen säße, denn ich hätte bereits fünfmal verhaftet werden sollen, und nur ihre Wohlanständigkeit habe dies vereitelt. Man rechne mir die Fürsorge für die Familien an, wenn die Männer in Schutzhaft seien und dergleichen mehr. Schließlich sage ich den Leuten, daß sie mit Gewalttaten und Angriffen auf einzelne Persönlichkeiten sich außerhalb des Gesetzes stellten. Dies zu achten verlangten sie von mir, ich von ihnen.

Wir treiben jetzt hier dem Eisenbahnerstreik entgegen, obwohl es im Augenblick noch durch Verhandlungen gelingt, die Sache hinauszuziehen. Hingegen streikt nun im Waldenburgischen doch alles wegen der Kürzung der Schicht- und Kleiderzulage.

21. Juni.

Schon heißt es in der Berliner Freiheit: „Auf dem General-Kommando weht die rote Fahne.“ Die Kommandantur legt eine weitere Kompagnie vom Freikorps Kühme in die Stadt. Denn wenn auch selbstverständlich niemals eine rote Fahne auf dem General-Kommando geweht hat, so kann trotzdem der Appetit beim Essen kommen. Der Versuch, eine rote Fahne auf dem General-Kommando aufzuziehen, wurde übrigens schon einmal gemacht und zwar von dem Garnisonsoldatenrat im November 1918, fand aber ein rasches Ende. Für morgen ist eine Versammlung auf dem Palaisplatz einberufen wegen der Wohnungsnot. Anschließend selbstverständlich Besuch beim Volksrat, der abgesetzt werden soll. Aber beim Referat über die Wohnungsnot liegt es allzu nahe, daß Wohnungsbesichtigungen in Kleinburg vorgenommen werden, denen vorgebeugt werden muß.

Dann suche ich den Arbeiterausschuß von Linke-Hofmann in seinem Betrieb auf. Ich hatte den Leuten diesen Gegenbesuch versprochen. Direktor Eichberg macht die Honneurs. Der Arbeiterausschuß hat jetzt keinerlei Wünsche mehr. Mit ihm bespreche ich dann noch die oberschlesische Frage, über die jetzt jeder Schlesier orientiert sein muß. Dann zum Volksrat, bei dem Vertreter der Provinz ein Bild über die innere Lage haben wollen. Aber da Herr Dikreiter von der „Bergwacht“ aus Waldenburg gerade dies schon besorgt: Ablehnung der Mobilmachung, Ablehnung der Volkserhebung, nehme ich an dieser Sitzung nicht teil. Zu solchen Auseinandersetzungen ist jetzt keine Zeit mehr. In demselben Blatt, in dem die „Volkswacht“ im Anzeigenteil den Aufruf für die Reserve-Freiwilligen des VI. Korps veröffentlicht, versucht sie dies zu sabotieren, und zwar mit dem Hinweis, daß Oberschlesien ja nicht von Polen angegriffen werden könne, weil es nach dem Friedensvertrag von Truppen der Alliierten besetzt würde. „Deshalb können wir die Aufnahme in die Werbeliste nicht empfehlen.“

In trauter Gemeinschaft mit dem Organ der Unabhängigen bringt sie irgendeinen Entwurf über die in der vorigen Woche im Direktorium beschlossene Vorbereitung für eine Aushebung durch die Bezirkskommandos. Es ergibt sich auch hieraus bereits das vollkommen klare und eindeutige Bild, daß der Friedensvertrag ohne jede Einschränkung angenommen wird. Später stellt sich der neue Regierungspräsident Jaenicke vor. Der Präsident trägt das Eiserne Kreuz I. und kommt sehr bald in lobenden Worten auf den preußischen Generalstab zu sprechen, von dem er so recht gelernt hätte, was arbeiten heißt. Er war während des Krieges eine Zeitlang Ordonnanzoffizier beim Chef der Etappeninspektion 7, Oberstleutnant Freiherrn v. Bernewitz. Übrigens ist er ein Breslauer Kind, sein Vater war hier Bürgermeister. Jaenicke hatte auch diese Laufbahn eingeschlagen und kommt von Zeitz, wo er Erster Bürger-

meister war; er macht einen außerordentlich frischen und sympathischen Eindruck, ist 37 Jahre alt. Naturgemäß ist die „Volkswacht“ mit dieser Wahl, „die dem Minister Heine ähnlich sieht“, durchaus nicht einverstanden. Ich kann es ihr nachfühlen, denn dieser Demokrat ist zweifellos ein wohlerzogener Mann, der nicht durch die Parteibrille sieht, wie es der Genosse muß, sondern der gerade auch unter den schwierigen Waldenburgischen Verhältnissen einen vernünftigen Mittelweg wandern wird. Der begleitende Oberregierungsrat lobt den verabschiedeten Regierungspräsidenten Prescher sehr. Prescher sei von außerordentlicher Auffassungsgabe und ein besonders mutiger Mann. Dem kann ich aus Überzeugung beipflichten, da ich mich Preschers besonders vom 23. Januar her gern erinnere, als er mir tapfer sekundierte, während Widera und Frey über das Offizierkorps herfielen.

In Schildberg haben die Polen siebzehn Geiseln festgesetzt, in Kempen werden dafür zwanzig Polen verhaftet. Darunter auch der polnische Geistliche, der bereits im Januar hätte eingesperrt werden müssen, als er die Frechheit hatte, sich hier in Breslau über die Besetzung Kempens durch die Preußen zu beschweren. Der Grenzschutz klebt an die Tür des Hotels, in dem die Leute sitzen, einen Zettel: „Zeitfreiwillige“.

Das Kapitel Wilddieberei, die im größten Umfang im Grenzschutz betrieben wird, erfährt durch die Ermordung des Revierförsters Richter der Standesherrschaft Goschütz eine traurige Erweiterung. Der Förster, der selbst drei Söhne im Kriege verlor, wurde am 24. Mai von Wilderern erschossen, und zwar mit einer Armeepistole. Zwei Abgesandte des Zentralsoldatenrates haben gerade acht Tage vorher in Goschütz sehr aufreizende Reden gegen die Förster gehalten, von Verprügeln und Erschießen gesprochen. Der von der Abwicklungsstelle des Zentralsoldatenrates eingeforderte Bericht gibt diese Worte zu, will sie aber auf einen Sonderfall beschränkt wissen. Die Standesherrschaft schreibt: „Wohin muß es führen, wenn behördliche Organe, die gerade im Interesse der Ordnung die Gegend bereisen, ungescheut gegen die unter ständiger Gefahr oft ihr schweres Amt ausübenden Forstbeamten Partei ergreifen und die bei einem Teil der Bevölkerung ohnehin wankenden Rechtsbegriffe geradezu erschüttern?“ Entwurf eines eindeutigen Erlasses an das Korps, gerade den Förstern und Gendarmen nach Kräften zu helfen.

22. Juni.

Der Waffenstillstand läuft morgen um neun Uhr abends ab, falls wir nicht unterschreiben. Bis dahin stehen sämtliche schlesischen Truppen bereit zur „Sturmflut“, dem Einmarsch in Polen mit begrenztem Marschziel, wenn erkannt ist, daß der Pole sich Oberschlesiens bemächtigen will. Es ist selbstverständlich, daß wir gerade dort versuchen, die Kampfzone aus der Provinz heraus auf polnisches Gebiet zu schieben, da jeder Kampf hier an der Provinzgrenze sofort die schwersten Schäden an den Hütten und Zechen hervorrufen wird, die unmittelbar an der Grenze liegen. Aber es wird nicht soweit kommen, denn der Friedensvertrag ist bereits angenommen. Mit feierlichen

Protesten begibt man sich trotz der Abstimmung unter das Joch. Daß die breite Masse des Volkes, halb verhungert, vollkommen kriegsmüde ist, das zu bestreiten wäre widersinnig und zwecklos. Der Gedanke, sich durch einen noch so schlechten Frieden zu verbessern, ist zu naheliegend, als daß er nicht außerordentlich in die Wagschale fällt. Die Hoffnung, durch den militärischen Widerstand in Ostpreußen und in Schlesien große Teile der waffenfähigen Jugend wieder auf die Beine zu bringen, ist zwar vorhanden. Betrachtet man hingegen die furchtbare Hetze gegen den Militarismus, so sind aber auch diese Hoffnungen nur sehr bedingt. Der sozialdemokratische Staatskommissar Winnig-Königsberg stellt sich in seinem Aufruf für den bewaffneten Widerstand auf denselben Standpunkt wie wir. Aber wie gesagt — alea iacta!

Nochmals Besprechung bei mir mit Stadtrat Prescher und Assessor Ollendorff vom Volksrat. Es läuft alles darauf hinaus, ob wir bei einem Widerstand unsere Lage in der Zeitspanne ändern können, in der wir noch genügend Munition haben. Während es an Infanteriemunition bei uns nicht mangelt, kann man aber in 14 Tagen keine Artilleriemunition herstellen. Stadtrat Prescher weist auf die absolute Kampfesmüdigkeit der Arbeiterschaft hin, von der ich hoffe, daß sie wenigstens in Schlesien sich durch den Einfluß des Oberpräsidenten bezwingen läßt. Stadtrat Prescher ist über die Verhandlungen, die zwischen Noske, General v. Below, Loßberg, Hörsing und Winnig in Weimar stattgefunden haben, besser orientiert als ich. Dabei kommt wieder zutage, wie erschwerend es ist, wenn das AOK. Süd Besprechungen abhält, über die das General-Kommando dann nur in Befehlsform orientiert wird. Zwar machte mir gestern Assessor Menzel, der seit einigen Tagen Zivilreferent bei Hörsing ist, in dessen Auftrag telefonisch eine Mitteilung über diese Besprechung in Weimar. Hörsing sei nunmehr nach Rücksprache mit dem General v. Below und dem Staatskommissar Winnig der Ansicht, daß, wenn Ostpreußen Widerstand leiste, wir dies auch tun müßten. Ich habe Menzel erwidert, daß ich für solche Selbstverständlichkeiten keiner Anleitung durch den Staatskommissar bedürfe. Es ist interessant, wie weit aber dann der Volksrat sich für den Widerstand im Detail interessiert; denn Prescher fragt mich, ob ich für Schlesien keine Munition von den Tschechen beschafft hätte. Leider muß ich ihm erwidern, daß gerade umgekehrt vor drei Tagen das tschechische Landesverteidigungsministerium mit mir wegen Überlassung von schwerer Artillerie und Munition gesprochen habe. Auf meine Schilderung über die Verhandlungen in Kudowa, in denen ich den Eindruck hatte, die Abtretung von Hultschin sei den Tschechen selbst völlig überraschend gekommen, man könne vielleicht das Braunauer Ländchen dafür eintauschen, soll dieser Anregung vom Volksrat nachgegangen werden. Außerordentlich tritt auch bei dieser Unterredung der Ärger über den Assessor Dr. Menzel hervor, der wegen interner Bürovorgänge im Volksrat vor ein demokratisches Ehrengericht gezogen werden soll.

Auf dem Palaisplatz halten die Kommunisten — es haben sich etwa 1000 Leute um Herrn Bierhals versammelt — eine Besprechung über die Wohnungsnot ab. Durch

Handaufheben, an dem sich auch der Oberquartiermeister beteiligt, wird eine Kommission ernannt, bestehend aus Bierhals, Frau Zalinski und Larisch. Diese drei sollen nun die Wohnungsinteressen auf dem Rathaus vertreten, notfalls Besichtigungen in Kleinburg vornehmen. Vor dem Rathause der übliche Auftritt. Redner auf den Buden usw. Auch der Oberbürgermeister spricht. Schließlich verläuft sich die Menge, die von den Kommunisten noch aufgefordert wurde, sich zu bewaffnen gleich der Einwohnerwehr. Den Volksrat will man noch bis zum 1. Juli existieren lassen, dann soll er aufgelöst werden, und der kommunistische Arbeiterrat soll, auch politisch, an seine Stelle treten. Geht der Volksrat nicht freiwillig, dann will man Gewalt anwenden. Die Saat vom 6. April geht auf! Mitten zwischen der brennenden Verteidigungsfrage sind derartige Vorgänge, wie auch der drohende Eisenbahner- und städtische Arbeiterstreik, nun tatsächlich nicht länger ertragbar. Um halb drei Uhr nachts Büroschluß.

23. Juni.

Es erklären sämtliche Generale und alle erreichbaren Offiziere des Korps, daß sie zum 1. Oktober kündigen, wenn von der Nationalversammlung die Ehrenpunkte ohne Vorbehalt angenommen würden. Auch im General-Kommando bleibt selbstverständlich kein Offizier. Der Volksrat bittet mich, aufs Rathaus zu kommen, um die durch den möglichen Rücktritt des Offizierkorps dann eintretende Lage zu besprechen. Ich erkläre, die Reichsregierung sei nach Bekanntwerden der ersten Friedensvorschläge ausführlich mündlich und schriftlich vom General-Kommando, schriftlich aber von beinahe allen Truppenteilen bis zu den Regimentern herunter von der Absicht des Offizierkorps verständigt worden, daß es nicht mehr weiter dienen würde, wenn die Regierung die Schandparagraphen unterschriebe. Wir hätten in loyaler Weise hinter ihr gestanden, trotz fortgesetzter schamlosester Angriffe und Verdächtigungen in der „Volkswacht“ und den dieser nahestehenden Zeitungen das Interesse des Vaterlandes über alles Persönliche gesetzt. Wir würden aber nicht Kaiser und Heerführer ausliefern lassen und somit, wenn wir schon alles verlieren sollten, auch noch das letzte, was wir behalten hätten, unsere Ehre dahingeben. Es sei heute früh von Noske ein Telegramm eingetroffen, auf das Offizierkorps einzuwirken, in dieser schwersten Stunde nach dem Kriege nicht auseinander zu gehen. Nach Erhalt dieses Telegramms seien nochmals sämtliche Offiziere des General-Kommandos, die erreichbaren Stäbe und sämtliche Offiziere und Führer der in und um Breslau liegenden Freikorps gefragt worden, wie sie sich zur Annahme der Friedensverträge stellten. Sie alle ohne Ausnahme hätten erklärt, sie würden von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch machen, wenn die 35 schlesischen Abgeordneten ihr Votum zur Auslieferung des Kaisers und der Heerführer abgäben. Wir alle hätten die Not des Volkes, besonders die der breiten Masse der Arbeiterschaft, voll respektiert und alle im Offizierskorps vorhandenen Angriffsabsichten in vernünftige Bahnen gelenkt. Aber in diesem Punkt sei alt und

jung vollkommen einig, und hier gäbe es kein Zurück. Um jeden Zweifel auszuschließen, führe ich aus, daß von einem Auseinanderlaufen bei der momentanen Lage keine Rede sei, sondern nur von der Ausübung des Kündigungsrechtes. An der nötigen Hetze gegen uns von links würde es nicht fehlen. Wenn der Volksrat für das Empfinden des Offizierkorps kein Verständnis habe, so sei es unnütz, sich noch weiter darüber zu unterhalten. Ich müsse dem Volksrat einen Teil der Schuld beimessen, wenn nicht alle schlesischen Abgeordneten, die es uns allein verdanken, daß die Wellen von außen und innen über Schlesien nicht zusammengeschlagen sind, sich gegen die Schandparagraphen wenden würden. Gerade auch in den kommenden Tagen — in Waldenburg herrscht bereits der Generalstreik, in Breslau steht er vor der Tür, in Oberschlesien rüstet sich der Pole zum Aufstand nach den Sprengungen — würde handgreiflich wiederum die ganze Zukunft der Provinz bei den militärischen Führern liegen. Aber über deren Wünsche, die nichts mit Politik zu tun haben, obwohl wir nach dem Gesetz (Angehörige des Heeres hatten aktives und passives Wahlrecht) *uns mit ihr befassen könnten, wolle man jetzt anscheinend ganz hinweg gehen. Auch vom Vorsitzenden Prescher, mit dem ich so lange zusammengearbeitet habe, trenne ich mich kühl.*

Es kommt die endgültige Nachricht, daß der Friedensvertrag angenommen wurde. Bei der Abstimmung haben 237 Sozialdemokraten und Zentrumsleute mit ja gestimmt, 138 der anderen Parteien, darunter auch die Demokraten, mit nein. Voigt hat mit einigen anderen eine Erklärung abgegeben, daß er diesen Gewaltfrieden ablehne, aber aus Gründen der Parteidisziplin für ihn stimmen werde. Von Hörsings Vorbehalt hört man nichts. Milder erscheint, daß man die sogenannten Ehrenpunkte von dieser Annahme ausschloß, d. h. das Schuldanerkenntnis und die Auslieferung unseres Kaisers und der Heerführer. Im Korps große Erregung. Telegramm an Hörsing nach Weimar, daß das in Schlesien stehende Offizierkorps geht, wenn unsere 35 Abgeordneten dem Votum zugestimmt haben. Hörsing ruft mich an, daß Noske total zusammengebrochen sei, Weinkrämpfe hätte und flehentlich bäte, daß das Offizierkorps bliebe. Daraufhin sendet Hörsing mir noch ein Telegramm:

„Im Osten bleibt alles, wie es ist, da der Friede erst in Monaten ratifiziert wird. Halten Sie im Interesse des Vaterlandes das Offizierkorps wie die Soldaten.

Reichskommissar Hörsing.“

Am 22. abends wurde der Entente in Paris die deutsche Note auf Annahme des Friedensvertrages, aber unter Verweigerung des Schuldanerkenntnisses und der Auslieferung Seiner Majestät des Kaisers und der Heerführer, überreicht. Clemenceau ignoriert die Verweigerung gänzlich und antwortet nur, es blieben der deutschen Regierung „weniger als 24 Stunden“, sich endgültig zu erklären. Eine sofort einberufene Kabinettsitzung verlangt eine Frist von 48 Stunden, um die National-

versammlung erneut befragen zu können. Clemenceau beantwortete auch diese Bitte auf Verlängerung dahin, daß eine weitere Frist nicht mehr in Frage käme. Nur die vorbehaltlose Unterzeichnung des Vertrages sei für ihn noch interessant. Daraufhin befaßte sich die Nationalversammlung am Montag, den 23. nachmittags, nochmals mit der Forderung der Entente.

Der Reichskanzler Bauer führte aus: „Man will uns das Schuldanerkenntnis auf die Zunge zwingen, die Entente will uns zu Henkern unserer Volksgenossen machen. Man will uns an die Ehre, aber wehrlos ist nicht ehrlos. Diese Ehrabschneidung wird einmal selbst auf die Entente zurückfallen. In dieser Welttragödie geht nicht unsere Ehre zugrunde."

Es wurde dann keine neue Abstimmung über Ablehnung oder Annahme des unveränderten Friedensvertrages herbeigeführt, sondern nur darüber, ob die Auffassung der Regierung, daß sie, trotz der Ablehnung ihrer Note vom 22. abends, weiter ermächtigt bleibe, den Friedensvertrag zu unterschreiben, richtig sei. In einfacher Abstimmung erklärte darauf die Versammlung gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, eines kleinen Teiles des Zentrums und der Demokraten: die Auffassung der Regierung ist richtig.

Damit war der Friedensvertrag bedingungslos angenommen! Der Antrag der Deutschnationalen auf namentliche Abstimmung war u. a. unter dem Zuruf: „Unerhört, es ist schon sieben Uhr" abgelehnt worden.

Diese Abstimmung über den entsetzlichsten Vorgang, der in unserer vaterländischen Vergangenheit je eine Volksvertretung beschäftigte, veranlaßte die Nationalversammlung lediglich zu einer kurzen Vertagung von nicht ganz einer Stunde. Es sollte ein Aufruf an das Heer von den Ministern redigiert werden, und hierzu gebrauchte man diese kurze Spanne Zeit. Dann ging es in Weimar über einen 6-Millionen-Notetat weiter, gerade als ob vorher das Alltäglichste bereits verhandelt worden wäre. Muß man nicht füglich bezweifeln, ob diese Versammlung, die eben noch über das Schicksal unseres Volkes auf Generationen hinaus würfelte, sich der ganzen Schwere dieses Votums bewußt war? Ob sie mit ihrem Herzen hinter den Worten des Reichskanzlers Bauer stand, als er von der Schändung unserer Ehre sprach? Ist es denkbar, daß nach einer Stunde Pause sich die innere Erregung bereits so weit gelegt hatte, daß sich die Abgeordneten bereitfinden, über Geldbewilligungen zu markten, bei denen in Rede, Gegenrede und Zwischenrufen das übliche Bild des neuen Parlamentarismus ohne jede Hemmung sich entrollte?

Die in diesem Augenblick entworfene Erklärung der Reichsregierung an das Heer lautete dann: „In der Stunde tiefsten vaterländischen Unglücks dankt die Nationalversammlung der deutschen Wehrmacht für die opfervolle Verteidigung der Heimat und erwartet zuversichtlich, daß Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften Hand in Hand mit den anderen Volksgenossen an einer Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes arbeiten werden."

Gleichzeitig traf eine Erklärung des Gruppen-Kommandos I, des Generals Freiherrn v. Lüttwitz, späteren Führers im Kapp-Putsch, beim General-Kommando ein, in dem Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften aufgefordert werden, mit dem General weiter Dienst zu tun. Die Annahme der Schandparagraphen — sie wurden zwar angenommen, aber unter Protest — sei zwar mit der Ehre der Reichswehr unvereinbar, trotzdem heiße es jetzt, das Persönliche hinter die Sache zurückzustellen. Der Kommandierende General des uns in Berlin vorgesetzten Gruppen-Kommandos, Freiherr v. Lüttwitz, stand dem schlesischen Korps besonders nahe. Wir wußten, daß er, selbst Schlesier, sich gerade der Truppen seiner engeren Heimat stets annahm. So wirkte seine Mahnung und sein Beispiel außerordentlich beruhigend. Auch Feldmarschall von Hindenburg forderte das Heer auf, auszuharren. Am Tage der Unterzeichnung des Friedensvertrages legte der Feldmarschall, wie er seit langem beabsichtigt hatte, den Oberbefehl über das deutsche Heer nieder. In der Abschiedskundgebung hieß es: „Wie der einzelne bei sich über die Ereignisse der letzten Tage denkt, ist seine Sache, für sein Handeln darf es aber nur eine Richtschnur geben: das Wohl des Vaterlandes.“

Vorher hatte es zunächst in Weimar selbst, im Offizierkorps des Freiwilligen Landesjägerkorps des Generals Maercker, erregte Auftritte gegeben. Das Landesjägerkorps hatte bisher die Nationalversammlung an Ort und Stelle geschützt, die Tagung überhaupt ermöglicht. Jetzt drohte das Offizierkorps mit dem Rücktritt, falls die Schandparagraphen durchgingen. Da der Reichswehrminister Noske sich in diesem Falle nicht mehr auf das Offizierkorps stützen konnte, so wollte auch er zurücktreten. Dem Einfluß des Generals Maercker gelang es auch hier, das Offizierkorps zusammenzuhalten, nachdem General von Lüttwitz' Erklärung bekannt geworden war.

In Berlin fand nach Rückkehr des Reichswehrministers Noske am 24. eine Besprechung mit sämtlichen höheren Truppenkommandeuren und Regimentsführern der Reichswehr, die in und um Berlin lagen, statt. Auch diese Versammlung beschloß, dem schwergeprüften Vaterlande weiter zu dienen.

Der Kommandierende General, Exzellenz von Friedeburg, erließ an die Offiziere des Korps einen Befehl, daß der Dienst nicht einfach verlassen werden dürfe, sondern daß die Kündigungsfrist einzuhalten sei.

Schließlich gab der Reichswehrminister Noske noch eine Erklärung ab, die seine Stellung im Heere merklich festigte. Sie lautete dahin, daß der Minister auch allen denen treue Gesinnung bewahren würde, welche angesichts der schimpflichen Bedingungen ihm ihre weiteren Dienste versagen würden.

So wurde auch diese Entscheidungsstunde innerhalb des Deutschen Offizierkorps im Interesse des Vaterlandes durch das Beispiel der Generalität und den entsagungsvollen Opfermut von Offizier und Mann überwunden.

XVI. KAPITEL

Belagerungszustand über Breslau. Provinz Oberschlesien. Gemeinderatswahlen in Oberschlesien? Beim Oberpräsidenten in Warmbrunn. Der Abbau der alten Wehrmacht. Vivos plango. Generalstreik in Oberschlesien. Der Polenaufstand. Besprechung im Generalstab Berlin. General Groener in Gleiwitz. Ententekommission im Landeshaus. Sitzung wegen Einwohnerwehren. Der Besatzungskommissar.

24. Juni.

Der Morgen beginnt damit, daß ein Leutnant von der Kommandantur erscheint: „Spartakisten halten den Odertorbahnhof besetzt". Der Kommandant fragt, ob die Maschinen-Gewehr-Abteilung 229 den Hauptbahnhof besetzen könnte. Ich schäume vor Wut darüber, daß alle derartige Fragen dem General-Kommando vorgelegt werden. Natürlich ist überdies kein wahres Wort daran, daß es Spartakisten sind, und wir sind dabei, uns großzügig die Finger zu verbrennen, indem wir uns in den Beginn eines Lohnstreikes mischen. Es handelt sich um Eisenbahner des Odertorbahnhofes, die versuchen, den Rangierbahnhof stillzulegen. Das Freikorps Görlitz ist dort auf der Durchfahrt begriffen und liegt eine Zeitlang still. Selbstverständlich ist es ausgeschlossen, daß Oberstleutnant Faupel irgendwelche Ausschreitungen dulden wird. Es gelingt übrigens sehr bald, den Transport Görlitz wieder in Gang zu bekommen. Die Streikenden rufen unserer Wache zu: „Noske-Garde, ihr tut es auch nicht mehr lange" und dergleichen mehr. Jedenfalls ist höchste Wachsamkeit in diesen Tagen geboten.

Meldung von Amelung, morgen beginne der Eisenbahnerstreik in Breslau. Der Spartakist Müller reist fortgesetzt zwischen Oels und hier hin und her, erklärt, daß in zehn Tagen die Eisenbahnwerkstätten dort für den Streik reif wären. Dem muß das General-Kommando tatenlos zusehen, weil der Belagerungszustand noch nicht verhängt ist. Der Studiosus Hirsch ist nach Berlin gefahren, um dort Instruktionen zu holen und die Aufstandsbewegung zeitlich in Übereinstimmung zu bringen. Amelung berichtet weiter, ich stünde als erster auf der Liste der zu Verhaftenden, dann erst folgten Voigt und Hörsing. Es sei leichtsinnig, daß ich noch länger jeden Schutz ablehne.

Der demokratische Abgeordnete Schmidthals berichtet über Weimar, seine Partei habe nicht für den Frieden gestimmt, entgegen der Nachricht Hörsings. Geheimrat

Heilberg, Vorsitzender der Breslauer demokratischen Fraktion, bittet mich schriftlich, das Offizierkorps zum Bleiben zu veranlassen.

Hörsing erscheint, sucht die Stellung seiner Partei zu rechtfertigen, daß sie nicht anders gekonnt, als mit „ja" zu stimmen. Auch die Rechte habe größtenteils für Annahme gestimmt, was der demokratische Abgeordnete Schmidthals soeben bestritten hat. Das einzige, was Hörsing, der recht klein, auch seelisch herunter ist, immer von neuem wieder vorbringt, ist: „Wenn Sie den Zusammenbruch von Noske miterlebt und ihn hätten weinen sehen!" Hörsing will dann noch einen Entscheid der Regierung herbeiführen, was in Schlesien geschehen solle, wenn in Ost- und Westpreußen gekämpft wird. Ich entgegne ihm, daß eine Entscheidung von der Reichsregierung hierzu nicht mehr notwendig sei, die Truppen in Schlesien stünden bereit, und sie würden die Gruppe Nord nicht ihrem Geschick überlassen. Auch hier der Abschied so reserviert wie gestern im Volksrat.

Ein aufregender Tag, den schließlich noch die Meldung beendet, daß der Rittmeister Dernen von den 14. Ulanen einen schweren Kopfschuß erhalten hat und wahrscheinlich das Augenlicht verliert; daß bei Kempen—Wilhelmsbrück die Polen wieder angegriffen haben. So kommt zur inneren Streikgefahr jetzt auch wieder diese äußere Belastung.

25. Juni.

Um zehn Uhr soll eine große Versammlung auf dem Palaisplatz sein. Der Schloßwachtposten steht um neun Uhr noch ruhig auf der Rampe, von der herunter wahrscheinlich sehr bald geredet werden wird. Ich sage ihm erst selbst, daß er in das Gebäude treten soll. Um zehn Uhr sind etwa 10000 Menschen auf dem Platz, der größte Auflauf, den ich je dort sah. Erst werden die üblichen Reden gehalten, dann wird zum Eisenbahnpräsidium gezogen. Die Kommunisten wollen wie immer im Trüben fischen und fordern auf, zum Rathaus zu ziehen, was aber die Eisenbahner ablehnen. Die Arbeiter der Artilleriewerkstätte gehen zu denen des Bekleidungsamtes, um sie zum Sympathiestreik aufzuhetzen. Linke-Hofmann soll hingegen noch weiterarbeiten. Das Wasser läuft auf unserem Flur schon nicht mehr, und immer übler werden die Nachrichten aus der Stadt. Die Bäcker wollen streiken, wir haben nur noch für zwei Tage Brot. Um zwölf Uhr werden die Kommunisten mit Gewalt ihren Zwanziger-Ausschuß im Rathaus einsetzen. Auch sollen Handzettel der Spartakisten für heute nacht zur Besetzung aller öffentlichen Gebäude auffordern. Die Studenten stellen sich zur Durchführung des Betriebes auf dem Wasserwerk zur Verfügung.

Hörsing kommt, er will mit uns wegen der Notwendigkeit des Belagerungszustandes Fühlung nehmen, benutzt aber die Gelegenheit, um zunächst wieder seine Stellungnahme in Weimar zu rechtfertigen. Hier vermag er selbstverständlich den Empfindungen des alten Offizierkorps, seiner Stellungnahme zu seinem Kaiser, nicht zu

folgen. Er hat, so lange er denken kann, an der Beseitigung der Monarchie gearbeitet, das Heer abgelehnt. — Zu unserer Besprechung wird der Oberkriegsgerichtsrat Laub hinzugezogen, um die Formalitäten der Verfügung über den Belagerungszustand auszuarbeiten. Der Erste Generalstabsoffizier Hauptmann Eilker und Rittmeister Walther-Weisbeck, der Chef der Zentralabteilung, sind für sofortige Verhängung. Eilker weist darauf hin, daß, wenn wir noch länger warten, uns die Telefonleitungen zu den Freiwilligendetachements abgeschnitten würden. Walther-Weisbeck erinnert als Braunschweiger an das Beispiel in seiner Vaterstadt, wo es dann ja drüber und drunter gegangen ist. Ich kann mich angeblich noch nicht zur Verhängung des Belagerungszustandes entschließen. Als Grund schiebe ich vor, daß ein positives Insunrechtsetzen von seiten der Streikenden noch nicht erfolgt wäre. In Wirklichkeit aber halte ich die Verhängung im jetzigen Augenblick für technisch nicht durchführbar. Auf der Straße befinden sich etwa 10- bis 15000 Streikende. Würde jetzt der Belagerungszustand bekannt, dann wäre es kaum möglich, die Freikorps unbehindert in die Stadt einrücken zu lassen. Es käme sofort zu Auftritten im Großen. Nur so kann operiert werden, daß die Stadt in der Nacht in vollster Ruhe besetzt wird, und am Morgen die Besetzung durchgeführt ist.

Um fünf Uhr wieder alles auf dem Palaisplatz. Diesmal auch leider die Arbeiter von Linke-Hofmann. Die Eisenbahn soll die Forderungen der Streikenden wegen des Rätesystems teilweise bewilligt haben. Ob das Entgegenkommen des Eisenbahnministeriums den Beginn vom schlechten Ende bedeutet, entzieht sich meiner Beurteilung. Der ehemalige Soldatenrat Wolf, jetzt Kommunist, erkennt mich auf der Straße und zieht mit ein paar Kragenlosen bis ins Hotel hinter mir her. Der Kommunist Horaczek erklärte auf dem Palaisplatz den Eisenbahnern, sie dürften nicht dadurch den Linke-Hofmann-Arbeitern in den Rücken fallen, daß sie morgen die Arbeit wieder aufnähmen, obwohl ihre Bedingungen erfüllt seien. Linke-Hofmann wäre lediglich aus Solidarität in den Streik getreten und könnte ihn nicht heute schon wieder abbrechen. So hetzt einer den andern immer tiefer in das Chaos hinein.

Der Bahnhof Brockau meldet, es würde geplündert. Da der Polizeipräsident Voigt aus Weimar zurück ist, lasse ich der Bhf. Kdtr. sagen, sie solle sich zunächst an diesen wenden. Auf dem Hauptbahnhof sieht die Sache für das General-Kommando insofern ernst aus, als es zu Schlägereien zwischen den erregten Reisenden und den Streikposten der Eisenbahner kommt, an denen sich natürlich der Mob beteiligt. Bei dieser Gelegenheit werden Urlaubern die Waffen entrissen. Eine Durchsuchung der das Artilleriedepot zum Streik verlassenden Zivilangestellten ergibt, daß sie teilweise Handgranaten mitnehmen wollen. Man sieht, was beabsichtigt ist.

26. Juni.

Um zwei Uhr nachts ruft Voigt an, er bäte um 125 Mann nach Brockau, einem drei Kilometer langen Rangierbahnhof. Dort würde weiter geplündert. Der Bahn-

hofs-Kommandant in Brockau, ein sehr energischer Offizier scheinbar, sagt mir telefonisch, daß es sich um einen Transport von 130 Mann der für Kurland angeworbenen Eisernen Brigade handelt, der versucht, die auf den anderen Gleisen stehenden Güterwagen zu berauben. Die Streikleitung, ein total verschlafener Mann, spricht zunächst unverständlich und wird dann flegelhaft: Das General-Kommando solle sich nicht unterstehen, Militär zu entsenden, in Brockau seien schon Plünderer genug. Kühme bekommt sofort Befehl, dort einzugreifen. Auf dem Palaisplatz das übliche Bild. Tausende. Die Atmosphäre in Breslau wird immer schwüler. Vom Bahnhof werden vier geschlagene Soldaten zu mir geführt, denen man die Waffen und das Geld abnahm. Somit haben sich die Eisenbahner mit ihrer Streikleitung ins Unrecht gesetzt. Sie wird die erste sein, die unter dem Belagerungszustand verhaftet wird. Auch der Bevölkerung hat sich eine große Unruhe bemächtigt, es muß etwas geschehen.

Mittags beginnt es zu regnen, eine gewisse Beruhigung tritt in der Stadt ein. Nachmittags erscheinen der Kommandant, Hörsing, Prescher, Voigt und Seibold, um über die Verhängung des Belagerungszustandes einen Entschluß zu fassen. Hörsing hat sich den Obmann der Eisenbahnerstreikleitung namens Dintas bestellt und verhandelt allein mit ihm in meinem Zimmer. Sehr bald ertönt von dort ein so großer Skandal, daß ich glaube, die beiden prügeln sich. Doch wird mir bedeutet, das sei so Gewerkschaftsverkehr. Während Hörsing vorher bei mir für die Verhängung des Belagerungszustandes über ganz Schlesien war, damit wir die Bahn wieder in Betrieb bekommen, läßt er sich schließlich doch noch von dem Obmann einwickeln, da der Mann ihm zusagt, daß morgen mittag wieder gefahren würde. Der Streikleiter verschwindet durch eine andere Tür, so habe ich keine Einwirkung auf die beiden. Ich warne Hörsing, den Zusicherungen des Mannes zu trauen, erkläre, daß wir morgen genau so weit seien wie heute. Wir würden von einigen Spartakisten langsam geschoben, merkten oder wollten nichts merken und kämen auf diese Weise dem Abgrund immer näher. Voigt und Seibold behaupten, Linke-Hofmann arbeite morgen bestimmt wieder, die Eisenbahner würden sich einigen und dergleichen mehr. Jedenfalls soll nun noch ein Tag gewartet und dann der Belagerungszustand gleichzeitig mit dem Arbeitszwang verhängt werden. Denn es dreht sich nicht darum, lediglich die Leute von der Straße wegzukriegen, sondern um Wiederaufnahme der Arbeit.

Hauptmann von Stülpnagel kommt von Berlin zurück, berichtet, daß Noske eine militärische Diktatur ablehne. Oberst Reinhardt erklärt, es sei der Regierung nur erwünscht, wenn viele Offiziere gingen.

27. Juni.

Direktor Eichberg von Linke-Hofmann und Herrn Kemna hatte ich auf das General-Kommando gebeten. Sie teilten mir gestern brieflich mit, daß der Arbeitgeberverband fest bliebe, und daß beschlossen worden sei, erst dann mit den Arbeitern zu verhandeln,

wenn diese die Arbeit wieder aufgenommen hätten. Es würden pro Woche fünfzig Mark Teuerungszuschlag verlangt. Ich habe das Bedürfnis, vor diesen energischen Leuten, von denen ich Dr. Eichberg ganz besonders schätze, die Haltung des General-Kommandos zu rechtfertigen, damit uns nicht als Schwäche ausgelegt wird, was gestern technisch unmöglich war. Gestern schon habe ich geredet und gewarnt. Ohne Erfolg. Heute abend sind Hörsing und der Volksrat wieder auf dem General-Kommando versammelt. Früher verhängte das General-Kommando durch die Regierung den Belagerungszustand allein, heute müssen Reichskommissar und Volksrat gefragt werden. Letzteren zu hören ist deshalb praktisch, weil die linken Parteien, und sie gerade sitzen im Volksrat, einigermaßen sich mit der Verhängung des Belagerungszustandes abfinden müssen. Gegen dieses Machtmittel des alten Regimes besteht ein unglaubliches Mißtrauen, weil unter ihm tatsächlich diktatorisch regiert werden kann: Aufhebung der Versammlungsfreiheit, Schutzhaft (Rosa Luxemburg saß während des Krieges drei Jahre in Breslau), Pressezensur, Unterdrückung von Zeitungen usw. Es ist aber auch praktisch unmöglich, den Belagerungszustand anders denn gemeinsam mit den neuen Männern vorzubereiten, da sie zur jetzigen Regierung ganz andere Beziehungen haben als wir und dort bei ihren Duzbrüdern jede einseitig vom General-Kommando vorgeschlagene, ihnen nicht genehme Maßnahme sabotieren würden. Mit Leuten wie Voigt aber ist in dieser Beziehung vernünftig zu verhandeln, denn er will, wie wir, das Rechte: Ordnung, keine Straßenzusammenrottungen, keinen Terror. Daß er ein Kind seiner Partei, daß er selbst lange genug unter dem Belagerungszustand laborieren mußte, daß er ein tief eingewurzeltes Mißtrauen gegen diese Ausnahmegesetze empfindet, ist verständlich. Das „unverständliche Warten" aber des Bürgertums, das „schon längst" gewisser Zeitgenossen entstammt lediglich ihrer mangelnden Praxis oder, was meistens der Fall, ihrem sicheren Weit-vom-Schuß-sitzen. Ganz im Gegenteil bin ich der Ansicht, daß bis gestern zu warten richtig war. Heute aber ist der Zeitpunkt gekommen. Wäre ein Mittelding, ein Gesetz vorhanden, daß die alles verhetzenden Zeitungen, wie der „Kommunist" und die „Arbeiterzeitung", hätten verboten werden können, so wäre dies natürlich schon längst angewendet worden. Aber eine derartige Bestimmung fehlt. Zwar besteht noch ein Paragraph gegen Aufreizung zum Klassenhaß. Dieser Paragraph ist aber so unpopulär — denn alle sozialdemokratischen großen Führer haben ihn am eigenen Leibe gespürt —, daß ihre Nachfahren ihn auf das erbittertste bekämpfen. Predigen sie doch gerade als ihr erstes Dogma den Klassenhaß.

Von überall ärgerliche Nachrichten. Auf dem hiesigen Hauptbahnhof werden nach wie vor Soldaten entwaffnet. Auf dem Bahnhof Brockau wird geplündert. Einen Kriminalbeamten, der einen Verbrecher festnimmt und verwundet, verfolgt man bis ins Landgericht. Ein Mann, der vor dem Rathaus anderer Ansicht ist als ein Hetzer, wird in einen Laden gejagt, den die Menge dann untersucht. Jetzt ist der Augenblick gekommen, den Ausnahmezustand zu verhängen.

Gruppe Nord, Major Frantz, telegraphiert, daß die Truppen den Offizieren aus der Hand kämen, da die Erbitterung über die streikenden Eisenbahner sich bei der Truppe kaum noch eindämmen ließe. Brot mußte von hier nach Oels in Lastkraftwagen gebracht werden, ein Wagen fiel um, und das Brot für die Soldaten fehlte.

Acht Uhr abends. Wir sind versammelt wie gestern, trennen uns wieder bis zehn Uhr, weil der Polizeipräsident erklärt, es fände jetzt gerade eine Abstimmung im Schießwerder statt, die sich für die Wiederaufnahme der Arbeit morgen aussprechen würde. Ich glaube nicht daran. Um zehn Uhr sind erschienen Hörsing, Stadtrat Prescher, Voigt, Assessor Ollendorff und der Pressechef Schneeweiß vom Volksrat, Rittmeister Weyrauch und Walther-Weisbeck, Oberleutnant Amelung und die beiden Leutnants v. der Osten und v. Studnitz, unsere „Zauberlehrlinge". Nach Eröffnung setze ich mich für die Verhängung des Belagerungszustandes ein. Ich begründe dies nicht nur mit der Breslauer, sondern vor allem mit der Lage im Reich, in Berlin, Hamburg, Frankfurt. Es bestünde eine klar erkennbare Wechselwirkung zwischen diesen Großstädten. Daß die Kommunisten von Berlin ihre Befehle bekommen hätten, sei ja genügend bekannt. Eine Wiederaufnahme der Arbeit vor Dienstag würde weder bei der Eisenbahn noch bei Linke-Hofmann stattfinden (heute ist Freitag). Der Reichskommissar setzt sich ebenfalls sehr energisch für die Verhängung ein. Zu meinem Erstaunen aber ist Voigt völlig dagegen. Er ist der festen Hoffnung, daß morgen bestimmt bei Linke-Hofmann und sehr wahrscheinlich bei der Eisenbahn gearbeitet werde. Würde heute nacht der Belagerungszustand verhängt, so würden selbstverständlich die Arbeiter sämtlich den Betrieben, und wahrscheinlich für längere Zeit, fernbleiben. Wenn ich für die Abhängigkeit Voigts von seinen Arbeitskollegen noch Verständnis habe, so ist mir die Haltung des Vorsitzenden des Volksrates, des Stadtrates Prescher, der Demokrat ist, völlig unverständlich. Auch er lehnt absolut den Belagerungszustand ab. Dabei spielen sich gerade die turbulentesten Szenen vor dem Rathaus ab, allerdings nicht ohne seine Schuld, weil er damals einer jener Herren unter Löbes Vorantritt war, die den Zwanziger-Rat anerkannten. Und gerade dieser Zwanziger-Rat ist es, der seit jenem Tag sich immer unverschämter gebärdet und sich zielbewußt anschickt, die Diktatur des Proletariats in Breslau aufzurichten. Den Namen Arbeiterrat hat der Zwanziger-Ausschuß bereits in Vollzugsrat geändert und dem Volksrat befohlen, sich am nächsten Ersten aufzulösen.

Gegen diese Schwierigkeiten der Ablehnung des Belagerungszustandes, auch in diesem kritischen Augenblick, wende ich ein, daß die Truppe nicht mehr verstünde, was sie solle und einfach auseinanderlaufen werde. Eben habe sie die schwere Belastungsprobe durch die Annahme des Friedens durchgemacht, jetzt falle die Menge sogar über einzelne Soldaten her. Das Telegramm der Gruppe Nord aus Oels aber weise bereits auf die Verpflegungsschwierigkeiten hin. Wenn die Verpflegungslage schon in den ländlichen Kreisen zu denken gäbe, so würde sie in Oberschlesien mit seinen angehäuften Truppenmengen sich sehr bald katastrophal auswirken. Höchstwahrscheinlich würde dies dahin

führen, daß die Soldaten sich selbst ihr Recht suchten und es zu einer offenen Militärrevolte käme. Dafür könne man dann nicht das Offizierkorps verantwortlich machen, sondern die Verantwortung trügen alle die Herren, die sich heute abend den Ausführungen des General-Kommandos widersetzten. Der Polizeipräsident, dessen Widerstand sich übrigens nun auch Hörsing anschließt, will zunächst wieder die Streikleitung anrufen, um sie zu veranlassen, die Verpflegung für die Truppe zu fahren. Die Eisenbahner-Streikleitung aber ist stark dickfellig. Die Leute, die erreichbar, erklären, das Resultat für morgen könnten sie nicht voraussagen. Auf meinen Einwurf, daß morgen ganz bestimmt nicht gefahren würde, denn sonst wüßte es die Streikleitung doch, und daß die Situation morgen schon so sein könne, daß wir ihrer kaum noch Herr würden, soll wieder mit der Metallarbeiterstreikleitung verhandelt werden. Zwischendurch werden halbe Maßregeln vorgeschlagen, die Verhängung des Belagerungszustandes jeweils in das Belieben des örtlichen Militärbefehlshabers zu stellen, Verpflegungszüge mit militärischer Besetzung fahren zu lassen und dergleichen mehr. Oberleutnant Amelung, der fortwährend telefoniert, kommt mit neuen, schlechten Nachrichten von Zusammenrottungen und Bahnhofsplünderungen. Inzwischen ist es Mitternacht geworden. Jetzt erkläre ich es für technisch kaum noch möglich, die Truppe bis heute früh nach Breslau hereinzulegen. Voigt und Hörsing zaudern immer noch, ihre Abhängigkeit von den Gewerkschaften macht sich geltend. Sie telefonieren, reden auf die Streikleitungen ein. Die beiden erreichen nichts bei ihnen, die wieder nur ausweichend und höchst renitent antworten. So überzeugt sich schließlich der Staatskommissar selbst, daß die Not der Stunde nicht mehr anders als durch den Belagerungszustand zu bannen ist. Der Ausnahmezustand wird verhängt. Die vollziehende Gewalt ging soeben an den Militärbefehlshaber über.

28. Juni.

Um sechs Uhr vormittags weckt mich der Portier vom Monopolhotel: auf dem Bahnhof wird mit Kanonen geschossen! Da der Mann von der Verhängung des Belagerungszustandes nichts wissen kann, muß es also stimmen. Ich gehe auf das General-Kommando und erwarte das Einrücken von Aulock und Füsilierregiment 38. Es wird siebeneinhalb Uhr, niemand erscheint. Große innere Erregung, da ich mir bewußt bin, daß trotz des Belagerungszustandes die Stadt im Augenblick schutzlos ist, wenn die Streikenden, durch den Eingriff auf dem Bahnhof veranlaßt, sich in anderen Teilen der Stadt zusammenrotten. In Breslau streiken allein 12000 Menschen.

Um acht Uhr trifft der Kommandeur der 38er mit seinem ersten Bataillon auf dem Palaisplatz ein; das zweite folgt erst in einigen Stunden. Die Plakate über den Belagerungszustand sind noch nicht angeschlagen, da sie wegen der Geheimhaltung vorher nicht gedruckt werden konnten. Der Palaisplatz wird abgesperrt, vier Geschütze des Feldartillerie-Regiments 6 aufgefahren. Es regnet. Ein großer Vorteil, da Nässe die Menge von der Straße fernhält.

Um sieben Uhr vormittags bereits von Amelung und Petter die ersten alarmierenden Nachrichten: „entweder die Truppen werden zurückgezogen oder die Eisenbahner sprengen das Gleisdreieck Pöpelwitz." Detachement Kühme hätte den Bahnhof noch nicht besetzen können. Im ehemaligen General-Kommando gegenüber dem Bahnhof seien durch das Schießen sämtliche Scheiben zersprungen. Inzwischen ist Aulock eingetroffen, hat das Rathaus und das dortige Viertel besetzt. Natürlich geht es bei mir zu wie im Taubenschlag. Was ich gestern und heute früh in der Beratung über den Belagerungszustand gesagt habe, ist eingetroffen. Linke-Hofmann streiken nach wie vor. Die Arbeiter wissen aber noch nicht, daß das Militär eingerückt ist, sonst würde dieser Vorgang natürlich als Grund für den Streik ausgeschlachtet. Der bisherige sozialdemokratische Arbeiterrat ist abgesetzt und ein unabhängiger gewählt worden, der die bekannten bolschewistischen Forderungen erhebt: Fünfzig Mark Zuschuß pro Woche usw. Zwischendurch gehen die Verhandlungen Voigts mit den Eisenbahnern weiter. Kühme hat den Hauptbahnhof besetzt, die dortigen Eisenbahnerstreikposten sind verschwunden. Es sieht so aus, als ob die vernünftigeren Elemente die Oberhand bekommen sollten. Der Mob aber ärgert in den Straßen um den Bahnhof herum (Taschen-, Garten- und Brüderstraße) die Posten vom Bataillon Kühme. Es soll Tote und Verwundete gegeben haben. Höchst wahrscheinlich sind es wieder Neugierige und Unschuldige, die in die Sache mit hineingerissen wurden.

Um fünf Uhr nachmittags bereits ein kritischer Augenblick. Kühme hat Bedenken, ob, wenn er nicht ganz energisch von seiner Schußwaffe Gebrauch mache, er die Straßensperre halten könne und nicht auf das ehemalige General-Kommando zurückgedrückt würde. Die Kommandantur meldet, daß sie keinerlei Reserven mehr habe. Ich gehe selbst zu Weyrauch (Generalstabsoffizier bei der Kommandantur), um ihn zu beruhigen, denn es kommt alles darauf an, daß wir noch über die nächsten Stunden hinwegkommen und uns den Pöbel vom Halse halten, der natürlich das Dunkel der Nacht ausnutzen will. Der strömende Regen ist unser bester Bundesgenosse. Jedenfalls mache ich mir ernste Sorgen, daß in eine Stadt von 600000 Menschen nicht mehr als eine Gefechtskraft von 10070 Mann gezogen wurde, und gebe Befehl, daß morgen die Waldenburger und die 7. Grenadiere in Breslau einrücken. Regiment 19 und Freikorps Görlitz werden noch an die Peripherie der Stadt gezogen.

Gegen elf Uhr abends zum Bahnhof, wo noch ziemlich geschossen wird. Auch Hörsing kommt mit. Er hat nachmittags mit der Streikleitung der Eisenbahner verhandelt. Diese rückt jetzt weit von den Unruhen ab, die spartakistische Elemente hervorgerufen hätten. Morgen soll die Arbeit wieder aufgenommen werden. Der mit dem Belagerungszustand verkündete Arbeitszwang wird nachgeholfen haben und ebenso die Festsetzung der hauptsächlichsten Breslauer Hetzer. Der Staatskommissar ist ziemlich aufgeregt und meint, die Soldaten seien zu nervös. Als an der Bahnhofspost geschossen wird und man den Feuerstrahl aus dem Lauf blinken sieht, sagt der Staatskommissar

erregt: „Sehen Sie, das ist wieder eine solche unnötige Schießerei." Ich erwidere ihm: „Können Sie das von hier aus beurteilen?" Worauf Hörsing sagt: „Nein, Sie haben recht." In anderen Fällen wird es wahrscheinlich ähnlich gewesen sein. Voigt, wie immer, ruhig und vernünftig. An Ort und Stelle wird angeordnet, daß Kühme gegen Mitternacht die Posten einzieht und den Straßenverkehr freigibt. Ich hatte diese Anordnung zunächst im Laufe des Abends mit Aulock besprochen, der ja große Erfahrung mit Straßenkämpfen in Oberschlesien hat. Aulock war durchaus für diese Maßnahme und wies darauf hin, daß man stets die Straße so bald als möglich freigeben solle. Denn Druck erzeuge Gegendruck, und um Mitternacht ebneten sich die Wellen doch von selbst, besonders bei Regen. Kühme macht bei diesen Überlegungen keine Schwierigkeiten, was mich eigentlich wundert. Denn nachdem unter Verlusten und unter gemeinen Beschimpfungen des Gesindels der Großstadt Kühmes Freiwillige seit dem frühen Morgen in Ruhe und Zurückhaltung die Absperrung gegen den Bahnhof hier durchführten, heißt es hohe Anforderungen an die Selbstlosigkeit dieser Truppe stellen, wenn nunmehr befohlen wird, daß sie versuchsweise die Straße räumen soll. Noch ist es ganz ungewiß, wie lange der Belagerungszustand zu halten ist. Daß Eisenbahner, Gewerkschaften, „Volkswacht", Linke-Hofmann die Aufhebung sofort wieder verlangen werden, ist klar. Jetzt heißt es nur, Hörsing den Rücken stärken. Auch ist nach einigen Tagen wie immer nur die Haltung des Militärs an dem „Blutbad" schuld.

29. Juni.

Die Eisenbahn soll heute wieder fahren. Es erscheint ein Extrablatt der Streikleitung, das die Wiederaufnahme der Arbeit ankündigt, da Hörsing angeblich „ehrenwörtlich" eine ganze Menge Zusagen gemacht hat, darunter auch, daß das fremde Militär sofort zurückgezogen würde. Dieser letzte Punkt wäre an sich nicht verwunderlich, trotzdem hoffe ich, daß er in dieser Form nicht stimmt. Entsprechend Hinweis an den Kommandanten, daß er sich keinesfalls in militärische Angelegenheiten dreinreden lasse. Nicht mehr der Staatskommissar ist von jetzt an für die Ordnung verantwortlich, sondern nur noch der Militärbefehlshaber.

Wilde Gerüchte in der Stadt und auch im General-Kommando. Die Spartakisten wollten den Freiburger Bahnhof stürmen. Linke-Hofmann bewaffneten sich, sie hätten seit langem bereits einen großen Waggon mit Handgranaten abgestellt usw. Nachmittags um zwei Uhr fährt der erste Zug. Der Sonntag verläuft im übrigen ruhig. Von der Studentenschaft haben sich viele als Zeitfreiwillige in der Kürassierkaserne eingefunden.

30. Juni.

Ich erkundige mich bei Hörsing nach seiner Erklärung wegen Herauslegen des Militärs. Hörsing sagt, daß es ihm überhaupt nicht eingefallen wäre, derartige Äußerungen zu

machen. Es sei alles entstellt. Er ist gleich mir der Ansicht, daß an eine Aufhebung des Belagerungszustandes in absehbarer Zeit überhaupt nicht zu denken ist. Da in der Stadt alles ruhig bleibt, sollen morgen die Freiwilligen-Detachements und Füsiliere 38 wieder herausgelegt werden. Je weniger man vom Belagerungszustand merkt, um so besser.

1. Juli 1919.

Morgens Parade über Füsiliere 38 und die Detachements. Auch unsere General-Kommandowache Kühme, die in den schweren Zeiten so lange bei uns war, verläßt uns. Ich hatte mich schon ganz an die Leute gewöhnt und sehe sie nur schweren Herzens scheiden. Alles Menschen von tadelloser Haltung und mit anständigen Augen. Für sie zieht die Kompagnie Czettritz vom Freikorps Paulssen auf.

Die Absperrungskette auf dem Palaisplatz umsäumen Tausende. Flotow, der sich in Zivil unter die Arbeiter mischt, hört eine besonders anerkennende Bemerkung: „Diese gemeinen Lumpen im General-Kommando haben die ganze Sache wieder in Ordnung gekriegt.“

Es ist ein schönes militärisches Schauspiel, das sich entrollt, dessen ich aber trotz allem nicht froh werde, weil ich innerlich durch die lange Arbeit recht müde geworden bin und deshalb jetzt sehr gegen das Feilschen um die Dauer des Belagerungszustandes ansehe. Das „Zuerst den Belagerungszustand aufheben, dann erst wieder in die Betriebe gehen“ der Gewerkschaften wird wahrscheinlich morgen die Parole sein, sie ist mir ja nicht unbekannt.

Der Kommunist Larisch, der mich neulich auf dem General-Kommando besuchte, schreibt mir einen Brief aus dem Zellengefängnis in der Kletschkaustraße, er sei durch die Kommandantur verhaftet worden, habe mit Politik nie etwas zu tun gehabt und sich stets nur mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigt. Er war der von der Deputation neulich (s. 20. Juni), der mir bei weitem am besten gefiel. Nach Rücksprache mit dem Volksrat, der sich auch für ihn verwendet, wird Larisch freigegeben.

Auseinandersetzung am Telefon mit dem Redakteur der „Volkswacht“, Darf. Dieses Sprachrohr der Regierenden hat wiederum einen Schmachartikel über die Vorgänge in Breslau vom 28. gebracht; es wird alles angezweifelt, man spricht höhnisch vom „Generalstabsbericht“, und nur Abfälliges ist zu lesen. Ich verbitte mir im Interesse der Truppen derartige Veröffentlichungen. Nur mit Voigts Hilfe ist es für uns möglich, einen zweiten Artikel zu verhindern. Eigentlich sollte ich mich nun über die Anwürfe und ihre durchsichtigen Gründe nicht mehr groß ärgern. In der Öffentlichkeit werden wir von den Genossen heruntergerissen, hinter den Kulissen aber besprechen die erwählten sozialdemokratischen Führer alles mit uns im General-Kommando. Diese dumm-schlaue Taktik schweißt die Truppe nur noch mehr zusammen, sie weiß am handgreiflichsten, wie ihre „Provokationen“ aussehen und ist

helle genug, die wahren Motive der „Volkswacht“ zu erkennen. Das einfachste wäre, diese noble Gesellschaft das nächste Mal, wenn sie wieder im Druck sitzt, in ihrem eigenen Fett schmoren zu lassen.

Wähnte sich die „Volkswacht“, wie auch die übrigen sozialdemokratischen Zeitungen Schlesiens, in Sicherheit, dann fiel sie aus parteipolitischen Gründen über die Truppe her, die sie nicht brauchte. Die Errungenschaften der „Sozialistischen Republik“, wie es damals zunächst in den Erlassen der Volksbeauftragten und in allen sozialdemokratischen Blättern selbstverständlich hieß, wurden allem vorausgestellt. In erster Linie sollte das Sozialistisch-Sozialdemokratische gefestigt werden, für das die Republik das Trittbrett bildete. Und aus marxistischen Gründen, die bekanntlich mit dem Deutschtum nicht das geringste zu tun haben, sabotierten diese Blätter jeden Wiederaufbau der Wehrmacht, der im Parteiprogramm in Grund und Boden verdammt war. Die Angriffe richteten sich zumeist gegen die Vorgesetzten, um einen Keil zwischen diese und die Untergebenen zu treiben und um später erklären zu können: „Nein, die Soldaten haben wir nicht gemeint, denn diese gehören ja zum Volk!“ Und umgekehrt krochen und wimmerten diese Nutznießer der neuen Zeit dann, wenn sie unmittelbare Gefahr für sich selbst witterten. Im Herbst 1919 schrieb z. B. die „Volkswacht“: . . „der älteste Sohn des früheren Kronprinzen soll als Kaiser ausgerufen, ein Regentschaftsrat mit Ludendorff an der Spitze eingesetzt“ werden, und bettelte dann in ihrer Angst weiter: . . „leider ein Teil unserer Presse hat geglaubt, politisch klug zu handeln, wenn sie über die Offiziere (s. S. 21) und Soldaten nach allen Regeln schimpfte. Ein ganz guter Genosse mußte am Vormittag und Nachmittag ein paar Noskiten verspeist und ein ganzes Dutzend mit schimpfenden Redensarten totgemacht haben“. Als dann die Gefahr: Enkel des Kaisers — Regentschaftsrat — Ludendorff — vorbei war, kroch man wieder aus den Ritzen. Nachdem zwischendurch schon von Mißhandlungen durch die Reichswehr im eben mühsam niedergerungenen Polenaufstand gesprochen wurde, nachdem früher ein Artikel über einen stehlenden Offizier erschienen war — ein Pamphlet, für dessen völlig aus den Fingern gesogenen Schmutz wir einen Widerruf nicht erreichen konnten — brachten die gelehrigen Schüler des inzwischen in die Nationalversammlung berufenen ehemaligen Redakteurs Löbe einen Artikel „Hundert Millionen dem Deserteur“. Über diese letzten Schamlosigkeiten kam es zu erbitterten Auftritten zwischen dem General-Kommando, das sich schützend vor den Obersten Kriegsherrn stellte, und dem Oberpräsidium. Der Oberpräsident Philipp erkannte selbstverständlich, wohin diese Dinge treiben müßten, sah sich aber außerstande, in irgendeiner Weise auf das Zentralorgan seiner Partei einzuwirken. Denn damals schon begannen die eigenen Genossen gegen Philipp wegen seiner ruhigen Haltung Front zu machen und seinen Sturz vorzubereiten.

Im Kapputsch, vier Wochen nach ihrem letzten rüdigen Erguß, wurde die „Volkswacht“-Druckerei von den erbitterten Truppen schwer demoliert. Beinahe eineinhalb Jahr

war sie vom General-Kommando gewarnt worden, sie hatte nicht gehört. Jetzt schrie sie über die Rohheiten, die doch nur sie und ihresgleichen allein heraufbeschworen hatten. Wie gegen das Heer, so sind auch sonst in Schlesien die Handlungen der Sozialdemokratie nur von der Angst um den Verlust des Einflusses, von der Sorge um das Abgleiten der Massen diktiert gewesen. Als, wie erwähnt, ihr Breslauer Führer Löbe am 6. April den Kommunisten Auflösung des Volksrates, Neuwahlen, Sitz und Stimme im neuen Rat versprach (s. S. 162 ff.), handelte er nur aus den vorstehenden Erwägungen, für die ein demokratisches Mäntelchen herhalten mußte. Nackt aber war es so, daß der Kampf um die persönliche Macht — gleich „Wohl der Volksgenossen" — die Sozialdemokraten zu jedem Mittel, sei es Unterhöhlen der Wehrmacht oder Paktieren mit den Kommunisten, greifen ließ.
Aus der Geschichte aber wollen wir lernen!

Die Studenten der Technischen Hochschule haben sich bereit erklärt, beim Streik der städtischen Arbeiter Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke in Schwung zu halten. Ich suche den Rektor auf und spreche ihm den Dank des General-Kommandos aus, daß die Technische Hochschule sich auf ihrem Gebiet so für Breslau bemüht habe. Goldschmidt, Charlottenbrunn, teilt telefonisch mit, daß die Tschechen auf Grund der ersten Kudowa-Besprechung nunmehr am 3. dort mit uns weiterverhandeln wollen.

2. Juli.

Grenadier-Regiment 7 wird um sieben Uhr vormittags auf dem Palaisplatz verabschiedet; anschließend mit dem Unterpersonal des General-Kommandos über die Grußpflicht und das Vorgesetztenverhältnis gesprochen.
Überlegung über die Dislokation unserer vier Reichswehrbrigaden in Mittel- und Niederschlesien nach der Räumung von Oberschlesien. Pückler kommt und meldet sich ab. Mir wird auch deshalb der Abschied schwer, weil sein Scheiden aus dem General-Kommando den Beginn des Abbaues von uns allen bedeutet. Seine Stelle will ich nicht mehr besetzen, da mir die eigenen Rücktrittsgedanken jetzt stärker denn je vor die Seele treten.

Da sich dann doch das Fehlen eines Nachfolgers fühlbar machte, wurde der Hauptmann im Generalstab der O. H. L. v. Rothkirch — ehemaliger Leib-Garde-Husar —, der häufig von Kolberg aus zu uns geschickt war, angefordert und überwiesen. Klug, geschickt, besonders taktvoll, hat Rothkirch dem General-Kommando wertvolle Dienste geleistet.

Mittags zwölf Uhr Sitzung des Direktoriums im Polizeipräsidium, an der auch zum ersten Male seit seiner Verwundung der Oberpräsident Philipp wieder teilnimmt. Es findet eine Vorberatung über die heute nachmittag um vier Uhr stattfindende Sitzung des Ostmarkenparlamentes Süd und des Aktionsausschusses statt. Sehr beweglich

schildert der Gemeindevorsteher von Honig im Kreise Groß Wartenberg die unglaubliche Lage, in der die rein evangelische Gemeinde durch Abtretung an Polen kommen wird. Es ist ein schamloser Schacher, den die Entente mit rein deutschen Gebieten treibt. Auch die Kempener Herren sind in dieser Sitzung anwesend und bringen Klagen vor. An Kempen, das wir so lange hielten, wird der Pole hernach seine ganze Wut auslassen.

Nachmittags in der Sitzung im Ostparlament Süd im Landeshaus soll die Frage der Selbstverwaltung der Provinz Oberschlesien nicht angeschnitten werden. Heute vormittag wird sie im Volksrat wieder behandelt. Ein Ingenieur Heinze machte Vorschläge.

Über das Zustandekommen des Gesetzes zur Schaffung der Provinz Oberschlesien.

Um die Jahreswende 1918/19 schien es bereits zweifelhaft, ob Oberschlesien beim Reiche zu halten sei. Polnische Agitation, polnische Lockungen und Versprechungen setzten ein und verfingen; hauptsächlich rechneten sie mit dem religiösen Charakter der oberschlesischen Bevölkerung. Der Widersacher gerade auf diesem empfindsamsten aller Gebiete war Adolf Hoffmann, Preußens Kultusminister. Seine Bestallungsurkunde beauftragte ihn „für die gradlinige Ausbreitung der Kulturinteressen in Preußen zu sorgen". Der Minister brachte darauf das Gesetz auf Trennung von Staat und Kirche ein. Herr Haase*) unterstützte dann noch den Zehn-Gebote-Hoffmann und hielt öffentliche Reden über diese besonders vordringliche Angelegenheit in Gleiwitz und anderswo.

Nur Landfremde hatten die Wirkung solcher Kulturmaßnahmen nicht vorausgesehen. Die Loslösungsbestrebungen setzten nunmehr in verschärftem Maße ein, Zeitungspolemiken folgten, es blieb nicht mehr bei dem Gedanken, Oberschlesien selbständig zu machen, sondern nunmehr sollte auch ganz Schlesien sich von Preußen lossagen. Denn neben Adolf Hoffmann trieben in Berlin noch andere Prominente ihr politisches Unwesen und ließen ein Zusammenleben mit ihnen auf die Dauer als recht gefährlich erscheinen.

Das General-Kommando stand allen diesen Erörterungen, die auch auf den Volksrat übergriffen, zunächst völlig fremd gegenüber (vgl. 31. Dezember 1918), es befaßte sich lediglich mit der trostlosen militärischen Lage innerhalb seiner Truppen.

Der Volksrat berief unter dem 30. Dezember eine feierliche Versammlung nach Breslau ein. Minister Hirsch führte den Vorsitz, der Volksbeauftragte und Oberschlesier Dr. Landsberg war gleichfalls erschienen. Vorschläge wurden erwogen, Betrachtungen angestellt, und schließlich hatte es bei Versprechungen sein Bewenden. Sie sahen für Oberschlesien gewisse Sicherheiten zumeist auf kulturellem Gebiete vor (s. 2. Januar 1919).

---

*) Volksbeauftragter vom 12. 11. 18.

Diese Versprechungen verfingen selbstverständlich nicht. In Oberschlesien ging die Propaganda für die Rettung der Religion durch ein von Preußen unabhängiges Gebilde unvermindert weiter. Trotzdem wurde dieses heiße Eisen in der ersten Hälfte des Jahres 1919 offiziell von keiner Partei wieder angefaßt. Der Volksrat erinnerte zwar hin und wieder unter der Hand Berlin daran, daß in Oberschlesien noch ungelöste Fragen der Entscheidung harrten; ein greifbarer Erfolg dieser Vorstellungen war jedoch nicht erkennbar.

Das hatte seinen guten Grund. Gab man Oberschlesien irgendwelche provinziellen Vorrechte, dann stärkte man dort Zentrum und Bürgertum. In Preußen waren die anderen Trumpf, und ihr Sachverständiger und Vertrauensmann für Oberschlesien war Otto Hörsing. Der Staatskommissar aber sollte zugeben, daß die „Pfaffen und der Geldsack" in seiner Domäne die Oberhand bekämen? Denn er, mit dem Redakteur Okonski vom „Volkswillen" hinter sich, fühlte sich doch in erster Linie dazu berufen, die wirklichen Interessen des Volkes dort im Südosten Preußens zu vertreten. Man konnte ihm keinen Vorwurf daraus machen, daß er sich vor allem politisch für das Volk im Arbeiterrock einsetzte. Das aber, was Hörsing stets vom Arbeiter in Oberschlesien behauptete, er sei religionsfeindlich, paßte nur auf den Teil der Arbeiter, hinter dem die Gewerkschaftssekretäre standen. Hörsing setzte „organisiert" mit „Arbeiter" gleich. Unter dieser Voraussetzung traf allerdings „verhetzt gegen die Religion" zum großen Teil zu. Die Werktätigen jedoch, die außerhalb der Gewerkschaftsbewegung standen, gehörten nach wie vor der Kirche an; über sie sah der Staatskommissar einfach hinweg.

Selbst das Zentrum, das es doch am meisten anging, setzte die politische Gestaltung Oberschlesiens in der Landes- oder in der Nationalversammlung nicht auf die Tagesordnung. Es faßte zwar in Kandrzin eine Resolution, der dort zweihundert Vertrauensleute zustimmten und in der die Kulturautonomie für Oberschlesien verlangt wurde. Aber einen erkennbaren Erfolg hatte auch diese Manifestation nicht. Die berufenste Stelle, diese hochwichtige schlesische Frage anzuschneiden, war der Zentralrat der Provinz in Breslau. Ihm hatte Hörsing seit langem erbitterte Fehde angesagt, besonders seinem geistigen Führer, dem Stadtrat Prescher. Wie bereits angedeutet, arbeitete der Stadtrat zwar für sich weiter an der Lösung des oberschlesischen Problems. Zunächst aber stand er allein, sah weder Aussicht noch Weg, Hörsing, mit der Sozialdemokratie hinter sich, zu überrennen.

In den ersten Julitagen erschien im Volksrat ein einzelner Mann, der sich über alle diese auch ihm bekannten Schwierigkeiten hinwegsetzte, kurzerhand für Oberschlesien die Selbstverwaltung als Provinz verlangte und die Lösung dieses Problems ein großes Stück förderte. Ingenieur Heinze aus Kattowitz, Vorsitzender des Akademischen Heimatschutzes, der häufig auch bei den Militärbehörden in O. S. vorsprach, trat vor den Volksrat, nutzte die heranrückende Abstimmung als Druckmittel aus und brachte den Stein tatsächlich auf der Stelle ins Rollen. Hierbei kam dem Ingenieur

allerdings eine Entschließung des Kreiskomitees der oberschlesischen katholischen Volkspartei zustatten. Ende Juni hatte es in Beuthen getagt. Eindeutig und nicht allzu bescheiden erklärte hier das Zentrum: erst eine Regierungskundgebung, daß Oberschlesien ein autonomer Bundesstaat wird, dann unsererseits erst Einsetzen der Agitation zum Verbleiben Oberschlesiens beim Reich. In kaum einer Woche entstand im Verfolg dieser Aktion, unter Arbeit und Gegenarbeit, zunächst einmal eine Regierungserklärung, die für Oberschlesien einen Beirat zusicherte. Dieser Beirat — selbstverständlich eine halbe, tastende und niemanden befriedigende Lösung — war nur eine Etappe in dem Kampfe, der jetzt um die Provinz Oberschlesien entbrannte. Im Zentralrat, im Aktionsausschuß und im Ostparlament stritt man weiter um Zugeständnisse, die man Oberschlesien machen wollte. In Weimar, in der Preußischen Landes- und in der Nationalversammlung, befehdete man sich unter Assistenz eines Heeres von Oberschlesien-Kennern. Bürgertum, Zentrum und auch einige maßgebende Sozialdemokraten, wie Oberpräsident Philipp und Polizeipräsident Voigt, standen wider Hörsing mit seinem aufgeregten Anhang. Die einen argumentierten: Wenn nur mit provinziellen Zugeständnissen die polnischen Anerbietungen an Oberschlesien zu paralysieren sind, so sollten sie jetzt so kurz vor der Abstimmung gegeben werden. Hörsing aber begehrte auf: Es handele sich nur um eine Zentrumsmache, die unter dem Deckmantel der Provinz Oberschlesien im Trüben fische, die Arbeiterschaft sei und bleibe religionsfeindlich. Jede Konzession an die verhaßte Kirche würde sie seiner Partei noch abspenstig machen. Geistlichkeit und Schwerindustrie hätten mit einem deutschen Oberschlesien nichts zu tun, nur dort seien sie zu finden, wo ihr Profit wäre.

Für die durch den Staatskommissar so übel beschuldigte Geistlichkeit Oberschlesiens eine Lanze zu brechen, erübrigt sich. Denn der Preußische Landtagsabgeordnete Hörsing hat eingesehen, daß er den „Pfaffen“ bitteres Unrecht getan hat; sitzt er doch seit langem brüderlich Seite an Seite mit ihnen und lenkt die Geschicke Oberschlesiens im Preußenparlament in vollster Harmonie mit dem katholischen Klerus.

Wie aber sahen in Wirklichkeit die „Industriebarone“ aus, denen der Staatskommissar in öffentlichen Versammlungen und bei jeder sonstigen Gelegenheit in rücksichtsloser Erbitterung jene schandbaren Eigenschaften entgegenschleuderte? Es waren dieselben Männer, die am 4. November 1918 in Oppeln bei der Handelskammer die „Freie Vereinigung zum Schutze Oberschlesiens“ aufgezogen und sie überhaupt ermöglicht haben. Aus der „Freien Vereinigung“ sind die „Heimattreuen“ entstanden, deren Name „Heimattreue Oberschlesier“ übrigens durch zwei Offiziere des General-Kommandos, die Hauptleute von Flotow und Land, geprägt wurde. Damals und jetzt waren und blieben diese Heimattreuen die Träger leuchtendster Vaterlandsliebe für diesen so heiß umstrittenen Winkel Deutschlands. Wie gesagt, aber waren ihre Väter dem Staatskommissar auf das höchste verdächtig. Überdies finanzierte diese selbe Industrie ein ganzes Freiwilligenregiment: das oberschlesische Freiwilligen-

korps. Dessen Taten sind nach dem Willen seiner Stifter, die hierzu noch ihr Bestes an Beamten, Angestellten und Arbeitern hergaben, festgelegt in der Geschichte der Erhaltung Oberschlesiens beim Reich!

Der Vorschlag des Ingenieurs Heinze, den der Stadtrat Prescher am 2. Juli 1919 in der Vorstandssitzung des Zentralrates gleich als Aufforderung an die Staatsregierung zu Papier gebracht hatte, zeitigte, wie bereits erwähnt, zunächst einen Beirat. (Erklärung des Preußischen Kabinetts vom 9. Juli 1919). Aus dem Bestreben der Sozialdemokratie, die Angelegenheit zu verschleppen, entwickelte sich dann im August/September eine üble Pressekampagne. Durch Schuld der Berliner Regierung war nunmehr aus dem oberschlesischen Problem eine einseitige Zentrums- — nicht katholische — Sache geworden. Hätte man Ende 1918 Oberschlesien, wie längst besprochen und von vernünftigen Leuten angeregt, provinzielle Vorrechte verliehen, so wäre das, ohne großes Geräusch zu machen, möglich gewesen. Vorwärts gestoßen, getreten und bekämpft, mußte jetzt die Regierung sich nach und nach mit Gewalt alles aus den Zähnen reißen lassen. Die Pressekampagne war in diesem Augenblick, im Hinblick auf die vor der Tür stehende Besetzung Oberschlesiens und die dann folgende Abstimmung, besonders unerfreulich. Das Zentrum hatte bereits die Kirche als Märtyrer vorgeschoben; es war nur noch bereit einzulenken um den Preis des Eingehens auf die Wünsche des oberschlesischen Klerus. So begann die Reichsregierung, in der bekanntlich Herr Erzberger als Finanzminister saß, sich alsbald auf den „Zentrumswunsch“ für die Provinzialautonomie Oberschlesiens einzustellen. Daß die Wendung auf dieser Basis kommen sollte, war selbstverständlich allen, außer den Nutznießern, im höchsten Grade unerwünscht. Man mußte es Hörsing durchaus nachfühlen und ihm recht geben, wenn er sich hier in lebhaftester Opposition betätigte. Sein ganzer Haß ergoß sich in allen Sitzungen über die katholische Geistlichkeit, der man alle Knochen hinschmeißen müsse, um wenigstens das Schlimmste bei der Abstimmung abzuwenden. Und der Oppelner Regierungspräsident, der als Katholik und Oberschlesier den Klerus kannte, mußte zugeben, daß ein großer Teil von diesem zu Polen neige. Das tat er aber nicht erst seit dem Juli 1919; sondern längst schon war bekannt, daß besonders die jungen katholischen Geistlichen, die aus den kleinen ländlichen Familien stammten, in der polnischen Frage sich gegen die alten, völlig deutsch denkenden Pfarrer stellten. Anstatt aber mit den Tatsachen zu rechnen, mit feinem Fingerspitzengefühl die heikle Angelegenheit anfangs des Jahres leise hinter den Kulissen zurechtzurücken, sprang jetzt der Staatskommissar mit beiden Füßen in dem oberschlesischen Porzellanladen herum. Unter großem Gepolter rollte sich nun die Angelegenheit ab, die aufzuhalten — mit dem Zentrum als Gegenspieler — Hörsing nicht mehr in der Lage war. Im August gab auch er das Rennen verloren.

Aber die preußische Regierung lehnte weiterhin noch alles ab, was auf eine dem Zentrum genehme Lösung hinauslief. Trotzdem, oder gerade deshalb, erschien in den

Zentrumsblättern eine offiziöse Nachricht: Reich und Preußen hätten sich inzwischen auf die Provinz Oberschlesien geeinigt. Berlin dementierte. Alles zeigte auf Erzberger, man untersuchte — nichts war festzustellen. Nur der Zweck war erreicht. Nicht ganz eine Woche nach dieser „Falschmeldung", am 28. September 1919, legte sich die Preußenregierung endgültig auf die neue Provinz Oberschlesien fest, und am 14. Oktober nahm die Verfassunggebende Preußische Landesversammlung das Gesetz über die selbständige Provinz Oberschlesien an.

Der Vorschlag, den der ehem. kath. Verbindungsstudent und Vorsitzende des Akademischen Heimatschutzes, Ingenieur Heinze, im Remter des Breslauer Rathauses vor einen kleinen Kreise so einfach begründet hatte, war drei Monate später Gesetz geworden.

2. Juli.

Im Landeshaus ein großer Kreis versammelt: Regierung, Landräte, Politiker aller Parteien. Die Hoffnung auf einen großen Tag wird wieder enttäuscht. Sehr bald artet auch diese Sitzung, in der rein oberschlesische Fragen beraten werden sollten, in Parteigezänk aus. Schließlich wird nur noch Gewerkschaftspolitik getrieben. Es handelt sich nun im wesentlichen darum, ob man in Oberschlesien noch Gemeinderatswahlen vornehmen soll. Die bürgerlichen Parteien sind dagegen, ebenso die christlichen Gewerkschaften, deren Vertreter hier am besten spricht. Die Sozialdemokraten wollen es natürlich, weil die bisherigen Gemeindevertretungen noch nach dem Dreiklassenwahlrecht zustande gekommen sind. Bei allen einigermaßen überlegenden Politikern lehnt man ab, jetzt, wo es heißt, das Deutschtum in Oberschlesien zusammenzuhalten, nochmals einen neuen Wahlkampf in die Gemeinden zu tragen. Auch hier tritt wieder unverhüllt zutage, wie rücksichtslos die Sozialdemokratie ihre jetzige Macht gegen das Bürgertum ausnutzt. Hörsing hat sich über die Wahl übrigens längst mit dem Innenministerium verständigt. Zuerst bekommen „die Pfaffen" auch hier wieder etwas ab wegen ihrer polnischen Propaganda, ebenso der Großgrundbesitz und die Schwerindustrie, die angeblich jetzt schon sich bemühen, bei den Polen lieb Kind zu werden. Für den Abfall der Industrie wird das Nichterscheinen des eingeladenen Geheimrats Williger und des Dr. Geisenheimer vom Berg- und Hüttenmännischen Verein in Kattowitz von dem Staatskommissar angeführt. Ist man hingegen ehrlich, so kann man es diesen geplagten Industriellen und Beamten nicht übel nehmen, wenn sie nicht nach Breslau kommen, da sie doch bei allen Sitzungen mit Schmutz beworfen werden, und so kaum produktive Arbeit geleistet werden kann.

Ein katholischer Geistlicher wendet sich gegen den sozialdemokratischen „Volkswillen" in Königshütte, der sich nicht genug tun könne, den Klerus verächtlich zu machen und seine deutsche Gesinnung zu bezweifeln. Die Geistlichkeit sei in ihrer ganz überwiegenden Mehrzahl deutsch; Blätter wie der „Volkswille" aber trieben besonders die jüngeren Geistlichen bewußt in das polnische Lager.

Schließlich um acht Uhr abends komme ich noch zu meinem Referat über die Zurückverlegung der Truppen aus Oberschlesien. Ich erkläre, daß wir uns für verpflichtet hielten, die Maßnahme so durchzuführen, daß Oberschlesien keinesfalls einen Tag lang ohne unsere oder Entente-Truppen wäre. Die Offiziere, einschließlich ihrer Familien, blieben bis zuletzt, ebenso die Freikorps. Rabbiner Kopfstein, ein guter Redner, fragt, wieviel oberschlesische Mannschaften deutscher Gesinnung bei den Divisionen in Schlesien stünden, und ob wir sie nicht entlassen könnten. Es wird sich um etwa 15- bis 20000 handeln; ich stehe diesem Gedanken, den ich schon beim Kriegsministerium anregen ließ, durchaus sympathisch gegenüber.

Aus dieser Sitzung nehme ich die niederziehende Gewißheit mit, daß Hörsing bei seinem Berliner Anhang gerade jetzt vor Toresschluß noch die Gemeinderatswahlen, trotz Protestes aller Sachverständigen, einfach durchgesetzt hat. Der Burgfrieden wird zerrissen, Parteihaß und Hader werden alsbald wieder Orgien feiern. Nur ganz allein der Pole hat den Nutzen von dieser Maßnahme.

3. Juli.

Gestern abend fand noch eine Gewerkschaftssitzung der S. P. D.-Gewerkschaftsfunktionäre von Breslau statt. In hergebrachter Weise hat dort mein Freund Frey gegen mich gehetzt und mich als einen total verlogenen Offizier bezeichnet. Gleichfalls wurde gegen Hörsing und dessen Zivilreferenten Dr. Menzel Sturm gelaufen. Auch Widera beteiligte sich selbstverständlich an der Debatte. Das Ganze ist durchsichtig. Die entlassenen Soldatenräte, vollkommen ihrer Macht entkleidet, suchen sich nun in der Leitung der S. P. D. wieder festzukrallen. Hörsing ist diesen Leuten deshalb verdächtig, weil er unsere Militärpolitik gestützt hat, eine Politik also, die in dem jetzigen Augenblick die einzig richtige und mögliche ist. Er wird von der Versammlung als eine vollkommen in meiner Hand befindliche Puppe bezeichnet. Als Beweis dafür wird sein Referent Dr. Menzel angeführt und dessen Beseitigung deshalb verlangt. Menzel habe am 28. Juni auf Anruf um neun Uhr vormittags noch nicht gewußt, daß seit zwei Uhr früh der Belagerungszustand verhängt worden war. Alles läuft natürlich darauf hinaus, dem Reichskommissar irgend einen „zuverlässigen" Arbeiter zur Seite zu setzen. Schließlich wird einstimmig eine Resolution auf Aufhebung des Belagerungszustandes angenommen. Diese Leute tun, als ob der Belagerungszustand von ihrer schätzenswerten Ansicht abhinge, als ob der große Gesichtspunkt der Sicherheit des Deutschen Reiches hinter der Meinung der Breslauer Gewerkschaftsfunktionäre oder der Frey und Widera zurückzutreten hätte. Keinesfalls kann der Belagerungszustand aufgehoben werden, ehe sich nicht in Berlin und den Provinzen die öffentliche Ordnung gefestigt hat. Es leidet kein Mensch in Breslau und in Schlesien unter diesem Ausnahmegesetz, nur die Spartakisten und das Gesindel, das gerade der jetzigen Regierung gefährlich zu werden droht. Und

trotzdem stellen die Breslauer Sozialdemokraten das Parteidogma in aller Schärfe über das Wohl des Vaterlandes!
Oberstleutnant von Kuczkowski kommt her, berichtet über die Vorgänge im Lager Lamsdorf, wo der Kommandant durch die Wachtkompagnie abgesetzt wurde. Der Oberst hatte eine Abstimmung von der Kompagnie über sich oder seinen Adjutanten veranlaßt, die natürlich zu seinen Ungunsten ausfiel. Ein merkwürdiges Verfahren! Diese Wachtkompagnie wurde auf Befehl des Armee-Ober-Kommandos Süd aufgestellt. Hätte man das General-Kommando gewähren lassen, so wäre die ganze Garde Zieglers damals radikal entlassen worden. So aber verblieben faule Reste, die wieder Sumpfpflanzen züchteten.

4. Juli.

Hörsing wohnt jetzt hier in Breslau, wo er sich ein Staatskommissariat aufgezäumt hat. Ich hatte Angst, daß er unter dem Druck der gestrigen Gewerkschaftssitzung wegen des Belagerungszustandes umfallen würde. Wie ich bei ihm aber feststellte, habe ich mich gottlob getäuscht. Trotzdem kann man die ganze Gesellschaft nicht einen Augenblick sich selbst überlassen. Sie ist völlig unberechenbar, weil sie sich nicht von sachlichen Motiven leiten läßt, sondern in erster Linie die Partei berücksichtigt. Da man also eine normale Rechnung nicht aufmachen kann, ist Vorsicht jedenfalls besser als Nachsicht.
In einem Brief an den Minister Noske beklage ich mich, daß die Freilassung von eben in Berlin unter dem Belagerungszustand Verhafteten das Übel der Revolten nur noch mehr steigere. Jede Schwachheit in dieser Zeit räche sich, erschwere die Arbeit der Behörden und untergrabe deren Ansehen.

5. Juli.

Gestern sind zwei Musketiere des Regiments 51 bei Ujast von den Polen gefangen genommen worden, sie wurden als Franktireure vor ein Kriegsgericht gestellt und sollen erschossen werden. Diese 51er hatten versucht, eine polnische Patrouille abzuschneiden. Es ist sofort an Freiherrn v. Lersner nach Paris telegraphiert worden, um diese Barbarei zu verhindern.

6. Juli.

Unsere alten Reichsfarben sind gestern von der Nationalversammlung mit 190 gegen 110 Stimmen in Schwarz-Rot-Gold geändert worden. Wozu ist dieser empörende Beschluß gut oder nötig?
Besprechung mit Stadtrat Prescher. Natürlich sind bereits Schwierigkeiten mit der Selbstverwaltung Oberschlesiens eingetreten, die alle aus derselben Richtung, der Angst vor dem Zentrum und der Kirche, stammen. Während Eggers (ehemaliger Soldatenrat und Vertreter Voigts im Zentralsoldatenrat, ein einsichtiger, gebildeter Sozial-

demokrat) für den Vorschlag Preschers zu haben ist, daß ein Provinziallandtag erst über besondere Kulturregelungen zu entscheiden habe, macht der sonst vernünftige Voigt hier Schwierigkeiten. Er fürchtet die christliche Schule als „Verdummungsmittel". Schließlich dringt der Stadtrat Prescher in mich, heute am Sonntag noch nach Warmbrunn zu fahren. Dort ist der Oberpräsident Philipp zur Erholung von seiner Schußverletzung. Ich soll Philipp dazu bringen, entweder selbst zu seinem Genossen Heine zu fahren oder ihm zu telegraphieren, daß die oberschlesischen Interessen die Sonderstellung der Kirche verlangten. Der Kirche in Oberschlesien soll ihr Besitzstand, das Recht, Steuer zu erheben, und die konfessionelle Schule zugesichert werden. Schließlich ist dann auch Voigt mit diesen Forderungen einverstanden.

Fahrt mit ihm und Eggers nachmittags nach Warmbrunn. Eggers hat keinen Hut auf, dafür aber fliegen seine schwarzen Künstlerlocken ihm um so ungezwungener um den Kopf herum. Der Oberpräsident empfängt mich sehr ungnädig. Was ich mir dächte, ihm solche Forderungen zu überbringen? „Der Pfaffe und der Fusel" seien von jeher die erbittertsten Gegner seiner Partei gewesen, und ich verlange ausgerechnet für den Klerus Sonderrechte! Schließlich schlage ich im Bunde mit seinen Genossen auch ihn breit, da er vernünftig genug ist, der schwierigen Lage in Oberschlesien sich nicht zu verschließen. Der Dissident Philipp telegraphiert an Heine, daß er ihn bäte, sich für die Sonderwünsche Oberschlesiens auf kirchlichem Gebiet einzusetzen. Eggers wird mit Prescher morgen nach Berlin fahren und dort auch persönlich die schlesischen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten über die Ansichten des Oberpräsidenten unterrichten.

7. Juli.

Es bewahrheitet sich, daß die beiden unglücklichen 51 er nicht zurückgekommen sind, sondern so mißhandelt wurden, daß sie starben. Als es hieß, sie sollten erschossen werden, ist vom General-Kommando, dem Abschnittskommandeur und dem Regiment bei den Polen direkt, bei der Obersten Heeres-Leitung und in Paris, unmittelbar bei der Waffenstillstandskommission, funkentelegraphisch das veranlaßt worden, was menschenmöglich war. Die beiden Musketiere waren Schlesier, Georg Kügler aus Schönborn bei Breslau und Ernst Simmeck aus Briese bei Oels. Die Erbitterung im Grenzschutz ist ungeheuer, und Repressalien unsererseits sind unausbleiblich.

Aus den Kreisen Namslau und Groß Wartenberg regnet es Proteste vom Grenzschutz, daß er die im Friedensvertrag vorgesehene Abtretung des rein deutschen Teiles dieser Kreise nicht kampflos zugeben werde. Die Proteste sind voll verständlich. Ein völlig widersinniges Abtretungsdekret, eine schamlose Vergewaltigung einer gänzlich deutschen Bevölkerung, die niemals etwas mit den Polen zu tun hatte! Es wird ganz vereinzelt dort polnisch gesprochen, und vom Großgrundbesitz sind nur etwa 12000 Morgen in polnischer Hand. Die Bevölkerung ist fast ausschließlich evangelisch. In Groß Wartenberg ist es bereits zu üblen Auftritten der erbitterten

Deutschen gekommen, die sich auch gegen den Prinzen Biron richteten. Man tut dem Prinzen aber unrecht. Durch seine Gattin, eine Französin, hat er sich wiederholt, auf die Bitten des General-Kommandos hin, für unsere Sache verwendet, und auch mir persönlich hat der Prinz stets erklärt, daß er völlig deutsch fühle. Überdies ist ihm sein großer Besitz durch die neue Grenze in zwei Hälften geschnitten worden, er ist also selbst am meisten geschädigt. Übrigens wird erst im nächsten Jahre geräumt.
Einladung zum Vortrag bei Seiner Majestät dem König von Sachsen nach Sybillenort.

Erst um die Mitte des Juli trat in der Truppe verhältnismäßig Ruhe ein über die Vorgänge in Weimar. Besonders das Auslieferungsbegehren hatte stets Offizier und Mann von neuem aufgeregt. An unsern Obersten Kriegsherrn, an den Feldmarschall von Hindenburg und an die übrigen bedrohten Heerführer gingen Telegramme heraus, daß sie in Schlesien innerhalb der Truppen eine gesicherte Zuflucht fänden. Neben dem General-Kommando sandten zur damaligen Zeit alle Formationen von sich aus auch direkt ihre Proteste und Erklärungen — ein Brauch, der nach dem 9. November in der Armee eingerissen war — nach Berlin und an die O. H. L. Aus diesen ging hervor, daß die Väter des Versailler Diktates mit ihrem sadistischen Gelüsten entsprungenem Auslieferungsdekret im deutschen Heere auf Granit gebissen hatten. Wenn weltfremde Diplomaten, wie sie aus aller Herren Länder in Versailles zusammengelaufen waren, derartige Forderungen erhoben, so sprach man ihnen mit einem Achselzucken jedes anständige Empfinden ab. Aber auch den englischen Gentleman dort müssen wir deutschen Offiziere weit überschätzt haben. Der einfachste Soldat in unserem Heere hätte es nicht verstanden, wäre im umgekehrten Falle ein so die eigene Armee beschmutzendes Ansinnen auch nur diskutiert worden. Ehre dem tapferen Gegner; nach diesem Grundsatz erzog Deutschland sein Volk in Waffen und handelte nach ihm zu allen Zeiten!
Für das General-Kommando kam dann die Zeit des Abbaues der alten Wehrmacht, da nunmehr an die Aufstellung der vorläufigen Reichswehr mit ihrem verringerten Offizierskorps und den 200000 Mann herangegangen wurde.*) Kein Beruf hat so schwere Opfer, die der verlorene Krieg forderte, tragen müssen wie die aktiven

*) Am 6. März 1919 wurde durch Gesetz — die Lesungen darüber hatten in Weimar am 25. und 27. Februar stattgefunden — der Reichspräsident ermächtigt, das stehende Heer aufzulösen und die „vorläufige Reichswehr" zu bilden; in ihr wurden die Mannschaften auf sechs Monate verpflichtet. Bis 1. Oktober 1919 wurde diese vorläufige Reichswehr (Übergangsheer) auf 200 000 Mann abgebaut. Da die Ratifikation des Friedensvertrages erst am 10. Januar 1920 erfolgte, so wäre es erst am 1. 4. 1920 nötig gewesen — drei Monate nach der Ratifizierung — auf 200 000 Mann zu kommen. Am 1. Januar 1921 entstand dann die Reichswehr. Sie also blieb schließlich über aus der alten Wehrmacht von 880 000 Köpfen; anstatt jährlich 350 000 Rekruten kann sie nur noch 10 000 Freiwillige einstellen.

Offiziere. Jeder andere, ob Gelehrter oder Handwerker, ob Tierbändiger oder Seiltänzer, er hatte von früher einen Beruf, in dem er sich nach dem Kriege wieder zurecht fand.
Es sind für die Herren im General-Kommando, die bei der Verringerung des Heeres gerade am Abbau des Offizierkorps mitzuarbeiten hatten, besonders menschlich sehr bittere Monate gewesen. Im Bereich des General-Kommandos VI sind etwa 12000 Reserveoffiziere zur Entlassung gekommen, von 2000 aktiven preußischen Offizieren konnte nur ein Achtel in die Reichswehr übernommen werden. Welche Härten liefen unter, wie viele Anordnungen konnten nicht anders denn als Ungerechtigkeiten empfunden werden! Und doch, wer konnte es besser machen?

16. Juli.

Wen die Götter lieben, den lassen sie jung sterben!
In der Jahrhunderthalle findet die Gedächtnisfeier für die Gefallenen der Universität und der Technischen Hochschule statt. Das General-Kommando sitzt dem Armee-Ober-Kommando Süd gegenüber, das in diesen Tagen aufgelöst wird. Es ist eine erhebende Feier, und die Rede des Rektors, Geheimrats Koch, geht mir noch lange nach. Er erinnert an Perikles: „Mehr denn je werdet Ihr Euch anstrengen müssen, um es dahin zu bringen, daß man Euch den Gefallenen an die Seite stelle." Ein Student der Technischen Hochschule führt aus, daß die Zahl der Gefallenen der Technischen Hochschule so unverhältnismäßig hoch sei, weil ihre Erkenntnis aus den realen Wissenschaften sie mit besonderer Zähigkeit hätten kämpfen lassen.
Vivos plango! sagte der Rektor der Universität — — — es ist schon so.

14. August.

Nach drei Wochen Urlaub wieder in Breslau. Sehr schlecht die Nachrichten aus Oberschlesien, wo 65 Prozent der Arbeiter ohne jeden wirtschaftlichen Grund streiken. Genau bis heute ist es in Schlesien ruhig gewesen und zwar derart, daß Walther-Weisbeck mir vorschlagen wollte, die Bürostunden zu kürzen. Jetzt stehen wir mit einem Schlag mitten in schwerer Lohnbewegung.
Rückmeldung bei Exzellenz von Friedeburg. Ich bin dafür, daß die 11. Infanterie-Division nach Oberschlesien geht, und zwar sofort, ebenso ein Regiment der 9. Infanterie-Division.
Fahrt zu Hörsing, dem die Arbeiter gestern in Königshütte übel mitgespielt haben. Er verspricht mir, keinesfalls den Arbeiterforderungen nachzugeben und morgen bei den Verhandlungen in Kattowitz festzubleiben. Die Forderungen sind rein politisch, wie der ganze Streik mit wirtschaftlichen Sachen nichts zu tun hat. Außer den Gruben streiken auch noch die Kleinbahn und das Elektrizitätswerk Zaborze bei Gleiwitz.
Nachmittags Fahrt nach Gleiwitz, um mich von General Hoefer orientieren zu lassen. Gall ist auf Urlaub, Syffert vertritt ihn. Ich will versuchen, noch die Brigade Ehrhardt

aus Zossen heranzukriegen. Wenn die 6. Reichswehrbrigade (11. Infanterie-Division) ganz um Groß Strehlitz versammelt ist, werden wir stark genug sein, um militärisch des Streiks Herr zu werden. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Großpolen hinter der Bewegung stehen, um, angeblich zur Wiederherstellung der Ordnung, einmarschieren zu können. Wir wollen für alle Fälle zusammenziehen, was wir haben. Transportieren wir zu spät, dann kommen wir evtl. noch in den Eisenbahnstillstand hinein, der durch Kohlenmangel in greifbare Nähe rückt. Der Nachrichtenoffizier meldet, zwölf Oberschlesier seien nach Warschau gereist, um dort gegen uns zu putschen.

Abends nach Kattowitz. In der Eisenbahn spricht alles nur vom Streik. Auf den durchfahrenen Bahnhöfen Pechfackeln als Beleuchtung, in Kattowitz funktioniert das Licht noch.

15. August.

Gespräch mit Witzleben über gestern besprochene Maßnahme, daß die technische Kompagnie des General-Kommandos sofort mit dem Personenzug nach Oberschlesien fährt.

Mit Hörsing arbeite ich die Zwangsnotstandsverordnung für die streikenden Elektrizitätswerke Chorzow und Zaborze aus, beide werden heute nacht noch militärisch besetzt. Kurze Beratung über Aufhebung des Streikrechtes. Hörsing bemerkt, es sei ein Witz, daß er etwas aufheben solle, für dessen Durchführung er sich zwanzig Jahre lang eingesetzt habe.

16. August.

Daß wir in Oberschlesien wieder zur Arbeit kommen, glaube ich nicht. Wir stehen vor dem Höhepunkt der bolschewistischen Umtriebe, denn keine der Gewerkschaften erkennt den Streik an.

Kommandostelle Kolberg, bei der General Groener jetzt Nachfolger Hindenburgs ist, lehnt ab, noch Truppen zu senden, weist darauf hin, aus Mittelschlesien unsere Truppen herauszuziehen. Da steht aber schon nichts mehr.

Die Streikleitung, angeblich, ruft aus Oberschlesien an, sofort die Truppentransporte einzustellen, oder sie liefere der Eisenbahn keine Kohlen mehr. Ich erwidere, es sei mir lieber, in Oberschlesien Truppen zu haben, für die Beschaffung der Kohle würde dann von uns gesorgt werden.

Das General-Kommando siedelt Montag von Breslau nach Groß Strehlitz über, da wir der Bewegung näher sein müssen. In Myslowitz hat es heute beim Grubenkrawall vier Tote gegeben. Abends bei Hörsing: Entwurf des vollkommenen Streikverbotes für Oberschlesien und Vorbereitung des Standrechtes wird durchgesprochen. Ich sehe nicht schwarz, aber ernst in die nächste Zukunft.

17. August.

Polnische Angriffe auf Pleß, Nikolai, Tichau und Paprotzan. Im großen ganzen alles abgeschlagen. Die Truppen halten gottlob. Sowohl Pleß wie Nikolai sind Hauptpolenherde. Es handelt sich um jenen seit Monaten angesetzten großen Aufstand, von dem wir durch vorbereitete polnische Listen einen Vorgeschmack bekamen. In Pleß werden 45 Mann gefangen, die auf dem Rendez-vous-Platz auf Gewehre warten. Selbstredend werden die Spartakisten an diesem Aufstand ihre Suppe mitkochen, es geht jetzt um Sein oder Nichtsein.

Versuch, von Noske und dem Gruppenkommando Lüttwitz noch Truppen zu bekommen, beide jedoch haben nichts mehr zu vergeben. Noske sagt am Telefon sehr erstaunt: „Aber das General-Kommando hilft sich doch stets selber!"

Französischer, mitgehörter Telefonspruch besagt, daß um drei Uhr früh erneut angegriffen wird.

Die Eisenbahner hier wollen erst am nächsten Sonnabend über den Streik beschließen.

In Oberschlesien ist heute nachmittag Ruhe.

Von zehn bis eineinhalb Uhr Ollendorff auf dem Büro, der mit mir die Vorgänge in Schlesien während meiner Abwesenheit rekapituliert. Er möchte, daß ich einen Landratsposten annähme, damit ich in Schlesien bliebe. Der Volksrat würde sich dafür einsetzen, daß, wenn ich wolle, ich einen ländlichen Kreis bekäme, damit nicht sofort Schwierigkeiten mit der Arbeiterschaft entstünden. Auf diese Weise wäre ich in der politischen Laufbahn; man könnte jetzt nicht so ohne weiteres hier auf mich verzichten. Ich lehne den Landratsposten ab, da es mir fernläge, nach meinem Abgang aus meiner militärischen Tätigkeit einen Nutzen zu ziehen. Wir sind uns schließlich darin einig, daß die Propaganda für das Abstimmungsgebiet auf ein ganz anderes Niveau als die des Büros Hörsing gestellt werden muß.

18. August.

Nach Oberschlesien; falls dort nicht gearbeitet, wird eine Verfügung in Kraft gesetzt über Streikverbot. Am Bahnhof Gleiwitz Hauptmann Philipp von der 117. Infanterie-Division, der leider sehr Unangenehmes meldet. Das ganze Gebiet von Rybnik—Pleß—Hindenburg—Kattowitz—Beuthen und Tarnowitz ist in hellem Aufruhr. Die französische Meldung hat also gestimmt. Am ungeklärtesten erscheint die Lage bei Alt- und Neuberun. Es schwirren auch Gerüchte über Entwaffnung und Übergang von Reichswehrtruppen zu den Aufrührern, die jetzt bereits teilweise als Spartakisten bezeichnet werden. Oberstleutnant Tüllmann meldet Vormarsch regulären polnischen Militärs von Auschwitz auf Alt Berun. Füsilier-Regiment 38 wird hier zur Verfügung gestellt.

Hiobsbotschaft durch Rittmeister von Brunn, daß Legionäre im Anmarsch auf Kattowitz, und daß ein großpolnischer Offizier den Oberst Hoffmann, der dort kommandiert,

zu sprechen wünsche zwecks Übergabeverhandlungen! Man denke — Kattowitz, der Sitz des Berg- und Hüttenmännischen Vereins, das Herz der Industrie! In Rybnik leitet den Streik ein Mitglied des Arbeiterrates in polnischer Majorsuniform. In Schoppinitz und Gieschewald steht es schlecht; überhaupt, östlich Kattowitz können wir einstweilen nicht viel unternehmen, da wir noch zu schwach sind. Oberst Hasse hat sechzehn Mann mit der Waffe in der Hand gefangen, fragt, ob er sie erschießen lassen könne. Leider nicht. Ich lasse ihm sagen, daß in § 4 der neuen Ausnahmezustandsverordnung das standrechtliche Verfahren wohl vorgesehen, aber morgen erst die Verkündung allenthalben durchgedrungen sei.

Die Eisenbahn ist nicht in der Lage, Züge zu stellen; hieran kann alles scheitern. Der Eisenbahnpräsident in Kattowitz sagt alles Nötige zu, doch sind die Glatzer Füsiliere, die um dreieinhalb Uhr schon in Kattowitz sein sollten, um sechseinhalb noch nicht abgefahren. Dieserhalb habe ich einen Auftritt mit Major Beckmann, der sich noch obendrein vor seinen zweiten Generalstabsoffizier stellt.

Ordonnanzoffizier, Leutnant Boethelt, ruft mich von Breslau an und teilt mit, der Kommandierende General und ich sollten heute in Breslau auf der Fahrt nach Oppeln von Spartakisten ermordet werden. Daß diese Absicht, so weit es mich angeht, besteht, weiß ich schon lange. Ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, wie ich zu meinem Gott stehe; nur er bestimmt die Dauer meines Lebens. Weshalb sollte ich jetzt nicht abtreten nach einem Leben so voller Glück? Ich würde meine Laufbahn als Offizier mit dem guten Gewissen erfüllter Pflicht beenden. Die Nachricht, daß wir ermordet werden sollen, gebe ich selbstverständlich dem Kommandierenden General nicht weiter, mich selbst berührt sie nicht.

Jetzt steht es in Oberschlesien so, daß wir morgen den Raum östlich Kattowitz—Beuthen aufräumen müssen, auf dem zum Teil die rote Fahne mit weißem Adler flattert. Legionäre haben sich bisher in Uniform noch nicht beteiligt. Die Erbitterung ist groß. Von uns sollen dreizehn Jäger erschossen aufgefunden worden sein von dem Kavalleriezug zur besonderen Verwendung 6, der mir im November so viele Sorgen machte durch seinen Ungehorsam.

Witzleben und Falkenhorst kommen erst jetzt gerade von Besprechungen mit dem polnischen Armee-Ober-Kommando über „Grenzzwischenfälle" zurück. Die polnischen Offiziere wissen von nichts, was in Oberschlesien vorgeht, natürlich!

Abends von Gleiwitz nach Groß Strehlitz mit entsicherter Pistole. Genau wie vor fünf Jahren im Feindesland Belgien, heute im eigenen Vaterland.

Vom Berg- und Hüttenmännischen Verein telegraphiert Dr. Geisenheimer, daß die gesamte Industrie dringend um Schutz bäte, er sei bisher völlig unzureichend. Daß es auch morgen noch kritisch ist, muß zugegeben werden, doch ist es technisch unmöglich, die Transporte jetzt Hals über Kopf nach vorn zu fahren. Ich sehe kommen, daß bald die Zeitungen von dem unzureichenden General-Kommando widerhallen werden! Wenn ich darüber stolpere, kann es mir nur recht sein. Am 14. habe ich schon die

11. Infanterie-Division nach Oberschlesien fahren lassen und Noske persönlich um die Marine-Brigade Ehrhardt gebeten. Es ist getan, was getan werden konnte. Im Waldenburgischen steht nichts mehr; Berlin hat gegeben, was da war, unser Nachbar, Major von Westhoven (Chef vom V. Korps, Görlitz), wird noch ein Regiment schicken. In Breslau ist nur noch ein einziges Freikorps. Was also ist versäumt worden? General Hoefer wünscht nur die 38er und 51er zunächst vorne zu haben. Nur in diesem Augenblick nicht mit den Nerven nachgeben!

19. August.

Ein Tag, an dem wir nicht recht weiterkommen, die Verbände sind stark durcheinander. Die Verbindung Myslowitz—Kattowitz ist noch in der Hand der Spartakisten. Emanuelssegen-Grube haben die 12ten Husaren genommen, müssen sie aber wieder aufgeben, da in Gieschewald ein ganzer Haufen schwer bewaffneter Kommunisten sitzt. Ich habe heute nicht den Eindruck gehabt, als sei der Befehlsmechanismus erstklassig, es wird viel herumgeschoben, mal nach Kattowitz, mal nach Beuthen. Als Generalstabsoffizier kommt Hauptmann Andreae nach vorn. Schließlich wird Rechtsanwalt Rosainski (Rybnik) festgesetzt, er hat lange genug für Polen agitiert.

Amelung warnt mich, Auto zu fahren; es seien Chauffeure bestochen. Na, na!

An diesem Tage schoß eine Batterie vom Detachement Tüllmann in den Kämpfen um Myslowitz-Nickischschacht auch drei Volltreffer in den Bismarckturm*) an der Drei-Kaiser-Ecke. Auf dem Turm hatten die Aufständischen Maschinen-Gewehre in Stellung gebracht. Insgesamt wurden hier 510 Artillerieschuß verfeuert, da der Widerstand bei Myslowitz besonders heftig, die Lage teilweise recht gespannt war.

20. August.

Hörsing ist nun auch dafür, daß wir die polnischen Führer und ebenso die wilde polnische Streikleitung in Kattowitz verhaften. Noske läßt sagen, wir müßten die Infanterie „ganz ausnützen", das heißt ganz anders zufassen. Die Zahl der Gefangenen ist beträchtlich; gestern abend begegnete ich in Gleiwitz einem Transport übel aussehender Gesellen, sie sollten alle nach Lamsdorf, da sie im Revier durch ihre Menge eine Gefahr bilden.

Unterredung mit Dr. Geisenheimer vom Berg- und Hüttenmännischen Verein in Kattowitz, der außerordentlich deprimiert ist und die Lage sehr ernst ansieht. Ich muß innerlich zugeben, daß unsere Situation nicht so gut ist, wie ich gedacht. Erstlich scheint das Streikverbot wenig genützt zu haben, dann aber bekommen die Aufständischen fortgesetzt Zuzug aus Kongreßpolen. Auch die Laurahütte, auf der es bisher ruhig war, beginnt, mir Sorgen zu machen.

---

*) Im Oktober fand eine Parade über die oberschlesischen Truppen, der Reichswehrminister Noske beiwohnte, gerade hier vor dem Turm statt.

An Reserve haben wir nur noch das Regiment vom V. Armeekorps. Zudem muß das Freikorps Paulssen herausgezogen werden wegen der Lage in Breslau, die Ende der Woche übel zu werden droht.

Vorne sieht es aus, als ob es an der Straße nach Myslowitz nicht so recht vorwärts geht; Janow ist noch immer nicht erreicht, und aus Myslowitz selbst meldet das eingeschlossene I/63 über Breslau (!) an 117. Infanterie-Division, daß es vierzig Tote und Vermißte gegeben und Mangel an Munition usw. herrsche. Es werden zwei Bataillone 51er zur Verfügung gestellt.

Zegrost ruft an: „Die Polen haben die Verhandlungen in Berlin mit uns abgebrochen (es waren dort Kommissionen, um Grenzregulierungen, Verwaltung usw. des Ostens vorzubereiten), weil wir in Oberschlesien politische Persönlichkeiten erschossen hätten, die ihre Landsleute wären!"

Polizeipräsident Schwendy beschwert sich auf das Heftigste über die militärischen Maßnahmen. Die deutsche Bevölkerung habe jedes Zutrauen zu uns verloren usw. Der Polizeipräsident war tags zuvor schon am Telefon außerordentlich erregt. Ich sage ihm, daß die Regierung nicht mehr an Truppen habe, und vom General-Kommando VI sei der letzte Soldat eingesetzt. In Waldenburg und der Grafschaft stehe nicht mehr ein Mann, alles sei hier unten. In Breslau stünden wir nach Mitteilung des Oberquartiermeisters wieder vor spartakistischen Auftritten, natürlich als Echo auf Oberschlesien. Man könne nicht überall zugleich sein; das General-Kommando trüge die Verantwortung für seine Maßnahmen. In jedem Aufstand gäbe es unruhige Tage und Stunden ernstester Sorgen. Der Polizeipräsident möge sich an die Unterhaltung mit mir im Volksrat um die Jahreswende erinnern und das nicht vergessen, was durch das General-Kommando gerade in Oberschlesien erreicht worden sei. Ob er mir eine staatliche zivile Behörde nennen könne, die irgendein Machtmittel in den Monaten seit der Revolution zur Verfügung gehabt hätte, ob nicht alles nur unter militärischem Schutz wieder soweit in Ordnung gekommen sei.

Direktoren aus Gieschewald bitten um Schutz für ihre Familien. General Hoefer beruhigt sie, doch stellt sich heraus, daß heute nacht nichts mehr erfolgen kann, da die Truppe zu abgekämpft ist. Während ich dieses Gespräch mit anhöre, versetze ich mich in die Lage der Familien von Gieschewald. Es ist uns bekannt, daß dort die Aufständischen besonders wüten. Ich frage nochmals den General, ob nicht doch irgendwelche Truppen noch dorthin zu kriegen wären, jedoch muß ich mich von dieser mutigen und aufopferungsfähigen Persönlichkeit überzeugen lassen, daß wir vollkommen außerstande sind, heute noch zu helfen. In solchen Augenblicken krampft sich das Herz zusammen, man denkt an die eigene Frau und die Kinder und trägt entsetzlich an der Verantwortung. Der Polizeipräsident aber scheint zu glauben, daß ich eine Maschine sei, deren Tätigkeit mit dem Anordnen militärischer Maßnahmen ihr befriedigendes Tagesende fände.

Amerikanischer Oberst Goodyear bittet, morgen eine Versammlung zu gestatten, die er zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern abhalten wolle. Als ich dem Oberst, der als Kohlenkommissar der Entente hier wirkt, erwidere, zum Verhandeln sei jetzt keine Zeit mehr, es sei Arbeitsaufnahme befohlen und Streikverbot, ist er höchst ägriert. Er verstünde eine derartige Auffassung nicht, es handle sich doch um einen wirtschaftlichen Vorgang und keinen militärischen; er als Amerikaner dächte ganz anders. Es bleibt bei dem Verbot.

Hauptmann Oster berichtet mit seiner ruhigen Stimme über den Abschnitt C, Beuthen, in dem Oberst Heuck alles tadellos in Ordnung hat.

Es werden elf reguläre polnische Soldaten, Legionäre vom 6. Regiment, gefangen. Ich nehme die Ausweise nach Berlin mit, wohin ich bestellt bin.

Auf dem Bahnhof Kattowitz mein Kriegskamerad Huenges, Vertreter von Krupp, der sagt, die Bevölkerung sei der Truppe dankbar für ihre Hilfe, das Deutschtum sei dadurch sehr gestärkt.

In der Eisenbahn redet mich Geheimrat Arnhold auf die Kattowitzer Industriesitzung an, von der Oberst Goodyear sprach. Als ich dem Geheimrat sage, sie fände nicht statt, da jetzt keine Zeit dazu, ist er zwar außerordentlich überrascht, billigt aber völlig die Anordnung des Militärbefehlshabers. Ebenso Fürst Henckel, der gleichfalls nach Berlin fährt. In Gleiwitz steigt noch Prinz Pleß, der älteste Sohn des Fürsten, ein; auch ein junger Prinz Hohenlohe. Bei dieser Gelegenheit äußert sich Fürst Henckel im allgemeinen und besonderen über den schlesischen fürstlichen Nachwuchs und entwickelt Ansichten, wie man sie nur den einfachsten Bürgerleuten empfehlen könnte. Wie muß gerade dieser so kluge und interessierte Großindustrielle unter seinem immer mehr nachlassenden Augenlicht leiden! Er sagte neulich: „Könnten Sie mich denn nicht wenigstens noch auf einem Büro verwenden?“

Prinz Pleß war in Pleß, als der Angriff erfolgte, an dem sich seine eigenen Leute beteiligt haben; sie hätten ihm gesagt, sie seien zwar treue Diener des Fürsten, aber in erster Linie Polen.

Berlin, 21. August 1919.

Sitzung im Generalstab. Wer von den Generalstabsoffizieren soll in den Reichswehrgeneralstab übernommen werden? Von den fünfundzwanzig, die dem General-Kommando VI unterstehen, können nur sechs bis sieben bleiben: Gudowius, Beckmann, Schmidt, Falkenhorst, Eilker, Stülpnagel, Witzleben und Moser. Oberst v. Tieschowitz sagt mir, ich möchte doch bleiben, der Generalstab sichere mir die Chefstelle der Division zu, die in Schlesien bliebe, oder der — mit dem Standort Berlin — Schlesien unterstellt würde. Doch will ich bei meinem Entschluß bleiben, abzugehen. Am 1. April 1920 bestehen nur noch sieben Divisionen, deren jede einen Chef und elf Generalstabsoffiziere im Stabe, je drei bei dem Artillerie- und Infanterieführer hat.

So wäre die Chefstelle einer der sieben Divisionen ein ehrenvolles Angebot. Einen achten von mir zum Bleiben vorgeschlagenen Generalstabsoffizier schlägt Tieschowitz auf Grund früherer Beurteilung rundweg ab. Es genüge nicht nur Tüchtigkeit, sondern Charakter sei eine selbstverständliche Voraussetzung.
Die kriegsgeschichtliche Abteilung des Generalstabes soll nicht mehr bestehen bleiben. Die Regierung habe an ihr kein Interesse, da uns zwei Weltanschauungen trennten. Wir könnten nicht anders als den Krieg glorifizieren. Eventl. will die Regierung entsprechende Historiker aus dem Zivil anstellen.
Auch der Eid, den wir der Republik leisten sollen, wird besprochen. General von Seeckt, selbst krank, läßt uns sagen, der Eid sei nur eine logische Folge für diejenigen, die blieben. Ich bitte, daß der Eid uns, die wir in absehbarer Zeit freiwillig gehen werden, erspart bleibt. Tieschowitz sagt mir dies zu.
Dann zu General Groener, der sich wundert, daß die Batterie bei Tichau überfallen wurde, und fragt, ob wir nicht zu friedensmäßig untergebracht wären. Ich erwidere, daß die Unterbringung weiter auseinandergezogen sei, um die Bevölkerung zu beruhigen und das Land unter diesen besonderen Verhältnissen zu sichern. (In der Nacht vom 16. bis 17. war in Paprotzan im Kreise Pleß eine Batterie des Freikorps Hasse auf dem Parkplatz überfallen, die Wache überwältigt worden. Die Geschütze wurden am 17., nicht weit verschleppt, wieder geholt.)
Der General wünscht, daß ich ihn nach Gleiwitz begleite, wo er sich an Ort und Stelle bei Militär und Zivil unterrichten will. Orientierung im Salonwagen über die bisherigen Vorgänge, auch politischer Art, wegen der Propaganda für die Abstimmung. Man kann nicht genug Stellen dafür interessieren, daß dieses wichtige Kampfmittel in der kurzen uns zur Verfügung stehenden Zeit nur in den fähigsten Händen liegen darf. Hörsing mit seinem Büro ist hierzu jedenfalls völlig ungeeignet.
Abends teilt mir Assessor Dr. Bohne von der Regierung Breslau noch mit, daß Verhandlungen mit der Entente zu ganz unverschämten Forderungen — Bereisung Schlesiens ohne uns, wir als Angeklagte — geführt hätten und wir erst morgen antworten würden.

23. August.

Mit General Groener in Gleiwitz bei General Hoefer. Hauptmann Gall schildert die politischen Vorgänge bis zum Aufstand und die augenblickliche Lage. Nachmittags weiter nach Kattowitz, wo General Groener einige führende Persönlichkeiten sprechen will. Im Polizeipräsidium haben sich eingefunden: Polizeipräsident Schwendy, Geheimrat Williger und mehrere andere Herren. Oberst Goodyear erscheint hier um vier Uhr und wünscht in der Geiselfrage gehört zu werden. Da die Sitzung mit General Groener gerade tagt, soll sich der Amerikaner einen Augenblick gedulden. Dieser läßt mir darauf sagen, wenn ich ihn nicht sofort empfangen würde, ginge er wieder. Da der

Oberst wegen seiner Bewegungsfreiheit nach Polen hinein zweifellos helfen kann, muß ich auch hier im Interesse der unglücklichen Verschleppten den untersten Weg gehen. Aber es wird mir als preußischem Offizier nicht leicht.

Oberst Goodyear war Chef der Interalliierten Kohlen-Kommission, mit dem Sitz in Mährisch-Ostrau, deren wirtschaftliche Tätigkeit darin bestand, Studien über die Leistungsfähigkeit der Gruben zu machen. Der Amerikaner war während des Krieges ins Heer eingetreten, wurde Oberst und General, erhielt übrigens nur ein Gehalt von einem ganzen Dollar pro Jahr. Dem Stabe des Kommissars gehörten als Adjutanten Major Brown und Capitain Stader an; der deutsche Dolmetscher war der Grubenbeamte Pitschmann aus Myslowitzgrube. Es war selbstverständlich, daß die Polen bei Beginn des Aufstandes, ehe die I. M. M. (s. 24. August) in Oberschlesien eingetroffen war, sich sofort an die hohen amerikanischen Offiziere heranmachten. Als erster erschien bei Oberst Goodyear Herr Grabianowski, früher Beamter des Berg- und Hüttenmännischen Vereins in Kattowitz, jetzt polnischer Vertreter bei der Gemischten Kommission in Oberschlesien. Er schilderte in Gemeinschaft mit dem polnischen Arbeiterführer Brzeskot dem aufhorchenden Amerikaner in bewegten Worten die grausame Behandlung, die die gefangenen Aufrührer sich im Bereich des Generalkommandos VI gefallen lassen müßten. Oberst Goodyear entsandte seinen Adjutanten, Major Brown, einen besonders energischen Offizier, in die Gefängnisse und nach Lamsdorf, der sich dort überzeugte, daß die Polen durchaus menschenwürdig untergebracht und behandelt wurden. Auf den Bericht seines Adjutanten hin bestellte sich der amerikanische Oberst alsdann Herrn Grabianowski und verbat sich, ihn nochmals derartig anzulügen. Die ganze Sache aber hinterließ bei den Amerikanern einen außerordentlich schlechten Eindruck und blieb wohl die Grundlage für deren Einstellung zu polnischen Berichten. Auch die undankbare Aufgabe, der sich Geheimrat Williger (s. 27. August) unterzog, lief genau in derselben Richtung, mit demselben Erfolg für uns.

Oberst Goodyear nahm sich dann besonders der Geiseln an (s. 27. August, 5. September), die zurück zu schaffen das General-Kommando gar nicht in der Lage gewesen wäre. Von diesen Unglücklichen hat Oberst Goodyear von sich aus etwa 400 aus Krakau wieder in ihre Heimat Oberschlesien gebracht, als einen der letzten den schwer mißhandelten Bürgermeister Schidlo aus Eichenau. Im Auftrage Hoovers, der damals in Wien residierte, organisierte Goodyear dann ein großzügiges Ernährungswerk für die oberschlesische Bevölkerung und half persönlich besonders den hungernden Kindern.

Goodyear war der bekannte amerikanische Bankfachmann, dessen Nachfolger Ende September Oberst Nutt, Präsident der Californian Railway, wurde. Auch dieser Amerikaner war von ausgesprochenem Gerechtigkeitsgefühl und ein Mann vornehmster Gesinnung.

Das Deutschtum in Oberschlesien hat diesen rechtlichen amerikanischen Männern ihr Wirken zu einer Zeit, als die übrige Entente geschlossen auf seiten der Polen stand, nicht vergessen.

Polizeipräsident Schwendy äußert sich auch heute wieder höchst aufgeregt über unsere militärischen Maßnahmen, die im übrigen Geheimrat Williger und Bergrat Dr. Geisenheimer durchaus anerkennen. Trotz meiner Voreingenommenheit gegen General Groener muß ich sagen, daß er ein außerordentlich scharfsinniger Mann ist. Die Fragen, die er stellt, treffen den Nagel auf den Kopf. Ebenso sind auch seine Anträge an die Regierung, die er nach unseren Unterlagen hin sofort entwirft, vorbildlich klar formuliert.

24. August.

Major Brinckmann erscheint, er will sich über Oberschlesien orientieren, da er dort militärischer Berater des Besatzungskommissars werden soll.
In Breslau mit Hörsing zum Oberpräsidenten Philipp. Vorbesprechung über den Empfang der Entente-Kommission morgen im Landeshaus. Es soll dort eine Militärmission von sechs Entente-Offizieren erscheinen und nach Oberschlesien fahren, um sich zu orientieren. Ein Skandal sondergleichen! Unterwegs fragt mich der Staatskommissar, ob ich Soldat bliebe, was ich verneine. Darauf sagt er: „Wir legen Wert darauf, daß Sie in Breslau bleiben und bitten Sie, in Schlesien die Sicherheitspolizei zu übernehmen." Ich erwidere ihm, daß für mich, nach meiner Stellung als Chef des Generalstabes in Schlesien, ein derartiger Posten nicht diskutabel sei, ich aber gelegentlich ihm einen Herrn namhaft machen wolle, der dafür geeignet sei. Erstaunlich, wie hoch der Offizier bei dieser Regierung im Kurs steht!
Nachmittags im General-Kommando: Landräte, Hauptmann v. Goldammer, der die Interalliierte Militärmission (I. M. M.) führt, Brinckmann, wir. Übereinstimmung, keinen festen Reiseplan aufzustellen. Wir haben nichts zu verbergen, die Mission soll selbst ihre Wünsche äußern. Hier in Breslau hat sie fünf Büros mit Telefon verlangt.

25. August.

Sitzung im Landeshaus. Ich bitte den Oberpräsidenten Philipp, zu verhindern, daß den Ententeleuten die Hand gegeben wird. Er muß es aber wohl tun, wir andern können es vermeiden. Acht Offiziere werden uns — dem Oberpräsidenten, Oberpräsidialrat, Hörsing und mir — in einem Nebenzimmer des Sitzungssaales vorgestellt. Die Engländer sehen sehr gut aus.
Im großen Saale sitze ich neben Philipp, gegenüber die Entente. Erst spricht Hörsing, dann ich. Die Ententeoffiziere antworten nicht, trotzdem von uns sehr viel Material

vorgebracht wird. Ein, zwei Stabsoffiziere sind unter den acht, die übrigen sind Hauptleute und Leutnants, was den Vorgang noch unwürdiger erscheinen läßt. Aus Oberschlesien sind viele Deutsche hierher geeilt. Am besten spricht wie stets der Landrat Lukaschek aus Rybnik. Er war eine Zeitlang als Nachfolger des Regierungspräsidenten v. Miquel in Oppeln vorgesehen.

Hörsing hat Gewerkschaftler eingeladen, die sich diesmal ordentlich aufführen, nicht, wie sonst, dazwischenrufen.

Ollendorff orientiert mich kurz, daß Aussicht besteht, Oberschlesien zu einem Bundesstaat zu machen.

26. August.

Um sechs Uhr nach Gleiwitz, wo die I. M. M. um zehn Uhr eintrifft. General Hoefer natürlich sehr erregt über diese, uns, ohne das General-Kommando überhaupt zu befragen, aufgezwungene, gänzlich unnötige und lediglich schädigende Kontrolle. Gall spricht wieder über die Lage, daß der Aufstand rein polnisch, mit Wirtschaft oder Kommunismus zuerst nichts zu tun hatte. Erst nachdem die Polen in den ganz ländlichen Kreisen um Pleß sich erhoben, hätten die Kommunisten im Industrierevier auch ihrerseits von der guten Gelegenheit profitieren wollen.

Nachts Anruf von Goldammer aus Neudeck. Bereits lebhafter Krach mit der I. M. M.; Regierungsrat von Stutterheim, der für den Oberpräsidenten die I. M. M. begleitet, hat ihr einen Reiseplan vorgelegt und darüber Differenzen mit dem Franzosen Pouppard bekommen. Jetzt, nachts um ein Uhr, verlangt der Franzose, daß sofort nach Ruda gefahren wird, um einen Polen anzusehen, der nur geschlagen worden sein soll, weil er morgens versucht hätte, die I. M. M. zu sprechen. Die Nachricht stammt von Oberst Goodyear, der deshalb nun auch noch anruft und auf unserer Seite steht. Monsieur Pouppard hat übrigens einen Offizier zu seiner Begleitung nach Ruda „bestimmt".

Der Hase läuft auch sonst richtig. Korfanty und Czapla stecken mit der I. M. M. unter einer Decke, überall sind die Polen aufgebaut zum Empfang, während wir nicht wissen, wohin die I. M. M. fährt. Orientiert wird sie an Ort und Stelle von dem Rechtsanwalt Kobilinski. In Ruda hat Monsieur Pouppard dann tatsächlich einen grün und blau geschlagenen Bergmann im Krankenhaus ausfindig gemacht. Dieser Ententemann hat bei dessen Anblick ausgerufen: „Das ist mir mehr wert als zwei Tage Reden." Der Oberschlesier aber, der das Wasserpolackisch sprach, hat seine Prügel auf einer Kindtaufe erhalten. Von der I. M. M. hat er weder was gewußt, noch schließlich begriffen, weshalb der Auflauf vor seinem Bette stattfand. Der Franzose spuckt Gift und Galle. Er saß seit August 1914 im Gefangenenlager Mainz, und seine Sentiments gegen uns Deutsche sind entsprechend. Der Sekretär der I. M. M. ist zudem noch ein Pole.

27. August.

Die I. M. M. hat jetzt ganz auf deutsche Begleitung verzichtet. Durch die Berliner Vollmachten an diese I. M. M. sind uns völlig die Hände gebunden. Ihre Machtbefugnisse sind einfach unbeschränkt. Die deutschen Behörden müssen Rede und Antwort stehen. Die Gegenseite aber kann auch mit Polen, oder mit wem sonst sie will, diesseits und jenseits der Grenze, völlig ohne Zeugen verhandeln. Ich bin vielleicht schon zu verrannt in die schlesische Idee, aber ich begreife Berlin nicht mehr. Was um alles in der Welt veranlaßte denn die Regierung, uns völlig auszuschalten?

Der Oberbürgermeister von Gleiwitz, Dr. Geisler, erscheint bei der I. M. M. und ersucht um Auflösung einer Versammlung von polnischen Agitatoren, die soeben ohne Genehmigung des Militärbefehlshabers in Gleiwitz tage. Herren der I. M. M. nähmen an ihr teil. Der Franzose, der diese Versammlung leitet, erklärt dem Oberbürgermeister, er möge auf der Straße warten, es handele sich um eine Réunion! Es juckt einem in den Fingern, das Pack unter dem Belagerungszustand aufzulösen, denn der Gewerkschaftssekretär Brisch hat unter den Versammlungsteilnehmern die hauptsächlichsten polnischen Agitatoren erkannt. Übrigens hat der französische Offizier bei einer anderen Gelegenheit erklärt, die I. M. M. — sie hat sich lediglich zu orientieren — sei auch berechtigt, zu löschen, wenn es brenne. Der Führer der Mission, Oberstleutnant Tidbury, hat sich auf unsere Beschwerde hin für diese Frechheit entschuldigt.

Oberst Goodyear will sich für die Geiselauslieferung weiter interessieren und stellt dazu schriftlich folgende erstaunliche Fragen durch Geheimrat Williger: General Haller habe ihm, Goodyear, gesagt, seit November 1918 wären 6000 Oberschlesier polnischer Herkunft nach preußischen Festungen außerhalb Schlesiens verschleppt, davon aus dem Kreise Rybnik allein 2000. Wenn vor dem Aufstand viele Verhaftungen vorgenommen sind, so vielleicht zehn. Sie alle aber saßen in Glatz in Schutzhaft). Außerhalb Schlesiens kein einziger. Weiter hat der Pole dem Amerikaner gesagt, in Myslowitz wären allein 200 Polen standrechtlich erschossen worden: vier ist die Wahrheit. Goodyear berichtet über maßlose Erregung in Oberschlesien, wünscht Amnestie aller Aufrührer, was selbstverständlich abgelehnt wird.*

Gerade aber die Geiselnfrage charakterisiert am hellsten und eindeutigsten unsere Lage. Deutsche Staatsbürger sind auf deutschem Boden, tief im eigenen Vaterland, von Polen, wie Schwarze von Sklavenjägern in Afrika, verschleppt und jenseits der Grenze festgesetzt worden. Wir bemühen uns vergeblich, unsere Volksgenossen aus Polen herauszubekommen, müssen zusehen, wie der polnische Staat alles ableugnet, nichts davon weiß, daß in Krakau diese Unglücklichen in unwürdigster Weise behandelt und festgehalten werden. Im deutschen Lande nimmt sich der Pole Geiseln! Wie tief sind

---

*) Die Landesverräter und Aufrührer im Augustaufstand kamen in oberschlesische Gefängnisse oder in das Lager Lamsdorf bei Friedland OS.

wir nach dem 9. November doch gesunken, und wie hemmen uns jetzt noch in unserem Handeln die Zweifel an der Zuverlässigkeit der eigenen Truppe!

28. August.

Dem Offizierkorps der Reichswehrbrigaden 8 und 32 wird mitgeteilt, daß Kreiskommissar-) oder Polizeilaufbahn für die Zukunft am chancenreichsten sei.*
Oberst Goodyear sagt mir in Gleiwitz auf der Straße, daß ein deutscher Flieger in Sosnowice einen Toten und 97 Verwundete verursacht habe. Ich nehme es zur Kenntnis und frage dann den Amerikaner, ob er denn selbst die Angaben des Generals Haller nachprüfte, die er dem General-Kommando durch den Geheimrat Williger habe vorlegen lassen. Als ich Goodyear dann die Zahlen — anstatt 6000 Verschleppter kein einziger, anstatt angeblich 200 standrechtlich Erschossener vier — klar mache, wird er doch stutzig und ändert seinen Ton ganz erheblich. Von hier fährt der Oberst nach Mährisch-Ostrau weiter, er hat Zeit, während der Fahrt die polnische Glaubwürdigkeit zu überdenken!
In Kattowitz zum Berg- und Hüttenmännischen Verein, in dem so ziemlich alle Gruben- und Werkdirektoren aus Oberschlesien versammelt sind. Vortrag über die militärische Lage. In diesem Kreis der Männer, die am bedrohtesten waren, höre ich keine Klage über unsere militärischen Maßnahmen. Im Gegenteil wird der Führung und Truppe hier Dank für Handeln und Schutz ausgesprochen. Späterhin wird noch erzählt, daß der Kohlenkommissar Oberst Goodyear von der I. M. M. nie anders als von einem „merry joke" (schlechter Witz) spräche.

Es sei hier darauf hingewiesen, daß der Chef der I.M.M., der Engländer Oberstleutnant Tidbury, sich späterhin wiederholt in sachlicher, vornehmer Weise für Wünsche des General-Kommandos zur Verfügung gestellt hat.

Nach Beuthen weiter, nachdem ich in Kattowitz noch kurz bei der Maschinengewehr-Scharfschützen-Abteilung von Petersdorff war, die aus Kurland kommt. Es herrscht in ganz Deutschland die Ansicht, in Schlesien gäbe es „alles": Pferde, Bekleidung, Ausrüstung und dergleichen. Deshalb kommt zunächst jede Formation gerne zu uns, um sich zu komplettieren und dann lautlos wieder zu verschwinden. Auch diese Abteilung will jetzt wieder nach Kurland, ich bedanke mich aber für solche Gäste.
Dann bei Oberst Heuck, 22. Brigade. Im Abschnitt Ruhe. Oster geht mit mir ins Krankenhaus, wo ich unsere Verwundeten besuche, sie sind alle guter Laune. Die Polen führen die I. M. M. stets in die Krankenhäuser, zeigen Verwundete und angeblich Mißhandelte. Befehl für die 22. Brigade, die Leichen der durch die Aufständischen erschlagenen und grauenhaft verstümmelten Reichswehrsoldaten sofort wieder aus-

---

*) Kreiskommissare waren die Berater der Landräte in Einwohnerwehr-Angelegenheiten.

graben zu lassen, die I. M. M. wird von uns zu ihnen geführt werden. So barbarisch dieses Mittel ist, wir können keinesfalls darauf verzichten.

Die Fahrt Kattowitz—Beuthen war nicht besonders angenehm durch all die Arbeiteransammlungen in den Ortschaften. Die Bergleute standen vor ihren Häusern, sahen mich, der ich ohne Begleitung fuhr, nicht gerade freundlich an. Besonders in Maxgrube war es nicht ganz einfach; hier hing es an einem Haar, daß man das Auto festhielt, als wir uns in einer Sackgasse verfuhren.

Als ich von Beuthen, es war schon dunkel, nach Karf kam, standen dort drei- bis vierhundert Menschen, die auf die Entente warteten — höchstwahrscheinlich von ihr bestellt. Gerade rückten von uns Pioniere ein, da Karf ein Unruhherd ist. In dem Augenblick, in dem die Pioniere vom Wagen springen, explodiert eine Handgranate. Der eine Pionier wird halb zerrissen und ist sofort tot; einen anderen, ebenfalls ganz zerfetzt aber noch lebend, lasse ich ins Auto heben, um ihn ins Lazarett zu fahren. Mein Chauffeur, ich merke es ihm an, ist höchst aufgebracht, weil der Wagen nun voll Blut läuft. Der Pionier versteht noch, was ich ihm sage, und nickt. Den dritten läßt die Kompagnie abholen.

Ich war froh, als ich an diesem ernsten Tag glücklich wieder in Groß Strehlitz ankam. Die Verluste verdanken wir allein der I. M. M., die diese Zusammenrottungen veranlaßte, ohne Rücksicht auf den Belagerungszustand zu nehmen.

29. August.

Die äußere Lage wird wieder gespannter. Haller nimmt Umgruppierungen vor. Wahrscheinlich läßt er bis dahin noch die polnischen Aufständischen mit ihren spartakistischen Helfershelfern als Schutz vor sich. Von diesen sollen etwa 30 000 jenseits unserer Grenze, auf polnischem Gebiete also, lagern. Täglich bringen ihnen ihre Angehörigen das Essen hinüber. Obgleich mir das im großen technisch ziemlich unmöglich erscheint, werden wir es doch verbieten. Kommt es zu neuen Krawallen, wird Haller auf der Bildfläche erscheinen. Zwar werden wir immer stärker, doch beunruhigt sich die Bevölkerung mehr denn je. Auch Goodyear bringt nach wie vor stark kriegerisch gefärbte Nachrichten aus Großpolen. Und auch aus der Provinz Posen rollen Hallertruppen an unsere Front.

30. August.

Zwischen Groß Strehlitz und Breslau hin und her. Es ist recht anstrengend, erst hier den ganzen Tag gearbeitet und dann abends mit dem Auto nach Gleiwitz, Kandrzin oder Oppeln und von da mit der Bahn nach Breslau, dort erwartet von entsprechender Post.

Bei Hörsing große Sitzung: er will wissen, ob er politisch richtig operiert habe. Die Sache wächst sich leider auf etwas ganz anderes aus, selbstredend auf Oberschlesien

und das Militär. Die „Freiheit“ wird zitiert und ihr geglaubt. Zusammenstoß mit Philipp, da ich ihm vorwerfe, daß er unsere schlesischen Interessen in Berlin nicht gewahrt habe, denn sonst hätte man uns die I. M. M. nicht hergeschickt. Auch beklage ich mich, daß ich nicht zu der Sitzung in Berlin zugezogen wurde, obgleich ich da war, und er dies gewußt habe. Es hätte nicht der geringste erkennbare Grund vorgelegen, die Entente-Agenten nach Oberschlesien hereinzulassen, die Folgen sähen wir jetzt schon; die einseitig polnische Orientierung läge klar zu Tage. Hörsing erwidert, hätte man abgelehnt, dann hätten wir jetzt schon die Ententeheere in Oberschlesien. Diesen alten Schlager weise ich zurück.

Große Bewegung herrscht, als Hörsing mitteilt, daß das General-Kommando sich weigere, die „Schlesische Tagespost“ zu verbieten, obwohl er nach Groß Strehlitz telegraphiert und mit mir gesprochen habe. Die Zeitung habe behauptet, die Männer des 9. November gehörten ins Zuchthaus, das Strafgesetzbuch sei noch nicht außer Kraft. Morgens hatte ich den Redakteur da, der sich damit entschuldigte, er habe den Artikel vorher nicht gelesen, und bat, die Zeitung vor dem 3. September nicht zu verbieten wegen der neuen Abonnenten. Die Sozi erheben sich und verlangen Rechenschaft und dergleichen. Ich erwidere, daß ihre Partei die Angriffe auf Offiziere in der „Volkswacht“ als durchaus angebracht bezeichne und skandaliere, wenn dieses sozialdemokratische Organ verboten werden solle. General v. St. Ange muß jetzt die „Tagespost“ unterdrücken, wohl oder übel.

Schließlich regt man sich wieder vollkommen einseitig über Mißhandlungen durch die Reichswehr, besonders durch die Marine-Brigade, auf. Kronzeuge die „Rote Fahne“. Es ist immer dasselbe: Wenn Not an Mann, tut man lieb Kind mit uns; ist die Gefahr vorbei, wird gegeifert. Da wir das Spiel seit dem 9. November nun genügend kennen, lassen wir uns nicht mehr auf Bitten von links ein, sondern handeln, wie wir es für richtig halten, jeweils nach der Lage und nach eigenem Urteil.

Endlich sind Hörsing und ich uns darüber einig, daß Förster, George, Fröhlich und Genossen, die Eisenbahnstreikhetzer, festzusetzen sind. Genosse Klippel rät ab; man müsse durch Redner belehrend wirken! Polizeipräsident Voigt erwidert erregt, wer nicht hören wolle, müsse fühlen.

Den Schluß machte Hörsings Erklärung über die Autonomie für Oberschlesien: „Die kommt nicht in Frage, weil sie nur der mit amerikanischem Geld gespickten Schwerindustrie und den Pfaffen zugute kommt!“

31. August.

Ein verhältnismäßig ruhiger Sonntag in Groß Strehlitz. Die Kompagnie Czettritz vom Freikorps Paulssen liegt bei uns. Tadellos sehen die Leute aus in den grünen Röcken mit Gardelitzen. Ein Doppelposten steht vor dem Schloß und präsentiert — verbotenerweise — genau wie vor dem 1. August 1914.

1. September.

Sitzung im Oberpräsidium Breslau über Einwohnerwehren und Kreiskommissare. Geladen sind alle Parteien.

Oberpräsident Philipp führt aus, daß die Einwohnerwehren eine Gefahr und politisch nicht einwandfrei seien. Es würden in Mengen Waffen geliefert. Im übrigen arbeite das General-Kommando nicht Hand in Hand mit dem Oberpräsidium. Nur Angst vor der Reaktion spricht aus seinen Ausführungen, denn die Sozialdemokraten halten sich bisher von den Einwohnerwehren fern, wie sie grundsätzlich von den Bürgern nichts wissen wollen. In Breslau ist eine der widerwärtigsten Bewegungen gegen die Einwohnerwehren in Gang gebracht worden, gestützt durch die Gewerkschaftssekretäre Scholich, Srowig und Rieth, die mir auch heute gegenübersitzen. Wenn man das Gespräch von diesen Leuten hört, weiß man, daß Hopfen und Malz verloren ist, denn sie wollen nicht.

Sehr bald sind wir im richtigen Fahrwasser. Über die Offiziere wird hergefallen und von diesen Leuten hier einem ganzen Stande unterstellt, daß der Feldwebel im Frieden wie im Kriege ganz alleine alles gemacht habe, ohne ihn sei der Hauptmann völlig hilflos gewesen. Deshalb brauche man auch jetzt keine Offiziere mehr als Führer. Unter diesem Leitmotiv muß ich den Haßgesang der Gewerkschaftssekretäre, die mich mit ihren fanatischen Augen anfunkeln, über mich ergehen lassen. Sie legen mir dann noch einen Zettel auf den Tisch, der ein Dokument sein soll dafür, wie das Offizierkorps sich als Führer bei den Einwohnerwehren zu benehmen gedenkt. Denn alle die Stellen, in denen von der Regierung die Rede ist, unter deren Aufsicht die Aufstellung der Wehren bekanntlich erfolgt, sind mit Blaustift durchstrichen. Natürlich von uns! Irgendeinen Beweis oder einen Hinweis, woher der Zettel stammt, bieten diese Leute nicht einmal an. Ich frage auch nicht danach, sondern drehe lieber den Daumen; soll ich von solchen Leuten noch irgendeine sachliche Antwort verlangen? Das wüste Gegeifer gegen den Militarismus unterstützt überdies auch der Reichs- und Staatskommissar. Hörsing hat soeben auf der Schweidnitzer Straße zehn Ulanenoffiziere in blauer Uniform und Tschapka gesehen! Und gestern in Obernigk hatten sie noch obendrein Orden an! Die Reaktion ist auf dem Marsch!

Diese ganze Wut ist zu durchsichtig und auch erklärlich. Die Kreiskommissarstellen sollen den Gesinnungsgenossen der Regierenden vorbehalten werden, und hier betreiben sie die Propaganda. Ganz richtig aber empfinden meine alten Bekannten, daß das General-Kommando früher aufgestanden ist. Die Stellen sind von uns an die Berufenen und ganz einzig und allein Befähigten, an die ehemaligen aktiven Offiziere, bereits vergeben worden. So wird wenigstens ein ganz verschwindend kleiner Teil der zu Verabschiedenden am 1. Oktober nicht völlig ratlos dastehen. Aber selbst das ist noch zu viel im Interesse eines Standes, in dem der Feldwebel allein berufen war.

Der Oberpräsident ist übrigens über die Einwohnerwehren ziemlich unorientiert. Er

vergißt, daß er sie nicht nur aufzustellen, sondern auch zu bewaffnen hatte. Wenn er sich also hier mit Erregung gegen die Ausgabe von Waffen durch das General-Kommando wendet, so geißelt er sich selbst, denn er hat sie bei uns angefordert. Übrigens komme ich nicht darauf zurück, um seinem Referenten in dieser Sache nicht zu schaden.
Auch das Verbot der „Schlesischen Tagespost“ erregt hier die Gemüter stark. Sie ist von Hauptmann Krüger falsch unterdrückt worden, erscheint lustig weiter mit dem Überdruck: „Neue“. Jetzt behaupten die Gewerkschaftler, das sei mein Werk. Wahr ist nur, daß ich mich geweigert habe, das Verbot dem Kommandanten zu empfehlen, weil die sozialdemokratischen Zeitungen nach wie vor gegen unseren Stand in der unflätigsten Weise hetzen und Kübel Unrat über ihn ergießen.
Diese Sitzung gibt so recht ein Bild der Interessenlosigkeit des Bürgertums. An beiden langen Tischen sitzen auch Vertreter der bürgerlichen Parteien. Als die Gewerkschaftssekretäre das bekannte Lied von der Erregung der Genossen über die Errichtung der Einwohnerwehren anstimmen, erwidere ich, daß eine derartige Aufhetzung von jedem Parteisekretär erreicht werden könne. Höchsterregt wird mir entgegengeschleudert, das Proletariat sei kein Stimmvieh. Darauf antwortet ein Demokrat, daß ich durchaus recht hätte; er ist fast der einzige Bürgerliche, der bei dieser Debatte überhaupt den Mund auftut. Auf die widerlichen Anwürfe dieser Sozialdemokraten gegen das in Schlesien stehende Offizierkorps findet vom Zivil niemand ein Wort der Entgegnung.
An diesem Abend komme ich recht ermüdet ins Hotel zurück und treffe hier noch den Landeshauptmann von Thaer. In seiner so liebenswürdigen und hilfsbereiten Art redet er mir gut zu. Er meint, ich solle mal zu ihm aufs Land kommen. Als ich dem Landeshauptmann von dem Verhalten der bürgerlichen Parteien spreche, sagt er, in Schlesien fehle es zur Zeit vollkommen an Führern. Das aber ist es ja eben, was ich so bitter empfinde. Die Sitzung zeigte zu deutlich, wie trostlos verfahren die bürgerliche Lage ist. Auf der anderen Seite Geschlossenheit, Angriff — bei uns Spaltung, Passivität, nicht mal Abwehr. Worüber eigentlich beklagen wir uns?
Philipp will jetzt einen Bericht an den Innenminister Heine machen, in dem er die Auflösung der jetzigen Einwohnerwehren befürwortet, um deren richtige Zusammensetzung — wie er sich ausdrückt — zu gewährleisten; d. h. es sollen genügend Sozialdemokraten eingereiht werden. Diese Maßregel beseitigt lediglich das Geschaffene. Denn die Sozis kommen doch nicht, und die nach Hause geschickten Bürger werden sich nicht ein zweites Mal melden. Wir müssen daher schleunigst einen Bericht an Heine vom General-Kommando aus senden, der diesem Unfug die Spitze abbricht.

Das Gebaren dieser drei Gewerkschaftssekretäre hier zeigt das wahre Gesicht des weitaus überwiegenden Teiles dieser Funktionäre. Mit dem Regierungspräsidenten und den höchsten Stellen, auf die sie alle Anspruch erheben, finden sich dann

allerdings „angenehme Formen" ein. Verbindliches Wesen, weitestgehendes Verständnis . . . sie sind ja gar nicht so schlimm!
Videant consules! Ihr Leben lang bekämpften sie das Bürgertum. Sie reizten nur zur Begehrlichkeit. Rissen alle und jede Einrichtung des alten Staates herunter, mochte sie noch so sozial und aller Welt voraus sein. Im Marxismus wurden diese Agenten groß, ihm waren und sind sie verschrieben. Das Handwerkszeug des erbitterten Hasses liegt nur beiseite, griffbereit.
Die ehemaligen Gewerkschaftssekretäre in Schlesien, damals in hohen Stellungen, die nicht mit dem Strom schwammen (s. S. 166 und 209), — völlig vereinzelte Ausnahmen — sind alsbald rückichtslos ausgebootet worden. Sie stehen abseits, kaum mehr beachtet. Wohl ihnen, die nicht Masse, sondern Männer.

2. September.

*Graf Lerchenfeld und Oberregierungsrat Kley, ersterer vom Auswärtigen Amt, Kley vom Ministerium des Innern, früher an der Regierung in Oppeln, sind in Oberschlesien. Der Graf sucht das General-Kommando in Groß Strehlitz auf. Eine gute Stunde lang spreche ich mit ihm über die politische Lage, Gemeinderatswahlen und Propaganda. Graf Lerchenfeld meint, daß für die Stellung des Besatzungskommissars nur eine ganz große Kanone in Frage käme. Er selbst sei dazu ausersehen gewesen, habe die Stellung aber abgelehnt.**) *Abends sind wir bei unseren Quartiergebern, den Grafen Brühl, zu Gast geladen. Die Autonomiefrage wird lang und breit besprochen. Dabei ist mir bekannt, daß der Oberregierungsrat Kley ihr ausgesprochenster Gegner ist.*

*) Das Zentrum präsentierte durch Pfarrer Ulitzka .den Stadtrat Proske aus Ratibor, dann den ehem. Oberbürgermeister Dr Brüning aus Beuthen als Besatzungskommissar. Als von der Entente Dr. Brüning abgelehnt wurde, führte der Landrat Brauweiler (s. S. 70) einstweilen die Geschäfte des „Bevollmächtigten für die Volksabstimmung" wie es nun hieß. Ende März 1920 ernannte die Regierung alsdann den Herzog zu Trachenberg zu ihrem Bevollmächtigten.

XVII. KAPITEL

Gemeinderatswahlen in Oberschlesien. Abstimmungspropaganda. Generale Dupont und Malcolm bei General v. Friedeburg. Plünderungen in Breslau. Schwierigkeiten in Waldenburg. Vor den Betriebsräten. Im Ministerium des Innern. Der oberschlesische Bonze. Noske. Bei den Tschechen in Königgrätz. Reiterregiment von Viereck. Abschiedsfeier.

Gemeinderatswahlen! In Oberschlesien bestanden noch die Gemeindevertretungen nach dem Dreiklassen-Wahlrecht; in ihnen überwog die besitzende Klasse. Diese Zusammensetzung durch einen anderen Wahlmodus zu ändern, wäre in Oberschlesien, wenn überhaupt, höchstens noch 1918 gleich nach der Revolution angebracht gewesen. Der Reichs- und Staatskommissar Hörsing aber drängte im Sommer 1919 heftig darauf, jetzt noch das damals Versäumte nachzuholen. Als wichtigstes Argument führte er ins Feld, daß die Arbeiterschaft sich ohne Neuwahlen polnisch orientieren würde, denn die Polen versprächen gerade auf dem Gebiete der Selbstverwaltung der arbeitenden Klasse die größten Freiheiten. Auch könnte man die Arbeiter nach der Auflösung der Arbeiterräte*) nicht ohne Interessen-Vertretung lassen.

Hörsing wurde gewarnt, jetzt noch einen Wahlkampf in die Bevölkerung zu tragen, die Besetzung zum 1. Februar 1920 rücke greifbar näher, aus der Erregung über den eben beendeten Wahlkampf würde unter französischen Bajonetten alsdann der Großpole allein den Nutzen ziehen.

Vergeblich! Die Preußische Regierung, in der die Sozialdemokratie ausschlaggebend war, verließ sich auf ihren Vertrauensmann Hörsing, und am 11. November wurde gewählt. Der Erfolg war der, den einsichtige Oberschlesier dem Parteimann vorausgesagt hatten, eine Niederlage des Deutschtums auf der ganzen Linie. Der Wahlkampf war so geführt worden, daß jede Partei die andere schlecht gemacht, daß mit Erbitterung jeder den anderen bekämpft hatte. Nicht nur das platte Land wählte polnisch, sondern auch im Industriezentrum selbst, z. B. in Kattowitz, gewannen die Polen die Mehrheit in den Gemeindevertretungen. Sie allein hatten das nationale Moment in den Vordergrund geschoben — auf deutscher Seite übrigens auch die Deutschnationalen, die infolgedessen gleichfalls einen erheblichen Stimmenzuwachs erfuhren — die übrigen Parteien aber jagten ihren Sonderinteressen nach. Gerade auch Hörsings eigene Partei folgte weit im geschlagenen Felde.

---

*) Diese wurde von der Entente für OS. verlangt.

Alsbald kam eine Karte in Umlauf, die rot und blau punktiert das Wahlergebnis in den einzelnen Ortschaften veranschaulichte — — die roten polnischen Punkte überwogen rechts der Oder bei weitem. Und das Ausland, das die Gründe zu dieser Umgruppierung nicht erkennen konnte, sah in diesem parteipolitischen Zerrbild die wahre Verteilung der Nationalitäten.

Übrigens folgte dann noch ein unwürdiges Nachspiel für Deutschland und Preußen. Durch die Berliner Ententekommission, und zwar über den französischen General Dupont, war rechtzeitig bekannt geworden, daß die Entente Neuwahlen in Oberschlesien so kurz vor der Besetzung nicht anerkennen würde. Denn sie hielt es nicht für möglich, daß die Flucht vor der Berliner Preußen-Regierung die kirchentreuen Oberschlesier so vollkommen in das polnische Lager treiben würde und daß selbst in dieser Stunde die Deutschen sich noch gegenseitig zerfleischen könnten. Infolgedessen fragte der Oberste Rat in Berlin an, ob die Preußische Regierung tatsächlich noch in Oberschlesien wählen lassen würde, und legte sich bereits auf die Ungültigkeitserklärung etwaiger Wahlen fest. Berlin antwortete bejahend und begründete die Neuwahlen unter anderem damit, daß diese gerade „im Interesse der ärmeren Bevölkerung, und das sei die polnisch sprechende", lägen.

Trotz des Wahlausfalls konnte die Entente nun nicht mehr zurück, sie erklärte die Wahlen für nichtig und ließ es in der Form nicht an dem nötigen Fußtritt fehlen!

Abstimmungspropaganda.

Im Juli hatte die Regierung den Reichs- und Staatskommissar Hörsing mit der im Friedensvertrag für Oberschlesien vorgesehenen Abstimmungspropaganda betraut und ihm hierzu gewisse Geldmittel zur Verfügung gestellt.

Aus zwei Gründen aber war der Staatskommissar als Propagandachef ungeeignet. Zunächst war er eine politische Persönlichkeit, die wohl das ganze Bürgertum gegen sich hatte. Es konnte infolgedessen gar nicht anders sein, als daß sofort Mißtrauen gegen die politische Uneigennützigkeit einer durch ihn geleiteten Propaganda einsetzte. Im September schon hatte ich mit Hörsing einen Zusammenstoß, als ich ihn darauf hinwies, daß es den Anschein hätte, als ob seine Propagandagelder allzu reichlich durch rote Parteikanäle liefen. Diese Gerüchte wollten nicht verstummen. Eine geschicktere Regierung hätte dies übrigens vorausahnen können. Der zweite Grund, der dazu zwang, einer anderen Persönlichkeit die Propagandaleitung anzuvertrauen, lag in der Art, wie Hörsing sie geistig aufzog. Auch hierüber war die Regierung nicht im unklaren gelassen worden. Denn Hörsing hatte einen Unterstab zusammengestellt, der geschlossen von allen Parteien abgelehnt wurde. Es handelte sich um fünf bis sechs Herren, deren jüngster kaum zwanzig Jahre alt war und von denen man bisher von besonderen Leistungen auf dem Gebiet der Propaganda noch nie gehört hatte. Wie stets aber wollte der Staatskommissar sich freiwillig nicht von

Menschen trennen, die ihm irgendwie nahegestanden hatten. Er nahm den Kampf für die Propaganda, und damit auch für seine Mitarbeiter, auf und unterlag. Das letzte hierzu hatte schließlich der Volksrat getan. In einer Sitzung, an der Vertreter aller Parteien aus Oberschlesien teilnahmen, herrschte nach dem Referat des Stadtrats Prescher Übereinstimmung, daß der Staatskommissar aus den vorstehend gekennzeichneten Gründen nicht mehr für die Propaganda in Frage käme. So mußte Hörsing dann schließlich dem Druck des ihm so verhaßten Volksrates nachgeben und auf die Propaganda verzichten. Ein interfraktioneller Ausschuß, an dessen Spitze der Landrat Dr. Lukaschek trat, katholischer Oberschlesier, übernahm jetzt den sachgemäßen Auf- und Ausbau des einzigen uns zur Erhaltung Oberschlesiens verbliebenen Kampfmittels.

Eine Woche nach dieser Volksratssitzung, Ende November 1919, bat Hörsing um seine Ablösung als Reichs- und Staatskommissar. Bei einer Besprechung im Innenministerium begründete er seine Bitte damit, daß . . . in Oberschlesien noch immer der Belagerungszustand herrsche! Diese überraschende Sinnesänderung seines bisherigen tatkräftigen Mitarbeiters auf dem Gebiet der Gesetze über den Ausnahmezustand erfuhr das General-Kommando durch . . . die Zeitung.

Somit lag die letzte Tat des Volksrates gerade im Interesse Oberschlesiens. Es war sein Verdienst und das seiner geistigen Leitung, daß sich hier nochmals alles für diesen bedrohtesten Teil Deutschlands einte. Der Volksrat ist dann kaum noch hervorgetreten und hat sich mit Ende des Jahres 1919 im Stillen aufgelöst.

Das General-Kommando hat der politischen Einstellung und den hieraus sich ergebenden innenpolitischen Folgerungen dieser Zentralbehörde zumeist ablehnend gegenübergestanden. Trotzdem hat seine Leitung, zunächst der spätere Oberpräsident Philipp und dann bis zum Schluß der Stadtrat Prescher, gezeigt, wie es durch Takt und guten Willen möglich ist, auch dem politisch Andersdenkenden gerecht zu werden. Sie haben, weil ihr Urteil auf eigener anständiger Gesinnung sich aufbaute, ihren Widerspieler menschlich geachtet und versucht, ihn zu verstehen. Diese Kunst, die über allem Trennenden den ruhigen, höflichen Ton niemals vermissen ließ, ist wohl nicht erlernbar. Die Leitung des Volksrates aber hat sie in vollstem Maße besessen.

4. September.

Die Berliner B.Z. regt sich über einen Befehl vom General-Kommando VI auf, in dem wir ausdrücken, daß es nun genug sei mit den polnischen Übergriffen, und daß wir unsere Truppen nicht mehr davon abhalten werden, ihrerseits die Polen mit Artillerie in Großpolen zu beschießen. Bei Golkowitz und Alt Berun und auch bei Preußisch Herby griffen gestern ganze Banden, die der polnische Grenzschutz zu uns herüber ließ, unseren Grenzschutz an. Wir werden das tun, was für Oberschlesien und den Grenzschutz frommt, und haben die Unterstützung dieser Berliner Zeitung hierzu nicht nötig.

In Oberschlesien tut sich ein polnisches Rotes Kreuz auf, das selbstverständlich nur zu dem Zwecke gegründet ist, polnische Stimmen zu fangen. Es sollen z. B. die Frauen und Kinder der über die Grenze geflüchteten Aufständischen wöchentlich mit Geld unterstützt werden. Wir lehnen dieses Rote Kreuz ab und lösen es auf.

Die geheime Feldpolizei benimmt sich bei einer Haussuchung in Kattowitz wenig geschickt. Es fällt ihr dort bei einem Beamten Material in die Hände, das nur aus Hetzschriften gegen die Reichswehr besteht. Von einem Polen gerufen, erscheint der Chef der Interalliierten Kommission, Oberstleutnant Tidbury, auf dem Plan und bittet, ihm das gefundene Material herauszugeben, da es für die Kommission gesammelt sei. Anstatt den Oberstleutnant abzuweisen, gibt der Leutnant das Material freiwillig, und wir sind es los.

5. September.

General Dupont, General Malcolm und noch irgend ein General wünschen, sich Exzellenz von Friedeburg in Groß Strehlitz vorzustellen. Sie sind die Führer der Berliner Entente-Kommission. Der Kommandierende General fährt den Herren nach Gleiwitz entgegen, um einem Besuch in Groß Strehlitz vorzubeugen, wo man dann Höflichkeiten austauschen müßte. Erst wird von den Generälen nach den Freikorps gefragt, und dann regt General Malcom eine Amnestie an. Der Kommandierende General eröffnet in seiner ruhigen, vornehmen Art dem Engländer: erst sämtliche Verschleppten zurück, dann Amnestie in bedingten Grenzen. Vorher selbstverständlich Niederschlagen sämtlicher Verfahren gegen die Reichswehr. Es fehlen noch gut 100 Deutsche, darunter auch der Bergassessor von Ehrenstein und Berginspektor Ebert aus Eichenau, ein Grubenbeamter von sechzig Jahren, von dem wir wissen, daß er schamlos mißhandelt worden ist. Wahrscheinlich wird er deshalb noch zurückbehalten. Man muß dem Amerikaner Goodyear Anerkennung zollen, daß er sich tatkräftig für die Verschleppten einsetzt. Vorgestern brachte er erst wieder 45 bei Preußisch Herby zu uns zurück.

Sehr erregt sich General Hoefer über diese Gäste, was er an seinem Holzarm ausläßt, den er in die Ecke wirft. Ich habe den Eindruck, daß diese Entente-Generale klug genug sind, um zu begreifen, welche Zumutung für uns in den Geschehnissen der vergangenen Tage liegt. Jenseits der Grenze, wo die Kommission bereits war, wird man ihr erzählt haben, daß man den Ereignissen vollkommen fernstünde. Diese grobe Lüge hat aber doch gar zu kurze Beine!

Bei Abfahrt der Ententekommission singt die zusammengeströmte Menge „Deutschland, Deutschland über alles“.

7. September, Berlin.

Ich höre eine ausgezeichnete Predigt im Dom über die Worte: „Und wenn es köstlich gewesen ist, so ist es Mühe und Arbeit gewesen!“ Dazu das wundervolle Orgelspiel von Professor Fischer.

Im Personalamt verhandle ich mit Major Schwarz über unser schlesisches Offizierkorps. Die kommenden Monate werden an unsere Nerven schwere Anforderungen stellen. Wie viele Freunde, und hier in Schlesien Kriegskameraden von der 5. Kavallerie-Division, werden auf dem General-Kommando erscheinen mit der Frage: „Warum werde gerade ich weggeschickt?“

Schwarz sagt, daß die Hälfte aller noch vorhandenen Offiziere nicht bleiben könne. Beinahe 7000 sind noch im Dienst, nur 3500 können in die Reichswehr übernommen werden.

14. September.

In Breslau hat es in der vergangenen Woche Auftritte auf dem Wochenmarkt und nachher Plünderungen in der Stadt gegeben. Aulock hat diese Angelegenheit rasch geordnet. Als Jägerbataillon 8 wird sein Freikorps nunmehr in die Reichswehr aufgenommen. Die Widerstände der Divisionen gegen diese Anordnung sind erheblich und richten sich gegen mich persönlich. Aber nur ich allein kann beurteilen, wer die Hauptarbeit in dem ersten und schwersten Vierteljahr geleistet hat. Major Beckert rief mich in Groß Strehlitz an, ob ich ihn nicht zur Sicherheitspolizei bringen könne; ich empfahl ihn darauf Hörsing, der ihn sofort nahm. Kommandeur soll Oberst Schwerk werden. Ich will mich freuen, wenn ich mit der Breslauer Polizeisache nichts mehr zu tun habe.

15. September.

Die Polizeipräsidien in Kattowitz und Hindenburg sollen neu besetzt werden. Nach Kattowitz soll Oberleutnant Amelung vom General-Kommando, nach Hindenburg Dr. Thiemann von der hiesigen Polizei. Dr. Thiemann war der frühere Dezernent für die politische Polizei (!), der die ihm unter der alten Regierung im hiesigen Polizei-Präsidium zugänglich gewesenen politischen Akten jetzt in einem Buch verarbeitet hat, das er mit den Worten schließt: „Es lebe die Sozialdemokratie!“. Dr. Thiemann mag sich mit seinen Genossen selbst abfinden; Amelung aber halte ich für den richtigen Mann. Aus der höheren Polizeilaufbahn hervorgegangen, war er 1916/17 als Militärpolizeimeister der Festung Bukarest tätig. Das entsprach etwa der Stellung eines Polizeipräsidenten.

Nachdem gerade erst vor ein paar Tagen das Reichswehr-Ministerium aufgestellt und mit Noske besetzt worden ist, verlangen die hiesigen Genossen im sozialdemokratischen Verein bereits die Absetzung des neuen Ministers. Noske ist lediglich ein Beweis dafür, daß sich das Regieren von oben durchaus anders ansieht, als man es sich unten ausmalt. Von der Elite des deutschen Offizierkorps im Reichswehrministerium umgeben, hat der bisherige Genosse Noske alsbald erkannt, daß diese Männer, selbst als Monarchisten, das Wohl des bedrängten Vaterlandes über ihre Sonderwünsche gestellt haben. Wenn Herr Löbe, der Papst der Breslauer Sozialdemokratie,

hier verlangt, das Offizierkorps zu vereidigen und die sich Weigernden sofort zu entlassen, so hat auch er niemals einen Hauch des Geistes des alten Offizierkorps verspürt. Genau wie ich mich geweigert habe, den Eid auf die Republik zu leisten, und trotzdem mich innerlich gebunden fühle, solange ich noch Soldat bin, meinen vereidigten Vorgesetzten zu gehorchen, — genau so denken meine Kameraden. Wer noch bleibt, hat die Konsequenzen zu ziehen, auch ohne Eid.

In Waldenburg am 13. erhebliche Krawalle. Zwei Tote und fünf Schwerverletzte. Das Detachement Kühme ist dorthin verladen worden. Es werden Plünderungen der größeren Geschäfte in der Stadt gemeldet. Vorgeschoben werden ein Flugblatt und Plakate, die die Beseitigung der Zwangswirtschaft fordern. Die Erbitterung über das Schiebertum und die große Lebensmittelknappheit spielen hierbei eine ausschlaggebende Rolle. Es ruft mich ein Betriebsrat aus Waldenburg an, das General-Kommando solle das Militär zurückziehen. Als ich dem Mann erwidere, das Militär bliebe so lange, bis die Ruhe wieder hergestellt sei, sagt er: „Stellen Sie die doch selbst wieder her; aber die Herren sind ja zu feige, zu kommen!“ Ich entgegne ihm: „Morgen bin ich da!“ Besprechung mit Hörsing, daß wir morgen nach Waldenburg fahren, wo er bisher noch nicht war. Wie mir Hörsing sagt, hat ihn der „Bergwacht“-Redakteur, Stadtrat Dikreiter, angerufen und selbst um das Militär gebeten. Ich erfuhr von der Inmarschsetzung Kühmes erst, als ich gestern von Berlin zurückkam. Mitteilung an Bürgermeister Dr. Erdmann-Waldenburg über unser Eintreffen.

16. September.

Fahrt mit Hörsing nach Waldenburg. Von neun bis elf dort Sitzung im Landratsamt unter Assessor Hoffmann, der den Landrat von Götz vertritt. Erst spricht der Bürgermeister: das Militär sei zweifellos gereizt worden, auch Hauptmann Kühme habe einen Stein an den Kragen bekommen. An dieser Sitzung hier will für die Bürgerlichen auch ein Oberlehrer Dr. Spatzier teilnehmen, über dessen Zulassung erst die nötige Zeit debattiert wird. Man bekommt einen Vorgeschmack von der für elf Uhr angesetzten Betriebsräteversammlung in Waldenburg-Altwasser. Denn hier schon wird alle Schuld auf die Bürgerlichen geschoben. Der Vorsitzende des Kreisarbeiterrates, Schütz, will den Anlaß zu den Auftritten in einem Flugblatt des Fleischhandels erblicken und darin, daß die Kaufleute sich der Kommunalisierung des Handels widersetzen. Schütz), ein alter Mann, war verschiedentlich bei mir auf dem General-Kommando, brachte vernünftige Wünsche vor. Ich habe ihm stets geholfen, so gut ich konnte. Gewerkschaftssekretär Grüttner dagegen behauptet, die Sedanfeier, die der Oberlehrer Dr. Spatzier arrangiert habe, mit einem großen Feuer auf einem Berge, sei der Grund zu der gereizten Stimmung unter der Arbeiterbevölkerung. Er bestätigt im übrigen, daß das Bataillon Kühme sich vorbildlich ruhig verhalten*

---

*) Wurde dann Landrat für Herrn v. Götz in Waldenburg

habe, wie es sich auch jetzt durchaus unauffällig benähme. Hörsing schiebt die Schuld an den Zusammenstößen auf Leute, die hierher getrieben wären, die keine Heimat hätten und keine haben wollten. Diese Spartakisten hätten nun in den Wirtschaftsverbänden wertvollste Mitarbeiter gefunden. Auch der Bürgermeister Dr. Erdmann habe völlig versagt, weil er derartigen Leuten gestatte, ihre arbeiterfeindlichen Ansichten in Plakaten und Flugblättern zu verbreiten. Von dem Hauptmann Kühme spricht der Staatskommissar dann sehr anerkennend, daß nur durch dessen vorzüglichen Einfluß auf seine Jäger diese so ruhig geblieben, obgleich sie schwer provoziert worden wären.

Dann wird über die Einwohnerwehren verhandelt. Not lehrt beten. Zu Beginn des Monats, in der Sitzung beim Oberpräsidenten (s. 2. September), konnte man noch anders. Nun regt Hörsing ihre sofortige Bildung an, unter Ausschluß jeglicher Arbeiterwehr. Dann verteidigt sich der Bürgermeister gegen den Vorwurf des „Parteibürgermeister"; setzt sich gleichermaßen für die Einwohnerwehren ein, die mit der Polizei gemeinsam vorzugehen hätten und keine Arbeiterwehren vorstellen dürften. Nachdem so Übereinstimmung über die sofortige Bildung dieser unpolitischen Wehren erzielt ist, erkläre ich mich bereit, nach deren Zusammentritt das Freikorps Kühme wieder aus der Stadt herauszunehmen. — Hiermit hätte eigentlich die Besprechung ihr Ende erreicht, wenn nicht der sozialdemokratische Redakteur Dikreiter sich noch an Dr. Spatzier reiben müßte: Dieser Oberlehrer sei die typische Erscheinung seines Standes, dessen Spezialität es sei, im ungeeignetsten Moment das Ungeeignetste in die Debatte zu werfen. Das Flugblatt des Handels, an dem er mitgearbeitet, sei an Verhetzung und Verlogenheit nicht mehr zu überbieten. Es sei sehr fraglich, ob der Oberlehrer nicht die Auftritte habe herbeiführen wollen. Beim ersten Versuch eines Bürgerstreikes würde er, Dikreiter, den Generalstreik ausrufen. Kennte ich nicht diese Art von weithergeholten Unterstellungen und dunklen Andeutungen, so müßte ich mich tatsächlich noch wundern über diese Dialektik. So aber freue ich mich nur dieses mutigen Oberlehrers, der meine ganze Sympathie hat, sich tapfer mit diesem Redakteur herumschlägt und ihm die Antwort nicht schuldig bleibt.

Fortsetzung dieser Besprechung dann ohne die Bürgerlichen in der Vertrauensmännerversammlung des Bezirks Waldenburg in Waldenburg-Altwasser. Größerer Saal, der bis auf den letzten Platz gefüllt ist. Wir werden auf eine Bühne geführt, auf der noch die Kulissen von der letzten Theateraufführung stehen. Man merkt bereits die Erregung, die über der Versammlung liegt. Von den fünf Schwerverletzten des 13. ist noch einer gestorben, so daß jetzt also drei Tote zu beklagen sind. Dazu der Belagerungszustand und das Freikorps! Die Versammlung leitet der Gewerkschaftssekretär Grüttner. Er eröffnet mit dem Hinweis, daß Details anzuführen sich erübrige. Dann folgt Hörsing und spricht von dem verbrecherischen Flugblatt. Trotzdem ich mir klar bin, in welche Situation wir uns begeben haben, bin ich doch überrascht, wie sofort die

gereizte Stimmung in Entgegnungen und Zwischenrufen auch gegen Hörsing hervorbricht. In meiner Nähe sitzt der Spartakist Schiller aus Schlegel, der mich unverwandt mit seinen stechenden Augen ansieht. Ich habe mich doch zu sehr darauf verlassen, daß gerade die Arbeiterdeputationen, zu der auch dieser Schiller gehörte, sich im General-Kommando davon überzeugt hätten, daß ich völlig rechtlich und arbeiterfreundlich denke. Ganz im Gegenteil aber werde ich persönlich sofort heruntergerissen. Es kommen Zwischenrufe: „Er soll sagen, wo er das Eiserne Kreuz her hat"! „Er und seinesgleichen haben doch nur in der Etappe gesessen!" „Weshalb hat er die roten Hosen an?" „Sofort das Militär aus Waldenburg heraus! Heute nachmittag muß es draußen sein!" „Nein, in einer Stunde!" Den Zwischenrufer mit einer Stunde kann ich, da er mir ziemlich nahe sitzt, fassen. Ich frage ihn, was er als Soldat wohl dazu gesagt hätte, wenn seine Vorgesetzten von ihm verlangt hätten, binnen einer Stunde sein ganzes Sack und Pack zusammengerafft zu haben und auf dem Bahnhof zu stehen. Alles lacht! Arbeitersekretär Grüttner: Die Arbeiter hätten kein Vertrauen mehr zur Regierung. Es müsse eine „Tat" gegen die Wucherer geschehen. Nur Arbeiterkontrolleure, mit umfassendsten Vollmachten ausgerüstet, könnten hier helfen. Dies liege nicht so sehr in schlesischem, als in deutschem Interesse. Bürger kämen für derartige Funktionen nicht in Frage, schon der Name an sich sei dem Arbeiter verhaßt. Arbeitersekretär Franz): „Man fürchtet sich, den Kampf mit rechts aufzunehmen. Die Regierung ist des Militärs nicht mehr sicher. Aber wir wollen nun nicht mehr beiseite stehen, sondern wir müssen in die Einwohnerwehren eintreten". Ein Arbeiter: „Unser Ehrgefühl als alte Gewerkschaftler sträubt sich dagegen, mit Bürgern in eine derartige Organisation hineinzugehen. Wir organisierten Arbeiter können die Regierung allein schützen. Wenn heute nicht noch das Militär fortgezogen wird, proklamieren wir morgen den Generalstreik." Zwischenrufe: „Das Militär ist mit der Musik vorneweg in die Stadt eingezogen! Wir verbitten uns so traurige Musik, bei der die dicke Pauke auf dem verkehrten Fuß schlägt." Wie mir Hauptmann Kühme sagt, war ausdrücklich auf Wunsch der Stadt das Freikorps mit der Musik eingerückt, um zu zeigen, daß es sich lediglich um eine friedliche Maßnahme handele, die ganz allein im Interesse der Bevölkerung lag. Ein Vertrauensmann aus Landeshut: „Wir erklären uns mit den Waldenburgern solidarisch und werden auch streiken!" Ein Striegauer aber schreit: „Genosse Daubenthaler (Landrat in Striegau) hat mit Hilfe der geheimen Feldpolizei des General-Kommandos VI durch Spitzel zum Streik aufgewiegelt, um dann das Militär zum Einschreiten zu bringen." Auf diese Behauptung hin gerät die Versammlung wieder in außerordentliche Erregung. Es wird der Name Forner gerufen, der Name eines Mannes, der angeblich als Spitzel der Breslauer Militärbehörde auch im Waldenburgischen auftauche und die Arbeiterschaft reize. Dieser soll auch jetzt*

---

*) In Waldenburg 1925 Nachfolger des Landrats Schütz (s. S. 276).

gerade am Eingang des Versammlungslokales gesehen worden sein, um auch diese Versammlung zu überwachen. Jetzt wird die Situation für mich schwierig und erreicht ihren Höhepunkt, als Zettel auf die Bühne geworfen werden, die tatsächlich General-Kommando-Ausweise für diesen Forner darstellen. Ausgestellt von der Militärpolizeistelle Schweidnitz, sind sie unterstempelt: Stellv. General-Kommando VI. Unter Zurufen, bei denen sich ein großer Teil der Versammelten erhebt, wird nun verlangt, daß die in Waldenburg in Schutzhaft Sitzenden sofort befreit werden. Ich soll an der Spitze eines Zuges vors Gericht ziehen, die rote Fahne tragen und dergleichen mehr. In diesem Augenblick rettet Hörsing die Lage, indem er in den Tumult hineinruft: „Ich habe das Militär geschickt!" Dabei hat er doch nur die Bitte seines Genossen Dikreiter an das General-Kommando weitergeleitet. In geschickter Weise schüttet er dann Oel auf die erregten Wogen dadurch, daß er sofort darauf hinweist, daß er wegen sozialdemokratischer Betätigung bereits als junger Mensch von sechzehn Jahren von der Polizei bestraft worden wäre. Das sind natürlich Argumente, mit denen unsereins nicht aufwarten kann, die aber ihre Wirkung auf die Versammlung nicht verfehlen. Für mich war es nicht uninteressant, den Redakteur der „Bergwacht", der nichts getan wie gegen das Militär gehetzt, es jetzt aber in höchster Not gerufen hatte, stumm und bescheiden zwischen uns zu sehen. Ich erkläre mich dann bereit, den Forner in Schutzhaft nehmen zu lassen, weil er, wie figura zeige, durch das Waldenburgische reise mit Ausweisen, die bereits seit Dezember vorigen Jahres, seit der Auflösung des Stellvertretenden General-Kommandos, ungültig seien.

Der außerordentlich geschickten Leitung des Gewerkschaftssekretärs Grüttner gelingt es, die Versammlung schleunigst zu beenden. Draußen sagt mir der Gewerkschaftssekretär Schütz: „Ich habe seit vierzig Jahren hier im Waldenburgischen sozialdemokratische Propaganda getrieben, eine derartige Versammlung habe ich noch nicht mitgemacht." Als Hörsing und ich uns dann in Schweidnitz von dem Schreck erholen, meint der Staatskommissar: „Da sind wir nur nahe daran vorbeigekommen, zertreten zu werden."

17. September.

Nach Berlin zum Innenministerium. Sitzung mit Minister Heine, Oberpräsident Philipp und Staatskommissar Hörsing. Es lag ein fertiger Entwurf des Ministeriums über die Errichtung der Einwohnerwehren vor, der im wesentlichen vollkommen dem Entwurf des General-Kommandos entsprach und dem ich zustimmte. In solchen Augenblicken empfindet man eine gewisse Befriedigung, erinnert sich der Herren Gewerkschaftssekretäre, ihrer Anwürfe „der Feldwebel allein hat's gemacht" (s. Seite 268), aber auch ihrer leeren Taschen.

Nach Schluß der Besprechungen kam Heine auf einen Major a. D. zu sprechen, der als Kreiskommissar durch das General-Kommando abgelöst wurde. Er fragte

mich nach dem Grund für diese Maßnahme. Ich sagte dem Minister, daß dieser ehemalige Offizier ein aufgeregter Mann sei und in dieser gewitterschwangeren Zeit an eine so exponierte Stelle nicht passe. Darauf erhob sich Heine, schlug mit der Hand auf den Tisch und sagte: „Und er ist Sozialdemokrat!" „Das höre ich zum erstenmal." Heine fährt fort: „Ich kenne ihn schon von vor der Revolution her." „Das ist mir im Augenblick gänzlich uninteressant", erwiderte ich, „ich finde es unanständig, wenn ein solcher Offizier im Kameradenkreise herumläuft und keinen Menschen über seine Gesinnung orientiert." Denn nur mit Berechnung sei es möglich, solche Heimlichkeiten zu betreiben. Es müsse sein Bewenden bei der Ablösung haben.

19. September, Breslau.

Sitzung im Oberpräsidium im Ausschuß des Provinzial-Volksrates, in der auch über die Autonomie gesprochen wird. Ich wußte nicht recht, weshalb ich gebeten war. Der erste Redner, Gewerkschaftssekretär Senk, spricht sofort über die Vorgänge in Waldenburg, an denen das General-Kommando schuld sei. Die Militärpolizei in Schweidnitz habe die Sache angezettelt. Hörsing kommt zu mir und sagt: „Kein Unsinn ist so groß, daß er nicht geglaubt wird."

Merkwürdig mutet mich die Äußerung des Oberpräsidenten Philipp an, „daß Preußen groß und stark bleiben müsse", und daß er das Preußentum herausstreicht. Früher, glaube ich mich zu erinnern, sprachen dieselben Herren nur vom preußischen Klassenstaate. Hörsing ist natürlich gegen jegliche oberschlesische Autonomie und versteigt sich schließlich zu dem Ausruf: „Ich kenne die Oberschlesier. Nach einiger Zeit werden sie der staunenden Mitwelt noch einen Bonzen präsentieren, dem ganz Europa untertänig sein soll." Die heute früh verbreitete Nachricht — Erzberger soll sie lanciert haben —, daß in der Regierung vollkommene Einstimmigkeit über die Provinz Oberschlesien herrsche, will Hörsing auch erst aus der Zeitung erfahren haben. Er erklärt sie für dreist erlogen. Wie dem aber auch sei, durch diese schlaue Erklärung ist nunmehr der Stein so ins Rollen gekommen, daß er nicht mehr aufzuhalten sein wird. Wenn Erzberger, der sich als Reichsminister um preußische Angelegenheiten überhaupt nicht zu kümmern hat, morgen auch durch Heine und Hirsch desavouiert wird, so hat das Zentrum trotzdem in kürzester Zeit wieder etwas hingelegt, an dem wir Stümper hier seit Monaten arbeiten. Das Dreimänner-Kollegium als Beirat (s. S. 246) der Regierung in Oppeln, von dem in der Veröffentlichung die Rede, ist eine Unmöglichkeit. Es kommen doch nur ein Sozialdemokrat, ein Zentrumsmann und ein Pole hinein. Hörsing meint, wenn man sie zusammen in ein Zimmer sperre und nach einiger Zeit nach ihnen sähe, so fände man, daß sie sich gegenseitig aufgefressen hätten. Gut spricht Graf Keyserlingk über landwirtschaftliche Fragen. Er schildert die Ernteaussichten recht betrüblich; ich glaubte, sie seien gut.

23. September, Berlin.

Mit dem Reichswehrminister Noske zum Reichstag, wo er seinen Etat durchbringen wolle. „Seinen Etat!“ Es stimmt schon, aber es gibt mir doch einen Stich ins Herz. Ich sage dann dem Minister, ich sei wohl herbestellt worden, um ihn über die Lage in Schlesien zu unterrichten; berichte also, wie es dort aussieht, und bitte ihn, uns keinesfalls Truppen wegzunehmen. In Waldenburg wären wir gerade am Streik vorbeigekommen, und Oberschlesien sei alles andere als ruhig. Noske erwidert, die aus Berlin stammenden Truppen hätten schon gestern von ihm verlangt, Weihnachten wieder zu Hause zu sein. Bei Besprechung der Umgestaltung der Reichswehr sagt schließlich Noske, daß er sich über mein Bleiben freue. Auf meine Entgegnung, ich schiede freiwillig aus, hofft der Minister, daß mein Entschluß noch nicht endgültig sei. Zuletzt lade ich Noske noch ein, nach Schlesien zu kommen und sich unsere Truppen anzusehen.

Noske.

„Schlagt die Noskes tot!“ rief man in der Revolution und meinte damit die Soldaten des alten Heeres und der Reichswehr. Auf der Straßenbahn in Breslau entstand eine böse Schlägerei, weil ein Zivilist einen Freiwilligen „Du Noske“ genannt hatte. Zehn Jahre später hörte ich beim Vorbeiziehen der Wachtparade in Berlin, wie ein Zuschauer sagte: „ich würde auch gern ein Noske“. Wer aber Noske gewesen war, wußte der Junge nicht. Nur der Name des ersten Reichswehrministers lebt weiter, das Persönliche hingegen ist vergessen.

So auch ist es Noske mit dem alten Offizierkorps ergangen. Erinnerungen an den Menschen Noske, so wie sie uns mit unseren alten Vorgesetzten verbinden, bestehen wohl kaum noch, denn unsere Einstellung zu einer Revolutionserscheinung als obersten Vorgesetzten des Heeres mußte naturgemäß ablehnend sein. Auch war der Reichstagsabgeordnete Noske bis 1914 der sozialdemokratische Redner zum Militäretat gewesen, der ständige Gegner also des Kriegsministers, wenn dieser im Reichstag die Interessen der Wehrmacht vertrat. Zwar sprach man im alten Heere niemals, auch nicht im engsten Kreise, von Politik. Trotzdem, der Name Noske war bekannt, eben wegen seiner Etatsreden.

Als nun nach dem 9. November Noske alsbald sein Amt als Reichswehrminister antrat, wurde bereits dessen Energie und Entschlossenheit gelobt. Man hörte, er habe erkannt, daß es wie bisher nicht weiter gehe. Hierdurch fand er dann auf militärischem Gebiete sachlichen Anschluß an einen großen Teil des Offizierskorps. Auch mit den Verfügungen, die Noske gegen die Soldatenräte herausgab, ließ sich arbeiten. Hierfür überhäuften die eigenen Genossen den Minister alsdann mit denselben Verunglimpfungen, mit denen er selbst im Reichstag gegen das alte Heer niemals gespart hatte. Auch seine sonstige Politik — reinste Machtpolitk — schuf Noske in dieser Zeit seine Stellung. Die Spandauer Werkstätten z. B., in denen eine

ganze Armee faulenzte und politisierte, schloß der Wehrminister von einem Tag auf den anderen. 40 000 Mann lagen 1919 zwei Tage vor Ostern auf der Straße. Angehörige der Freikorps aber gaben auf Noskes Befehl an den Toren der Werkstätten dieser Maßregel den nötigen Nachdruck. Noske erwähnte diesen Vorgang in einer Sitzung des Berg- und Hüttenmännischen Vereins in Kattowitz und schloß mit den Worten: „Worauf warten Sie hier in OS. noch?"

In Sprechweise, im Auftreten und Handeln, vor allem in seinem Sichnichtbangemachenlassen, ist Noske den Vorgesetzten des alten Heeres schließlich ähnlich gewesen. Den Geist aber des Offizierkorps konnte er nicht erfassen, denn Tradition und Erziehung bedürfen einer längeren Zeit, um aus dem Äußerlichen Innerlichkeit werden zu lassen. Diese Zeit fehlte. Noske vermied daher möglichts alles, was den Geist des Offizierkorps verletzen konnte. Zumeist ging das auch gut. Dann aber entgleiste ohne allen Grund dieser Minister so ungewollt und unbewußt, aber auch so völlig, daß das Offizierkorps sofort wieder in Abwehrstellung geriet. Deshalb auch konnte dieser Mann trotz hoher Verdienste um das Heer niemals in ihm festen Fuß fassen.

Ein Beispiel: Im Interesse des Offizierkorps hielt Noske Ende September 1919 eine Rede auf der Konferenz sämtlicher Vertrauensleute der Berliner Sozialdemokratie. Veranlassung war eine Pressehetze im „Vorwärts", die von dessen Redakteur Kuttner gegen den Oberst Reinhard entfesselt worden war. Oberst Reinhard, früher Kommandeur des 4. Garde-Regiments zu Fuß, hatte in den bösesten Revolutionstagen das Regiment Reinhard in Berlin aufgestellt. Gerade dieses Regiment war dann auch an der Befreiung der „Vorwärts"-Redaktion aus der Hand der Spartakisten beteiligt. Herr Kuttner beschuldigte nun den Oberst Reinhard monarchistischer Umtriebe. Kronzeuge für den „Vorwärts" war ein wegen bürgerlicher und militärischer Vergehen schwer vorbestrafter Mann. Degradiert, hatte er sich selbst wieder zum Offizierstellvertreter befördert. Vor ihn also stellte sich der Redakteur. Noske aber nahm den Oberst in Schutz. In seiner lebhaften, markanten Art sagte er etwa: Nie hat Oberst Reinhard ein Hehl daraus gemacht, daß er Monarchist ist. Trotzdem steht er wie so viele bewährte Offiziere hinter Republik und Regierung, um das Letzte von unserem Vaterlande abzuwenden. Ohne das Bleiben der Offiziere wäre das Heer in Riesenschritten dem Chaos zugetrieben. Ich habe mir die alten Offiziere und Beamten, verprügelt und bespuckt wie sie waren, einzeln wieder herangeholt und mit ihnen das Schlimmste verhütet. Gerade auch hier in Berlin. Eine Reihe von Offizieren waren reine Wallensteiner, die mir ihre Truppen von sich aus gebracht haben. Wird das Offizierkorps weiter so beschimpft, so kann sich keiner darüber wundern, wenn es einen Ekel vor Revolution und Republik bekommt.

Diesen tapferen Worten aber folgten die des Noske der Partei: „Wir werden am 1. Januar 1920", fuhr der Minister fort, „ein bettelarmes Offizierkorps haben, das mit seiner Existenz an die Sicherheit des Landes und an die Festigkeit der Regierung gebunden ist."

Das Leutnantsgehalt betrug vor dem Kriege 75 Mark. Der Kavallerieoffizier erhielt 9 Mark mehr, dafür mußte er sich ein eignes Pferd halten. Als Oberleutnant nach etwa zehnjähriger Leutnantszeit bekam man 125 Mark. Mit Wohnungsgeldzuschuß und Service stand sich der Leutnant alles in allem im Durchschnitt auf etwa 135 Mark. Trotzdem standen Fragen über Gehaltserhöhung oder Ähnliches gänzlich außerhalb alles Möglichen. Noske aber baut das Verhältnis vom Reichswehroffizier zum neuen Staat auf der Armut auf, über diesen Umweg würde die Zuneigung sich zwangsläufig einstellen.

Der Erfolg dieser Entgleisung war z. B. im Generalkommando VI und unter den Truppen folgender: Als der Reichswehrminister uns Mitte Oktober in Breslau besuchte, waren im Generalkommando besondere Vorträge für ihn angesetzt. Noske traf zur festgesetzten Stunde ein, aber die Offiziere mußten fast alle einzeln aus den Abteilungen zu den Vorträgen zusammengeholt werden. Auch bei der dann auf dem Palaisplatz folgenden Parade war die Stimmung des Offizierkorps eisig. Ablehnung und Erbitterung lebten wieder auf, veranlaßt durch jene Rede!

Daß aus dem November 1918 schließlich ein sozialdemokratischer Reichswehrminister hervorgehen würde, war selbstverständlich. Unter diesen Umständen war Noske sicherlich die geeignetste Persönlichkeit. Auch seines hohen Verdienstes zur Schaffung geordneter Verhältnisse in Deutschland unmittelbar nach den Revolutionswirren sei hier besonders gedacht. Kein Offizier durfte aus diesem Gesichtswinkel heraus dem Minister seine Achtung versagen.

Anders als rein äußerlich aber hat Noske selbst wohl seine Stellung zum Offizierskorps nicht betrachtet wissen wollen. Sonst wäre es unmöglich gewesen, daß er kurzdanach, als er im März 1920 durch die Regierung fallengelassen wurde, sich rühmte, er sei der erste Soldatenrat des alten Heeres gewesen und habe sich die anderen Soldatenräte erst zusammensuchen müssen. Ragt Noske auch turmhoch über jene heraus und steht im weiten Abstand auch vor allen denen, die als Soldatenräte versucht haben, zu helfen und Gutes zu wirken, so zeigt doch die Erwähnung dieser Tätigkeit durch ihn selbst, welche Kluft ihn empfindungsgemäß von uns trennte.

Und das war es, was das Offizierkorps sofort fühlte. Es hat den ersten Reichswehrminister geschätzt wegen seiner Tatkraft und seines aufrichtigen guten Willens. Es hat ihn abgelehnt in all den Dingen, die eine Tradition soldatischen Geistes voraussetzten.

Auf dem Geist aber baut sich erst recht eine arme Wehrmacht auf!

27. September. Königgrätz.

Fahrt nach Königgrätz zur dritten Besprechung mit den Tschechen. Früh neun Uhr treffen wir an der tschechoslowakischen Grenze bei Sackisch ein, wo uns der tschechische Generalstabsoffizier empfängt, der uns seinerzeit schon in Kudowa besuchte. Er ist 1916 als österreichischer Tscheche übergelaufen und hat bei Verdun

gegen uns gekämpft! Wir fahren mit ihm nach Königgrätz. Mir fällt zunächst auf, daß die Häuser alle tschechisch neu übermalte Firmenschilder tragen. Unterwegs, als wir uns dem Schlachtfeld von Königgrätz nähern, weiß kein Bauer auf unsere Fragen über die Schlacht Bescheid. Ich sehe den Wald von Ober-Prim und das Dorf Stezireck. In Königgrätz erwartet uns Major Hauswicz wieder, mit dem ich die beiden anderen Verhandlungen auch führte. Hauswicz ist jetzt Abteilungschef im Ministerium für nationale Verteidigung geworden. Ein dritter Generalstabsoffizier ist noch zugezogen. Die Herren tragen nagelneue amerikanische Uniformen. Wir sprechen zunächst über einen Ausgleich in den Land- und Eisenbahnüberwachungsstellen.

Mir liegt aber am meisten daran, Hauswicz dahin zu bringen, daß im Hultschiner Kreise Volksabstimmung erfolgt. Nach dem Friedensvertrag soll dieser Kreis ohne Abstimmung an die Tschechoslowakei fallen. Da aber im Teschener Kreise Volksabstimmung beschlossen ist, so liegt es nahe, diese Abstimmung auch auf den Hultschiner Kreis zu übertragen, der dann unzweifelhaft bei Schlesien bleibt. Leider sagt Hauswicz, daß er hierfür nicht zuständig sei. Ich befürchtete es schon, wollte aber den Vorstoß nicht unversucht lassen. Der Major kommt schließlich noch auf die nationalen Gegensätze mit den Polen zu sprechen und möchte gerne wissen, ob er bei einer kriegerischen Verwicklung zwischen der Tschechei und Polen wegen Teschen, das die Polen nicht freiwillig räumen wollen, vom VI. Korps nichts zu befürchten hätte. Ich erwidere, daß ich das zusagen könne, falls sie uns in Ruhe ließen, wenn wir mit den Polen wegen Oberschlesien handgemein würden. Während ich bereit bin, über diesen Punkt gegenseitiger Neutralität gleich hier eine schriftliche Vereinbarung aufzusetzen, kann Hauswicz nicht so weit gehen . . . die Entente würde derartige Abmachungen auch für die Tschechen nicht anerkennen. Man sieht die Bevormundung. Es bleibt also alles beim alten, doch glaube ich, daß wir uns wegen unserer Südfront keine Sorgen zu machen brauchen.

Über die Angehörigen der sudetenländischen Bataillone versichert der Major, daß sie entsprechend unseren Abmachungen vollkommen unbelästigt in ihre Heimat zurückgekehrt wären. Es ist auch keine Klage über Nichteinhaltung des Vertrages zu unserer Kenntnis gekommen.

Da ich zwischen Sackisch und Königgrätz auf der Hinfahrt ziemlich viel Militär sah, das unseren tschechischen Offizier — wir sind in Zivil — übrigens recht stramm grüßte, so komme ich Hauswicz gegenüber vor meiner Abfahrt nochmals auf diesen Übelstand für unsere nachbarlichen Beziehungen zurück. Er meint, es sei das ein reiner Zufall, da die großen Orte Josephstadt und Skalitz ja von jeher Garnisonen gehabt hätten. Ich solle mir doch den Rückweg selbst wählen, und er stelle mir deshalb anheim, ohne tschechische Offiziersbegleitung zu fahren. Das nehme ich an. Schließlich enden wir wieder in Nachod, nachdem uns die Tschechen in kameradschaftlicher Weise noch in Königgrätz bewirtet haben. In Nachod aber halten zwei Soldaten

unser Auto an, wir müssen auf die Wache. Ich fahre übrigens mit freiem Geleit, da gegen mich, eben wegen der sudetenländischen Bataillone, immer noch ein Haftbefehl in Prag vorliegt. Nachdem der Wachtoffizier mit Prag telefoniert hat, erscheint er recht kleinlaut und entläßt uns mit vielen Entschuldigungen.

In die Augen springend war die anständige Haltung der Bevölkerung, ebenso der militärische Gruß der Soldaten. In Deutschland äußert sich die errungene Freiheit hingegen alsbald wieder durch üble Zurufe der Bevölkerung gegen unseren vorbeifahrenden Wagen.

28. September.

Mit dem Kommandierenden General war ich in Beuthen und in Nicolai. Hier in Nicolai war das Reiterregiment von Viereck aufgebaut. (Es setzt sich zusammen aus den Resten der alten Garde-Kavallerie-Regimenter, die während der Revolution schon als Freikorps-Eskadrons unter Generalleutnant v. Hülsen Dienst getan haben.) Ein erhebender Augenblick, diese sich ganz wie ein Friedensregiment präsentierende Truppe zu sehen! Recht gute Pferde, sauberes Zaumzeug. Auch die Kavalleriemusik genau wie im Frieden. Derselbe schwarze Sergeant der Gardehusaren schlug hier an des Reiches Grenze noch die Kesselpauken, wie er es schon 1913 in Alten-Grabow beim letzten großen Kavallerie-Exerzieren vor unserem Kaiser getan hatte. Schwer trenne ich mich von diesem schönen Bilde, und ich muß die Härte des Gedankens unterdrücken, daß ich niemals den stolzen Traum meiner Jugendjahre mehr erleben werde, als Kommandeur an der Spitze eines Kavallerie-Regiments zu stehen. Am Ende meiner Laufbahn aber will ich bekennen, daß vom ersten bis zum letzten Tage durch fünfundzwanzig lange Jahre hindurch dieser wundervolle Beruf restlos das gehalten hat, was ich schon als Kind und junger Mensch von ihm ersehnte und erhoffte. Am Tage meines Diensteintrittes in Koblenz spielte, wie eben hier, die Regimentsmusik. Ich hörte sie von der Karthause her in das Fort Alexander, in dem ich eingekleidet wurde, herüberschallen; sie durchschauerte und erfaßte mich so, daß ich die Hände faltete und meinem Schöpfer dankte, daß ich jetzt des Königs Rock tragen durfte. Mit diesen Gedanken sehe ich heute ein letztes Mal die Eskadrons hier an mir vorüberreiten; die Glückszeit meines Lebens neigt sich dem Ende zu.

29. September, Breslau.

Die Detachements sind wieder alarmbereit, da die Arbeitslosen sich auf dem Sonnenplatz versammeln und in die innere Stadt ziehen wollen.

Oberpräsident Philipp ist, wie ich von seinem Referenten für Einwohnerwehren, Major von Wulffen, hörte, sehr verstimmt gegen uns von der letzten Sitzung her. Philipp hat Wulffen erklärt, er würde dafür sorgen, daß der Belagerungszustand, der dem General-Kommando scheinbar außerordentlich erwünscht sei, aufgehoben

würde. Diktatorisch hätten wir einfach die Einwohnerwehren aufgestellt und ihm obendrein noch schließlich sämtliche Kreiskommissarstellen besetzt. Diese Bemängelung ist ein Schulbeispiel dafür, wie sehr die meisten Menschen die Ereignisse des vergangenen Winters bereits vergessen haben. Denn als das General-Kommando sich im Februar daran machte, die Einwohnerwehren zu schaffen, war von den Zivilbehörden kaum etwas zu merken. Sie ließen die rote Welle über sich ergehen und warteten der Dinge, die da kommen sollten. Die Stelle der Zivilverwaltung hätte ich sehen mögen, die Ende Februar auf die Frage: „Kann das General-Kommando bei der Aufstellung von Einwohnerwehren auf Ihre Unterstützung rechnen?" in der Lage gewesen wäre, eine Antwort zu erteilen! Wenn aber, dann würde sie höchstwahrscheinlich gelautet haben: „Bitte, sich mit den Herren Arbeiter- und Soldatenräten ins Einvernehmen zu setzen." Was also damals das General-Kommando gerade auch hier in Breslau gegen den erbitterten Widerstand von Voigt, Frey, Widera und ihren zivilen Genossen im Interesse der Allgemeinheit durchgesetzt hat, das wird jetzt als diktatorische Selbstüberhebung dargestellt. Die Stellen der Kreiskommissare hat das General-Kommando allerdings absichtlich sämtlich bis heute besetzt. Natürlich war mir bekannt, daß dies Sache der Zivilverwaltung war. Aber sollte ich zugeben, daß auch die paar kümmerlichen Stellen, in denen die unglücklichen Offiziere noch unterzubringen waren, durch die Herren Gewerkschaftssekretäre eingenommen würden? Und was den Belagerungszustand angeht, so wird das General-Kommando allerdings dafür sorgen, daß er nicht auffliegt.

30. September.

In Breslau ist alles ruhig geblieben. Wir erwarteten Demonstrationen vor dem Rathaus. Die innere Stadt läßt sich gut absperren. Möchte doch endlich die Polizei so weit sein, den Schutz der Einwohner selbst übernehmen zu können. Doch ist der Zulauf zu den Polizeiwerbungen nur gering.
Abends Verabschiedung von vier Hauptleuten der Reserve, Richter, Krüger, unserem juristischen Beirat, Hildebrand, seines Zeichens Oberlehrer, der die Freiwilligenaushebungen in der Getreidebörse organisierte, und Land, dem Freund aus den sorgenvollen Soldatenratsmonaten. Auch zwei Ordonnanzoffiziere scheiden aus. Außer Leutnant v. der Osten war von allen Ordonnanzoffizieren Leutnant von Studnitz von den Leibkürassieren am längsten beim General-Kommando, ein ruhiger, treuer Mitarbeiter.
Hätte ich Exzellenz von Friedeburg nicht versprochen zu bleiben, bis auch seine Zeit hier abgelaufen, dann würde man auch mir heute abend die Abschiedsrede halten. So aber geht es in dem alten Gleise weiter, und das Ende will nicht näher rücken.

Mit dem 1. Oktober 1919 hörte das Generalkommando des VI. Armeekorps auf, in seiner alten Form zu bestehen. Es wurde in die Befehlsstelle VI und in das Abwicklungsamt des früheren Generalkommandos umgewandelt. Die Truppen seiner ehemaligen Friedensgliederung waren schon vorher aufgelöst und mit Teilen in die vorläufige Reichswehr aufgenommen worden. Als dann am 1. Januar 1921 das neue deutsche Reichsheer entstand, war auch für die Reste von Schlesiens ehemalig höchster Militärbehörde kein Raum mehr. In die Befreiungskriege war seine Geburtsstunde gefallen, nur erhebende, glorreiche Zeiten hatte es gesehen; hundert Jahre später fand es sein Ende im tiefsten Elend.

Was trotzdem das letzte Jahr des alten Generalkommandos für die Provinz Schlesien und das ihm treu gebliebene Offizierkorps bedeutet hat, das hielten andeutungsweise diese Blätter fest. Von Ruhm konnten sie nichts mehr melden, aber sie berichteten von preußischen Männern, die der Gefahr ins Gesicht gesehen haben und die gerade deshalb nicht in die Knie gezwungen wurden. Jeder stand an seiner Stelle und gab, was er hatte.

Ob viel oder wenig: Alles für das Vaterland!

N A M E N V E R Z E I C H N I S*)

*) Bei Offizieren pp. sind die letzten aktiven Stellungen in Klammern eingefügt, sonst die spätere Laufbahn, soweit feststellbar.

GERHARD MENZEL

WIEVIEL LIEBE BRAUCHT DER MENSCH

Die Beichte eines leidenschaftlichen Herzens

Ganzleinen RM 4,50 / Geheftet RM 3,-

Aus der schlesischen Provinz der Heiligen und Propheten ist einer aufgestanden, um mit einer großartigen Tapferkeit sich gegen den verruchten Strom unserer Zeit zu stellen. Die formende Hand des Künstlers wird hier zur mahnenden des Predigers, ja zu der beschwörenden, der verdammenden des Propheten. Ernst Wiechert im „Tag“.

Ich kenne keinen Roman, in dem das Liebesproblem unserer Tage mit der gleichen Unerbittlichkeit und Schärfe dargestellt und gestaltet worden wäre.
Frank Thiess.

Das Buch ist ein kreatürlicher Schrei, der Schrei eines Dichters aus der Tiefe seiner Angst um alle die, die es erlebt haben. „Vossische Zeitung“, Berlin.

Dieses Werk ist mit jener inneren Spannung geladen, die man künstlerisch nennt. Das Herz, das hier mit leidenschaftlicher Wucht sich entlädt, meistert die Sprache erschütternder Menschlichkeit. „Neue Preußische Kreuz-Zeitung“.

Leidenschaftlich ist die Beichte, leidenschaftlich die Anklage. Es geht um die Rehabilitierung des Herzens, um die Wiedereinsetzung des „unmöglichen Herzens“ in sein ureigenes, göttliches und natürliches Recht.
„Volkswille“, Hannover.

Das „J'accuse“ dieser Tage, die glühende Anklageschrift gegen jene saubere und nüchterne Sachlichkeit, mit der der heutige Mensch die Beziehungen zwischen den Geschlechtern zu einer Sättigungsangelegenheit herabwürdigen will. „Dresdner Nachrichten“.

Wer sich vor der leidenschaftlichen und brutalen Wahrheit bei Menzel fürchtet, sollte das Buch nicht lesen. Wer aber mit vollem Bewußtsein in dieser Welt steht, wird der ehrlich heißen Schilderung des Dramatikers Menzel nicht ausweichen dürfen. „Die Tägliche Rundschau“, Berlin.

WILH. GOTTL. KORN VERLAG BRESLAU 1